

C 21734 D

Hintergründe der sowjetischen Energiepolitik S.44

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.199 13.4.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–



Was will die Alternative Liste

Siehe Seite 12

Hungerstreik:
Wieviele Tote will die Regierung?

In dem seit über acht Wochen andauernden Hungerstreik der politischen Gefangenen geht die Entwicklung jetzt rapide einer tödlichen Eskalation entgegen. In Hamburg liegt Sigurd Debus im Sterben. Die Ärzte haben sein Leben bereits aufgegeben. Es ist nur eine Frage von Stunden, wann sein Tod offiziell erklärt wird. Die Lage der übrigen 26 Gefangenen ist derart katastrophal, daß selbst hartgesottene Knastmediziner inzwischen die Verantwortung für den weiteren Verlauf ablehnen. Täglich wird die Liste der vom Tode oder irreparablen physischen Schäden bedrohten Gefangenen länger.

Der Bundesregierung sind diese Tatsachen bekannt. Bundesjustizminister Schmude erklärte am Mittwoch vor der Presse, bei „einer Reihe von Häftlingen" könne „jeden Tag der Tod eintreten". Statt Verhandlungsbereitschaft zeigen die Verantwortlichen jedoch Härte. Ein Eingehen auf die Forderungen der Gefangenen sei aus „Sicherheitsgründen" nicht möglich.

Mit einem Zynismus, der an den Hohn der Nazis gegenüber ihren politischen Gegnern erinnert, wird von offizieller Seite die an den Gefangenen praktizierte Vernichtungshaft in den Isolier- und Hochsicherheitstrakten in ein Privileg umgelogen. Justizsenator Meyer, Westberlin, meinte z.B., die Haftbedingungen der politischen Gefangenen seien „wesentlich besser als für Normalhäftlinge". Sofern die Presse Nachrichten über den Hungerstreik nicht überhaupt unterdrückt, bereitet sie mit widerwärtigen Hetzartikeln auf den Tod der Gefangenen vor, allen voran wieder Springers BILD. Unter der Schlagzeile „Hungerstreik: sie liegen, rauchen – und bestellten Nagellack", stellte BILD z.B. am 10.4. die Lage im Hungerstreik als gemütliches Lotterleben dar, wo die Gefangenen bei Fernsehen, Zigarillos etc. unter Aufsicht der Ärzte bis 11 Uhr schlafen können und die Terroristinnen mit dem Lackieren ihrer Fingernägel beschäftigt sind.

Statt auf die Bemühungen der Anwälte um Verhandlungen einzugehen, wurden die Anwälte bedroht, man werde sie für eventuelle Todesfälle verantwortlich machen, da sie nicht entsprechend auf ihre Mandanten eingewirkt hätten, den Hungerstreik abzubrechen.

Die Proteste der Angehörigen, die um das nackte Überleben ihrer Kinder, Geschwister oder Lebensgefährtinn/en kämpfen, werden damit beantwortet, daß gegen sie als „Unterstützer" nach § 129 ermittelt wird. Eine Reihe von Haftbefehlen wurde gegen Menschen verhängt, die sich in Flugblättern und Wandparolen mit dem Hungerstreik solidarisiert hatten. Mögliche Proteste im Fall des Todes eines/r Gefangenen sind bereits jetzt mit Polizei- und Justizmaßnahmen bedroht worden.

Es ist offenbar, daß die Bundesregierung bewußt tote Gefangene in Kauf nimmt, um den Hungerstreik zu brechen. So wie die Bevölkerung durch die Nürnberger Massenverhaftungen daran gewöhnt werden soll, daß „Ruhe und Ordnung" mit faschistischen Methoden hergestellt werden, so sollen Tote am Ende des Hungerstreiks exemplarisch klarmachen, daß auch in westdeutschen Knästen jeder Widerstand zwecklos ist.

So exemplarisch wie der Staat sein Verständnis von „freiheitlich demokratischer Grundordnung" demonstriert, so klar muß sich die Linke und die demokratische Öffentlichkeit gegen die Verhöhnung der Menschenrechte der Gefangenen und die schleichende Einführung der politischen Todesstrafe zur Wehr setzen.

Siehe Artikel Seite 22

Westberlin:
Am 10. Mai AL wählen — was denn sonst?

Millionen-Skandale haben die totale Korruptheit der Westberliner SPD-Führung enthüllt und zur Ansetzung von Neuwahlen geführt. Am 10. Mai ist es soweit. Während die etablierten Parteien vor allem von der ungeheuer spannenden Frage „Vogel oder Weizsäcker" gefesselt zu sein scheinen, wartet die Linke überall im Land auf das Abschneiden der Alternativen Liste. Daß hier Zeichen auch für die nächste Entwicklung in der Bundesrepublik gesetzt werden, steht jetzt schon fest. Ebenso sicher ist, daß die AL mit der 5 %-Hürde keine Schwierigkeiten hat und im nächsten Abgeordnetenhaus mit einer agilen Gruppe für etwas Leben sorgen wird. Interessant ist aber, wieweit es der AL gelingt, über die traditionelle „linke Szene" hinaus Stimmen aus der Wählerschaft von SPD und FDP zu bekommen. Ein relativ knappes Ergebnis der AL wäre für die sozialliberale Koalition eine Ermutigung, ihren Rechtskurs unverändert fortzusetzen. Ein außerordentlich gutes Abschneiden der AL (über 10 %) wäre umgekehrt ein deutliches Zeichen, daß die bewährten Mechanismen (die Legende vom „kleineren Übel") nicht mehr in der gewünschten Weise funktionieren. Ein solches Zeichen zu setzen, müßte auch von jedem linken Sozialdemokraten und Liberalen als nützlich und unterstützenswert begriffen werden.

Die „Westberliner Linie" gilt in der SPD/FDP-Werbung mittlerweile als Begriff für eine Politik, die den „Dialog mit der Jugend" anstrebt, „statt die kritische Jugend mit dem Polizei-Knüppel dem Terrorismus in die Arme zu treiben."

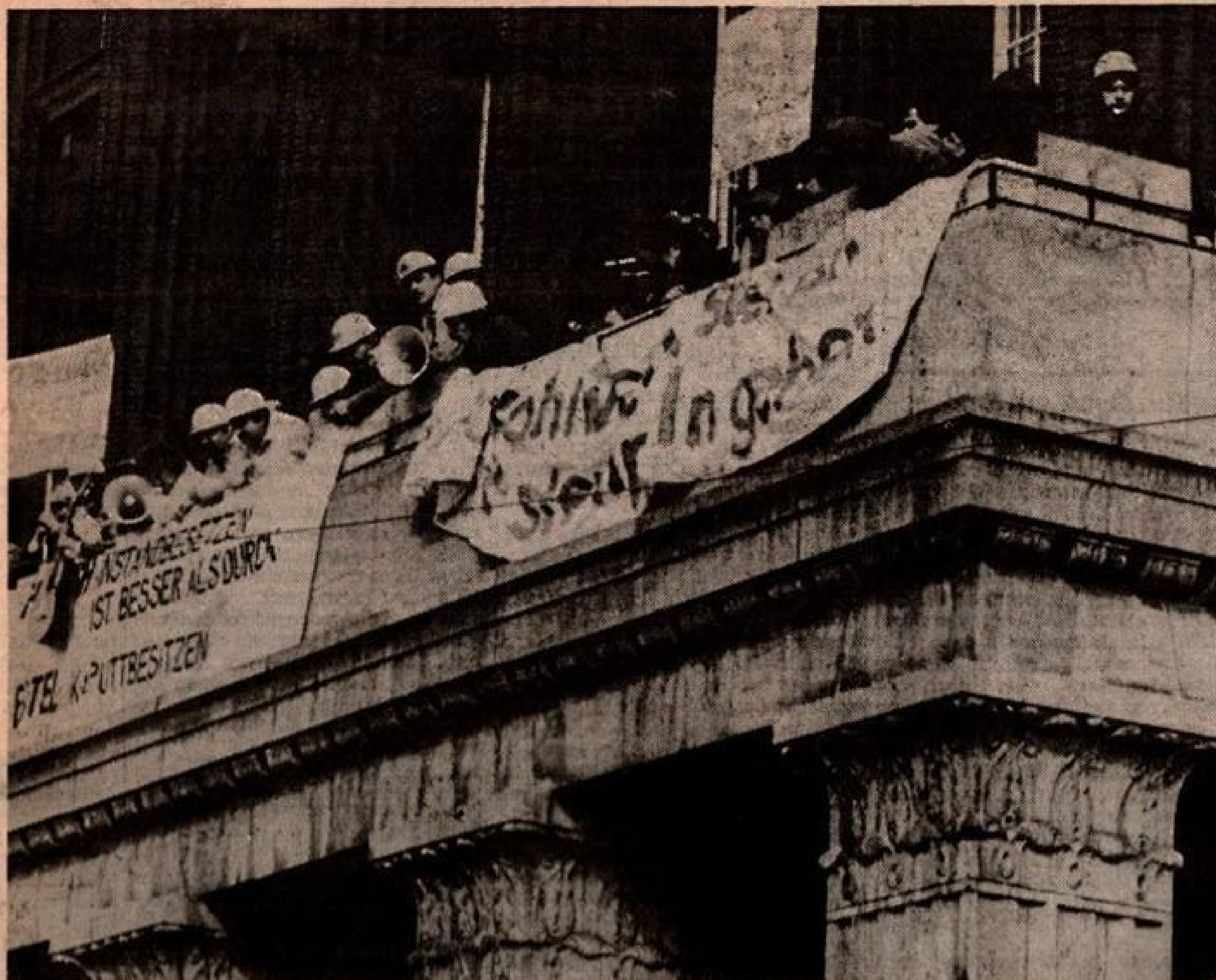
Selbst in Westberlin rechnet aber kaum jemand damit, daß diese „sanfte Linie" viel länger als bis zum Wahltag durchgehalten wird. Schon jetzt mag auch in Westberlin der Staat durchaus nicht darauf verzichten, besetzte Häuser zu räumen, Hausbesetzer massenhaft festzunehmen (einschließlich des Besetzerrates, den der Senat zur gleichen Zeit als Verhandlungspartner umwirbt) und Einzelne zu inhaftieren.

Wer glaubt, daß die „Westberliner Linie" mehr sei als ein schmieriger Wahlschwindel, der kann sich seine Naivität am Beispiel des SPD-regierten Hamburgs austreiben lassen: Hier herrscht wie eh und je „bayerische" Härte. In Hamburg ist noch kein Haus länger als sechs Stunden besetzt geblieben, und das ist ein Rekord, mit dem noch nicht einmal Franz Josef in Bayern mithalten kann. Hier knüppelten Polizei und MEK mit Knüppeln und gelegentlich auch mit Eisenstangen, wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Und wenn gar

und MEK mit Knüppeln und gelegentlich auch mit Eisenstangen, wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Und wenn gar

kein Anlaß zu finden ist, wird in eine bereits beendete, sich auflösende Kundgebung hineingeprügelt und mit bissigen Kötern auf Demonstranten Jagd gemacht – wie am 13.3. Noch nicht einmal nennenswerten Protest aus Teilen der SPD gibt es gegen diese Methoden. Kein Wunder: In Hambrug wird ja auch nicht am 10. Mai, sondern erst in gut einem Jahr gewählt.

In Westberlin muß massenhaft mit dem Stimmzettel die Zahl derjenigen demonstriert werden, die den Gaunereien und dem „Dialog"-Gedudel der sozialliberalen Koalition keinen Glauben mehr schenken. Das kann sinnvoll nur durch die Wahl der Alternativen Liste geschehen. Eine Stimme für die AL in Westberlin ist zudem eine Stimme gegen die Bonner Kriegspolitik, gegen die „Nach"rüstungsbeschlüsse und gegen den Teufelspakt mit der kriegsgeilen Reagan-Regierung.



»Instandbesetzung« bei Hoesch

Diese Parole gegen den in den Niederlanden sitzenden Estel-Konzern ist Ausdruck der Radikalisierung der Aktion der Arbeiter bei Hoesch in Dortmund. Sie wurde mitgeführt auf der Demonstration der 8.500 Hoesch-Arbeiter am 9.4. und prangte später hoch oben auf dem Balkon des Vorstandsgebäudes. IG Metall-Ordner hatten vergeblich versucht, die Parole im Zug zu verdecken. Sie wurde noch durch eine weitere ergänzt, in der ebenfalls mit der Betriebsbesetzung gedroht wird: „Estel-Vorstand raus, wir besetzen unser Haus."

Anlaß für die Demonstration war die für den gleichen Vormittag angesetzte Sitzung des Aufsichtsrats, auf der ein Schrumpfungs-Konzept für Hoesch beschlossen werden sollte, nach dem 11.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz in den nächsten Jahren verlieren werden. Um einen Sozialplan ist bereits verhandelt worden, entsprechend lautete eine Parole auf der Demo: „Estel macht uns alle 'alle', jeder Sozialplan ist eine Falle."

NATO-Drohungen gegen Sowjetunion und Kuba

Außer mit dem Dauerbrenner „Afghanistan" versucht die imperialistische Propaganda seit einigen Monaten mit zwei weiteren Beispielen von „sowjetischem Expansionismus" einen noch schärferen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten (vor allem Kuba) zu rechtfertigen: der Möglichkeit einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes in Polen und der Revolution in El Salvador als dem Werk des von Moskau gesteuerten „internationalen Terrorismus". Der von US-Außenminister Haig diagnostizierte „tiefgehende Stimmungsumschwung", den die „sowjetische Machtausdehnung" in den USA ausgelöst habe, soll die Bevölkerung aller imperialistischen Länder erfassen. Dazu läßt man sich allerhand einfallen. Bislang unerreicht ist das „Gedankenspiel" eines Grafen Brockdorf in der „Welt" (15.12.80): Während allgemein angenommen werde, die Mobilisierung des „gewaltigen sowjetischen Militärapparats" gelte der Lage in Polen, müsse man sich ernsthaft die Frage stellen: „Was aber, wenn diese Annahme falsch ist? Für einen erfolgversprechenden Angriff auf Westeuropa müßten nämlich die Sowjets genau das tun, was sie jetzt machen ...".

Weiter auf Seite 41

Es gärt in Jugoslawien

Zu Demonstrationen und anderen Protestaktionen von Studenten, Schülern und Arbeitern der albanischen Minderheit kam es Ende März und Anfang April in Jugoslawien.

In Pristina, der Hauptstadt der Region Kosovo, wurden im März bei Auseinandersetzungen mit der Polizei 23 Demonstranten sowie 12 Bullen verletzt. 21 Menschen wurden nach Angaben der Behörden im Zusammenhang mit diesen Protestaktionen verhaftet. Kosovo, das wirtschaftlich rückständigste Gebiet des Landes, ist seit vielen Jahren ein „Sorgenkind" der jugoslawischen Behörden. Die Bevölkerung, 1,5 Mio. Menschen, besteht zu 75 % aus Albanern. Sie fordern einen eigenen Bundesstaat - bisher ist Kosovo Teil des Bundesstaates Serbien. Einige Gruppen kämpfen aber auch für die Angliederung Kosovos an Albanien.

Am 11. März protestierten Tausende der 34.000 an der Universität Pristina eingeschriebenen Studenten gegen die Qualität des Mensa-Essens; außerdem forderten sie Pressefreiheit und die Gewährung des Status eines eigenen Bundesstaates...

Bis zum 27. März führten die Studenten Verhandlungen mit den Behörden; dann räumte die Polizei den von den Studenten besetzten Hochschulcampus ab. Zu Solidaritätsaktionen albanischer Studenten kam es in Zagreb und Prizren (nahe der albanischen Grenze). Arbeiter traten in Streik.

Anfang April gab es neue militante Massendemonstrationen, u.a. für die Freilassung der Verhafteten. Die Gesamtbilanz der Zusammenstösse zwischen Polizei und Demonstranten wurde nun mit 11 Toten angegeben, darunter 2 Polizisten. Angeblich soll aus den Reihen der Demonstranten auch auf die Polizei geschossen worden sein. Es folgte die Verhängung des Kriegsrechts über Kosovo und die militärische Besetzung der Region durch jugoslawische Panzertruppen. Die Behörden machen für die Demonstrationen neben „nationalistischen Elementen" auch „dogmatische Kräfte" (d.h. Linke) und „ausländische Spionagezentren und Agenturen" (gemeint ist anscheinend eher die Sowjetunion als Albanien) verantwortlich. Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und militärische Okkupation Kosovos sollen den Protest unterdrücken. Die besondere Massivität und Schärfe dieser Repression ist darauf zurückzuführen, daß das Aufbrechen der nationalen Widersprüche im „Vielvölkerstaat" Jugoslawien eine der größten Sorgen des Belgrader Regimes ist.

Zudem haben sich die Lebensbedingungen der jugoslawischen Bevölkerung in der letzten Zeit merklich verschlechtert. Die Inflationsrate hat in den letzten Jahren 25 % erreicht. Anfang 1980 stiegen die Preise mehrerer Nahrungsmittel um 20 - 30 %. Im Sommer letzten Jahres kam es bereits zu einer Fleischknappheit. Im November 1980 kam die Belgrader Regierung der Forderung einiger Betriebsdirektoren nach, die Preise für Autos, elektronische Geräte, Möbel, Schmuck, Getränke, Tabakwaren und einige weitere Waren freizugeben, d.h. „marktwirtschaftlich" nach dem Profitsystem laufen zu lassen. Neue Preisanstiege wurden damit vorprogrammiert.

RGW-Kommission



Bürgerinitiative gegen Tiefflüge gegründet

Am 3.3.81 war in St.Wendel im Saarland eine Veranstaltung über die Tiefflüge angesetzt. Veranstalter waren die Jungdemokraten. Vertreter aller Parteien, vom Verteidigungsministerium und vom NATO-Hauptquartier waren eingeladen. 300 Bürger, die gekommen waren, warteten vergebens auf ihre Volksvertreter, die sich mit mehr und weniger fadenscheinigen Gründen für ihr Fernbleiben entschuldigten. Als einziger Vertreter war der FDP-Abgeordnete Heidmann aus Neunkirchen gekommen.

Es gab dann eine längere Diskussion über ein Tiefflugverbot. Auch die Ursachen der Tiefflüge, die BRD-Mitgliedschaft in der NATO und die Forderung nach Abschaffung der Militärblöcke wurden diskutiert. Herr Heidmann und auch die Jungdemokraten gaben ihr Bestes, um Forderungen nach generellem Tiefflugverbot als „nicht realistisch" und „nicht ernsthaft" zu bezeichnen. Überhaupt schien dieser Herr Heidmann eigens deswegen gekommen zu sein, um die verständliche Wut der St. Wendeler nach nunmehr 3 Abstürzen innerhalb kurzer Zeit abzuwiegeln. Trotzdem wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die ein generelles Tiefflugverbot fordert und die Gründung einer Bürgerinitiative beschlossen.

3 Tote sind nicht genug!

„Keine Minute unterbrachen die NATO-Flieger ihre Flüge über dem Schaumbergland" („SZ", 4.3.81). „Offiziell war nur von Übungsmunition die Rede" („SZ", 4.3.81).

Die einhellige Reaktion der Landesregierung und Parteien wird in den nächsten Wochen wieder verstummen. Sie werden und können nichts ändern. Dies geht eindeutig aus einer Stellungnahme von Dr. von Bülow, parlamentarischer Staatssekretär, hervor, der sich am 5. April an die Mitglieder des Deutschen Bundestages wandte. Dort kann man im Absatz 2 unter b lesen:

„Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut verpflichtet, Übungsgebiete bereitzustellen, in denen auch unterhalb der gesetzlichen Mindestflughöhe von 150 Metern bis zu einer Mindestflughöhe von 75 Metern geflogen werden darf. Diese Tieffluggebiete sowie die dazugehörigen Verbindungsstrecken wurden im Zusammenarbeit mit den Länderregierungen festgelegt."

„Im Jahr werden etwa 380.000 militärische Flüge (Bundeswehr und Alliierte) gezählt. Von diesen 380.000 sind 320.000 Flüge von Düsenmaschinen, die 150.000 Tiefflüge durchführen, je zur Hälfte Bundeswehr und Alliierte" („SZ", 5.3.81).

Wie aus den obigen Zitaten eindeutig hervorgeht, will und kann die Landesregierung daran nichts ändern. Deshalb dürfen wir nicht dabei stehenbleiben, auf die Gefahren der Tiefflüge hinzuweisen, sondern unser Protest muß sich direkt gegen das Zusatzabkommen der NATO richten, in dem sich die BRD und die Länderregierungen bereit erklärt haben, diesen Luftraum zur Verfügung zu stellen. Wir fordern deshalb die Kündigung dieses NATO-Zusatzabkommens.

Es muß jetzt darauf ankommen, den Protest, der sich an vielen Orten im Saarland formiert, zu einer einheitlichen und wirksamen Bewegung zusammenzuführen. Es ist wichtig, daß bereits bestehende Gruppen wie PARABLUE aus Eppelborn (die bereits eine Unterschriftensammlung für ein Tiefflugverbot durchgeführt haben), die Grünen (die symbolisch ein Papierflugzeug in dem Garten des Papiertigers Zeyer abstürzen ließen), das Komitee gegen Bundeswehr und NATO (das sich mit Wandzeitungen, Veranstaltungen und Flugblättern gegen die Tiefflüge gewandt hatte) und die sich in Alsweiler gegründete BI (Bund Naturschutz in Alsbachtal) miteinander zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen werden.

P.S.: Sendet uns bitte weitere Informationen betreffs Tiefflüge und Widerstand dagegen (Initiativen, Gruppen, Informationen) für weitere Veröffentlichungen zu.

KB / Gruppe Saarbrücken

Fortsetzung von Seite 1

Aufsichtsratssitzung gesprengt

Daß diesesmal nicht alles so ruhig und geordnet ablaufen wird wie bei den bisherigen Aktionen, insbesondere der großen Demonstration im November 1980, als Landes- und Kommunalpolitiker ihre Sonntagsreden abzogen, davon kündete auch ein Transparent: *„Das ist kein Rosenmontagszug und wir sind keine Jecken – Arbeitsplätze sichern, denn wir wollen nicht verrecken."* 7.000 Arbeiter der Hoesch-Westfalenhütte zogen morgens um 8 Uhr zum Verwaltungsgebäude, 1.500 Kollegen des Werks Phönix demonstrierten derweil zwei Stunden im Stadtteil Hörde und legten den Verkehr lahm. Auch während der großen Demonstration kam es zu Sitzblockaden auf Kreuzungen und zu Schienenbesetzungen. Als die Spitze des Demonstrationszuges das Verwaltungsgebäude erreichte, war die Demonstration noch nicht zu Ende: Die Hoesch-Arbeiter drängten in das Gebäude und drangen in den Sitzungssaal des Aufsichtsrats ein. Dort passierte dann Erschröckliches: **„So etwas hat es in der über 100jährigen Geschichte von Hoesch noch nicht gegeben: Im Zimmer des Aufsichtsrats herrscht ein heilloses Durcheinander. Lehrlinge sitzen in den Sesseln und trinken den Kaffee, der für den Aufsichtsrat gekocht wurde. Getränke und Zigaretten auf dem schweren Eichentisch sind im Nu vergriffen. Die Hoesch-Vorstandsmitglieder haben schnell das Weite gesucht"** („Ruhr-Nachrichten", 10.4.). Der Sitzungssaal blieb besetzt, auch nachdem der Betriebsratsvorsitzende Schrade die Demonstranten nach vier Stunden nach Hause geschickt hatte. Etwa 100 im Saal anwesende Arbeiter weigerten sich, diesen zu räumen. Der Aufsichtsrat mußte umziehen und konnte erst nachmittags hinter verriegelten Türen an anderer Stelle tagen. Knapp sechs Stunden nach Demonstrationsbeginn räumten die Besetzer den Saal, nachdem zuvor die Polizei mit Mannschaftswagen erschienen war.

Sich fügen in das „Unabhänderliche"?

Vielfach war der seit über einem halben Jahr geführte Kampf der Hoesch-Arbeiter um ihre Arbeitsplätze und ihre Forderung „Stahlwerk jetzt!" schon totgesagt. Mittlerweile haben sich die Fronten stärker geklärt. Kaum ein Kollege scheint noch daran zu glauben, daß die wieder und wieder vorgelegten neuen Konzepte, die ewigen Verhandlungen und Versprechungen auf Spitzenebene ernsthaft eine Sicherung der Arbeitsplätze bringen. In den letzten Wochen hat sich die Situation zugespitzt:

– Mitte März, als auf der Aufsichtsratssitzung das neue „Konzept" vorgestellt wurde, fand eine starke Demonstration von Kollegen von Union statt, die erstmals kurzfristig den Sitzungssaal besetzten und einen Sarg für das „Sanierungskonzept" auf den Tisch des Hauses stellten.

– Während der Gesamtbetriebsrat „Bedenken" gegen Kündigungen aussprach und „dreizehn Fragen" noch geklärt haben wollte („WR", 31.3.81), also auch hier Kompromißbereitschaft durchsickerte, betonten die Betriebsräte vom Werk Phönix am 20.3. einstimmig ihr Festhalten am Stahlwerksbau jetzt und zogen am 30.3. mit der Forderung nach Überführung von Hoesch in Gemeineigentum ein schrilleres Register. *„Offensichtlich sind diejenigen, die die Verfügungsgewalt über die Stahlindustrie haben, nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit wahrzunehmen"* („WR", 31.3.81).

– Die wenige Tage später stattfinden BR-Wahlen stärkten mit 31,7 Prozent der „RGO" auf Union und guten Einzelplazierungen fortschrittlicher Kollegen auf Phönix die Position derjenigen, die gegen das Estel-Konzept kämpfen wollen.

– **Nach der Betriebsratswahl lehnten der BR Phönix und der BR Union den neuen Sozialplan ab, auf der Westfalenhütte und im Gesamt-BR wurde er allerdings angenommen. Diese Frage verdient besondere Beachtung. Zustimmung oder Ablehnung des neuen Sozialplans signalisieren Kompromißbereitschaft oder Kampf gegen das Estel-Konzept. Auf Union kam das Ergebnis mit 19 : 9 Stimmen gegen die Betriebsratsspitze zustande, zum ersten Mal gelang es allen fortschrittlichen Gewerkschaftern in diesem eigentlich „rückständigen" Werk Flagge zu zeigen. Die gemeinsame Abstimmung mit den beiden ausgeschlossenen RGO-Betriebsräten ist hier nicht hoch genug einzuschätzen. Zu erklären ist dieser Wandel vor allem auch dadurch, daß der Belegschaft von Union am deutlichsten vorgeführt wird, was Stahlkrise bei Hoesch in Dortmund heißt.**

Die Aktionen am 9.4. waren der vorläufig letzte Akt: Ein aktiver Teil der Belegschaft drängt gegen die bisherige Taktik der IGM-Führung bei Hoesch auf entschlossenere Aktionen. Die Stimmung bei den Kollegen wird zwischen Wut, Angst und Resignation geschildert. Die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob es gelingt, die Belegschaft erneut zu mobilisieren oder ob durch die jetzt anlaufenden Entlassungen, das Hinhalten und das Aushandeln von Sozialplänen auch der letzte Widerstand gebrochen bzw. isoliert wird.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft nach Berichten aus NRW

Opherdicke:

Osteraktion gegen die Atomwaffenlager

„Dortmund liegt im Zentrum des Atom-Arsenals!" Das war die Feststellung der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" einen Tag nach der Veröffentlichung der Atomwaffenlagekarte im „Stern".

Und in der Tat, östlich von Dortmund,im Ruhrtal, befinden sich einige Atomwaffenstützpunkte, bestückt mit Nike-Hercules-Raketen und Atom-Kommando-Zentralen.

In Opherdicke/Hengsen, direkt an der Stadtgrenze zu Dortmund, liegt – für jeden öffentlich sichtbar – eine Flugabwehrraketen-Batterie („Flarak" 3/21) unter US-Kommando. Neben der schon oben aufgeführten Raketenbestückung soll sich auf diesem Stützpunkt auch eine jener ständig abschußbereiten Atom-Raketen befinden.

Darüberhinaus wurde bekannt, daß auf dem Kasernengelände der britischen Imperialisten/Militaristen Pluto-Raketen stationiert sein sollen, die mit Atomsprengköpfen versehen werden können.

Für die betroffene örtliche Bevölkerung waren diese Veröffentlichungen sicherlich nichts Neues, für manchen Dortmunder und manche Dortmunderin mag aber schlagartig deutlich geworden sein, auf welchem atomaren Pulverfaß sie leben, und welche Bedrohung des eigenen Lebens, wie auch das jener Menschen, die Zielobjekte sind, von diesen Waf- ausgeht.

Für Antimilitarist/inn/en hatten diese Veröffentlichungen auf jeden Fall mobilisierende Wirkung. Am Ostersonntag werden in Opherdieke/Hengsen und Holzwickede Aktionen gegen die dort gelagerten Atomwaffen stattfinden. (Fahrraddemo, Protestmarsch, Kundgebung, Kultur, Friedensgottesdienst usw.) Hierzu ruft auf ein breites Spektrum von Gruppen und Organisationen wie auch eine Reihe Einzelpersonen.

KB/Gruppe Dortmund



Der Sitzungssaal des Aufsichtsrates wird besetzt, die heiligen Räume werden durch Arbeiter entweiht

Bremen: Kampf dem Atomtod

Über drei Abende lief eine Veranstaltungsreihe der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden zum Thema „Kampf dem Atomtod 1958 - 1981". Begleitet wurden die Veranstaltungen von einer Ausstellung des Staatsarchivs unter dem Motto „Es geht um's Leben", die unheimlich eindrucksvoll den Kampf gegen die atomare Bewaffnung der BRD 1958 darstellte: so z.B. die Demonstration der 80000 in Bremen, aber auch kämpferische Reden so „verdienter" SPD-Politiker wie Hans Koschnik.

Am ersten Abend waren schon über 1000 Menschen zu einer Diskussion über die Frage „Wie entgehen wir dem Atomtod?" gekommen. Unter der Leitung von Eckart Spoo (Vorsitzender der dju) diskutierten Vertreter der vier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, u.a. Delphine Brox von den Grünen und Wissenschaftler, u.a. der bekannte Friedensforscher Ulrich Albrecht.

Die Wissenschaftler Albrecht, Stuby und Huffschmid stellten unter unterschiedlichen Gesichtspunkten die Gefahr eines begrenzten Atomkrieges auf dem Kriegsschauplatz Westeuropa dar und beantworteten die eingangs gestellte Frage im wesentlichen mit dem Krefelder Appell. Neben einem sehr provokativen Beitrag des CDU-Vertreters, der entsprechende Zwischenrufe des Publikums hervorrief, war der Beitrag eines SPD-Vertreters bemerkenswert: Er sprach sich für eine atomwaffenfreie Zone in Westeuropa aus und wies das Märchen von der sowjetischen Bedrohung zurück. Als er auf diese Positionen festgenagelt wurde, war er allerdings ganz schnell wieder bei der sowjetischen Gefahr und einer von Moskau gesteuerten Friedensbewegung angelangt „außen rot und innen weiß ..."

Delphine Brox glänzte mit einem sehr unpolitischen Appell an den Frieden unter uns und der Kirchenvertreter Pastor Finckh legte das christliche Prinzip der Toleranz gegenüber Andersdenkenden dar, im Gegensatz zu seiner sehr engagierten Praxis für die Kriegsdienstverweigerer.

Die zweite Veranstaltung „Atommacht Bundesrepublik — Sind wir auf dem Weg, der 1958 verhindert werden sollte?" war noch besser besucht: Ca. 1200 Menschen wollten die kritische Befragung der Politiker, DGB- und Kirchenvertreter, die 1958 am Streit um die Atombewaffnung beteiligt waren, miterleben. Jugendliche aus Kirchengemeinden wollten diese Befragung vornehmen.

Leider versuchten ca. 50 MGler („Marxistische" Gruppe) durch Sprechchöre den gesamten Abend über, die Veranstaltung zu sprengen. Trotz z.T. guter Sprüche gegen Koschnick: „Heute will er mit uns diskutieren — morgen läßt er uns marschieren" war das eine sehr sektiererische Aktion, die sich gegen die Veranstalter richtete.

Der dritte Abend zum Thema „Euroshima darf nicht stattfinden!" war mit 800 Besuchern auch ein Erfolg. (Diesmal ohne MG). Gösta von Uexküll und Wilhelm Bittorf („Spiegel") berichteten z.T. recht interessante Details der Friedensbewegung 1958; Wolfgang Abendroth hielt eine kämpferische Rede gegen die Kriegsgefahr und forderte zur Unterstützung des Krefelder Appells auf.

Alles in allem war die Veranstaltungsreihe eine begrüßenswerte Initiative, von der Beteiligung her, gerade auch von älteren Menschen und Jugendlichen aus den Kirchengemeinden ein voller Erfolg. Was nicht gelang, war die Entlarvung der SPD-Vertreter, insbesondere von Hans Koschnick (mitbedingt durch das Auftreten der MG). Er konnte in der Presse durch kritische Äußerungen zu den Nachrüstungsbeschlüssen glänzen.

Eine Genossin der AG/Frauen KB/Bremen

Aktionen gegen den Rüstungswahnsinn — und die Schwierigkeiten der SPD Spitze

Aus Anlaß der Tagung der nuklearen Planungsgruppe in Bonn demonstrierten am 4.4. etwa 25.000 Menschen (nach Angaben der Veranstalter, laut Polizei 15.000) gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD. Neben den Aufrufenden KSG, ESG, VVN, den Grünen, DKP, MSB, Judos, Falken und einzelnen Jusogruppen (s. AK 198) beteiligten sich an der Demo noch ein relativ großer Block der FIDEF und die DFI. Auch die „KPD" (Ex-ML) war vertreten, ebenso wie ein kleiner, linksradikaler Anarcho-Block mit 100 Leuten.

Anschließend trafen sich rund 200 Grüne am Bonnzenbunker in Dernau. Die Grünen hatten schon am Vortage eine kleine Aufführung in der Innenstadt veranstaltet und waren am Abend zur Hardthöhe gezogen.

**

Hamburger Forum: „Der Atomtod bedroht uns alle — keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik"

Hamburger Forum: „Der Atomtod bedroht uns alle — keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik"

Unter Federführung der Hamburger „Initiative Beendet das Wettrüsten" findet am 24./25.4. in der Hansestadt ein Friedensforum statt. Der Aufruf richtet sich gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und „Cruise missiles", womit die *„gesamte militär-strategische Situation dramatisch verändert"* werde. *„Ein Atomkrieg erscheint den Verfechtern dieser Politik auf Europa begrenzbar und damit auch gewinnbar"*. Damit werde unser Land zur atomaren *„Abschußrampe – und damit auch zur Zielscheibe atomarer Gegenschläge"*. Statt dieser Entwicklung *„sollte die Bundesregierung aufgrund gerade der deutschen Verantwortung für zwei Weltkriege durch konsequente Verfolgung der Entspannungspolitik, durch konstruktive Beiträge zu internationalen Verhandlungen"* zur Sicherung des Friedens beitragen.

Den Aufruf dazu haben neben einer Reihe von Persönlichkeiten auch elf Mitglieder des Juso-Landesvorstandes sowie 22 Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft (ein Drittel der SPD-Fraktion) und eine Reihe verantwortlicher Hamburger Gewerkschaftsfunktionäre unterzeichnet.

Das Forum beginnt mit einer Podiumsdiskussion im Hamburger Audimax (am 24.4. um 19 Uhr). Dort sind u. a. Roland Vogt von den Grünen, Gerhard Weber (FDP), Werner Karotka (SPD, MdBü), Horst Meyer (HBV-Vorsitzender), Klaus Thüsing, (ein Vertreter der Hamburger Ärzteinitiative), Regina Behrendt (Vorsitzende des IGM-Frauenausschusses)

nen, Gerhard Weber (FDP), Werner Karotka (SPD, MdBü), Horst Meyer (HBV-Vorsitzender), Klaus Thüsing, (ein Vertreter der Hamburger Ärzteinitiative), Regina Behrendt (Vorsitzende des IGM-Frauenausschusses)

vertreten.

Am 25.4. wird es in der HWP (ab 10 Uhr) eine Reihe von Arbeitsgruppen und Werkstätten geben. Auf diesem Forum soll es zu einem *„Dialog aller demokratischen Kräfte zur Abwehr der Atomkriegsgefahr"* kommen, wobei leider auch die einzelnen Gruppendiskussionen sehr stark durch geladene „Experten" und „Moderatoren" eingeschränkt sind. Zudem hat man bei der Vorbereitung peinlichst darauf geachtet, daß „alle" nicht zu sehr links zu verstehen ist.

**

„Moskau-gesteuert"

Angesichts solcher Friedensbündnisse konnte es nicht ausbleiben, daß gegen diesen Kommunisten-Einfluß vom Leder gezogen wird. Dieses „volksfrontähnliche, breit gefächerte Bündnis ... wird im H i n t e r g r u n d offensichtlich mehr oder weniger gesteuert von der DKP" („Hamburger Abendblatt", 4.4.81), hieß es zur Bonner Demo, obwohl ja Herbert Mies ganz o f f e n vorweg demonstriert hatte. Zum Krefelder Appell startet die CDU eine Anfrage an die Bundesregierung: *„Die CDU will von der Regierung bestätigt haben, daß die DFU und DKP in Kontakten mit der Sowjetunion und der DDR Aktionen gegen den NATO-Beschluß erörtert haben und betreiben"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.4.81). Es fehle in dem Aufruf eine Aufforderung zur Rüstungsbegrenzung Moskaus. Die Regierung solle erklären, *„was sie unternehmen wolle, damit künftig möglichst niemand den ‚Krefelder Appell' unterzeichne, ohne dessen Hintergründe zu kennen"*. Es handele sich dabei um einen *„ebenso bösartigen wie gefährlichen Mißbrauch der Friedensliebe und der Kriegsfurcht weiter Teile vor allem der jungen Generation in unserem Lande"*, erklärte CDU-Spranger. Das „Handelsblatt" errechnete die *„Sogwirkung"* der *„hymnischen Artikel"* der UZ-Steuerungskräfte damit, daß der Krefelder Appell schon 250.000 Unterschriften habe, wo doch die DKP es nur zu 107.000 Wählern bei den Bundestagswahlen gebracht hätte (3.4.). Die „Welt" vom 6.4. wußte von den „Sicherheitsbehörden", daß es *„eine verstärkte Reisetätigkeit von Mitarbeitern der Westabteilung der SED"* zu „registrieren" gäbe. Und auch der BBU sei *„für die Sicherheitsbehörden zum Problem geworden"*, seit es die Zusammenarbeit mit der DFG/VK dort gibt. Die Hamburger Unterschriften wertete die „Frankfurter Allgemeine" als *„Dammbruch"*. Das sei kein Schritt aus Naivität, sondern um die Bonner Koalition zu sprengen bzw. um den Kanzler zum Rücktritt zu zwingen. Bislang erklärte der SPD-Vorstand dazu, *„man könne nicht ständig neue ‚Abgrenzungsbeschlüsse' fassen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.4.81), allerdings wies der Bundesgeschäftsführer Glotz in einem Mahnbrief vom 8.4. die Parteigliederungen zurecht: *„Unter Ausnutzung der weitverbreiteten und berechtigten*

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.4.81), allerdings wies der Bundesgeschäftsführer Glotz in einem Mahnbrief vom 8.4. die Parteigliederungen zurecht: „Unter Ausnutzung der weitverbreiteten und berechtigten

Angst" sei es den Hauptträgern, DKP, DFG/VK, SDAJ, den Grünen und dem BBU gelungen, *„zu diesem Thema eine ziemlich breite Unterstützung zu finden"* und das auch bei „aktiven Sozialdemokraten". Es gebe zwar unterschiedliche Unterschriftentexte (in der Tat), die aber alle „e i n s e i t i g "gegen die Nachrüstung gerichtet seien. Die Sozialdemokraten müßten hingegen *„klarmachen, daß jeder, der wirkungsvoll gegen eine weitere Rüstungseskalation kämpfen will, dies in den Reihen der SPD tun kann"*, allerdings nur in einem *„Prozeß, an dem beide Supermächte gleichermaßen beteiligt sind. Ich bitte Euch, die Partei über die Träger und die tatsächlichen Hintergründe des Krefelder Appells zu informieren, damit nicht – vielleicht mit bester Absicht – politischer Schaden entsteht"* (zitiert nach „Neue" vom 10.4.). Da wird es nicht lange auf sich warten lassen, bis neue Maßnahmen folgen werden. Schon jetzt stellt die Presse die Frage, ob die SPD noch in der Lage sei, *„die nach links drängenden Kräfte ... in die Schranken zu weisen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10.4.81).

**

2. Aktionswoche: „Frieden schaffen ohne Waffen"

Auch in diesem Jahr findet vom 15. bis 21.11.81 eine bundesweite Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen" statt. Im letzten November hatten Aktionswochen in über 350 Orten der BRD stattgefunden, wobei die Planungen in der Regel ohne jede Ausgrenzungen vonstatten gingen (siehe Berichterstattung im AK dazu). Die örtlichen Aktionsvorbereitungen sind bereits im Gange.

Bundeskontaktadresse ist: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Jebenstraße 1, 1 Westberlin 12, Tel. 030/310261

Prozeß gegen Totalverweigerer

Am 24.3. fand in Hannover der Prozeß gegen den Totalverweigerer Thomas Mischo statt. Aufgrund seiner grundsätzlichen Ablehnung gegenüber der Justiz war Tom zunächst nicht vor dem Amtsgericht erschienen, sondern hielt sich mit insgesamt ca. 60 Leuten im Pavillon gegenüber auf. Da einer der Schöffen, der bereits seit 10 Jahren Beisitzer in KDV-Prüfungsausschüssen ist, wegen Befangenheit abgelehnt werden sollte und das Gericht sowieso Wert auf Toms Anwesenheit legte, wurden zwei Bullen losgeschickt, um einen der 60 "Toms" abzuholen. Es gelang Tom aber, ohne ihren „Schutz" in den Verhandlungssaal zu kommen. Da gab's gleich Stunk mit dem Richter, und da Tom sich nicht an die Prozeßordnung halten wollte, verordnete man ihm 100 DM als „Beruhigungsmittel". Der befangene Schöffe mußte dann durch einen anderen ersetzt werden, und man kam nach etwas Hin und Her unter Stinkbombardement zur Urteilsverkündung: 6 Monate auf Bewährung, sofortiger Antritt des Zivildienstes (Tom hat bereits 6 Monate "gedient") und wöchentliche Meldung bei den Bullen!

Antimil-Kommission/ KB Göttingen

Frauen, reibt euch den Sand aus den Augen — seid Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie!

Wie in der „Courage" 3/81 angekündigt, versammelten sich am 7. April verschiedene Frauengruppen vor der Hardthöhe (Verteidigungsministerium), *„um gegen die Frühjahrstagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO zu protestieren und den Gang der geheimen Verplanung zu stören ... so, wie schon während der antimilitatistischen Frauenwochen Tausende von Frauen in der BRD mit Aktionen und Veranstaltungen gegen die kriegerischen Vorbereitungen Öffentlichkeit geschaffen haben* (vgl. AK 197). *Frauen sind in Bewegung gekommen"* (aus der Presseerklärung).

Trotz des politisch relativ breiten Spektrums — wir entdeckten Transparente von den „Friedensanstifterinnen" und anderen Autonomen, von der DFI und „Ohne Rüstung leben" — blieb die Zahl der Demonstrantinnen leider weit unter den erwarteten 1000 (die Veranstalterinnen nennen 500, die Bullizei nur 150, wir zählten 200). Eine nennenswerte Mobilisierung hatte es offensichtlich nur regional im Raum Köln/Bonn bzw. in Westberlin (mindestens 50 Frauen) gegeben. Allerdings haben auch wir, die Verfasserinnen dieses Artikels, nichts zur Mobilisierung beigetragen und uns während des ersten Teils der Aktion eher als distanzierte Beobachterinnen eines exotischen Spektakels gefühlt. Gerade w e i l wir dies im Nachhinein b e d a u e r n , wollen wir hier auch (durchaus etwas polemisch) auf das eingehen, was uns g e s t ö r t hat — nicht, um unsere Abstinenz zu legitimieren, sondern als Anfang einer kritisch-solidarischen Auseinandersetzung:

Krieg als Folge des Patriarchats?

Es gab eine ganze Menge zum Be- und sich wundern auf dieser Demo: Viele Frauen hatten ihrer Phantasie wirklich keine Grenzen gesetzt. Wenig Transparente trugen Aufschriften wie *„Frauen militant für den Frieden"*. Stattdessen orakelten z.B. heiratswillige Heterrorfrauen (? — Red.) *„Wir sind die Witwen des nächsten Krieges"* und Massen von symbolträchtigen Sandes steckten in Kinderpuppen, welche — an Wäscheleinen hängend — in der Demonstration hin- und hergezerrt wurden. Eine andere Frauengruppe hatte sich kurzerhand in einen Dinosaurier verwandelt. Warum? — *„zu wenig Hirn"*, das ist das gemeinsame Merkmal dieses ausgestorbenen Urviechs und der heutigen Kriegstreiber. Über das natürliche Geschlecht dieser dümmlichen Spezies klärte eine ganze Reihe weiterer Transparente auf: *„Stoppt den militärischen Wahnsinn*

viechs und der heutigen Kriegstreiber. Über das natürliche Geschlecht dieser dümmlichen Spezies klärte eine ganze Reihe weiterer Transparente auf: „Stoppt den militärischen Wahnsinn

der Männer" oder *„Nehmt den infantilen alten Männern ihr Kriegsspielzeug weg"*, um nur zwei Beispiele herauszugreifen. Da liegt es auf der Hand, daß Raketen im Grunde nichts anderes sind als — Phallussymbole: Dutzende von Frauen demonstrierten — Freud und Theweleit folgend — diesen Zusammenhang mit Pimmel- und Raketen-verkleideten Fackeln. Auch die aufdringliche Solidarität von ca. 15 Typen trug nicht gerade zu unserer Aufmunterung bei.

Entsprechend alternativ setzte sich der Zug von „Friedensstifterinnen" und „Verhängnisverhüterinnen" dann in Richtung Hardthöhe in Bewegung: Parolen hatten keine Chance — frau erklärte sich mit Trommeln und den bewährten Trillerpfeifen.

Angekommen, ermöglichten uns (den verstaubten Antiimperialistinnen) Redebeiträge weiteren Einblick in die komplexen Wechselwirkungen zwischen Militarisierung, Männlichkeit und Mythos: So erzählte uns eine „Sandmännin" ihr Märchen mit dem vielsagenden Titel *„Wer pinkelt am weitesten"* darauf nämlich kommt es an bei den Spielen der Männer, der harten. Ihr Stolz sind die „Ungeheuer" mit den „merkwürdigen Namen Panzer, AKW, Mittelstreckenrakete ...", denn „sie waren ihr Spielzeug". *„Solange die Frauen ihren Männern verblendet vertraut hatten, hatten sich die Ungeheuer von den Früchten der Erde ernährt und dabei die Luft verpestet, die Flüsse vergiftet, den Boden verwüstet und sogar Menschen gefressen.*

Und als die Frauen dies sahen, da verweigerten sie ihre Unterstützung für dieses WELTZERSTÖRUNGSSPIEL, nahmen ihren Männern ihr Spielzeug weg und schafften damit die Ungeheuer aus der Welt. Die Frauen erfanden eigene Spiele mit neuen Spielregeln, in denen es keine Sieger und keine Verlierer mehr gab. Ihre Spiele waren nicht todbringend, sondern lebensfördernd."

Dieser Widerspruch zwischen dem tötenden und dem lebensfördernden Geschlecht wurde dann von den folgenden Rednerinnen konkretisiert: So sei das Raketenabschießen für die „infantilen alten Männer" ähnlich befriedigend, wie das Erfolgserlebnis eines dreijährigen, der zum ersten Mal Knopf und Knopfloch richtig zusammengebracht hat. Und die Grundlage des Widerstandes der Lebensförderinnen (-spenderinnen) sei die Abhängigkeit der Infantilen. Jeder Mann brauche eine Mutter, Gattin, Schwester, Sekretärin, Callgirl etc. ... da habe frau viele Möglichkeiten, einfach nicht mehr mitzuspielen. Als nachahmenswert wurde das Beispiel der spanischen Offiziersgattinnen angepriesen, welche (angeblich) ihre putschenden Männer aufgefordert haben sollen, sofort nach Hause zu kommen.

Eine weitere Rednerin entwarf eine wirklich kühne Zukunftsperspektive: Bisher sind die Männer aufs Bumsen konditioniert, die höheren brauchen deshalb regelmäßig „ihr" Callgirl. Wenn unsere Schwestern die Typen also umkonditionieren würden, sie z.B. dazu bringen könnten, b e i m P u t z e n zur Entladung zu kommen, hätte dies immense Auswirkungen auf die internationale Politik: Statt mit „Nach"-Rüstung die Erde zu besudeln, würden sie alles daran setzen, Europa zur atomwaffenfrauen Zone sauberzuputzen ... (Wir konnten uns nicht darauf einigen, wie ernst das gemeint war.).

Danach gab es noch einen guten Redebeitrag zum Tornadogeschäft der Bundesregierung.

Nach der Kundgebung verwehrte uns eine Bullensperre das Weitergehen in Richtung Demonstrationsziel. Nur in kleinen Grüppchen sollten wir am behüteten Eingang der Imperialisten-Hochburg vorbeigehen dürfen. Um doch noch — wie geplant — eine (symbolische) Blockade dieser geheiligten Quadratmeter vornehmen zu können, brachen die Demonstrantinnen kurzentschlossen rechts aus. Über die spanischen Reiter gelangten wir hinter der Bullizei auf die Einfahrt und besetzten sie. Kaum hatten wir uns, eingehakt und in dichten Reihen, dort niedergelassen, fingen die Bullen auch schon mit der Räumung an. Offensichtlich hatten sie den Befehl erhalten, uns (relativ) sanft fortzutragen, so daß die Räumung recht schnell und ohne größere Unfälle abging. Zwei Leute wurden vorläufig festgenommen — zwei Männer. Möglicherweise hatte die Polizei auf mangelnde Solidarität der Demonstrantinnen gehofft? Diese Rechnung ging jedoch nicht auf: Es war sofort klar, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um die willkürlich Herausgegriffenen freizubekommen. Weil die Zeit des Wartens und Verhandelns mit den Bullen dazu genutzt

war sofort klar, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um die willkürlich Herausgegriffenen freizubekommen. Weil die Zeit des Wartens und Verhandelns mit den Bullen dazu genutzt

wurde, ein herumstehendes Bullenauto zu verschönern, kam es noch zu zwei weiteren Verhaftungen. Schließlich zog die Demo dann zur örtlichen Exekutive, wo sie die vier dann wieder in Empfang nehmen konnte.

Von der hier praktizierten Solidarität könnten sich so manche andere AKW- und Kriegsgegner eine dicke Scheibe abschneiden.

Ganz offensichtlich sind gewisse „superfeministische" Theorien keineswegs so a u s s c h l i e ß l i c h gemeint, wie sie (auf uns) zunächst wirkten. Wie wir auf einer Mini-Pressekonferenz von mehreren Frauen erfahren konnten, scheint der wesentliche Grund für derartige Widersprüche zwischen Theorie und Praxis darin zu liegen, daß z.Z. eine ganze Menge an Aktionen geplant wird und läuft, darüber die theoretische Diskussion jedoch ziemlich ins Hintertreffen gerät. Es gibt also keinen vernünftigen Grund, warum wir uns nicht endlich aufraffen sollten, auch mit diesem Teil der neuen Frauen-Antikriegsbewegung in die p r a k t i s c h e Auseinandersetzung zu treten. Möglichkeiten dazu wird's genug geben. Ein stürmischer Sommer hat mit dieser Versammlung auf der Hardthöhe gerade erst begonnen ...

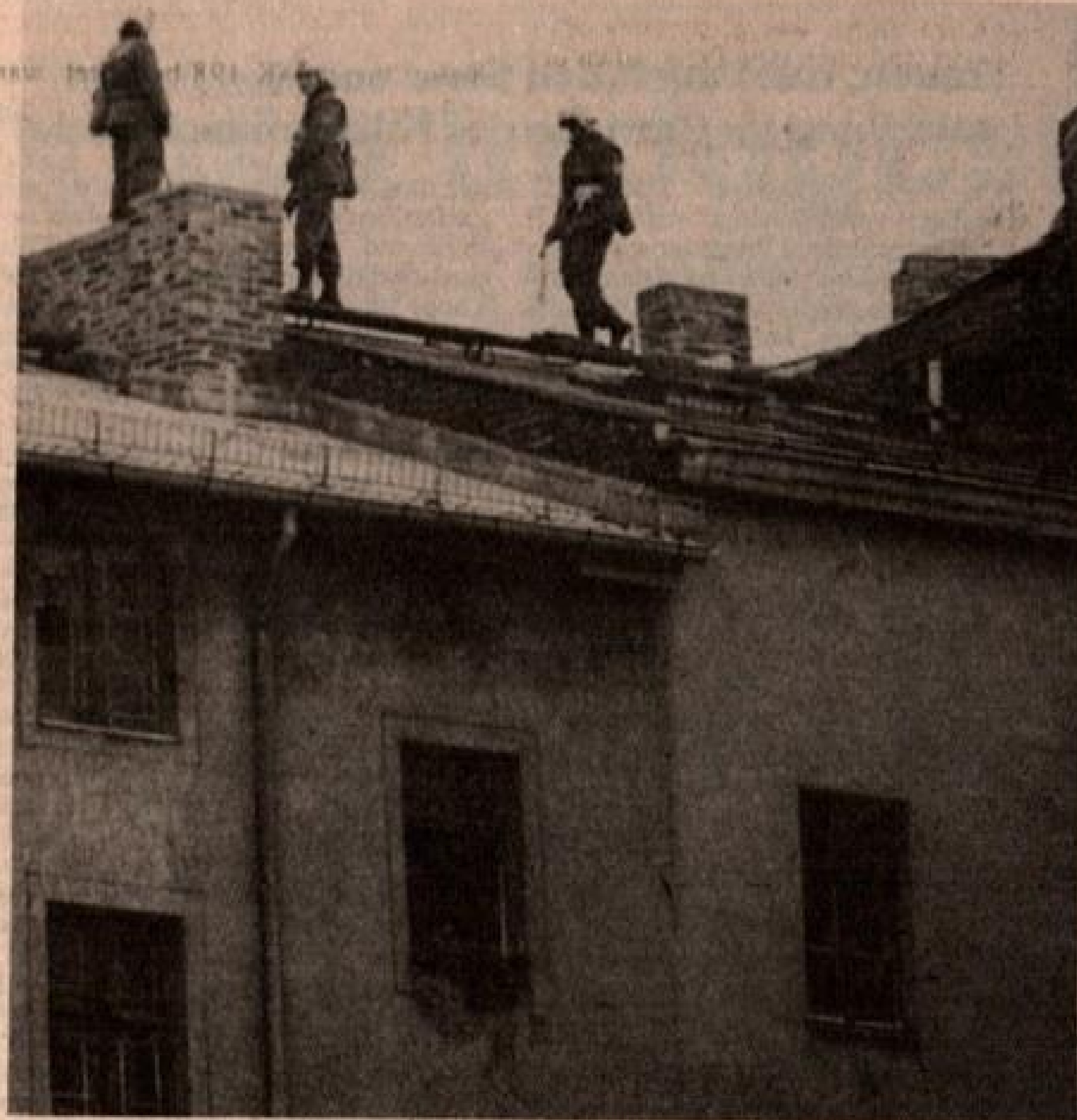
Die Demo ist übrigens für eine so kleine Aktion überraschend gut und ausführlich in den Nachrichten dokumentiert worden.

Zwei Genossinnen der Lesbengruppe

zum frieden (2)

mein mund
an deinem
meine gedanken
im krieg
mit dem krieg
dem ersten
in dem meine mutter
geboren wurde
dem zweiten
in dem ich
geboren wurde
wer schreibt gedichte
nach einem dritten?

ke 1.4./10.4.81





Durchsuchung besetzter Häuser in Westberlin am 7.4.81

Fotos von Peter Homann

Westberlin: Nach „Durchsuchungen" Nürnberger Festnahmerekord gebrochen

Mit knapp eintausend Polizeibeamten im Einsatz demonstrierten Senat und Justiz, wie ihre „politische Lösung" für die Hausbesetzerbewegung aussieht: Vollständig ohne konkreten Anlaß werden fünf Häuser an einem Tag „durchsucht" und der dort tagende Besetzerrat komplett festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ermittelt wird gegen alle nach § 129, „Bildung einer kriminellen Vereinigung"!

Um Solidarisierungen zu vermeiden, wurden diese Häuser zwar (noch) nicht unbewohnbar gemacht. Klar ist jedoch: Senat, Polizei und Justiz holen zum großen Schlag – offensichtlich gegen die g e s a m t e Be-

holen zum großen Schlag – offensichtlich gegen die g e s a m t e Be-

setzerbewegung aus – zunächst auf dem Weg der Massenkriminalisierung.

Nach propagandistischer Vorbereitung...

Zwei Wochen nach der Räumung am Fränkelufer und einen Tag vor der generalstabsmäßigen Bürgerkriegsübung kommt der Staatsschutz damit heraus, daß dort eine Rohrbombe gefunden worden sei. Beweise, wie sonst üblich, werden der Presse nicht vorgelegt.

Bereits am 2. April war in den Westberliner Zeitungen zu lesen, daß Durchsuchungsbefehle gegen mehrere Häuser in Kreuzberg vorliegen. Justizsenator Meyer (FDP) verschob die Durchsuchungen zunächst jedoch mit der Begründung, daß *„der augenblickliche Hungerstreik terroristischer Häftlinge in Berlin oder im Bundesgebiet zu einem Todesfall führen (könne), was „umfangreiche emotional bedingte Aktionen" auslösen könne"* (Volksblatt Berlin, 2.4.81).

Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Da zum einen ein Ende des Hungerstreiks wegen der knallharten Linie der Verantwortlichen nur mit Toten abzusehen ist, glaubt wohl der Staat, der sich daran entzündenden spontanen Protestwelle gelassener entgegensehen zu können, wenn vorher massenhaft Instandbesetzer erkennungsdienstlich behandelt wurden und gegen sie ermittelt wird. Zum anderen wird die vielzitierte „politische Lösung" natürlich nicht real angestrebt. Das jüngste Beispiel dafür ist das Terrorurteil von 2 1/2 Jahren Knast nur wegen der Beteiligung an den Auseinandersetzungen im Dezember in Kreuzberg.

... wird „durchsucht"

Bereits am Abend des 6.4. wurde unter dem Vorwand, daß eine Lederjakke im zehn Kilometer entfernten Steglitz gestohlen worden sei, mit ca. 200 Bullen das besetzte Haus Adalbertstr. 74 durchsucht. Gefunden wurde selbstverständlich nichts. In den Morgenstunden des 7.4. fuhren dann in Kreuzberg fast 1 000 Bullen samt drei Wasserwerfern und mit Panzerspähwagen ein. Kreuzberg wurde dichtgemacht und glich einem Polizeiheerlager. Das erste Haus, das „durchsucht" wurde, war das Haus am Heinrichplatz.

Hier waren die Türen den Staatsanwälten und Polizisten „freiwillig" geöffnet worden. Drei AL-Mitglieder, unter ihnen einer der Kreuzberger Bezirksabgeordneten, waren über Nacht geblieben, wohl wissend, was am Morgen geschehen würde. Gefunden wurde nichts Belastendes, außer den Besetzern selbst, und die wurden auch gleich mitgenommen. „Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung", „Hausfriedensbruch", etc. – da muß natürlich sofort erkennungsdienstlich behandelt werden. Am Haus selbst wurden die Wasser- und Stromleitungen gekappt.

Stromleitungen gekappt.



Ein zweites Haus, der „Turm" (Leuschener Damm 9) war auch gleich mit dran. Dieses Haus ist eines der am längsten besetzten in Kreuzberg, es stand im Herbst 80 bereits in Verhandlungen mit dem Senat, um als Jugendwohngemeinschaft anerkannt zu werden. Hier wurde den Besetzern erst gar keine Zeit gelassen, die Türe zu öffnen, sie wurde in Windeseile einfach aufgeschweißt.

Bei dieser „Durchsuchung" war der regierende Bürgermeister Vogel selbst anwesend, ebenso der Staatsschutzanwalt Möllenbrock. Auch hier wurden sämtliche Besetzer festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Auch zwei kleine Kinder wurden mit auf die Wache gebracht! Wie wild wurde hier beschlagnahmt: Stereoanlage samt Platten ebenso wie Tonbänder mußten dran glauben. Angeblich sollen auch Krähenfüße beschlagnahmt und eine defekte Schreckschußpistole sowie ein Funkgerät mitgenommen worden sein. Insgesamt füllten die Beamten zehn Seiten mit beschlagnahmten Gegenständen aus. *„Die Besetzer erzählten von*

den aus. „Die Besetzer erzählten von

so gefährlichen Gegenständen wie Plakaten, Zimt und Pflanzen" (TAZ, 8.4.81)

Alle Besetzer bekamen ein Ermittlungsverfahren nach § 129 angehängt. Aber die Herren des Morgengrauens hatten noch nicht genug: Am Nachmittag desselben Tages ging es im gleichen Stil in der Oranienstraße bei zwei Häusern weiter, wieder wurden sämtliche Besetzer, aber auch ein verbliebener Mieter, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Der Besetzerrat – eine „kriminelle Vereinigung"? –

Ab 13 Uhr wurde das Haus Luckauerstr. 3 „durchsucht". Wie polizeibekannt war, tagte dort zur selben Zeit der Besetzerrat. Über 128 Anwesende wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Gegen alle läuft jetzt ein Ermittlungsverfahren nach § 129. Da der Besetzerrat so funktioniert, daß aus allen Häusern Besetzer an ihm teilnehmen, ist damit die Besetzerbewegung insgesamt zu einer kriminellen Vereinigung erklärt worden! Angesichts der zusammengezogenen Polizeikräfte erschien dem Besetzerrat aktiver Widerstand

klärt worden! Angesichts der zusammengezogenen Polizeikräfte erschien dem Besetzerrat aktiver Widerstand

als sinnlos. Am nächsten Tag war in der Presse viel von den erschröcklichen Selbstverteidigungsmaßnahmen besetzter Häuser zu lesen (die freilich alle funktionsuntüchtig gemacht worden waren!), aber wenig Protest gegen diese Bürgerkriegsübung der Polizei.

Die Festgenommenen selbst schreiben in einer Erklärung: *„Für uns sieht die ganze Aktion vielmehr nach einem Anschlag auf das Recht auf Versammlungsfreiheit aus, als nach ‚rechtsstaatlichem' Vorgehen. Die Festnahmen fassen wir als massenhafte Freiheitsberaubung auf. Soche Aktionen sollen jede Widerstandsbewegung in dieser Stadt einschüchtern, vor allem in einer Situation, in der jederzeit mit einem Todesfall im Hungerstreik zu rechnen ist. Von Protestaktionen dazu und zur immer noch katastrophalen Wohnungspolitik soll abgelenkt werden. Das ist bestimmt keine politische Lösung.*
Freilassung aller Gefangenen!
Einstellung aller Strafverfahren!
Keine Kriminalisierung der Instandbesetzer!

Bilanz des 7. April:

154 vorübergehende Festnahmen, dieselbe Zahl an Ermittlungsverfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" und fünf durchsuchte Häuser, die allerdings bis auf weiteres besetzt bleiben werden.

Am 8. April waren bis auf zwei wieder alle frei. Gegen die beiden Eingeknasteten sollen aus anderen Gründen Haftbefehle bereits existiert haben.

Vogel provoziert

Noch während die Festnahmeaktion in der Luckauerstr. 3 lief, sammelten sich ca. 400 Leute im Mehringhof, um das weitere Vorgehen zu planen. Diskutiert wurde, sich in dieser Situation nicht mit der Polizei anzulegen, sondern politisch durch Öffentlichkeitsarbeit etc. wieder in die Offensive zu gelangen.

Noch am selben Abend wollte der regierende Bürgermeister Vogel in Charlottenburg eine Wahlkampfveranstaltung abhalten, die aber dank zahlreich erschienener „Sympathiesanten" nicht so recht hinhauen wollte. Als er anfing zu reden, wurde er mit „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei" beim Reden gestört.

Er hatte daraufhin nichts besseres zu tun, als das „Demokratieverständnis" der Besetzer zu mißbilligen, was ihm erneuten Protest einbrachte. Als er dann aber auch noch die Unverschämtheit besaß, Statements über die Lage im „geteilten Deutschland" abzugeben, gab es auf Seiten der „Störer" verständlicherweise keine Ruhe mehr.

So war dann diese Veranstaltung erst einmal zu Ende. Im Anschluß daran fanden vereinzelt Gespräche mit dem Publikum, zum größten Teil SPD-Mitglieder, statt.

Solidaritätsstreik an der FU

Solidaritätsstreik an der FU

Mit über 1.000 Teilnehmern (einige sprachen sogar von 2.000) fand am Freitag (10.4.) die seit Jahren größte und kämpferischste Vollversammlung an der Westberliner „Freien" Universität statt. Das Plenum beschloß einen uniweiten Streik zur Unterstützung der Instandbesetzer/innen.

Anschließend wurde die Schule für Justizterror (juristische Fakultät) für einige Stunden besetzt und ausgiebig von innen und außen mit Sprühdosen renoviert. In einer Presseerklärung wurde die Freilassung aller inhaftierten Instandbesetzer/innen, Einstellung sämtlicher § 129-Verfahren (natürlich auch aller anderen), keine weiteren Festnahmen, Rückgabe der besetzten Häuser und die Erfüllung der Hungerstreikforderungen verlangt.

30 - 40.000 demonstrieren!

Für Samstag, den 11.4., hatte das gesamte Spektrum der Westberliner Linken zu einer Demonstration gegen die Wohnungspolitik und die staatliche Repression aufgerufen. Und das wurde ein voller Erfolg. 30 - 40.000 Demonstranten zogen über den Kurfürstendamm. Damit waren ungefähr doppelt soviele wie bei der großen Dezemberdemonstration auf den Beinen. Angesichts dieser Menschenmenge hielten sich die Bullen zurück. An der Spitze des Zuges wurden Transparente zur Solidarität mit dem Hungerstreik getragen.

Unterwegs wurden mit viel Sorgfalt die Wahlplakate der etablierten Parteien entfernt. Auf der Abschlußkundgebung sprachen ein Vertreter der Kreuzberger Bürgerinitiativen, der Mieterinitiativen, ein Kreuzberger Pfarrer und zwei Vertreterinnen des Besetzerrates, die in ihrem Beitrag insbesondere die Kriminalisierungswelle und das Verhalten des Staates zu den sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen angriffen. Die Vertreter der Kreuzberger Bürgerinitiativen hoben die gemeinsamen Ziele mit den Besetzern hervor, stellten sich ebenfalls gegen die Kriminalisierungswelle und Polizeistaatsmanöver und betonten, daß sich Besetzer und Mieter weiterhin und gemeinsam gegen die Angriffe des Staates zur Wehr setzen werden.

Ein Genosse des KB/Gruppe Westberlin

Gießen. Um der kriminellen Wohnraumzerstörung in Gießen einen Riegel vorzuschieben, zogen am 1.4. Instandbesetzer in das Haus Frankfurterstraße 60. Denn: *„In Gießen wird nicht nur verantwortungslos Wohnraum zerstört, auch das gesamte Stadtbild wird von den Profitinteressen von Kaufhauskonzernen und Baulöwen bestimmt ... Im Flutgraben 4 leistete sich Sommerlad (Gießener Kaufhausbonze, Anm. AK) das Ganovenstück des Jahres! Weil dieses Haus, in dem rechtmäßig Mieter wohnen, seinen Geschäftsinteressen im Wege stand, wurde es beim Abriß der benachbarten Häuser gleich mit zerstört. Mit seiner skandalösen Einwilligung in die endgültige Beseitigung des Hauses hat der CDU-Magistrat deutlich gezeigt, wessen Interessen er vertritt ... Am 1. April sind wir in das Haus Frankfurterstraße 60 eingezogen. Wir haben uns zur Instandbesetzung entschlossen, um dieses und das Nachbarhaus vor dem Abriß zu bewahren ... Nach unserem Einzug verhielt sich die Nachbarschaft uns gegenüber sehr aufgeschlossen."*

Am Abend des 2.April wurde das Haus von einem Schlägertrupp überfallen. Zwei Besetzer mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Infrage für diese Schweinerei kommen eigentlich nur zwei: entweder der Hausbesitzer oder die sich gerade in Gießen neu organisierenden Neonazis.

* * *

Frankfurt. In der Adolfstr. 40 im Ortsteil Niederrad besitzt die Stadt ein Haus, dessen Fenster und Türen sie zumauern ließ, um ungestört Modernisierungsarbeiten durchführen zu können. Die „Bürgerinitiative für menschliches Wohnen in Niederrad" hielt dies jedoch für einen schlechten Aprilscherz und besetzte am 1.4. kurzerhand das Haus, um sich persönlich vom tatsächlichen Stand der Arbeit zu überzeugen. Und siehe da, nicht ein Handschlag zur Modernisierung war getan worden. Das Haus gammelte weiter vor sich hin. Die Stadt hatte frech gelogen, und wer lügt, dem hilft nur noch die Polizei. Nach drei Stunden rückten uniformierte Räumer an und holten die Besetzer raus.

Die CDU als Partner des Eigentums

Der kürzlich in Mannheim veranstaltete Bundesparteitag der CDU sollte zeigen, *„daß die CDU in der Lage ist, auch heiße Themen auf einem Parteitag zu diskutieren und Entscheidungen hierüber zu fällen."* Diese eitle Selbsteinschätzung bezog Generalsekretär Geißler insbesondere auf das Thema Wohnungsnot, dem sich die CDU in Mannheim annehmen wollte. Wie heiß es dann tatsächlich zuging, läßt sich daran ablesen, daß sämtliche Anträge einstimmig angenommen wurden, also auch die Unterstützung der angeblich so aufmüpfigen Sozialausschüsse fanden. Und was da im Windschatten des Jubelns und der Langeweile verabschiedet wurde, löste keine Überraschung aus, verdient aber dennoch eine gewisse Aufmerksamkeit. Denn angesichts der SPD-Regierungspolitik ist zu erwarten, daß das in Mannheim beschlossene, eindeutig zu Lasten der Mieter gehende Programm schon bald seinen Niederschlag in Form verschärfter Mietgesetze finden wird.

Weg mit dem Mieterschutz

Nach dieser Devise will die CDU die umstrittene Staffelmiete, die zunächst nur für Neubauwohnungen vorgesehen war, nun auch auf Altbauwohnungen ausdehnen und außerdem zeitlich begrenzte Mietverträge einführen (vielleicht auch noch Probezeiten für das Wohnen? ...). Hiermit wird dem Hausbesitzer ein Instrumentarium an die Hand gegeben, mit dem er nicht nur willkürlich Mieterhöhungen durchdrücken, sondern gleichzeitig aufmüpfige Mieter reibungslos auf die Straße setzen kann. Gerade die Staffelmiete, die Mieterhöhungen auf Jahre hinaus schon bei Vertragsabschluß festlegt, kommt einer Erpressung der Mieter gleich.

Daneben will die CDU die Preisbindung für Sozialmieten abschaffen und die zügige Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen ermöglichen. Durch noch mehr Steuerbegünstigungen soll insgesamt der Eigenheimbau gefördert und der verpönte Sozialwohnungsbau endlich überwunden werden. Denn, so Wohnungsexperte Lothar Späth, *„die Union muß die Partei des Eigentums sein."* Ein anderer Experte, der treue Strauß-Diener Biedenkopf, ließ seinen Sachverstand in der Feststellung gipfeln, daß es *„eigentlich keine Wohnungsnot gibt"* („Neue", 12.3. 81).

Wohnungskommission

Nicht viel länger hielten Besetzer zwei Wohnungen in einem teilweise leerstehenden Haus in der Wolfgangstraße 89. Obwohl der Hauseigentümer gar keinen Strafantrag gestellt hatte, erschien alsbald die Polizei und trug die Besetzer aus dem Gebäude („FR", 3.4. und 6.4.81).

* * *

Lübeck „Anscheeten" mußten die mit Brechstangen bewaffneten Bullen eines Spezialkommandos an den Wänden lesen, als sie das seit dem 13. März besetzte Haus räumen wollten. Die Besetzer hatten sich nach Westberliner Vorbild rechtzeitig abgesetzt.

* * *

Hildesheim Das „Krümel", Altbau und bis dato Szene-Kneipe, wurde in der Nacht zum 31.3. von Instandbesetzern „heimgesucht". Das Haus sollte dem Erdboden gleichgemacht werden, da der neue Besitzer, die „Delta-Bau" aus Hannover, an gleicher Stelle einen Supermarkt nebst Tiefgarage und Eigentumswohnungen hin(beton)klotzen will.

Ca. 40 Leute (und nicht nur diese!) hatten anderes im Sinn: Sie forderten ein selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum in den Räumen dieses Hauses und bekräftigten ihr Ansinnen mit Instandbesetzung. Leider wollten die „Delta-Bau" und der Staatsanwalt sowas aber nicht: Am Morgen des 1. April (7 Uhr) schickten sie ca. 150 ausgerüstete Wachtmeister und zwangen die 30 Bewohner des „Krümel", herauszukommen, was diese auch ohne Widerstand taten. Die Personalien der Besetzer wurden festgestellt, und nun stehen ihnen Prozesse ins Haus.

Gleich nach dieser Aktion begann der Abriß. Auch die per Alarmkette eilends mobilisierten 100 Leute konnten daran nichts ändern. Die Demonstration (150 Menschen) am Nachmittag des gleichen Tages bestärkte die allgemeine Einschätzung:

- Die erste Hausbesetzung in Hildesheim war ein Erfolg. Über 100 Menschen nahmen in diesen Tagen kontinuierlich daran teil, von Jusos bis Punks. Die Lokalpresse berichtete fair, es wurde viel diskutiert. Zwar gab es noch viele Schwächen, aber ein Anfang ist geschaffen.
- Man/frau war sich einig: Das nächste Mal gehen wir nicht ohne Widerstand (aktiv? passiv?) aus dem Haus.
- Die Forderung nach einem Jugend- und Kulturzentrum mit einem großen Veranstaltungssaal hat Fuß gefaßt. Jahrelang wurden wir Hildesheimer darum betrogen! Man/frau hört einiges munkeln. Ein heißer Sommer kündigt sich an ...

Ein AK-Leser aus Hildesheim

* * *

Neuß. Durch die Besetzung des Hauses Krefelder Straße 53 wurde ein komunalpolitischer Sk*ndal ersten Ranges bekannt. Die Stadt Neuß zahlt dem Hausbesitzer seit 5 Jahren die Miete, damit er das Haus leerstehen läßt! Anfang Mai soll das Haus abgerissen werden, solange will der Besitzer die Besetzung dulden.

Am 22.3. versuchten rund 20 randalierende Disco-Besucher das Haus zu stürmen, zerschlugen Fensterscheiben und warfen Bierflaschen. Zwar wurden sie von der Bullizei gestoppt, aber ansonsten blieben sie ungeschoren.

Die Instandbesetzer/innen der Drususallee 80 haben ein Cafe eingerichtet. Obwohl seit der Besetzung, seit dem 21.3., ein Strafantrag der Hausbesitzerin vorliegt, werden die Instandbesetzer/innen weitgehend in Ruhe gelassen. Offenbar fürchtet die Bullizei in Neuß „Düsseldorfer Verhältnisse".

Wohnungskommission und ein Genosse aus Düsseldorf

* * *

Köln. Wie in AK 198 berichtet, war in Köln am 21.3.81 das Haus Neußer Straße 95 besetzt worden. Etwa 200 Leute waren kurze Zeit nach der Besetzung gekommen und hatten durch ein kleines Straßen-sit-in den Besetzern ihre Solidarität gezeigt. Viele hatten sich in die Telefonkette eingetragen, um bei einer Räumung jederzeit sofort erreichbar zu sein. Außerdem wurden die Besetzer jeden Abend besucht, teilweise nicht nur von Unterstützern. Alle Öffentlichkeitsarbeit und alle sofort nach der Besetzung begonnenen Verhandlungen halfen aber nix:

Obwohl für Montag noch Verhandlungen und für Dienstag ein Fest angesetzt worden war, kamen am Montagmorgen (30.3.) um 6 Uhr die Bullen, räumten das Haus (die Kölner Presse entblödete sich nicht, die Behauptung der Bullen, sie hätten erst 1 Stunde geklingelt, einstimmig nachzubeten), und sofort wurde mit dem Abriß begonnen.

Für Montagabend hatte die DKP zu einer Protestkundgebung vor den Trümmern aufgerufen. Diese Art Mahnwache war den etwa 30 - 40 Genoss/inn/en aber zu wenig, und so besetzten sie kurzerhand im etwa 150 Meter entfernten Haus Neußer Platz zwei seit Jahren leerstehende Etagen.

Was als symbolische Besetzung geplant war, ist inzwischen „ernst" geworden: Etliche Leute wohnen in dem Haus, darunter einige aus der Neußer Straße 95. Ob die DKP/SDAJ ihr anfängliches Engagement beibehält, ist noch unklar. Dies aber nicht zuletzt auch angesichts antikommunistischer Sprüche der anderen Besetzer.

Ebenfalls am 21.3. besetzte das SSK in Köln-Porz drei ehemalige städtische Sozialhäuser und rettete dadurch 36 Wohnungen vor dem Abriß. Sofort wurde mit der Renovierung begonnen, sechs Tage später zogen die ersten Familien ein. Es sind zwei Sinti-Sippen, die seit Monaten von den Behörden herumgeschubst wurden und zuletzt beim SSK unterkamen.

Hier sieht der Stand momentan recht gut aus; die Stadt scheint zu Verhandlungen bereit zu sein.

KB/Gruppe Köln

was aber nicht: Am Morgen des 1. April (7 Uhr) schickten sie ca. 150 ausgerüstete Wachtmeister und zwangen

hältnisse".

Wohnungskommission und ein Genosse aus Düsseldorf

KB/Gruppe Köln



Gelsenkirchen Gegen „Verschlimmbesserung" und gegen die Vertreibung aus ihrer Zechensiedlung im Herzen des Kohlenpottes haben sich Hausfrauen und Rentner zu Wehr gesetzt. Seit Ende Februar halten sie das Haus Augustastr. 5 besetzt. Die älteste Häuserkämpferin unter ihnen ist 94 Jahre alt!

Als 1966 die Zeche „Bismarck" stillgelegt wurde, übernahm die Maklerfirma Rudolf Bauer den dazugehörenden, aus 156 Häusern bestehenden Wohnkomplex und betreibt seitdem munter Spekulationsgeschäfte. Dazu gehört das Leerstehenlassen und das allmähliche Abreißen der Gebäude, bis die Siedlung eines Tages völlig verschwunden ist. Dies alles geschieht mit vollster Unterstützung der Stadtverwaltung, obwohl der Oberbürgermeister den älteren Menschen vorgaugelt, er würde sie vor den Machenschaften des Maklers schützen. Doch die damit erzielte Verunsicherung bei den Mietern verwandelte sich schnell in die Erkenntnis, selber aktiv zu werden. Mit Flugblattaktionen und gut organisierter Selbsthilfe richten sich die Besetzer auf eine längere Auseinandersetzung ein. *„Die Siedlung ist unser Zuhause. Mich kriegt hier lebend niemand mehr weg,"* beschreibt eine 62jährige Besetzerin die Stimmung.

Wohnungskommission

»Hausbesetzer-Kongreß« in Münster mit bemerkenswerter Beteiligung

Am 28./29.März fand in Münster ein bundesweites Treffen von Instandbesetzern, Mieterinitiativen und Initiativen für Jugend- und Kommunikationszentren statt. Im Vorfeld des Kongresses, der eigentlich mehr unter dem Namen 'Hausbesetzer-Kongreß' segelte, gab es bereits erregte Debatten in der Münsteraner Presse.

Der AStA der Uni Münster, der die Räume für den Kongreß angemietet hatte, wurde vom Rektorat speziell darauf hingewiesen, daß die Räume entzogen werden können, sofern *„eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Universität"* besteht.

Es sollten keine Themen behandelt werden, die einen *„Straftatbestand verwirklichen oder zu strafbaren Handlungen aufrufen"* (MZ, 10. 3.81). Die Universitätsverwaltung hatte ihre Hände also vorsorglich in Unschuld gewaschen. Die Bullerie sorgte gleichfalls vor und machte mobil. In der Stadt wimmelte es von Bullen, was die Gefährlichkeit dieser Bewegung unterstreicht...

Vorbereitet wurde der Kongreß im wesentlichen vom AStA und einem der DKP nahestehenden Umfeld, sowie Instandbesetzern, Mieterinitiativlern etc. vornehmlich aus NRW. Der VDS (Vereinigte deutsche Studentenschaften) trat als Unterstützer auf. Beteiligt waren dann letztlich etwa 30 - 40 Gruppen aus vielen Städten in der BRD und aus Westberlin. Besonderes Interesse riefen die von Nürnbergern, Westberlinern und Freiburgern beigesteuerten Beiträge hervor, aber auch ein Redebeitrag des Deutschen Mieterbundes e.V. aus NRW, der sich mit den Instandbesetzern und Mietkämpfern solidarisch zeigte.

Die Plenumsdiskussionen, die von rund 1.000 Leuten verfolgt wurden, verliefen zum Teil ziemlich chaotisch. Die Eingangsdiskussion war beherrscht von einer Auseinandersetzung über die Anwesenheit der Presse und des Fernsehens. Die Versammlung einigte sich darauf, keine Ton- und Filmaufzeichnungen zuzulassen. Nachdem dies geklärt war, wurden diverse Palästinenser-Tücher von den Gesichtern abgenommen und die ersten Wortbeiträge konnten beginnen. Sehr viel Raum wurde dabei einer Solidaritätserklärung zu den Hungerstreikenden gegeben, die sich recht ausführlich mit dem Imperialismus im Allgemeinen und dem bewaffneten Widerstand im Besonderen beschäftigte. Anschließend berichteten die Nürnberger von den Massenverhaftungen und den Problemen der Instandbesetzer. Der Deutsche Mieterbund e.V. aus NRW schloß daran einen Redebeitrag an, der sich weder vom Hungerstreik-Beitrag abgrenzte, noch in irgendeiner anderen Form 'Grenzen' zu den doch recht militanten Beiträgen seiner Vorredner zog.

Die DKP ist betont auf Einheit bedacht

Ebenso verblüffend war die Geduld der reichlich vertretenen DKP'ler und Anhänger im Publikum und auf dem Podium, obwohl ihnen das anwesende Spektrum von Miet- und Häuserkämpfern traditionell ganz und gar nicht liegt. Während sie sich also lahmfromm gaben, änderte sich das Auftreten der 'Autonomen' gegenüber den DKP'lern am nächsten Tag ganz erheblich. Es hatte sich herumgesprochen, daß die DKP einen erheblichen Anteil an der Vorbereitung des Kongresses hatte und aus ihren Reihen auch Vorschläge für eine gemeinsame Zeitung der Hausbesetzer, den Aufbau von besseren Kommunikationsstrukturen und für eine nationale Großdemonstration in Bonn gekommen waren. Themen also, die im 'autonomen' Lager nicht gern gehört wurden, und reichlich begründete wie unbegründete Vorbehalte gegen die Veranstalter freisetzte.

Dem Bombardement insbesondere der 'Autonomen' gegen die „DGB-Ordner", „Legalisten", und „Schläger von der DKP" setzten die Revis völlig neue Töne entgegen: sie betonten den gemeinsamen Kampf und votierten dafür, daß alle Miet- und Häuserkämpfer unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit gegen die Verursacher der Wohnungsnot und den Staat vorgehen müssen.

Mit ihren Stimmen wurde die einzige Erklärung des Kongresses verabschiedet, in der jeder Spaltungsversuch der Bewegung in 'Friedliche' und 'Gewalttätige' zurückgewiesen wurde. Ähnlich verhielten sich die in ansehnlicher Zahl vertretenen Jusos. Es ist bekannt, daß die DKP seit eh und je im Mietkampf eine ihrer Domänen sieht. Neu ist allerdings, daß sie bereit zu sein scheint, in der derzeitigen Situation des Miet- und Häuserkampfes in gewissem Maße mit dem Legalismus zu brechen und auch mit diversen linken Strömungen zusammenzuarbeiten . Ob das von Bestand ist, mag anzuzweifeln sein. Zumal bis heute nicht bekannt ist, daß die DKP ihre berüchtigte „These 41" ('Keine Zusammenarbeit mit K-Gruppen und Chaoten'..) zu kippen bereit ist.

Erfahrungsaustausch satt!

In gut 16 Arbeitsgruppen wurden die Erfahrungen der Instandbesetzer-Bewegung ausgetauscht. Insbesondere von den Gruppen, die sich seit Wochen und Monaten darum bemühen, in ihren Städten Häuser zu besetzen, dabei oftmals aber vor schier unüberwindlichen Problemen bei dauerhaften Hausbesetzungen stehen, wurden die Diskussionen als sinnvoll und fruchtbar für die weitere Arbeit angesehen. Ein weiterer Konsens bestand darin, daß „symbolische" Hausbesetzungen (Besetzungen von kurzer Dauer) vor allem einem Ziel dienen sollen: Herstellung einer Öffentlichkeit, um dann auch Chancen für dauerhafte Besetzungen zu haben.

Die Arbeitsgruppe Frauen schlug im Anschluß an den Kongreß einen eigenen Frauen-Hausbesetzer-Kongreß vor. Ob und wann er realisiert wird, ist noch unklar. Desgleichen haben die 'Autonomen' einen eigenen Kongreß in Gießen vorgeschlagen. Dafür gibt es inzwischen einen „Aufruf zum nationalen autonomen Häuserkämpfer/Häuserkämpferinnen-Treffen" für den 16./17. Mai in Gießen. Der Kontakt läuft über *Häuserkämpfer/Häuserkämpferinnen-Treffen, c/o Bi Ba Bu Ze Buchladen Konkordiastraße 81, 4 Düsseldorf Tel.: 0211 / 39 65 14*

Ein Teilnehmer des KB

Übergangs regelung für die Schwarzwald hof bewohner

Freiburg.

Polizei und Justiz arbeiten auf Hochtouren, um irgendwelche Fakten für ihre Konstruktion der „kriminellen Vereinigung" zusammenzustoppeln, die fünf Besetzern angehängt werden soll. Eigens zu diesem Zweck wurde beim Baden-Württembergischen Landeskriminalamt (LKA) eine „Sonderermittlungsgruppe Schwarzwaldhof" eingerichtet, die das gesamte vorliegende Aktenmaterial danach durchgeht, was daraus zu drehen ist. Bei den Haftprüfungsterminen von Winne und Schorsch, die inzwischen nach Karlsruhe in Isolationshaft verlegt wurden, nachdem in Freiburg immer wieder Demonstrationen zum Knast liefen, hatte die Staatsanwaltschaft nun wirklich nichts Konkretes auf der Hand, doch für eine Ablehnung der Haftentlassung reichten die p o l i t i s c h e n Erwägungen allemal.

Seit letzter Woche ist ein Teil der früheren Schwarzwaldhofbewohner in das leerstehende Marienkrankenhaus eingezogen. Das Netzwerk hat dieses Gebäude von einer Wohnbaugesellschaft (verantwortlich u.a. für die Spekulation mit der Wilhelmstr. 36) mietfrei für ein halbes Jahr übernommen. Nachdem sowohl Stadt als auch Studentenwerk eine Zwischenvermietung des Hauses ablehnten, ist der Vertrag mit dem Netzwerk für die Spekulanten-AG die billigste Möglichkeit, das Haus ohne Zumau-

ten, ist der Vertrag mit dem Netzwerk für die Spekulanten-AG die billigste Möglichkeit, das Haus ohne Zumau-

ern und dauernde Polizeibewachung bis zum Herbst ohne Besetzung über die Runden zu bringen. Der Haken bei der ganzen Angelegenheit ist nämlich, daß eine Kaution von 115 000 DM (die von Netzwerk, einzelnen Freiburger Bürgern und Kirchen aufgebracht wurde) verfällt, wenn das Haus am 1.10.81 nicht „menschenleer" an die Schwarzwald-AG zurückgegeben wird.

Ob man auf die ganze Geschichte eingehen sollte, darüber gab es sehr heftige Auseinandersetzungen (von denen der größte Teil der Bewegung leider erst im Nachhinein informiert wurde). Während ein Teil der Schwarzwaldhöfler jedes Eingehen auf solche faulen Angebote ablehnte, ist ein anderer Teil jetzt im „Mariengrab" eingezogen. Ausschlaggebend dafür war vor allem die unerträgliche Situation, völlig vereinzelt und provisorisch in diversen WGs einquartiert zu sein. *„Wir wollen ein ekliges Widerstandsnest bleiben, dazu gehört eben ein Nest!"*, heißt es in einer Erklärung dazu. Es wird betont, daß mit diesem Einzug weder der Schwarzwaldhof „gestorben" ist, noch daß damit irgendwelche Verhandlungen mit der Stadt aufgenommen wurden. (Der Vertrag läuft zwischen Netzwerk und Schwarzwald-AG; ein Teil der Stadtverwaltung hofft, daß durch diese Vereinbarung erstmal Ruhe einkehrt und hat deshalb die erforderlichen baurechtlichen Genehmigungen erteilt, während andere Teile der Stadtspitze gegen das Projekt Sturm laufen und informell bereits angekündigt haben, daß sie mit melderechtlichen etc. Schikanen dagegen vorgehen werden).

Für alle ist klar, daß durch das „Mariengrab" weitere Hausbesetzungen nicht weniger notwendig werden, und es gibt ja auch noch etliche leerstehende Häuser in Freiburg...

Einen Auftakt machten 8 Leute, die am Dienstag letzter Woche in leerstehende Zimmer im Haus Wilhelmstr. 36 eingezogen sind. Mit allen möglichen legalen und weniger legalen Methoden hat die Wohnbaugesellschaft bis auf sechs alle Altmieter aus dem Haus herausgeekelt und will dort eine Luxussanierung durchziehen. Jetzt werden reguläre Mietverträge und Klärung der Mietverhältnisse für die Altmieter gefordert.

Ein Genosse aus Freiburg

Letzte Meldung

Mehrere hundert Jugendliche haben heute die leerstehende Adelshauser Schule besetzt. Bei Redaktionsschluß wurde gerade eine „Einweihungs"fete gefeiert.

BESETZT

Goslar. Vom 27.3. bis 1.4. hielten 20 Jugendliche ein der Stadt gehörendes Haus besetzt, um ein Jugendzentrum daraus zu machen. Trotz friedlicher Aktion und widerstandsloser Räumung wird gegen 12 Besetzer wegen Hausfriedensbruch ermittelt (Südd. Zeitung, 2.4.81).

• • •

Hagen. Für knapp drei Wochen hielten 11 Leute ein Gebäude besetzt. Am 1. April war Räumungstermin („SZ", 2.4.81).

• • •

Darmstadt. Die im Sanierungsgebiet Martinsviertel liegende evangelische Kirche erhielt am 29.3. unerwarteten Besuch: Eine Gruppe Jugendlicher besetzte nach dem Gottesdienst das Gebäude, um gegen die Wohnungsnot zu protestieren. Parallel dazu wurde kurzfristig noch ein weiteres Haus besetzt, das abgerissen und einem neuen Gemeindezentrum weichen soll. Der Kirchenvorstand will ‚kühlen Kopf' bewahren und mit den Besetzern verhandeln („FR", 30.3.81).

• • •

Weinstadt. Um in der schwäbischen Kleinstadt als Wohngemeinschaft leben zu können, instandbesetzten 14 Leute am 24.3. ein dazu gut geeignetes Haus. Der in Panik geratene Gemeinderat ermächtigte nach einigem Hin und Her die Polizei zur unverzüglichen Räumung. Am 31.3. packten die Besetzer ihre Sachen und kündigten ihren Umzug in ein anderes Gebäude, eine alte Burgruine, an (Stutt. Zeitung, 1.4.81).

ten ihren Umzug in ein anderes Gebäude, eine alte Burgruine, an (Stutt. Zeitung, 1.4.81).

• • •

Düsseldorf. Am 27.3. wurde das Haus Benrather Schloßallee 97 besetzt. Die Dresdner Bank ließ das Haus seit zwei Jahren leerstehen, weil laut Bebauungsplan gegenüber dem Benrather Schloß nur Wohnbebauung zulässig ist, die Dresdner Bank aber auf einen Büroklotz besteht. Die Instandbesetzer/innen fordern die Enteignung des Hauses und Nutzungsverträge.

Am Morgen des 4.4. besetzten rund 40 Instandbesetzer/innen, vorwiegend Erwachsene mit Kindern, das Haus Suitbertusstraße 122. Sie erklärten, den Appell des Stadtrates an die Städtischen Wohnungsgenossenschaften, keinen Wohnraum leerstehen zu lassen, ernstgenommen zu haben. Deshalb haben sie das seit zwei Jahren leerstehende Haus der „Düsseldorfer Wohnungsgenossenschaft" besetzt.

• • •

Hilden. Ebenfalls am 4.4. wurde in Hilden (Nachbarstädchen von Düsseldorf) das Haus Marktstraße 11 instandbesetzt. Von der Stadt Hilden fordern sie einen Nutzungsvertrag.

• • •

Aachen. Eine vielversprechende Frühlingsoffensive starteten die Aachener Hausbesetzer/innen am 28. und 31.3. mit zwei Besetzungsaktionen. Zusätzlich wurde am 28.3. das Haus Templergraben Nr. 6 für ein paar Tage besetzt. Dieses Haus soll ebenso wie die Nebengebäude abgerissen und einen Meter nach hinten versetzt wieder neu aufgebaut werden, um dadurch einer Linksabbiegerspur Platz zu machen ...

Ein sehr mysteriöser Vorfall ereignete sich in der zweiten Nacht nach der Besetzung. *„Gleich mehrere Zeugen vor 'Theo's Pinte' hörten am Sonntag kurz nach 9.30 Uhr einen Knall und unmittelbar darauf das Splittern einer der gewölbten Butzenglasscheiben in einem Fenster des besetzten Hauses. Dicht über einem Mädchen, das auf der Fensterbank sitzend ein Buch las, klaffte ein handtellergroßes Loch. (...) Nachher grassierte unter Besetzern und ihren Unterstützern die Furcht, daß irgendwelche selbsternannten 'Law-and-order'-Fanatiker zur Selbstjustiz griffen und dies wiederholen könnten"* (Aachener Nachrichten, 31.3.).

Das Haus Alexianergraben 2 (Besetzung am 28.3.) ist ein neueres Gebäude, in dem unten auch jetzt noch ein Steakhouse residiert. Die Wohnungen darüber stehen seit einem Jahr leer, denn der Hausbesitzer will künftig nur noch gewerblich vermieten und damit mehr Kasse machen.

Das Haus in der Johanniterstraße 26 war am Rosenmontag schon einmal besetzt worden (s. AK 198, S.9), wurde dann aber prompt gemäß der harten Linie des Oberstadtdirektors Berger („Keine Besetzung länger als zwei Stunden dulden") nach zwei Stunden geräumt. Doch am 31.3.kamen die Besetzer wieder. *„Die zur Zerstörungshilfe hinzugezogenen Feuerwehr hat zwar einen Teil des Treppenhauses zersägt (Motto: Wir schützen, bergen, löschen, helfen, zerstören!), aber das kriegen wir wieder hin; wir sind ja Haus i n s t a n d-besetzer!"* (aus einem Flugblatt der Besetzer). Das Haus steht seit 6 Jahren leer, ist aber in bewohnbarem Zustand und kann mit geringen Mitteln renoviert werden. Doch die Stadt, die Hauseigentümerin ist, tut gar nichts. Mal wieder ein typisches Beispiel für das Vorgehen einer kriminellen Vereinigung – immerhin 10.000 Wohnungssuchende gibt es in Aachen und mindestens 70 leerstehende Häuser.

Um auf diese eklatanten Mißstände aufmerksam zu machen, demonstrierten eine Woche nach den Hausbesetzungen rund 300 Leute durch Aachen.

• • •

Karlsruhe. Sämtliche 200 Besetzer eines ehemaligen Bäckereigebäudes wurden am 3.4. nach 12 Stunden Besetzung verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt! Anstatt eines Abrisses hatten die Besetzer von der Stadt die Errichtung eines Kommunikationszentrums und eines Bürgerhauses gefordert („FAZ", 4.4.81).

• • •

• • •

Wuppertal. Am 20.3. besetzte eine Gruppe von Instandbesetzern eine Villa in der Reichstraße 26. Ein am nächsten Tag am Haus vorbeiziehender Demozug wurde von der Polizei angegriffen, wobei 4 Leute verhaftet und 3 verletzt wurden. Die Besetzung läuft weiter, und im Erdgeschoß ist eine Informationsstelle mit Teestube eingerichtet worden. Eine Woche später wurde ein weiteres Haus in der Friedrich Ebert Straße besetzt, das allerdings noch am gleichen Abend wieder geräumt wurde. Am selben Abend startete die Polizei einen Angriff auf die besetzten Häuser in der Farbmühle und nahm 9 Leute fest. Angeblich soll aus den besetzten Häusern heraus ein älterer Mann überfallen worden sein. Besetzungen kommen der Stadtverwaltung äußerst ungelegen. Hat sie doch ‚ihre' Stadt von der EG auswählen lassen, Wuppertal mustergültig zu ‚sanieren'.

• • •

Lehrte. Am 5.4. kam es zur Besetzung zweier Häuser, die nach dem Willen des Eigentümers abgerissen werden sollen. Der Stadtrat scheint mehr dazu zu neigen, die Häuser zu erhalten. Am Abend beendeten die Besetzer ihre Aktion (Hildesheimer Allg. Zeitung, 6.4.81).

• • •

Saarbrücken.
Am 26.3. wurde von ca. 50 Leuten die Schillerschule besetzt. Getragen wird die Aktion von vier Theatergruppen, die keine festen Probe- und Auftrittsmöglichkeiten haben, und von Sympathiesanten/innen.

• • •

• • •

Hamburg.
In der Nacht zum 10.4. (Freitag) waren Jugendliche in der Neumann-Reichardt-Str. in Wandsbek in ein nicht mehr benutztes Hallenbad geklettert, besetzten es und erklärten es zum neuen Freizeitzentrum. Der Privatbesitzer stellte Strafantrag, woraufhin Polizei anmarschierte und die Besetzer hinaustrug.

• • •

Hamburg.
„Heimlich" besetzten einige Wohnungssuchende am 6.4. leerstehende Wohnungen im Haus Virchowstr. 65, um nach langer Sucherei endlich eine eigene Wohnung zu haben. Außerdem protestierten sie dagegen, daß der Besitzer die Wohnungen mit staatlichen Geldern modernisieren und in Eigentumswohnungen umwandeln will. Für Mieter in Altona wären sie unerschwinglich. Als die Instandbesetzer nach vier Tagen schließlich Transparente aus den Fenstern hängten und zum Tag der offenen Tür einluden, traten wenig später ungebetene Gäste auf den Plan: Streifenwagen mit MEK-Anhang. Ihr Räumungsrausch erhielt jedoch einen ernüchternden Dämpfer: Rechtzeitig hatten sich die Besetzer abgesetzt und ließen die Bullen ins Leere laufen.

• • •

Hamburg. Erneut wurde der Versuch, in Hamburg ein Haus zu besetzen, schon im Keim erstickt.

Im Schanzenviertel, einem Sanierungsgebiet, wurde als Auftakt zur Hamburger Mieterwoche am 4.4. das Haus Amandastraße 73 besetzt. Es gehört der städtischen SAGA, steht seit einigen Monaten leer und soll dem-

Haus Amandastraße 73 besetzt. Es gehört der städtischen SAGA, steht seit einigen Monaten leer und soll dem-

nächst abgerissen werden. Die Besetzer, die u.a. von der Bunten Liste und auch von der DKP unterstützt wurden, begründen ihre Aktion mit der rabiaten und illegalen Abrißsanierungstaktik der SAGA: *„Obwohl noch gar kein Bebauungsplan vorliegt und deshalb auch kein Haus abgerissen werden dürfte, wurden auf Veranlassung der Bauprüfabteilung wegen plötzlich festgestellter gefährlicher Mängel bisher schon zwölf Wohnhäuser abgerissen seit Sommer 1980. Aber bisher wurde nicht ein vernünftiger Neubau für Familien errichtet. Lediglich einige teure Appartements mit Quadratmeterpreisen von DM 12 und mehr wurden hingestellt... Wir haben uns zu dieser Hausbesetzung entschlossen, weil permanent Mieterinteressen verletzt wurden und Fragen und Argumente der Mieter mit Spitzhacke und Stahlkugel am Bagger beantwortet wurden."*

Und mit dem Polizeiknüppel dazu. Nachdem den Besetzern erst mit Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch gedroht wurde, begann die Polizei, die vor dem Haus versammelten Unterstützer mit dem Schlagstock abzudrängen. Dann stürmte das MEK in einer Blitzaktion das Haus von der Rückseite über Leitern. Die Hausbesetzer wurden abgeführt und für anderthalb Stunden zur Feststellung der Personalien eingesperrt.

Während der anschließenden Spontandemo (300 bis 400 Leute) zum SAGA-Hauptquartier in Altona gingen dann noch einige Scheiben von Banken zu Bruch.

• • •

Stuttgart. Ein gelungener Frühlingsauftakt auch in Stuttgart. Nach einer Räumung zweier Häuser am 30.3. – ein Haus war über 5 Wochen besetzt – zogen 3000 Demonstranten durch die Innenstadt, um gegen die Festnahme von 8 Besetzern zu protestieren. Außerdem wurden Mietverträge für alle besetzten Häuser verlangt. Inzwischen hat das Wohnungsamt einigen Besetzern ersatzweise zwei städtische Gebäude zum Wohnen angeboten. Doch der Wohnungskampf geht weiter: am 3.4. besetzten 20 Leute erneut ein leerstehendes Haus („FR", 6.4.8] und Stuttg. Zeitung, 1.4.81).

• • •

Hannover. Zwei ehemals besetzte, dann geräumte Häuser (Jacobistraße und Franz-Borck-Straße) wurden am 4.4. kurzfristig erneut besetzt, Teelichter in die Fenster gestellt und Transparente rausgehängt. Danach zogen die Besetzer wieder ab. Die Häuser waren bereits unbewohnbar gemacht. Von einer Geisterbesetzung oder Bullenbeschäftigung war die Rede.

• • •

„Wir sind nicht bereit, in Obdachlosenunterkünfte zu ziehen, wenn anderer Wohnraum leersteht"

FRAGE: Glaubst du, daß es noch Zweck hat, mit der Stadt zu verhandeln?

INSTANDSETZER: *Nein, da sich die Stadt nicht mit uns auseinandersetzen will, sondern die Konflikte durch die Polizei beseitigen läßt.*

FRAGE: Warum hast du bei der Besetzung der Johanniterstr. 26 mitgemacht?

INSTANDSETZER: *Weil das Haus gut in Ordnung war und bereits seit sechs Jahren leerstand und ich gerne dort gewohnt hätte; weil ich keine Lust habe, mit anderen, die auch Recht auf Wohnraum haben, vor dem Vermieter einen Konkurrenzkampf zu führen, obwohl ungenutzter Wohnraum leersteht.*

FRAGE: Wie haben die bisherigen Polizeieinsätze bei Räumungen auf die gewirkt?

INSTANDSETZER: *Meine Angst vor den Bullen wandelt sich immer mehr in Wut um. Ich will nicht mehr einfach gehen, wenn die Bullen kommen, will mir den Wohnraum nicht mehr einfach wegnehmen lassen.*

FRAGE: Welche Form könnte deiner Meinung nach der Widerstand in Aachen annehmen?

INSTANDSETZER: *Die meisten haben angefangen mit dem Ausspruch der Gewaltfreiheit. Je mehr Räumungen sie miterlebt haben, um so höher wird die Bereitschaft, sich mit Gewalt zu wehren. Nach der Räumung der Goerdelerstr. sind im Katschhof Farbbeutel geflogen, nach der Johanniterstr. haben Scheiben geklirrt, was nach weiteren Räumungen passiert ist noch offen. Nicht die Hausbesetzer steigen die Gewalt, sondern die Polizeieinsätze und die Stadt.*

FRAGE: Welche Motivation lag beim Einwerfen der Scheiben im Katschhof vor und siehst du Sinn darin?

INSTANDSETZER: *Der Grund war die Wut über die Räumung der Johanniterstr. Um so mehr Scheiben klirren, um so mehr Sinn sehe ich darin. Wenn die Glaser nicht mehr mit den Raparaturen nachkommen und die Verantwortlichen im Kalten sitzen, werden sie sich vielleicht mal Gedanken um das Problem machen.*

FRAGE: Wie schätzt du das Echo bei den Anwohnern auf die Besetzung der Johanniterstr. ein?

INSTANDSETZER: *Gut! Weil die Anwohner miterlebt haben, wie die Stadt auf das Wohnungsproblem reagiert, und gesehen haben, wie die Stadt billigen Wohnraum zerstört. Schade ist es, daß es nur eine Straße miterlebt hat.*

FRAGE: Glaubst du, daß weitere Hausbesetzungen in der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen und das Bewußtsein für Wohnungsnot wächst?

INSTANDSETZER: *Da keine Änderung der Wohnungspolitik in Aussicht ist, immer mehr Altbauten entmietet werden und die Mieten immer mehr steigen, glaube ich, daß das eine Zeitfrage ist. Noch sind die meisten bereit, den Konkurrenzkampf vor den Vermietern zu führen, doch je schwerer das wird, um so mehr Leute werden in leere Häuser gehen. Hausbesetzungen sind zur Zeit das einzige sinnvolle Mittel, gegen Wohnungsnot zu kämpfen und darauf aufmerksam zu machen.*

FRAGE: Würdest du trotz der Reprssionen gegen Hausbesetzer in anderen Städten hier in Aachen weitermachen?

INSTANDSETZER: *Na klar, weil die Verhaftungen in anderen Städten nur Einschüchterungsversuche sind. Was aber daraus entsteht ist nur weitere Wut bei uns. Wenn hier in Aachen der erste Hausbesetzer eingesperrt würde, würde ich mich nicht mehr nur mit Scheiben zufrieden geben.*

Barrikaden in Göttingen



Rund 100 Instandbesetzer/innen wurden am 30.3. wieder aktiv. Mehrere Gebäude in der Friedrichstraße wurden befreit: ein ehemaliges China-Restaurant, zwei große Fabrikhallen und zwei Häuser, die im Besitz der Stadtverwaltung sind und leerstehen. So etwas gehört ja in vielen Städten durchaus zum Alltag – nur hatte der Oberstadtdirektor Vieten zwar groß im Fernsehen verkündet, es gäbe in Göttingen keinen leerstehenden städtischen Wohnraum ... Mit den Gebäudekomplexen in der Friedrichstraße wollen die Besitzer (die Stadtverwaltung und berüchtigte Spekulanten) tabula rasa machen, d.h. ein Appartementhaus und Geschäftszentrum plus Parkhaus errichten. Und gerade das wollten die Instandbesetzer/innen verhindern, bieten doch die Gebäude Wohnraum für rund 50 Menschen und genug Platz für ein Kommunikations- und Aktionszentrum. Interessierte Gruppen, Workshops und Initiativen für so ein Projekt gibt es seit der Räumung der „Kraaker Schule" zur Genüge. Einem sofortigen Beginn der Umbau- und Instandsetzungsarbeiten hätte nach der Besetzung nichts im Wege gestanden – wenn nicht ...

Die Bullen kommen

Um 17.00 Uhr wurde bekannt, daß sich mehrere Hundertschaften in Göttingen sammeln würden. Zum Schutze vor den Bullen und zum Zeichen der Entschlossenheit wurden auf der Straße vor den Häusern in der Friedrichstraße massive Barrikaden errichtet. Diese Art der Verteidigung löste zunächst heftige Diskussionen über die Art des Widerstandes aus; zu keinem Zeitpunkt trat jedoch eine Spaltung ein; vielmehr wurde die Kontroverse so gelöst, daß sich ein Teil der Versammelten zu einer Sitzblockade vor der einen Barrikade niederließ und sich der andere Teil in Ketten zwischen den Barrikaden formierte. Es zeigte sich im Verlauf der Räumung, daß sich diese unterschiedlichen Konzepte durchaus ergänzten. Zwar war angesichts der enormen Bullenübermacht allen Beteiligten klar, daß die Häuser nicht zu halten waren, man/frau war aber auch nicht bereit, erneut widerstandslos der Räumung zuzusehen. Das war ein notwendiges Zeichen, denn die Herrschenden hatten ihre Provokationsstrategie noch weiter eskaliert: *„Es handelte sich um das bisher furchtbarste Polizeiaufgebot in der jungsten Geschichte Göttingens: Gepanzerte Fahrzeuge, Wasserwerfer, Hundestaffeln, bewaffnete Schlägertrupps, gehorsam und scharfgemacht, insgesamt 750 Mann"* (aus der Broschüre „Wut im Bauch!").

Unmittelbar nach der Räumung demonstrierten noch in der Nacht rund 700 Leute durch die Innenstadt. Einige klirrende Scheiben erinnerten an die Wut, die der Polizeieinsatz hinterließ. Zwei Leute wurden bei den Bullenüberfällen auf die Demonstranten festgenommen.

Abriß und Protestdemo

Schon am Morgen des nächsten Tages rückten die Abrißbagger an und schafften Platz für die geplanten Betonklötze. Aus Protest gegen diese Praktiken fand am gleichen Tag eine Demonstration mit ca. tausend Teilnehmer/innen statt, die noch einmal den Willen zum Widerstand und die Entschlossenheit zu neuen Besetzungen klar machte.

Jusos gehen auf Distanz

Der AStA verurteilte den brutalen Polizeieinsatz und gab in einer Presseerklärung seiner Empörung darüber Ausdruck, daß wieder einmal dem Abrißbagger der Vorzug vor der Lösung der Wohnungsnot gegeben wurde. Außerdem habe sich gezeigt, daß unterschiedliche Widerstandsformen sich durchaus ergänzen könnten. Dies mochte die Juso-Fraktion im AStA denn doch nicht undistanziert stehen lassen und brachte am nächsten Tag ein Flugblatt heraus, in dem sie der Häuserkampfbewegung bescheinigte, sie befindet sich in einem Ghetto, die *„Militarisierung rede nur der Aufrüstung der Polizei das Wort"*. Einen kleinen Höhepunkt erreichten sie mit dem Vorwurf, *„die Unfähigkeit der Bewegung, sich über den universitären Bereich hinaus zu verbreitern, sei schmerzlicher als die bislang erlebte Polizeibrutalität ..."*. Offensichtlich hatte hier die SPD ihre Finger im Spiel, denn sie „argumentierte" in ihrer Presseerklärung am nächsten Tag ganz ähnlich.

Noch immer stehen in Göttingen zahlreiche Häuser leer, darunter große Teile des Alten Klinikums. Seit zwei Jahren besteht die Forderung „Das Klinikum soll Wohnraum sein". Ende 1979 konnte durch die Besetzung der Augenklinik die Vermietung eines Gebäudes erreicht werden, aber hier läuft die Wohnzeit Ende Mai ab.

Somit wird für den Sommer der Kampf um das Alte Klinikum wieder aktuell. Nach dem Besetzer-Frühling kommt bestimmt der Sommer.

KB/Gruppe Göttingen und Wohnungskommission

Hamburg:
Mieterinitiativen veranstalten Aktionswoche

Die vom 6. bis 11. April laufende Mieterwoche wurde von vielen Mieterinitiativen dazu genutzt, in ihren Stadtteilen über die fatalen Auswirkungen der Sanierungs- bzw. Abrißpolitik sowohl privater als auch staatlicher Wohnungsbaugesellschaften zu informieren. Bekanntlich ist in Hamburg die stadteigene SAGA federführend in der Vernichtung billigen Wohnraums und der damit verbundenen Abschiebung der Mieter in Vorstadtghettos. In besonders betroffenen Gebieten wie St. Pauli, St. Georg, Schanzenviertel, Altona, Neustadt und anderswo fanden ungefähr zehn Veranstaltungen statt, die durchschnittlich von 50 bis 100 Leuten besucht wurden. Mit Info-Tischen, Flugblatt-Aktionen und Transparenten an Hauswänden wurde zusätzlich für Öffentlichkeit gesorgt.

Als typische Reaktion der Hausbesitzer auf die Mieteraktionen ist zu erwähnen, daß vor der Veranstaltung in St. Georg zwei Häuser aus Angst vor einer Besetzung von Bautrupps unbewohnbar gemacht wurden.

Veranstaltung mit dem Bausenator

Ein Höhepunkt der Aktionswoche sollte am 9.4. eine öffentliche Diskussion Mieterinitiativen contra Abrißsenator sein. Dieser Veranstaltung vorausgegangen waren zwei u.a. durch MEK-Einsätze im Keim erstickte Hausbesetzungen (siehe unsere Liste „Besetzt"). Nach dieser staatlichen Eskalation hatten die Veranstalter einen Sinn in der öffentlichen Diskussion ohnehin nur darin gesehen, den Senator mit den Forderungen der Mieterbewegung zu konfrontieren. Zu einer Stellungnahme zu den Polizeieinsätzen aufgefordert, legte Abrißsenator Lange vor den mehr als 500 anwesenden Mietern los: Es nütze nichts, die Polizei zu beschimpfen, denn die setze nur den politischen Willen des Senats um. Mit diesem ehrlichen und deshalb entlarvenden Statement löste Lange ein Eierbombardement aus, dem er und sein Anhang sich nur durch fluchtartiges Verlassen des Saales entziehen konnte. In der darauffolgenden kontrovers geführten Debatte über den politischen Nutzen von Eierwürfen war für die meisten einsehbar, daß Eier gegen Lange im Vergleich zu der Gewalt, die von Staat und Hausbesitzern ausgeht, harmlos sind. Andere fanden aber, daß Eierwürfe nicht „bürgernah" genug seien.

Große Demonstration am Sonnabend

Schlußpunkt der Aktionswoche war die von fast allen Organisationen der Hamburger Linken unterstützte Demonstration am 11. April. Mit rund 4.000 Teilnehmern/innen war das eine große Demonstration, aber dennoch waren die Erwartungen vieler Unterstützer nicht in Erfüllung gegangen. Innensenator Pawelczyk war am Sammlungsort persönlich anwesend. Und noch während er sich im „Dialog mit den friedlichen Kräften" übte, beschlagnahmten seine Chargen den Lautsprecherwagen. Über eine Stunde dauerte es, bis amtlich festgestellt worden war, daß die Wasserflaschen auf dem Lautsprecherwagen – offizieller Anlaß dieser Polizeiaktion – auch wirklich keine gefährlichen chemischen Stoffe enthielten.

Der Demonstration waren weitgehende Auflagen gemacht worden. Ein Helm- und Vermummungsverbot wurde damit „begründet", daß von solchen Leuten (die sich selbst schützen) wahrscheinlich auch Straftaten ausgehen werden. Gerichtlich wurde noch am Morgen der Demonstration großzügigerweise zugestanden, daß zwar (Hals-)Tücher getragen, aber nicht zum Unkenntlich-Machen eingesetzt werden dürfen ...

Zusätzlich waren die Veranstalter verpflichtet worden, diese Auflagen bekanntzugeben und mit Ordnern durchzusetzen, womit den Anmeldern polizeiliche Funktionen zugewiesen wurden.

Nach offiziellen Zahlen waren gut 2.000 Polizisten im Einsatz. Wiederum wurde der Bevölkerung eine Demonstration als Gefangenentransport vorgeführt. Mitten in einem Wohngebiet waren Straßen abgeriegelt, um von vorneherein ein richtiges Bild von den anrückenden Gewalttätern zu schaffen. Das Polizeiaufgebot war so stark, daß für den gleichzeitig stattfindenden SPD-Landesparteitag nur noch Wasserschutzpolizei zur Verfügung stand. War dieser Polizeiaufmarsch schon lange vorbereitet und wurde schon Tage vorher in der „Welt" über ein mögliches Verbot der Demonstration spekuliert, verstieg sich Polizeisenator Pawelczyk dennoch dazu, daß dies eine ganz aktuelle Maßnahme gewesen sei. Als Vorwand und Begründung dafür mußte eine Bombe herhalten, die vor dem Haus des Gefängnisarztes gefunden wurde, der bei Siegurd Debus die Zwangsernährung leitete.

Der aufwendige Polizeieinsatz dürfte ungefähr 500.000 DM an Steuergeldern verschlungen haben – soviel also, wie nach Angaben des Bausenators notwendig wären, um das besetzt-und-geräumte Haus in der Amandastraße vollständig zu modernisieren.

Die Demonstration führte durch Sanierungsgebiete und an ehemals besetzten Häusern vorbei. Auf einer Zwischenkundgebung gaben die Mieterinitiativen Karl-Heinz Roth Gelegenheit, auf den klinischen Tod des in Hamburg hungerstreikenden S. Debus hinzuweisen.

Der Sonnabend klang dann mit einer übervollen Rock-Fete („Mieterfeier gegen Spekulantengeier") und einer erneuten Besetzung in Eppendorf aus. Das Haus wurde natürlich noch am selben Abend geräumt, aber leerstehende Häuser gibt es ja in Hamburg noch genug ...

Wohnungskommission





Düsseldorf:
Instandbesetztes autonomes Stadtteilzentrum geräumt

„Aus allem, was aus den Partei-, den Fraktionszentralen und aus der Verwaltung zu hören ist, wird ein Kern erkennbar: Gemeinsam ist allen die Sorge, daß die NRW-Landeshauptstadt von einer Gruppe von nicht zu kontrollierenden, gewalttätigen Jugendlichen in Atem gehalten wird und sich die Ereignisse von Zürich am Rhein wiederholen" („Rheinische Post", 31.3.81).

Diese „Sorge" der Düsseldorfer Verantwortlichen ist scheinheilig, hatten sie doch selbst für eine ungeheure Eskalation gesorgt:

Am Freitag, dem 27.3. wurde unter dem Vorwand „Raubüberfall" die seit dem 13.2. besetzte Volmerswerther Straße 41 geräumt. Zivilbullizisten drangen mit gezogener Pistole gegen 17.00 Uhr durch die Fenster des „Cafe Zoff" ein. Instandbesetzer/innen, die zu verhandeln versuchten, wurden geschlagen und aus dem Haus gezerrt. Daraufhin erklärten die anderen, daß sie sich ohne Widerstand zur Personalienfeststellung aufs Polizeipräsidium bringen lassen würde. 62 Instandbesetzer/innen wurden vorläufig festgenommen. Die Nachricht von der Räumung verbreitete sich schnell, ca. 200 Instandbesetzer/innen versammelten sich vor dem geräumten Stadtteilzentrum. Gegen 19.00 Uhr wurde ein Wiederbesetzungsversuch unternommen. Mit vorgehaltener Pistole wurden ins Stadtteilzentrum eingedrungene Instandbesetzer/innen gezwungen, wieder rauszugehen. Einige, die versucht hatten, von hinten reinzukommen, wurden ziemlich übel verdroschen. Einem 14jährigen Instandbesetzer, der beim Sprung über einen Zaun mit dem Fuß hängengeblieben war, wurde von Bullizisten das Bein gebrochen.

Gegen 20.00 Uhr gab es einen äußerst brutalen Knüppeleinsatz, nur weil die Instandbesetzer/innen vor dem Stadtteilzentrum Ketten gebildet hatten. Mehrere wurden festgenommen, mindestens einer erhielt eine Strafanzeige wegen schweren Landfriedensbruchs. Nach dem Knüppeleinsatz wurde noch eine Demo zum nahegelegenen Polizeipräsidium gemacht, und die Freilassung aller Inhaftierten gefordert.

Später am Abend trafen sich viele Instandbesetzer/innen auf der Ratinger Straße in der Altstadt (Vergnügungsviertel). Nachdem Scheiben des Amtsgerichts zu Bruch gegangen waren, zogen viele kleine Gruppen durch die Innenstadt. An dem Abend gingen für rund 150.000 DM Scheiben zu Bruch. Von den hektisch durch die Innenstadt flippenden Bullizisten wurden fast 40 Leute festgenommen. Die Inhaftierten wurden auf dem Polizeipräsidium z.T. verprügelt, Bullizisten überschütteten einige in den Zellen mit Wasser; die letzten wurden erst Samstagmittag freigelassen.

... und zurückerobert

Samstagnachmittag beteiligten sich mehr als 1.000 Menschen an einer Protestdemo gegen die Räumung. Flankiert von Bullizisten in Kampfmontur zog die Demo Richtung Volmerswerther Straße. Je näher das geräumte Stadtteilzentrum kam, desto kämpferischer wurden Stimmung und Parolen.

Kurz vor dem geräumten Stadtteilzentrum wurde losgerannt, der grüne „Begleitschutz" abgehängt. 40 - 50 Instandbesetzer/innen gelangten ins Haus. Die Tür war von vorher unbemerkt ins Haus eingestiegenen Instandbesetzer/innen geöffnet worden, die wenigen vor dem Stadtteilzentrum postierten Bullizisten machten erst mal den Abgang, nachdem die Windschutzscheibe eines Streifenwagens zu Bruch gegangen war.

Erst als die 40 - 50 Instandbesetzer/innen im Haus waren, kamen die abgehängten Bullizisten nach und knüppelten sofort auf die Umstehenden ein. Auf einen reglos am Boden liegenden Instandbesetzer wurde weiter eingeschlagen, obwohl er gerade einen epileptischen Anfall hatte. Mehrere Instandbesetzer/innen wurden festgenommen.

Allerdings war es gelungen, die Tür wieder zu verbarrikadieren, ohne daß Bullizisten ins Haus gelangten. Nach einer halben Stunde zogen sie ab, wohl in der Einschätzung, daß eine erneute Räumung noch mehr Krawalle provoziert hätte.

Reaktionen von Stadt und dem Hausbesitzer Nemitz

Die Stadtverwaltung und die Spitzen der Rathausparteien versuchten, dem Hausbesitzer Nemitz den Schwarzen Peter zuzuschieben. Er sei insofern an der Eskalation schuld, als er zum denkbar ungeeigneten Zeitpunkt (Freitagabend) Strafantrag wegen Haus- und Landfriedensbruch gestellt und mit Anzeigen gegen Polizeibeamte gedroht habe, die die Wiederbesetzung des Stadtteilzentrums zuließen („RP", 31.3.).

Um Nemitz zur Zurücknahme der Strafanzeige zu bewegen, wurde ihm angeboten, alle ihm seit der Besetzung entstandenen Kosten zu ersetzen. Auch wurde von SPD und FDP wieder angeboten, weitere Verhandlungen mit den Instandbesetzer/innen zu führen. Diese Verhandlungen waren von den Instandbesetzer/innen abgebrochen worden, weil auf ihre Forderung nach Aufkauf des Hauses nicht eingegangen wurde. Stattdessen wurden „Alternativ"objekte angeboten, die einfach unannehmbar waren (z.B. ein bewohntes Haus der „Aktion Wohnungsnot").

Der Hausbesitzer Nemitz hatte die 24 Stunden, die das Haus leerstand, genutzt, um schwere Zerstörungen an WCs, Waschbecken, Fenstern usw. anzurichten. Als die Stadt ihm anbot,



seine durch die Besetzung entstandenen Kosten zu ersetzen, wollte er 100.000 DM haben. Der Stadt war das zu happig, sie ersetzte ihm 6.900 DM, die er nachweisen konnte. Damit war er nicht zufrieden, so daß er den Strafantrag nicht zurückzog.

Die verärgerte Stadtverwaltung ließ daraufhin sein Märchen von der geplanten „alternativen Wohngemeinschaft" platzen: Auf einer Pressekonferenz am 3.4. gab sie bekannt, daß Nemitz das Haus als Ausbildungszentrum für eine religiöse Sekte plane. Noch vor kurzem hatte sich Nemitz nicht ungeschickt im „stern" als „alternativer Hausbesitzer" aufgebaut, der ganz zu unrecht unter Beschuß gekommen ist.

Es ist „Fünf vor Zwölf" ...

... meinten die Instandbesetzer/innen und stellten der Stadt ein Ultimatum: Bis zum 3.4., 20.00 Uhr hat die Stadt das Haus aufzukaufen und als autonomes, selbstverwaltetes Stadtteilzentrum zu übergeben.

Die Stadt versuchte sich nach der Wiederbesetzung aus der Verantwortung zu schleichen. Sie wollte den Konflikt wieder auf eine Auseinandersetzung zwischen den Instandbesetzer/innen und dem Hausbesitzer Nemitz reduzieren. Aber es war die Stadt, die tung zu schleichen. Sie wollte den Konflikt wieder auf eine Auseinandersetzung zwischen den Instandbesetzer/innen und dem Hausbesitzer Nemitz reduzieren. Aber es war die Stadt, die zwei Jahre lang die Forderung nach dem Stadtteilzentrum ignorierte; und es ist die Stadt, die sich trotz der Verkaufsbereitschaft von Nemitz weigert, das Haus zu kaufen. Zugleich wurde für den 4.4. zur „Fünf vor Zwölf"-Ultimatumsdemo mobilisiert.

In der Presse setzte eine massive Hetze ein, mit Appellen an *„Alle Gutwilligen, sich vom harten Kern von Kriminellen in der Szene"* zu trennen. Gegen die Spaltungsversuche in „Gutwillige"/„Vernünftige" und in „Kriminelle"/„professionelle Hausbesetzer" veröffentlichten die Instandbesetzer/innen der Benrather Schloßallee 97 eine Erklärung, in der sie sich mit allen Hausbesetzern solidarisch erklären, das Ultimatum unterstützen und zu der „Fünf vor Zwölf"-Demo aufrufen. Am 3.4. wurde für kurze Zeit eine Bühne des Schauspielhauses besetzt und nochmals der Aufkauf der Volmerswerther Straße 41 gefordert. Die Reaktion des Publikums war gemischt. Während die Bürger/innen auf den vorderen, teuren Plätzen hysterisch kreischten, kam von hinten Beifall.

An der „Fünf vor Zwölf"-Demo beteiligten sich anfangs rund 500, später dann mehr als 800 Leute. Angesichts der Hetze bzw. Spaltungsversuche und einer gleichzeitig in Bonn stattfindenden Demo gegen die Nachrüstungsbeschlüsse, zu der Grüne und DKP gefahren waren, ein toller Erfolg. Die Bullen hielten sich diesmal zurück, die Demo wurde nicht „begleitet" und die offiziell angegebenen vier Hundertschaften standen in den Seitenstraßen. *„Düsseldorf wird brennen"* — soll es vorher in der Hausbesetzer-Szene geheißen haben. So jedenfalls war es in der Regionalpresse zu lesen. Und es brannte dann auch vor der Bilker Kirche, nachdem der ganze Demozug stoppte und einige Instandbesetzer ihre Feuerschlucker-Kunststücke zeigten.



Detlef/Düsseldorf

Hausbesetzung
in Elmshorn



Elmshorn, Flamweg 20. Die Forderungen der Besetzer sind: „Veröffentlichung aller Zahlen über die Wohnungssituation! Erhaltung von billigem menschenwürdigem Wohnraum! Schluß mit der Stadtbildzerstörung! Nutzungsvertrag nach unseren Vorstellungen! Freiheit für alle inhaftierten Haus-Instandbesetzer!"

Ein zum Abriß vorgesehenes Haus aus dem Besitz eines Öl- und Kohlehökers wurde am 6. April in Elmshorn bei Hamburg besetzt. Der Besitzer reagierte originell, er stellte keine Strafanzeige und meinte dazu: *„Die Osterferien sind ja bald zu Ende, dann werden die Jugendlichen wieder nach Hause gehen"*. Mit einem ähnlichen Anflug kleinstädtischer Unbeholfenheit reagierte auch Elmshorns SPD-Bürgermeister Dr. Lutz: *„Das Spiel, das am Flamweg getrieben wird, ist dem Ernst der Lage nicht angemessen"*. (Pinneb. Tageblatt, – PT – 8.4.).

Schon am Tage nach der Besetzung des Hauses Flamweg 20 zeichnete sich ab, daß die Aktion in Elmshorn auf beachtliche Sympathie stößt (Fressalienspenden usw.). Die Jusos spendeten zunächst 30 DM, die DKP erklärte sich solidarisch, spendete über 100 DM und versprach Hilfe bei den anstehenden Renovierungsarbeiten. Bleibt nur zu hoffen, daß die Besetzung in Elmshorn und im gesamten Kreisgebiet (Pinneberg) zahlreiche Nachahmer findet.

Bereits im letzten Jahr meldete die Lokalpresse: *„Akute Wohnungsnot in Wedel und dem Kreis Pinneberg"*. Es gäbe im Kreisgebiet 1.500 registrierte Wohnungssuchende (PT, 17.5.80). Eine Ausnahme, so hieß es, bildet lediglich *„Elmshorn, wo nur 120 Wohnungssuchende registriert sind"*. Und selbst diese Zustandsbeschreibung vom „Musterstädchen" Elmshorn erwies sich nach der Besetzeraktion als schönfärberisch. Bürgermeister Lutz gab zu, daß in Elmshorn *„schätzungsweise 1000 bis 1200 Elmshorner Altbauwohnungen mit geringem Komfort suchen würden"*. Etliche Familien lebten in *„unzumutbaren Wohnverhältnissen"* (Elmshorner Nachr., 7.4.).

KB / Gruppe Pinneberg

Jusos spendeten zunächst 30 DM, die DKP erklärte sich solidarisch, spendete über 100 DM und versprach Hilfe bei den anstehenden Renovie-
„unzumutbaren Wohnverhältnissen" (Elmshorner Nachr., 7.4.).
KB / Gruppe Pinneberg

Der nationale Kraaktag und die Sowjetunion

Jetzt sorgen die Kraker in Amsterdam schon für diplomatische Verwicklungen – und das ausgerechnet mit dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat ...

Am 28.3., dem nationalen Kraaktag, wurden in Amsterdam zwei Etagen eines Gebäudes besetzt, das „Eigentum des sowjetischen Staates" ist. Zwei Stockwerke werden vom Reisebüro „Intourist" benutzt, zwei weitere Stockwerke standen seit Jahren leer. Nachdem das Außenministerium festgestellt hatte, daß das Gebäude einen „diplomatischen Status" hat, warnte ein Beamter dieses Ministeriums die Kraker, daß sie *„die bilateralen Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Sowjetunion in Gefahr"* brächten. Die Kraker bezeichnen das als schlichten Unsinn: *„Wir haben dieses Haus gekraakt, weil wir keine Wohnung haben, und nicht, um uns politisch gegen das russische Volk oder den russischen Staat zu stellen."*

Den Konsul der SU in Amsterdam haben die Kraker gebeten, ihnen die beiden Etagen zu vermieten, fünf Menschen könnten dort wohnen. *„Sicher wird ein sozialistisches Land wie das Ihre Verständnis für diese Argumente haben"*, schlossen die Kraker ihren Brief. – Humorlos wie die Kollegen aus der Sowjetunion nun gelegentlich sind, haben sie durch einen Sprecher der sowjetischen Botschaft wissen lassen, die Kraker würden keinen Mietvertrag bekommen. Vermutlich, um etwaige Fraternisierung zwischen Intourist-Angestellten und Krakern auszuschließen, wurde auch gleich das Reisebüro dichtgemacht.

Die Amsterdamer Staatsanwaltschaft hat nach eigenem Sagen mit der Sache nichts zu tun, weil (nach bisher geltendem Recht) keine Straftaten verübt worden sind. Selbst der Amsterdamer Bürgermeister Polak scheint hier nicht mehr kompetent: *„Das ist keine Sache von Polak allein"*, meinte ein Behördensprecher, *„das ist eine Sache der Niederlande."*

Weitere Kraakaktionen am 28.3. liefen – nicht immer so heiter, weil die Bullizisten teils sofort einschritten, teils sogar schneller waren – in rund zehn weiteren Städten. In Arnheim wurden zwei seit fünfzehn Jahren unbewohnte Häuser von 60 Krakern bezogen und ein Kaufhausgebäude gekraakt, in Den Bosch wurde ein leerstehendes Schulgebäude eingenommen. Fröhliches Bankscheibenklirren sorgte mancherorten für den guten Ton.

Für unruhige Stunden sorgte im Zandvoorter Villenviertel ein Schreiben der Gemeinde mit der Aufforderung, leerstehende Zimmer dem Wohnungsamt zu melden, damit diese an vorzugsweise jugendliche Wohnungssuchende vergeben werden können. Zuwiderhandlungen würden mit einer Geldbuße geahndet. – Die Presse meinte allerdings melden zu müssen, daß dies Schreiben eine Fälschung sei ...

(„de Volkskrant", 30.3., 31.3., 3.4.)

Niederlande-Kommission

WARNUNG

Folgende Warnung erhielten wir von der Aktionsgemeinschaft Umweltschutz mit der Bitte um Abdruck. Nach Angaben dieser Gruppe führt Soyka massenweise Prozesse für AKW-Gegner ohne deren Wissen. Bei einem verlorenen Mülheim-Kärlich-Prozeß erfuhren „Kläger" teilweise erst durch Kostenbescheide von 6.000,- DM von „ihrem" verlorenen Prozeß. Soyka sage selbst, er habe über 700 Vollmachten, schreibt die Gruppe, „für" einen größeren Teil davon führe er 15 Prozesse. Vollmachten dafür werden auf Tischen bei Veranstaltungen, auf Demos etc. eingesammelt.

Nach einem Gespräch mit den Darmstädtern habe Soyka zugesagt, seine Mandanten über „ihre" Prozesse zu informieren, die Frist bestand seit Anfang des Jahres bis März. Nachdem er bei einem Gespräch am 15.3. dies schließlich wegen des „Arbeitsaufwandes" ablehnte, entschlossen sich die Darmstädter zu der Veröffentlichung. Wir haben den Abdruck erst einmal um einen AK verzögert und Soyka mitgeteilt, er könne vor Abdruck in diesem AK Angaben zum Sachverhalt machen. Eine Antwort haben wir dazu bislang nicht erhalten.

AK-Redaktion

Warnung!

Der Bremer Walter Soyka und sein „Institut für biologische Sicherheit" führen Prozesse gegen Atomkraftwerke und andere Atomanlagen in der ganzen Bundesrepublik. Diese Prozesse werden auch im Namen vieler Leute geführt. Dazu hat Soyka bei allen möglichen Gelegenheiten, wie Veranstaltungen und Demonstrationen, Prozeßvollmachten gesammelt. Den Leuten, die solche Vollmachten unterschrieben haben, ist oft bis heute nicht klar, was sie da unterschrieben haben. Es sind nämlich keine Solidaritätsunterschriften oder Protestunterschriften gegen irgendwelche Atomanlagen. Sondern es sind juristisch gültige Unterschriften unter juristisch gültige Vollmachtserklärungen zur Prozeßführung mit allen Konsequenzen.

Auf Deutsch heißt das: Soyka kann im Namen der Unterschreibenden überall in der Bundesrepublik Prozesse führen, er braucht die Leute nicht davon zu informieren, die Gerichtskosten müssen jedoch von denen bezahlt werden, die die Vollmacht unterschrieben haben, sie sind persönlich haftbar dafür.

Soyka hat in den letzten Jahren mehrere Hundert unterschriebene Vollmachten erhalten. Mit vielen davon führt er bis zu 15 (in Worten fünfzehn) Prozesse für jeden Vollmachtgeber.

Soyka hat niemand davon informiert, daß diese Prozesse für den Betreffenden laufen (ausgenommen diejenigen, mit denen er im persönlichen Kontakt steht). Er kann das schon vom Arbeitsaufwand her nicht.

Wir wissen von vielen Fällen, wo Leute erst durch Kostenbescheide von den Gerichten erfuhren, daß für sie ein oder mehrere Prozesse geführt werden. Diese Leute müssen jetzt die Gerichtskosten bezahlen, die bis jetzt schon einige Tausend Mark für jeden (!) Betroffenen betragen.

Um es noch einmal klar zu machen: Jeder der eine Vollmacht unterschrieben hat, ist voll für die Prozesse haftbar, die Soyka mit seiner Vollmacht führt. Die Kosten können mehrere Tausend Mark, bei Gutachterprozessen sogar bis zu fünf- und sechsstelligen Beträgen kosten. Wir geben aus unserer langjährigen Erfahrung mit Anti-AKW-Prozessen den von Walter Soyka geführten Prozessen nur eine sehr geringe Chance, daß sie gewonnen werden.

- Kläger haben nur dann eine Chance, wenn sie aus der näheren Umgebung des AKW kommen. Soyka klagt mit Klägern aus der ganzen Bundesrepublik in der ganzen Bundesrepublik.
- Prozesse können eine Chance nur haben, wenn sie sich an die üblichen juristischen Verfahren halten. Soykas Klagen auf „Nichtigkeit einer Genehmigung" haben schon deswegen keinen Aussicht auf Erfolg. Kläger haben nur eine Chance, wenn sie sich am vorausgegangenen Einspruchsverfahren beteiligt haben. Soyka klagt ohne Rücksicht darauf.

Was ist zu tun, wenn man/frau Soyka eine Vollmacht erteilt hat? (Dies gilt natürlich nicht für die, die sich über das alles klar sind und trotzdem Soyka weiter beauftragen wollen)

1. Per eingeschriebenem Brief an Walter Soyka ihm und allen eventuell von ihm weiter bevollmächtigten die Vollmacht entziehen.
2. Von ihm verlangen, daß er sagt, welche Prozesse er für einen führt.
3. Wenn er darauf keine Antwort gibt (das ist schon vorgekommen), bleibt nichts anderes übrig, als bei allen Verwaltungsgerichten in der BRD anzufragen, ob dort ein Prozeß geführt wird. Achtung: Dies alles führt nicht dazu, daß der jeweilige Prozeß beendet wird.
4. Wenn man/frau es für sinnvoll hält, kann der Prozeß in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt, der davon Ahnung hat, oder sonstwie weitergeführt werden.
5. Wenn nicht, muß jedem Verwaltungsgericht, wo ein Prozeß geführt wird, per Einschreiben mitgeteilt werden, daß die Klage zurückgezogen wird.

Achtung: Beim Zurückziehen fallen leider auch die Gerichtskosten an! Um das Bezahlen ist nicht herumzukommen, entweder jetzt beim Zurückziehen oder spätestens dann, wenn der Prozeß verloren geht. Nur ein gewonnener Prozeß kostet nichts; ein Prozeß ohne Erfolgsaussichten kann aber nicht gewonnen werden.

Wer diesen Artikel liest, und jemand kennt, der eine solche Vollmacht unterschrieben hat, sollte ihn davon informieren.

Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Darmstadt – Technikgruppe –
Lauteschlägerstraße 24, 61 Darmstadt

Brokdorf-Treffen in Hamburg

Am 4.4. fand in Hamburg das 2. Unterelbetreffen der Anti-AKW-Bewegung nach Brokdorf mit über 100 Teilnehmern – vor allem aus Hamburg – statt.

Es gab eine längere kontroverse Diskussion über die Frage der Solidarität mit den Verhafteten und unter Mordanklage stehenden AKW-Gegnern. Auf Drängen der autonomen Kräfte wurde eine Erklärung verabschiedet, die die Aktion am Graben als Teil des offensiven Versuchs wertet und verteidigt, an das Baugelände zu gelangen und es anzugreifen. Vorschläge, eine Solidaritätsresolution zu verfassen, die die unterschiedlichsten Strömungen der Bewegung mittragen können, setzten sich nicht durch.

Aufgerufen wurde zur Aktion in Neumünster – wo mehrere AKW-Gegner im Knast sitzen – am 11.4. (siehe Aktionsbericht in diesem AK). Diskutiert wurde ebenfalls über die künftige Behandlung von Fotografen. Die Vorschläge gingen dabei weit auseinander: Von: „Wer fotografiert, bekommt die Kamera abgenommen", bis zu: „Wir dürfen das Recht der Fo-

(siehe Aktionsbericht in diesem AK). Diskutiert wurde ebenfalls über die künftige Behandlung von Fotografen. Die Vorschläge gingen dabei weit auseinander: Von: „Wer fotografiert, bekommt die Kamera abgenommen", bis zu: „Wir dürfen das Recht der Fo-

tografen nicht antasten". Es wurde der Vorschlag gemacht, bei zukünftigen Aktionen auch einen „Dokumentationsausschuß" zu bilden, der Fotos auch kontrollierbar macht. Diesen gekennzeichneten Trupp sollen sich auch Foto-Reporter anschließen können.

mehrtägige oder -wöchige Blockade bzw. Belagerung einem solchen Tag voanzustellen. Wesentlich für den Vorschlag eines dezentralen Vorgehens ist die Tatsache, daß die Betreiberseite auch schon am 28.2. fürchtete, es könne zu Aktionen in den Städten kommen, falls wir daran gehindert worden wären, zum Bauplatz zu gelangen. Von daher liegt nichts näher, als beim nächsten Mal Aktionen in den Städten von vornherein miteinzuplanen, ja noch zusätzlich anderen Bewegungen (Schüler, Hausbesetzer, Antimillitaristen usw.) vorzuschlagen, nach dem Vorbild des 13.3. („Schwarzer Freitag") für denselben Zeitraum Aktionen zu planen.

Als Termin wurde die Zeit vom 12.6. bis zum 21.6. vorgeschlagen. Diese Woche liegt besonders günstig: Es finden statt: Rock gegen Rechts, die Antifaschistische Demonstration am 17.6. in Frankfurt, der 17. ist ein freier Tag, der 18. in einigen Bundesländern auch, am 20./21. schließt sich ein Wochenende an. In Hamburg können viele Menschen erreicht werden, weil vom 17. bis zum 21.6. der

die Antifaschistische Demonstration am 17.6. in Frankfurt, der 17. ist ein freier Tag, der 18. in einigen Bundesländern auch, am 20./21. schließt sich ein Wochenende an. In Hamburg können viele Menschen erreicht werden, weil vom 17. bis zum 21.6. der

Kirchentag stattfindet und schließlich wird die für den Mai erwartete Standortentscheidung für eine hessische Wiederaufbereitungsanlage neuen Zündstoff liefern.

Zur Vorbereitung dieses Aktionstages/ dieser Aktionswoche wird eingeladen zu einem Treffen am 25. April in Marburg.

ORT ? ZEIT? ADRESSE? NA?

Bundesweiter Aktionstag im Juli

Zu kurz kam die weitere Auswertung der Brokdorf-Demo und die Vorschläge zum künftigen Kampf gegen das AKW Brokdorf. Die Erfahrungen der Brokdorf-Demo vom 28.2. reichen von einer positiven Einschätzung über das Betonen organisatorischer Mängel und einem allgemeinen Frust bis hin zur Auffassung, es sei allein Taktik der Bullen gewesen, daß wir zum Bauplatz konnten. Gemeinsam kommen aber alle zu denselben Konsequenzen.

Im wesentlichen werden zwei Schlußfolgerungen gezogen. Einmal soll sich der Widerstand nicht nur auf Demonstrationstage beschränken (wie es auch schon im Aufruf stand). Widerstandsaktionen, die dazu geeignet wären, Signalwirkung zu bekommen, werden tunlichst von der Presse verschwiegen. So wurde bekannt, daß in Hamburg mit dem Hinweis auf die massive Beteiligung der Banken am Atomgeschäft einige Bankfilialen zugeklebte Türen vorfanden. Am 24.3. wurde ein Bagger der Firma Matthiesen, die am Brokdorfbau beteiligt ist, beschädigt aufgefunden. Neun Betonmischer der Firma Nordbeton wurden verschämt aus dem Verkehr gezogen, weil sie beschädigt und mit Parolen bemalt worden waren.

Zum anderen wurde eine Schlußfolgerung gezogen: Eine kommende Borkdorf-Aktion sollte sich dezentral gegen Einrichtungen der Atomindudtrie richten. Vorgeschlagen wurde von mehreren BI's ein bundesweiter, dezentraler Aktionstag. Zusätzlich wurden noch Ideen geäußert, eine

Richtigstellung!

die Tageszeitung / Ökologieredaktion Holger Behm

an die Redaktion des AK

Betr. Eure Berichterstattung im AK 198 v. 30.3. Seite 13

Liebe Genossen,
ich möchte Euch in dem nächst möglichen Arbeiterkampf um folgende Richtigstellung bitten.
Im Arbeiterkampf heißt es auf Seite 13: „...Der BBU hat natürlich in seinem Verband die Erklärung der Vorbereitungstreffen oder gar die Brokdorfinfos bzw. die Verurteilungserklärungen aus Kollmar gar nicht verbreitet. Auch die „taz" spielt hier wieder mal ein böses Spiel. Während die BBU-Erklärungen prompt in der „taz" Eingang fanden, schaffte sie es bis heute nicht, die Erklärung gegen Leinen überhaupt nur zu erwähnen. Das ganze läuft auf der typischen Schiene der Kunkeleien auf „Bekannten"-Ebene, Redakteur Manuel B. rühmt sich seiner Leinen-Kontakte."

Hierzu möchte ich richtigstellen,
– die Kolmar-Erklärung ist auf der

Das ganze läuft auf der typischen Schiene der Kunkeleien auf „Bekannten"-Ebene, Redakteur Manuel B. rühmt sich seiner Leinen-Kontakte."
Hierzu möchte ich richtigstellen,
– die Kolmar-Erklärung ist auf der

Leserbriefseite 12 der „tageszeitung" vom 19.3.81 nachzulesen. Ihr hättet Euch den Satz der Erklärung ebenso sparen können wie bei den beiden Erklärungen des BBU, die ebenfalls auf der Leserbriefseite (taz vom 11.3 bzw. 26. 3.) standen. (Schönen Gruß an den Sätzer, d. Redakteur),
– der Redakteur Manuel B. mag sich zwar seiner Kontakte zu Leinen rühmen und auf der „Bekannten-Ebene" kunkeln, nur nicht in der taz. Hier gibt es nämlich keinen Redakteur Manuel B. mehr.
Es gab mal einen Redakteur Manuel B., der schied allerdings schon vor gut einem halben Jahr aus der taz aus. Außerdem hatte Manuel B. nie was mit der Ökologieberichterstattung zu tun.
Wenn also künftig jemand kunkelt, nehmt dann besser mich, Holger B., aber passt auf, vielleicht bin ich dann auch nicht mehr in der taz.
Mit besten taz-Grüßen, Holger.

* * *

Sorry!
Lieber Holger B., diese Namensverwechslung ist uns peinlich, beim nächsten Mal richtiger!

Auch den 2. Punkt müssen wir uns als Schlappe für unsere journalistische Sorgfaltspflicht an den Hut stekken. Elf Tage nach dem nationalen Auswertungstreffen erschien die Erklärung, die zum Verhalten von Jo Leinen verabschiedet worden war, auf der Leserbriefseite der taz. Ganz

sche Sorgfaltspflicht an den Hut stekken. Elf Tage nach dem nationalen Auswertungstreffen erschien die Erklärung, die zum Verhalten von Jo Leinen verabschiedet worden war, auf der Leserbriefseite der taz. Ganz

offensichtlich gelten für die Leserbriefspalten der taz andere Kriterien. Da wurden auch Leserbriefe gebracht, die sich kritisch über die taz-Berichterstattung zu Brokdorf ausließen und u.a. kritisierten, daß im Berichtsteil der taz statt Brokdorf-Vorbereitungs-Berichten Interviews mit SPD- und FDP-Vertretern zu finden waren.

Der verantwortliche Redakteur

RECHT MUSS RECHT BLEIBEN!

Die Nürnberger Massenverhaftung aller zumeist jugendlichen Besucher eines Kommunikationszentrums nach einer Demonstration gegen die Wohnungsnot machte auf eine Entwicklung aufmerksam: Immer öfter wird versucht, soziale Probleme mit fragwürdigen juristischen Mitteln zu verdecken, statt zu ihrer gesellschaftspolitischen Lösung Wege in Angriff zu nehmen.

Von der Öffentlichkeit bislang weitgehend nicht zur Kenntnis genommen, wurden solche Verfahren auch in unserem Raum gegen Atomkraftgegner exemplarisch hart durchgeführt. Zwei 18jährige Jugendliche sitzen nunmehr seit Anfang Februar in Untersuchungshaft, weil ihnen zwei Brandanschläge zur Last gelegt werden.

In der Folge der letzten Brokdorf-Demonstration von ca. 100.000 Menschen wurde auf der Grundlage eines spektakulären Fotos – es zeigt das Einschlagen von Demonstranten auf einen Polizisten, ohne zu zeigen (wie auf anderen Bildern zu sehen), wie dieser Polizist Sekunden zuvor noch Demonstranten prügelte – sogar mit einer völlig aus der Luft gegriffenen Anklage wegen *Mordversuchs* ein 19jähriger Schüler verhaftet.

Alle betroffenen Jugendlichen haben einen festen Wohnsitz in ihrem Elternhaus. Dennoch werden sie in Untersuchungshaft gehalten, wobei sie großem psychischem Druck und anderen Nachteilen in Schule und Beruf ausgesetzt werden, ohne daß der juristischen Wahrheitsfindung damit vorangeholfen wird. Es muß sich der Verdacht aufdrängen, daß hier Einzelne zur Abschreckung, also auspolitischen und nicht juristischen Gründen, an den Pranger gestellt werden.

Solche Maßnahme verstößt gegen die Prinzipien des Rechts und der Menschlichkeit. Darum unterstützen wir – ganz unabhängig vom tatsächlichen Sachverhalt – die Forderung nach sofortiger Freilassung dieser jungen Menschen.

Erstunterzeichner dieser Erklärung sind: Marlene + Albert Reimers, Landwirte, Wewelsfleth; Heinrich Voß, Landwirt, Wewelsfleth; Werner Molkentin, Bau-Ingenieur, Borsfleth; Hans Ostermann, Fischer, Kollmar; Werner Göttsche, CDU-Gemeinderat, Wewelsfleth; Uwe Pahl, SPD-Kreistagsabgeordneter, Wewelsfleth; Rudolf Bolten, Landwirt, Wewelsfleth; Rolf Hellerich, CDU-Gemeinderat, Wewelsfleth; Antje + Erwin Ahmling, SPD-Gemeinderat, Brokdorf; Albert Paulsen, Steuerberater, Brokdorf; (alle Kläger gegen das AKW Brokdorf); Uwe Martensen, SPD-Ortsvorsitz, Wilster, Käthe Stäcker, Pastorin, Kollmar; Gerd Nedderhut, Glückstadt; Lisa Martens, SPD-Ratsherrin, Wilster; Thomas Wulff, Malermeister, Wilster; Ortwin Schmidt, Oberstudienrat + SPD-Kreistagsfraktion, Heiligenstedten; Kay Plehn, Betriebsrat, Wilster; Peter Rehfeld, Drogist, Krempe; H-J. Schlage, Tischler, Grüne Liste Dithmarschen; Uta Wilke, Landesvorstand Die Grünen, Kiel; Josef Leinen, Vorstand Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; Walter Sauermilch, Architekt, Pinneberg; Ulrich Hentschel, Pastor, Rellingen; Günther Millauer, Juso-Kreisvorsitzender, Pinneberg; Willi Piecyk, Juso-Bundesvorsitzender, Pinneberg; Gerd Wasmund, Journalist, Hamburg; Winfried Günnemann, Rechtsanwalt, Hamburg; Dr. Henning Wriedt, Dipl-Physiker, Hamburg; Juan Bergmann, Physik-Student, Hamburg; Jochen Sievers, Pastor, Brunsbüttel

Solidaritätsdemo in Neumünster

Am 11.4. fand in Neumünster eine Demonstration für die Freilassung aller inhaftierter AKW-Gegner statt. Dem Aufruf des zweiten Unterelbe-Treffens waren knapp 500 AKW-Gegner vowiegend aus dem Norddeutschen Raum gefolgt.

Konkreter Anlaß dieser Demonstration war der jüngste Versuch, die Anti-AKW-Bewegung zu kriminalisieren. Dieses Mal mußte ein im „stern" veröffentlichtes Foto für eine Mordanklage herhalten, die zur Verhaftung von Markus Mohr und Michael Duffke führte. Diese Verhaftungen stellen den bisherigen Höhepunkt in der Kriminalisierungskampagne von AKW-Gegnern dar. Sie schließen an die Verhaftung von Frank Breyhahn und Axel Schrotmann an, die am 17. Januar 1981 wegen des Verdachtes, Brandanschläge auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glückstadt verübt zu haben, in Neumünster eingeknastet wurden und seitdem dort in Untersuchungshaft sind.

Dieses Gefängnis in Neumünster war deshalb auch das Ziel der Demonstration. Eskortiert von einigen Polizisten zog der Zug in die Innenstadt, dort wurde eine Kundgebung abgehalten, auf der neben einem Kläger gegen das AKW Brokdorf auch die Mutter von Markus die Freilassung aller inhaftierter AKW-Gegner forderte. Sie berichtete außerdem über die Schikanen von der Polizei bei der Hausdurchsuchung und bei der Beantragung der Besuchserlaubnis. Es ist ihr nicht gelungen, in der letzten Woche eine Erlaubnis zu erhalten.

Ohne Zwischenfälle, trotz des stärker werdenden Polizeiaufgebots, konnte die Abschlußkundgebung dann direkt vor dem Gefängnis in der Boostädterstraße stattfinden. Ausdrücklich wurde unsere Solidarität auch mit den anderen Inhaftierten betont, was diese mit lautem Getöse erfreut zur Kenntnis nahmen.

Ein AKW-Gegner, der eine Besuchserlaubnis dabei hatte, ging auf die Polizeisperre zu und wollte von der Erlaubnis Gebrauch machen. Dies wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung, es sei keine Besuchszeit. So soll auf diese Weise die Isolation der Inhaftierten durchgesetzt werden und die Unterstützung von Außen ebenfalls aussichtslos erscheinen.

Ein Genosse des KB / Gruppe HH

Regionales BI-Treffen in Südost-Niedersachsen

Regionales BI-Treffen in Südost-Niedersachsen

Die Anti-AKW-Arbeitskreise aus Braunschweig, Wolfenbüttel und Salzgitter laden alle interessierten Initiativen und Organisationen zu einem regionalen Treffen am 25.4. nach Braunschweig ein. Auf diesem Treffen soll beraten werden, wie der weitere Widerstand gegen das Atommüllager Asse II bei Wolfenbüttel und das geplante Endlager Konrad in Salzgitter gestaltet werden kann.

Seit 1964 wurde in der Asse „versuchsweise" schwach- und mittelradioaktiver Atommüll nicht rückholbar eingelagert. Seit zwei Jahren ruht der Betrieb aufgrund juristischer Einwände. In den nächsten Monaten soll allerdings die Asse über ein Planfeststellungsverfahren offiziell zum Endlager gemacht werden, darüber hinaus soll „versuchsweise" hochradioaktiver Müll gelagert werden. Die Betreibergesellschaft der Asse II „untersucht" seit 1975 zusammen mit anderen Instituten der Atommafia auch die stillgelegte Erzgrube Konrad auf ihre Eignung als Endlager für schwachaktiven Abfall. Tatsächlich wird der Schacht aber schon planmäßig ausgebaut. Hauptsächlich soll aktivierter Sperrmüll aus abgerissenen Kernkraftwerken eingelagert werden. Die Noell GmbH, eine hundertprozentige Tochter der bundeseigenen P & S AG, wirbt derzeit neue Kunden mit dem von ihr geplanten Abriß des AKW Niederaichbach.

Eine Realisierung der Pläne mit Asse und Konrad bedeutet für die Atomindustrie kurz- und mittelfristig einen wichtigen Erfolg der „Sicherung" ihrer Entsorgungsfrage. Diesen Plänen müssen wir unseren Widerstand entgegensetzen. Ein erster, auf dem Treffen noch genauer zu diskutierender Vorschlag ist eine regionale Demonstration in Salzgitter.

Nähere Informationen und Ort zu erfahren über:
Arbeitskreis gegen Atomenergie
Spitzwegstr. 22
3300 Braunschweig
Tel 0531/335874

20 „Schnelle Töter" für Giscard!

Neidisch blickt die Atommeute diesseits des Rheins auf das französische Brüterprogramm, das – so ihr Klagen – einen Vorsprung von 15 Jahren habe.

Die 1957 begonnene Brutreaktorforschung führte 1967 zur Inbetriebnahme eines experimentellen Brutreaktors („Rhapsodie") mit einer 40 MW-Leistung. Als nächste Stufe wurde 1973 das Demonstrationswerk „Phenix" in Gang gesetzt (mit 250 MW dem Kalkarbrüter vergleichbar). Als weltweit größter Brüter (1200 MW) soll 1983 der „Superphenix" bei Malville in Betrieb gehen. An diesem ersten kommerziell betriebenen Brüter der „westlichen Welt" sind die „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke" zu 16% und der italienische Energiekonzern ENEL zu 33% beteiligt. Parallel zum Brüterprogramm wird (erfolglos) an Wiederaufarbeitungsanlagen für Brüterbrennelemente gebastelt. Nach Exerimenten in La Hague soll eine erste Demonstrationsanlage („TOR") 1983 in Betrieb gehen, um den Plutoniumbedarf des „Phenix" zu decken.

Die Aussicht auf den Weltmeistertitel scheint Giscard reichlich in den Kopf gestiegen zu sein: Bereits 1983/84 soll der staatliche Energiekonzern mit der Errichtung von weiteren Brütern (1.300 - 1.500 MW) beauftragt werden. Die praktische Erprobung des „Superphenix" soll (lieber?) erst gar nicht abgewartet werden: *„Von verantwortlicher Seite wird die Ansicht vertreten, daß bis zu diesem Zeitpunkt während der Errichtung des Reaktors genügend Erfahrungen gesammelt werden, um mit der Serienfertigung des Schnellen Brüters zu beginnen"* (BdW, 12.12.80). Bis zum Jahre 2000 soll Frankreich gar mit 20 derartiger Blöcke ausgestattet werden! Hinter diesem Wahnsinn steckt Methode und sogar eine gewisse Logik. So werden von den Betreibern die Stromerzeugungsmehrkosten gegenüber einem normalen Leichtwasserreaktor mit 100% angegeben, was sicherlich noch untertrieben ist. In der Serienherstellung sieht die EDF die einzige Möglichkeit, *„eine Kostensenkung von 15% bei den Brutreaktoren zu erreichen"* (ebd., 25.6.80). Ein weiterer Ausgleich käme durch den billigeren Kernbrennstoff zustande. Doch auch mit dem „Brüten" ist es so eine Sache: Nach optimistischer Berechnung würde laut Angaben der Betreiber durch 30 störungsfreie „Phenix"-Betriebsjahre genug Brennstoff für

laut Angaben der Betreiber durch 30 störungsfreie „Phenix"-Betriebsjahre genug Brennstoff für

einen gleich großen Reaktor erbrütet werden. Beim „Superphenix" soll dies in 20 Jahren möglich sein. Da nach Angaben bürgerlicher Medien der „Phenix" jedoch wegen Störungen zu über 50% stillsteht, ist an dieser Rechnung vorn und hinten etwas faul. (Angaben nach „Welt", 13.1.79, „SZ", 13.3.79, „BdW", 25.6.81, 14.10.80, „NfA", 22.12.80) Hierbei muß zusätzlich berücksichtigt werden, daß die Betriebsunsicherheit dieser Kraftwerke alles bisher dagewesene in den Schatten stellt:

– Da bei mangelnder Kühlung die Brennelemente in Sekundenbruchteilen explodieren, muß zum hinreichenden Abtransport der Wärme das Flüssigmetall Natrium als Kühlmittel verwendet werden. Natrium ist jedoch äußerst explosiv und korrosionsfreudig und darf daher weder mit Wasser noch mit Luft zusammengebracht werden. Das schaltet die Möglichkeit (luft- und wasserbetriebener) konventioneller Kühlsysteme aus.

– Das flüssige Natrium umströmt mit einer Geschwindigkeit von 6 m/sec die Brennstäbe. Ein Leck würde verheerende Folgen haben, da Natrium bei den im Reaktor herrschenden Temperaturen bereits bei Berührung mit Luft explosionsartig reagiert. Die Verhinderung auch des kleinsten Lecks wird seitens der Betreiber als schwierigstes Problem eingestuft.

– Die zehntausenden, sechs bis acht Millimeter dünnen Brennstäbe werden bei Temperaturen von 560 Grad ständig von mehreren Tonnen radioaktiven Natriums umströmt. Sie verspröden durch das bei der Bestrahlung entstehende Helium und schwellen durch Bildung kleiner Bläschen als Folge der Neutronenstrahlung. Dennoch darf sich das Stabvolumen nur minimal verändern. Das Schrumpfen von zwei Prozent führt zu einer Explosion, die geringste Schwellung führt zum Reaktorstillstand.

7 Mrd. DM für den Schnellen Brüter?

Während die Masse der Bevölkerung den Gürtel enger schnallen darf, erfreut sich die Atomindustrie beispielloser staatlicher Subventionen. So sollen nach offiziellen Angaben (Bundeshaushaltsplan '81) in diesem Jahr 2,25 Mrd. DM zur „verstärkten Förderung der Kernenergie" eingesetzt werden. Interessant ist die Etataufteilung: Allein 35 % verschlucken die Forschungsarbeiten für „fortgeschrittene Reaktorlinien" (1), während beispielsweise 8 % für Entsorgungsmaßnahmen und 6 % für die Reaktorsicherheitsforschung eingesetzt werden. Als „fortgeschritten" gelten der Schnelle-Brüter-Prototypreaktor in Kalkar, der bis 1986 fertiggestellt werden soll sowie der Prototyp eines Hochtemperaturreaktors, der in Uentrop Schmehausen (Westfalen) gebaut wird. Beide Reaktoren sollen der schnöden Vergeudung von Uran in herkömmlichen AKWs ein Ende bereiten. Besondere Vorteile werden dem Schnellen Brüter insofern nachgesagt, als er (bisher nur theoretisch!) den als Plutonium eingesetzten Kernbrennstoff binnen einiger Jahrzehnte zu reproduzieren vermag, was eine Verminderung der Uranabhängigkeit des BRD-Imperialismus zur Folge hätte. Der Hochtemperaturreaktor soll in einigen Jahrzehnten neben einer profitableren Kernbrennstoffverwertung auch im Bereich der geplanten Kohlevergasung eine entscheidende Rolle als Wärmelieferant spielen.

Der oben erwähnte Haushaltsplan gerät derzeit aus den Fugen, da sich der Bau des Schnellen Brüters mit Höchstgeschwindigkeit verteuert.

Bereits in der Zeit zwischen 1956 und 1981 mußte zum alleinigen Nutzen der Atommafia dieser Versuchsreaktor mit der unvorstellbaren Summe von 3,8 Milliarden DM staatlich subventioniert werden. Der diesjährige Haushaltsplan ging von 4,64 Mrd. DM Gesamtkosten aus, was sich bis Anfang Februar bereits auf 5,6 Mrd. DM erhöhte, während mittlerweile in Kapitalistenblättern „nach vorsichtigen Schätzungen" auf mindestens 7 Mrd. DM Baukosten getippt wird.

Die mit 30 % am Schnellen Brüter beteiligten Länder Holland und Belgien haben bereits erklärt, daß sie diese Kostenerhöhung nicht mitfinanzieren werden; die letztlich nutznießenden Energiekonzerne bezahlen bisher eine minimale Beihilfe von 6 - 7 % der Baukosten (während beispielsweise der Hochtemperaturreaktor zu über 20 % von dieser Seite mitfinanziert wird).

Gentleman von Bülow bittet zur Kasse

Gentleman von Bülow bittet zur Kasse

Angesichts der Kostenexplosion beim Schnellen Brüter stand das Forschungsministerium Anfang dieses Jahres vor der Alternative, eine der „fortgeschrittenen" Reaktorlinien einzustampfen oder aber die E-Konzerne zur Mitfinanzierung heranzuziehen. *„Daß es noch eine dritte Alternative gibt, erwähnt der Minister höchst ungern. Tatsächlich kämpft er dagegen mit aller Kraft; denn sie wäre gleichbedeutend mit der Selbstaufgabe seines Ressorts: Gelingt ihm eine stärkere Finanzbeteiligung der Energiewirtschaft nicht, dann sind massive Einschnitte in die übrigen Arbeitsgebiete des Forschungsministeriums notwendig, einschließlich der Grundlagenforschung, was einer Ausplünderung der gesamten Forschungslandschaft aus rein finanziellen Gründen gleichkäme"* (15). Übertreiben wollte von Bülow seinen „Kampf gegen die Selbstaufgabe" jedoch nicht: Noch vor dem ersten Bittgespräch bei der Energiewirtschaft legte sein Ministerium in einer Klausurtagung fest, welche Forschungsgebiete im Falle einer Nichteinigung zu streichen seien — assistiert vom forschungspolitischen Sprecher der CDU/CSU, Lenzer, der als erstes die Streichung der *„seiner Auffassung nach 'sozialwissenschaftlich überfrachteten' Bereiche des Programms Humanisierung des Arbeitslebens"* forderte (2). Von Bülow verlangte während der Verhandlungen mit den Energiemagnaten eine Summe von 300 Mio Jahresleistung und schlug im gleichen Zuge den Energiekonzernen *„bei der nächsten Preiserhöhung für Strom einen Aufschlag von 0,5 % für die Reaktorentwicklung"* mit vor. Um eine diesbezügliche *„Einigung über die Parteigrenzen hinweg"* (Stromerhöhungen müssen auf Länderebene genehmigt werden) wolle er sich ebenfalls kümmern (3). Doch nicht einmal auf dieses Angebot ließen sich die Energiemonopole ein. Von Bülow mußte anstelle der gewünschten 300 Mio mit einer jährlichen Zahlung von 41 Mio für das Jahr 1981 und 1982 durch KWU und RWE vorlieb nehmen, was ihn jedoch nicht daran hinderte, dies als einen *„wichtigen ersten Schritt auf einem langen und mühsamen Weg"* und als *„Vorgriff auf eine befriedigende Regelung der Beteiligten an der Energiesicherung"* einzustufen: *„Damit dürfte die Finanzierung des Brüters in diesem Jahr gesichert sein"* (4).

Die nackten Tatsachen belegen jedoch, daß der Anteil der Energiewirtschaft an den Baukosten des Schnellen Brüters kontinuierlich abgenommen hat. Waren es 1980 noch 7 % (265 Mio bei geschätzten Gesamtkosten von 3,74 Mrd.), sank der Beitrag 1981 auf 6,2 % (289 Mio bei geschätzten Gesamtkosten von 4,64 Mrd.) (5). Die jetzt eingetretene Kostenexplosion von mindestens 1 Mrd. DM sollte zur Schonung des Forschungsetats nach Bülows Plänen zu 30 % (= 300 Mio) von der Energiewirtschaft finanziert werden (— durch Abwälzung der Kosten auf die Stromverbraucher! —), tatsächlich jedoch weigern sich die Energiekonzerne, mehr als 41 Mio, also 4,3 % an Zuschuß beizusteuern. Diese Zahlen sind nicht ausschließlich als geglücktes Poker der Energiemafia auf Kosten der Öffentlichen Hand zu interpretieren, sondern es spricht auch einiges dafür, daß das reale Interesse an dem Prototyp-Reaktor in Kalkar gesunken ist, weil AKW-Entwicklungskosten noch allemal dem Steuerzahler aufgelastet worden sind.

Nachlassendes Interesse am „Schnellen Brüter"

Mehr noch in den Kapitalistenblättern als in den Massenmedien wird der Zweck des Kalkar-Projekts offen hinterfragt. Hier wird zum einen darauf hingewiesen, daß eine kommerzielle Nutzung der Schnell-Brüter-Technologie allerfrühestens in 30 Jahren zu erwarten sei, beziehungsweise erst dann, wenn der Uranpreis maßgeblich steige, was jedoch gegenwärtig nicht zu erwarten ist (6). Diese Einwände dienen allerdings in erster Linie zur Untermauerung der Forderung nach öffentlicher Subvention, die für den langfristigen Einstieg in die Brütertechnologie für unverzichtbar gehalten wird. Auf jeden Fall gilt der Kalkar-Brüter nicht mehr als Prototyp, über den der Einstieg in die später erhoffte großartige Brüter-Zeit genommen werden kann.

So *„gilt das aus den 60er Jahren stammende Konzept inzwischen als veraltet, da ein entsprechender Demonstrationsreaktor in Frankreich unter dem Namen »Phénix« längst in Betrieb ist und ein kommerziell nutzbarer Nachfolger mit der Bezeichnung »Superphénix« gebaut wird. Die deutsche*

ter dem Namen »Phénix« längst in Betrieb ist und ein kommerziell nutzbarer Nachfolger mit der Bezeichnung »Superphénix« gebaut wird. Die deutsche

und französische Reaktorindustrie haben für den »Phénix« ... ein Abkommen geschlossen. Danach stehen beiden Seiten alle Forschungs- und Betriebserkenntnisse aus dem Betrieb des Demonstrationskraftwerkes zu. Am »Superphénix«, dessen elektrische Leistung über 1.000 Megawatt betragen soll, ist das RWE (E-Konzern) *mit 15 Prozent beteiligt"* (7), andere Quellen sprechen von 16 %.

Darüber hinaus wird mit Hochdruck und angeblich erfolgreich daran gearbeitet, die Uranausnutzung in herkömmlichen AKWs mit Brennelementen zu verbessern, die achtmal soviel Plutonium wie die üblichen enthalten und in normalen wie auch umgerüsteten Reaktoren (Hochkonvertern) eingesetzt werden sollen. Da die Kenntnis dieser Dinge dazu beitragen könnte, die Kalkar-Milliarden als verschleudertes Geld einzustufen, *„werden die Entwicklung des Hochkonverters und Anträge aus der Industrie zu diesem Themenbereich fast als Geheimsache behandelt"* (8).

Dies ist interessant. Das Kapitalistenorgan „Blick durch die Wirtschaft" räsonniert darüber, daß der Abbruch des Kalkar-Projekts *„nach Berechnungen von 1977 fast 1 Mrd. DM kosten sollte. Das ist aus heutiger Sicht wesentlich weniger als die Kostensteigerungen, die seit 1977 eingetragen sind"* (9). Jeden stinknormalen Buchhalter würde es dazu veranlassen, die Hände entsetzt über dem Kopf zusammenzuschlagen und auf den sofortigen Abbruch eines derartigen Pleiteunternehmens zu drängen. Die Atommafia im Bundesforschungsministerium belügt aber nach wie vor die Öffentlichkeit mit irgendwelchen Stories über die „Dringlichkeit" und „Vorrangigkeit" des Kalkar-Projekts, um weitere Milliarden zu verschleudern.

Schluß mit dem „Schnellen Töter"!

Nach wie vor bleibt der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft ein zentrales Ziel der Atommafia. Insbesondere geht es ihr darum, den Rückstand gegenüber dem französischen Imperialismus auf diesem Gebiet auszugleichen und mit der unter Reagan erneut forcierten US-Brüterentwicklung Schritt zu halten. Mit über 30 % ist die Schnell-Brüterforschung von 1981 bis 1984 zum Spitzenreiter im Kernforschungszentrum Karlsruhe geworden. (Zum Vergleich: 18 % des KfK-Etats sind für die Wiederaufarbeitungs- und Abfallbehandlung vorgesehen, 10 % für „Nukleare Sicherheit") (10).

Das Kalkar-Projekt hat allerdings seine ursprüngliche Bedeutung verloren, da es als völlig veraltet gilt und deshalb bereits abzusehen ist, *„daß die Entscheidung in jedem Fall für das französische System falle, wenn Schnelle Brüter von der Industrie gebaut werden sollten"* (so Atomforumsmitglied und forschungspolitischer FDP-Sprecher Laermann) (11). Kein Wunder also, daß die BRD-Energiemonopole bereits heute beim französi-

mitglied und forschungspolitischer FDP-Sprecher Laermann) (11). Kein Wunder also, daß die BRD-Energiemonopole bereits heute beim französi-

schen »Superphénix« in Malville etwa doppelt soviel investieren wie in Kalkar.

Wenn auch die „FAZ" zu berichten weiß, daß in Bonn bereits geprüft wird, wie *„der Komplex Kalkar für andere energiewissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungszwecke verwendet werden könnte"* (12), so stellt sich doch die Frage, warum die Bundesregierung sich bis heute mit einer derartigen Hartnäckigkeit (übrigens gegen die Forderungen der haushaltspolitischen Sprecher von SPD und FDP) an das Kalkar-Projekt klammert, dem zuliebe offensichtlich auch massive Umstrukturierungen im Forschungshaushalt in Kauf genommen werden. Hier wird nur eine Antwort in Betracht kommen.

So wie die Dinge derzeit stehen, dürfte diese Ausgabenpolitik inzwischen ausschließlich von politischen Erwägungen bestimmt sein. So macht es sich außenpolitisch gewiß nicht gut, wenn die BRD als aufsteigende Atommacht im eigenen Lande den ersten Brüter-Prototyp aufgibt; dies betrifft insbesondere die Ausgangsposition gegenüber dem französischen Konkurrenten. (*„Die Entwicklung in anderen Bereichen der Technik zeigt, daß nur Gleichrangigkeit der Partner auch eine Gewähr bietet, daß die industrielle Zusammenarbeit fruchtbar wird"* [13].)

Auch innenpolitisch würde eine mit 3,8 Mrd. DM vorfinanzierte Atomruine ein denkbar ungünstiges Denkmal abgeben, zumal die CDU bereits angekündigt hat, daß sie einen Rückzug aus Kalkar als einen erstrangigen „Skandal", bedingt durch *„politisch motivierte jahrelange Verzögerungen"*, auszuschlachten gedenkt (14). Da scheint man in der Regierungsetage doch lieber die Finger von lassen zu wollen, um vorzugsweise der werktätigen Bevölkerung im Rahmen der allseits verordneten Verzichts- und Sparpolitik die fehlenden Milliarden aus der Tasche zu ziehen.

Umso dringlicher sollte es sich die Anti-AKW-Bewegung zur Aufgabe machen, die Finger auf diese Wunde zu legen und die bereits aufgebrochenen Widersprüche innerhalb der Atommafia auszunutzen, um dem „Schnellen Töter" den endgültigen Todesstoß zu versetzen.

Ein Genosse aus Lüneburg

Anmerkungen:

1. Lt.Bergbau-Informationen Essen vom 29.1.81. 50 % dieses Anteils läuft (lt. „Blick durch die Wirtschaft" (BdW) vom 31.10.80) versteckt über den Etat „Arbeiten der Kernforschungszentren".
2. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) vom 14.1.81;
3. BdW vom 12.3.81;
4. „FR" und „FAZ" vom 4.4.81;
5. Siehe Statistiken in BdW vom 31.10.80 und vom 2.2.81;
6. BdW vom 12.3.81;
7. „Hannoversche Allgemeine" vom 10.2.81;

31.10.80 und vom 2.2.81;
6. BdW vom 12.3.81;
7. „Hannoversche Allgemeine" vom 10.2.81;

8. BdW vom 10.10.80;
9. BdW vom 23.2.81;
10. „Handelsblatt" vom 21.1.81;
11. lt. „FR" vom 24.1.81;
12. lt. „taz" vom 13.2.81;
13. BdW vom 12.3.81;
14. „Hannoversche Allgemeine" vom 11.2.81;
15. „SZ" vom 13.1.81.

USA: Mit Volldampf in die Plutoniumwirtschaft

Unter Carter wurde Ende '77 formal der Bau eines Prototyps vom Schnellen Brüter am Clinch River (Tennessee) blockiert. Sein Veto gegen die damals vom amerikanischen Kongreß bereits bewilligten Gelder begründete Carter damit, daß der Schnelle Brüter *„technisch und wirtschaftlich unnötig"* sei und zudem durch diesen Reaktor *„die Politik der USA, die Ausbreitung der Atomwaffentechnik zu begrenzen, gefährdet wird"* („FAZ", 19.11.77).

Dennoch wurden seit Carters Machtantritt über 1 Mrd. Dollar für den Clinch River-Brüter in Form fertiggestellter, jedoch gesondert gelagerter Bauteile investiert. Verantwortlich hierfür war die Atomlobby im amerikanischen Kongreß, der es darauf ankam, „den Präsidenten auf ein neues Brüterprogramm und -projekt zu verpflichten, ehe er die Finanzierung des älteren Projektes einstellt" („BdW", 5.4.8o). Mit Reagans Machtantritt schoß die staatliche Förderung der Brutreaktorentwicklung schlagartig in die Höhe. Für den Prototyp am Clinch River (er entspricht mit 35o MW dem Kalkarbrüter) wurden auf die Schnelle 1,4 Mrd. Dollar bereitgestellt; seine Fertigstellung wird bereits für Mitte '82 angestrebt. Daß auf der anderen Seite ausdrücklich eine staatliche Finanzierung von Atommüllendlagereinrichtungen abgelehnt wurde, um so 3oo Mio. Dollar jährlich zu sparen, kennzeichnet den skrupellosen Kurs dieser Atombande ebenso wie die Ernennung von Josef Hendrie zum Vorsitzenden der nuklearen „Kontrollkommission". Hendrie war von Carter von seinem Posten enthoben worden, weil er nach dessen Meinung im Fall Three Miles Island eine zu nachgiebige Politik betrieben hatte. Nun erklärte sich Hendrie bereit, die Genehmigungsverfahren für neue Reaktoren abzukürzen (nach „FR", 13.3.81). Daß dieser abenteuerliche Kurs „nicht zu unterschätzende Folgen für die deutsche Kernenergiepolitik" hat, brachte im „Handelsblatt" (17.11.8o) ein gewisser Prof. Michaelis auf den Punkt. (Michaelis, Ex-Generaldirektor der Brüsseler EG-Kommission, ist Leiter des Kölner energiewirtschaftlichen Instituts und Mitglied diverser Atom-Fanclubs):

1. *„Eine Wende in der Haltung der amerikanischen Kernenergie"* wird den Atomfans international *„wieder ein Übergewicht verschaffen und damit das internationale Meinungsklima zur Kernenergie verändern"*.
2. Der nukleare Katastrophenkurs der USA *„wird die ohnehin bedrängte Wettbewerbsfähigkeit der auf Exporte angewiesenen stromintensiven deutschen Industriezweige weiter beeinträchtigen"*.
3. *Wird in den USA die Wiederaufarbeitung wieder betrieben und der Brüter weiterentwickelt, so steht Deutschland noch weniger Zeit zur Verfügung, um diese beiden für die langfristige Sicherung unserer Energieversorgung wichtigen Techniken mit industriellem und wirtschaftlichem Erfolg zu Ende zu führen. Bei kaum verschiedenen Startzeiten liegt Deutschland gegenüber Frankreich im Wiederaufarbeitungs- und Brüter-Timing z.Zt. um etwa 15 Jahre zurück"*.
4. *„Mit einer Abkehr von der bisherigen Nichtverbreitungspolitik wird sich die amerikanische Reaktorbauindustrie noch intensiver und mit ungleich günstigeren Erfolgsaussichten um Exporte bemühen, was ihr um so leichter fallen wird, als sie über leistungsfähige Kapazitäten verfügt, das große amerikanische Potential an Uran und Anreicherungsdiensten im Rücken hat und dann wahrscheinlich auch von der US-Regierung bei ihren Exportanstrengungen unterstützt wird, ganz abgesehen davon, daß sich die Industrie der Kernwaffenstaaten bei Exporten leichter tut als die der Nichtkernwaffenstaaten."*

Da gilt es sich zu sputen...

Zur Diskussion um den Artikel »Atomkraft — Niemals« (AK 195)

Auf die Frage von J. zu Beginn nochmal eine kurze Darstellung dessen, warum wir den Artikel geschrieben haben: Zum einen — und das klingt u.E. auch in der Kritik von J. an — geht es darum, darzulegen, daß jegliches Spekulieren auf eine zukünftige Nutzung der Atomkraft ohne eine Schädigung der Umwelt illusorisch ist. Es geht nicht darum, zu leugnen, daß eine Nutzung der Atomenergie technisch möglich ist: Sie ist möglich, wie uns zu viele AKWs zeigen. Aber sie ist weder gefahrlos möglich noch ökonomisch sinnvoll (so wie wir es verstehen).

Daraus leitet sich u.E. auch die Sinnlosigkeit jeglicher Forschung für eine Nutzung der Atomenergie ab. Es ist schlichtweg unmöglich, radioaktive Stoffe gefahrlos zu verwahren, dennoch werden keine Mühen und Kosten gescheut, dies zu versuchen, oder doch zumindest den Menschen weiszumachen, daß es möglich sei. Jegliche Forschung, die eine Nutzung der Atomenergie zum Ziel hat, ist sinnlos, sie hat nur dann einen Sinn, wenn bewußt Sicherheitsrisiken in Kauf genommen werden. Darüber hinaus schreibt J., es sei „nicht die Wissenschaft, sondern ihre Anwendung", von der die Gefahr ausgehe. Diese Ansicht können wir nicht teilen: Wissenschaft ist nicht wertfrei, die Fragestellungen, unter denen Wissenschaft gemacht wird, die Wege, wie Wissenschaft getrieben wird und die Ergebnisse hängen entscheidend von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab. So gibt es z.B. Wissenschaftler, die sich damit beschäftigen, Grenzwerte zu ermitteln, unterhalb derer Radioaktivität nicht mehr schädlich sei. Obwohl diesen Wissenschaftlern bekannt ist, daß heute weitgehend davon ausgegangen wird, daß jede radioaktive Strahlung Schädigungen hervorruft, ermitteln sie durch die „reine Wissenschaft" einen Grenzwert von vielleicht 20 mrem, der dann, da er ja wissenschaftlich erforscht ist, den Menschen zugemutet wird. Andere Wissenschaftler untersuchen z.B. für die WAA, ob es Materialien gibt, in denen sich radioaktive Stoffe einschließen lassen, wieder andere untersuchen verschiedenste Legierungen darauf, ob sie Neutronenstrahlen im AKW standhalten können etc. pp., was u.E. alles vergebliche Liebesmüh ist und nur dazu führen kann, bestimmte Stoffe als zumutbar (und nicht als sicher!) für die Bevölkerung zu definieren.

Zum 2. Kritikpunkt von J.:
Wenn wir von einer „Autarkie der imperialistischen Länder auf dem Energiesektor" sprechen, so ist damit keine dauerhafte Unabhängigkeit von Energielieferanten wie z.B. den Ölstaaten oder Uranförderländern gemeint. Eine Autarkie ist für die BRD sicherlich nur in einem begrenzten Zeitraum erreichbar. So sind die Parolen „Weg vom Öl", die heutige Propagierung zusätzlicher „Alternativenergien", Sparapelle und die Rechtfertigungen des Atomprogramms als Maßnahmen zu verstehen, einen „Energiepluralismus" zu erreichen, also die Energieträger weitgehends zu streuen, um somit einseitige Abhängigkeiten zu mildern. Die Verringerung von einseitigen Rohstoff- und Energieabhängigkeiten ist ein Autarkiebestreben, das den Kapitalisten ihren „politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handlungsspielraum" (G. Brunner, EG-Kommissar) sichern soll. Eine kurzfristige Autarkie bei weitgehender Streuung der Energieträger ist für die Dauer eines Krieges somit erreichbar und in dem Sinne keine Illusion. Dabei spielt die Rentabilität in Zeiten der Kriegsvorbereitungen nur eine untergeordnete Rolle; zumal mit den kontinuierlich steigenden Energiekosten die AKWs relativ gesehen immer rentabler werden. Zudem sollte klar sein, daß sich im Kriegsfall sowohl Betreiber als auch Bundesregierung einen Dreck um Sicherheitsbestimmungen scheren werden. Und daß AKWs genügend Energie liefern, wenn nur ausreichend Sicherheitsrisiken in Kauf genommen werden, sehen wir allemal.

Um abschließend auf J.s Einwand vom „militärischen Eigentor" einzugehen („*wenn das ganze Land mit Reaktoren überzogen wird, die bei einfachem Bombardement sich in feindliche Atombomben verwandeln*"), so sehen wir keinen qualitativen Unterschied zwischen dem Abwurf einer Atombombe und einem von einer herkömmlichen Bombe getroffenen AKW. Und auch die Imperialisten würden darin keinen Unterschied sehen und mit Atombomben antworten.

Zum Schluß noch eine Anmerkung zu einem möglichen Mißverständnis, auf das wir durch Diskussion in der AKW-Nein-Kommission gestoßen sind:
Die Forderung „Atomkraft — niemals" folgt aus der Kenntnis der Naturgesetze, der physikalischen Gesetzmäßigkeiten des radioaktiven Zerfalls. Danach ist es nach derzeitiger Kenntnis nicht möglich, AKWs zu bauen bzw. mit radioaktivem Material zu hantieren, ohne daß Strahlung frei wird. Die Strahlung zerstört jedes bekannte Baumaterial, jede bekannte Legierung und jedes Leben über kurz oder lang. Darüber hinaus entstehen durch den radioaktiven Zerfall immer neue wiederum strahlende Elemente. Wenn wir uns gegen AKWs auch im Sozialismus aussprechen, so gehen wir von solchen AKWs aus, die Strahlung an die Umwelt abgeben. Solche AKWs akzeptieren wir nur, wenn sie auf dem Jupiter oder sonstwo stehen. Das Gerede darum, daß sich irgendwann einmal Möglichkeiten auftun, Radioaktivität zu vernichten, zu „fangen" oder direkt auf den Mond zu schießen, ist nichts anderes als Zukunftsoptimismus. In diesem Sinn bleibt für uns die einzige Forderung „Atomkraft — niemals", und wir meinen damit Atomkraft auf diesem Planeten.

Ein Teil der AKW-Nein-Kommission

„Alternative Adressen" in Braun

Der Frühling ist da, Besuch sagt sich an, Besuch wird gemacht, da möcht man was andres sehen, frau gleichfalls, natürlich: Kurz, die Zeit der alternativen Adressen ist da!

Wer sich zurechtfinden will, braucht auch ein Adressbuch, einschlägige gibt's eine ganze Reihe, eins davon ist „Das Alternative Adreßbuch", herausgegeben vom gleichnamigen Arbeitskreis in Ober-Olm (Verlag Ekkehard Lory, Düsseldorf). Das bereits ins sechste Jahr gehende Unternehmen sammelt vorwiegend Grünes und Biologisches, Geistiges und Übergeistiges, Menschenfreundliches aller Art halt – oder was sich dafür hält.

Aber auch, was sich dafür nur ausgibt:

– Da gibt es einen Verlag und Verein mit dem idyllischen Namen „Land und Leben", der sich auch noch „Mutter Erde" nennt. Na schön, handelt es sich doch um Leute, die jetzt – früher in Hamburg ansässig – in der Nähe von Marburg nebenbei auch Gartenbau und Schafzucht betreiben. Außerdem hegen sie aber auch Pläne für ein Kulturzentrum, „inspiriert aus dem Geiste Prof. Wirth's, Nietzsches" (und ein paar anderer). Ist Nietzsche nun schon kein Ausbund an demokratischen Traditionen, sondern ob seiner Elite-Ideologie vom zukünftigen „Übermenschen" als Philosoph bei Nazi-Sympathisanten vor und nach 1933 wohlgelitten – dieser Professor Wirth mit seinen verqueren Ideen über Germanen und anderes Urdeutsches ist nun zweifellos so alternativ, daß er zu den Ideologen des SS-Unternehmens „Ahnenerbe" gehörte. Darüber gab es, als W. Pieper Wirth in seinen grünen Blättern wieder abdruckte, eine Auseinandersetzung mit relativ großer Breitenwirkung in der alternativen Szene, aber offenbar sind die Sympathien für Wirth u. Co. durchaus hartnäckig?!

– Ein paar Seiten weiter stellt sich ein „*genossenschaftliches Produkt junger Leute*" vor, sympathisch, sympathisch! Und für eine „*sozialistische Demokratie*" sind sie gar auch noch! Nur handelt es sich dabei um die Zeitschrift **„laser"**, ein zielstrebig „links" auftretendes **„nationalrevolutionäres"** Blatt, dessen Betreiber zwar heftig bestreiten, ins rechte Lager zu gehören, tatsächlich jedoch im Gesamtspektrum der **„Nationalrevolutionäre"** und **„Solidaristen"** agieren, propagieren und Allianzen suchen – und in ihrem Blatt auch vor biologisch-rassistischer Kontaktpflege nicht zurückscheuen.

Kaum verwunderlich, daß sich kurz danach auch **Koblenzer „Nationalrevolutionäre"** vorstellten, und zwar gleich doppelt: einmal in Gestalt der **„Grünen Zelle Koblenz"** mit ihrem Blatt **„Grüne Fahne"** (plus Reklame für ihr „Peter-Fechter-Zentrum" – sozusagen ein uralt Kenn-Name für „nationalrevolutionäre" Aktivitäten). Auch sie sind für einen „genossenschaftlichen Sozialismus", allerdings mit dem Eingeständnis **„auf Grundlage des ethnopluralistischen Prinzips"** – also des in diesen Kreisen halb verschämt, halb trotzig-getarnt gepflegten Biologismus und Rassedenkens. Unter gleicher Adresse erscheint das angebliche Alternativblatt **„wir selbst"**, das denselben „nationalrevolutionären" Krams verbreitet.

– Am überraschendsten dürfte freilich eine Begegnung mit **Karl Weigel** sein, der sich ins „Alternative Adreßbuch' geschmuggelt hat, wohl in der Annahme, wer nur von Wald und Zeitwende und ländlicher Selbstversorgung schwätzt, werde schon an die Szene Anschluß finden. Dabei handelt es sich bei Weigel um einen langjährigen Propagandisten rassistischer Elite-Theorien, die selbst in einschlägigen Kreisen, nämlich bei dem Rassistenverein um **Jürgen Rieger** mit der Zeitschrift **„Neue Anthropologie"**, nur mit vorsichtiger Distanz gewürdigt werden. Immerhin diente Weigel die „Neue Anthropologie" als Verteilerstelle seiner Schrift „*Das Menschheitsproblem und seine Lösung*". Was er da vorschlägt, ist – angesichts der „*laufend fallenden Geburtenquoten bei deutschen Frauen*" – die Einrichtung kinderreicher Familien mit einem glasklaren Rasse-Zucht-Ziel: Nur **„genetisch-mental überwertige"** Menschen, eine **„biologische-charakterliche Elite"** will Weigel züchten. Das sind Vorstellungen, wie sie von den Nazis in ihren kühnsten Plänen nur ansatzweise angestrebt wurden, etwa im Projekt „Lebensborn", wo die SS ihre Auswahl rassereiner Kinder heranziehen wollte. Zurück geht das noch auf Vor-Nazi-Zeiten, wo Rassefanatiker in ländlicher Abgeschiedenheit germanische Jünglinge und Maiden zusammenführen wollten, um die Rasse „aufzubessern". Erste praktische Ansätze dazu gab es nach dem 1. Weltkrieg. Weigel – das als Warnung an alle alternativen Kontaktsuchenden – versucht seit geraumer Zeit auf verschiedenen Wegen Leute, insbesondere junge, zu erreichen, mit denen er ein solches Elite-Zucht-Projekt in der P r a x i s, mit Grundstück und wäldlicher Autarkie und allem drum und dran, d u r c h f ü h r e n will. (Sollten hier irgendwelche Informationen vorliegen, wären wir dringend daran interessiert!)

Diese braunen spotlights stammen aus der 1980er Ausgabe des „Alternativen Adreßbuchs"; demnächst wird ein neues erscheinen. Welche Überraschungen da wohl wieder drin sind?

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Volksentscheid zur Startbahn West. Da kommt was in Schwung

Am 4.4. fand das erste hessenweite Unterstützertreffen für die geplanten Volksbegehren und Volksentscheid zur Startbahn West statt. Zu diesem ersten Treffen hatte die BI gegen die Flughafenerweiterung recht kurzfristig die hessischen BIs eingeladen. Trotzdem kamen über 70 Vertreter und Beobachter hessischer Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen und anderer Gruppen. Da saßen neben den Startbahngegnern Vertreter der Anti-WAA— und Anti-AKW-BIs aus Volkmarsen und Biblis. Die Anti-AKW-BIs aus Kassel, Fulda, Marburg, Darmstadt, Frankfurt, Hanau waren meist mit Beobachtern vertreten, da sie in ihren Initiativen — aufgrund der kurzfristigen Einladungen — noch kaum inhaltlich über den Volksentscheid diskutieren konnten. Gekommen waren auch die wesentlichen Umweltschutzorganisationen wie BUND, BBU etc., die schon seit längerem zu den Befürwortern des Projektes zählen. Neben den hessischen Grünen, die Volksbegehren und Volksentscheid landesweit unterstützen, waren auch die Falken, Jusos und ein Vertreter der SPD-Mörfelden anwesend. Für gute Stimmung sorgte die Anwesenheit der DGB-Ortskartelle von Nauheim und Rüsselsheim, die zu berichten wußten, daß der DGB in Nauheim und Groß-Gerau bereits eine Unterstüzung zugesagt habe. Eine Entscheidung der anderen betroffenen DGB-Ortskartelle des Kreis Groß-Gerau wird in Kürze erwartet.

Vertreten waren auch der AStA Kassel, der Stadtschülerrat aus Frankfurt und weitere Umweltschutz-BIs aus Hessen.

In der mehrstündigen Diskussion wurde deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der Anwesenden sich für die b a l d i g e Einleitung von Volksbegehren und Volksentscheid aussprach. Was Volksbegehren und Volksentscheid zur Startbahn West für alle Anwesenden so interessant machte, war der erstmalige Versuch, anhand dieser Aktion, die sich über den konkreten Anlaß hinaus gegen die gesamte umweltzerstörende Politik der hessischen Landesregierung richten soll, die regionalen Umweltschutzbewegungen in Hessen (die es fast in jedem Kreis gibt) zusammenzufassen.

Heinz Suhr vom BBU-Vorstand kritisierte das Zögern einer Reihe von Startbahngegnern und meinte, „die Zeit des Zauderns müsse jetzt überwunden werden". Er berichtete davon, daß der BBU eine Vielzahl von Briefen aus der ganzen BRD erhalten habe, die z.T. begeisterte Unterstützung für Volksbegehren und Volksentscheid zusagten. Viele wären der Ansicht, daß damit ein neuer Abschnitt in der Ökologiebewegung in der BRD erreicht werden könnte. Falken und Grüne erklärten ihre Unterstützung und den Einsatz ihrer Organisation und Mitglieder bei der aktiven Mobilisierung. Noch nicht anwesend waren die verschiedenen örtlichen Alternativen Listen, da sich die Einladung erstmal nur an die hessischen BIs richtete. Auch auf dem linken Flügel haben einige Gruppen (wie z.B. die DKP) ihre abwartende und mehr passive Haltung leider noch nicht aufgegeben. Am 25.4. wird ein weiteres Treffen stattfinden; bis dahin dürfte sich der Trägerkreis sicher noch einmal erweitern.

SPD: Druck von Börner

„*Die Vertreter von SPD, CDU und FDP täten gut daran, ihre ganze Kraft auf das Gelingen dieses Volksbegehrens zu konzentrieren, anstatt in Wehklage über die angeblich so undankbaren Bürger auszubrechen*", heißt es in der ersten Erklärung der Grünen des Kreises Groß-Gerau nach den Kommunalwahlen („FR", 31.3.81). Sie hatten bei den Kreistagswahlen 14% der Stimmen erhalten und SPD, CDU und FDP eine ernste Wahlschlappe bereitet. Diese hatten sich kurz nach den Wahlen „enttäuscht" über das Wählerverhalten geäußert, da sie im Kreis doch auch Startbahngegner seien und jetzt das auszulöffeln hätten, wofür die Landesregierung verantwortlich sei. Die Grünen, die für die konstituierende Sitzung des Groß-Gerauer Kreistages am 29.4. einen Antrag auf Unterstützung von Volksbegehren und Volksentscheid vorbereitet haben, bringen die bürgerlichen Startbahngegner in eine Situation, wo diese Farbe bekennen müssen. „*Die lokalen Vertreter der etablierten Parteien könnten durch Unterstützung des Volksbegehrens ein Stück glaubwürdiger werden*", schreiben die Grünen weiter, wenn sie sich dazu durchringen könnten, organisatorische und finanzielle Hilfe zu leisten. So erwartet die BI von der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafenerweiterung" (Zusammenschluß der gegen die Startbahn West klagenden Gemeinden) einen finanziellen Zuschuß für das Volksbegehren von mindestens 750.000 bis 1.000.000 DM. Das ist für einen Zusammenschluß von zehn Städten und Gemeinden nicht sehr viel. So scheinen politische Überlegungen der bürgerlichen Parteien bei ihren Schwierigkeiten mit dem Volksentscheid wesentlich mehr Gewicht zu haben. In SPD-Kreisen sucht man schon nach Argumenten, um der CDU den Schwarzen Peter zuzuschieben: „*Diskutiert wird in Parteien und Bürgerinitiativen auch, das Volksbegehren gegen die Startbahn West thematisch auf breitere Füße zu stellen. Manche wollen das heiße Eisen Atomkraftwerke gleich mit dazupacken. Abgesehen von wohl entscheidenden formaljuristischen Gegebenheiten dürfte dies aber auch politisch und taktisch scheitern, und dies schon im Kreis Groß-Gerau selbst. Dort nämlich sind die Christdemokraten zwar entschieden* (ähm, ähm — Anm. AK) *gegen die Startbahn West, wie viele Beschlüsse untermauern, nicht aber gegen die Kernenergie. Dieser Teil der Protestbewegung, und der hat nicht wenig Gewicht, würde bei solcher Themenpalette kaum erreicht werden*" („FR", 1.4.81). Die „Frankfurter Rundschau" verschweigt in diesem Zusammenhang, daß es bei sozialdemokratischen Starbahngegnern durchaus ähnliche Probleme gibt: Ausgerechnet Umweltpfarrer Oeser hat sich vor kurzem für die Entwicklung der Schnellen Brüter ausgesprochen.

Aber für die SPD im Kreis Groß-Gerau wie auch für die anderen SPD-Ortsvereine, die gegen die Startbahn West sind, stellt sich ein ganz anderes Problem. Das ist die seit der Wahlniederlage geforderte „*Einebnung der Konflikte mit der Landespartei und dem Landesvorsitzenden Börner*", wie es vom Frankfurter SPD-Fraktions-Vorsitzenden Michel formuliert wird („FR", 9.4.81). Michel, rechter Flügelmann aus dem Kreis der alten Frankfurter Arndt-Riege, warnte laut „FR" die SPD-Mitglieder davor, „*mit regional unterschiedlichen Aussagen zur Landespartei*" eine Chance bei den Landtagswahlen 1982 zu erwarten. Hier scheinen die eigentlichen Schwierigkeiten der SPD-Startbahngegner mit dem Volksentscheid zu liegen. Denn daß die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid zu einer wesentlichen Beeinflussung der hessischen Landtagswahlen führen wird, verneint heute niemand mehr. Deshalb sind auch die „links" aufgemachten Argumente z.B. der Mörfeldener SPD, mit der sie einen Juso-Antrag auf Unterstützung des Volksbegehrens abgeblockt hat, völlig unglaubwürdig. Falls das Volksbegehren scheitert, hieß es, habe Börner für die Flughafenerweiterung die beste demokratische Legitimation, die er sich wünschen könne. Dieser Pessimismus in bezug auf die Erfolgsaussichten wird derzeit in den Parteispitzen und in Wiesbaden selbst als Propaganda-Parole ausgegeben, um zu erreichen, daß das Volksbegehren möglichst erst gar nicht zustande kommt. Für den Fall, daß sich die pessimistische Propaganda jedoch nicht durchsetzt, bereitet sich die Landesregierung jetzt schon darauf vor, ein Volksbegehren mit juristischen Tricks abzuwürgen.

Justizministerium reagiert nervös

„*Die Rechtsexperten* (des hessischen Justizministeriums — Anm. AK) *halten es für wahrscheinlich, daß der von den Gegnern einzubringende Gesetzentwurf schon im Stadium der Zulässigkeitsprüfung durch die Landesregierung 'steckenbleibt'*'' („FAZ" 7.4.81). Dieser Kernsatz eines längeren „FAZ"-Artikels läßt bereits jetzt erkennen, daß die hessische Landesregierung daran interessiert ist, daß über den Gesetzentwurf erst gar nicht abgestimmt wird, sondern schon im Vorfeld der Zulassung Barrieren aufgebaut werden sollen. So spekulieren die Experten im Justizministerium darüber, ob der Entwurf „*nur darauf ausgerichtet sei, den weiteren Ausbau des Flughafens zielgerichtet zu verhindern*". „*Dann gebe es hiergegen Bedenken, weil nämlich der Landesgesetzgeber nicht in das bundesrechtlich geregelte Verfahren bei der Anlage, dem Betrieb und der Erweiterung von Flughäfen eingreifen könne ... Mit anderen Worten: Der Landtag hat gar keine rechtlichen Möglichkeiten, den* (*auch vom Gericht abgesegneten*) *Planfeststellungsbeschluß zur Startbahn West zu verwerfen*" („FAZ", 7.4.81).

Mit dieser Argumentation (Zuständigkeit des Bundes) hatte sich schon die Nordrhein-Westfälische Landesregierung gegen ein Volksbegehren über den Schnellen Brüter in Kalkar gewandt. Doch auch in rechtlicher Hinsicht hat der Gesetzentwurf, der von den Startbahngegnern derzeit unter Federführung von A. Schubart ausgearbeitet wird, sehr gute Aussichten, die Landesregierung in Schwierigkeiten zu bringen. Sollte die Landesregierung die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzentwurfes anzweifeln, so planen die Startbahngegner, umgehend den hessischen Staatsgerichtshof anzurufen. Da würde es nicht sehr gut aussehen, stellt die „FAZ" in einem Kommentar vom 9.4. fest, wenn die Landesregierung in der Zwischenzeit den Befehl zur Fortsetzung der Waldrodungen gibt. In schamloser Offenheit kommt die Zeitung daher zum Schluß, der Regierung Börner zu empfehlen, „*über den für September angekündigten Gesetzentwurf der Startbahngegner ohne Saumseligkeit zu entscheiden und den Staatsgerichtshof zu bitten, ein gleiches zu tun*". Gemeint ist offenbar, die Landesregierung möge dafür sorgen, daß die Richter gleichfalls zügig eine angebliche Unzulässigkeit des Volksbegehrens verfügen. So hoch wird also in berufenen Kreisen die „Unabhängigkeit der Justiz" eingeschätzt...

Gerade die mittlerweile anlaufenden intensiven Bemühungen der Startbahnbefürworter, das geplante Volksbegehren zu verhindern, entlarven einerseits ihre Furcht vor einer Bürgerentscheidung und damit ihr Demokratieverständnis, andererseits aber auch, daß sie — ganz im Gegensatz zu ihren offiziellen Verlautbarungen — dieser Initiative eine reale Erfolgschance geben. Möge dies für die Skeptiker in den Reihen der Gegner Anlaß sein, ihre Position zu überdenken!

KB/Gruppe Frankfurt



Wahlen in Westberlin:

Alternative Liste Zünglein an der Waage

Seit Mitte März ist in Westberlin der Wahlkampf voll entbrannt. Die Alternative Liste (AL) hat nach wie vor sehr gute Chancen, am 10. Mai die 5 %-Hürde zu überspringen und ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. Jüngste Meinungsumfragen geben der AL rund 8 % der Stimmen (siehe „Spiegel", 6.4.81). Auch die drei bürgerlichen Parteien scheinen sich inzwischen mit dieser Realität vertraut zu machen und schießen sich auf die AL ein: Während die CDU die AL „außerhalb der Verfassung" stehend sieht, betreibt die FDP die kühnsten Angriffe gegen die AL – offenbar beeindruckt von den hessischen Kommunalwahlergebnissen. Die SPD geht doppelgleisig vor: Auf der einen Seite spielt sie die AL als „keine machtfä-



Bild: „die Neue"

hige Gruppe", die nicht „handlungsfähig" sei, herunter – auf der anderen Seite lockt Dialog-Stratege Glotz die AL mit Angeboten, eventuell eine SPD/FDP-Minderheitsregierung zu tolerieren.

Das Wahlprogramm der AL ...

Am 18. März – genau zwei Jahre nach den letzten Westberliner Wahlen – verabschiedete die AL auf einer Mitgliederversammlung eine Wahlplattform und eine Präambel zu den Wahlen am 10. Mai. Sie sind eine Kurzfassung des insgesamt 78 Seiten umfassenden Wahlprogramms der AL, das Anfang März in einem Programm-Marathon verabschiedet wurde. Die AL beteiligt sich an den Wahlen, um *„den Betrug am Bürger schwerer zu machen"*. Eine Koalition mit einer der etablierten Parteien lehnt die AL ab, was nicht ausschließt, bei Übereinstimmung in Einzelfragen auch mit einer etablierten Partei abzustimmen.

Die AL will im Abgeordentenhaus *„konkrete Alternativen aufzeigen"* ohne die Illusion, gegenüber FDP, SPD und CDU *„erfolgreich Überzeugungsarbeit"* leisten zu können. *„Entscheidend ist, was außerhalb des Parlaments geschieht, an der 'Basis' – überall dort, wo Menschen um ihr Recht, um ihre Umwelt, um ihre Lebensbedingungen kämpfen"*.

Die AL lehnt parlamentarische „Berufspolitiker" ab und hat deshalb das Rotationsprinzip für ihre Abgeordneten eingeführt. Das heißt, alle Parlamentarier im Abgeordetenhaus werden nach und nach innerhalb der Legislaturperiode vollständig ausgetauscht. Die AL will sich für eine drastische Senkung der parlamentarischen Schmiergelder (Diäten) einsetzen und den Abgeordeten einen Monatslohn von rund 1.800 DM (durchschnittlicher Facharbeiterlohn) zugestehen. Der Rest soll zur Hälfte in die Kassen der AL, zur anderen Hälfte an außerparlamentarische Initiativen und Gruppen verteilt werden.

Seit der Senatskrise im Januar 1981 hat die AL Zulauf bekommen: Ihre Mitgliederzahl stieg von rund 1.500 auf nunmehr über 1.900 an.

Die Wahlkampfschwerpunkte der AL liegen in der Wohnungsbaupolitik, der Energiepolitik, der Stadt- und Verkehrsplanung, der Beschäftigungssituation, der Sozialpolitik, den Rechten der Frauen, der Diskriminierung „sexueller Minderheiten", der Ausländerpolitik, der Wirtschaftspolitik, den demokratischen Rechten sowie der Berlin- und Friedenspolitik.

Auffallend an dem neuen Wahlprogramm im Vergleich zum Wahlprogramm von 1979 ist, daß kaum noch die berühmten „Kampf dem ...!"- oder „Weg mit ...!"-Parolen auftauchen. Neu ist hingegen, daß die AL an verschiedenen Punkten den (teilweise zweifelhaften) Versuch unternommen hat, konkrete Alternativen im Rahmen des bestehenden Systems aufzuzeigen, um damit ihre politische Glaubwürdigkeit zu erhöhen und aus der reinen „Neinsager-Ecke" herauszukommen.

Zur **Wohnungsbaupolitik** wird die katastrophale Wohnungsnot und die menschenfeindliche Kahlschlagsanierung der etablierten Parteien kritisiert und mehr Rechte für Mieter und und Mieterorganisationen gefordert. Die AL fordert des weiteren die Legalisierung von Instandbesetzungen, die Amnestie für alle, und auf dieser Grundlage *„Verhandlungen mit dem Besetzerrat über die Überführung in ordentliche Mietverhältnisse"*. Die senateigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen „entflechtet" werden, die Mietpreisbindung Dauerrecht bleiben, leerstehende Wohnungen gehören sofort instandgesetzt. Das bisherige Finanzierungssystem bei der Modernisierung und beim Neubau soll abgeschafft, dafür zur alten Kapitalsubventionierung zurückgekehrt werden.

Damit wäre allerdings das generelle Problem der Spekulationsgeschäfte usw. nicht vom Tisch. Im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus beispielsweise werden nach geltendem staatlichen Finanzierungssystem die Mieten subventioniert; eine von der AL geforderte Rückkehr zum alten System der Kapitalsubventionierung würde an deren Stelle den Hausbesitzer bzw. die Wohnungsbaugesellschaften direkt subventionieren. Das ist der einzige Unterschied. Vergebens wird man im Programm Aussagen suchen müssen, die sich auf das Grundübel kapitalistischer Wohnungsbaupolitik beziehen: den steigenden und durch Spekulationen angeheizten Grundstückspreisen, die die Spekulationen in bombastische Höhen treiben.

Im Bereich der **Energiepolitik** lehnt die AL das geplante Großkraftwerk Reuter (Gesamtkosten: 3,5 Milliarden DM) ab und fordert stattdessen eine *„grundlegende Umstellung der Westberliner Energieversorgung"*. Es wird sich für eine *„verstärkte Ausnutzung der Primärenergie"* ebenso eingesetzt wie für Wärmedämmungsmaßnahmen, Rückgewinnung von Abwärme, Wärmekraftkoppelung, Blockheizkraftwerke, den Einsatz von Wärmepumpen usw.

Im Bereich der **Verkehrspolitik** setzt sich die AL für den Ausbau und die Förderung von öffentlichen Nahverkehrsmitteln zuungunsten von Autobahnbau und Autoverkehr ein und fordert den Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel.

Im Bereich der **„Sozialpolitik"** fordert die AL *„mehr Mittel"* für die sozialen Dienste (Krankenhäuser, Kitas, Sozialfürsorge usw.) und wendet sich gegen die Sparpolitik im öffentlichen Dienst, an Schulen, Krankenhäusern usw. Angesichts von über 12.000 Jugendarbeitslosen fordert die AL die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen, die Förderung von alternativen Selbsthilfegruppen, die Autonomie der Jugendlichen im Jugendfreizeitbereich. Sie kritisiert die *„massiven Polizeimaßnahmen und Kriminalisierungen"* gegen die *„Jugendprotestbewegungen"*.

Das **Frauenprogramm** der AL kritisiert die Diskriminierungen der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und stellt fest, daß die Frauen die Folgen der Krise am ehesten zu spüren bekommen. Es wird sich gegen die Gewalt gegen Frauen gewandt und mehr Frauenhäuser, die vom Senat finanziert werden sollen, gefordert, ohne Bevormundung der Frauenhäuser durch den Staat. Die AL wendet sich gegen die Diskriminierung von „sexuellen Minderheiten" und fordert gleiche gesellschaftliche Rechte für lesbische Frauen, für Homosexuelle insgesamt. Der § 175 müsse ersatzlos gestrichen werden, die §§ 174 und 176 *„sind so zu fassen, daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind"*. (Das entspricht der Formulierung im Programm der Grünen Partei; einige hatten ersatzlose Streichung der beiden Paragraphen gefordert.)

Hinsichtlich der **Ausländerpolitik** wendet sich die AL *„gegen jede 'Germanisierung' der Ausländer, wie sie vom Senat als 'Lösung des Ausländerproblems' angestrebt wird"*. Die AL fordert stattdessen ein *„gleich-*

vom Senat als 'Lösung des Ausländerproblems' angestrebt wird". Die AL fordert stattdessen ein *„gleich-*

berechtigtes Zusammenleben mit ausländischen Minderheiten, die sich ihre Sprache, Kultur und ihre Religion bewahren ...". Die AL spricht sich für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus wie insgesamt für eine rechtliche Gleichstellung. Das Verbot der „Grauen Wölfe" und „anderer ausländischer Faschistenvereine" wird ebenso gefordert wie verstärkte Förderung und Schaffung von (Aus-) Bildungsplätzen ausländischer Jugendlicher und Schüler, die zu 70 % keinen Hauptschulabschluß und zu 90 % keine Berufsausbildung haben.

Die AL will **„Demokratie und keinen Polizeistaat"**. Sie kritisiert die sozialdemokratische Innenpolitik, die es zu einer *„beängstigenden Spitzenposition"* gebracht habe: höchste Polizeidichte, frühzeitige Einführung schwerer Waffen, Ausbau von Polizeibefugnissen, Einführung der „bürgernahen" Kontaktbereichsbeamten usw. Gegen die *„datenmäßige Ausforschung von uns allen"* fordert die AL *„ungehinderte Auskunftsmöglichkeiten über die gespeicherten personenbezogenen Daten, auch im Sicherheitsbereich"*. Die AL fordert ebenso den ungehinderten Zugang zu den sachbezogenen Daten – ohne jedoch sich generell gegen die Abschaffung der systematischen „Erfassung" durch BKA-Computer zu wenden.

Im Bereich des Strafvollzugs hält die AL das 200 Mio. DM teure Knastneubau-Programm für „überflüssig" und die Abschaffung des Jugendstrafvollzugs für „überfällig". Die AL wendet sich gegen die Hochsicherheitstrakte sowie gegen *„jede Art von Isolationshaft"*; sie tritt für *„gleiche und verbesserte Haftbedingungen für alle Gefangenen"* ein. Die AL verteidigt das *„uneingeschränkte Meinungs- und Versammlungsrecht der Bürger"* und wendet sich gegen das „Tummeln" neofaschistischer Gruppen in Westberlin. Ein Verbot wird ausdrücklich nicht gefordert. Doch für die AL heißt Demokratie mehr, als „nur" Grundrechte zu verteidigen und *„die Entwicklung zum Polizeistaat zu bekämpfen"*; die AL fordert mehr *„bürgernahe, dezentrale Verwaltungseinheiten"*, die *„ressortgebundene, zentralisiert-arbeitsteilig strukturierte Verwaltung ist schrittweise so zu verändern, daß koordinierte und dezentral kontrollierte Wirtschafts-, Städtebau-, Umweltschutz- und Sozialplanung stattfinden kann"*. Darüber hinaus will die AL *„Initiativen aus der Bevölkerung zur stärkeren Selbstbeteiligung an der Lösung sozialer Probleme, zur Weiterführung von Betrieben und Entwicklung von alternativen Produktionen, zu freieren Formen des Zusammenlebens und zur Selbstorganisation jenseits bürokratischer Reglements"* unterstützen.

Zur *„Monopolstellung des Axel-Springer-Verlags"* wird lediglich ausgesagt, daß demgegenüber *„alternative Medienprojekte und -strukturen gefördert werden"* sollten.

In Sachen **„Berlin-Politik"** ist es bei der Verabschiedung des Kurzprogramms zu einer Neuauflage des Streits um den Berlin-Teil des AL-Programms gekommen. Auffallend war, daß alle Passagen, wo eine „Paktfreiheit" der beiden deutschen Staaten gefordert wurde, fehlten und nur noch der „Rumpf" der Forderung nach „ ... Teilung Deutschlands überwinden" stehenblieb. Erst nach einigen Diskussionen erhielt der Berlin-Teil des Kurzprogramms die „Ausgewogenheit", die es allen Beteiligten ermöglichte, diesen Teil des Programms (teilweise allerdings mit Magenschmerzen) zu tragen.

Weiterhin heißt es, daß die *„unnatürliche ... Situation Westberlins"* überwunden werden müsse durch Aufwerfen *„der Frage der deutschen Einheit"*, zu deren Lösung die AL beitragen wolle. Westberlin müsse sich der Blockkonfrontation entziehen und als einen Schritt militärische Paktfreiheit anbieten. Darüber hinaus wird eine europäische Blockfreiheit angestrebt nach den Vorbildern etwa der Schweiz, Österreichs, Jugoslawiens. Der Differenzierungsprozeß habe auch schon innerhalb der EG begonnen. Dabei wird ausgerechnet die Nahost-Initiative der EG als Ausdruck einer „Eigenständigkeit der EG von den beiden Supermächten" angeführt. Hier hat sich erkennbar die alte (formal aufgelöste, aber gerade in Westberlin immer noch sehr agile) „KPD" mit ihren den Imperialismus beschönigenden Thesen durchsetzen können.

Während die AL im weiteren viele konkrete Forderungen an die DDR stellt (Reiseerleichterungen, Rück-

Während die AL im weiteren viele konkrete Forderungen an die DDR stellt (Reiseerleichterungen, Rück-

nahme des Zwangsumtauschs, ungehinderter Austausch von Publikationen usw.), wird andererseits auch die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft verlangt.

Die Alliierten in Westberlin sollen ihre militärische Präsenz auf „symbolische Einheiten" reduzieren; militärische Paraden haben ebenso zu unterbleiben wie Eingriffe in die Westberliner Gerichtsbarkeit.

Die „Berlin-AG" der AL machte auch schon konkreten Wahlkampf und plazierte Anzeigen in verschiedene Zeitungen („taz", Stadtteilzeitung „Zitty", „tip" usw.), die den erzielten Kompromiß recht einseitig in Richtung „nationale Frage" auslegte. Solche Entgleisungen zeigen, wie schwierig es ist, mit einem Kompromiß, der im Grunde genommen politisch unvereinbare Positionen tragfähig machen soll, umzugehen. Kein Wunder, daß ein Mann wie Tilmann Fichter sich auf diese Schwachstelle des AL-Programms gestürzt und sie genüßlich von links her kritisiert hat.

Annehmbarer sieht der friedenspolitische Teil des AL-Programms aus: Es wird die einseitige Rücknahme des NATO-„Nachrüstungs"beschlusses ohne Wenn und Aber gefordert, wobei sich aber „auch" gegen die sowjetische SS-20 gerichtet wird. Des weiteren will die AL den Frieden durch den *„Abbau der Blockkonfrontation"* sicherer machen und fordert in Anknüpfung an den Aufruf der Russell-Peace-Foundation eine *„atomwaffenfreie Zone"* in Europa, letztlich die Auflösung der beiden Militärpakte.

Positiv ist zu vermerken, daß die AL eine geplante Großdemonstration am 8. Mai gegen die NATO-„Nachrüstung" unterstützen wird – im Unterschied noch zum vergangenen Jahr, wo die AL die Teilnahme im nachhinein mehrheitlich mißbilligte.

Bürgerliche Parteien und AL

Allenthalben wird die Westberliner Wahl als „offenes Rennen" (so die SPD laut „Tagesspiegel", 14.3.) eingeschätzt. Unsicher ist, ob die FDP die 5 %-Hürde schaffen kann; allgemein angenommen wird, daß die AL ins Abgeordnetenhaus kommt. Der CDU wird prophezeit, daß sie zwar stärkste Partei wird, jedoch über keine regierungsfähige Mehrheit verfügt – vor allem dank der AL. Sowohl der Spitzenkandidat Vogel (SPD), wie sein CDU-Kontrahent Weizsäcker schließen eine Große Koalition aus. Alle drei Parteien schießen sich derzeit voll auf die AL ein:

+ Weizsäcker (CDU) bemühte sich um Nachweise, daß sich die AL

zeit voll auf die AL ein:
+ Weizsäcker (CDU) bemühte sich um Nachweise, daß sich die AL

nicht in Übereinstimmung mit der

Fortsetzung nächste Seite

Reumütige und Demagogen ...

Tatsache ist, daß sich das politische Spektrum der AL im Vergleich zu vor zwei Jahren deutlich vergrößert hat. RA Schily kandidiert ebenso für die AL wie Prof. Martin Jänicke von den Grünen, der nach dem „Nachrüstungs"beschluß des SPD-Parteitages in Westberlin dieser Partei den Rücken kehrte.

Mehrere Mitglieder des SB, u. a. Christel Neusüss, Siegfried Heimann und Bodo Zeuner, unterstützen jetzt die AL und arbeiten z.T. schon aktiv in ihr mit. Den Meinungswandel begründen diese Kräfte – wie auch Otto Schily – vor allem damit, daß es nun die aufgelöste „KPD" nicht mehr gebe, die zur letzten Westberliner Wahl eine Zusammenarbeit durch ihre politische Dominanz unmöglich gemacht habe. Nun sagen diese SB'ler: *„Inzwischen hat die Partei 'KPD' sich in einem bemerkenswerten Prozeß der Selbsterkenntnis selber aufgelöst. Die ehemaligen Mitglieder der Gruppe wirken weiterhin in der AL mit, ... befreit von dem Druck, die Parteiaufträge einer zentralistischen Kaderorganisation ausführen zu müssen, und 'geläutert' in Bezug auf RGO-Politik oder die Übernahme chinesischer Modelle"* („Zitty", 3.4.81). Auch der ehemalige „Abend"-Journalist Bruno Rieb meinte, die damaligen Diskussionen innerhalb der AL seien von Auseinandersetzungen mit der inzwischen aufgelösten „KPD" überlagert gewesen; das sei heute nicht mehr der Fall („Zitty", 3.4.).

Wir können es uns dabei nicht verkneifen anzumerken, daß die ehemaligen „KPD"-Kräfte immer noch hartnäckig an elementaren politischen Positionen festhalten, wenn auch statt plumper Vaterlandsverteidigung heute lieber eine „alternative Verteidigung" der BRD und „Lösung der nationalen Frage" durch Neutralität statt Mauerbau propagiert wird. Darum scheint es diesen „KPD"-Kritikern anscheinend nicht zu gehen. Weder an der „nationalen Frage" – hier bekamen die Ex-„KPD"-Kräfte sogar einen gewissen Zulauf (siehe AK 197) – noch in der Frage der Gleichsetzung des Kampfes um Abrüstung in Ost und West gab es nennenswerten Widerstand, mit Ausnahme von SoSt, „Z", der SI, dem KB und einigen Unorganisierten.

Unterdessen rüstet sich die SPD, die ihr noch verbliebenen „linken" Wahlhelfer in den Kampf zu schicken. Sie greift dabei u.a. auf Klaus Staeck zurück, der eigens eine Ausstellung veranstaltet und ein Plakat entwarf: **„Die Alternativen wählen: Damit Berlin endlich schwarz wird"**. Offen für die SPD mag auch Klaus Staeck nicht werben, dann also lieber mit der indirekten Methode, daß mal wieder nichts anderes übrig bleibt als ...

Den zweiten Leckerbissen serviert der Glotz-Intimus Rudi Steinke (vormals „Langer Marsch"). Ende April ist ein Kongreß über „soziale Bewegungen" und Friedenspolitik mit viel „linker" SPD-Prominenz, einigen Westberliner Senatoren, Rudolf Bahro, Prominenz von den Grünen und auch der AL angesagt ...

Bielefeld:

Scherben und die politischen Reaktionen

Solidarität oder Distanz? Zur Diskussion in der Bunten Liste

Kaputte Scheiben und Farbsprühaktionen rufen in Bielefeld eine unverschämte Hetze der bürgerlichen Presse und Parteien hervor.
Eine Solidaritätsdemonstration mit den Freiburger Instandbesetzern und den Nürnberger Verhafteten wird von der Polizei brutal auseinandergeprügelt.
Die Sprecher der Bunten Liste Bielefeld treten daraufhin mit einer sehr unschönen Distanzierung an die Öffentlichkeit, was Bunte-Liste-intern und in der Bielefelder Alternativscene zu heftigen Debatten führt.

Scherben bringen Glück ...

,,*80000 DM Schaden,,Brokdorf-Demo geht weiter'. Wer waren die Täter?*'' prangt es den Lesern der ,,Neuen Westfälischen'' (NW) am 11.3.81 entgegen. Auf den folgenden Seiten gibt es noch weitere Artikel zum Thema. Was ist passiert?

AKW-Gegner zertrümmerten in der Nacht zum 10.3. die Schaufensterscheiben des Hauses der Technik (HdT, die Werbeabteilung der Atombetreiberin Stadtwerke Bielefeld), die sie zuvor mit der Parole ,,Das ist für Brokdorf'' verziert haben. An anderen Stellen im Stadtgebiet, an Banken u.ä., werden Anti-AKW-Parolen, ,,Brokdorf-Demo geht weiter'' u.ä. gesprüht.

Die Presse spricht von ,,den Tätern'' und schlägt auch gleich noch kaputte Fensterscheiben bei Siemens und 17 zerstochene Reifen in der Nähe auf ihr Konto, außerdem die Scherben bei einem in Bielefeld umstrittenen neuen Hotel (Novotel), wo es allerdings bereits in den Wochen vorher geklirrt hat.

Für die richtige Stimmung wird ebenfalls gesorgt. Unter der Überschrift ,,*Erinnert mich an Reichskristallnacht*'' werden die ,,Stimmen älterer Menschen'' zitiert, die von einem NW-Reporter am ,,Tatort'' interviewt worden sind. ,,*Der Strauß hätte denen schon gezeigt, was 'ne Harke ist . . .*'' und ,,.... *für mich sind das alles Verbrecher*'' usw. (NW, 11.3.).

Von da an vergeht eine Woche lang kein Tag, an dem nicht von irgendwelchen kaputten Scheiben und sonstigen ,,Gewalttaten'' die Rede ist; auch von einem mißglückten Brandsatz unter einem Bullizeiwagen weiß die Zeitung zu berichten (12.3.). Die Polizei vermutet jeweils einen Zusammenhang.

„Eine neue Art von SA geht um"

Unter dieser Überschrift fordert Oberbürgbermeister Schwickert (SPD) die ,,*Bürger zur Mithilfe*'' auf: ,,... *wer Steine in Fensterscheiben wirft, Reifen zersticht und Wände beschmiert, handelt undemokratisch und kriminell. Er muß sich den Vorwurf machen lassen, daß er zu einer neuen Art von SA gehört. Ältere Menschen wissen, was damals durch Gewalt von Sturmabteilungen der Nazis in unserem Land angerichtet worden ist*''. Und er schließt mit den Worten: ,,*Wir müssen der Gewalt in dieser Stadt schnell ein Ende bereiten!*'' (NW, 13.3.).

Die Bullerei langt zu

An einer schlecht mobilisierten Solidaritätsdemonstration mit den Freiburger Instandbesetzern und den Nürnberger Verhafteten nehmen am ,,Schwarzen Freitag'' (13.3.) 150 Menschen teil.

Obwohl unangemeldet, läßt ,,*die Polizei dem Ganzen ungefähr eine Stunde freien Lauf*'' (NW, 14.3.). Doch dann langt sie ohne erkennbaren Anlaß erbarmungslos zu. Die Bullen prügeln die Demonstranten auseinander, jagen einzelne bis in Wohnungen, die dann gleich nebenbei durchsucht werden und verhaftet 26 Menschen, einige von ihnen erst, als sich die Demonstranten auf einem Parkplatz wieder versammeln und die Parolen rufen: ,,Laßt die Leute frei''. Einer der Verhafteten ist Polizeibeiratsmitglied Michael Breitkopf, Bunte Liste, ,,*der nach Darstellung des Bunte-Liste-Geschäftsführers Michael Winter lediglich als Beobachter anwesend war*'' (ebenda). Wie sich später herausstellt, ist dies (Beobachterrolle) der P o l i z e i (!) vorher mitgeteilt worden. Jedoch: Mitgegangen, mitgefangen!

Koalition gegen die Gewalt ...

Koalition gegen die Gewalt ...

. . . fordert Lokal-Chefredakteur Günter Gehrke (NW) in einem Kommentar vom 14.3.: ,,*In Bielefeld schleichen die Gewalttäter feige und hinterhältig durch die Nacht, während Demonstranten sich vorwiegend friedlich aufzuführen pflegen ... die Zerstörungen, die in Bielefeld angerichtet wurden* (kaputte Scheiben und gesprühte Parolen — Anm. AK) *sind ... Ausdruck einer durch und durch faschistischen Gesinnung, wenn sich die Täter vielleicht auch für aufrechte Linke halten*''.

Meinungsmacher Gehrke ruft also zur ,,*großen Koalition gegen jede Form von Gewalt*'' auf. An wen ist diese Aufforderung gerichtet?

- Die SPD hat über ihren OB Schwickert bereits einen deutlichen Standpunkt bezogen (,,neue Art von SA'').
- Die CDU fordert ,,*alle demokratischen Kräfte und alle Bürger auf, der Polizei in unserer Stadt jede Unterstützung bei der Verhinderung und Verfolgung von Straßenterror zukommen zu lassen*'' und ,,*verurteilt entschieden die Zerstörung und Schmierereien*'' (ebenda).
- Die FDP sieht anscheinend in dieser Frage keine Profilierungsmöglichkeiten und äußert sich erst später in ähnlichem Sinne.

SPD, CDU und FDP sind also nicht zur Koalition aufgefordert, aber es gibt in Bielefeld ja auch noch die Bunte Liste.

Die Reaktion der Bunten Liste

,,,*Als völlig ungeeigneten Versuch, auf die Vorkommnisse der letzten Wochen zu reagieren', hat der Geschäftsführer der Bunten Liste, Michael Winter, die Erklärungen des CDU-Kreisvorsitzenden Walter Tacke vom Wochenende gewertet*''. Nachdem der Versuch, ,,Atomkraftgegner und Bunte Liste ... mit vereinzelten Steinwerfern in einen Topf zu werfen'' selbstverständlich e n t s c h i e d e n zurückgewiesen wird, geht es dann in ähnlich scharfen Worten weiter: Das seien ,,*völlig sinn- und ziellose Gewaltaktionen*'' (gemeint sind tatsächlich die paar Scherben und die Sprühparolen — Anm. AK). Weiter: ,,*Steinwürfe und politisch sinnlose Aktionen sind lediglich dazu angetan, der alternativen Bewegung ihre breite Basis zu entzienen*''.

Zur Demonstration am ,,Schwarzen Freitag'' heißt es in der Bunte-Liste-Erklärung: ,,*Zwar teilt die Bunte Liste die Empörung der ca. 100 Demonstranten über die Kriminalisierung der Jugendlichen in Nürnberg. Sie hält jedoch die Form der Demonstration für geeignet, gerade denjenigen Kräften Vorschub zu leisten, denen an einer Polarisierung und Verhärtung gelegen ist*'' (alle Zitate aus der Presseerklärung der Bunten Liste, nach NW vom 14.3.).

Wie es sich für eine Alternative gehört, wird selbstverständlich auch der Polizeieinsatz kritisiert: ,,*Es stellt sich die Frage, welche politische Wirkung die Bielefelder Polizeispitze mit ihrem überfallartigen Einsatz ... erreichen wollte. Der Eskalation wird Tür und Tor geöffnet, wenn eine zwar spontane aber friedliche Demonstration politisch unerfahrener junger Menschen mit dem Knüppel beendet wird, obwohl sie kurz vor der Selbstauflösung steht*''.

Mit dieser Kritik am Polizeieinsatz gelingt der Bunten Liste bündnispolitisch der große Durchbruch: Lokal-Chefredakteur Gehrke, der ebenfalls die Jugendlichen zwar nicht für ,politisch unerfahren' aber für ,,*unpolitisch und dämlich*'' erklärt, hält den Polizeieinsatz auch für unglücklich; er schreibt zwei Tage vorher: ,,*Vielleicht wäre die Polizei, statt schließlich draufloszuschlagen, besser beraten gewesen, wenn sie die schon unter Frustrationserscheinungen leidenden Demonstranten bewußt ins Leere hätte laufen lassen und nicht noch einige von ihnen zu Märthyrern geknüppelt hätte.*

Durch eine derartige Polizeitaktik wird eine Verbitterung junger Menschen forciert, die sich zu Reaktionen hinreißen lassen könnten, die dann die nächste Stufe polizeilicher Gewalt einleitet''. (Pardon, der letzte Satz [nach dem Absatz] stammt doch aus der Bunte-Liste-Erklärung — siehe Abdruck — Anm. Red.)

Ansonsten beschwört die Bunte Liste in ihrer Erklärung alle politischen Parteien, ,,*der Versuchung zu widerstehen, die völlig sinn- und ziellosen Gewaltaktionen in Bielefeld zum Anlaß zu nehmen, alles zu diffamieren, was ihnen unbequem ist*''.

was ihnen unbequem ist''.

Kein Wort zu der unverschämten Hetze der vorangegangenen Woche, kein Wort zum Vergleich von AKW-Gegnern mit der SA, kein Wort zum Vergleich einiger kaputter Scheiben mit der ,,Reichskristallnacht'', kein Wort des Verständnisses für steinewerfende Jugendliche (die Erklärung ist nebenstehend vollständig dokumentiert).

Hinterher hat es keiner so gemeint

Logisch, daß es auf dem folgenden Bunte Liste Plenum einige Empörung gibt.

BuLi-Ratsabgeordnete Heidi Bierbaum verfaßt mit weiteren Bunte-Liste-Mitgliedern eine Erklärung, die nach Meinung der Verfasser/innen besser geeignet gewesen wäre, als Konsens der Bunten Liste in der Presse auf die Ereignisse zu reagieren. Nach Zurückweisung der Pressehetze sowie der Nazi-Vergleiche bekundet die ,,Gegenerklärung'' Verständnis für die Steinewerfer und schließt mit den Worten: ,,*Die Bunte Liste Bielefeld ist jedenfalls nicht bereit, durch Distanzierungen, einen Teil der Protestbewegung ,zum Abschuß frei zu geben'!*'' Auf dem Plenum wird über Sinn und Unsinn von Steinwürfen diskutiert; daß die Distanzierung zwar im Prinzip richtig sei, aber nicht in die bürgerliche Presse gehört hätte; daß beim derzeitigen Stand des Wohnungskampfes in Bielefeld (die Steine jedenfalls waren gegen Betreiber von AKWs gerichtet — Anm. AK) Steine nur schaden würden; daß bei der Kontroverse um die Presseerklärung im Grunde zwei Linien des BuLi-Selbstverständnisses gegenüberstünden (Schlagworte: Wählerpotential oder Initiativenbündnis); auf der Gegenseite: daß die veröffentlichte BuLi-Stellungnahme nicht nur einen Teil der Protestbewegung ausgrenze, sondern auch einen Teil der BuLi-Mitglieder; daß die Verfasser der Erklärung auf die bürgerliche Presse hereingefallen seien. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig.

Angesichts des Protests werden BuLi-intern einige Formulierungen zurückgenommen, beispielsweise das Wort ,,Gewaltaktionen'' statt nur von ,,Aktionen'' zu reden, das ,,völlig'' vor dem ,,sinnlos'' und dergleichen mehr. Einige Unterstützer der Erklärung gestehen zu, daß die ,,Kritik'' an der Demonstration vielleicht wirklich nicht in die Presse gehört hätte. Aber zur Abstimmung über eine öffentliche Korrektur der Erklärung kommt es nicht. Stattdessen gibt es eine Woche später ein Sonderplenum. Bis dahin;

Die Ereignisse überstürzen sich ...

Am Mittwoch, den 25.3. wird unter skandalösen Begleitumständen ein seit zwei Jahren leerstehendes Haus abgerissen. Einige Leute reinigen das Haus und wollen es der Bielefelder Bevölkerung zur Besichtigung überlassen. Dazu kommt es jedoch nicht, stattdessen kommt die Polizei. Sie riegelt das Haus ab und erreicht, daß es noch am selben Tag abgerissen wird.

Beigeordneter Hothan (SPD) wird aus einer Sitzung geholt und erteilt, nachdem ihm telefonisch ,,zugesichert'' wird, daß bald mit einer Neubebauung begonnen wird, die Abrißgenehmigung. Die Bullen sprühen daraufhin wahllos mit der Chemischen Keule in die um das Haus versammelte Menschenmenge, darunter auch Kinder und ältere Leute, aus kürzester Distanz, wie auf einem Pressefoto zu sehen ist, direkt ins Gesicht. Auf dem Dachfirst des Abrißhauses sitzende Demonstranten werden brutal heruntergeholt.

Die Demonstranten verzichten darauf, mit Hilfe in der Nähe liegender Pflastersteine ihrem Unmut Luft zu verschaffen.

Unter den Augen der versammelten Menschenmenge wird das Haus mittels eines Baggers — von zahlreichen Bullen ,,geschützt'' — abgerissen.

Die Polizeistaatslogik, instandbesetzungs,gefährdete' Häuser einfach zu beseitigen und den Protest brutal zu zerschlagen, hat auf ganzer Linie gesiegt. Doch der Geist von Nürnberg reicht noch weiter:

Zu einer für Samstag, 28.3., geplanten Demonstration gibt die Polizei am Freitag, dem Tag des Buli-Sonderplenums, die Auflagen bekannt. Das Tragen von Helmen und von Schals vor dem Gesicht sei verboten.

Bielefelds Polizeipräsident Funk nimmt damit das von der CDU geforderte ,,Vermummungsverbot'' bei Demonstrationen vorweg. Außerdem kündigt die Polizei an, in Abständen

Trupps von 20-30 Bullen zwischen die
kündigt die Polizei an, in Abständen

Trupps von 20-30 Bullen zwischen die Demonstranten zu schieben.

Die Bunte Liste reagiert prompt und verurteilt in einer Presseerklärung energisch die faktische Vorwegnahme der geplanten Demonstrationsrechtsverschärfung und verlangt — allerdings erfolglos — die Rücknahme der Auflagen. Außerdem wird der Polizei die Verantwortung für eventuelle Auseinandersetzungen erteilt (Informationen NW).

Die Diskussion in der Bunten Liste geht weiter

Das Sonderplenum, das unter dem Eindruck der geschilderten Ereignisse steht, kommt bezüglich der Presseerklärung zu den Steinwürfen und der Demo am ,,Schwarzen Freitag'' zu keinem faßbaren Ergebnis. Dem Plenum liegt eine ,,Protesterklärung'' einiger Initiativen vor, in der die Bunte Liste aufgefordert wird, ,,*die von ihr in der Öffentlichkeit gemachten Aussagen zu korrigieren*''. Der Bunten Liste wird vorgeworfen, ,,*den AKW-Gegnern allem Anschein nach, die Solidarität*'' zu entziehen.

Die 150 Demonstranten vom ,,Schwarzen Freitag'' ,,... *im Zusammenhang mit ,Polarisierung und Verhärtung' ...*'' zu nennen, würde ,,*ihnen und ihrem Protest gegen den Nürnberger Terror der CSU in den Rücken (fallen)*''.

Die Besetzer eines Hauses kritisieren die Bunte Liste, nicht selbst zu dieser Demonstration aufgerufen zu haben, ,,*wenn schon eine breite Basis, dann nur so!*'' Auf diese Erklärung wird in der Bunten Liste nicht weiter eingegangen. Es wurde lediglich kritisch angemerkt, daß die Erklärung von Bunte-Liste-Mitgliedern formuliert worden sei, und diese nicht ausschließlich auf die interne Diskussion vertraut hätten.

Diese Art, die Ernsthaftigkeit der Initiativen-Kritik zu bezweifeln, zeugt nicht gerade von einem tiefverwurzeltem basisdemokratischen Verständnis.

Nachdem sich über weite Strecken die Diskussion des vorangegangenen Buli-Plenums wiederholt, endet das Sonderplenum kurz vor Mitternacht, als die meisten schon wieder gegangen sind, ohne irgendwelche Abstimmung.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 12

Verfassung bewege (,,Tagesspiegel'', 14.3.). Für ihn sei die AL nicht koalitionsfähig. Sie wolle die ,,*parlamentarische Demokratie aus den Angeln heben*''. Er warnte zugleich die SPD davor, eine Minderheitsregierung bilden zu wollen, die ,,*sich mit Hilfe der AL über Wasser hält*''. Wer sich von ,,*Verabredungen mit der AL abhängig mache, lege ... schon Hand an das Verfassungssystem*'' (,,Tagesspiegel'', 3.4.).

+ Der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Dittberner hält eine Minderheitsregierung unter Duldung durch die AL ebenfalls nicht für möglich (,,Tagesspiegel'', 5.4.). Im Gegenteil: Nach FDP-Chef Brunner müsse die ,,Auseinandersetzung'' mit der AL nach den Ergebnissen der hessischen Kommunalwahl noch schärfer geführt werden. Mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft spiele die AL den Interessen der DDR und der Sowjetunion in die Hände. ,,*Berlin darf nicht ausflippen und politische Hasardeure ins Parlament wählen, das sie ohnehin nur als*

und politische Hasardeure ins Parlament wählen, das sie ohnehin nur als

Tribüne für ihre außerparlamentarische Arbeit ansehen'' – zeterte Brunner (,,Tagesspiegel'', 24.3.).

+ Für die SPD bezeichnete ihr neuer Geschäftsführer Glotz die AL als ,,politischen Gegner''; die AL sei ,,*keine machtfähige Gruppierung*'' und habe ,,*keine handlungsfähige Parlamentsfraktion*'' (,,Tagesspiegel'', 14.3.). Glotz griff die AL scharf wegen ihrer ,,Neutralisierungspolitik'' und der Forderung nach Abzug der Alliierten an, die die Lebensfähigkeit der Stadt in Frage stelle.

Glotz behauptete drohend, daß die AL unter bestimmten Umständen der CDU zur Macht verhelfen könnte, und schloß eine Große Koalition vor allem deswegen aus, weil es dann ,,*keine starke Opposition gibt und dann ... alle diejenigen aus der jungen Generation, die protestieren, in die Arme ... der Alternativen Liste getrieben würden*'' (,,Berliner Stimme'', 1.4.).

Auf der anderen Seite kann sich Glotz allerdings eine SPD/FDP-Minderheitsregierung vorstellen, die von der AL ,,von Fall zu Fall'' toleriert werden würde.

Soll die AL die Vogel-Wahl tolerieren?

Innerhalb der AL trat der Bereich Naturschutz (,,i.A. Ernst Hoplitschek'') mit einem Antrag an den Delegiertenrat auf, eine Tolerierung von Vogels Bürgermeisterwahl unter bestimmten Bedingungen ins Auge zu fassen. Die AL sei ,,*n i c h t der Auffassung, daß 'Weizsäcker gleich Vogel'* '' sei; sie wisse zu ,,*differenzieren, welche Partei welche soziale Basis repräsentiert*''. ,,*Große Teile der werktätigen Massen*'' hätten ,,*ihre politische Heimat in der SPD*'', auch wenn SPD und DGB eine Politik gegen die Zielsetzung der AL verfolgen. Die AL müsse daran interessiert sein, daß sich ,,*die in unserem Sinne fortschrittlichen Kräfte ... langfristig in diesen Organisationen durchsetzen*''. Daher müsse die AL ,,Ansprechpartner'' dieser Kräfte bleiben im Interesse einer ,,Klammerfunktion'' zwischen ,,traditionellen'' und ,,neuen sozialen Bewegungen''. Eine Weizsäcker-Minderheitsregierung oder eine Große Koalition könne es nur auf Betreiben der SPD geben. Aus Gründen der ,,*Ab- und Ausgrenzung der AL*'' könnten sich SPD und CDU ,,*im Bedarfs- und Zweifelsfall ... die (Macht-)Bälle zuschieben*''. Die AL halte daran fest, „jede Koalition mit den etablierten Parteien'' abzulehnen. ,,*Unser Verhalten bei der personellen Entscheidung: Wahl des Regierenden Bürgermeisters – und nur bei dieser! –, machen wir davon abhängig, in wie weit von der entsprechenden Partei, die den Regierenden Bürgermeister stellt, entscheidende Schritte in Richtung Frieden, Demokratie und Umweltschutz zugesichert werden*''. Die AL solle dazu einen „Forderungskatalog aufstellen''. Damit könne sich „bewirken'' lassen, eine ,,*Annäherung der positiven Linken in der SPD in unsere Richtung zu beschleunigen, andererseits die Entfremdung dieser Kräfte in ihrer Führung zu vertiefen, also die Widersprüche dort insgesamt voranzutreiben*''. Es könne nicht darum gehen, wer das „kleinere Übel'' repräsentiert; schließlich könne niemand sagen, ob die CDU „liberaler'' als in anderen Bundesländern regieren würde, bzw. ,,*ob die SPD nach dem 10. Mai 1981 'abräumt'* ''. Der Vorschlag solle ,,keine 'geheime' Koalition mit der SPD''

räumt' ''. Der Vorschlag solle ,,keine 'geheime' Koalition mit der SPD''

bedeuten, aber man warne vor einer Haltung, „die als 'offenes' Koalitionsangebot gegenüber der CDU gewertet werden kann''; damit verscherze man sich „sämtliche Sympathien seitens der notorischen ,Kleineres Übel-Wähler' ''. In einem weiteren Papier, von Christoph Trautner, wird diese Position unterstützt. Es könne von der AL abhängen – „ob [redacted] wollen oder nicht'' –, wie der [redacted] Senat aussehen wird (wenn weder die CDU noch die SPD/FDP die absolute Mehrheit bekommt). Man könne „versucht'' sein zu sagen: ,,Große Koalition, prima, dann sind die Fronten ... klar''. Gegenüber dieser Front „wären wir ebenso machtlos wie heute''. Eine positive Stimme für die SPD komme auch nicht in Frage, aber durch eine Stimmenthaltung könne man erreichen, daß die SPD/FDP an der Macht bleibe. Man müsse das „natürlich von knallharten Forderungen abhängig machen'', z.B. in Richtung Amnestie, Einstellung der Polizeiaktionen gegen Instandbesetzer, Abrißstop, Autobahnstop, Knete für selbstverwaltete Projekte. Man könne so einen Rechtsruck verhindern oder sogar einen – wenn auch bescheidenen – Linksruck hervorrufen. Ob sich die SPD darauf einlassen werde, wisse man „natürlich nicht''. Es gebe allerdings Aussichten aufgrund der „Machtgeilheit'' bzw. des Drucks von seiten ihrer Basis. Wenn die SPD dann doch lieber mit der CDU koaliert, gebe sie „uns damit ... das beste nur denkbare Argument'' gegenüber den 'Kleineres Übel-Wählern' an die Hand. Damit wäre die ,,*Seelenverwandtschaft zwischen SPD und CDU hundertmal schlagender bewiesen*''. Der ,,*traditionell in jedem von uns steckende Purist*'' möge nun ,,*die Hände überm Kopf zusammenschlagen, als sei ihm der Pakt mit dem Leibhaftigen vorgeschlagen worden*''. Aber man dürfe doch ,,*nicht gebetsmühlenartig die reine Lehre predigen*''. Zudem könne man damit „hartnäckigen Befürchtungen'' entgegentreten, die AL könnte der CDU zur Macht verhelfen.

Im Delegiertenrat wurden diese Anträge erst einmal glatt abgewiesen; allerdings werden diese Fragen weiter in der AL diskutiert. Wir werden darüber berichten.

D. (Westberlin) und AK-Redaktion



Rausschmiß der GAL aus dem Zivilausschuß

Nachdem bereits am 27.1.81 der GAL Ratsherr F.-H. Lammersdorf auf Beschluß der Regierungspräsidenten aus dem Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung geworfen worden ist, muß nun auch das zweite und letzte GAL-Mitglied des Ausschusses seine Sachen packen. CDU, SPD und FDP beschlossen am 11.3.81 bei einer Gegenstimme aus der SPD und gegen die Stimmen der GAL-Ratsmitglieder, daß der Zivilausschuß in Zukunft ohne das beratende GAL-Mitglied Olaf Steinmeyer tagen soll.

Damit ist der komplette Rauswurf einer im Rat vertretenen Fraktion aus dem Zivilausschuß vorläufig besiegelt.

Dem Ausschluß der GAL aus dem Zivilausschuß war eine mehrmonatige Kampagne und Hetze der bürgerlichen Parteien vorausgegangen, die von der FDP im Dezember 80 eingeleitet worden war. Der FDP-Fraktionsvorsitzende forderte das Ende der „Schonzeit" für die GAL und erklärte, *„es ist an der Zeit, ihnen — den GALliern — das grüne Mäntelchen auszuziehen, damit die politische Heimat zum Vorschein kommt"* („WN", 16.12.80).

Dieser Wink der FDP wurde prompt aufgegriffen. 14 Tage später wartete die „MZ" mit der Schlagzeile „Verfassungsschutzbedenken gegen den GAL-Ratsherrn F.-H. Lammersdorf" auf und gab das nächste Stichwort: Lammersdorf sei als vermeintlich *„(Ex-)Angehöriger des Kommunistischen Bundes ein Sicherheitsrisiko für den Zivilausschuß"* (8.1.81). Parteien und Presse forderten von Lammersdorf ein „Glaubensbekenntnis" und von der GAL ein klares Wort zum Grundgesetz.

Die GAL ließ sich darauf nicht ein, sondern stellte öffentlich Fragen über die Geheimniskrämerei im Ausschuß für zivile Verteidigung und erreichte damit, daß eine rege Leserbriefdebatte in der bürgerlichen Presse über die Geheimhaltung von Angelegenheiten der Zivilverteidigung einsetzte. Der Versuch der bürgerlichen Parteien, auf der Basis antikommunistischer Vorbehalte in der Bevölkerung einen eleganten Rausschmiß zunächst von Lam-

Versuch der bürgerlichen Parteien, auf der Basis antikommunistischer Vorbehalte in der Bevölkerung einen eleganten Rausschmiß zunächst von Lam-

mersdorf durchzuziehen, ging durchaus nicht ohne Peinlichkeiten für die Bürgerlichen ab.

Auch wenn die bürgerlichen Parteien sich voll auf Lammersdorf eingeschossen, war ihr Ziel von vornherein weiter gesteckt: die GAL als antimilitaristische Opposition im Parlament sollte von den Geheimpapieren des Zivilausschusses ferngehalten werden, um gar nicht erst die Gefahr entstehen zu lassen, daß die Offentlichkeit über die Kriegsvorbereitungen auf diesem Sektor erfährt.

Dümmer geht's nimmer!

Als erster der beiden GALlier wurde dann auch F.-H. Lammersdorf mit der Begründung „Sicherheitsrisiko" per Bescheid des Regierungspräsidenten vom Ausschuß ausgeschlossen. Eine verfassungsrechtliche Klärung dieser Degradierung der GAL-Abgeordneten zu „Parlamentariern zweiter Klasse" steht noch aus.

Gegen Steinmeyer, den GAL-Fraktionschef und ebenfalls Mitglied des Ausschusses, wurde dieses Bedenken nicht vorgebracht. Seinem Ausschluß liegt eine andere dümmliche Argumentation zugrunde: Die Verwaltungsjuristen fanden nämlich in der Gemeindeordnung einen Passus, der sich mit der Größe des Ausschusses befaßt. Es heißt da, der Ausschuß solle „möglichst klein" gehalten werden. In Übereinstimmung mit dem NRW-Innenminister argumentierten CDU, SPD und FDP nun, *„die Bestellung beratender Ausschußmitglieder einschließlich ihrer Stellvertreter (würde) die Zahl der Ausschußmitglieder über das notwendige Maß hinaus erhöhen"* („MZ", 12.3.81).

Mit anderen Worten: Olaf Steinmeyer fliegt mit der Begründung raus, daß mit ihm der Ausschuß personell zu stark aufgebläht werde!

Die GAL kündigte auch zu diesem Beschluß des Rates eine verfassungsrechtliche Überprüfung an. Gleichzeitig mit dem GAL-Rausschmiß be-

Die GAL kündigte auch zu diesem Beschluß des Rates eine verfassungsrechtliche Überprüfung an. Gleichzeitig mit dem GAL-Rausschmiß be-

schloß die Ratsmehrheit der bürgerlichen Parteien auch eine bereits angekündigte Kompetenzänderung des Ausschusses. *„Er wird künftig nur mehr für seine gesetzlichen Aufgaben zuständig sein; alle Katastrophen- und Zivilschutzfragen, die n i c h t der G e h e i m h a l t u n g u n t e r l i e g e n , berät künftig der Feuerwehrausschuß"* („MZ", 12.3.81). Danach wird es im ‚Zivilausschuß' künftig nur noch geheim zugehen.

Fortsetzung von Seite 13

Ein Buli-Mitglied faßt in einem mit viel Beifall bedachten Beitrag das Diskussionsergebnis aus seiner Sicht etwa so zusammen:

Die Steinwürfe seien in der Presse offensichtlich aufgebauscht worden, die darauf folgende Hetze (SA usw.) habe erst das für die Polizeiüberfälle nötige Klima geschaffen. Versäumnis der Bunten Liste sei es gewesen, dies nicht rechtzeitig erkannt und eine Art Gegenpol gebildet zu haben; stattdessen seien die Verfasser der Presseerklärung selber Opfer der Hetze geworden. Der Vorschlag eines Buli-Mitglieds, dieses und eine Art Bestandsaufnahme der Ereignisse als vorläufiges Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses zusammenzustellen und dann in welcher Form auch immer zu veröffentlichen, kann leider angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht

kussionsprozesses zusammenzustellen und dann in welcher Form auch immer zu veröffentlichen, kann leider angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht

mehr ausdiskutiert werden.

Ergebnis der Hetze und des Bullen-Terrors: 5.000 am 28.3.

Am Samstag, den 28.3., demonstrierten in Bielefeld 5000 Menschen, darunter viele zum ersten Mal, „Gegen Wohnraumnot und Polizeiwillkür" (Zum Vergleich: die bis dahin größte Anti-AKW-Demo anläßlich der Räumung in Gorleben umfaßte 3000 Menschen): Das ist die größte Demonstration in Bielefeld seit Jahren.

Die Bielefelder Bewegung zeigt damit, daß sie sich von Pressehetze, Polizeiüberfällen auf Demonstranten, Chemical-Mace-Einsätzen auch gegen Kinder nicht einschüchtern läßt.

Aufgerufen hat alles, was in Bielefeld „Rang und Namen" hat: zahlreiche Initiativen, Bunte Liste, die Bewohner sechs besetzter Häuser, Falken und viele mehr. Selbst der KBW kann sich unter den Aufruf setzen, ohne daß DKP und Umfeld ihre Unterstützung zurückgezogen hätten. Noch vor kurzem wäre so etwas undenkbar gewesen.

Die Polizei verzichtete darauf, ihre Auflagen durchzusetzen. Lediglich Trupps von jeweils 10 Polizisten, sichtlich verunsichert und den Helm demonstrativ abgesetzt, laufen neben dem sehr stimmungsvollen und relativ disziplinierten Protestmarsch der 5000. Besondere Auseinandersetzungen gibt es nicht, *„o b w o h l die Polizei da war"*, wie es ein Redner auf der Kundgebung ausdrückte.

Die Demonstration hat gezeigt, daß die Zeichen der Zeit nicht auf Ausgrenzung, sondern im Gegenteil auf Geschlossenheit und Solidarität stehen.

Die Bunte Liste jedenfalls sollte den Zug nicht verpassen und ihre — gelinde gesagt — „unglückliche" Presseerklärung zu Steinwürfen etc. schleunigst korrigieren.

Nach Presseberichten sowie Berichten des Bielefelder KB

Lüneburg: Kommunalwahlinfo und -seminar geplant!

Dies war der wohl wichtigste Beschluß des 2. Lüneburger Kommunalwahltreffens am 9.4.. In dem Info sollen vorrangig die vorläufigen Vorschläge der Basisinitiativen und der Grünen für ein Kommunalwahlprogramm dokumentiert, sowie zu einem Seminar zur Klärung der strittigen Punkte (am 9. Mai ab 14 Uhr) mobilisiert werden.

Die ursprüngliche Taktik der Grünen, mit besonders „genehmen" Gruppen auf Mauschelebene alle nötigen Vorbereitungen zu treffen (vgl. AK 198), ist somit zumindest bei der Programmdiskussion durchkreuzt; der breiten Debatte über ein grünes „Programmgerüst", das an Verschrobenheit und Wirklichkeitsferne seinesgleichen sucht, steht nichts mehr im Wege. Unter der Leitüberschrift: „Eine Stadt im Gleichgewicht" werden darin u.a. Forderungen wie „Stadtviertel mit autonomer Versorgungsstruktur auch im kulturellen, handwerklichen Bereich", „Lebensmittelproduktion in einer an ökologischen Zusammenhängen ausgerichteten biologischen Landwirtschaft", „Bewußtseinsbildung zur Vermeidung von Müll", Gesundheitsvorsorgung mittels „Vorbeugung durch Gesundung des Lebensgefüges" und andere Schoten dargeboten.

Ein Vorstandsmitglied sowie zwei weitere Vertreter der Grünen erklärten ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an diesem Diskussionsprozeß.

Als ein weiteres Ergebnis der z.T. heftigen Kritik der meisten Anwesenden an dem bisher verfolgten grünen Kurs ist die Zustimmung der grünen Vertreter zu einer seitens der DFG/VK eingebrachten Empfehlung festzuhalten, die bei zwei Enthaltungen von den Anwesenden angenommen wurde.

In dieser Empfehlung wird für die künftige Programmarbeit das Konsensprinzip (bei ausdrücklicher Einbeziehung von Kommunisten) sowie eine Beschlußfassung durch alle am Diskussionsprozeß Beteiligten gefordert.

Dieser Beschluß steht bisher nur auf dem Papier (immerhin!) und seine Umsetzung in die Realität wird in den kommenden Wochen die Kardinalfrage sein. Was diesen Punkt anbelangt, machten die Grünen aus ihrer Skepsis keinen Hehl.;

Last but not least wurde am Rande dieses Treffens zum Hungerstreik der politischen Gefangenen eine Stellungnahme gegen die Isolationsfolter verabschiedet.

M./KB Gruppe Lüneburg

Albrecht fordert die Wiederzulassung von ausländischen Saisonarbeitern

„Saisonarbeit könne allerdings nur insoweit zugelassen werden, als sie befristet sei, erläuterte er dazu" („Frankf. Rundschau", 1.4.81).

Als Begründung für seine Forderung gibt er an, daß es ohnehin illegal beschäftigte ausländische Arbeiter gebe (z.B. bei der Obsternte im Alten Land), *„was zu unkoscheren Praktiken geführt habe"*. *„Es sei zu beobachten, daß die Behörden die Augen zudrückten"* („FR", 1.4.81).

Diese Beobachtung ist sicher richtig. Die BRD-Wirtschaft benutzt in erheblichem Maße billige Saisonkräfte, hauptsächlich im Baugewerbe, in der Gastronomie und in der Landwirtschaft. Dabei liegt es vollkommen in der Willkür von Behörden, Politikern und Kapitalisten, ob und wann diese „Illegalen" arbeiten können oder abgeschoben werden.

Ein deutliches Beispiel dafür sind die Zustände in Bayern: In der Gastronomie „illegal" tätige Türken und Jugoslawen sollten ausgewiesen werden. Die Folge wäre aber gewesen, daß dann Wintersporthotels und Restaurants hätten dicht machen müssen. Deshalb erhielten die ausländischen Arbeiter *„nach der Einschaltung von Bundesinnenminister Baum (FDP) und seinem bayerischen Kollegen Tandler (CSU) aber bis Ostern eine S c h o n f r i s t "* („FR", 3.4.81).

Wer hier wohl „geschont" wurde? Die ausländischen Arbeiter oder die deutschen Kapitalisten?

In der BRD leben derzeit etwa 1 Million „Illegale". Sie unterliegen brutalster Ausbeutung, sie arbeiten für Hungerlöhne, wohnen in miesen Unterkünften, sind ohne Versicherung, Urlaubsanspruch oder sonstige Rechte. Machen sie Ärger, werden sie abgeschoben. Fordert Albrecht jetzt die offizielle Anerkennung der „Saisonarbeiter", weil er damit die Situation der ausländischen Arbeiter verbessern will? Wir meinen: nein!

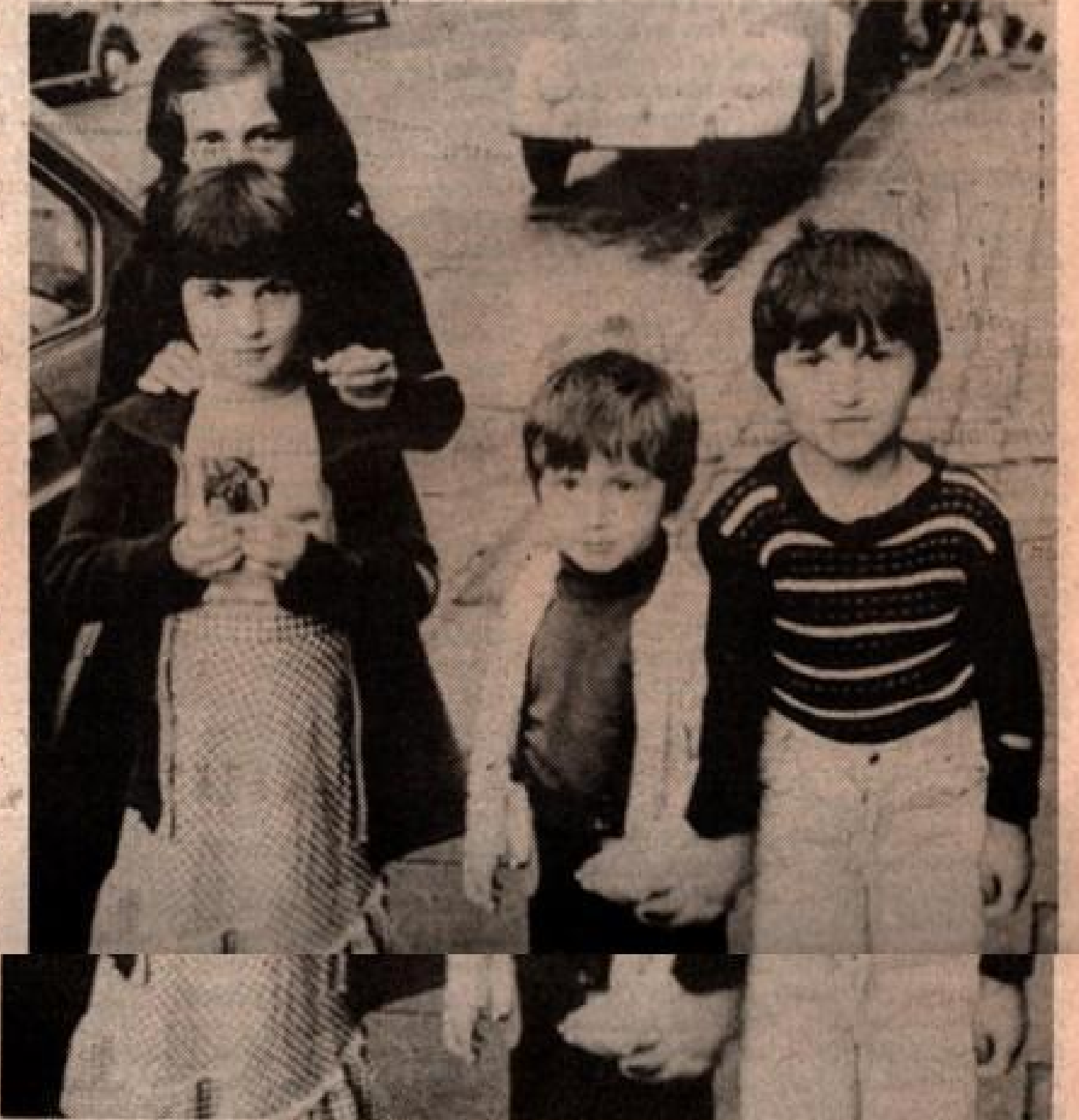
Die Bedingungen für „offiziell anerkannte Saisonarbeiter" würden sich nur unwesentlich verbessern; allenfalls wären sie für die Zeit ihrer Tätigkeit krankenversichert. Auch dem Kapitalisten, der „Illegale" einsetzt, wäre durch die Anerkennung nicht wesentlich geholfen. Wie das Beispiel Bayern zeigt, ergeben sich für ihn auch heute kaum Probleme.

Wir meinen, daß die Äußerung von Albrecht eher als ein Vorstoß in die Richtung bewertet werden muß, wohin die herrschende Klasse die Ausländerpolitik gern entwickeln möchte.

Beim „Saisonarbeiter", also dem ausländischen Arbeiter, der nur für eine befristete Zeit von BRD-Kapitalisten angeworben wird, würden Probleme mit Famileinnachzug, Versorgung der Familien, der Jugendlichen und Kinder, mit der „Integration" etc. nicht entstehen.

Ausländer kämen kurzfristig ausschließlich zu dem Zweck, hier zu arbeiten; sie würden damit vollends zu Arbeitssklaven gemacht, die nach Belieben eingesetzt und abgeschoben werden können.

AG Ausländer



Duisburg: Sparmaßnahmen gegen ausländische Schüler

Sparmaßnahmen im Ausländerbereich sind die Regel und üblich. Doch hatte die SPD/FDP-Regierung bislang noch in den Schulen, entsprechend ihrem Integrationskonzept („die Besten eindeutschen") zumindest das Konzept von kostenneutralen Regelungen aufrechterhalten.
Damit scheint jetzt auch Schluß zu sein. In fast allen Bundesländern werden drastische Sparmaßnahmen durchgeführt.

Eine Beschlußvorlage für den Rat der Stadt Duisburg sieht die vollständige Abschaffung der ausländischen Vorbereitungsklassen für das Schuljahr 1981/82 vor. Was bedeutet das?

In den Vorbereitungsklassen wurden ausländische Schüler, die noch nicht die deutsche Sprache beherrschen, zwei Jahre lang von deutschen und ausländischen Lehrern gemeinsam unterrichtet. Sie lernten also sowohl die deutsche Sprache, wurden aber auch in Sachfächern in ihrer Muttersprache weiter unterrichtet. Die sachlichen und fachlichen Lücken, die entstanden wären, wenn das Kind nur deutsch unterrichtet worden wäre, sollten so möglichst gering gehalten werden. Nach diesen zwei Jahren wurde das ausländische Kind dann in eine deutsche Regelklasse eingegliedert. Nach der neuesten Beschlußvorlage sollen diese Vorbereitungsklassen jetzt durch zentrale „Auffangklassen" bzw. „Auffanggruppen für Seiteneinsteiger" ersetzt werden. Ausländische Kinder ohne Deutschkenntnisse werden hier zusammengefaßt mit dem Ziel, schnell die deutsche Sprache zu erlernen.

Der Unterricht in ihrer Muttersprache entfällt völlig oder wird auf ein Angebot von 4 bis 5 Stunden pro Woche reduziert. Die ausländischen Lehrer werden dadurch weitgehend überflüssig, allenfalls werden sie noch nach dem „Team-teaching-System" den deutschen Lehrern „beigeordnet", d.h. sie übersetzen. Mit diesem System werden die ausländischen Schüler sofort auf „deutsch" getrimmt; ihr Recht auf eine weitere Ausbildung und Förderung in ihrer eigenen Sprache entfällt.

Als weitere Sparmaßnahme wird vorgeschlagen, daß Schulen mit mehr als 40% Ausländeranteil Regelklassen mit ausschließlich ausländischen Kindern einrichten. Auch hier würde bis auf ein geringes Angebot (4 bis 5 Stunden in der Woche) nur deutsch unterrichtet.

Mit einer solchen Maßnahme würde an den Schulen die Abtrennung und Isolation der ausländischen Kinder von den deutschen Kindern sehr schnell festgeschrieben werden. Es würden Spaltungslinien durch die Schulen gezogen – für Ausländerfeindlichkeit ein guter Nährboden. Konkret eingespart werden bei diesen Maßnahmen zunächst einmal der größte Anteil der ausländischen Kollegen. Bei ähnlich laufenden Versuchen in anderen Städten des Ruhrgebiets soll demnächst eine große Anzahl von ausländischen Lehrern entlassen werden. Für die ausländischen Kinder bedeutet das, daß sie noch festgeschriebener darauf sind, möglichst schnell deutsch zu lernen und sich anzupassen.

(nach: „Türkei-Informationen", Febr./März 1981)

AG Ausländer

Nicht ein, nicht zwei, nicht drei, nicht vier ... 8 Prozent, die fordern wir



12.000 streikende VW-Arbeiter legten für zwei Stunden den Verkehr in Hannover lahm: „Schmücker (VW-Chef) sitzt unseren Kohlen. Jetzt kommen wir, um sie zu holen“ lautete die Parole.

Nach Angaben der IG Metall haben sich bis zum 1.4.81 1,4 Mio. Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen an Warnstreiks und Kundgebungen und Demonstrationen während der Arbeitszeit beteiligt. Das sind im Durchschnitt seit Beendigung der "Friedenspflicht" ca. 60.000 täglich! Dabei verdeutlichen diese schon für sich genommen enormen Mobilisierungszahlen nur annähernd die tatsächlich vorhandene Kampfbereitschaft in den Betrieben. Im Rahmen der "neuen Beweglichkeit" bestimmt die Gewerkschaftsführung, wann und wo und wielange in welchen Betrieben bzw. Abteilungen gestreikt wird, um so das Ruder in der Hand zu behalten. Die Streikbeteiligung von annähernd 100 Prozent in den ausgewählten Bereichen ist eher die Regel. Dies gilt insbesondere für Mammut-Betriebe der Automobilbranche.

Die Forderung nach Urabstimmung über Vollstreik wird inzwischen nicht mehr nur während der Streikaktionen erhoben, sondern inzwischen auch auf Funktionärsebene der Gewerkschaft. Bei der derzeitigen Stimmung in den Betrieben wird von keiner Seite ernsthaft bezweifelt, daß eine Urabstimmung zum jetzigen Zeitpunkt ein überwältigendes Mehrheitsvotum für den Vollstreik bringen würde. Diese Haltung wird bestärkt durch die Tatsache, daß die Tarifkommissionen der IGM seit nunmehr 12 Wochen ohne greifbares Ergebnis mit den Kapitalisten verhandeln. Spätestens seit letzter Woche ist klar, daß für Gesamtmetall die gebotenen 4,1 Prozent nun endgültig "das Ende der Fahnenstange" sein sollen. Doch die IGM-Führung nahm dieses provokatorische Lohndiktat bisher nicht zum Anlaß, die Verhandlungen ihrerseits für gescheitert zu erklären und die Urabstimmung durchzuführen. Im Gegenteil wurde nun von der IGM-Führung bei den letzten Verhandlungen am 7./8.4. in NRW ein "Signal" gegeben. Eine vom IGM-Hauptvorstand präparierte "Verhandlungskommission" (der Vorstand tagte noch am selben Tag in Bochum) unterbreitete den Vertretern von Gesamtmetall ein Friedensangebot von sage und schreibe 4,9 Prozent plus einer Einmalzahlung von 42 bis 145 Mark für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Die Kapitalisten haben es ihnen nicht gedankt und es am selben Tag als "Diktat" zurückgewiesen.

Der Vorstoß der "Verhandlungskommission" ist am nächsten Tag von der Tarifkommission kritisiert und abgelehnt worden. "Der Hauptstein des Anstoßes", berichtet IGM-Verhandlungsführer Bräuer, sei "ganz deutlich die vier vor dem Komma gewesen" ("Bremer Nachrichten", 9.4.). Zu ergänzen wäre, daß nicht nur die Prozenthöhe die totale Verarschung der streikenden Kolleg/inn/en darstellt, sondern auch die Festgeldforderung. B e s c h l o s s e n worden war vor Beginn der Tarifrunde keine E i n m a lzahlung sondern eine Strukturformel, nämlich der Wegfall der Lohngruppe II. Nachdem diese Forderung in NRW wie in anderen Bezirken von Gesamtmetall abgelehnt wurde, hat die IGM-Führung v o n s i c h aus darauf verzichtet.

Nach den Erfahrungen aus dem Baubereich muß die Gewerkschaftsführung wohl davon ausgehen, daß ein –von ihr durchaus befürworteter– Abschluß unter ihrem NRW-Kniefallangebot kaum die nachträgliche Zustimmung an der Basis finden wird. So wird sie kaum noch umhinkommen, den von ihr so verschmähten Lohnstreik doch noch führen zu müssen. Dies wäre zweifellos ein großer Erfolg der Mitglieder.

"Unabdingbare Voraussetzung", so die offizielle Redensart, sei, *"daß die Reallohnerhöhung die Preissteigerungsrate ausgleichen muß"* (Janssen). Ein Abschluß von 4,1 Prozent sei *"absolut unmöglich"*. Soweit wird das auch von den Streikenden gesehen. Nur diese kämpfen für die v o l l e Durchsetzung der Forderungshöhe zwischen 7,7 und 8 Prozent, während die IGM-Führung mittlerweile errechnet haben will, daß die Preissteigerungsrate in diesem Jahr *"bei etwa fünf Prozent"* liegen werde! Dagegen ist für die ersten drei Jahresmonate schon die o f f i z i e l l e Inflationsrate mit 5,8,bzw 5,5 Prozent ausgewiesen. Noch wesentlich deutlicher ist die Rechnung der Kapitalistenzeitung "Wirtschaftswoche", die für das Jahr '81 vorhersagt: *"Bei einer zu erwartenden Inflationsrate von mindestens (!!) sechs Prozent und rund ein Prozent höheren Sozialabgaben, sind nicht einmal sieben Prozent* (!) *ausreichend, um den status quo zu erhalten"* (20. 3.). Die 5–Prozent–Lüge wird jetzt wider besserer Kenntnis in die Öffentlichkeit gebracht, um die Erwartungshaltung der Streikenden zu drücken und davon abzulenken, daß die IGM-Führung hinter ihrem Rücken schon seit Wochen einen Lohnraubabschluß vorbereitet. Dies wird deutlich, wenn die Aufmerksamkeit mal auf das gerichtet wird, was sich so etwas Abseits vom Geschehen abspielt. D a s steht allerdings auf einem etwas anderen Blatt, als schönklingende Streikreden der Gewerkschaftsführer. So soll das, was sich bei den letzten Verhandlungen in NRW abgespielt hat, keinen mehr wundern. *"Eine weitere Kompromißmöglichkeit sieht Janßen offenbar in der Struktur"*, vermutet die "FAZ" vom 1.4. *"Er geht davon aus, daß sich die Forderung nach Wegfall der Lohngruppe II nicht voll durchsetzen lasse. Wenn es aber möglich wäre, hier einen Durchbruch zu erzielen ("meinetwegen auch in vier Stufen"), damit auch ein weiteres 'Tabu' der Arbeitgeber zu durchbrechen, 'dann würde sich die IG Metall das in Lohnprozenten auch etwas kosten lassen'. Die 'fünf vor dem Komma' sei jedenfalls kein Dogma"*. Die "Welt" vom 1.4. gibt Äußerungen der IGM-Führung schon etwas konkreter wieder, wonach ein Abschluß *"in der Nähe des Inflationsausgleichs"* für die IG Metall *"zwischen 4,5 und 5 Prozent"* möglich sei! Das Dilemma dabei ist, daß den Kapitalisten von Gesamtme-

möglich sei! Das Dilemma dabei ist, daß den Kapitalisten von Gesamtme-

tall selbst dieser Abschluß noch zu hoch ist und über den Wegfall unterer Lohngruppen –nicht einmal in Etappen– überhaupt nicht mit sich reden läßt.

Während also die Metaller/innen für den Erhalt ihres Lebensstandards streiken, wird real schon gar nicht mehr über einen Inflationsausgleich gestritten, sondern nur noch über die Frage, wie hoch dieser ausfallen soll!

"Neue Beweglichkeit" – Selbsttor der IGM-Führung?

Die Taktik der "neuen Beweglichkeit" ist zum Schlagwort der diesjährigen Tarifrunde geworden und wird in dieser Form (was Dauer und Ausmaß der Aktionen betrifft) das erste Mal praktiziert.

Die Wahl dieser Kampfform trägt u.a. folgenden Punkten Rechnung:

Die von Gesamtmetall angestrebte "Wende in der Lohnpolitik" (sprich: Reallohnabbau für die 80er Jahre) wird zwangsläufig den Widerstand der Basis hervorrufen. Die "neue Beweglichkeit" soll einerseits dieser Stimmung Rechnung tragen und andererseits spontane, d.h. außerhalb der Kontrolle der Gewerkschaften angelegte Kampfmaßnahmen der Betriebe verhindern. So wird von der IGM-Führung ihre Taktik damit begründet, Streiks (Flächen- oder Vollstreiks) zu verhindern.

Andererseits kann auch die Gewerkschaftsführung einem Lohndiktat in der Form nicht zustimmen. Sie muß ihren Mitgliedern schon etwas bieten. Und dieses erreicht sie am Verhandlungstisch nur, wenn parallel dazu Aktionen stattfinden. Diesen "sanften Druck" unterhalb der Streikschwelle verspricht sich die IGM-Führung durch den gezielten Einsatz der "neuen Beweglichkeit" ausüben zu können. Ihre Taktik birgt somit von vornherein bestimmte Risiken in sich: Sie setzt einerseits eine gewisse Kompromißbereitschaft bei den Kapitalisten voraus, um den Gewerkschaftsmitgliedern "Erfolge" in Verhandlungen präsentieren zu können. Es setzt andererseits die Bereitschaft der Mitglieder voraus, die "neue Beweglichkeit" als Mittel zur Unterstützung von Verhandlungen zu praktizieren. Dies kann aber nur solange hinhauen, wie Verhandlungen irgendwelche Vorteile versprechen.

Genau an diesem Punkt spielen die

sprechen.
Genau an diesem Punkt spielen die

Kapitalisten, ungeachtet der dauernden Beteuerung der Verhandlungsbereitschaft der IGM-Führung, nicht mehr mit. Je mehr also die Verhandlungen in die Sackgasse geraten, umso untauglicher erscheint den Kolleg/inn/en das Mittel der "neuen Beweglichkeit" – sie verlangen mehr. Damit ist eine Situation geschaffen, die die IGM-Führung genau verhindern wollte: Die "neue Beweglichkeit" hat die Streikbereitschaft nicht "ersetzt" sondern erheblich g e f ö r d e r t.

Tatsächlich ist die Kampfentschlossenheit in den Betrieben gegen den Lohnraub unterschätzt worden. Schon Anfang dieses Monats mußte Janßen feststellen, daß durch die ersten großen Warnstreiks *"nach*

Fortsetzung nächste Seite

Urabstimmung jetzt!

Angesichts der Tatsache, daß die IGM-Führung die Urabstimmung so lange wie möglich hinauszögern, wenn nicht gar verhindern will, ist es klar, daß nur wenig von dem, was sich auf Funktionärsebene in dieser Richtung abspielt, nach „außen“ hin bekannt wird. Jeder Gewerkschafter und jede Gewerkschafterin kennt — insbesondere zur Tarifrunde — den mahnenden Appell der Führung zur „Einheit“, um hierüber eine Veröffentlichung von Beschlüssen gegen die offizielle Gewerkschaftsmeinung zu verhindern. Dennoch ist einiges zu berichten:

— Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Essener metallverarbeitenden Industrie forderten am 30.3. einstimmig die Große Tarifkommission der IG Metall von NRW auf, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und beim Vorstand der IG Metall Maßnahmen zur Einleitung der Urabstimmung zu verlangen.

Es gelte, so u.a. der zuständige IGM-Bevollmächtigte Völker, *„die in den bisherigen Warnstreiks erzielte Mobilisierung der Metaller weiter zu entwickeln, damit die Unternehmer endlich mit einem verhandlungsfähigen Lohnangebot rüberkommen“.*

— *„Wenn bis zum 8. April kein akzeptables Angebot der Industriellen vorliegt, soll die Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert erklären und die Urabstimmung einleiten.“* Das forderte die Vertreterversammlung der IG Metall Hanau vom Vorstand ihrer Gewerkschaft.

Die Stimmung in Betrieben wird auch durch Parolen und auf Transparenten zum Ausdruck gebracht. Als ein Beispiel dieser Stimmung die IGM-Kundgebung in der Bochumer Ruhrlandhalle am 2.4. vor 10.000 Metaller/inne/n. Die Opel-Arbeiter forderten auf ihren Transparenten: *„8 Prozent müssen her, sonst bauen wir keine Autos mehr“* — und: *„Schluß mit den Zicken — her mit den Mücken! Sofortige Urabstimmung. und Streik!“* In einer abschließend einstimmigen Erklärung wird die konkrete Forderung noch einmal abgebogen: *„ ... der Zeitpunkt ist nunmehr gekommen, an dem die Geduld der Metallarbeitnehmer zu Ende ist.“*

— Am 27.3. forderten 1.500 Beschäftigte der Kölner Werke ARBED und F & G während ihres Warnstreiks, *„sofort mit der Urabstimmung zu beginnen“*. Auf der anschließenden IGM-Kundgebung äußert der zweite IGM-Bevollmächtigte von Köln, Theo Röhrig: *„Es wird auch nicht mehr möglich sein, daß wir in den kommenden Wochen weiter mit Warnstreiks operieren. Es muß jetzt ernst gemacht werden.“*



10.000 Opel-Arbeiter in Bochum forderten Urabstimmung!



12,000 streikende VW-Arbeiter (denen sich auch 600 Arbeiter/innen der Firma Varta anschlossen) blockierten für zwei Stunden den Autoverkehr der B5 in Hannover: „Nicht ein, nicht zwei, nicht drei, nicht vier, acht Prozent, die fordern wir“, war eine der Forderungen. Aber neben den Tarifverhandlungen ging es bei der Demonstration auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Durch die Neueinrichtung einer Gießerei in Peine sollen in Hannover zahlreiche Gießerarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. 1.000 bis 1.300 könnten davon betroffen sein.

Wie an diesem Streiktag in Hannover beteiligten sich andererorts insgesamt 5.000 Metaller an Protestaktionen. Einen Tag später, am 8.4., gab die VW-Geschäftsleitung bekannt, daß in Teilbereichen kurzgearbeitet werden soll.

Metallstreiks stecken an ...

HBV: Ein ungewöhnliches Bild bot sich den Bürgern in Hamburgs Altstadt am 2. April: Mit englischen Bowlern als Banker kostümiert demonstrierten Angestellte der Commerzbank für höhere Einkommen.

Während die HBV für die 315.000 Bankangestellten Einkommensverbesserungen von 7,2 % sowie zusätzliche Einkommensverbesserungen für die unteren Tarifgruppen und Berufsjahresstufen fordert, haben die Bankkapitalisten ihr „Angebot" von 3 über 3,7 in ihrer dritten Verhandlungsrunde am 2.4. auf 4 % „aufgestockt".

Nicht nur in Hamburg waren die Tarifverhandlungen von Protestmaßnahmen begleitet:

- In Frankfurt, dem Hauptbankenplatz in Westdeutschland, veranstaltete die HBV auf dem Kaiserplatz vor 800 Bankangestellten eine Kundgebung im Anschluß an eine Protestdemonstration.
- Auch in Saarbrücken gab es eine Protestkundgebung vor 800 Angestellten.
- In Düsseldorf kamen 500 zur Demonstration und Kundgebung der HBV.
- Weiterhin wurde das Rechenzentrum der Dresdner Bank und mehrere Abteilungen der Hessischen Landesbank durch einen einstündigen Warnstreik lahmgelegt.

ÖTV: Für zwei Stunden haben am 7.4. auf dem Flughafen München-Riem 75 der 191 Beschäftigten des Bodenperso-

ÖTV: Für zwei Stunden haben am 7.4. auf dem Flughafen München-Riem 75 der 191 Beschäftigten des Bodenpersonals die Arbeit niedergelegt. Der gesamte Stationsbereich war durch den Warnstreik stillgelegt worden. Zwei Flüge mußten ersatzlos gestrichen, sieben konnten erst mit zweistündiger Verspätung abgefertigt werden. Der Grund dieser für die Lufthansa völlig überraschenden Aktion sind die schleppenden Tarifverhandlungen zwischen der ÖTV und Lufthansa für die 20.000 Beschäftigten des Bodenpersonals. Die ÖTV fordert sechs Wochen Urlaub für alle und kürzere Arbeitszeit für Schichtgänger. Seit Januar wurde viermal erfolglos verhandelt. Am 8.4. setzte das Lufthansa-Bodenpersonal seine Aktionen fort:

- In Stuttgart und Nürnberg legten sie für zwei Stunden die Arbeit nieder, was wiederum zu erheblichen Verzögerungen in der Flugabfertigung geführt hat.
- In Hamburg-Fuhlsbüttel legten am selben Tag 2.000 Mitarbeiter der Lufthansa-Werft die Arbeit nieder.

Die kalten Krieger schlagen erneut zu:

IGM-Sekretär unter Spionage-Vorwurf verhaftet

„*... er befand sich auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel und hatte schon ein Ticket für die 10.10-Uhr-Maschine nach Berlin in der Tasche, als Beamte des Verfassungsschutzes zugriffen*", heißt es reißerisch in der „Hamburger Morgenpost" (31.3.). Nun, es waren nicht Verfassungsschutz-Leute, sondern BKA-Beamte, aber um wahrheitsgemäße Berichterstattung ging es in dem „Mopo"-Artikel ohnehin nicht.

Bei dem Verhafteten handelt es sich um Hermann Gassmann, der in der Hamburger IGM-Verwaltungsstelle für die Bildungs- und Jugendarbeit als Sekretär verantwortlich ist. Nachdem er am 28.3. abgeführt und in das Untersuchungsgefängnis an der Holstenglacis gebracht wurde, filzten BKA-Leute noch am Wochenende sein Büro im Hamburger Gewerkschaftshaus. Im Laufe der Woche nach der Verhaftung wurde Gassmann nach Bonn verlegt und steht dort unter Kontaktsperre. Telegramme aus dem Kreis seiner Mitarbeiter wurden an die Absender zurückgeschickt. Nicht einmal seine Frau ist bisher darüber informiert worden, was ihm konkret zur Last gelegt wird.

Was sich nach der Verhaftung in den Hamburger Boulevard-Zeitungen abspielte, ist eine Rufmord-Kampagne übelster Sorte, die allerdings leider n i c h t beispiellos ist, sondern in unserem Rechtsstaat zum üblichen Prozedere in derartigen Fällen gehört.

Wie der Presse zu entnehmen war, wurde der Haftbefehl von einem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe ausgestellt. Der Vorwurf lautet: Spionage für die DDR.

Ein Mann wird fertiggemacht

Übereinstimmend berichten alle mit dem Fall befaßten Zeitungen, daß weder die Bundesanwaltschaft noch Gassmanns Anwalt bislang konkrete Stellungnahmen abgegeben haben. Dies hinderte die Presse, insbesondere die Hamburger Boulevardzeitungen „Bild" und „Morgenpost", nicht daran, in einen wahren Wettstreit einzutreten, wer den größten Dreckkübel über Gassmann ausgießen könnte. Die Quelle der Jauche benennt einzig die „Welt" (31.3.): den Hamburger Verfassungsschutz. Das Amt hatte, so heißt es, den Fall Anfang März an die Bundesanwaltschaft abgegeben. Das hinderte das Amt aber offensichtlich nicht, auch im Nachhinein die servile Presse auf dem laufenden zu halten.

Damit fangen die Widersprüche (und die Dichtungen) aber schon an. Laut „Welt" ist Gassmann nach „*langjährigen Beobachtungen durch das Landesamt*" verhaftet worden, in der „Morgenpost" sind es immerhin noch „*Monate*", die „Bild" hat dagegen nur „*mehrere Wochen*" aufzuweisen.

Dafür ist „Bild" wieder vorne, wenn es darum geht, Gassmann als „*einflußreichen Mann in der Hamburger SPD*" und darum als besonders gefährlich darzustellen: „*Als Deputierter der Schulbehörde entschied er mit darüber, ob kommunistische Lehrer Beamte auf Lebenszeit werden. Die CDU: 'In den letzten drei Jahren waren es 350!'*" Außerdem war der offensichtliche Kinder- und Jugendverderber Mitglied in Ausschüssen zur Berufsbildung und unterrichtete auch selbst... Fettgedruckt in der Überschrift kriegt auch seine Frau einiges ab von der Dreckschleuder: war sie doch bis vor vier Jahren Sekretärin im Hamburger SPD-Vorstand. Und wie es sich für die „Bild" gehört, muß dem Leser noch die wichtige Erkenntnis mitgeteilt werden, daß der vermeintliche DDR-Agent standesgemäß „*in einem roten Backsteinhaus*" wohnt... Alles klar?

Während die „Bild" in bekannter widerwärtiger Manier persönliche Tiefschläge austeilt, hetzt die „Morgenpost" — offenbar aus der gleichen Quelle gespickt — gezielt auf die politischen Betätigungsfelder Gassmanns: „*Gassmann galt in der Gewerkschaft als sehr aktiv und immer freundlich* (aha!, Anm. AK). *Er soll in zwei Funktionen für die DDR tätig gewesen sein: Interne Vorgänge aus Gewerkschaft und Parteien auszuspionieren und gleichzeitig Einfluß im Sinne der DKP auf die Gewerkschaft zu nehmen.*" Fürs Ausspionieren sprechen angeblich seine „*häufigen Besuche in Ost-Berlin*". Interessant ist aber vor allem der zweite Hinweis der „Morgenpost", die Einflußnahme im Sinne der DKP. Zur Untermauerung heißt es: „*In Seminaren, die Gassmann oft veranstaltete, hatte er häufig der DKP nahestehende Referenten.*"

Und um diese Behauptungen noch abzurunden, heißt es abschließend schwergewichtig: „*Im Osten wird derzeit auf politische Spionage am meisten Wert gelegt. Dann folgen erst Wirtschafts- und Rüstungsspionage.*"

Ohne Zweifel hat die (immer noch) sozialdemokratisch orientierte „Morgenpost" in Sachen Infamie der „Bild"-Konkurrenz diesmal eindeutig den Rang abgelaufen.

Hamburger IGM: DKP-unterwandert?

den Rang abgelaufen.

Hamburger IGM: DKP-unterwandert?





„Was wollen Sie denn, reinwaschen können Sie sich doch immer noch!"

Die Infamie des „Morgenpost"-Artikels liegt für Kenner der Hamburger Verhältnisse in dem unverhohlenen Angriff auf die örtliche Bildungsarbeit der IG Metall. In den vergangenen Jahren hat sich zunehmend ein bislang unterschwelliger Konflikt herausgebildet zwischen einer von rechtssozialdemokratischen Betriebsräten aus einer Reihe von Großbetrieben beherrschten Verwaltungsstelle und einer recht aktiven und gut besuchten Bildungsarbeit, in der sich aktive, zumeist linkssozialdemokratisch orientierte Kollegen engagieren. Hermann Gassmann als der verantwortliche Bildungssekretär war in der Verwaltungsstelle schon mehrfach Angriffen von seiten der Rechten wegen der Bildungsarbeit ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund wiegen die in der „Morgenpost" formulierten Angriffe („DKP-nahe Referenten ...") natürlich besonders schwer und diffamierend.

Ortsverwaltung: „Wir sind solidarisch"

Zwei Tage nach Gassmanns Verhaftung kam im Norddeutschen Rundfunk ein IG Metall-Sprecher zu Wort. Er erklärte, die IG Metall sei von der Aktion völlig überrascht worden; solange nicht das Gegenteil bewiesen sei, gehe die IGM von der Unschuld Gassmanns aus und werde u.a. sein Gehalt weiter zahlen. In internen Kreisen wurde sogar von der Ortsverwaltung zu den Ausspähungsvorwürfen gesagt, in der IGM gäbe es nichts auszuspähen. Diese für Gassmann wichtige Erklärung fehlte allerdings in einer von der Ortsverwaltung formulierten Presseerklärung (die unseres Wissens im übrigen sowieso von keiner Zeitung aufgegriffen wurde).

Aufgegriffen wurde dagegen die Bekanntgabe, daß die IG Metall dem Kollegen Gassmann einen guten Rechtsanwalt besorgt habe. In diesem Zusammenhang versäumt es kaum eine Zeitung, auch die entsprechenden Namen zu nennen: Societät Dr. Weiland & Cie. Dieser Dr. Weiland ist langgedientes Mitglied der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion und war zuletzt als Vorsitzender des Stoltzenberg-Skandal-Untersuchungsausschusses bekannt, dem es ja bekanntlich nach intensiver Arbeit nicht gelungen war, auch nur einen Beamten zu entdecken, dem ein schuldhaftes Verhalten zu bescheinigen gewesen wäre. Auch der direkt mit dem Fall Gassmann betraute Anwalt aus dieser sagenhaften Societät, Rolf-Dieter Klooß, ist in der Hamburger Gewerkschaftslinken kein Unbekannter. Ganz gleich, ob es sich um IGM, IG Chemie, ÖTV handelte — immer wieder war es Klooß, der bei juristischen Auseinandersetzungen um Gewerkschaftsausschlüsse u.ä. die Interessen der Gewerkschaftsführungen gegen linke Kritiker vertrat. Bekannt ist er auch aus den Rechtsstreitigkeiten zwischen „Morgenpost"-Redakteuren und der Verlagsleitung, wo Klooß jeweils mit der Interessenvertretung der Verlagsleitung betraut wurde. Mit diesem Anwalt hat sich Gassmann nunmehr — unter den Bedingungen der Kontaksperre — auseinanderzusetzen.

Es fällt uns schwer, angesichts einer Reihe von Umständen an die von der IGM-Ortsverwaltung bekundeten Solidarität mit Gassmann zu glauben. Zu sehr hängen wir doch dem alten marxistischen Dogma an, nach dem sich das Handeln der Menschen an ihren jeweiligen Interessen ausrichtet. Und da fallen uns doch gleich die noch gar nicht so alten Versuche ein, die IGM-Bildungsarbeit in Hamburg durch neue Richtlinien auf Linie zu bringen. Weiter fällt uns ein, daß anläßlich der Betriebsratswahlen auf der HDW, einem der Hamburger „Kernbetriebe", ein heftiger Streit zwischen der rechten

Richtlinien auf Linie zu bringen. Weiter fällt uns ein, daß anläßlich der Betriebsratswahlen auf der HDW, einem der Hamburger „Kernbetriebe", ein heftiger Streit zwischen der rechten

Clique um Werner Peters (BR-Vorsitzender und OV-Mitglied) und der vom Ausschluß bedrohten Liste der „Aktiven Metaller" entbrannt ist, deren Listenführer prominentes Mitglied des Referenten-Arbeitskreises in der Bildungsarbeit war. Der schon lange schwelende Konflikt zwischen rechten OV-Gewaltigen und linken Bildungsarbeitern war hier zum ersten Mal in einer für die Rechten bedrohlichen Weise manifest geworden.

Schließlich und endlich passen die gegen Gassmann vorgebrachten Vorwürfe wunderbar in die von rechten Kreisen seit mehr als zwei Jahren hochgekochte Kampagne um die angebliche „Unterwanderung des DGB durch die DKP", die in dem gerade beendeten DGB-Grundsatz-Kongreß ihren vorläufig krönenden Abschluß fand.

So gab es also für eine Reihe von Leuten Grund genug für zumindest klammheimliche Freude über Gassmanns Verhaftung. Hinzu kommen zu unserem Mißtrauen noch einige Ungereimtheiten. So will die Ortsverwaltung z.B. trotz Kontaktsperre von Gassmann erfahren haben, daß er Solidaritätsaktionen gegenwärtig nicht für sinnvoll halte. Auch sollte der ganze Schriftverkehr mit dem Gefangenen über die OV-Schreibtische „koordiniert" werden, also Solidaritätstelegramme und andere schriftliche Stellungnahmen. Der Eindruck verstärkt sich, daß an der Abschottung Gassmanns nicht nur BKA und Bundesanwaltschaft durch die Kontaktsperre beteiligt sind. Dieser Eindruck wird noch verstärkt dadurch, daß den „Presse und Funknachrichten", ein vom IGM-Vorstand täglich an viele IGM-Funktionäre verschickter Nachdruck von gewerkschaftspolitisch interessanten Presse-Nachrichten und Rundfunk-Meldungen, der Fall Gassmann bislang nicht der Notiz wert erschien.

Resumee

Die Zeit der „Neuen Ostpolitik", der „Entspannung" und Verständigung scheint endgültig vorbei zu sein. Früher einmal häufig erwünschte „Ost-Kontakte" stehen heute allemal unter dem Ruch der geheimdienstlichen Kontakte. Linke Gewerkschaftsarbeit kann heute jederzeit als von „Einflußagenten" („Welt"-Jargon) gesteuert hingestellt werden. Bislang kennt das Strafgesetzbuch zwar noch keinen derartigen Straftatbestand, aber für eine Verleumdungs- und Diffamierungskampagne reicht dieser Vorwurf allemal.

Womit mal wieder bewiesen wäre: Wenn sich (west)deutsche Arbeiter einmal links oder radikal oder oppositionell aufführen, dann kommt das nicht etwa von den hiesigen Lebensbedingungen, sondern dahinter steckt bestimmt ein östlicher Einflußagent.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von Seite 15

innen ein unerwarteter Solidarisierungseffekt ausgegangen" sei (zitiert nach "FAZ", 1.4.). Von den Kapitalisten wird kritisiert, daß hierdurch zudem die Erwartungshaltung über den Abschluß höher, ein "Kompromiß" somit umso schwieriger geworden ist. Ihr anfänglich immer wiederholtes einziges "Argument" gegen einen Streik (dieser sei nur zum Vorteil für die Kapitalisten) wird offensichtlich nicht mehr so stark strapaziert. Es ist zusehends stumpf geworden, nachdem offensichtlich geworden ist, daß aus den Verhandlungen nur noch die Kapitalisten als Sieger hervorgehen können. Dieser Stimmung trägt auch die IGM-Führung –vorerst aber nur verbal– gewisse Rechnung. So war beispielsweise von Loderer zu hören: *"Wir sind näher an einem Streik, als es die Öffentlichkeit glaubt"* ("Hamburger Abendblatt", 2.4.). Deutlicher ist bisher der Frankfurter IGM-Bezirkssekretär Rosenthal geworden. Für den Fall, daß die Kapitalisten nicht über das 4,1 Prozent Angebot hinausgehen sollten, seien die Verhandlungen in Frankfurt für gescheitert zu erklären ("Süddeutsche Zeitung", 4.4.). Wie lange soll noch mit Taten gewartet werden?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Bisheriger Höhepunkt der IGM-Aktionen in Bayern war die Massenkundgebung von 16.000 Metallern vor dem BMW-Hochhaus in München. Das war am 8.4. Allein in Bayern streikten an diesem Tag 31.000, im Bundesgebiet insgesamt wiederum 50.000. Bereits am 2.4. hatten die BMW-Arbeiter/innen ihre Arbeit niedergelegt – 25.000 an der Zahl.

Betriebsrätewahlen 1981

Erfolge linker Listen und Gewerkschaftsausschlüsse

In vielen Betrieben haben die bis Ende April laufenden Wahlen zu den Betriebsräten stattgefunden. Für eine Einschätzung ist es noch zu früh. Allerdings muß Meldungen in der bürgerlichen Presse widersprochen werden, daß nach den spektakulären Erfolgen oppositioneller Listen 1978 bei diesen Wahlen ein Rückgang für die Linken in den Betrieben zu verzeichnen sei. Bereits bei den Listenaufstellungen hat sich gezeigt, daß es vielen oppositionellen Ansätzen gelungen ist, Persönlichkeitswahlen zu erzwingen, so daß die darüber gewählten linken Kollegen in den „Statistiken" nicht mehr auftauchen. Nachdem durch die linke Opposition 1978 ca. 160 Sitze auf ca. 45 Listen errungen wurden, sieht es nach den uns bisher vorliegenden Ergebnissen so aus, daß in elf Betrieben 61 Sitze an oppositionelle Listen bzw. linke Blockvorschläge bei der Persönlichkeitswahl gingen. Dabei liegt der größere Teil der Ergebnisse noch nicht vor.

Während viele der zum zweiten oder dritten Mal kandidierenden Listen mit aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kollegen antreten mußten, ist zu erwarten, daß die neu auf diesen Listen kandidierenden Kollegen nach den Wahlen ebenfalls mit Ausschlußanträgen konfrontiert werden. Bisher sind uns fast 100 Ausschlußverfahren bekannt. 42 wurden noch vor der Wahl bei der Werft HDW gegen Vertrauensleute der IGM eingeleitet, 49 in den beiden Hoechst-Werken in Frankfurt und Wiesbaden (Kalle) gegen die dort erfolgreiche Opposition in der IG Chemie. Gerade hier zeigt sich, daß die Mitte der siebziger Jahre fast ausschließlich gegen „K"-Gruppen-Mitglieder praktizierten Ausschlußmaßnahmen heute mit eine Grundlage für die Disziplinierungsmaßnahmen auch gegen solche Gruppen bilden, die wie im Fall der drei vorher genannten Betriebe, weit über das Spektrum der kommunistischen Gruppen hinaus die Opposition erfassen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

HDW Hamburg: IGM-Ortsverwaltung schlägt um sich

Die Angriffe und Drohungen der IGM-Ortverwaltung gegen die Liste oppositioneller IG-Metaller gehen Schlag auf Schlag weiter.

Der letzte Coup ist nicht einmal direkt gegen die „Aktiven Metaller" gerichtet. Auf der Vertrauensleutesitzung am 9. April wurden zwei DKP-Kollegen aufgefordert, den Raum zu verlassen, da auch gegen sie ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens laufe und ihre Mitgliedsrechte ruhen würden.

Zur Erinnerung: Die DKPler hatten auf der Liste der „Aktiven Metaller" nur unter der Bedingung kandidiert, daß die Liste von der Ortsverwaltung anerkannt wird. Sofort nachdem klar wurde, daß die Liste nicht anerkannt wird, traten drei Kollegen zurück, darunter die zwei DKPler. In ihren Flugblättern tritt die DKP auf wie der DGB zur Bundestagswahl: Sie stellt sich als „neutraler Mittler" vor, dem die Einheit der IGM am Herzen liegt und stellt zehn Fragen zur Betriebsratspolitik, aufgrund derer sich beide Listen auf eine gemeinsame gewerkschaftliche Plattform verständigen sollen. Und diese DKPler, die auf alle Ortsverwaltungsforderungen eingegangen sind, sollen aus der IGM rausfliegen? Im Vertrauenskörper gibt es dazu keinen Protest mehr, da bereits die 40 Kandidaten der „Aktiven Metaller" wegen des Ausschlußverfahrens nicht mehr teilnehmen dürfen (Ruhen der Mitgliedschaft).

Entweder sind die rechten Betriebsräte und die rechte Ortsverwaltung größenwahnsinnig und führen bei HDW den totalen Schlag gegen alle Linken oder sie handeln wie ein in die Ecke getriebenes Raubtier, das wild um sich schlägt. Im Kampf um Wählerstimmen schadet ihnen das eher.

Knapp eine Woche zuvor bekamen alle IGM-Mitglieder ein Schreiben der Ortsverwaltung mit den Beschlüssen vom 20. März: Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens und das Ruhen der Rechte und Pflichten als IGM-Mitglied gegen alle Kandidaten der „Aktiven Metaller". Zum Schluß des Briefes wird herausgehoben, daß jedes Mitglied an diese Entscheidungen gebunden sei, auch an die Entscheidung der Ortsverwaltung, die „Aktive Metaller"-Liste als gegen die IGM gerichtet und als gegnerische Liste anzusehen.

Inzwischen haben die oppositionellen Kandidaten eine gemeinsame Erklärung an die Ortsverwaltung geschickt, in der sie nochmal begründen, warum sie gezwungen waren, eine eigene Liste aufzustellen. Ohne diese Erklärung hätte der IGM-Vorstand alle 40 Kandidaten nach §11 der Satzung ohne Verfahren ausschließen können.

Trotz aller bisheriger Einschüchterungsversuche herrscht eine gute Stimmung für die „Aktiven Metaller", wie die Betriebsversammlung am 8. April zeigte.

Betriebsversammlung – ein Erlebnis

Als Hauptmangel wurde das Fehlen des rechten Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters empfunden, der wohl all die Aufregung der letzten Tage nicht mehr abkonnte und erkrankt war. Ein erster Höhepunkt war die Ansprache des IGM-Sekretärs Peter Melzer. Wie ein sprechender Computer zählte er die Entscheidungen der Hamburger IGM-Führung auf und begründete alle mit Satzung und den Vorstandsrichtlinien. Beim Runterrappeln seines eingespeicherten Programms mußte er einige Pausen einlegen, weil er sonst wegen der vielen Pfiffe und Buhrufe nicht verstanden worden wäre. Beifall hat er nur von einigen wenigen Betriebsräten bekommen. Danach begann der Run auf die Rednerliste. 36 Kollegen meldeten sich zu Wort. Trotz Versuch des Versammlungsleiters, eine Redezeitbegrenzung von fünf bis sieben Minuten durchzusetzen, reichte die Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr nur eben gerade aus. Das veranlaßte den neuen Arbeitsdirektor, Dr. Timpke, zu den Bemerkungen, daß er, selbst in schwierigen Zeiten in Bergbaubetrieben so etwas noch nicht erlebt hätte. Er könne es im Zusammenhang mit der Wahl noch irgendwie verstehen, habe aber gehört, daß es sonst auch ähnlich laufe.

Wir glauben, daß wir das als Lob verstehen können.

Der Wahlkampf

Die Kandidaten der „Aktiven Metaller" hatten auf dieser Betriebsversammlung in ihren Beiträgen vor allem konkrete Sauereien der Betriebsratsclique um Werner Peters aufgedeckt. Dafür gibt's massenhaft Beispiele. Die rechten Betriebsräte schäumten, daß seien persönliche Angriffe und Verunglimpfungen vor allem gegen Werner Peters, der ja gar nicht da sei und sich nicht wehren könne usw. Ansonsten operierten sie mit Satzung, Richtlinien, VK-Leitungsbeschlüssen usw., bekamen dafür reichlich Pfiffe und dürftigen Beifall.

IGM-Sekretär Melzer ging dabei am weitesten. Er griff die Aussage eines Kollegen auf, der gesagt hatte: *„Laßt euch nicht ins Bockshorn jagen, die Betriebsratswahl ist schließlich geheim und jeder kann frei entscheiden, wen er ankreuzt"*. Melzer warnte den Kollegen ausdrücklich, denn alle Mitglieder der IGM seien an den Vorschlag des Vertrauenskörpers gebunden. Das klang so unglaublich, daß Kollegen forderten, er solle das nochmal wiederholen; Zwischenrufer wiesen richtigerweise daraufhin, daß eine W a h l damit hinfällig sei. Die Ortsverwaltung würde offensichtlich am liebsten jeden ausschließen, der es wagt, Kritik an ihren Kandidaten zu äußern.

Otto Kock, Listenführer der rechten IGM-Liste, höhnte, es seien ja schon jetzt vor der Wahl Kandidaten der „Aktiven Metaller" zurückgetreten. Was als Schuß gegen die Oppositionellen gemeint war, zeigte dann eher deutlich, mit welch miesen Drohungen Politik gemacht wird. Bei den „Aktiven Metallern" hatte ein 57-jähriger Kollege kandidiert, der seit 30 Jahren Mitglied der IGM ist. Wenn er in Rente geht, wird ihm ein Teil seiner Beiträge zurückerstattet. Dieses Geld geht ihm flöten, wenn er, wie angedroht, ausgeschlossen wird.

Und die „RGO"

Holger Mahler (Listenführer der „Aktiven Metaller") trat als Abgrenzungsstratege hervor. Daß die „Aktive Metaller"-Liste so frühzeitig und massenhaft Unterschriften gesammelt hatte, begründete er damit, der „RGO" die Unterschriften wegnehmen zu wollen. Er betonte, wie gerade er versucht habe, zu verhindern, daß die „RGO" wieder kandidieren kann. Auch seine Wahlkandidatur erklärt er ab und an damit, daß sonst zu viele oppositionelle Stimmen an die „RGO" gegangen wären.

Sicher ist da auch was Wahres dran. Ohne das Bestehen einer „RGO"-Liste und der Öffentlichkeitsarbeit der „RGO" wäre es vielleicht noch nicht zu so einer breiten Oppositionsliste gekommen.

In einem Flugblatt hat die „RGO", die ihre Chancen schwinden sieht, auch massiv die „Aktiven Metaller" angegriffen. Zu den Drohungen und Verfahren der Ortsverwaltung gegen die „Aktiven Metaller" hat sich die „RGO" allerdings sehr solidarisch verhalten. Auf der Betriebsversammlung haben sie ihren Wahlkampf ausschließlich gegen die Rechten geführt und die Kollegen aufgefordert, die Chance zu nutzen die Peters-Clique abzuwählen.

Die Wahl ist am 22. April und im nächsten „Arbeiterkampf" findet ihr das mit Spannung erwartete Ergebnis.

Ein HDW-Genosse

Bremer Vulkan: Großer Wahlerfolg für die „Echolot"-Gruppe



Ein hervorragendes Wahlergebnis erreichte die „Echolot-Gruppe" bei den BR-Neuwahlen, im Arbeiterbereich erhielt die Gruppe 14 Sitze von 21 möglichen.

Wie schon 1978 erhielt der Kollege Fritz Bettelhäuser mit Abstand die meisten Stimmen. Danach folgen auf Platz zwei und drei ebenfalls Kandidaten der „Echolot-Gruppe".

Schon deutlich abgeschlagen landete auf Platz vier der erste Kandidat der bisherigen Betriebsratsmehrheit. Eine noch eindrucksvollere Wahlniederlage mußte der bisherige BR-Vorsitzende Kirchhof schlucken. Er landete abgeschlagen auf Platz elf. Wobei der Kollege Fritz Bettelhäuser fast doppelt soviel Stimmern erhielt wie der Vorsitzende Kirchhoff.

Die vernichtende Wahlniederlage der bisherigen Betriebsratsmehrheit scheint diese schwer getroffen zu haben. Sie erwiesen sich auch noch als schlechte Verlierer. Das Angebot der siegreichen „Echolot-Gruppe", Minderheiten anzuerkennen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, wurde strikt abgelehnt. Selbst der Vorschlag, einen der beiden gewählten türkischen Betriebsräte freizustellen, um eine bessere Betreuung der ausländischen Kollegen zu ermöglichen, wurde von beiden erstmal abgelehnt.

Bereits bei den Vorwahlen auf Branchenebene mußten die Kandidaten der Betriebsratsmehrheit empfindliche Wahlschlappen hinnehmen. Nur durch Tricks im Vertrauensleutekörper gelang es ihnen, auf günstige Listenplätze zu kommen. Die bei den Vorwahlen erfolgreichen Kollegen wurden dagegen auf die hinteren Listenplätze abgeschoben.

Ausschlaggebend für den Wahlerfolg dürfte gewesen sein, daß die „Echolot-Gruppe" neben einer scharfen inhaltlichen Abgrenzung zur allzu geschäftsleitungshörigen BR-Mehrheit deutlich gemacht hat, daß ohne Änderung des Mehrheitsverhältnisses keine Betriebsratsarbeit im Sinne der Kollegen möglich ist. Die Gruppe hat damit aus den Erfahrungen der Wahl 78 die Lehren gezogen. Auch damals erreichten einzelne Kandidaten gute Ergebnisse, u.a. erhielt Fritz Bettelhäuser die meisten Stimmen. Doch im Betriebsrat waren die Kollegen chancenlos, weil die Kirchhoff-Schönberger Clique ihre Mehrheitsposition rigoros und ohne Rücksicht auf das Votum der Belegschaft ausnutzte.

Höhepunkt der Hetze und Stimmungsmache gegen die „Echolot-Gruppe" war mit Sicherheit ein übles Flugblatt eines anonymen „alten Kollegen", der kurz vor seinem Abtritt noch einmal seine Sorgen um die Zukunft des Werkes, der Belegschaft und natürlich seiner Rente zum Ausdruck brachte. Dies alles wäre gefährdet, wenn die „Radikalen und Chaoten" um Fritz Bettelhäuser an die Macht kämen.

Der alte Mann wendet sich vor allem an die unerfahrenen jungen Kollegen, hinter denen Bettelhäuser besonders her sein soll. Er befürchtet, daß der Vulkan keine Werfthilfe mehr erhält, daß Vertrauen in den Vulkan verloren geht und keine Aufträge mehr kommen und alle auf der Straße stehen. *„Ich habe Angst, daß alles kaputt geht –"*.

Das Peinliche an diesem fast komödienreifen Auftritt ist nur, daß sich dieser Mensch schon vor der letzten Wahl ebenfalls kurz vor der Rente stehend gemeldet hatte. Angesichts dieser Situation bestehen bei den „Echolot–Kollegen" berechtigte Zweifel, ob diese zwielichtige Gestalt überhaupt existiert.

Hoesch Dortmund: 31,7% 7 Sitze für 2 „RGO"ler

In den drei Hoesch-Werken sind die Wahlen gelaufen. Hervorstechend das Ergebnis im kleinsten Werk, Union:

Die beiden „RGO"-Betriebsräte Hartmut Simon und Norbert Böhmer erhielten 31,7% und 7 Sitze. Mangels Kandidaten müssen sie allerdings 5 Sitze der IGM überlassen. Trotzdem wird eine Verbesserung im Betriebsrat erwartet, da auf der IGM-Liste einige neue und fortschrittliche Kandidaten gewählt wurden. Der Erfolg von Simon und Böhmer ist sehr hoch zu bewerten. 1978 hatten sie im ersten Anlauf völlig überraschend 34% der Stimmen erhalten. Das war eine eindeutige Protestwahl, wie der zweite Anlauf zeigte: Die IGM löste den Betriebsrat auf und erzwang Neuwahlen, bei denen die „RGO" noch 15,6% und 2 Sitze erhielt. Seitdem haben Simon und Böhmer eine konsequente und durchschaubare Betriebsratsarbeit gemacht. Ihnen kommt das Verdienst zu, die Diskussion um die Massenentlassungen im Werk Union positiv durch Veröffentlichung des Verhandlungsstandes und Kritik eines vorliegenden Sozialplans vorangebracht zu haben. Bei den IGM-Betriebsräten führte das zum Antrag auf ihre Entlassung, die durch große Öffentlichkeit und ein positives Gerichtsurteil zurückgeschlagen werden konnte. Man kann getrost davon ausgehen, daß die Hoesch-Kollegen die beiden in diesem Jahr nicht nur aus Protest, sondern auch in Anerkennung ihrer Arbeit gewählt haben.

Ergebnis Werk Union

Arbeiter	Stimmen	(1978)	%	(1978)	Sitze
IGM	1.898	(2.206)	65		14 + 5 von der „RGO" nicht besetzte
„RGO"	926	(523)	31,7	(15,6)	7 (davon nur 2 besetzt)
Angestellte					
IGM					6

Westfalenhütte

IGM 7315 30 Sitze (davon 6 Angestellte)

DAG/CMV 835 3 Sitze (keinen Angestellten)

DAG und CMV kandidierten als „Alternative Arbeitnehmerliste")

Werk Phönix

Hier hat sich bei der Persönlichkeitswahl nichts Wesentliches verändert.

Betriebsrätewahlen 1981

Daimler-Benz Stuttgart: „Plakat"-Gruppe stabilisiert ihre Position

Drei Sitze hat die oppositionelle „Plakat"-Gruppe (Hoss/Mühleisen) bei den Wahlen verloren. Mit 30,9 % der Arbeiterstimmen und neun Sitzen zieht sie wieder in den Betriebsrat ein. Zwei Sitze davon gewann die IGM, einen der CMV. Allerdings dürfte bei diesem guten Ergebnis der Opposition kaum von einem Mißerfolg die Rede sein. 1978 hatte die Gruppe 40% der Stimmen erhalten, nachdem vorher ein massiver Wahlschwindel der IGM-Betriebsräte aufgeflogen war. Die „Plakat"-Gruppe hatte bei den anschließenden Neuwahlen von Proteststimmen profitiert. Zusätzlich hat sich die IGM-Liste u.a. dadurch stabilisiert, daß ein großer Teil ihrer alten Garde ausgewechselt wurde und erstmals stärker Ausländer berücksichtigt wurden. Vor diesem Hintergrund erscheint das „Plakat"-Ergebnis als sehr stabil.

Ergebnis:

Arbeiter				
Liste	1981 in %	(1978)	Sitze	(1978)
Plakat	30,6	(40)	9	(12)
IGM	58,4	(52,4)	17	(15)
CMV	11	(8)	3	(2)
Angestellte				
IGM			8	(9)
DAG			3	
CDA			2	

Daimler-Benz Bremen: Vier Betriebsräte für die Opposition

Vier der 29 Daimler-Betriebsräte gehören der „Gruppe IGM-Kollegen von Daimler informieren" an. Sie sind über die Persönlichkeitswahl in den Betriebsrat eingezogen. Mit sieben Kandidaten hatten sie ein eigenes Programm „Frischer Wind in den Betriebsrat" gemacht. Im Wahlkampf wurden sie durch die Werksleitung behindert, die ihnen den Vertrieb ihrer Materialien verbot. Die IGM-Betriebsräte rührten keinen Finger gegen diesen Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz (nach dem Motto: warum macht ihr auch solchen Wind, wir sind doch alle auf einer Liste). Einer der Kollegen strengte einen Erlaß auf einstweilige Verfügung gegen die Wahlbehinderung an. Die Werksleitung argumentierte, daß ohne ihre Genehmigung keine Flugblätter verteilt werden dürfen. Das Gericht entschied: die Kollegen dürfen ihre Flugblätter verteilen. Eingeschränkt wird dieses Recht allerdings dadurch, daß die Verteilung nur in den Pausen bzw. außerhalb der Arbeitszeit erlaubt ist.

Trotz der Behinderungen erreichten die Opposiotionellen einen guten Erfolg. Sie rangierten mit 1025 bis 1120 Stimmen auf den Plätzen 21, 24, 26 und 29. Damit ist auch bei Daimler in Bremen die Möglichkeit für eine durchschaubare Betriebsarbeit geschaffen.

Daimler Benz Sindelfingen: Kandidatur verhindert

Mit Schikanen und Einschüchterungsversuchen wurde die Anerkennung der gewerkschaftsunabhängigen Liste des jugoslawischen Bandarbeiters Konstadin Getov und einem weiteren Landsmann verhindert.

Der Wahlvorstand, hauptsächlich aus IGM Betriebsräten bestehend, lehnte den Wahlvorschlag wegen unleserlicher Unterschriften ab und verweigerte die Rückgabe zur Beseitigung der Mängel. Trotzdem gelang es Getov termingerecht, eine neue Liste vorzulegen. Auch diese Liste wurde wegen nicht überprüfbarer Unterschriften abgelehnt. Des weiteren wurde die vorgesehene Nachfrist nicht eingeräumt und auch diese Liste nicht zurückgegeben.

Obendrein wurden von IG Metall-Mitgliedern die Unterzeichner der Liste eingeschüchtert. Allen Unterstützern wurden Schwierigkeiten mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft angedroht.

Inzwischen hat sich der Stuttgarter Rechtsanwalt Rezzo Schlauch für die jugoslawischen Kollegen eingesetzt. Mit dem Hinweis auf Verstöße gegen die Wahlordnung forderte er die Zulassung der Liste und kündigte anderenfalls eine Anfechtung der Wahl an.

Daimler-Benz Harburg: Gewinne für die „alternative"

28,2 % der Stimmen und damit vier Betriebsratssitze gewann die oppositionelle Liste „alternative". Obwohl sie 4,6 % zu Lasten der IGM-Liste und des CMV hinzugewann, verfehlte die Liste einen weiteren Sitz (knapp zehn Stimmen fehlten). Elf Sitze hat die IGM, einen der CMV. Bei den Angestellten gab es Persönlichkeitswahl, hier stellt die IGM alle drei Vertreter.

	1981	1978	1975
IGM	64,0%	67,2%	64,9%
alternative	28,2%	23,6%	35,1%
CMV	7,8%	9,2%	––

Seit 1975 gibt es auch im Harburger Daimler-Werk (früher Hanomag-Henschel) eine Opposition gegen die alteingessenen Betriebsräte. Damals gewann die „alternative", die mit sieben Kolleg(inn)en kandidiert hatte, auf Anhieb über 35% der Stimmen im Arbeiterbereich und stellte damit vier Sitze im Betriebsrat.

1978 gab es trotz der Bemühungen der „alternative", eine gemeinsame Liste aufzustellen, wieder eine Listenwahl. Damit gelang es auch dem rechten „Christlichen Metallarbeiterverband" (CMV) erstmalig, einen Sitz im Betriebsrat zu erhalten. Die „alternative" kandidierte mit 18 Kolleg(inn)en, darunter die Hälfte ausländische. Aufgrund massiver Hetze der IG Metall gegen die „alternative"-Kandidat(inn)en (von denen zwei ausgeschlossen wurden) und die Angst vieler Kollegen, die Linken könnten den Betrieb übernehmen, erreichte sie 1978 nur 23,6%, stellten aber wiederum vier Betriebsräte.

Nach dieser Wahl wurden weitere fünf „alternative"-Kolleg(inn)en aus der IGM ausgeschlossen.

Bereits im Mai 1980 begannen die Oppositionellen die Diskussion für die Wahlen im Frühjahr 1981. Mit dem Angebot einer Belegschaftsliste sollte (neben der Abwahl besonders verhaßter Altbetriebsräte) vor allem verhindert werden, daß die Strauß-Freunde vom CMV wieder in den Betriebsrat einziehen würden. Der IGM-Vertrauenskörper ging jedoch auf diese Angebote nicht ein und stellte eine eigene Liste auf. In einem Gespräch der ausgeschlossenen „alternative"-Kolleg(inn)en mit dem Betriebsratsvorsitzenden wurden ihnen eine Wiederaufnahme in die IGM angeboten. Allerdings unter folgenden Bedingungen:

- Keine Kandidatur zum Betriebsrat
- Selbstkritik ihrer bisherigen Arbeit
- Keine eigenständigen Veröffentlichungen mehr.

Sie könnten dann ja 1984 auf der offiziellen IGM-Liste kandidieren. Offensichtlich glaubte die BR-Mehrheit, daß die Opposition dieses Jahr zu geschwächt sei, um noch einmal erfolgreich antreten zu können. In der Tat war der Kreis der Aktiven in den letzten drei Jahren kräftig zusammengeschmolzen. Viele der ehemaligen Kandidaten hatten den Betrieb verlassen oder waren nicht mehr zur Kandidatur bereit.

Trotzdem kandidierte die „alternative" wiederum, diesmal mit fünf Kandidat(inn)en, darunter zwei ausländische Kollegen.

Im Wahlkampf wurde „Für mehr Demokratie im Betriebsrat – eine stärkere Opposition" ganz klar gemacht, daß es nicht darum ging, daß die Linke den Betriebsrat übernimmt, sondern daß neben der IGM-Mehrheit eine oppositionelle Fraktion dieser auf die Finger sieht (und klopft). Gleichzeitig wurde ein Schwerpunkt der Wahlpropaganda auf die Auseinandersetzung mit dem CGB gelegt, der diesmal mit sieben Kandidaten angetreten war. Das Wahlergebnis war eine Überraschung, insbesondere für die IGM-Betriebsräte, die gehofft hatten, daß die „alternative" diesmal noch weiter absacken würde.

Betriebszelle Daimler-Benz

„RGO"-Liste bei Gillette, Westberlin

9 Kollegen kandidieren auf einer von „RGO"-Anhängern initiierten Liste, die 150 Unterschriften gesammelt hatten. Sie reichten diese ein, nachdem eine rechte Liste sich gebildet hatte. So stehen drei Listen zur Wahl.

„RGO"-Liste bei HDW/Kiel

Mit 5 Kandidaten tritt die „RGO" (derzeit mit 3 Leuten im Betriebsrat) bei HDW an, nachdem die IGM-Betriebsräte Persönlichkeitswahl abgelehnt hatten.

Thyssen Hamborn:

Von den 30 Sitzen im Arbeiterbereich erhielt die IG Metall 25 und der CMV 5 Sitze. Im Angestelltenbereich gewann die IG Metall 7 Sitze und die DAG 4 Sitze. Damit stellt die IG Metall von den 41 Betriebsräten in den kommenden drei Jahren 32 Mandate, 9 Mandate gingen an DAG und CMV. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 60 Prozent.

Vergleicht man die Sitzverteilung mit der bisherigen Aufteilung, dann mußte die IG Metall insgesamt ein Mandat abgeben. Bisher hatten IGM 33 Sitze, CMV 5 und die DAG 3 Plätze. Die aus drei Vertrauensleuten bestehende „Liste demokratischer Gewerkschafter", die bei der Wahl 78 18 Prozent der Stimmen erhielt, trat nicht wieder an. Zu dem Verzicht soll beigetragen haben, daß die mangelnde Informationsarbeit in den letzten drei Jahren durch die Zusammenarbeit der Opposition mit IGM Betriebsräten verbessert werden konnte.

Auch bei der Aufstellung der IGM Kandidatenliste gab es Veränderungen. Die Vertrauensleute stimmten in geheimer Wahl über die Reihenfolge ab, wodurch auch fortschrittliche Kandidaten sichere Listenplätze erhielten.

Mannesmann Huckingen:

Bei der BR-Wahl 81 auf der Huckinger Hütte ist das Kräfteverhältnis zwischen IG Metall und den anderen Betriebsräten unverändert geblieben.

Von den 27 Betriebsratssitzen im Arbeiterbereich schaffte die IGM alle Sitze, von den 6 Angestelltenmandaten gingen 5 an die IG Metall und ein Mandat an die Liste leitender Angestellten.

Im Vergleich zur 78er Wahl war die Beteiligung bei den Arbeitern mit 86,7% nur geringfügig schwächer (87,56%). Im Angestelltenbereich sank sie jedoch um fast 10 Prozent auf 81,04%.

Die Wahlempfehlung der Betriebsratsgruppe um Karl-Heinz Stommel (Nachfolger von Herbert Knapp) wurde von der Belegschaft voll unterstützt. Alle 25 Kandidaten des Kassibers wurden gewählt. Zwei Plätze hatte man nach Absprache mit den CDA-Mitgliedern für diese offen gehalten.

Mit 64,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt der BR-Vorsitzende Stommel prozentual das beste Ergebnis, das bislang auf der Hütte erzielt wurde. In der konstituierenden Betriebsratssitzung wurde K.-H. Stommel erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Bosch Westberlin:

Beiersdorf Hamburg: Opposition konstant, Rechte gewinnen dazu

Drei Sitze erhielt die „Liste Alternativer Gewerkschafter" (vormals „Alternative") – sie konnte damit ihren Stimmenanteil konstant halten. Trotzdem herrschte ein wenig Enttäuschung, ein wenig mehr hatte man sich ausgerechnet. Drei Frauen ziehen für die Liste in den Betriebsrat.

Die IG Chemie-Liste, die sich seit dem Ausscheiden des rechten Be-

Ganschows dürfte es zu verdanken sein, daß in ihren Flugblättern die IG Chemie Führer Hauenschild und Rappe als Kronzeugen ihres Kampfes gegen „kommunistische Unterwanderung" zitiert werden. Es ist kaum zu erwarten, daß die IG Chemieler auf dieser rechen Liste ausgeschlossen werden, was bei den linken „Alternativlern" der Fall war.

KWU Westberlin: 20,3% für „Liste linker Gewerkschafter"

Zwei Sitze im 15-köpfigen Betriebsrat besetzt zukünftig die „Liste linker Gewerkschafter," elf die IGM und zwei die DAG. Allerdings hat sich durch personelle Veränderungen auf der IGM-Liste das Gewicht nach rechts verschoben. Die IGM hatte

Allerdings fürchteten ganz offensichtlich IGM-Betriebsräte, daß sie hierbei schlecht abschneiden könnten. Nach den Informationen der linken Opposition bei KWU gab es zwischen führenden IGM-Betriebsräten und Rechten im Betrieb Geheimabspra-

ratsvorsitzenden wurden ihnen eine Wiederaufnahme in die IGM angebo-

triebsräte Persönlichkeitswahl abgelehnt hatten.

bers wurden gewählt. Zwei Plätze hatte man nach Absprache mit den CDA-Mitgliedern für diese offen gehalten.

Mit 64,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt der BR-Vorsitzende Stommel prozentual das beste Ergebnis, das bislang auf der Hütte erzielt wurde. In der konstituierenden Betriebsratssitzung wurde K.-H. Stommel erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Beiersdorf Hamburg: Opposition konstant, Rechte gewinnen dazu

Drei Sitze erhielt die „Liste Alternativer Gewerkschafter" (vormals „Alternative") – sie konnte damit ihren Stimmenanteil konstant halten. Trotzdem herrschte ein wenig Enttäuschung, ein wenig mehr hatte man sich ausgerechnet. Drei Frauen ziehen für die Liste in den Betriebsrat.

Die IG Chemie-Liste, die sich seit dem Ausscheiden des rechten Be-triebsratsvorsitzenden Ganschow zum Positiven entwickelt hat, konnte bei den Arbeitern einen Sitz hinzugewinnen, bei den Angestellten verlor sie drei Sitze (insgesamt hält sie mit 15 der 27 Sitze die Mehrheit).

Hinzugewonnen hat eine neu auftretende rechte Liste „Chemie Beiersdorf", die sich aus CDU-Unabhängigen, Abteilungsleitern, Akademischen Angestellten (VAA) und rechten IG Chemielern unter Max Ganschow zusammensetzt. Ihre sieben Sitze und zwei der DAG haben den Anteil der Rechten (1978: DAG/Unabhängige sieben Sitze) vergrößert. Die „Chemie"-Liste hat einen stramm antikommunistischen Wahlkampf gegen „Kommunisten und Chaoten" geführt. Der Handschrift Ganschows dürfte es zu verdanken sein, daß in ihren Flugblättern die IG Chemie Führer Hauenschild und Rappe als Kronzeugen ihres Kampfes gegen „kommunistische Unterwanderung" zitiert werden. Es ist kaum zu erwarten, daß die IG Chemieler auf dieser rechen Liste ausgeschlossen werden, was bei den linken „Alternativlern" der Fall war.

Ergebnis:

Arbeiter		
Liste	Sitze	(1978)
IG Chemie	11	(10)
Alternative	2	(2)
„Chemie"	3	(0)
Angestellte		
IG Chemie	4	(7)
Alternative	1	(1)
„Chemie"	4	(0)
DAG	2	(2)

Anmerkung: 1978 gab es gemeinsame Wahl, DAG/Unabhängige erhielten zusammen sieben Sitze. Die „Alternative" 13%. In diesem Jahr bei den Arbeitern 15,5% (302 Stimmen), bei den Angestellten 9,25% (135 Stimmen). Ein weiterer Sitz bei den Arbeitern scheiterte an drei Stimmen. Den bekam die „Chemie Beiersdorf" mit 304 Stimmen.

KWU Westberlin: 20,3% für „Liste linker Gewerkschafter"

Zwei Sitze im 15-köpfigen Betriebsrat besetzt zukünftig die „Liste linker Gewerkschafter," elf die IGM und zwei die DAG. Allerdings hat sich durch personelle Veränderungen auf der IGM-Liste das Gewicht nach rechts verschoben. Die IGM hatte ihre rechten Kandidaten auf den vorderen Plätzen placiert. Die rechten Listen, eigens zur Verhinderung der Persönlichkeitswahl gegründet, blieben erfolglos.

	Arbeiter Sitze (%)	Angestellte Sitze
Liste linker Gewerk.	2 (20,3)	–
IGM	9 (67,8)	2
CMV	–	–
Liste der Vernunft	–	–
DAG	–	2

Allerdings fürchteten ganz offensichtlich IGM-Betriebsräte, daß sie hierbei schlecht abschneiden könnten. Nach den Informationen der linken Opposition bei KWU gab es zwischen führenden IGM-Betriebsräten und Rechten im Betrieb Geheimabspra-chen, die Linken über die heimliche Initiierung von Listenwahl auszutricksen. So hat ein Kollege hierzu eine eidesstattliche Erklärung abgegeben.

Bei Listeneinreichungsschluß war es dann so weit: der CMV reichte sie zwei Minuten vor Ablauf der Frist ein. Nach ihm folgte die Liste der IGM und die des IGM-Betriebsrats Salchow („Liste der Vernunft"). Seine Liste war offensichtlich – nach internen Aussagen – in Absicherung zu einem möglichen Versagen des CMV (falls dieser die notwendigen Unterschriften nicht zusammenbekommt) initiiert worden, und zwar in Absprache mit den führenden IGM-Betriebsräten. Allerdings wurde die Rechnung ohne den Wirt gemacht: die „Liste linker Gewerkschafter" hatte vorgebaut und im letzten Augenblick ihre Absicherungsliste eingebracht.

Rechter Block gegen Persönlichkeitswahl

Mit 43 gegen 15 Stimmen hatte der IGM-Vertraueskörper im Februar die Persönlichkeitswahl beschlossen. Eine alphabetische Reihenfolge aller Kandidaten sollte dies gewährleisten.

Bosch Westberlin: Eine Liste mit Oppositionellen

1975 trat die oppositionelle „Liste für die Belegschaft" gegen die IGM-Liste an und erziehlte 49% der Stimmen. Auch 1978 war die Konfrontation gegeben. Die Oppositionellen konnten ihren Erfolg fast in gleicher Höhe wiederholen, waren aber im Betriebsrat mit 9 gegen 10 Sitze der IGM unterlegen.

1981 hat sich die Situation verändert, die Konfrontation ist nicht zuletzt durch personelle Veränderungen im Lager der IGM abgebaut. Es wird eine gemeinsame Liste und Persönlichkeitswahlen geben, nachdem es bereits in der Betriebsratsarbeit zur Zusammenarbeit gekommen ist. Interessant dürfte sein, ob nach der Wahl die Wiederaufnahmeanträge der Ausgeschlossenen in die IGM positiv beantwortet werden.

Kalle-Werke Wiesbaden: 8 Sitze für die Opposition

Kalle Werke Wiesbaden: 8 Sitze für die Opposition

Ebenso wie im Stammwerk der Hoechst AG in Frankfurt mußte die IG Chemie auch bei dem Tochterwerk Kalle in Wiesbaden Verluste hinnehmen.

In Wiesbaden sank ihr Anteil von 21 auf 16 Mandate, während die IG-Chemie-Opposition – „Aktive Gewerkschafter" – acht Betriebsratssitze gewinnen konnte. Die DAG und eine ihr nahestehende „unabhängige" Liste gewann insgesamt fünf Sitze.

Bei den Angestellten gewann die Opposition nur einen Sitz, was nicht ganz den Erwartungen entsprach. Nach Angaben des Listenfüheres Ries hatte man einen Sitz mehr erhofft. Zu dem Ergebnis und seinen Konsequenzen stellte Ries fest: *„Die Basis hat nun gesprochen. Wir hoffen, daß die IG Chemie an den Belegschaftsmitgliedern, die für uns gestimmt haben, nicht vorbeigehen kann"* („Neue", 31.3.81).

Der Verwaltungsstellenvorstand Wiesbaden der IG Chemie hat beim Hauptvorstand gegen die 27 Kandidaten der „Aktiven Gewerkschafter" ein Ausschlußverfahren beantragt.

HBV-Zugewinne bei Hertie

In den Kaufhäusern der beiden Konzerne Hertie und Horten hat die Gewerkschaft HBV bei der BR-Wahl 81 auf Kosten der DAG Zugewinne erzielen können. In dem zum Hertie-Konzern gehörenden größten Kaufhaus Europas, dem KadeWe (Kaufhaus des Westens) in Westberlin erreichte die HBV mit 13 von 19 Betriebsratssitzen erstmals die absolute Mehrheit. Die DAG hat nach HBV-Angaben sieben Sitze verloren.

„Kriminaltango" der Metro-Bosse gegen aktive Betriebsräte

Mit Schikanen, Einschücherungs- und Bestechungsversuchen und der fristlosen Entlassung von zwei Betriebsrätinnen (die wieder eingestellt und in den Betriebsrat gewählt wurden) versuchte die Geschäftsleitung der Essener Metro einen mehrheitlich gewerkschaftsorientierten Betriebsrat zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde auch eine offen von der Geschäftsführung unterstützte Liste mit dem Kennwort „Mallorca" zusammengestellt.

Bei den jetzt abgeschlossenen Wahlen verdoppelte sich jedoch der Anteil der in der HBV organisierten Betriebsräte von drei auf sechs innerhalb des neunköpfigen Gremiums in Essen. Eine Tendenz, die auch für andere Metro-Filialen in Nordrhein-Westfalen typisch ist.



Alles fest im Griff!

Der Verfassungsschutz und die Nazis

Als im Her'st letzten Jahres im Prozeß gegen die Braunschweiger NSDAP-Gruppe um den langjährigen NS-Aktivisten Paul Otte herauskam, daß Ottes Adjutant Hans-Dieter Lepzien nicht nur einer der Haupt-Scharfmacher der Bande gewesen war (u.a. „Sicherheitsbeauftragter" der gesamten NSDAP/AO), sondern im Haupt- bzw. Nebenberuf Informant des niedersächsischen Verfassungsschutzes, war die Sensation perfekt. Wieder einmal war ein Agent des VS als agent provocateur enttarnt worden.

Doch mehr als über diese Tatsache regten sich die Verantwortlichen, allen voran der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff, darüber auf, daß Lepzien im Prozeß seine Arbeit für den Verfassungsschutz überhaupt preisgegeben und so dessen merkwürdige Methoden ins Gerede gebracht hatte.

Mittlerweile scheint sich der Rauch, der bei diesen Enthüllungen entstanden war, wieder etwas verzogen zu haben: Neuesten Meldungen zufolge soll Lepzien – nach Verbüßen zumindest eines Teils seiner Strafe – mit weitgehender Unterstützung des niedersächsischen Innenministeriums rechnen können, das sich ehrlich bemüht zeigt, ihn wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Der Fall Lepzien ist dabei nur der letzte in einer ganzen Reihe von bekanntgewordenen Fällen ähnlicher Machart, in denen die Grenzen zwischen „eigenständigen" Nazis und solchen mit „Auftrag" nur allzusehr verschwimmen. Gerade angesichts jetzt öfter mal geäußerter regierungsamtlicher „Besorgnis" über zunehmenden Nazi-Terror ist es interessant, sich die bisherigen „Fälle" noch einmal ins Gedächtnis zu rufen.

Die „Europäische Befreiungsfront"

Geradezu klassisch für diese merkwürdigen Verfilzungen ist der Fall der „Europäischen Befreiungsfront". Der Kronzeuge im 1972 stattgefundenen Prozeß gegen die 1970 ausgehobene Bande, Krahberg, entpuppte sich als V-Mann des VS. Wie jetzt Lepzien, so war auch Krahberg maßgeblich am Aufbau der EBF beteiligt und ließ sie auffliegen, als sie ihre ersten Aktionen in die Tat umsetzen wollte. Krahberg selbst, der – wieder eine Parallele zu Lepzien – zuvor NPD-Mitglied gewesen war, ging straffrei aus, obwohl er selbst sich als aktionistischer Einpeitscher der Bande betätigt hatte, während – so seine Aussage vor Gericht – die anderen mehr „ideologisch orientiert" waren.

Die „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"

Auch im Fall der 1971 aufgeflogenen NDBB hatte der VS seine Hand mit im Spiel. Hier hieß der V-Mann J. Neumann. Über weitere Verbindungen zum VS kann bei der NDBB nur gemutmaßt werden: So war das NDBB-Mitglied Horst Mach damals Inhaber der Westberliner Kneipe „Wolfsschanze", in der u.a. auch schon von der Polizei beschlagnahmte Pistolen wieder in Umlauf gebracht wurden. Mach ist im Übrigen bis heute in der NSDAP-Szene aktiv. Bis heute unwidersprochen ist eine Behauptung des „Westberliner Extradienstes" (Mai/Juni 72), daß diese Waffen über bei Mach verkehrende Spitzel in Umlauf gebracht worden waren.

Rüdesheim

Rüdesheim

In einem Prozeß gegen einen Rüdesheimer Neonazi, der 1976 Hakenkreuze geschmiert hatte, stellte es sich heraus, daß der VS schon im vorherein von diesen Aktionen gewußt hatte. Man habe diese Aktionen aber nicht verhindert, um die eigenen Leute nicht preiszugeben („Tat", 20.5.77)

Der Westberliner NSDAP-Prozeß

Völlig absurd scheinen die Verbindungen des Westberliner VS zu der dortigen NSDAP-Gruppe um Wolfgang Rahl, die Ende 1979 verurteilt wurde. Im Prozeß stellte es sich heraus, daß ein bundesweit bekanntgewordenes „Todesurteil" der NSDAP gegen Linke gar nicht von NSDAP-Mitgliedern geschrieben worden war, sondern von einem „Mitarbeiter" des VS. Dieser wiederum hatte sich die Schreibmaschine von einem Mitglied der Bande geliehen. Eben dieses Mitglied der NSDAP hatte – und dafür gibt es Beweise – auf eigene Faust und gegen mehrmalige „Honorare" vom VS mit diesem zusammengearbeitet und umfangreiches Material zusammengestellt. Der VS ließ diesen Mann als Informanten u.a. deshalb „fallen", weil er dieses Material an die Öffentlichkeit (sprich: Presse) weitergegeben hatte. Durch diesen Grenzgänger zwischen VS und Nazis, der seine Motive antifaschistisch begründete, erhielt auch Justisminister Vogel Einsicht in das Material – allerdings mit der Bitte, es geheim zu halten.

Völlig zur Räuberpistole billigster Machart wurde das Westberliner Geschehen durch einen Dritten im Bunde: Dieser hatte den NSDAP-Ortsgruppenleiter Rahl „durch Zufall" in
schehen durch einen Dritten im Bunde: Dieser hatte den NSDAP-Ortsgruppenleiter Rahl „durch Zufall" in
einem DDR-Gefängnis (Vorsicht: KGB!) kennengelernt, in das er wegen Überschreitens der DDR-Grenze im Suff geraten sein will (Rahl saß dort als DDR-Bürger, bis er freigekauft wurde). Eben dieser Dritte gab im Prozeß an, vom Zweiten angeworben zu sein und gelegentlich für den israelischen Geheimdienst gearbeitet zu haben. Nun, dieser „Agent" scheint eher unter die Rubrik Angeber zu fallen...

Völlig anders verhält es sich mit dem Zweiten: Sein Material enthält eine derartige Menge von Fakten, die sich im Nachherein alle als wahr herausgestellt haben, sofern sie überprüfbar sind, daß schon allein aufgrund dieses Materials die beteiligten Stellen weitgehend vollständig über Westberliner ebenso wie über bundesweite NSDAP-Umtriebe informiert waren.

Insbesondere gibt dieses Material auch Auskunft über das Treiben eines gewissen Herrn Lepzien, dessen Funktion als „Sicherheitsbeauftragter der NSDAP" schon dort (1978) enthüllt wurde; ebenfalls in diesem Material enthalten ist die Figur des Armin Peil aus Peine, der später sowohl im Bückeburger Prozeß als auch im Prozeß gegen die NS-Gruppe Tönning als Zeuge mit Berufung auf seine Verbindungen zum VS aufgetreten ist. Eben dieser Peil soll auch die entscheidenden Hinweise geliefert haben, aufgrund derer Anfang 1980 in Niedersachsen und im Harz Razzien nach Waffen durchgeführt wurden und bei denen u.a. in der Gegend von Hildesheim eine Rohrbombe a la Lepzien/Otte entdeckt wurde.

Alles fest im Griff?

Diese Beispiele sind nur diejenigen, die uns etwas näher bekannt sind. Zu erwähnen wäre hier evtl. noch der Fall des Michael Borchardt, der nach seiner Mitgliedschaft in der KPD/ML plötzlich als Führer einer „Faschistischen Front" Aufsehen erregte. Gegen Borchardt eingeleitete Strafverfahren wurden eingestellt mit der Begründung, er habe sich geändert (was immer dies in dieser Szene heißen mag); Nazis jedenfalls erzählten sich damals (1977), B. habe „ausgepackt" und seine Kartei abgeliefert...

Doch diese Beispiele von Verbindungen scheinen uns „nur" die Spitze eines Eisbergs. Es ist kaum anzunehmen, daß mit Krahberg, den Westberlinern, mit Borchardt, Lepzien, evtl. Peil und Sachse (Lepziens Freund und Bombenbauer) und einigen weiteren derVS sein Pulver schon verschossen hätte. Das Gegenteil scheint wahrscheinlicher: Diese Fälle sind Indizien dafür, daß der VS sehr genau Bescheid weiß in der Szene; daß zumindest seine Informanten oftmals
sind Indizien dafür, daß der VS sehr genau Bescheid weiß in der Szene; daß zumindest seine Informanten oftmals
bis zum Hals in der braunen Soße drinstecken; daß es oftmals überhaupt nicht mehr klar ist, ob einer VS-Mann mit Kontakten zur Nazi-Szene ist oder nicht eher Nazi mit einem Schlupfloch (bei drohender Bestrafung) zum VS.

Gerade angesichts zunehmender Militanz und krimineller Energie im Bereich der Nazi-Banden scheint es uns nötig, mehr als bisher solchen Verbindungen nachzugehen. Wir bitten alle Antifaschisten und Kenner der Szene, uns ihr Wissen (auch historisches!) unbedingt zur Verfügung zu stellen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Beschlagnahmte Nazi-Utensilien. Wie oft war der VS dabei?

Neues vom »Einzeltäter« Köhler



Mit der lapidaren Feststellung der Staatsanwaltschaft, es bestünden keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß Gundolf Köhler bei dem Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest am 28. September 1980 Mithelfer gehabt habe, scheinen die Ermittlungen in Sachen München seit Monaten ad acta gelegt worden zu sein.

Am 26. März indes berichtet der „Stern" über ein Gutachten, das der Verfassungsschutz für Generalbundesanwalt Kurt Rebmann erstellt hat und demzufolge eben jener „Einzeltäter" Gundolf Köhler Autor jener berüchtigten Bombenbauanleitung „Das Märchen vom bösen Wolf" gewesen sein soll, die seit etwa Mitte 1979 in Nazikreisen kursiert.

Diese Broschüre, von der der niedersächsische VS meint, *„sie sei geeignet terroristische Vereinigungen zu gründen, deren Tätigkeit sich besonders auf Straftaten gegen das Leben, auf Brandstiftung und auf das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen richten"*, war Mitte 1979 zum ersten Mal bei Wilhelm Wübbels, Frührentner und NSDAP-„führer" aus Bocholt, beschlagnahmt worden. Eine weitere Broschüre wurde am 30.1.80 bei der „Wehrsportgruppe Hoffmann" anläßlich deren Verbot beschlagnahmt. Hoffmann selbst hatte damals behauptet, diese Bauanleitung für Bomben sei ihm „untergekommen" wie eben so vieles andere auch, und dafür könne er ja wohl nicht verantwortlich gemacht werden. Tatsache jedenfalls ist, daß Köhler zumindest bis 1979 an Übungen der „WSG" teilgenommen hat. Auf dem Titelflugblatt von „Kommando", der „WSG"-Zeitung, war er im Sommer 1979 abgebildet.

Nimmt man/frau mal an, die Behauptung des VS, Köhler sei der Autor der Bombenbauanleitung, stimme, dann hat er sie zu einer Zeit verfaßt, als er mit Hoffmann mit Sicherheit Kontakt hatte. Außerdem muß sie von Köhler auf irgendeinem Weg zu Wübbels gelangt sein, wofür bis jetzt jede Erklärung fehlt. Die einzig mögliche Erklärung scheint aber die zu sein, daß Köhler weit mehr in die Nazi-Szene integriert war, als bisher von den Verfolgungsbehörden bekanntgegeben wurde. Schon die wenigen Fakten würden für diese Version sprechen: Außer Hoffmann war Köhler mindestens mit jenem Odfried Hepp bekannt, der als Anführer einer „WSG-Ortenau/Schlageter" in Baden-Württemberg mit einem Prozeß wegen der Vorbereitung mehrerer großkalibriger Anschläge zu rechnen hatte und der unter bislang ungeklärten Umständen im Spätsommer 1980 im Libanon verschwunden ist.

Wenn dies aber alles so ist, wie der Verfassungsschutz jetzt in seinem Gutachten an Rebmann behauptet, stellt sich die Frage, welche Fakten jetzt noch der Öffentlichkeit vorenthalten werden, um die These vom „Einzeltäter Köhler" zu halten.

Es könnte aber auch noch eine ganz andere plausible Erklärung für die jetzt kolportierte These vom Chef-Bombenbastler Köhler geben: Köhler ist tot und er kann sich gegen diesen Vorwurf gar nicht mehr verteidigen. Damit wären die Verfolgungsbehörden mit dem „Fall München" auch gleich den „Fall" dieser Bombenbastelanleitung los, und es bräuchten auch in dieser Angelegenheit keine weiteren Ermittlungen mehr angestellt zu werden.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Köhler (2. v. links) bei der WSG-Hoffmann – Sommer 1979

Schieß, Bulle, schieß!

Versuchter Totschlag – so lautete die Anklage in einem Verfahren vor dem Landgericht Passau (Bayern) gegen den Polizeihauptwachtmeister Süß. Bei einer Polizeiaktion gegen einen (inzwischen verstorbenen) 32-jährigen nervenkranken Landwirt hatte er in seiner übermäßigen Schießwütigkeit diesen beinahe zusammengeschossen.

Der Bauer Mittermeier hatte „in offensichtlicher Geistesverwirrung" seine Bullen auf die Dorfstraße getrieben, woraufhin zwei gleichnamige Exemplare herbeieilten, die jedoch aufgrund ihrer ungewöhnlichen Grünfärbung dem Bauern Angst einflößten. Als er in sein Auto floh, bedrohten ihn die beiden Bullen, indem sie ihre gezogenen Pistolen an die Autofenster hielten. Mittermeier verriegelte die Türen und versuchte davonzufahren. Er wurde von dem Streifenwagen bis auf eine angrenzende Wiese verfolgt, wobei mehrmals auf die Reifen seines Autos gefeuert wurde. Mittlerweile war ein zweiter Streifenwagen angekommen, aus dem Süß mit dem Ruf „Das werden wir gleich haben" heraussprang und mit chemical mace bewaffnet auf das Auto des Bauern zulief. Als Mittermeier nicht gleich anhielt, zog Süß seine Waffe, stellte sich dem herankommenden Auto in den Weg und feuerte drauf los, wobei er laut Zeugenaussagen die Waffe „mit beiden Händen in Brusthöhe gehalten" und einige Male „auf einen Pflock aufgelegt" habe. Nach einigen Schüssen ging er zurück zum Streifenwagen, ließ sich vom Einsatzleiter (!) ein neues Magazin geben, lud durch und setzte die Treibjagd fort. Als die Bullen bei der Polizeidirektion in Passau den Einsatz einer Maschinenpistole genehmigen lassen wollten, verlangte diese das Einstellen der Schießerei. Die anrückende Verstärkung aus Passau bereitete dem Drama dann ein Ende. Man warf Farbbeutel auf die Windschutzscheibe, um dem Bauern die Sicht zu nehmen. Unnötigerweise schleuderte Süß, der sich anscheinend immer noch nicht genügend ausgetobt hatte, dann auch noch eine Tränengasflasche ins Wageninnere.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Süß mindestens fünfmal die Windschutzscheibe getroffen hatte, wobei vier Kugeln ins Wageninnere trafen. Daß er Mittermeier hätte treffen können, so Süß, damit habe er nicht gerechnet. Er habe vielmehr den Gebrauch der Schußwaffe gegen Sachen (?) als das geeignete Mittel angesehen.

Der Staatsanwalt stellte fest, es brauchte nicht weit über die Mindeststrafe gegangen werden, da Mittermeier nicht verletzt worden sei. Außerdem habe Süß vom Einsatzleiter keine Weisung erhalten, sei also im Stich gelassen worden. Bei diesem Einsatz sei manches schiefgelaufen, was aber nicht in die Verantwortung des Angeklagten falle.

Der Staatsanwalt beantragte eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Das hohe Gericht verurteilte Süß wegen versuchten Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten, die gegen eine Geldbuße von 3000 DM zur Bewährung ausgesetzt wurde. Von einer Anklage gegen den Einsatzleiter ist nichts bekannt. (nach: Passauer Neue Presse, 12.3.81)

Eine Genossin aus Nürnberg q

Die CDU/CSU – eine Brutstätte des Terrorismus?

Daß die CDU/CSU in reichem Maß **„Offenheit zum Dialog mit der Jugend"** besitzt, ist spätestens seit Heiner Geißlers Fernsehauftritt bekannt. Einigermaßen erstaunlich ist aber, daß die CDU/CSU diesen Dialog ausgerechnet dazu benutzen will, die Jugend zu Gewalt und Zerstörung aufzurufen. Und doch hat es sich so z.B. auf einer Vorstandssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anfang März ereignet.

Da beschwerte sich Alois Mertes, außenpolitischer Sprecher der Fraktion, über die *„pazifistische Strömung"* hierzulande, *„die bis in die Kirchen hineinreiche"*. Nur weil die CDU/CSU für Nach- und sonstige Aufrüstung plädiert, dürfe man sie doch nicht *„in eine unmoralische Ecke drängen"*. **„Hier habe gerade die ältere Generation, die Gewalt und Krieg erlitten habe, Wissen zu vermitteln"**. Klar, die weiß doch noch um die Schönheit und Sinnhaftigkeit von brennenden Städten, Leichenhaufen, Bombennächten und Heldentod!...

Noch wilder gebärdete sich auf der Vorstandssitzung Friedrich Zimmermann von der CSU als Gewalt-Prediger: *„Waffen an sich"* seien doch gar nicht *„unmoralisch"*. **„Der Mensch entscheide, für welche Ziele sie eingesetzt werden...** *Auch hier müsse die Diskussion mit der Jugend ansetzen"*. Diese Zielsetzung könnte ganz interessant werden. Da schmunzelt der Mescalero!

Nach so eindeutigen Gewalt-Predigten war es reichlich inkonsequent, daß der CDU/CSU-Fraktionsvorstand plötzlich weismachen wollte, er *„lehne jegliche Gewalt oder deren Unterstützung ab"*. Da ging es freilich konkret auch nicht um die Bundeswehr und die NATO, sondern um die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. (Zitate nach „Welt", 3.4.81).

Nürnberg: Knaststrafen gegen Antifaschisten!

Nach einem Mammutprozeß von 10 Verhandlungstagen war es heute endlich so weit: Richter Rühl sah sich in der Lage, ‚Im Namen des Volkes' vier Antifaschisten zu verurteilen — weil sie es gewagt hatten, gegen die rassistische und faschistische Hetze einer NPD-Wahlveranstaltung im September vergangenen Jahres zu protestieren (zum Ablauf der NPD-Kundgebung und der folgenden Prozeßlawine gegen Antifaschisten siehe AK 196, S. 16).

Wegen angeblicher Körperverletzung, versuchter Gefangenenbefreiung, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und grober Störung einer genehmigten Versammlung wurden folgende Strafen ausgesprochen:

Gerd N.: 60 Tagessätze zu je 40 DM.

Bernd O.: 3 Monate Knast, ausgesetzt auf 3 Jahre zur Bewährung, gleichzeitig 2500 DM Geldbuße zu zahlen in Raten von monatlich 250 DM an die Altstadtfreunde Nürnberg.

Wolfgang S.: 3 Monate und 1 Woche Knast, ausgesetzt auf 3 Jahre zur Bewährung, gleichzeitig 500 DM Geldbuße, zu zahlen in Raten von monatlich 50 DM ebenfalls an die Altstadtfreunde Nürnberg.

Jeff L.: 30 Tagessätze zu je 30 DM.

Insgesamt also 6 Monate und 1 Woche Knast, 6300 DM Geldstrafen. Hinzu kommen noch Tausende Mark Gerichts- und Anwaltskosten, Zeugengelder, Verdienstausfall der Angeklagten usw...

Wäre es nach Oberstaatsanwalt Horn gegangen, so hätten die Strafen noch drastischer ausgesehen: In seinem Plädoyer am vorletzten Prozeßtag hatte er für drei der Angeklagten 8- bzw. 7-monatige Knaststrafen gefordert, Geldbußen zwischen 3000 und 500 DM sowie für den 4. Angeklagten 100 Tagessätze zu je 15 DM. Aber auch in der ‚reduzierten' Form ist das Urteil ein Skandal — betrachtet man es auf dem Hintergrund, was den Angeklagten im Prozeß an ‚Vergehen' real nachgewiesen werden konnte.



Nach der Urteilsverkündung vor dem Gerichtsgebäude: „Gemeint sind wir alle!"

Ein politischer Prozeß mit eindeutiger Zielrichtung

Daß es in dem Verfahren gegen die Antifaschisten um mehr ging als um die Aufklärung einiger Rempeleien während der besagten NPD-Kundgebung, war von Beginn an klar; wie wichtig der politischen Staatsanwaltschaft die Verurteilung der Angeklagten war, wurde schon allein daran deutlich, daß Oberstaatsanwalt Horn persönlich die Ermittlungen führte und die Anklage im Gerichtssaal vertrat — in der 1. Instanz höchst unüblich. Aber auch das Gericht stand von Anfang an auf der ‚rechten' Seite, hatte es doch, bis auf eine einzige Entlastungszeugin, nur Belastungszeugen benannt, meist Polizisten und dies, obwohl weitere Entlastungszeugen bekannt waren. Im Verlauf der Vernehmungen wurde deutlich, daß Polizisten Zeugen mit Sonderrechten sind: Alle hatten vorher einen Film gesehen, der von der Polizei während der besagten Kundgebung gedreht worden war. Fast alle hatten auch ihre damals protokollierten Aussagen kurz vor dem Prozeß noch einmal gelesen, alle gaben auch zu, mit anderen Kollegen darüber gesprochen zu haben. Anstatt allerdings deshalb an der Glaubwürdigkeit dieser Zeugen zu zweifeln, begrüßte Richter Rühl diese Praxis — schließlich sei es die Pflicht von Zeugen, gut vorbereitet in den Prozeß zu gehen, und gerade Polizisten seien durch häufige Zeugenvernehmungen auf diesem Gebiet doch besonders belastet!

Was die Aussagen dieser gut vorbereiteten Polizei-Zeugen betrifft, so waren sie zwar immer belastend, in den seltensten Fällen aber übereinstimmend oder glaubwürdig: Nur einige kleine Beispiele: Erinnern konnten sie sich zwar genau, daß die Angeklagten mit Händen, Füßen, Armen und Beinen ganz gezielt nach ihnen getreten oder geschlagen hatten, ob der Angeklagte dabei allerdings auf dem Rükken oder auf dem Bauch lag, ob er dabei eine Plastiktüte in der Hand hatte usw., das war ihrem Gedächtnis entschwunden. Hatte der eine gesehen, daß mit Sicherheit mehrere Eier geworfen worden waren, konnte der nächste sich nur noch an eines erinnern, der letzte schließlich glaubte, es seien eher Walnüsse gewesen. Ihre Aussagen entsprachen im wesentlichen ihren schriftlichen Protokollen, an alles andere ‚konnten sie sich nicht mehr erinnern'.

Die Entlastungszeugen schilderten Einzelheiten des ‚mitunter brutalen' Verhaltens der Polizei; sie konnten sich — im Gegensatz zu den Polizeizeugen — auch an die Schläge von Faschisten und eines NPD-Anhängers gegen Antifaschisten erinnern.

Das Letzte: Der ganz besondere ‚Zeuge' Horn

Oberstaatsanwalt Horn, der überall dort auftaucht, wo die Linke demonstriert, war auch am 20.9. mit dabei. Er war dienstlich da, aber nicht etwa, um die Reden der Faschisten auf ihren strafbaren Inhalt zu prüfen, sondern um die von ihm erwarteten Ausschreitungen (von ‚linker' Seite, versteht sich), aus nächster Nähe beobachten zu können.

Als die Verteidigung gleich zu Beginn des Prozesses Horn auf dem Polizeifilm als Zeugen des Geschehens identifiziert hatte, forderte sie seine Vernehmung vor Gericht und beantragte gleichzeitig, einen anderen Vertreter der Staatsanwaltschaft zu benennen, damit Oberstaatsanwalt Horn genauso unvorbelastet wie alle anderen Zeugen seine Aussage machen könne. (‚Normalen' Zeugen ist es nicht erlaubt, vor ihrer Vernehmung die Aussagen anderer Zeugen zu hören). Aber auch für Oberstaatsanwälte gibt es eben Sonderrechte: Er wurde am 8. Prozeßtag in den Zeugenstand gerufen, nachdem er nicht nur die gesamten Akten gelesen hatte, sondern auch sämtliche Zeugenaussagen gehört hatte.

Muß es überhaupt noch erwähnt werden, daß auch er selbstverständlich nur Belastendes für die Antifaschisten sehr genau gesehen haben will, die Schläge von Polizisten oder NPDlern aber leider nicht bemerkt hatte?! Peinlich für ihn, daß auf dem Film genau zu erkennen ist, daß er unmittelbar neben einem Polizisten steht, der mehrmals auf einen Festgenommenen einschlägt!

Für diese ‚Gedächtnislücke' lieferte Horn jedoch in seiner Zeugenaussage gleich eine recht plausible Erklärung: Seiner Meinung nach sind nämlich Schläge von Polizeibeamten zur Brechung des Widerstands durchaus gerechtfertigt. Mit einer solchen Geisteshaltung übersieht man natürlich die eine oder andere ‚Kleinigkeit'.

Noch eine weitere interessante Sache wußte der Herr Oberstaatsanwalt bei seiner Zeugenvernehmung zu berichten: Er habe sich während der NPD-Kundgebung am Weißen Turm mit der Polizeieinsatzleitung in Verbindung gesetzt und ein härteres Vorgehen gegen die ‚Störer' empfohlen — aus Opportunitätsgründen wurde dies von der Polizei abgelehnt!

In seinem Plädoyer machte Oberstaatsanwalt Horn klar, daß er sich selbst und den Polizeizeugen in diesem Prozeß am meisten Glauben schenkte. Sämtliche Anklagepunkte waren für ihn durch Aussagen der Polizisten einwandfrei bewiesen, sämtliche Entlastungszeugen unglaubwürdig. Und mit welch lockerer Beweisführung er die Angeklagten ‚überführte', soll nur eines der unzähligen Beispiele deutlich machen: Drei der Antifaschisten haben nach Horns Auffassung eindeutig ‚schwere Körperverletzung' begangen. Nanu, fragt sich der aufmerksame Prozeßbeobachter, hatte der betroffene Polizeibeamte denn nicht von einer kleinen, ca. 3 cm langen Kratzwunde an einer Hand gesprochen?

Doch, aber für Horn ist es gleichgültig, wie schwer die Verletzung ist — wenn sich drei auf einen armen Polizisten stürzen, dann ist das eben ‚schwere Körperverletzung' und damit basta!

Horn war so offenherzig, die politischen Beweggründe für seine drastischen Strafforderungen klipp und klar zu benennen: Für ihn ist eine wichtige Aufgabe der Staatsanwaltschaft, der Polizei bei ihrer schweren Arbeit beizustehen; dies ist für ihn nach den Ereignissen in Brokdorf notwendiger denn je — jede Gesetzesüberschreitung müsse geahndet werden!

Zuungunsten der Angeklagten spricht für ihn, daß sie seiner Meinung nach ‚unbelehrbar' sind: Trotz des langen Prozesses meinen sie immer noch, daß sie damals richtig gehandelt haben. Politische Justiz — Gesinnungsurteile, danke für die offenen Worte!

Fortsetzung nächste Seite

Polizei und Justiz — auf dem rechten Auge blind!

Einige Vorfälle im Zusammenhang mit der NPD-Kundgebung machen wieder einmal in erschreckender Weise deutlich, daß Faschisten und Polizisten weitgehend unbehelligt tun und lassen können, was sie wollen — während antifaschistischer Protest bestraft und kriminalisiert wird.

Fall 1: Während der Wahlkampfkundgebung der NPD gab es ein Geschiebe am Absperrseil. Die Polizisten hielten einen Antifaschisten fest, ein Schläger der NPD nutzte die Chance, dem Wehrlosen u.a. brutal einen Faustschlag mitten ins Gesicht zu versetzen. Nach vollendeter Tat konnte er sich, obwohl eine große Zahl von Polizisten um ihn herumstand, unbehelligt am Ort des Geschehens aufhalten. Keiner der Polizisten, die ja in anderen Fällen genau wissen, was sich meterweit von ihnen entfernt abgespielt hat, wollte dies gesehen haben. Nachdem nun aber auf dem Polizeifilm gerade dieser Schlag ganz deutlich zu sehen war und auch bei Antifaschisten die Vermutung aufkam, daß hier ein Bulle mal wieder kräftig zugelangt hatte, ‚erinnerte' sich dann doch plötzlich ein Polizist — allerdings erst Wochen nach dem Vorfall!

Fall 2: Der geschlagene Antifaschist wurde später festgenommen und von zwei Polizisten mit festem Griff abgeführt. Einem verhetzten Zuhörer kommt diese Gelegenheit gerade recht, um mehrmals ins Gesicht des Wehrlosen zu schlagen. Von Zeugen aufmerksam gemachte Polizisten zeigen keinerlei Bereitschaft, etwas zu unternehmen. Nur der Hartnäckigkeit der antifaschistischen Zeugen ist es zu verdanken, daß sich schließlich ein Zivilbeamter zur Personalienfeststellung bewegen läßt. Im Gegensatz zu den vier Antifaschisten wurde der Schläger natürlich nicht vorläufig festgenommen!

Immerhin sind diese beiden Schläger jetzt zu 4 bzw. 6 Monaten Knast (mit Bewährung, versteht sich!) verurteilt worden — sicher eine Seltenheit in bundesdeutschen Landen. Aber es stellt sich die Frage, ob die Justiz gegen sie auch dann vorgegangen wäre, wenn nicht gleichzeitig auch die Antifaschisten hätten verurteilt werden sollen. Große Anstrengungen haben weder Polizei noch die Staatsanwaltschaft unternommen, und mit der Verurteilung sollte wohl eher dem Rechts-Links-Schema entsprochen werden: typisch, da haben sich mal wieder die Extremisten in die Wolle gekriegt — und die Polizei mußte ‚neutral' den Streit schlichten!

Fall 3: Auch die Staatsanwaltschaft konzentriert ihre Kräfte auf die Verfolgung der Antifaschisten. Während der Prozeß gegen die Antifaschisten nun beendet ist (von Oberstaatsanwalt Horn persönlich vorangetrieben), ist bis heute völlig unklar, was mit den Anzeigen der Antifaschisten gegen beteiligte Polizeibeamte bislang passiert ist. Obwohl die Anzeigen unmittelbar nach den Vorfällen im September gestellt wurden, ist heute, ein halbes Jahr danach, noch nicht einmal klar, ob gegen die Bullen überhaupt ermittelt wird. Horn, als Chef dieser Behörde, konnte darüber im Prozeß leider keine Auskunft geben — dies würde von einer anderen Abteilung behandelt! Ein Zeuge der Polizei sagte auf Befragen im Prozeß, daß er bislang noch nicht einmal zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen vernommen worden sei!

Es ist einfach makaber: Die Antifaschisten sind inzwischen u.a. wegen Körperverletzung verurteilt — obwohl kein einziger der Polizeizeugen ein ärztliches Attest über seine Verletzungen vorlegen konnte; und die Beschreibung der ‚Körperverletzungen' im Prozeß waren einfach lächerlich: ein Tritt gegen das Schienbein, eine 3 cm lange Kratzwunde an der Hand ...

Die Antifaschisten dagegen hatten offen sichtbare Verletzungen, wurden deswegen z.T. sogar krankgeschrieben und legten selbstverständlich ärztliche Atteste vor — aber gegen die dafür Verantwortlichen ist bis heute anscheinend noch nicht einmal ermittelt worden!

Und im Prozeß werden auch noch diejenigen, gegen die von Seiten der Antifaschisten Anzeigen gestellt wurden, als ‚glaubwürdige' Zeugen behandelt.

Na also, es geht auch anders: Stadt Nürnberg verbietet JN-Kundgebung

Pünktlich, kurz vor Ende des Prozesses gegen die Antifaschisten, wollten die „Jungen Nationaldemokraten" eine neue Provokation starten: unter dem Motto „Für Ausländerstop und Sicherheit durch Recht und Ordnung" sollte, wieder am Weißen Turm, eine Kundgebung veranstaltet werden. Gehetzt werden sollte dieses Mal nicht nur gegen die ausländischen Kollegen in der BRD, sondern auch gegen die inhaftierten 141 KOMM-Besucher und den „Mob" auf deutschen Straßen.

Nun, die Antifaschisten waren natürlich gespannt, was die Stadt sich dieses Mal Kluges einfallen lassen würde und bereiteten von ihrer Seite alles Notwendige vor.

Erstaunt war man, als am Freitag in der Presse zu lesen war, die Stadt Nürnberg habe die NPD-Kundgebung verboten! Hatte man sich angesichts des breiten Protests im vergangenen Jahr etwas genauer mit den faschistischen und rassistischen Thesen der NPD/JN beschäftigt, hatte man etwa — über 40 Jahre nach dem Hitler-Faschismus — aus der Geschichte gelernt??

Aber nein doch, die Begründung für das Verbot hat mit Antifaschismus herzlich wenig zu tun: „Das Amt für öffentliche Ordnung begründet sein Verbot mit vielen anderen Veranstaltungen in der Fußgängerzone, dem erwarteten starken Betrieb am ersten verkaufsoffenen Samstag im Frühjahr und der ‚allgemein aufgeheizten politischen Atmosphäre' in Nürnberg" („Nürnberger Nachrichten", 3.4.).

Das Ordnungsamt hatte sich bei dem Verbot vor allem durch eine Stellungnahme der Polizei leiten lassen, in der es u.a. hieß: „*Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen ist mit großer Sicherheit zu erwarten, daß sich störende Kräfte zu einer Gegenkundgebung einfinden werden, wobei eine gewalttätige Auseinandersetzung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Es ist darauf hinzuweisen, daß die beiden Kundgebungen der NPD unter freiem Himmel im Jahr 1980 ... durch starke polizeiliche Kräfte geschützt werden mußten. Bei den Auseinandersetzungen kam es nicht nur aus dem Kreis der Gegendemonstranten zu Straftaten, sondern es schlugen auch NPD-Anhänger auf festgenommene Personen ein und provozierten dadurch eine weitere Eskalation der Störungen*" (ebenda).

Da es in der letzten Zeit vielfältige ‚gewalttätige' Demonstrationen gegeben habe und gerade die Fußgängerzone sehr gefährdet und schwer zu schützen sei, kommt das Polizeipräsidium zu dem Schluß, daß ein ‚polizeilicher Notstand' gegeben sei — wie ihn das Versammlungsgesetz fordert!

Das Verwaltungsgericht Ansbach bestätigte einen Tag später dieses Verbot — von der JN war Widerspruch eingelegt worden. „*In der Begründung wird erläutert, daß die Sicherheitskräfte angesichts der allgemeinen Situation in Nürnberg nicht ausreichen, um die Sicherheit der NPD-Kundgebung zu garantieren*". Die Stadt Nürnberg konnte schließlich das Verbot noch damit ‚erhärten', daß erneut ein Haus besetzt worden ist (NN, 4.4.).

So sehr wir uns über das Verbot gefreut haben, so erschreckend ist letztlich die Argumentation, mit der es begründet wurde: Auf den Punkt gebracht, heißt es eigentlich nichts anderes, als daß die Linken derzeit in Nürnberg zu viel ‚Randale' machen — sei es gegen die NPD, sei es bei Hausbesetzungen oder bei Protesten gegen die Massenverhaftungen. Dagegen seien die Polizeikräfte zu schwach — was in der Konsequenz zur Forderung nach weiterer Aufrüstung der Polizei führen kann. Ansbach formuliert dies ganz klar: Die ‚Sicherheit' der NPD-Kundgebung kann nicht garantiert werden!

Trotzdem ist das Verbot der JN-Kundgebung natürlich ein politischer Erfolg der Antifaschisten: Nach den massiven Protesten im vergangenen Jahr wäre es dieses Mal mit Sicherheit noch ‚heißer' hergegangen, was nicht gerade zur mühsam versuchten ‚Entspannung' des Klimas in Nürnberg beigetragen hätte. Es ist ein Erfolg für all diejenigen, die sich nicht auf Protestresolutionen verlassen, oder ihren Protest weit weg vom Ort des Geschehens zum Ausdruck bringen, sondern die alles in ihren Kräften mögliche getan haben, um die faschistische Hetze vor Ort so weit wie möglich zu verhindern — mit der Gefahr, für diesen konsequenten Antifaschismus, wie jetzt, verurteilt zu werden!

KB/Gruppe Nürnberg



Wenige Tage vor der Urteilsverkündung haben sich die vier Angeklagten in der Fußgängerzone zusammengekettet, um auf den skandalösen Prozeß gegen sie aufmerksam zu machen.

Aufruf zur Solidarität

Gegen über 100 Mitglieder und Anhänger der antifaschistischen Organisation „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" laufen zur Zeit Verfahren und Prozesse, bei denen mit Geldstrafen von insgesamt 100000 DM für die Angeklagten zu rechnen ist.

Den Antifaschisten der „Volksfront" wird als „Verbrechen" zur Last gelegt, für die zur Bundestagswahl 1980 zugelassene „Volksfront", Plakate strafbaren Inhalts aufgestellt und verbreitet zu haben.

Einmal handelt es sich um das Plakat „Stoppt Strauß" mit der Losung „gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" und einer Karikatur von Strauß als anstürmendem Stier. Laut Anklage soll dieses Plakat eine Beleidigung von F.J. Strauß darstellen, weil es ihn als einen „von intellektueller Kontrolle im Stich gelassenen" und Vertreter einer „nicht verstandesgemäß angelegten" und von „dumpfer Animalität geprägten" Politik und darüberhinaus als Reaktionär, Faschist und Kriegstreiber kennzeichnen würde.



Das „stern"-Foto





Wir halten ungeachtet unserer persönlichen Beurteilung des Plakates die vorgebrachten Interpretationen der Anklage für nicht gegeben und können auch nicht erkennen, daß die von vielen Künstlern und Karikaturisten angewandte Darstellung von Politikern als Tier – hier in der Form des Stieres – eine strafbare Handlung darstellen soll. Dies umso mehr, als der Stier, ein durchaus positives Symbol für Kraft und Potenz, eher für das Merkmal von Unberechenbarkeit und Unbeherrschtheit steht, von der im Zusammenhang mit dem Politiker Strauß in der Öffentlichkeit wiederholt die Rede war und ist. Und darüberhinaus der sich beleidigt fühlende Herr Strauß sich durch die Beschimpfung von Demonstranten als Tiere und angesehenen Schriftstellern als verabscheuungswürdiges Ungeziefer „Ratten und Schmeißfliegen" hervorgetan hat.

Auch in dem anderen Plakat „Nie wieder Faschismus", dem wegen der einem Original-Pressefoto nachempfundenen grafischen Darstellung eines Polizeieinsatzes in Verbindung mit der programmatischen Losung der Volksfront „Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat" eine Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer Organe vorgeworfen wird, können wir keinen Strafbestand erkennen. Wir sehen auch darin eine berechtigte politische Meinungsäußerung, die vor entsprechenden Entwicklungen und konkreten Erscheinungen warnt.

In der gerichtlichen Verfolgung und Bestrafung der Verteiler dieser Plakate sehen wir eine ungerechtfertigte Einschränkung und Kriminalisierung politischen Engagements und der garantierten Grundrechte der freien Meinungsäußerung, der Freiheit der Presse und Kunst.

Im Interesse der Verteidigung dieser Rechte und Freiheiten fordern wir die sofortige Einstellung aller Verfahren und Freispruch für die angeklagten Antifaschisten der Volksfront. Wir rufen alle Demokraten auf, diese Forderung zu unterstützen und sich ungeachtet ihrer möglichen Differenzen zur Volksfront mit den Betroffenen zu solidarisieren.

Das Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg unterstützt die Forderung nach Einstellung der Verfahren gegen die betroffenen Antifaschisten und Freispruch für die bereits angeklagten. Weitere Unterschriften zu dem oben abgedruckten Aufruf bitte senden an:
Ulrich Leicht, Schaeffleweg 4,
4600 Dortmund 14.

Nürnberg: Knaststrafen
der Stier, ein durchaus positives Symbol für Kraft und Potenz, eher für das Merkmal von Unberechenbarkeit und Unbeherrschtheit steht, von der im Zusammenhang mit dem Politiker Strauß in der Öffentlichkeit wiederholt die Rede war und ist. Und darüberhinaus der sich beleidigt fühlende Herr Strauß sich durch die Beschimpfung von Demonstranten als Tiere und angesehenen Schriftstellern
Das Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg unterstützt die Forderung nach Einstellung der Verfahren gegen die betroffenen Antifaschisten und Freispruch für die bereits angeklagten. Weitere Unterschriften zu dem oben abgedruckten Aufruf bitte senden an:
Ulrich Leicht, Schaeffleweg 4,
4600 Dortmund 14.

RGR-Prozesse: Leon Shachmann freigesprochen!

Am 31. März stand der 27-jährige jüdische Antifaschist Leon Shachmann in Bad Hersfeld vor Gericht. Vorgeworfen wurden ihm ‚Landfriedensbruch' und ‚Nötigung'. Diesem Prozeß werden weitere gegen Antifaschisten folgen (vgl. AK 197), die am 17. Juni letzten Jahres das ‚Deutschlandtreffen' der NPD in Phillipsthal verhindert hatten. In insgesamt 6 Fällen ist bzw. soll, nach Auskunft der Staatsanwaltschaft, Anklage erhoben werden, 4 weitere sind schwebende Verfahren, d.h. es muß nicht unbedingt zur Anklage kommen.

Anklage konstruiert . . .

Leon Shachmann arbeitet seit geraumer Zeit als Photograph in der Bamberger Gegend, u.a. auch für israelische Zeitungen. Sein Hauptaugenmerk gilt diversen neonazistischen Veranstaltungen. Er ist folglich bei den Bamberger NPDlern – die ihn angezeigt haben – kein Unbekannter. Der Prozeß wurde mit der Aussage des NPD-Zeugen Breu (andere als NPD-Zeugen gab es nicht) eröffnet. Er behauptete, von Leon Shachmann mit einer Fototasche verprügelt worden zu sein, trug dabei aber, nach eigenen Aussagen, keinerlei Verletzungen davon. Er selbst war mit einem Regenschirm ausgerüstet, mit dem er, „um sich zu wehren", auf Leon Shachmann einschlug. Aber wie gesagt, nicht Breu stand vor Gericht, sondern der Antifaschist Shachmann. Der verweigerte die Aussage zur Sache und überließ es den NPD-Zeugen, sich in Widersprüche zu verstricken. Breu z.B. erwähnte die Fototasche zum erstenmal bei der Hauptverhandlung, bei den polizeilichen Vernehmungen sei er danach „nicht gefragt" worden. Der Zeuge Schütz glaubte, in der Hand Leon Shachmanns einen Gummiknüppel erspäht zu haben, der sich aber im Laufe der Verhandlung in besagte Fototasche verwandelte. Die anderen Zeugen gaben an, gar nichts gesehen zu haben, sie wollten ihrem Parteifreund Breu wohl einen Gefallen tun. Die Diskrepanz zwischen den Zeugenaussagen in der Hauptverhandlung und bei den polizeilichen Vernehmungen geht auf einen Film der NPD mit dem vielsagenden Titel „Opfer des 17. Juni – kommunistischer Terror finanziert durch Kirche und DGB" zurück. Offensichtlich haben die Zeugen ihre Aussagen mit dem Film in Einklang gebracht. Peinliches kam zur Sprache: Die Bamberger Polizei wohnte einer Privatfilmvorführung in der Wohnung eines NPDlers bei.

gen in der Hauptverhandlung und bei den polizeilichen Vernehmungen geht auf einen Film der NPD mit dem vielsagenden Titel „Opfer des 17. Juni – kommunistischer Terror finanziert durch Kirche und DGB" zurück. Offensichtlich haben die Zeugen ihre Aussagen mit dem Film in Einklang gebracht. Peinliches kam zur Sprache: Die Bamberger Polizei wohnte einer Privatfilmvorführung in der Wohnung eines NPDlers bei.

„Ausländer raus . . ."

Richter Kian entlockte den NPD-Zeugen ein Bekenntnis zu deren antisemitischen bzw. ausländerfeindlichen Sprechchören, mit denen sie die RgR-Demonstranten und speziell den Angeklagten – er ist israelischer Staatsbürger – provozierten.

Neben den widersprüchlichen Aussagen der NPD-Zeugen stützte Shachmanns Rechtsanwalt seine Verteidigung auf den Umstand der Berufsausübung seines Mandanten, der nicht als RgR-Demonstrant, sondern als Photograph in die Gegend von Phillipsthal gekommen sei. Leon Shachmann legte außerdem ein Bekenntnis zum gewaltfreien Protest ab.

Das Plädoyer des Staatsanwaltes Wachter überraschte. Hatte er sich während der Verhandlung fast mucksmäuschenstill verhalten, forderte er nun ohne große Umschweife 6 Monate wegen Landfriedensbruch, da er die „Straftaten Leon Shachmanns für erwiesen" hielt. Hierbei dürfte er mehr einer vorher festgelegten Marschroute als dem konkreten Prozeßverlauf gefolgt sein.

Richter Kian sprach den Angeklagten dennoch frei. Er entschuldigte sich sogar, die Hauptverhandlung überhaupt eröffnet zu haben. Er stellte einen Riesenunterschied zwischen den Ermittlungsakten und den Ergebnissen des Prozesses fest. Zu seiner Haltung dürfte auch die übervolle Pressebank mit beigetragen haben, so waren auch überregionale Blätter wie der „stern" oder die „Frankfurter Rundschau" vertreten, weil sie den Skandal, die mögliche Verurteilung eines jüdischen Antifaschisten, witterten.

Der Freispruch Leon Shachmanns sollte jedoch nicht dazu verleiten, ein ähnliches Urteil für die folgenden Prozesse zu erwarten. Denn einmal können die Angeklagten das Recht der Berufsausübung für sich kaum in Anspruch nehmen, dann sind sie auch keine Juden und außerdem wird die blindwütig ermittelnde Staatsanwaltschaft versuchen, zu für sie greifbaren Ergebnissen zu gelangen, d.h. es sollen Verurteilungen herausspringen. Dafür spricht auch ein skandalöser Vorfall, drei Tage vor dem Shachmann-Prozeß.

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Transparentträger

An diesem Tag demonstrierten etwa 250 Leute aus dem nordhessischen Raum und Göttingen, die meisten jedoch aus Bad Hersfeld. Der in der Nähe lebende Schriftsteller Peter O. Chotjewitz und Pfarrer Käberich solidarisierten sich mit den von Prozessen bedrohten Antifaschisten. Die anwesenden Zivilpolizisten entdeckten bei dieser Kundgebung ein Transparent mit der Aufschrift „Freispruch für alle – sonst gibt's Krawalle". Laut dem Fuldaer Oberstaatsanwalt Matzke erfüllt dieses Transparent den „Verdacht der Nötigung von Rechtspflegeorganen". Gegen die Träger ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Wie hieß es noch auf einem weiteren Transparent: „Antifaschisten vor Gericht – da verliert der RECHTS-Staat sein Gesicht".

KB/Gruppe Kassel

250 Leute aus dem nordhessischen

RGR-Prozesse 17. Juni 1980

Dringender Aufruf

Göttingen, den 3.4.81

Nach ihrer neuerlichen Niederlage beim ‚Deutschlandtreffen' am 17.Juni 1980 in Eschwege/Philipsthal versucht die NPD Massenprozesse gegen Antifaschist(inn)en anzustreben. Gegen 22 Einzelpersonen hat die NPD Anzeige erstattet. Wir bitten alle Antifaschist(inn)en, gegen die Anklage erhoben worden ist oder gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft, sich umgehend mit uns in Verbindung zu setzen.

Wendet euch bitte an:

Ermittlungsausschuß RgR
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Ermittlungsausschuß RgR und Arbeitskreis Antifaschismus (Göttingen)

Aufruf
Über einen Zeitraum von mehreren Monaten mit insgesamt 17 Verhandlungstagen versuchte die Staatsanwaltschaft im Harburger Antifaschistenprozeß die angeklagten NPD-Gegner wegen „Landfriedensbruchs" zu kriminalisieren. Die im Interesse der NPD
lange Verfahren mit allen seinen Begleitproblemen schwer belastet, müssen jetzt die Kosten für die umfangreiche Verteidigerarbeit aufbringen.
Trotz einiger bisher eingegangener Spenden müssen noch DM 2.300 aufgebracht werden. Damit das „dicke

Aufruf

Über einen Zeitraum von mehreren Monaten mit insgesamt 17 Verhandlungstagen versuchte die Staatsanwaltschaft im Harburger Antifaschistenprozeß die angeklagten NPD-Gegner wegen „Landfriedensbruchs" zu kriminalisieren. Die im Interesse der NPD von der Staatsanwaltschaft für dieses Vorhaben aufgebotenen Polizeizeugen erwiesen sich trotz polizeilicher „Zeugenbetreuung" als höchst untauglich. Erst am 17. Verhandlungstag gelang der Verteidigung der Antifaschisten, was nach Meinung kritischer Prozeßbeobachter schon lange fällig war: Die Ablösung des Richters wegen Befangenheit. Der Prozeß wurde damit vorläufig ausgesetzt.

Die Angeklagten, schon durch das lange Verfahren mit allen seinen Begleitproblemen schwer belastet, müssen jetzt die Kosten für die umfangreiche Verteidigerarbeit aufbringen.

Trotz einiger bisher eingegangener Spenden müssen noch DM 2.300 aufgebracht werden. Damit das „dicke Ende" des antifaschistischen Widerstands, die juristische Verfolgung einzelner Antifaschisten, nicht zur „Privatsache" wird, sondern gemeinsame Sache so wie die antifaschistische Aktion, rufen wir zu weiteren Spenden für die Angeklagten auf.

Konto: B. Esselmann
Haspa Konto-Nr.: 108 77 74 137
Stichwort: *„Unterstützung"*

IKAH

Nürnberg: Knaststrafen gegen Antifaschisten!

Fortsetzung von Seite 20

„Gemeint sind wir alle"

Für die Antifaschisten war schon vor der Urteilsverkündung klar, daß es zu recht drastischen Strafen kommen würde – hatte Richter Rühl doch während des gesamten Prozesses stets brav auf den Herrn Oberstaatsanwalt gehört und sich auch nicht eingemischt, wenn Horn z.B. die Fragen der Verteidigung unterbrach. Warum sollte er jetzt beim Urteil so viel anders handeln?

Und so wurde die Urteilsverkündung dann auch, sehr zum Leidwesen der Herren Richter und Staatsanwälte, zur bunten, antifaschistischen Demonstration: Einige Schwule hatten sich toll angezogen und geschminkt, so daß sie bei der üblichen ‚Waffendurchsuchung' sogar als ‚Damen' durchgingen!

Direkt nach der ‚Verkündung' des Urteils – Richter Rühl wollte gerade zur Begründung übergehen – erschienen auf den Pullovern der Zuhörer/innen in der ersten Reihe die Worte „Gemeint sind wir alle", gleichzeitig wurde im total überfüllten Zuhörerraum ein Transparent entrollt: „Unter den Talaren der Muff von 40 Jahren". Geballte Fäuste, die ersten Parolen, das war dem hohen Gericht dann doch zu viel: Richter Rühl erklärte, er werde den Saal räumen lassen. Der Herr Oberstaatsanwalt bekam von einem der Angeklagten noch schnell einen Strauß roter Rosen überreicht – „Rosen für den Staatsanwalt", für einen „ewig Unbelehrbaren", bevor er dann, zusammen mit dem Kollegen Richter, etwas panikartig den Saal verließ. Eine Zeit lang gehörte der Gerichtssaal den Antifaschisten – Parolen nach Freispruch wurden gerufen, das Moorsoldatenlied gesungen.

Bevor die angeordnete Hundertschaft Bullen angerückt war, wurde von den Antifaschisten ‚freiwillig' geräumt, die Angeklagten verzichteten auf die mündliche Urteilsbegründung, und damit war der letzte Prozeßtag etwas ‚unvorschriftsmäßig' zu Ende gegangen.

Dies war erst der Anfang !

Dies war der erste einer Vielzahl von Prozessen gegen Antifaschisten im Zusammenhang mit der NPD-Kundgebung im September vergangenen Jahres. Als nächstes folgen die Prozesse gegen alle Kritiker des Polizeieinsatzes, und es ist zu befürchten, daß sie jetzt nach diesem Urteil, ‚reibungslos' abgeurteilt werden – schließlich ist es für die maßgeblichen Herren nun ‚erwiesen', daß die Polizei sich korrekt verhalten hat, die Antifaschisten Unrecht begangen haben.

Der Logik des Herrn Horn würde es auch entsprechen, von Seiten der Staatsanwaltschaft in die Berufung zu gehen. Es kommt also noch einiges auf uns Nürnberger zu – abgesehen von den bereits verhängten Strafen – so daß wir weiter dringend auf Unterstützung angewiesen sind!

Hier noch einmal das Spendenkonto:

L. Dicke, PschA Nürnberg
Kto.Nr. 217185-855
—Prozeßhilfe—

Und von unseren Forderungen lassen wir uns – unbelehrbar wie wir sind – auch nach diesen Urteilen nicht abbringen:
Freispruch für alle Antifaschisten!
Einstellung aller weiteren Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Antifaschisten!

KB/Gruppe Nürnberg

Sofortige Haftverschonung für Ilse Schwipper

Schmücker-Prozeß beginnt zum dritten Mal

Der dritte Schmücker-Prozeß wird nun, nachdem der BGH das Urteil gegen die fünf Angeklagten abermals aufgehoben hat, am 7.Mai um 9 Uhr im Landgericht Berlin beginnen.

Die Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß hat eine Broschüre herausgegeben, die über die Hintergründe des Prozesses informiert:

Ein Toter von Amts wegen?
Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker
2. ergänzte Auflage – 2,50 DM

zu bestellen bei:

Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß
c/o Anke von Gierke
Waldemarstr. 81
1000 Berlin 36
KtoNr.: 197449-100
PschA Bln West
Kennwort: Schmücker-Prozeß



Zusammenlegung der RAF-Gefangenen — sofort!

Nach über 60 Tagen Hungerstreik der 25 RAF-Gefangenen sind Monika Berberich, Regina Nicolai und Günther Sonnenberg am 6.4. bzw. am 8.4. zusätzlich noch in den Durststreik getreten, um ihren Forderungen nach Haftverbesserung und Freilassung von Günther Sonnenberg und Verena Becker noch mehr Nachdruck zu verleihen. Währenddessen halten die deutschen Staatsschutzbehörden weiterhin an ihrem absolut harten Kurs fest. Rebmanns Kalkulation mit Toten in diesem Hungerstreik scheint sich in den nächsten Tagen zu erfüllen, Für die hungernden Gefangenen spitzt sich die Situation dramatisch zu: Rolf Heissler, Sieglinde Hoffman, Gabriele Rollnick, Knut Folkerts, Christiane Kuby, Annerose Reiche, Inga Hochstein, Irmgard Möller und Andreas Vogel schweben in Lebensgefahr. Am 7.4. erklärten die Anwälte von Andreas Vogel, „ihr Mandant befinde sich in akuter Lebensgefahr. Der Tod könne jederzeit eintreten. Der 1,76 Meter große Mann wiege nur noch 45 Kilogramm, die Herzfrequenz betrage lediglich 35 Schläge pro Minute. Nieren- und Leberfunktion seien gestört. Auch leide er unter zeitweiliger Bewußtlosigkeit. Mit ‚hoher Wahrscheinlichkeit' seien bereits irreparable Schäden eingetreten, da ‚sein Herzmuskel und sein Gehirn der letzten Eiweißreserven' verlustig gehen" („Volksblatt Berlin", 8.4.). Ein Antrag, Andreas Vogel in ein öffentliches Krankenhaus zu verlegen, ist mit Hinweis auf seine „Gefährlichkeit" abgelehnt worden.

Die bundesdeutschen Behörden werden sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß sie mit kühlem Kalkül auf den Tod der Gefangenen aus der RAF hinsteuern, wenn jetzt nicht sofort die Forderungen der Gefangenen erfüllt werden:

– Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen der RAF, das bedeutet Zusammenlegung der Gefangenen zu lebens- und arbeitsfähigen Gruppen,
– Freilassung von Günter Sonnenberg und Verena Becker,
– Kontrolle der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission.



Angehörige der Hungerstreikenden bei ihrer spektakulären Protestaktion in Bonn

Ärzte geben auf

In Westberlin haben die anstaltsexternen ärztlichen „Intensivpflegeteams" zur medizinischen Behandlung der Hungerstreikenden ihre Arbeit aufgegeben. Justizsenator Meyer erzählte der Presse auch gleich warum: weil die Gefangenen eine „ausreichende medizinische Behandlung" nicht zuließen. Dies aber ist nur die halbe Wahrheit. Sieben Chefärzte Westberliner Krankenhäuser, die seit dem 19.3. die verantwortliche Betreuung von sechs Gefangenen übernommen hatten, erklärten dazu, sie seien nicht länger bereit, *„die Verantwortung für eine Situation zu tragen, deren Lösung allein auf politischer Ebene zu suchen ist"*; die letzten Wochen seien *„nicht genutzt worden, um eine entscheidende Änderung der Situation herbeizuführen"*, die politisch Verantwortlichen sollten ihre Haltung zu den Hungerstreikforderungen überprüfen und *„zu den möglichen Folgen ins Verhältnis setzen"* („TAZ", 3.4.81).

Die infragekommenden Ärzte in Westberlin hatten von Anfang an eine medizinische „Behandlung" gegen den Willen der Hungerstreikenden - insbesondere auch die Zwangsernährung - abgelehnt. Ende März schrieben 93 Westberliner Ärzte in einem Offenen Brief an Bundesjustizminister Schmude u.a.: *„Das Verhalten zahlreicher Justizbehörden der Länder und des Generalbundesanwalts deuten darauf hin, daß sie eher bereit sind, den Tod der Häftlinge in Kauf zu nehmen, als die Haftbedingungen zu ändern, obwohl seit langem von namhaften Persönlichkeiten und humanitären Organisationen festgestellt wird, daß diese Bedingungen zu einer seelischen und körperlichen Zerstörung der Gefangenen führen.*

Mit Empörung haben wir vernommen, daß die Behörden in einzelnen Ländern Ärzte gefunden haben, die auf Wunsch der staatlichen Instan-

Mit Empörung haben wir vernommen, daß die Behörden in einzelnen Ländern Ärzte gefunden haben, die auf Wunsch der staatlichen Instan-
zen Häftlinge vergewaltigen, indem sie eine Zwangsernährung durchführen. Viele von uns haben sich bereiterklärt, die Ärzte in den Berliner Haftanstalten zu unterstützen, wenn bei den Gefangenen ein lebensbedrohlicher Zustand eintritt. Wir wissen aber - und haben es seit Wochen nachdrücklich öffentlich erklärt - daß diese Unterstützung den Tod eines Menschen nicht sicher verhindern kann.

Wir können in keinem Fall akzeptieren, daß die Justizbehörden - im Wissen um unsere Hilfe - keine Anstalten machen, die wesentlichen Hafterleichterungen zu gewähren; stattdessen versuchen sie, die Verantwortung für die Häftlinge auf die Ärzte abzuwälzen" („TAZ", 30.3.81).

Diesem Brief hat sich auch die „Vereinigung Berliner Strafverteidiger" angeschlossen („Tagesspiegel", 2.4.).

Die „Zugeständnisse" des Senators Meyer

Während in Westdeutschland nach wie vor all diese Proteste schlicht ignoriert werden, bemüht sich Westberlins Justizsenator Meyer immerhin, mit seinen altbekannten Vorwänden und Behauptungen die Isolation im Hochsicherheitstrakt zu rechtfertigen und sich mit lächerlichen „Angeboten" in der Öffentlichkeit verhandlungsbereit zu geben:

Eine „Isolationspraxis" gebe es im Hochsicherheitstrakt gar nicht, da die Gefangenen dort in Gruppen von drei bis fünf Personen von 14 - 22Uhr zusammen sein könnten, zwei Stunden Hofgang hätten, Zeitungen und Bücher besäßen, Radio hören und fernsehen, Besuche von Anwälten und Bekannten/Angehörigen bekommen könnten. Von den nachgewiesenen und bekannten Auswirkungen der Kleingruppenisolation, von der Totalüberwachung durch Videokameras und Richtmikrofone, von der architektonischen Totalabschottung zum übrigen Knast (akustisch und optisch), von Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen und (willkürlich) auch bei Privatbesuchen usw. usf. ist keine Rede.

Zwar soll nun - nach dem Hungerstreik - Schallisolierung und Beleuchtungsanlage *„umgebaut"*, der Zusammenschluß um zwei Stunden verlängert, eine „Teeküche" und ein Gymnastikraum eingerichtet, auf dem Hof eine Rasenfläche angelegt und Hanna Krabbe nach Westberlin verlegt werden („Tsp.", 1.4.81); aber, so Meyer, größere Gruppen werde es nicht ge-

nastikraum eingerichtet, auf dem Hof eine Rasenfläche angelegt und Hanna Krabbe nach Westberlin verlegt werden („Tsp.", 1.4.81); aber, so Meyer, größere Gruppen werde es nicht ge-
ben, da dadurch *„nur der Fortbestand der terroristischen RAF gefördert"* würde und die Gefahr einer *„Befehlszentrale der RAF"* bestünde („Volksblatt Berlin", 1.4.).

Mit kleinsten „Zugeständnissen" hatte der Justizsenator schon bei Belegung des Hochsicherheitstraktes sich als „gesprächsbereit" zeigen wollen, ohne den Trakt in seinem W e s e n und seiner Grausamkeit grundsätzlich in Frage stellen zu lassen. So hatte er versprochen, sich bei der *„unglücklichen"* Farbzusammenstellung der Wandtünche im Trakt was *„einfallen zu lassen"*; auch hatte er damals schon eine Veränderung der Beleuchtung in Aussicht gestellt, da er gehört habe, daß zuviel Neonlicht zum Haarausfall führen könnte (s. AK 170). Geschehen ist von all dem freilich n i c h t s !

Nach seinen jetzigen Versprechungen *„betonte (Meyer) abschließend, er sei zu weiteren Zugeständnissen nicht bereit... Eine Fortsetzung des Hungerstreiks würde nur das Leben der Streikenden gefährden und die Einhaltung der jetzigen Zusagen in Frage stellen"* („Volksbl. Bln.", 1.4.). Friß Vogel oder stirb...

Vorbereitungen auf den ersten Tod

Unterdessen bereitet sich Westberlins Polizeipräsident Hübner auf den Tod von Gefangenen vor. Justizsenator Meyer intervenierte deshalb, als die Staatsanwaltschaft mal wieder eine Durchsuchungs-Räumung in einem besetzten Haus durchführen wollte: es werde nämlich in der Stadt zu *„umfangreichen, emotional bedingten Aktionen"* kommen, wenn der Hungerstreik zu einem Todesfall führen sollte; *„Polizeipräsident Hübner habe mitgeteilt, daß die Polizei sich nur auf mögliche Auseinandersetzungen im Falle der Zuspitzung des Hungerstreiks o d e r auf Aktionen der Hausbesetzerszene nach einer eventuellen Durchsuchung beziehungsweise Räumung vorbereiten könne, nicht aber auf die Beherrschung der Folgen beider Ereignisse zugleich"* („Tsp.", 2.4.).

Weitere 129a-Verfahren wegen Unterstützung des Hungerstreiks

Schon nach wenigen Stunden räumten die Bullen in Frankfurt am 28.3. die SPD-Ausstellung „Widerstand im Faschismus 33-45", die zur Unterstützung des Hungerstreiks von über 50 Leuten besetzt worden war. Obwohl es *„Zwischenfälle nicht gege-*

die SPD-Ausstellung „Widerstand im Faschismus 33-45", die zur Unterstützung des Hungerstreiks von über 50 Leuten besetzt worden war. Obwohl es *„Zwischenfälle nicht gege-*
ben" habe, wird gegen die Besetzer wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a StGB) ermittelt („Berl. Morgenpost", 29.3. 81).

Ein weiteres Verfahren nach § 129a läuft nach vorübergehender Festnahme jetzt auch gegen neun Angehörige von Hungerstreikenden, weil sie sich nach argentinischem Vorbild am 2.4. in Bonn an einen gemieteten Lastwagen gekettet und (vergeblich) ein Gespräch mit Bundesjustizminister Schmude gefordert haben („Tsp.", 3.4.81).

Nachdem sie in der Nacht zum 5. April auf der Autobahn Heilbronn-Stuttgart Parolen wie „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen - sofort" auf mehrere Straßenschilder geschrieben hatten, wurden 10 Leute verhaftet („Volksblatt Berlin", 8.4.). Mittlerweile sind sie dem Haftrichter am Bundesgerichtshof vorgeführt worden und sitzen jetzt wegen „Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" in Stuttgart Stammheim. Wenige Tage vorher wurden zwei Menschen in Frankfurt festgenommen - ermittelt wird ebenfalls nach § 129a („TAZ", 6.4.). Bislang ist die Zahl der in diesem Hungerstreik Inhaftierten, gegen die alle wegen „Unterstützung einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung" ermittelt wird, auf über 20 gestiegen, dazu kommen noch die 9 Ermittlungsverfahren gegen die Mütter und Geschwister, die sich an der Aktion in Bonn beteiligt hatten. Damit hat die Kriminalisierung derjenigen, die sich der staatlichen Nachrichtensperre nicht beugen, ein bislang nicht gekanntes Maß erreicht.

Solidaritätsaktionen

Während die Lage in den Haftanstalten für die RAF-Gefangenen immer bedrohlicher wird, kommt draußen an Solidaritätsaktionen jetzt einiges mehr in Gang als zu Beginn des Hungerstreiks. Neben der Aktion der Verwandten in Bonn, wurde wieder ein Theaterbesuch in Wiesbaden zur Diskussion um den Hungerstreik umfunktioniert („TAZ", 8.4.). In Brüssel wurde das Spiegel-Büro besetzt und gefordert, *„die Forderungen nach verbesserten Haftbedingungen für die Gefangenen im Magazin abzudrucken"* („Süddeutsche Zeitung, 9.4.81). Auch im Ausland hat sich jetzt einiges getan: Der Präsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, Joe Nordmann, hat für seine Vereinigung ein Telegramm dem UNO-Generalsekretär Waldheim geschickt. *„Darin be-*

Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, Joe Nordmann, hat für seine Vereinigung ein Telegramm dem UNO-Generalsekretär Waldheim geschickt. *„Darin be-*
steht diese Juristenvereinigung auf der Wahrung der geistigen und körperlichen sowie der intellektuellen Integrität der politischen Gefangenen aus der RAF" („TAZ", 9.4.81). In Frankreich haben sich neben Anwälten auch "Vertreter der Kirchen und humanitärer Organisationen" zu den Haftbedingungen der drei im Juli vergangenen Jahres an die BRD ausgelieferten Frauen ihre „tiefe Besorgnis" ausgedrückt. *„Dabei wies die Delegation einen Botschaftsvertreter auf die ihrer Ansicht nach bestehende akute Lebensgefahr hin"* („TAZ", 6.4.)

Auch Helmut Frenz, Generalsekretär von amnesty international in der BRD, *„hat erneut auf die 'nicht mehr menschlichen Haftbedingungen' für die ... im Hungerstreik befindlichen Mitglieder der RAF hingewiesen"* und erinnert sich an *„anerkannte Gutachten auf die sich 'amnesty' stütze"* („FR", 31.3.).

Nicht unerwähnt sollen auch verschiedenen Anschläge bleiben, die in Verbindung mit dem Hungerstreik stehen, so z.B. in Giessen und Frankfurt auf Büros der amerikanischen Streitkräfte („FR", 4.4.81). Am 8. April brannte in Frankfurt ein Kaufhaus. In einem Brief der Revolutionären Zellen an die Frankfurter Rundschau heißt es dazu: *„Um Öffentlichkeit über den Hungerstreik zu erzwingen und der geplanten Liquidation der Gefangenen aus der RAF etwas entgegenzusetzen, haben wir heute abend im Kaufhof auf der Zeil Feuer gelegt"* („FR", 9.4.81). *„In einem weiteren Absatz des Bekennerschreibens wird die ‚revolutionäre Linke, die sich weder mit der Politik der RAF noch mit der Hungerstreikforderung nach Anwendung der Genfer Konvention identifizieren kann", zur Entwicklung eigener Inhalte, Strukturen und Strategien' aufgefordert, die sich gegen die Haftbedingungen richten sollen"* („FR", 9.4.81).

Neben diesen erfreulichen Zeichen der Solidarität ist jetzt ein Telegramm der MLN (Movimento de Liberacion Nacional), der bewaffneten revolutionären Organisation Uruguays vom 18.3. bekannt geworden: *„Genossinnen und Genossen, wir haben erfahren, daß Gefangene aus der Roten Armee Fraktion in den westdeutschen Kerkern gegenwärtig im Hungerstreik sind, um ihren Forderungen nach Zusammenlegung in Gruppen innerhalb der Gefängnisse, Freilassung von Günther Sonnenberg zur medizinischen Behandlung und Anerkennung ihres politischen Status durch die regierende Bourgeoisie Nachdruck zu verleihen. Unsere Organisation war stets solidarisch mit den deutschen Kämpfern und politischen Gefangenen und bewundert schon lange den schwierigen Kampf des deutschen Volkes gegen Kapitalismus, Imperialismus und die Wiedervereinigung auf sozialistischer Basis. Besonders bewundert haben wir die Aktionen der deutschen Massen gegen alle Formen von Unterdrückung, Faschismus und ausländische Agression. Wir haben vor allem die RAF in ihrem Kampf für Gleichheit und gegen Klassenausbeutung unterstützt. Daraus folgend klagen wir die Nazi-Attacken der herrschenden Faschisten gegen die politischen Gefangenen aus der RAF an; ihre Isolierung, Folterung und Ermordung. Wir unterstützen ihre gerechte Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention und die sich darauf beziehenden Resolutionen der Vereinten Nationen. Nehmt unsere Solidarität entgegen und übermittelt diese Botschaft den Familien der deutschen Kriegsgefangenen und bringt der Regierung unsere Verachtung gegenüber ihren Hitler-Methoden zum Ausdruck"* („TAZ", 18.3.81).

Eine Genossin der Westberliner Anti-Repressionskommission des KB

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Seit dem 31.3. sind in den Gefängnissen von Amsterdam, Arnhem, Breda, Leeuwarden und Maastricht niederländische Kriegsdienstverweigerer in den Hungerstreik getreten. Mit ihrer Aktion protestieren sie gegen die Behandlung der republikanischen Gefangenen in Nord-Irland und der politischen Häftlinge in der BRD. Vor den Gefängnissen fanden am 4. und 6.4. kleinere Solidaritätsdemonstrationen statt, an denen Mitglieder der „Vereinigung Kriegsdienstverweigerer" und der anti-militaristischen Aktionsgruppe „Onkruit" teilnahmen („de Volkskrant", 7.4.81)

Niederlande-Kommission

Verfolgung nach §129a bei Verbreitung von Erklärungen zum Hungerstreik

Das "Sonder-Info-BUG zum Hungerstreik" wurde vor 14 Tagen in zwei Buchläden und einem Kiosk beschlagnahmt. Da wurde die Beschlagnahme nur lapidar mit einem Beschluß der Bundesanwaltschaft begründet. Nun wurde allen drei Stellen ein Schreiben zugesandt, daß gegen sie ein Verfahren nach §129a eingeleit et worden sei. Ein viertes Ermittlungsverfahren ist gegen "Unbekannt" eingeleitet worden.



Drinnen und draußen — ein Kampf!

Die Besetzung der AK-Technik durch einige Hamburger Gruppen wurde von Genossen der AK-Redaktion zum Anlaß genommen, einen Teil der westdeutschen Linken - gemeint sind wohl die sog. „Antifas" - in grundsätzlicher - und allgemeinster Weise - zu kritisieren. In ihrer Erklärung „Solidarität ist unteilbar" nennen die Benutzer-Besetzer als Gründe für ihre Aktion die Nicht-Teilnahme des KB an einer Hamburger Hungerstreik-Demonstration. Sie folgern daraus: Der KB falle mit seinem Nicht-Verhalten *„einer sich gerade formierenden Bewegung zum Hungerstreik in Hamburg in den Rücken"*. Frau kann natürlich geteilter Meinung darüber sein, ob so etwas wie eine Bewegung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in Hamburg existiert, oder sei es auch nur ein Ansatz davon. Aber gespannt wurde ich dann doch, warum unsere Hamburger Genossen/innen sich an dieser Demonstration nicht beteiligt haben. Meine Neugierde steigerte sich dann noch, als ich in der Benutzer-Erklärung einige Zeilen weiter lesen mußte, daß es bei der Vorbereitung der Aktionen zum Hungerstreik der irischen politischen Gefangenen vor einigen Monaten schon zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit gekommen war.

Leider findet sich in der Erklärung des „Kommunistischen Bundes" zu diesen Vorkommnissen kaum ein Wort. Die geneigte Leserin wird mit einem Halbsatz abgespeist, der Interpretationen in vielerlei Richtungen möglich macht: *„...unsere Nicht-Teilnahme an einer bestimmten Aktion in Hamburg generell sofort als ‚Nicht-Verhalten' zu klassifizieren, obwohl ihr es besser wißt"*. Gerade ein konkretes Eingehen auf die Kritik der Benutzer weist die unzulässigen Verallgemeinerungen dieser Gruppen - *„Die Organisation wird damit Teil der Entsolidarisierungsstrategie des Staats"* - doch erheblich besser zurück als eure Flucht in die - genau so unzulässige - total allgemein gehaltene Kritik an den Benutzern.

Unter der Überschrift „Wir stimmen aber nicht mit euch überein" werft ihr den Benutzern vor, sie machten *„die Identifizierung mit den politischen Standpunkten einiger, nicht einmal aller Gefangener, nämlich der RAF, zum Ausgangspunkt der Solidaritätsarbeit"*. In der Benutzererklärung selbst findet sich nur gar nichts, was diesen Vorwurf rechtfertigen könnte. Das scheint auch den Verfassern der KB-Erklärung schon gedämmert zu haben, und so greifen sie als ‚Beleg' für ihre gewagte These zu der Parole „Drinnen und draußen - ein Kampf". Diese Parole sagt nun viel über Solidarität aus - und noch mehr über diejenigen, die sich von dieser Parole distanzieren - als ‚Beweis' aber für „Identifizierung" mit RAF-Politik ist sie nur noch peinlich.

Weiterhin kritisiert ihr an den Benutzern, „daß die Propagierung der

Parole distanzieren - als ‚Beweis' aber für „Identifizierung" mit RAF-Politik ist sie nur noch peinlich.

Weiterhin kritisiert ihr an den Benutzern, „daß die Propagierung der

‚Widerstands-Parole' und die daran geknüpften Aktionsformen immer wieder erneut anderen Gruppen/Menschen als Voraussetzung vorgeknallt" wird. Lange habe ich hin und her überlegt, was ihr mit „Widerstands-Parole" meint und bin dann doch noch zu einem Ergebnis gekommen. *„Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht"* - ist es das, was ihr meint? Und diese wie auch immer genau formulierte ‚Widerstands-Parole' wird anderen Menschen vorgeknallt - das ist aber auch zu gemein ! Ich kann daran nun gar nichts Schreckliches finden - aber vielleicht könnt ihr ja noch mal genauer erklären, was ihr nun damit gemeint habt.

Während die bislang von mir aufgeführten Faux-pas' eurer Erklärung noch mit Vokabeln wie peinlich oder auch töricht hinreichend qualifiziert sind, bleibt einem bei folgender Passage eurer Erklärung einfach nur noch die Luft weg: *„Wenn ihr nicht endlich bereit seid, jede Form von Solidarität auf allen möglichen Ebenen zu akzeptieren, selbst sogar zu propagieren und ggfls. mit zu organisieren - auch da wo sie kritische Distanz zu den von den Gefangenen oder von euch vertretenen Inhalten hat* -werdet ihr in Zukunft nicht viel mehr sein können als der ‚legale Arm' der RAF *(bzw. eures eigenen Verständnisses von der Politik der RAF), nicht aber Zentrum der Solidaritätsarbeit für das Überleben der politischen Gefangenen"*. Einem Teil der Linken - in diesem Fall den Hamburger Gruppen, die für die Benutzer-Erklärung verantwortlich zeichnen - vor die Füße zu knallen, sie würden sich zum „legalen Arm der RAF" entwickeln (und nichts anders macht ihr, trotz aller geschickt ‚entschärfenden' Formulierungen von wegen „Zukunft" und „können"), ist Denunziation reinsten Wassers. Und dabei spielt es überhaupt keine Geige, ob einige Leute - die Benutzer oder sonstwer - tatsächlich oder nach eurem eigenen Verständnis, Sympathisanten der RAF sind oder nicht. Es dürfte auch euch bekannt sein, daß während des jetzt laufenden Hungerstreiks der politischen Gefangenen Menschen, die sich für die Forderungen der Gefangenen einsetzen, in einem bisher noch nicht dagewesenen Maß kriminalisiert werden. Im süddeutschen Raum sind es mit den 10 Verhafteten vom 5.4. mittlerweile 21 Leute, die wegen angeblicher Unterstützung einer „kriminellen" (§ 129) oder „terroristischen" Vereinigung (§ 129a) im Knast verschwunden sind - konkreter Anlaß: Parolen sprühen, Flugblätter verteilen usw. In dieser Situation gebt ihr mit eurer Denunziation, die Benutzer könnten der legale Arm der RAF werden, die Genossen zum Abschuß für die Bullen frei. Wenn ihr diese Position aufrecht halten wollt, dann haben die Besetzer leider Recht, wenn sie euch Entsolidarisierung vorwerfen. Nicht nur das - ihr würdet dann allerdings im Heroldschen Anti-Terror-Motto „Entsolidarisieren, Isolieren, Eliminieren" schon gefährlich nah an Punkt II „Isolieren" herankommen. Diese Denunziation der Hamburger Gruppen könnt ihr sicher nicht mehr ungeschehen machen - was ihr noch machen könnt - und auch müßt -, ist eine selbstkritische Reflektion eurer Vorgehensweise.

Schon einmal habt ihr zu einem Zeitpunkt, wo sich die Situation für die politischen Gefangenen extrem zuspitzte, wild um euch geschlagen – damals allerdings auch gegen die Gefangenen. Im August '77 war die durch den Hungerstreik erreichte größere Gruppe im 7.Stock in Stammheim durch einen Bullenüberfall gezielt wieder zerschlagen worden, die RAF-Gefangenen reagierten mit einem Hunger- und Durststreik. Sie kamen zu der Einschätzung: *„Die Zellen werden dicht gemacht, um die Gefangenen unter totaler Verfügungsgewalt des Staatsschutzes und außerhalb jeglicher öffentlicher Kontrolle zu ermorden"* (AK 111, S.2). Den Gefangenen antwortetet ihr damals: *„Diese Einschätzung ist hysterisch und in sich selbst unlogisch... Daß Rebmann & Co. die 'Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage' planen, halten wir für eine absurde These"* (AK 111). Nach dem 18.Oktober 1977, den „Selbstmorden" von Stammheim, mußtet ihr diese „Einschätzung" zwangsläufig zurücknehmen. Den Hauptschlag setztet ihr damals gegen die Menschen, die die RAF-Gefangenen in ihrem Kampf unterstützten. *„Es ist verständlich, daß die Genossen im Knast eine falsche politische 'Optik' bekommen haben. Zu kritisieren sind aber ihre Freunde draußen und ihre Anwälte, die entweder selbst zu naiv oder aber – schlimmer noch – zu feige sind, um den wirklichkeitsfremden Einschätzungen der Genossen im Knast zu widersprechen und sich damit auseinander zu setzen. Parolen*

oder aber – schlimmer noch – zu feige sind, um den wirklichkeitsfremden Einschätzungen der Genossen im Knast zu widersprechen und sich damit auseinander zu setzen. Parolen

wie die angeblich bevorstehende „Endlösung" wirken – darüber sollten sich die Genossen klar werden – in der demokratischen Öffentlichkeit überzogen und unglaubwürdig, stoßen ab, verstärken die Isolierung der Genossen im Knast" (AK 111, S.2). Die Parallelen zwischen eurem Artikel 1977 und der jetzigen Erklärung sind offenkundig – ich hoffe auch für euch. In der Sache „Endlösung in Stammheim" mußtet ihr 1977 Selbstkritik leisten, in der Frage, wie ihr an die „Freunde" der RAF-Gefangenen herangeht, habt ihr das damals nicht gemacht und prompt kommt es heute wieder in ähnlicher Form. Und beide Male in einer Situation, wo die Gefangenen noch mehr als sonst auf unsere gemeinsame uneingeschränkte Solidarität angewiesen sind.

Karl-Heinz Roth sagte, laut TAZ vom 3.4.81, auf einer Hamburger Veranstaltung: Er *„appellierte an alle politischen linken Organisationen, angesichts der zugespitzten Lage und der Haltung der Bundesregierung wie der Bundesanwaltschaft, die den Tod der Hungerstreikenden einkalkulieren, ihre Konflikte und Auseinandersetzungen hintenanzustellen und gemeinsam für die Forderungen der Gefangenen einzutreten, um ihr Leben zu retten"* (TAZ, 3.4.81). Ich denke, das gilt nicht nur für die Hamburger Gruppen, die die Technik besetzt haben, sondern auch gerade für uns bzw. für euch. Sicherlich ist eine Voraussetzung für einen gemeinsamen Kampf mit allen, die das Leben der politischen Gefangenen schützen wollen, daß ihr eure Erklärung selbstkritisch überdenkt, zumindest aber sofort von der Ebene der Denunziation runterkommt.

Eine Genossin der Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB

Erklärungen zum Hungerstreik

Erklärung von 17 Verteidigern der im Hungerstreik befindlichen Gefangenen vom 16.3.1981

(...)
Positive Veränderungen für die Gefangenen konnten bislang, nach unserer Kenntnis nur durch Hunger- und Durststreiks erreicht werden. 1977: vorübergehende Bildung einer Gruppe von Gefangenen in Stammheim; 1980: Verlegung von Irmgard Möller nach Lübeck sowie die Veränderung der Bedingungen im Trakt dort selbst.

Aus dieser Erfahrung und dieser Situation haben sich die Gefangenen aus der RAF entschlossen, mit ihrem einzigen Mittel, dem kollektiven Hungerstreik, ihre Identität zu wahren und sich Bedingungen zu erkämpfen, in denen sie gemeinsam leben können. (...)

Die Verteidiger der Gefangenen aus der RAF sehen ihre Aufgabe u.a. darin, dem zentral koordinierten Haftprogramm gegen die Gefangenen mit dem Austausch von Erfahrungen über die differenzierte Anwendung dieses Programmes zu begegnen, um dem einzelnen Gefangenen die Auseinandersetzung mit seiner Haftsituation zu erleichtern, und Wege und Möglichkeiten der Verbesserung zu finden. Diese Aufgabe der Verteidigung ist umso dringlicher, als die zuständigen Gerichte dahin tendieren, den Schutz, den Grundrechte geben sollen — das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit — zugunsten angeblicher Sicherheitserfordernisse aufzugeben. Nach Art. 3 Menschenrechtskonvention darf niemand der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden. (...)

Frankfurt, den 16. März 1981

Frank Asner, Rechtsanwalt, Berlin
Thomas Eissing, Rechtsanwalt, Hamburg
Thomas Fischer, Rechtsanwalt, Stuttgart
Helmut Funke, Rechtsanwalt, Frankfurt/M
Norbert Jesdtka, Rechtsanwalt, Frankfurt/M

Michael Kern, Rechtsanwalt, Berlin
Rainer Koch, Rechtsanwalt, Frankfurt/M
Axel Kolbach, Rechtsanwalt, Frankfurt/M
Michael Nitschke, Rechtsanwalt, Hamburg
Franziska Piontek, Rechtsanwältin, Hamburg

Ulrich Roeder, Rechtsanwalt, Darmstadt
Ernst Ronte, Rechtsanwalt, Frankfurt/M
Bernd Rosenkranz, Rechtsanwalt, Hamburg
Wolfgang Schmid, Rechtsanwalt, Essen
Peter Tode, Rechtsanwalt, Hamburg
Gernot Werschak, Rechtsanwalt, Ludwigshafen

Reinhard Zimmermann, Rechtsanwalt, Bochum

Erklärung zum Hungerstreik

(die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Darmstädter Konferenz am 21. - 22. März 1981 in Hamburg)

Hinter den Mauern der Gefängnisse und des öffentlichen Schweigens in der

mer der Darmstädter Konferenz am 21. - 22. März 1981 in Hamburg)

Hinter den Mauern der Gefängnisse und des öffentlichen Schweigens in der

BRD und Westberlin droht Menschen der Tod. Seit Anfang Februar wehren sich deshalb politische und soziale Gefangene durch einen Hungerstreik. Sie fordern die Aufhebung der Isolationshaft, die ihre Gesundheit und ihre Identität zerstört. Der Hungerstreik ist ihnen die einzige Möglichkeit, ihr Leben in den eigenen Händen zu behalten, aber zugleich damit droht ihnen der Verlust ihres Lebens. Ihre Aktion gegen die Isolation ist gerade der Ausdruck ihrer Identität, die unter der Isolation gebrochen werden soll.

Durch subtile Foltermethoden wie die Totalüberwachung und die Totalisolation sollen Menschen in ihrem Widerstand gebrochen werden, wobei auch ihr Tod billigend in Kauf genommen wird. Denn solange Menschen miteinander sprechen, sich berühren, sich ansehen oder auch nur hören, können sie ihre Identität wahren. Deshalb nennen die hungerstreikenden Gefangenen ihre Haftbedingungen Isolationsfolter und Vernichtungshaft: Sie sollen geistig, seelisch und schließlich physisch vernichtet werden. Welche Spuren die jahrelange Isolation bei den Gefangenen hinterlassen hat, zeigt sich daran, daß sie bereits in der vierten Woche ihres Hungerstreikes so geschwächt waren wie vordem im Frühjahr 1979 in der achten oder neunten Woche.

Der Staat hat kein Recht, Menschen zu vernichten.

Seit einigen Jahren beobachten wir eine zunehmende Perversion des dem Staat zugesprochenen Gewaltmonopols. Wir halten die Mißhandlung der Gefangenen für symptomatisch für die Vorgehensweise des Staates gegen alle Kritiker und Opponenten. So wird die Unterstützung des Hungerstreiks beziehungsweise der Forderungen der Gefangenen immer stärker kriminalisiert. Deshalb konnten auch die Medien den Hungerstreik in den ersten Wochen nahezu ignorieren.

Heute erleben wir, wie jede Form von Widerstand gegen einen drohenden Atomkrieg, gegen Atomkraftwerke, Mietwucher u.a. unterschiedslos gewaltsam niedergedrückt wird:
— Die Besetzung des Bohrloches 1004 im Wendland
— Die Hausbesetzungen in Westberlin, Freiburg, Göttingen, Nürnberg, Hamburg und anderswo
— Die gewaltfreien Blockaden der Zufahrtswege nach Brokdorf
— Die Aktionen gegen öffentliche Soldatenvereidigungen und andere Formen des Widerstandes gegen die Kriegsvorbereitung und die Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche

Gleichzeitig läuft der Versuch der totalen Erfassung und Überwachung oppositioneller Gruppen oder Einzelner durch Rasterfahndung.

Die Angst vor der Kriminalisierung und das Gefühl der Vereinnahmung unter Funktionalisierung hat uns bei allen unseren bisherigen Äußerungen zum Hungerstreik begleitet und zum Teil auch gelähmt. Wie wir aber angefangen haben, die uns möglichen Formen des Widerstandes zu realisieren, so werden wir auch anderen Menschen ihre Widerstandsformen nicht vorschreiben, sondern können den Hungerstreik als Teil eines gemeinsamen Widerstandes begreifen. In diesem Sinne treten wir ein für das Recht der Gefangenen auf ihre persönliche und politische Identität und unterstützen ihre Forderungen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Darmstädter Konferenz am 21. - 22. März 1981 in Hamburg
(Die „Darmstädter Konferenz" ist ein nationaler Zusammenschluß kirchenoppositioneller Gruppen)

amnesty international

Die Stellungnahme von amnesty international zu den Haftbedingungen von Menschen, die in der BRD politisch motivierter Verbrechen verdächtigt oder deswegen verurteilt sind, wurde im Mai 1980 in einer Dokumentation veröffentlicht.

Bezüglich des Hungerstreiks hat amnesty am 13. März 1981 an die Behörden geschrieben und seine Position unterstrichen.

Auszug aus der Dokumentation

„Die Delegierten empfehlen, einen Ausschuß zu schaffen, der den Bundes- und Länderbehörden sowohl in allgemeinen wie in individuellen Fällen unabhängigen Rat in Fragen der Haftbedingungen für Personen, die wegen politisch motivierter Verbrechen inhaftiert sind, geben können. Eine besondere Überlegung der Delegierten, die

unabhängigen Rat in Fragen der Haftbedingungen für Personen, die wegen politisch motivierter Verbrechen inhaftiert sind, geben können. Eine besondere Überlegung der Delegierten, die

zu dieser Empfehlung führte, war, daß trotz der geäußerten Bereitschaft der Behörden, nach Wegen zu suchen, um die Isolation dieser Häftlinge zu verringern, die Bundesbehörden den Delegierten mitteilten, daß die Häftlinge jeglichen Kontakt mit den Behörden zurückwiesen. Die Delegierten glauben, daß es die Suche nach Alternativen zur Isolationshaft und Kleingruppenisolation als reguläre Haftformen erleichtern würde, wenn die Bundes- und Landesbehörden von einem Ausschuß beraten würden, der das Vertrauen sowohl der Häftlinge wie der Behörden besitzt. Der Ausschuß sollte in der Lage sein, die ärztliche Untersuchung der Häftlinge anzuordnen."

Presseerklärung Zum Hungerstreik von 36 Gefangenen in bundesrepublikanischen Strafvollzugsanstalten

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
An der Gasse 1
6121 Sensbachtal

Dautphetal-Buchenau, 20. März 1981 — Das Komitee für Grundrechte und Demokratie nimmt mit großer Besorgnis Presseberichte zur Kenntnis, nach denen sich bereits mehrere der seit dem 2. Februar 1981 im Hungerstreik befindlichen 36 Gefangenen in einer bedrohlichen gesundheitlichen Verfassung befinden; danach kann das Eintreten von Lebensgefahr in einigen Fällen nicht länger ausgeschlossen werden. Denselben Presseberichten ist zu entnehmen, daß die verantwortlichen Behörden bislang mit keinerlei Gesprächsbereitschaft auf die Aktionen der Gefangenen reagiert haben. In einzelnen Fällen ist es vielmehr zur Zwangsernährung gekommen, bei deren Durchführung nach Auskunft der Rechtsanwälte vor Gewaltanwendung und Schlägen nicht zurückgeschreckt wurde. Besonders gelagert sind offenkundig die Fälle von Verena Becker und Günter Sonnenberg, bei denen aufgrund ihrer nicht durch den Hungerstreik entstandenen gesundheitlichen Verfassung Haftunfähigkeit gegeben sein dürfte. Verena Becker leidet nach den vorliegenden Berichten an akuter offener TBC und unterliegt wegen Ansteckungsgefahr einem vollständigen Besuchsverbot, ohne daß die Verantwortlichen die Bedingungen für Haftverschonung gegeben sehen.

Angesichts der Forderungen, auf die die Gefangenen mit ihrem Hungerstreik hinweisen wollen (in erster Linie die Aufhebung der zum Teil seit langem andauernden Einzelhaft und die Zusammenlegung zu Interaktionsgruppen), fordert das Komitee für Grundrechte und Demokratie die Verantwortlichen dringlich auf, in Gespräche mit den Hungerstreikenden einzutreten. Selbstmordprogramme, welchen Zielen sie auch immer dienen mögen, dürfen vom Staat, in dessen Fürsorge sich die Gefangenen befinden, nicht einzig mit Kommunikationsverweigerung und Zwangsmaßnahmen beantwortet werden. Jeder Tote in bundesdeutschen Gefängnissen geht zu Lasten der für den Strafvollzug Verantwortlichen, denen eine uneingeschränkte Fürsorgepflicht obliegt. Diese wird durch die z.B. von der World Medical Association seit 1975 geächtete Zwangsernährung gerade nicht wahrgenommen, sondern mißachtet.

Das Grundgesetz ebenso wie das Strafvollzugsgesetz schreiben zwingend vor, daß es eine Sonderbehandlung irgendwelcher Gefangenengruppen in bundesrepublikanischen Gefängnissen nicht geben darf. Das Resozialisierungsgebot des Strafvollzugsgesetzes gilt für die Gefangenen nach § 129 ebenso, wie die Gleichbehandlungsgebote des Rechtsstaates allgemein.

Die Achtung vor den Menschenrechten auch der Gefangenen schließlich verlangt, daß in Gesprächen mit ihnen alles versucht wird, um die lebensbedrohliche Situation abzuwenden und Haftbedingungen zu erreichen, die auch ihnen subjektiv die Wahrnehmung des Resozialisierungsgebotes des Strafvollzugsgesetzes ermöglichen.

Verantwortlich: Sprecher der Gruppe „Haftbedingungen" des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., Prof. Dr. Michael Th. Greven, 3563 Dautphetal-Buchenau.-

Prof. Dr. Van Aalderen: „Folter führt zum Hungerstreik"

Prof. Dr. Van Aalderen: „Folter führt zum Hungerstreik"

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD hat auch in den Niederlanden wieder zu größerer Aufmerksamkeit der öffentlichen wie der veröffentlichten Meinung über die Haftbedingungen geführt. U.a. wurde (wie z.T. in diesem AK berichtet) das Goetheinstitut in Amsterdam besetzt und eine links-unabhängige Wochenzeitung, traten Kriegsdienstverweigerer in niederländischer Haft zum Ausdruck ihrer Solidarität ebenfalls in den Hungerstreik, wurde in Amsterdam eine gemeinsame Pressekonferenz von (niederländischen) Ärzten, Anwälten und Angehörigen der Gefangenen durchgeführt.

Prof. Dr. H.J. van Aalderen, Hochschullehrer für praktische Medizin an der Vrije Universiteit Amsterdam und einer der Vertrauensärzte der Genossen Folkerts, Wackernagel und Schneider, als diese in niederländischer Haft waren, schreibt in der sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung „de Volkskrant" (10.4.) unter der Überschrift „Folter führt zum Hungerstreik" nach einer ausführlichen Darstellung der Lage der politischen Gefangenen unter der *„menschenvernichtenden Isolationshaft"*:

„Auf den ersten Blick scheint es verwunderlich, daß in der Bundesrepublik nicht entschiedener gegen diese schon seit Jahren bestehende Foltermethode protestiert wird. Das ist jedoch nicht so unerklärlich. Alle politischen Parteien sind daran beteiligt, indem sie den Ausnahmegesetzen zugestimmt haben, die diese weitgehende Isolationsfolter legalisiert haben. Daneben wendet praktisch die ganze westdeutsche Presse eine Selbstzensur an, wodurch über die Vorgänge kaum eine objektive Berichterstattung in den Zeitungen erscheint. Darüber hinaus

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 23

werden diejenigen, die sich öffentlich mit dem Schicksal der politischen Gefangenen befassen, kriminalisiert. ...

Auf diese Weise wird jede Unterstützung der gerechtfertigten Forderungen kriminalisiert und jeder Versuch, öffentlichen Druck auszuüben, im Keim erstickt.

Es muß gefürchtet werden, daß das immer weiter perfektionierte Szenarium, das nun schon seit Jahren auf die RAF-Gefangenen angewendet wird, in den kommenden Jahren in zunehmendem Maße auch auf all diejenigen angewendet werden wird, die sich in der einen oder anderen Weise der Politik der BRD widersetzen und diesen Widerstand in einen deutlichen politischen Zusammenhang stellen. ...

Es wird höchste Zeit, daß die niederländischen Politiker und die öffentliche Meinung begreifen, was sich bei unseren östlichen Nachbarn entwickelt. Der Rechtsstaat ist (dort) *ein Luftschloß und die vielgerühmten Grundrechte sind, wenn es darauf ankommt, nicht mehr als Instrumente im Kampf gegen Kommunismus oder radikalen Sozialismus. So wie es jetzt aussieht, kann nur Druck aus dem Ausland diese Entwicklungen zum Stehen bringen."*

Niederlande-Kommission

Offener Brief westdeutscher Ärzte

An den Herrn Bundesminister der Justiz,
an die Damen und Herren Justizminister der Länder,
an die Anstaltsärzte in den Gefängnissen der BRD und Westberlin,
an den Herrn Ermittlungsrichter Kuhn am BGH.
Nachrichtlich an Amnesty International, London und IKRD, Genf

Wie Sie wissen, befinden sich seit dem 2.2.81 zahlreiche Gefangene im Hungerstreik. Sie wenden sich gegen die zerstörerischen Haftbedingungen, denen sie zum Teil seit Jahren ausgesetzt sind. Sie werden immer systematischer in speziellen Abteilungen bzw. Trakten allein, zu zweit oder in Kleingruppen isoliert, sodaß jeder Kontakt zu den anderen Gefangenen ausgeschlossen ist.

In dieser Isolation werden sie ständig von Fernsehkameras durch Trennscheiben im Beisein von Justizbeamten, EKA-Spezialisten und Psychologen statt. Nach den Besuchen, auch von Verwandten, müssen sie sich nackt ausziehen und einer entwürdigenden Kontrolle unterziehen. Durch ständige Beleuchtung und Kontrollen auch nachts wird ihnen der Schlaf entzogen. Geräusche von anderen Zellen oder von außen können sie nicht hören. Der Blick nach außen ist ihnen durch Sichtblenden bzw. Fliegengitter abgeschnitten.

Wie inzwischen weltweit bekannt, sind diese Bedingungen Bestandteil eines wissenschaftlichen Programms, das seit den fünfziger Jahren unter dem Begriff „Gehirnwäsche" entwickelt worden ist. Wenn der Wille auf diese Weise nicht gebrochen werden kann, dann werden Gesundheit und Leben zerstört.

Offensichtlich ist die Situation dermaßen zugespitzt, daß die Gefangenen zur letzten Widerstandsmöglichkeit greifen, die ihnen auf existenzieller Ebene geblieben ist: zum unbefristeten Hungerstreik.

„In dieser Lage jahrelang voneinander isoliert und von jedem gemeinsamen politischen Prozeß und der Außenwelt abgeschlossen, sind wir entschlossen, mit unserem einzig wirksamen Mittel — dem kollektiven, unbefristeten Hungerstreik — die Trennung zu durchbrechen und uns die Bedingungen für kollektive Lern- und Arbeitsprozesse zu erkämpfen, um als Menschen zu überleben" (aus der Hungerstreikerklärung).

Wir fordern Sie als für die Haftbedingungen der Gefangenen Verantwortliche auf, ihre Forderungen zu erfüllen.

Diese Forderungen sind:
— Zusammenlegung
— Auflösung der Hochsicherheitstrakte
— Aufhebung aller Formen von Isolation
— Freilassung von Verena Becker, die an offener Tuberkulose leidet und von Günter Sonnenberg, dessen Genesung von der Hirnverletzung in Gefangenschaft nicht möglich ist.

Zur Zeit sind drei hungerstreikende Gefangene, Gabriele Rollnik, Gudrun Stürmer und Andreas Vogel schon in Lebensgefahr, bei anderen Gefangenen verschlechtert sich die gesundheitliche Lage rapide.

In Nordrhein-Westfalen werden die Gefangenen bereits zwangsernährt. In Westberlin, Lübeck und in anderen Bundesländern weigern sich die Anstaltsärzte, Zwangsernährung durchzuführen.

Wir unterstützen die Haltung dieser Ärzte, denn Zwangsernährung ist keine medizinische Maßnahme, sondern nur ein Gewaltmittel, den Widerstand von Menschen zu brechen. Übereinstimmend mit 80 Ärzten aus Holland meinen wir, daß Zwangsernährung in diesem Zusammenhang als Folter zu betrachten ist. Sie ist in dieser lebensbedrohlichen Situation sogar ein direkter Angriff auf das Leben.

Unsere nordrhein-westfälischen „Kollegen" fordern wir dringend auf, sofort die Zwangsernährung zu beenden, wenn sie sich nicht für den Tod einzelner Gefangener verantwortlich machen wollen!

Wer diesen Brief unterstützt, kann seine Unterschrift darunter setzen und an folgende Adressen schicken:
Ermittlungsrichter am BGH, Kuhn, Herrenstr. 45a, und an den Bundesminister der Justiz, Jürgen Schmude, Heinemannstr. 6, 53 Bonn 2.

Berufsverbot für den Bremer Volkshochschuldirektor Karlheinz Schloesser

Am 2. April wurde der Direktor der Bremer Volkshochschule, Karlheinz Schloesser, seines Amtes enthoben. Er darf weder seine Amtsgeschäfte ausüben noch Weisungen erteilen. Gegen ihn hat die Behörde ein Disziplinarverfahren in Gang gesetzt, das das Ziel hat, ihn endgültig aus dem Dienst zu entfernen. Die Mitarbeiter der Volkshochschule (VHS) sind einmütig gegen den Rausschmiß Schloessers. Sie protestierten mit einem zweistündigen Streik vor dem VHS-Gebäude. Am Abend vorher hatte eine Solidaritätsveranstaltung der Mitarbeiter stattgefunden. Personalrat und Mitglieder des Kursleiterrates forderten den Senator auf, die „unerhörte" Suspendierung Schloessers rückgängig zu machen. Die Personalversammlung der unbefristet Beschäftigten verfaßte eine Resolution, in der es heißt: *„Offenbar wurde hier nur ein Anlaß gesucht, um einen kritischen und engagierten Dienststellenleiter mit der geballten parteipolitischen Macht aus dem Amte zu jagen"* („Weser-Kurier", 4.4.). In gleicher Schärfe protestierten die Sprecher des Teilnehmer- und Kursleiterrates.



Vergeblich hatte der Personalrat versucht, gerichtlich gegen die sofortige Suspendierung Schloessers vorzugehen. Das Verwaltungsgericht entschied jedoch im Sinne der Behörde: *„Die Natur der Sache dulde keinen Aufschub".*

Der offiziell angegebene Grund für die Suspendierung ist absolut lächerlich: Schloesser hatte mit dem Personalrat eine Schulkonferenzordnung erarbeitet, ohne sie vorher gemäß einer der zahllosen Dienstvorschriften mit dem Senator abzusprechen.

Ein Reformkonzept wird kaputtgemacht

Die wirklichen Gründe liegen tiefer: Seit Jahren sind die „staatstragenden" Parteien SPD/CDU/FDP in der Bürgerschaft dabei, die für ihre fortschrittliche Arbeit weit über Bremen hinaus bekannte VHS – ein Kind sozialdemokratischer Reformpolitik Ende der 60er Jahre – wieder zu dem zu machen, was auch von der SPD schon längst wieder unter „Weiterbildung" verstanden wird: Kochkurse, Sprach- und Berufsbildungskurse für eine reibungslose Anpassung an Wirtschafts- und Staatsinteressen, daneben ein bißchen hochgeistige Literatur als Spielwiese für unausgelastete Bürger.

Dagegen hatte die VHS bis jetzt versucht, möglichst viel von dem, was im (noch immer) gültigen Weiterbildungsgesetz steht, einzulösen. Da heißt es z.B.: *„Weiterbildung soll ... dazu befähigen, 1. soziale und kulturelle Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch zu verarbeiten, um die gesellschaftliche Wirklichkeit und seine Stellung in ihr zu begreifen und zu verändern; ... 3. Die Mitarbeit im öffentlichen Leben zur Verwirklichung des Grundgesetzes kritischer, wirksamer und widerstandsfähiger zu gestalten; 4. Verhaltenweisen zu erlernen, um in ihren Ursachen erkannte gesellschaftliche Konflikte steuern und überwinden zu können und 5. die durch soziale Herkunft, durch gesellschaftliche Entwicklungen und durch Bildungsprozesse entstandenen und neu entstehenden Ungleichheiten abzubauen."*

In diesem Sinne fanden bis zu diesem Frühjahr die jährlichen „BREMER LITERATURGESPRÄCHE" statt, zu dem auch staatlich verfolgte und verfemte Autoren wie Fried, Brückner, Biermann oder DDR-Schriftsteller eingeladen wurden, um über die gesellschaftliche Wirklichkeit und ihre Verarbeitung in Literatur zu diskutieren. Diese Veranstaltungen waren die ersten Anlässe für ein regelrechtes Trommelfeuer der Parteien gegen die VHS, die angeblich – und da insbesondere ihr Direktor – dem Kommunismus Vorschub leiste, indem sie Staatsfeinde auf Staatskosten reden lasse. Auszüge aus entsprechenden Bürgerschaftsdebatten (CDU): *„Was halten Sie denn von dem Vorschlag, den Herrn derzeitigen Leiter der VHS ... zur Senatskanzlei zu versetzen, um ihn dort mit Planungsaufgaben zu betrauen betreffend das Volkshochschulwesen auch und gerade in der DDR?"* (SPD): *„... auch die SPD-Fraktion sieht gewisse Entwicklungen in der VHS immer mehr mit Mißtrauen. Ich persönlich glaube, das liegt sehr an der Rolle des VHS-Direktors ... Dies scheint mir im Augenblick das Hauptproblem zu sein, wir müssen damit fertig werden"* usw. usf.

In diesem Jahr war das Literaturgespräch zur Strecke gebracht worden. Die Veranstaltungsreihe unter dem Titel: „Fahndung, Sprache und Literatur" wurde von Senator Franke schlichtweg verboten, weil u.a. auch Peter Paul Zahl dort reden sollte.

Es fand dann allerdings doch statt, nachdem sich ein Freundeskreis, bestehend aus zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten, Initiativen und Gruppen, gebildet hatte, der die Durchführung anstelle der VHS übernahm.

Ähnliche Aufregung verursachte ein VHS-Kurs mit dem Titel: „Vom Rechtsstaat zum Polizeistaat?".

Ohne den Inhalt des Kurses zu kennen, beschwerte sich schon die CDU; der Senator verurteilte daraufhin öffentlich den Kurs (ebenfalls ohne inhaltliche Kenntnis); der Senat gab eine Erklärung vor der Bürgerschaft ab, er billige den Kurs nicht, *„soweit er die Verfassungsordnung der BRD und die sie schützende Polizei diskreditiere"*; zur Überwachung wurde ein Senatsreferent als Spitzel für staatsfeindliche Äußerungen in den Kurs geschickt (nach der Protesterklärung der Kursteilnehmer, Bremer Blatt 7/8, 80).

Weil die VHS-Leitung zu keinem Zeitpunkt dazu bereit war, sich dem offenen Zensurdruck zu beugen, stattdessen sich auch in der Öffentlichkeit gegen das „autoritäre Staatsmanagement" (Schloesser) zur Wehr setzte, blies der Senator zum Generalangriff:

Umstrukturierung der VHS-Leitung: Der Staatskommisar kommt

Nach dem Beschluß der Behörde werden dem widerborstigen Direktor Schloesser zwei stellvertretende Direktoren „hilfreich" zur Seite gestellt. Einer davon ist Dr. König, enger Vertrauer Senator Frankes, bisher Referent der Behörde und damit beschäftigt, u.a. „schwarze Listen" über politisch unbequeme Kursleiter anzufertigen („WK", 30.3.). Der Beschluß sieht vor, *„daß in denjenigen Fällen, in denen zwischen den drei Leitungsmitgliedern in fachlichen und rechtlichen Fragen keine Einigung erzielt wird, der Senator als Vorgesetzter entscheiden muß".* Das gilt selbst dann, wenn ein Direktoriumsmitglied nur „Bedenken" äußert (lt. „WK", 30.3.). Angesichts der Tatsache, daß König hauptsächlich die Stimme seines Herrn ist, eine klare Machtergreifung des Senators an der VHS.

Gegen eine Umstrukturierung der Leitung hätte keiner an der VHS etwas gehabt: ihr Vorschlag war: Installierung einer kollektiven Leitung, die aus den Mitarbeitern der VHS heraus gebildet wird.

Der kalte Putschversuch jedoch stößt auf den Widerstand der gesamten VHS. In ihrem Auftrag hatte deswegen der Personalrat dagegen formell protestiert; die Schlichtungsstelle allerdings entschied Anfang Februar zugunsten des Senats.

Neben dem Staatskommissar wird – nach dem unrühmlichen Vorbild der Rundfunkräte – ein Beirat geschaffen, in dem die Vertreter der Staatsparteien und der etablierten Öffentlichkeit auf seichte Ausgewogenheit der VHS-Arbeit achten sollen.

Auch finanzielle Knebelung

Eine ähnlich schlimme Rolle wie die politische Gängelung spielt der Rotstift: Für das laufende Haushaltsjahr muß das Gesamtprogramm um ein Drittel gekürzt werden. Besonders betroffen sind all jene Bereiche, die sich an sozial und bildungsmäßig benachteiligte Gruppen der Gesellschaft auszurichten versuchten.

D.h.: Es wird u.a. keine Möglichkeit mehr für Familien und Frauen geben, mit ihren Kindern eine Woche außerhalb ihres häuslichen Bereiches zu lernen; die Arbeit mit Analphabeten muß zusammengestrichen werden; Bildungsurlaub kann nur noch in Bremen stattfinden – ohne Verpflegung und Hotelunterkunft; es wird keine Wochenendseminare mehr geben.

Selbst für die Veröffentlichung des neuen Programms werden keine Mittel genehmigt. Auf diese Weise *„unterläuft der Bremer Senat durch Finanzkürzungen die Ansprüche aus bestehenden Gesetzen (Weiterbildungsgesetz, Bildungsurlaubsgesetz)"* (Resolution der VHS-Personalversammlung am 27.3.).

Der Rausschmiß Schloessers verdeutlicht, daß für die regierende SPD die Zeit des Dialogs vollständig vorbei ist. Nach der Methode „Friß Vogel oder stirb" wird nicht nur der Volkshochschule bedeutet, sich willenlos dem Weg in einen law-and-order-Polizeistaat zu beugen.

Als Karlheinz Schloesser vor zwei Jahren wegen dieser Entwicklung aus der SPD austrat, schrieb er: *„So ist das: nach sozialdemokratischer Auffassung gehört ein Volkshochschuldirektor aus dem Amt geworfen, der nicht als vornehmste Pflicht des loyalen deutschem Beamten begreift, bei den subalternen Klassen Vertrauen zu säen zur staatlichen Obrigkeit und zu der sie tragenden Schicht; der aus der Erfahrung des NS-Regimes die Lehre gezogen hat, daß Konfliktbereitschaft, ja Insubordination ein notwendiges politisches Verhalten auch des beamteten Bürgers sein kann; der im Konflikt zwischen „Geist und Macht", zwischen den Intellektuellen und den politischen Funktionsträgern des Systems, unverhohlen mit dem kritischen Geist sympathisiert und dessen Recht auf Freiheit und Öffentlichkeit gegenüber der staatlichen Obrigkeit beansprucht, auch und gerade, wenn er sich in der „nachgeordneten Dienststelle Volkshochschule" artikuliert; der einer Volksbildung mißtraut, die als materielle Gratifikation an abhängig Beschäftigte für deren Zustimmung zum System und zur regierenden Partei ins Werk gesetzt werden soll"* („Bremer Blatt", Nr. 10, 1979).

KB/Gruppe Bremen

Neue Festnahmen

In der Nacht vom 4.4. auf den 5.4. (Samstag auf Sonntag) wurden 10 Genoss/inn/en aus Heidelberg, Stuttgart und Marburg auf der Autobahn Stuttgart — Heilbronn festgenommen. Sie seien laut DPA auf „frischer Tat ertappt" worden, beim Sprühen von „Propagandaparolen für die von inhaftierten terroristischen Gewalttätern erhobenen Forderungen auf Zusammenlegung" (so die Bundesanwaltschaft) auf Verkehrsschilder, das heißt „Werbung für den Hungerstreik von inhaftierten Terroristen" (aus einem Haftbefehl) also § 129a.

Außerdem wird ihnen der Vorwurf gemacht, „eine terroristische Vereinigung unterstützt" (ebenfalls § 129a) zu haben, wegen des Sprühens eines fünfzackigen Sterns, der „natürlich" nur das RAF-Symbol sein kann.

Am Montag, den 6.4., wurden sie in Stuttgart-Stammheim dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, Kuhn, vorgeführt, der in einer Mammutsitzung von morgens bis in die Nacht zum Dienstag hinein gegen alle Haftbefehle erließ. Als Haftgrund wird genannt, es bestünde, solange der Hungerstreik andauert, Wiederholungsgefahr. Damit sind die Genoss/inn/en de facto in Vorbeugehaft genommen.

Das bedeutet allerdings nicht, daß sie nach Beendigung des Hungerstreiks automatisch wieder freigelassen werden. Immerhin ist im Haftbefehl der Vorwurf der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a) auch formuliert, was eine weitere Einknastung rechtfertigen kann und zudem hohe Strafen ermöglicht. (Deswegen besteht nach „Erfahrungswerten" der Bundesanwaltschaft „Fluchtgefahr", d.h. U-Haft ist erforderlich.)

Die Festnahmen wurden zum Vorwand genommen, mehrere Wohnungen in Stuttgart und Heidelberg — und zwar nicht nur die der Verhafteten — zu durchsuchen. Dies geschah noch in der gleichen Nacht und es wurde natürlich — wie hätte es auch anders sein können — „umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt, das zur Zeit noch ausgewertet wird".

Die Haftbedingungen der Genoss/inn/en sind — wie leider zu erwarten war — sehr mies: Die 4 Männer sind in Stammheim im 7. Stock (dort, wo die „Selbstmorde" verübt wurden) in Isolationshaft und haben täglich eine Stunde gemeinsamen Hofgang auf dem Dach der Anstalt.

Von 3 Frauen ist bekannt, daß sie sich ebenfalls in Stammheim in Isolationshaft befinden und gemeinsamen Hofgang haben.

3 Frauen sind nach Bühl verlegt worden und haben auch gemeinsamen Hofgang. Die Anwaltsbesuche fanden mit Trennscheibe statt.

Neueste Meldung aus Marburg

Gegen den presserechtlichen Verantwortlichen der alternativen „Marburger Zeitung" ist Anfang letzter Woche (ca. 6.4.) ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung — § 129a — eingeleitet worden.

Die „Marburger Zeitung" hatte in ihrer März-Nummer die Hungerstreik-Erklärung der Gefangenen aus der RAF dokumentiert.
(Alle nicht gekennzeichneten Zitate aus „FR" vom 8.4.81, S. 4).

KB-Gruppe Marburg

Zur Gesetzesinitiative des Berliner Notrufs

Auf dem norddeutschen Treffen von Frauengruppen gegen Vergewaltigung und Notrufgruppen Ende Februar in Braunschweig bat ich Berliner Notruffrauen um ein Interview zur von ihnen vorgeschlagenen Gesetzesinitiative zur Veränderung der Gesetzgebung zu Vergewaltigung. Wir unterstützen diese Gesetzesinitiative und meinen, daß sie viel mehr als bisher bekannt gemacht und diskutiert werden sollte.

A., AG Frauen Hamburg

Frage: Im Juni letzten Jahres habt ihr eure Gesetzesinitiative zur Veränderung der Paragraphen 177 und 178 vorgestellt. Was hat Euch dazu bewogen, bzw. wie ist die Gesetzesinitiative entstanden?

Antwort: Wir machen täglich die Erfahrung, daß vergewaltigte Frauen nicht nur gesellschaftlich, sondern auch durch die Rechtsprechung bzw. durch die entsprechenden Gesetzesparagraphen diskriminiert werden. Entschließt sich eine Frau, ihre Vergewaltigung anzuzeigen, so muß sie sich auf massive Diffamierungen gefaßt machen. Sie muß damit rechnen, daß die Polizei ihre Vergewaltigung anzweifelt und Polizeibeamte sie mit unverschämten Fragen tyrannisieren wie z.B., ob der Mann einen Orgasmus hatte, ob sie denn keine Lust dabei empfand, warum sie sich nicht wehrte etc. Kommt es dennoch zum Prozeß, wird die Frau mit ähnlich erniedrigenden Fragen konfrontiert. Sie steht unter dem Druck, zu beweisen, daß sie wirklich vergewaltigt worden ist.

Aufgrund dieser Tatsachen können wir Frauen nur bedingt zur Anzeige raten, obwohl wir es wichtig finden, daß die sehr hohe Dunkelziffer bei Vergewaltigungen durch massenhafte Anzeigen verringert wird. Deshalb wollen wir die Situation der Frau bei der Anzeigenaufnahme bzw. vor Gericht verbessern; wir wollen die Frauen unterstützen, die sich ohne unsere Hilfe gegen diese Institutionen wehren müssen.

Nach der geltenden Rechtsprechung kann eine Frau nur dann am gesamten Prozeßverlauf teilnehmen, wenn sie Antrag auf Nebenklage in bezug auf Körperverletzung und/oder Beleidigung gestellt hat. Nach unseren Prozeßerfahrungen ist es für die Frau meist von Vorteil, wenn sie dem gesamten Prozeß beiwohnen kann. Als Nebenklägerin hat sie die Möglichkeit, selbst oder über ihre Rechtsanwältin in das Prozeßgeschehen einzugreifen. Nach einem erfolgreich abgeschlossenen Prozeß kann sie Schadensersatzforderungen stellen. Zudem erschien es uns wichtig, das Nebenklagerecht dahingehend zu erweitern, daß neben der vergewaltigten Frau auch Frauengruppen, die gegen Männergewalt kämpfen, als Nebenklägerinnen zugelassen werden. Im Namen aller Frauen könnten sie vor Gericht auf die politische Dimension des individuellen Falles aufmerksam machen.

Frage: Gab es auch Bedenken?

Antwort: An den übrigen Forderungen der Gesetzesinitiative wurde immer wieder Kritik laut. So wurde uns vorgeworfen, wir würden das (Rechts) System unseres patriarchalischen Staates gutheißen. Uns ist zwar bewußt, daß Strafe und Knast weder abschreckende noch verändernde Wirkung haben, doch wir leben unter den Herrschaftsverhältnissen des patriarchalischen Staates, in dem einige Verhaltensweisen bestraft werden, andere jedoch nicht. Die Nichtbestrafung einer Vergewaltigung kommt so einer Belohnung gleich. Kurzum, wir sehen die Widersprüchlichkeit der Gesetzesinitiative durchaus, sind aber nicht bereit, daß (wieder einmal) die Frauen dieses Dilemma ausbaden sollen. Wir sind dagegen, daß der Kampf gegen die herrschende Justiz auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird.

Bedenken hatten wir, daß sich die Initiative irgendwo auf dem Weg nach „oben" verselbständigen wird und wir jeden Einfluß auf die Formulierung der Forderungen verlieren könnten. So könnte eine Partei die Forderung nach Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung aufgreifen, alle anderen Forderungen jedoch unter den Tisch fallen lassen. Dies hätte sicher zur Folge, daß sich der Gesetzgeber in den nächsten 10 Jahren nicht mehr mit dem Thema Vergewaltigung beschäftigen würde.

Ferner wurden Bedenken laut, daß wir uns „verkaufen" müssen, wenn wir unsere Vorstellungen realisiert sehen wollen. Ein wichtiges Prinzip unserer Arbeit, nur Frauen anzusprechen, muß bezüglich der Initiative durchbrochen werden. Männer dominieren zahlenmäßig und machtpolitisch in allen Parteien im Bundestag, und auf eine Frauensolidarität über Fraktionszwänge hinweg in diesem Gremium zu hoffen, ist illusorisch.

Frage: Welche Bedeutung haben dabei entsprechende Initiativen oder Gesetzesänderungen in anderen Ländern gehabt?

Antwort: Die Idee der Gesetzesinitiative entstand unabhängig von den Initiativen anderer Länder. Daß einige, wie z.B. in Frankreich, erfolgreich durchgeführt wurden, ist für uns jedoch ermutigend. Für die Öffentlichkeitsarbeit ist es ein gutes Argument, auf unseren Vorstellungen entsprechende Gesetze in anderen Ländern hinweisen zu können. So ist es nicht mehr leicht, uns als „realitätsferne" Spinnerinnen abzustempeln.

Frage: Das französische Gesetz enthält nach meinem Verständnis eine Strafverschärfung. Ihr fordert kein höheres Strafmaß. Warum? Gab es darüber Diskussionen?

Antwort: Wir fordern ganz bewußt keine Strafmaßerhöhung. Das momentane Strafmaß, das für Vergewaltigung vorgesehen ist, wird von den Richtern nicht annähernd ausgeschöpft. Bisher werden nur wenige Männer bestraft; hauptsächlich solche, die sich vor Gericht in einer schwachen Position befinden – also z.B. Männer aus sozial niedrigen Schichten, Ausländer, vorbestrafte Männer. Zur Zeit haben nur 1 - 2 %

aller Vergewaltiger mit einer Verurteilung zu rechnen

aller Vergewaltiger mit einer Verurteilung zu rechnen.

Nach unserem Verständnis fordern wir nur eine Strafmaßverschärfung, indem wir wollen, daß eheliche Vergewaltigung bestraft wird und auch orale und anale Penetration als Vergewaltigung angesehen werden.

Frage: Es ist sicherlich nicht leicht, die Kritik, die ihr an der Behandlung vergewaltigter Frauen vor Gericht habt, in eine an die bestehenden Gesetze angepaßte Form zu bringen.

Antwort: Das ist richtig, denn einige unserer Forderungen könnten schon durch eine veränderte Verhandlungsführung während des Prozesses erfüllt werden. Vergewaltigung und sexuelle Nötigung sind Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung der Frau – so ist zumindest der Gesetzesabschnitt überschrieben. Dieser Vorstellung widerspricht unserer Meinung nach die Praxis, die vergewaltigte Frau vor Gericht nach ihrem sexuellen Vorleben zu befragen. In der Regel erfolgt nämlich diese Befragung mit dem Ziel, die Frau als Prostituierte oder als eine Frau, die es sowieso mit jedem treibt, hinzustellen und sie so unglaubwürdig zu machen. Hinter einer solchen Verhandlungsführung steckt die Vorstellung, daß die abstrakte Geschlechtsehre, nicht die Selbstbestimmung der Frau, Schutzgut des Gesetzes sind; dies bedeutet, daß eine „ehrlose" Frau überhaupt nicht vergewaltigt werden kann.

Ähnlich verhält es sich mit der Forderung, nicht nur physische, sondern auch psychische Gewaltanwendung durch den Vergewaltiger zu bestrafen. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Formen von Gewalt wird in der übrigen Rechtsprechung schon lange nicht mehr getroffen. Hier müßte also „nur" eine Übertragung auf den Bereich Vergewaltigung und sexuelle Nötigung erfolgen.

Wir haben keinen konkreten Vorschlag, wie letztlich unsere Forderungen in juristische Formeln umgesetzt werden können. Schließlich sind wir ja auch keine Juristinnen.

Frage: Gibt es Änderungsvorschläge zu Eurer Gesetzesinitiative?

Antwort: Bisher gab es eigentlich wenig Änderungsvorschläge. In Diskussionen wird oft bezweifelt, daß die Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung überhaupt praktische Konsequenzen haben würde; es sei kaum anzunehmen, daß eine Frau, solange sie noch mit ihrem Mann zusammenlebt, diesen anzeigen wird. Außerdem sei eine eheliche Vergewaltigung kaum zu beweisen. Wird unsere Forderung Gesetz, so ist sicher nicht mit einer Flut von Anzeigen vergewaltigter Ehefrauen zu rechnen. Aber es wird wohl endlich in das Bewußtsein von Ehefrauen dringen, daß ihre Männer kein sexuelles Verfügungsrecht über sie haben.

Abgelehnt wird oft das Fragever-

Abgelehnt wird oft das Frageverbot nach dem (sexuellen) Vorleben der vergewaltigten Frau. Diese Befragung sei jedoch notwendig, da die Frau in der Regel die einzige Zeugin des Verbrechens und daher die Verurteilung des Angeklagten von ihrer Glaubwürdigkeit weitgehend abhängig sei. Wir meinen jedoch, daß die Glaubwürdigkeit einer Frau nicht von der Art ihrer intimen Beziehungen abhängig gemacht werden darf. Die Aussagen der Frau sind generell, besonders aber im Bereich der Sexualität, der patriarchalischen Denknorm und der Zensur von Richtern und Schöffen unterworfen. Das Frageverbot nach dem sexuellen Vorleben der Frau ist also eine Forderung zum Schutz der Frau vor Diffamierungen in den Prozessen.

Ergänzende Forderungen wurden auf der 59. Jahrestagung für Rechtsmedizin (Heidelberg 1980) von der Forschungsgruppe Volk/Hilgarth und Kalter erhoben. Sie fordern 1. Die Verpflichtung der Kriminalpolizei, das Opfer auf die mögliche Nebenklage und die damit verbundene prozeßrechtliche Stellung hinzuweisen und 2. Die Übernahme der Nebenklagekosten durch die Staatskasse bei Freispruch mangels ausreichender Beweise oder bei Einstellung des Verfahrens. Beide Forderungen sind wichtige Ergänzungen.

Frage: Welchen Stellenwert hat die Gesetzesinitiative für Euch, für Eure Arbeit?

Antwort: Als die Idee der Gesetzesinitiative erstmals diskutiert wurde, konnten wir noch nicht einschätzen, wie umfangreich der Arbeitsaufwand sein würde. Momentan sieht es so aus, daß ein Teil der Berliner Notruffrauen sich fast ausschließlich mit der Gesetzesinitiative beschäftigt; die anderen Frauen bereiten das Tribunal vor. Darüber hinaus haben sich grundsätzlich alle Frauen bereit erklärt, die Initiative aktiv zu unterstützen. Wir können also sagen, daß die Initiative einen hohen Stellenwert in unserer Arbeit bekommen hat.

Frage: Welchen Stellenwert haben Vergewaltigungsprozesse in Eurer Arbeit?

Antwort: Wir beraten Frauen im allgemeinen dahingehend, ihre Vergewaltigung anzuzeigen. Letztlich kann natürlich nur die Frau entscheiden, ob sie sich auf die zermürbende und erniedrigende Situation bei Polizei

Fortsetzung nächste Seite



Was wir anziehen, wohin wir gehen, JA heißt JA, NEIN heißt NEIN.

Wir fordern ein neues Gesetz

Wir haben festgestellt, daß Frauen bei Vergewaltigung nicht nur gesellschaftlich diskriminiert, sondern auch durch den Gesetzgeber nicht ausreichend geschützt werden. Deshalb fordern wir eine Änderung und Erweiterung der bestehenden Gesetze, speziell der §§ 177 und 178 StGB.

Im Augenblick lauten die beiden §§:

§ 177 Vergewaltigung
I. Wer eine Frau mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben zum außerehelichen Beischlaf mit ihm oder einem Dritten nötigt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.
II. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.
III. Verursacht der Täter durch die Tat leichtfertig den Tod des Opfers, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

§ 178 Sexuelle Nötigung
I. Wer einen anderen mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben nötigt, außereheliche sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder an dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.
II. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.
III. Verursacht der Täter durch die Tat leichtfertig den Tod des Opfers, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

Hieraus ergibt sich:

1. Eine Vergewaltigung der Ehefrau durch ihren Ehemann ist nicht als Vergewaltigung strafbar, ist juristisch überhaupt nicht möglich. Das bedeutet, daß ein Ehemann durch die Heirat eine Frau als sein Eigentum und damit das Verfügungsrecht über ihren Körper erwirbt. Auch hierdurch wird noch einmal der weitverbreitete Irrglaube verstärkt, daß Ehefrauen ihren sogenannten „ehelichen Pflichten", auch gegen ihren Willen, z.B. die berühmt-berüchtigten „zweimal in der Woche" nachkommen müssen.

2. Die Rechtssprechung unterscheidet zwischen dem sogenannten „normalen" Geschlechtsverkehr, und dem Anal- oder Oralverkehr. Nur der erstere wird, wenn er nicht ehelich ist, als Vergewaltigung (Mindeststrafe 2 Jahre) bestraft. Bei den beiden anderen Fällen handelt es sich nach der allgemein gültigen Rechtssprechung „nur" um sexuelle Nötigung (1 Jahr). Dies bedeutet nicht nur eine geringere Strafe, sondern vor allem auch, daß von Seiten der Ermittlungsbehörden noch laxer vorgegangen wird. Mit einer Haftstrafe braucht der Vergewaltiger überhaupt nicht zu rechnen. Sexuelle Nötigung wird vor der niedrigsten Instanz (Amtsgericht) verhandelt, so daß die vergewaltigte Frau im Falle einer Berufung zwei Hauptverhandlungen über sich ergehen lassen muß. Wir halten diese Unterscheidung in keinem Falle für berechtigt, da die betroffene Frau eine Vergewaltigung durch Anal- bzw. Oralverkehr als mindestens genauso demütigend und erniedrigend empfindet wie eine sogenannte „normale" Vergewaltigung.

3. Die gegenwärtige Rechtssprechung bestraft Vergewaltigung nur, wenn körperliche Gewalt angewendet wurde und die Frau körperlichen Widerstand geleistet hat. Es reicht nicht aus, wenn sich die Frau mit Worten weigert, z.B. durch ein klares Nein. Hierdurch zwingen die Gerichte den Frauen in jedem Fall ein Verletzungsrisiko auf. D.h. weiter, daß eine Vergewaltigung, die durch psychische Gewalt erzwungen wurde, z.B. durch die körperliche Überlegenheit des Vergewaltigers, durch sein entschlossenes Handeln oder durch drohende Blicke, unbestraft bleibt.

4. *„. . . Wenn der Täter bereits sexuelle Beziehungen zu der Frau hatte oder achte Liebesbeziehungen anstrebt (vgl. MDR 63, 62), wenn die Frau dem Täter durch ihr Verhalten Hoffnung auf freiwillige Hingabe gemacht hat, . . ."* (Dreher, Kommentar zum Strafgesetzbuch) verurteilen die Gerichte dies als minder schweren Fall. Hierdurch wird Männern, zu denen Frauen Beziehungen (auch verwandtschaftliche) haben, oder zu denen sie auch nur einen flüchtigen Kontakt aufnehmen (Reden in der Kneipe, Einladung auf einen Kaffee in die Wohnung) fast ein Freibrief zur Vergewaltigung ausgestellt. (Über 70 % der Vergewaltigungen sind „Beziehungstaten").

5. Vergewaltigte Frauen können allein wegen der Vergewaltigung nicht als „Nebenklägerin" auftreten, sondern nur über den Umweg der „Körperverletzung" und „Beleidigung". Die vergewaltigte Frau muß innerhalb von drei Monaten nach der Tat einen Strafantrag wegen Körperverletzung und Beleidigung gestellt haben, sonst können sie und ihre Rechtsanwältin in der Hauptverhandlung weder dem Angeklagten noch den Zeugen Fragen stellen, noch Beweise beantragen, sich gegen unverschämte Fragen wehren, ein Plädoyer halten.

6. In den Strafprozessen werden die vergewaltigten Frauen immer wieder zu ihrem Vorleben und ihrer Sexualität befragt. Es wird versucht, ihr Leben in den Schmutz zu ziehen, sie als Prostituierte und / oder Männerverführerin darzustellen.

Wir fordern deshalb:

- **daß auch in der Ehe Vergewaltigung und sexuelle Nötigung bestraft werden;**
- **daß jede erzwungene Penetration (Anal-, Oral- und Vagina) als Vergewaltigung bestraft wird;**
- **daß auch psychische Gewalt als Form der Gewaltanwendung bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung bestraft werden!**
  Körperlicher Widerstand von Frauen darf nicht länger zu einer Voraussetzung für die Strafbarkeit einer Vergewaltigung gemacht werden. – „Wenn Frauen nein sagen, meinen sie auch nein."

Wir fordern weiter:

- **daß Vergewaltigung durch Freunde, Verwandte und Bekannte nicht als minder schwere Fälle abgeurteilt werden;**
- **die Zulassung von vergewaltigten Frauen und Frauengruppen, die gegen Männergewalt kämpfen, als Nebenklägerinnen;**
- **das Verbot von Fragen an die vergewaltigte Frau nach ihrem Vorleben und ihrer Sexualität.**

Diese Initiative geht aus von „Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen" in Berlin und wird unterstützt von: Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen, Köln; Frauen gegen Repression, Hannover; Gruppe Gewalt gegen Frauen im Frauenzentrum Darmstadt; Frauenzentrum Minden; Frauenzentrum Berlin; Sommeruniversität 1980, Vorbereitungsgruppe, Berlin.

aus „Courage", 6/80

Prostaglandine-Prozeß: Endlich begonnen – schon wieder geplatzt!

Am 26.3. begann endlich der bereits mehrfach verschobene Prozeß gegen drei Ärzte der Universitätsklinik Berlin. Bereits vor etwa zwei Jahren hatte die erste Frau Klage gegen zwei Ärztinnen und einen Arzt erhoben, die bei zahlreichen Abtreibungen das Prostaglandine-Präparat „Sulproston" (heute „Nalador") angewandt hatten, ohne die Frauen darüber aufzuklären, daß das Medikament noch im Versuchsstadium war.

Zur Erinnerung: „Sulproston" bewirkt wehenartige Kontraktionen der Gebärmutter. Bei Schwangerschaften nach der zwölften Woche soll damit eine Fehlgeburt ausgelöst werden. Vor der zwölften Woche interessiert die Ärzte vor allem der Effekt, daß dadurch chemisch der Muttermund geöffnet und die Frucht von der Gebärmutterwand gelöst wird, so daß danach eine „elegante" „Ausräumung" (Originalton Gynäkologen) möglich ist. Daß manche Frauen dabei bis zu 24 Stunden in wehenartigen Krämpfen liegen und ganz und gar „unelegant" an Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Schüttelfrost, Fieber, Atomnot, ja sogar an Lähmungserscheinungen leiden und z.T. Todesängste dabei durchstehen, wird von der Herstellerfirma Schering und den Ärzten systematisch verharmlost. Unterdessen ist das Medikament unter dem Namen „Nalador" trotz zahlreicher Proteste vom Bundesgesundheitsamt zugelassen worden — jedoch mit einigen Einschränkungen.

Der Lobgesang des Dr. Schmidt

Der Prozeß begann mit einem langen Vortrag des Oberarztes Dr. Schmidt über die Vorteile von Prostaglandinen. Er übernahm als ärztlicher Leiter des Versuches die Hauptverantwortung und schilderte wortreich sein „persönliches Verhältnis" zu Prostaglandinen und warum er sich an die Firma Schering gewandt habe, um das Mittel erproben zu dürfen. Er habe sich bereits Anfang der 70er Jahre für die Verbesserung der Abtreibungsmethoden interessiert; bei ihm an der Klinik sei auch schon frühzeitig die Absaugmethode eingeführt worden. Dennoch habe er mehrfach schreckliche Komplikationen gesehen, Frauen wären nach Abtreibungen gestorben. Daher sein großes Interesse an Prostaglandinen, insbesondere, da sie an der Uniklinik auch eine hohe Zahl komplizierter und später Abbrüche zu machen hätten. Mit einem Wort: Schwer drückt die ärztliche Verantwortung den Helfer der Frauen! Er sei glücklich, ja moralisch verpflichtet gewesen, seinen Patientinnen diese größte gynäkologische Errungenschaft der letzten Jahre zukommen lassen zu können, bevor sie auf dem Markt war. Er behauptet, damit mancher Frau das Leben gerettet zu haben.

Solcherart gerührt beteuerte der Richter mehrfach, daß man ihm ja nicht an die ärztliche Integrität wolle, und er solle doch nun mal etwas zur Aufklärung der Frauen sagen. Dazu fiel dem Herrn Doktor nicht allzu viel ein. Er habe halt gesagt, daß sie da ein Medikament hätten, das noch nicht im Handel sei und mit dem sie gute Erfahrungen hätten. Und überhaupt, er sei schließlich kein Jurist ...

Ganz so haben wir uns das auch vorgestellt. Welche Frau (und noch dazu in einer Notsituation) würde sich nicht freuen, daß ausgerechnet ihr nun diese exklusive neue Errungenschaft zugute kommen soll? ...

Während den Richter auch die medizinische Seite zu interessieren schien, beschränkte der Staatsanwalt seine Fragen darauf, mit welchen Formulierungen die Frauen aufgeklärt worden seien. Dabei stellte sich heraus, daß alle drei Ärzte immer davon sprachen, das Medikament sei noch nicht im Handel, sie hätten aber gute Erfahrungen damit, ab und zu vielleicht auch mal: „Das wird noch erprobt". Schriftliche Einverständniserklärungen der Frauen liegen gar nicht vor.

Ein ganz normaler Arzt

Was für die Zuschauerinnen deutlich wurde, war: Hier stehen gar nicht besonders üble, schlimme Ärzte vor Gericht, sondern ganz normale. Insbesondere die eine beteiligte Ärztin ist in ihrer Haltung zum Schwangerschaftsabbruch eher fortschrittlich zu nennen und hat nach eigenem Bekunden zwei Beratungsstellen mit aufgebaut, schon Anfang der 70er Jahre in Holland die Absaugmethode gelernt.

Was hier im Grunde vor Gericht steht, ist die ganz alltägliche Arroganz gegenüber Patientinnen, die man für zu dumm hält, als daß ihnen die Aufklärung irgend etwas sagen würde, und die ganz normale Karrieresucht, die Frauen zu Objekten der wissenschaftlichen Forschung macht, mit der man sich in der Gynäkologenzunft profilieren möchte. Die Tatsache, daß daran auch Frauen beteiligt sind, zeigt doppelt, wie sehr die Ausbildung und die Strukturen der herrschenden Medizin das Denken prägen.

Schwangerschaft als Krankheit?!

Ziemlich schnell wurde auch die Strategie der drei Verteidiger klar. Sie berufen sich auf den § 41 des Arzneimittelgesetzes, der besagt, daß bei Kranken eine mündliche Aufklärung vor Zeugen ausreiche, und erklären kurzerhand die ungewollt schwangeren Frauen zu Kranken. Zynischerweise berufen sie sich ausgerechnet in diesem Zusammenhang auf eine Definition der Weltgesundheitsorganisation, die besagt, daß Gesundheit das vollständige körperliche und seelische Wohlbefinden des Menschen sei. Und das sei ja bei den Frauen nicht gegeben, sonst dürften sie gar keine Notlagenindikation haben. Pfui Teufel!

Abgesehen davon ist allerdings auch der Passus des AMG ein Skandal: Sind kranke Menschen nicht in der Lage, zu denken und selbst zu entscheiden wie gesunde Menschen? Warum haben sie weniger Rechte? Darin kommt doch ebenfalls die ganze dummdreiste Überheblichkeit der Ärzteschaft zum Ausdruck, die Patienten als unmündig behandelt.

Einstellungsversuch gescheitert – Prozeß trotzdem vorerst geplatzt

Nachdem die Ärzte ihre Haltung dargelegt hatten und dazu befragt worden waren, schlug der Richter vor, das Verfahren einzustellen und ein Bußgeld an z.B. eine „feministische Gruppe" zu zahlen. Es käme ja wohl eh höchstens eine Geldstrafe raus, die dann aber ins Staatssäckel wandern würde. Der Staatsanwalt erklärte sich dazu aber nicht bereit, zumindest nicht bezüglich des Hauptverantwortlichen Dr. Schmidt. Mit dieser erfreulichen Haltung hatten wohl die meisten nicht gerechnet.

Fünf Minuten nach Schluß des ersten Verhandlungstages stellte sich heraus, daß die beisitzende Richterin selbst einmal Patientin bei einem der Ärzte war, und sie erklärte sich — um einem entsprechenden Antrag der Verteidigung zuvorzukommen — selbst für befangen. (Sie hat wohl auch nicht gerade die besten Erfahrungen — oder?) Jedenfalls deutet dies, ebenso wie die Tatsache, daß die betroffenen Frauen für diesen Tag nicht als Zeuginnen geladen waren, darauf hin, daß
oder?) Jedenfalls deutet dies, ebenso wie die Tatsache, daß die betroffenen Frauen für diesen Tag nicht als Zeuginnen geladen waren, darauf hin, daß
einige Herrschaften wohl ziemlich sicher mit der Einstellung gerechnet hatten. Es sollte genauso laufen wie in Braunschweig, worauf die Verteidigung ständig hinwies. Dort waren die Ärzte zu dem lächerlichen Bußgeld von 5.000 bzw. 10.000 DM verurteilt worden, und das Verfahren wurde „mangels öffentlichem Interesse" eingestellt. Im Grunde genommen ist es auch unglaublich, daß eine mögliche Einstellung über die Köpfe der betroffenen Frauen hinweg überhaupt möglich ist.

Da nun alles noch mal von vorne losgehen muß, steht auch der nächste Verhandlungstermin mal wieder in den Sternen. Hoffen wir, daß sich in der Zwischenzeit kein Sinneswandel bei der in diesem Fall erstaunlich korrekten Staatsanwaltschaft einstellt.

d., Westberlin

In diesem Zusammenhang haben wir noch mal folgende Bitte: Obwohl das Prostaglandine-Präparat „Nalador" (alias „Sulproston") unterdessen zugelassen ist, brauchen wir weiterhin Erfahrungsberichte und Informationen, wie damit in den einzelnen Kliniken umgegangen wird. Einerseits, um darauf zu achten, ob die vorgeschriebenen Einschränkungen eingehalten werden, zum anderen, um bei der zwei Jahre nach Zulassung stattfindenden Überprüfung des Medikaments beim BGA Material vorlegen zu können, wie die Praxis aussieht. Außerdem ist es gut möglich, daß für weitere Anwendungsbereiche schon heute an einigen Kliniken Versuche durchgeführt werden. Also: Sperrt bitte Augen und Ohren auf und schickt ggf. Material an die Verlagsadresse, Stichwort: Prostaglandine.





Fortsetzung von Seite 25

und Gericht einlassen will. Wir versuchen, mit den Frauen nach der Beratung in Kontakt zu bleiben und bereiten sie nach Möglichkeit durch Rollenspiele etc. auf den bevorstehenden Prozeß vor. Besonders wichtig ist, die Frau auch während des Prozesses durch unsere Anwesenheit zu unterstützen. Die vergewaltigte Frau fühlt sich durch uns sicherer; zudem ist es für unsere Arbeit im Notruf äußerst wichtig, permanent mit der Realität, und gerade der des Gerichtssaales, konfrontiert zu sein. Die dort gemachten Erfahrungen veröffentlichen wir in Artikeln verschiedener Zeitungen.

Frage: Was wollt Ihr mit der Gesetzesinitiative erreichen? Welche Chancen seht Ihr, Eure Vorschläge durchzusetzen?

Antwort: Eine Möglichkeit besteht darin, daß unsere Vorschläge von einer Partei aufgegriffen werden. Bisher sind wir jedoch noch nicht an die Parteien herangetreten. In der FDP gibt es Bestrebungen, die Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung gesetzlich zu verankern. Ein Kriminologe, Dirk Helmken, hat entsprechende Diskussionen im Rechtsausschuß seiner Partei angeregt.

Ein anderer Weg könnte eine Länderinitiative über den Bundesrat sein.
loge, Dirk Helmken, hat entsprechende Diskussionen im Rechtsausschuß seiner Partei angeregt. Ein anderer Weg könnte eine Länderinitiative über den Bundesrat sein.
In diesem Fall müßte ein Bundesland einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen. Für ein solches Vorgehen kommen vor allem die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen infrage. In Hamburg hat die Leitstelle für die Gleichbehandlung der Frau unsere Vorschläge inzwischen aufgegriffen und an die Justizsenatorin weitergeleitet.

Frage: Die neue Bewegung gegen den Paragraphen 218 ist jetzt 10 Jahre alt. Ihr Ziel, die Abschaffung des § 218 oder gar ein Recht auf Abtreibung hat diese Bewegung nicht erreicht.

Wie steht Ihr zur Gesetzesinitiative, wenn Ihr Rückschau auf diese 10 Jahre § 218-Bewegung haltet?

Antwort: Die § 218-Bewegung hat zwar die Abschaffung des Paragraphen nicht erreicht, doch wurde die Situation von Frauen teilweise verbessert. Darüber hinaus hat sie Bewußtseinsveränderungen in der Bevölkerung eingeleitet. In diesem Sinn verstehen wir auch die Gesetzesinitiative als ein Mittel, auf das gesellschaftliche Problem Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen.

Frage: Welche Reaktionen hattet Ihr seit der Veröffentlichung der Gesetzesinitiative?

Antwort: Wir haben die Forderungen in Zeitschriften bzw. Zeitungen veröffentlicht und uns an verschiedene Rundfunkanstalten gewandt. Bisher war die Resonanz jedoch relativ gering, wenn man von der breiten Öffentlichkeit ausgeht. Einzelne Frauen hingegen schicken uns spontan ihre Unterschrift und möchten mehr Information zur Gesetzesinitiative.

Der Aufruf wurde außerdem an alle uns bekannten Frauenzentren, Frauenbuchläden und Frauenverbände geschickt. Auf einem nationalen Treffen aller Notrufgruppen der BRD und Westberlins wurde die Initiative diskutiert und von den meisten Gruppen unterstützt.

Zur Zeit versuchen wir, uns in den inzwischen sehr zahlreich gewordenen Frauenkursen an den Volkshochschulen vorzustellen und unsere Vorschläge zu diskutieren.

Während der Frauen-Sommer-Uni organisierte der Notruf mehrere Veranstaltungen zum Thema Vergewaltigung.

Frage: Was plant Ihr für die nächste Zeit? Was, meint Ihr, können andere tun?

Antwort: Wir beabsichtigen, in nächster Zeit gewerkschaftliche Frauengruppen und die Frauenverbände der Parteien anzusprechen. Außerdem
tun? Antwort: Wir beabsichtigen, in nächster Zeit gewerkschaftliche Frauengruppen und die Frauenverbände der Parteien anzusprechen. Außerdem
wollen wir in weiteren überregionalen Zeitungen und Zeitschriften Artikel veröffentlichen.

Alle, die uns unterstützen wollen, fordern wir auf, massenhaft Artikel zu schreiben, Unterschriften zu sammeln (U-Listen können bei uns angefordert werden), Frauengruppen und -initiativen in ihrer Umgebung anzusprechen, eigentlich all das zu tun, was wir auch machen und planen.

Frage: Ihr habt den Vorschlag gemacht, im Sommer in Westberlin ein Tribunal zum Thema Vergewaltigung durchzuführen.

Antwort: An dem geplanten Tribunal sollen möglichst alle Notrufgruppen teilnehmen und jeweils einen oder mehrere Anklagepunkte vortragen. Da die Vorbereitungen der einzelnen Notrufe jedoch länger als erwartet dauern, wird das Tribunal, ursprünglich für Juni geplant, nun verschoben. Zur Zeit überlegen wir, ob es anstelle der Frauen-Sommer-Uni, die es in diesem Jahr nicht geben wird, stattfinden soll.

Notruf und Beratung, Berlin

Vielen Dank für das Interview.

Hamburger Frauenwoche

Aus Platzgründen können wir leider nur zwei Berichte von der Hamburger Frauenwoche abdrucken, obwohl uns noch weitere Berichte und Artikel von Arbeitsgruppen und Veranstaltungen der Frauenwoche vorliegen.
Für die nächsten AKs sind noch ausführlichere Artikel zur Arbeitsgruppe Familienpolitik und zur Auseinandersetzung mit der Hamburger „Leitstelle zur Gleichstellung der Frau" in Vorbereitung.

AK Frauenredaktion

AG Lohn für Hausarbeit

Diese Arbeitsgruppe wurde von der Hamburger Initiative „Lohn für Hausarbeit" organisiert, die im letzten Herbst eine Veranstaltung in der Markthalle durchgeführt und seitdem aus fünf (vorher zwei) Frauen besteht. Sie arbeitet mit den Umschülerinnen im Gesundheitsbereich zusammen und hat im März an der Besetzung der „Gleichberechtigungsstelle" durch die Umschülerinnen des Modellversuchs „Frauen in Männerberufen" teilgenommen. Zusammenarbeit gibt es darüber hinaus u.a. mit den „Grauen Panthern" (vor allem zu Rentenfragen) und mit der „Arche" (Prostituierten-Frauenhaus). Zur Hausfrauengewerkschaft hat es einen Kontaktversuch gegeben – die Initiative betont allerdings, daß sie weitergehende Forderungen hat. An der Arbeitsgruppe haben neben den fünf Veranstalterinnen ca. 25 weitere Frauen teilgenommen. Es gab verschiedene Kurzreferate.

Zuerst wurde auf die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Frauen eingegangen: Es herrscht Arbeitsplatzmangel – in Hamburg suchen 10.000 Frauen Arbeit. Frauen sind von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen. Die Frauen arbeiten weiter (Hausarbeit), aber in Abhängigkeit, d.h. ohne Geld. Das Ansteigen der Preise und Sinken der Reallöhne bedeutet weniger Geld in der Haushaltskasse; die Frauen müssen mehr selbermachen und beim Einkaufen mehr nach Sonderangeboten suchen. In wirtschaftlichen Krisenzeiten wird aus Spargründen mehr zu ehrenamtlicher Tätigkeit aufgerufen – in Kindergärten und Schulen (in Hamburg helfen z.Z. 2420 Eltern(teile), davon nur 25 Väter, in Schulen mit).

In einem weiteren Beitrag berichtete eine staatlich geprüfte Tagesmutter vom Tagesmütter-Modell. Sie machte auf den Widerspruch aufmerksam, daß sie für die Betreuung ihres eigenen Kindes kein Geld bekommt, wohl aber für die Betreuung anderer Kinder. Dies Geld sei aber nicht ausreichend (9,50 DM pro Kind bis zu 5 Std., 15,- DM für den ganzen Tag) – die Tagesmütter fordern, daß sie genug verdienen, um aber nicht ausreichend (9,50 DM pro Kind bis zu 5 Std., 15,- DM für den ganzen Tag) – die Tagesmütter fordern, daß sie genug verdienen, um sich sozialversichern zu können. Außerdem fordern sie ein Kommunikationszentrum mit 1/2 bezahlter Stelle für sich, damit sie nicht mit jeder Kleinigkeit zum Jugendamt oder anderen Behörden rennen müssen, sondern sich untereinander treffen können. Dann berichtete eine Mutter, wie sie durch zuviel Hausarbeit ihren Arbeitsplatz verloren hat. Sie hatte als Dialyse-Krankenschwester im Schichtdienst und mit Bereitschaftsdienst gearbeitet. Wenn sie zu Hause bleiben mußte, weil ihr Kind krank war, wurde ihr gesagt: *„Wenn Sie ein Kind haben, haben Sie den falschen Beruf"*. Oft mußte sie verspätet zur Arbeit kommen, weil sie bei Dienstbeginn um 6 Uhr ihr Kind morgens um halb 5 aus dem Bett holen und in die Kinderkrippe/den Kindergarten bringen mußte, was sich nicht immer komplikationslos „abwickeln" ließ. Schließlich wurde ihr „nahegelegt" zu kündigen; als sie dies ablehnte, wurde ihr gekündigt. Daraufhin machte sie Nachtwachen, bis ihr Kind einmal nachts aus dem Bett fiel und sich am Rücken verletzte. Jetzt nimmt sie an einer Fortbildungsmaßnahme im Gesundheitswesen teil, wo die finanziellen Bedingungen für die Frauen kaum tragbar sind. Die Lehrgangskosten müssen zu 1/3 von den Frauen aufgebracht werden, die Frauen erhalten vom Arbeitsamt 58 % des bisherigen Verdienstes; eine Frau mit zwei Kindern erhält z.B. 1.050 DM. Da sie ihr Kind nicht in einen staatlichen Kindergarten zur Verwahrung bringen wolle, sähe sie für sich kaum eine andere Möglichkeit als Lohn für Hausarbeit, um ihre Existenz absichern zu können.

In der Diskussion wurde infrage gestellt, ob die Forderung nach Lohn für Hausarbeit der richtige Weg sei, um die Gratisarbeit von Frauen aus der Welt zu schaffen: Einerseits sei es unmöglich, daß Frauen unbezahlte g e s e l l s c h a f t l i c h e Arbeit leisten; Kindergärtner/innen, Lehrer/innen, Krankenschwestern bekommen für „Hausarbeit" Geld; Haushaltsvertretungen bei Krankenhaus- und Kuraufenthalten von Müttern bekommen ein festes Gehalt für die gleiche Arbeit, die Mütter jahraus/jahrein gratis verrichten; für den Todesfall ist der Wert einer Hausfrau genau berechnet ... Andererseits würden mit Lohn für Hausarbeit die herrschenden Verhältnisse zementiert: Frauen sind weiter diejenigen, die die Hausarbeit machen – die Männer können ihre Verweigerung damit begründen, daß die Frauen ja dafür bezahlt werden; die Frauen arbeiten weiter zu Hause und isoliert. An Kindergärten, Arbeitsplätzen, Kantinenessen, Schulwesen würde nichts so verändert, daß Frauen die Hausarbeit erleichtert und damit Berufstätigkeit ermöglicht wird. Einige Frauen meinten, sie wollten diese typisch weiblichen Tätigkeiten nicht verrichten müssen, auch wenn sie Geld dafür bekämen. Sie lehnten diese Hausfrauenrolle für sich total ab. Es müsse die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohnausgleich gestellt werden, damit Berufstätigkeit für Frauen und eine Aufteilung der Hausarbeit auf alle im Haushalt Lebenden möglich ist.

Dagegen hielten die Lohn-für-Hausarbeit-Frauen, daß die Frauen, die im Haus bleiben, nicht unbedingt isoliert sein müßten. (Ein Beispiel sei die Forderung der Tagesmütter nach einem Kommunikationszentrum). Wenn die Frauen Lohn für Hausarbeit bekämen, könnten sie die Hausarbeit z.T. „verkaufen", z.B. die Kinder in Kinderinitiativen unterbringen, Nachhilfestunden bezahlen, Wäsche in die Wäscherei geben. (An dieser Stelle wurde eingewandt, daß dann doch besser gleich die Arbeit aus dem Haus verlagert und die Forderung nach besseren kollektiven Einrichtungen gestellt werden könne, statt jede Frau die Frage der Hausarbeit individuell regeln zu lassen.) Es könnte die Eigeninitiative gefördert werden –Kommunikationszentren aufbauen, Kinderinitiativen schaffen etc., statt diese Sachen durch den Staat von oben regeln zu lassen. Die Frau werde nicht auf die Hausfrauenrolle festgeschrieben, schaffen etc., statt diese Sachen durch den Staat von oben regeln zu lassen. Die Frau werde nicht auf die Hausfrauenrolle festgeschrieben, denn wenn es Geld für diese Arbeit gäbe, könne frau sich durchaus vorstellen, daß die Männer dann auch die Hausarbeit übernähmen. Außerdem gäbe es Frauen, die gerne Hausbeit machen, gerne mit den Kindern zusammenleben und sie nicht in Kindergärten unterbringen wollen, die gerne Beziehungsarbeit machen. Dies höre sich zwar zynisch an, weil die Frauen heute nicht selbst darüber bestimmen können, aber frau wolle nicht als Richterin über diesen Frauen stehen.

Auf die Frage, woher das Geld kommen sollte, um die Frauen zu bezahlen, da ja die Beträge faktisch nicht vorhanden seien, die durch Hausarbeit erwirtschaftet werden (40% desNettosozialprodukts),wurde geantwortet, daß das Geld von dem bezahlt werden sollte, der es eingestrichen hat. Es solle nicht über Löhne/Gehälter des Mannes laufen, da nicht einzusehen sei, daß eine Bourgeoisfrau mehr bekäme als eine Arbeiterfrau. Es käme darauf an, die gesamte Gesellschaft umzuorganisieren: statt die Familien kaputtzumachen, Kinder verwahrlosen zu lassen und in Heime zu stecken, was zur Folge hat, daß Kinderheime und Gefängnisse usw. bestehen und finanziert werden müssen, sollte Lohn für Hausarbeit und Kindererziehung gezahlt werden. Außerdem sei z.B. im Militärhaushalt ausreichend Geld vorhanden.

Leider ist dieser Aspekt der Diskussion viel zu kurz gekommen. Es ist klar, daß sich dieses System auf die Gratis-Hausarbeit von Frauen stützt und nicht freiwillig Geld aus dem Militärhaushalt für die Bezahlung von Hausarbeit locker macht. Wenn es darum geht, gesellschaftlichen Druck auszuüben, dieses System letztendlich abzuschaffen, ist es fraglich, ob die Forderung nach Lohn für Hausarbeit der geeignete Ansatzpunkt ist, solange es nicht im geringsten eine Art Hausfrauenbewegung gibt.

Eine Hamburger Genossin



Frauen gegen Krieg und Militarismus

Zu diesem Thema fanden acht Veranstaltungen statt, zu denen bis zu 200 Frauen kamen. Veranstalterinnen waren Frauen, die auch schon aktiv die Aktionswoche vom 1.-8. März – „Frauen gegen Krieg und Militarismus" – mitgetragen hatten. Darüber hinaus fanden Veranstaltungen von DFI-Frauen, Theologinnen und einer ASF-Frau statt. Außerdem gab es ein Streitgespräch über mögliche Widerstandsformen. In allen Veranstaltungen fanden lebhafte Diskussionen statt. Zur Veranstaltung der ASF-Frau erschienen nur ca. 35 Frauen; die hörten sich relativ geduldig ihre These an, daß es zum Abbau der Rüstung zunächst notwendig sei, „Strategien zur Arbeitsplatzsicherung" zu entwickeln. Als ihre eigene Perspektive gab sie an, innerhalb der SPD die Forderung „Keine Frauen in die Bundeswehr" einzubringen und in der Initiative „Frauen zum Bund – wir sagen nein" mitzuarbeiten. Auf das konkrete Verhalten der ASF z.B. im Fall des Apel-Besuchs am 2. März in Hamburg (siehe AK 181) angesprochen, bei dem protestierende Frauen von Bullen vor dem Amerikahaus zusammengeprügelt wurden, während die ASF drinnen mit Apel „diskutierte", konnte sie nur persönliches Bedauern aussprechen. Eine Stellungnahme der ASF dazu ist nicht bekannt.

Zu dem Streitgespräch „Frauen gegen Kriegsgefahr – aber wie?" kamen über 200 Frauen. Hauptsächlich getragen wurde es von Frauen, die die Aktionswoche vom 1.-8. März durchgeführt hatten. DFI-Frauen und ASF traten zum Streit nicht an.

In der Diskussion, an der sich viele Frauen beteiligten, ging es um Vor- Frauen und ASF traten zum Streit nicht an. In der Diskussion, an der sich viele Frauen beteiligten, ging es um Vor-schläge, die auf der Aktionswoche vom 1.-8. März gemacht worden waren. Ein Hauptauseinandersetzungspunkt war die Verweigerungsaktion gegen den Artikel 12 a, Abs. 4 Grundgesetz, wonach Frauen vom 18. – 55. Lebensjahr im Falle eines Krieges zu Zivildiensten eingezogen werden können. Bisher haben schon Frauen an verschiedenen Orten diese Verweigerungen unterschrieben. Einige Frauen meinten, daß angesichts der Gefahr eines Atomkrieges, bei dem eh die Bevölkerung draufgeht, es unsinnig sei, unseren Einsatz zu verweigern. Eine Orientierung auf eine Verweigerung würde mit dazu beitragen, den Atomkrieg zu verharmloser bzw. ließe sich auf eine Kriegsvorbereitung ein. Andere Frauen fanden es verkehrt, uns mit den Verweigerungen an die Behörden zu wenden, wo wir dann registriert würden; lieber sollten die Frauen jede einen Farbtopf nehmen und Parolen an die Wände malen. Andere Frauen behaupteten, daß, wer solch eine Aktion propagiere, den Frauen vormache, daß mit einer Unterschrift schon ein Krieg verhindert würde. (Tatsächlich haben die Initiatorinnen diese Aktion nie isoliert als die einzig mögliche dargestellt.) Die „Frauen gegen imperialistischen Krieg" hielten es zwar für richtig, gegen die Zivildienstverpflichtung von Frauen etwas zu tun, lehnten aber die Verweigerungsaktion als „unpolitisch" ab. Es gab aber auch Frauen, die die Öffentlichkeitsarbeit mit den Verweigerungen als Ausdruck des Protests von Frauen gegen die drohende Kriegsgefahr für wirksam hielten. Eine Frau meinte, sie wisse, daß die drohende Kriegsgefahr nicht losgelöst vom Vorhandensein des Kapitalismus sei; sie könne aber dies nicht bei jeder Frau, die gegen den Krieg sei, voraussetzen. Deshalb müsse der Protest von Frauen gegen den Krieg auf vielen Ebenen laufen.

Weitere Diskussionspunkte, die aber nur kurz angerissen wurden, waren der geplante Friedensmarsch von skandinavischen Frauen im Juni, die Weiterarbeit von Frauen zum Thema Krieg und Militarismus in Hamburg, die Organisierung eines nationalen Frauenkongresses zu diesem Thema, die Verhinderung der Stationierung von Mittelstreckenraketen, die Einschätzung der Rolle der Nato. Einigen Frauen waren die vorgeschlagenen Aktionsformen zu „friedlich"; sie meinten daß wir spektakulärere Aktionen machen müßten. Es ärgerte sie z.B., daß in Hamburg immer noch die ARWA-Reklame (Gruppe von Soldaten starrt auf die schönen Beine einer Frau) „unbearbeitet" an Hauswänden und Littfaßsäulen klebt. Dem stimmten viele Frauen zu; sie meinten, jede Aktionsform wäre recht.

Störend auf dieser Veranstaltung wie auch auf anderen waren Frauen von den „Marxistischen Gruppen" (MG), die permanent und penetrant mit stereotypen Redebeiträgen den Verlauf der Diskussion bestimmen bzw. verwirren wollten. So warfen sie z.B. den Frauen, die über Widerstandsformen diskutierten, vor, sie müßten erst mal „grundsätzlich das kapitalistische System angreifen". Der Krieg werde von den Kapitalisten gemacht, und wer sich lich das kapitalistische System angreifen". Der Krieg werde von den Kapitalisten gemacht, und wer sich über Widerstandsformen unterhält, tue so, als ob er/sie selbst dafür verantwortlich sei und nicht die Kapitalisten. Obwohl die Frauen sich ihren Diskussionsverlauf nicht von den MG-Frauen vorschreiben ließen, sorgten die Frauen für Unmut, sodaß einige Frauen früher die Veranstaltung verließen. Die MG-Frauen gingen zum Schluß von selbst – aber da war die Diskussion schon gelaufen.

Eine Genossin aus Hamburg

zum frieden

meine alte mutter sagt:
ich werde ja das dritte mal
einen krieg nicht erleben
selbst wenn
ich habe
ja nichts mehr
zu verlieren

aber du
mein junge
geht es dir gut?
bist du eigentlich glücklich?

ke, 1.4.81

ke, 1.4.81



Neue Offensive der katholischen Kirche gegen Abtreibung

Seit zwei Jahren wird öffentlich über die Einrichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums in Essen diskutiert. Die ursprüngliche Planung sah vor, daß nicht nur ein Gynäkologe zum Ausstellen der Indikation eingestellt wird sondern, und das ist das Entscheidende, auch ein Gynäkologe, der Abbrüche durchführt, in das Zentrum integriert wird. Obwohl es Unterstützungsbeschlüsse fast aller SPD-Parteiinstanzen und prominenter Landespolitiker gab, beschloß die Landtagsfraktion der SPD-NRW (Landtagsmehrheit) im März 1981, kein Geld für das Schwangerschaftskonfliktzentrum zur Verfügung zu stellen. Dies mit dem sinnigen Argument, daß die Stadt Essen nicht Ziel für den „Abtreibungstourismus" werden dürfe (Sozialminister Farthmann). Nach massiven öffentlichen Protesten von Jusos, Judos und der Humanistischen Union beschloß die SPD-Fraktion auf einer zweiten Sitzung, doch noch 900.000 DM zur Verfügung zu stellen. Bedingung dafür ist allerdings, daß diese Gelder nur für die Beratung und Betreuung in Not geratener schwangerer Frauen verwertet werden dürfe, nicht jedoch für Abbrüche.

Das brachte trotzdem die katholische Kirche auf den Plan. Wie schon 1979 organisierte sie einen Schweigemarsch und einen Hungerstreik katholischer Jugendlicher „Für das Leben" und „Abtreibung – Nein Danke". Die Jugendlichen sammelten während ihres Hungerstreiks Unterschriften und verteilten Flugblätter gegen das Zentrum. Darin warfen sie den Befürwortern der Einrichtung vor, Kinder in den Mülleimer werfen zu wollen (Mutter Teresa, ick hör' Dir trapsen). Gleichzeitig wurden die üblichen widerlichen Hochglanzphotos von zerstückelten Embryos in Blutlachen verteilt.

Am 27.3. fanden in allen katholischen Kirchen des Bistums Essen „Gebetsstunden für das Leben" statt. Höhepunkt der klerikalen Aktions-

Am 27.3. fanden in allen katholischen Kirchen des Bistums Essen „Gebetsstunden für das Leben" statt. Höhepunkt der klerikalen Aktionstage war am 30.3. der Schweigemarsch von 20.000 Katholiken, darunter viele Jugendliche, durch die Essener Innenstadt. Mit den Parolen waren die „Lebensschützer" wieder mal wenig zimperlich. Hier einige Kostproben: „Heute killen wir Embryos, morgen gehen wir auf die Rentner los!" oder „Liegt der Fötus erst im Klo, ist die Mutter wieder froh!" und „Abtreibung ist Mord aus Bequemlichkeit!" (würg!).

Verschwindend klein, aber lautstark, war eine spontane Gegendemonstration von ca. 300 Menschen, die von der Essener Frauenzentrumsinitiative mobilisiert worden waren. Die Arbeiterwohlfahrt (immerhin Trägerin des Projekts) und die SPD wurden nicht gesichtet! Die Schweigemarschierer vergaßen gegenüber den Gegendemonstranten selbstverständlich das christliche Gebot der Nächstenliebe! Durch Fußtritte und Fausthiebe versuchten sie, Argumente zu ersetzen.

Dieser geballte Aufmarsch dürfte leider nur der A u f t a k t einer neuen Hetzkampagne der katholischen Kirche gegen die Abtreibung sein. So hat auch schon die letzte Bischofskonferenz beschlossen, eine „Aktion für das Leben" aufzubauen.

Zum Schweigemarsch gab die nationale Koordination der Beratungs- und § 218-Gruppen eine Presseerklärung heraus, in der es u.a. heißt: „*Der von der katholischen Kirche organisierte Schweigemarsch ist ein direkter Angriff gegen unseren Kampf für unser Selbstbestimmungsrecht. Letztes Jahr stellten wir anläßlich der Brandanschläge auf Pro Familia - Beratungsstellen fest: 'Gerade dieser erschreckende Anschlag von rechts zeigt uns, daß wir weitermachen müssen im Kampf gegen die geistigen Urheber und gegen die Institutionen, die Frauen als Mörderinnen diffamieren und menschenwürdige Schwangerschaftsabbrüche verhindern'* ".

Eine Genossin aus Hamburg



Essener Anti-Abtreibungsdemonstration 1979, im Hintergrund ein Transparent der „Gesellschaft für Menschenrechte".

»Courage« auf Abwegen

Die „Courage"-Frauen sind anscheinend immer noch nicht schlauer geworden, was die Unterstützung der angeblichen Feministinnen aus der UDSSR um den „Klub Maria" betrifft. Die aus der UDSSR ausgewiesenen Frauen T. Goritschewa und J. Vosnessenskaja haben im Januar eine westdeutsche Filiale vom „Klub Maria" ins Leben gerufen, die der „Gesellschaft für Menschenrechte" angeschlossen ist. Und die „Courage" veröffentlichte in ihrer April-Ausgabe eine Kontaktanzeige für diesen „Klub Maria".

Obwohl schon aus den von den „Maria"-Frauen vertretenen Inhalten deutlich wurde, daß es sich bei diesen Frauen keinesfalls um Feministinnen handelt, so beseitigt die Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft für Menschenrechte" die letzten Zweifel an ihrer politischen Orientierung.



Die Initiatorinnen des Klub „Maria", v.l.n.r.: Malakowskaja, Goritschewa, Vosnessenskaja.

Die „Gesellschaft für Menschenrechte"

Die „Gesellschaft für Menschenrechte" (GfM) mit Sitz in Frankfurt existiert seit 1972. Sie unterstützt ausschließlich rechte oppositionelle Kräfte in den RGW-Ländern. Im Präsidium der GfM sitzen Kräfte vom rechten Rand der CDU/CSU, wie **Prof. Lothar Bossle vom CSU-nahen „Institut für Demokratieforschung"** und Strauß-Wahlhelfer **Ludek Pachmann** aus der CSSR. Zu den Mitstreitern der GfM gehört auch ZDF-Moderator **Gerhard Löwenthal.**

Geschäftsführender Vorsitzender der GfM ist **Iwan Agrusow**, nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti Mitglied der rechtsradikalen Emigrantenorganisation **„Narudno Trudowoi Sojus"** („tat" 12.3.76). Die GfM ist eng verfilzt mit dem extrem rechten **„Brüsewitz-Zentrum"** und sie scheut auch nicht die Zusammenarbeit mit noch rechteren Organisationen. Korporatives Mitglied der GfM ist der **„Hochschulring Tübinger Studenten"** der durch seine Zusammenarbeit mit der Hoffmann-Bande bekannt ist.

Anläßlich des Breschnew-Besuches 1978 schloß sich die GfM in einer „Bürgeraktion für Menschenrechte" u.a. mit Habsburgs **„Paneuropa Union"** (CSU-nah), der **VDA (Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland")** und dem **„Bund der Vertriebenen"** zusammen; mit von der Partie waren auch rechtsradikale Politsekten wie **„Bibel für die Welt"** und **„Hilfsaktion Märtyrerkirche"**.

1980 tat sich die GfM durch ihre Propagierung des Olympia-Boykotts hervor. Als besondere Geschmacklosigkeit ist in diesem Zusammenhang eine „Gedenkfeier für die Opfer politischer Gewaltherrschaft anläßlich der Eröffnung der Olympischen Spiele in Moskau" ausgerechnet im ehem. KZ Dachau zu erwähnen („Deutsche Tagespost", 18.7.80).

Die Verbindungen zur klerikalen Rechten weisen auch auf die extreme Frauenfeindlichkeit dieser Kräfte hin; es sind dies genau die Kreise, in denen die militantesten Abtreibungsgegner zu finden sind. Die Jahreshauptversammlung der GfM 1976 wählte z.B. den damaligen Militärbischof Hengsbach ins Ehrenpräsidium. Hengsbach, heute Bischof in hauptversammlung der GfM 1976 wählte z.B. den damaligen Militärbischof Hengsbach ins Ehrenpräsidium. Hengsbach, heute Bischof in Essen, spielt eine Hauptrolle in der Bewegung für eine Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung. Im April 79 führte er einen Schweigemarsch gegen Abtreibung in Essen an; und jetzt ist es wieder Hengsbach, der eine Demonstration am 30. März gegen das von der Essener Arbeiterwohlfahrt geplante Schwangerschaftskonfliktzentrum organisierte. Dies sollten eigentlich Gründe genug für die „Courage" sein, die „Maria"-Frauen nicht weiter zu unterstützen. Es sollte den „Courage"-Frauen auch zu denken geben, daß ein dem ihren sehr ähnlicher Artikel ausgerechnet in der rechtskatholischen „Deutschen Tagespost" (28.1.81) erschienen ist, die sowohl als Hauspostille der GfM wie auch als Sprachrohr der militanten Abtreibungsgegner fungiert. Die Artikel sind lediglich in Nuancen den jeweiligen Zielgruppen angepaßt: Die „Tagespost" kennzeichnet die „Maria"-Frauen – völlig zutreffend – als „*stark religiös motiviert*", während die „Courage" als Ziele der Frauen, neben der Unterstützung der Zeitschrift „Maria" in der UDSSR und dort politisch verfolgten Frauen, die „*Ausweitung der Kontakte deutscher und russischer Frauen*" und die „*Unterstützung der Frauenbewegung in der UDSSR*" aufführt.



Tatjana Mamonova

Die Tatsache, daß sich die Redaktion des Almanachs „Frauen in Rußland" inzwischen (im Verlauf der Erstellung der zweiten Nummer des Almanachs) gespalten hat, hätte für die „Courage" Anlaß sein können, über diese Spaltung und die inhaltlichen Differenzen zu informieren und kritisch Stellung zu beziehen. Denn immerhin hatte sich die „Courage" die Verbreitung der Inhalte der ersten Ausgabe dieses Almanachs und die tisch Stellung zu beziehen. Denn immerhin hatte sich die „Courage" die Verbreitung der Inhalte der ersten Ausgabe dieses Almanachs und die Organisierung einer Solidaritätsbewegung zur Aufgabe gemacht.

Die Herausgeberin des Almanachs, Tatjana Mamonova, die sich stärker an der westlichen Frauenbewegung orientiert, hatte es abgelehnt, der Linie der „Christianisierung" im Almanach weiter Raum zu geben, da sie darin eine „Desorientierung" der Frauenbewegung in der Sowjetunion sieht. Daraufhin hatte ein Teil der Redaktion sich abgespalten und den „Klub Maria" gegründet. Auch der Almanach „Frauen in Rußland" soll weiter erstellt und in der UDSSR verbreitet werden. Daß es T. Mamonova jedenfalls nicht um antikommunistische Propaganda geht, zeigt ihre Unterschrift unter die Solidaritätserklärung westlicher Feministinnen zur Unterstützung von Jiang Qing.

Eine Genossin der AG Frauen/ Hamburg

Auch wenn es eine Frau ist ...

1. Teil: Am Ende der KB-Frauenvollversammlung am 4.4. in Göttingen hat sich folgendes ereignet: Auf dem Weg zur Küche kreuzte sich zufällig mein Weg mit dem einer Genossin, der ich einige Stunden vorher in einer Kontroverse um einen von ihr eingebrachten Resolutionsentwurf sehr entschlossen entgegengetreten bin. Sowohl diese spezielle Auseinandersetzung als auch die emotionalisierte Diskussion der gesamten VV, in der ich ebenfalls nicht auf Seiten der Position der Genossin stand, hat mir durchaus klargemacht, daß wir beide nicht gerade die besten Freundinnen im KB sind. Obwohl mir aus diesem Gefühl heraus diese Begegnung Verhaltensschwierigkeiten aufdrängte, hatte ich keine Lust und Veranlassung, mich peinlich, mit gesenkten Augenlidern an ihr vorbeizumogeln. Ich sah sie also voll an – das ging alles sehr schnell, weil ich mit wenigen Schritten die Tür zur Küche erreicht hatte. Plötzlich hörte ich, daß jemand laut und deutlich hinter mir ausspuckte. Ich assoziierte sofort, daß dies mir galt. Ich jagte wutentbrannt wieder aus der Küche raus und schrie die Genossin P. an, ob sie mich etwa angespuckt hätte. Sie kam sehr zornig und entschlossen auf mich zu, bedrohte mich und schrie, ich wüßte gar nicht, was ich getan hätte. Ich schrie ebenso empört zurück, daß ich verstünde, daß sie sehr sauer auf mich ist, daß dies aber noch was anderes wäre, als mich anzurotzen. Da ihre umstehenden Freundinnen sie keineswegs zu beruhigen versuchten, sondern noch sehr viel Verständnis für P.'s ‚Reaktion' kundtaten, hatte ich Angst, daß diese Situation in einer Prügelei enden würde. Die einzig rationale Reaktion, die ich mir in dieser aufgeputschten Stimmung abringen konnte, war die, darauf zu verzichten, hier irgendwas klären zu können und durch meinen Abgang erstmal Schlimmeres zu verhüten. Außerdem heule ich nicht gern vor den Leuten, die mich so tief verletzen. In der Küche mußte ich erstmal alles, was ich in der Hand hatte, durch die Gegend schleudern und eine Saftpackung an die Wand knallen, bevor ich meine Enttäuschung durch Heulen zum Ausdruck bringen konnte. Ausgerechnet mir drängte sich als erstes das Gefühl auf, daß ich mich dafür schämen müsse, daß es soweit gekommen ist.

2. Teil: Auf der Sitzung der Frauenleitung am Tag nach der Frauen-VV hat ein Mitglied der FL für die Genossin P. ausgerichtet, daß sie sich für ihr Verhalten entschuldige, weil Anspucken kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sei. In der längeren Diskussion ist mir klar geworden, daß für mich in diesem Fall das Problem nicht darin besteht, daß P. sich formal entschuldigt oder sonstwer erklärt, daß Anrotzen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Ein viel größeres Schlaglicht auf die bereits vorangeschrittene Entsolidarisierung unter uns Genossinnen wirft dieses „Verständnis", das in diesem Fall bedeutet: ich bin selber schuld, ich hätte nicht so „scharf" auftreten sollen. Erschreckend ist in diesem Fall die mangelnde Bereitschaft, sich mit meinen inhaltlichen Positionen überhaupt auseinanderzusetzen und die Ignoranz gegenüber meiner persönlichen Betroffenheit.

Ich habe diesen Vorfall bewußt geschildert ohne den Versuch, die inhaltlichen Kontroversen, die in der VV eine Rolle gespielt haben, als Erklärung mit heranzuziehen. Für mich ist die Tatsache, daß ich für meine inhaltlichen Positionen mehrere Stunden nach dem eigentlichen Clinch angespuckt werde, durch nichts zu rechtfertigen. Jeder Versuch, die Situation durch die angespannte Stimmung zu „erklären", geht in ignoranter Weise darüber hinweg, daß auch ich tausend Gründe habe, aufgebracht zu sein. Warum sollte ich, die ich die Mehrheitsmeinung in der Frauenleitung teile (die wahrscheinlich gar nicht mal die Mehrheitsmeinung der Anwesenden auf der VV war) aus d i e s e m Grund weniger Recht dazu haben, diesen Akt persönlicher Verachtung und Feindseligkeit als solchen darzustellen und eine uneingeschränkte Verurteilung zu verlangen?

in, Mitglied der FL

p.s.: Parallel zu dieser persönlichen Stellungnahme ist von der Frauenleitung ein Brief an die Genossin P. verfaßt worden, der sie zu einer selbstkritischen Stellungnahme auffordert.

Anspruch und Wirklichkeit

„... Darum versuchen wir, möglichst viel von unseren Ansprüchen zumindest unter uns – also innerhalb der Organisation – schon umzusetzen. Das ist schwierig und klappt nur ansatzweise (schließlich leben wir ja nicht auf einer sozialistischen Insel) – aber manchmal schaffen wir es doch schon, menschlichere Beziehungen aufzubauen ... am ehesten unter uns Frauen – oh, eine Umarmung an all die lieben Genossinnen..."

(Ulr. im „Lesbenstich" Nr. 4/80)

Für eine *feministische* sozialistische Frauenkonferenz! Keine sozialistische Konferenz ohne Feminismus!

Falls wir KB-Frauen uns auf diese Parolen einigen können, hört unsere (Schein)-Vereinheitlichung spätestens bei den Vorstellungen der Umsetzung dessen in der Praxis auf. Das und Folgen unseres unterschiedlichen Politikverständnisses möchte ich mit meiner Kritik an den Artikeln „Einige Gedanken zur sozialistischen Konferenz" (SK), AK 197, und „Vorbereitungstreff für eine sozialistische Frauenkonferenz" (SFK), AK 198, aufzeigen.

„Jammern" statt Politik ?

In AK 197 schreibt Ul.(HH): *„Das Thema der Frauen auf dem Plenum und in den Arbeitsgruppen war ausschließlich Frauenbewegung – linke Bewegung/linke Männer – linke Frauen ..."* und *„.... da haben wir nun wieder einmal zusammen gesessen, um stundenlang den Sprachstil der Typen zu diskutieren und bejammert, daß die Frauen sich nicht einbringen können; anstatt die Gelegenheit zu nutzen, über das zu reden, was wir politisch* (AHA, Anm.:ich) *wollen, stand im Mittelpunkt das sogenannte* (wieso sogenannte? Anm.: ich) *Politikverständnis der Männer – und das alles unter dem Stichwort 'Sozialismus'."*

Hier müssen wir uns die Frage stellen: Welche Funktion hatte dieses Frauentreffen speziell in der Situation und welche Funktion sollten solche Frauentreffen generell haben; und weitergehend: welchen Stellenwert hat das für uns KB-Frauen (immerhin gesegnet (?) mit einem – wenn auch in der Bedeutung umstrittenen – Frauenstatut), welchen für unorganisierte, linke Frauen, und welchen für organisierte und unorganisierte linke Feministinnen.

M.M.n. wird Ul. dem Anliegen dieser 4 - 500 Frauen in keinster Weise gerecht, wenn sie in alter ML-Besserwisserei-Manier lamentiert, die Frauen hätten lieber zu den Themen der SK arbeiten sollen, und die ausschließliche Problematisierung des ekligen Mackerverhaltens der SK'ler als „bejammern" abtut.

Manchmal scheint die Geschichte still zu stehen, scheinen sich die Räder zurück zu drehen: mir drängt sich stark die Erinnerung an den Putsch der SDS-Frauen von 1968 auf. Was hat sich eigentlich seitdem bei den linken Kerlen geändert? Da macht die BRD-Linke 'ne SK, worauf schon jetzt alle kleinen und großen Möchtegern-Kader abfahren – wie kleine Jungen, die um die Wette pin-

der zurück zu drehen: mir drängt sich stark die Erinnerung an den Putsch der SDS-Frauen von 1968 auf. Was hat sich eigentlich seitdem bei den linken Kerlen geändert? Da macht die BRD-Linke 'ne SK, worauf schon jetzt alle kleinen und großen Möchtegern-Kader abfahren – wie kleine Jungen, die um die Wette pin-

keln ... Und sie schämen sich nicht, Frauenthemen zu „vergessen", d.h. zu ignorieren, sie schämen sich nicht, gleiche Formen zu benutzen, gegen die sich schon '68 die SDS-Frauen wehrten. Formen, die es den meisten Genossinnen unmöglich machen, sich aktiv zu beteiligen. Ja, sie bringen es sogar fertig, Frauen, die sich ängstlich und zu ihrer Angst bekennend ans Mikro stellen, zu verlachen und zu verhöhnen!!!

Und doch, es tut sich etwas; nicht nur eine Handvoll SDS-Frauen sondern gleich 4 - 500 Frauen stehen auf, Frauen verschiedenster linker Couleur fangen gemeinsam an, sich zu wehren! Die linken Thesen kennen und teilen wir als Marxistinnen, doch (u.a.) das Verhalten der Genossen macht die Entwicklung einer Antithese notwendig, um zu einer neuen (d.h. erweiterten) Synthese zu kommen; eine Antithese, um die Unglaubwürdigkeit solcher „Linken" zu beweisen: denn es ist ein großes Stück Unglaubwürdigkeit, wenn ein Linker einerseits von der Revolution und Befreiung der Arbeiterklasse schreit, und andererseits Frauen totschreit! Natürlich gehört zur Antithese auch, unseren Klassikern da auf die Finger zu klopfen, wie sie in ihren Analysen im eigenen chauvinistischen Saft stecken geblieben sind (z.B. Frage der Hausarbeit, Sexualität etc.).

Zurück: der erste Schritt der Antithese ist zwangsläufig die Infragestellung des Chauviverhaltens, und bei diesem Schritt waren die 4 - 500 Frauen der SK. Der große Erfolg dieses gemeinsamen Handelns – wohl nur möglich gemacht durch eine 10jährige Frauenbewegung – wird bei Ul. und Pa. überhaupt nicht gewürdigt. Auch daß KB-Genossinnen den meisten organisierten Frauen gegenüber – gerade an diesem Punkt – einen gewissen Vorsprung genießen (aufgrund unserer – durchaus nicht in der Linken üblichen – innerorganisatorischen Frauenkämpfe) wird nicht berücksichtigt. Dazu kommt noch, daß Struktur- und Klimadebatten besonders in Organisationen verhaßt sind, da kaum eine Gruppe konstruktive Ergebnisse solcher Diskussionen vorzuweisen hat. (Eine Ausnahme sind unsere durchaus lesbaren Krisen-UW's, allerdings haben wir es nicht annähernd geschafft, unsere damals gesteckten Ziele in Bezug auf Zentralismus einerseits und Basisdemokratie andererseits zu realisieren.)

Kampf dem linken Männlichkeitswahn !

Muß dann nicht gerade nach Wegen gesucht werden (statt sie abzuwürgen!), diese Probleme diskutierbar zu machen? Strukturen, männliches Verhalten, typische Mackersprachwixe, unterm Strich mehr oder weniger subtile Frauenunterdrückung, das hat sich wie ein Krebsgeschwür in die Linke eingefressen und scheint unausrottbar. Dieser Männlichkeitswahn kann nur bekämpft werden, wenn wir es in mühsamer Kleinarbeit schaffen, erstmal die Symptome zu erkennen und zu benennen, und das geht nicht mal nebenher. Das ist richtige und hochpolitische Arbeit (die von Ul. und Pa. total unterbewertet wird): Erkennen, daß das Schweigen der Frauen Reaktion auf männlichen Chauvinismus ist; erkennen, daß E - Mann - zipation nicht heißen kann, die „Qualitäten" der Männer sich zuzulegen (so wird das primär von DKP/DFI interpretiert); erkennen, daß es nicht die Aufgabe von 4 - 500 verarschten Frauen sein kann, (primär) die Themen der SK nun ganz „alternativ" ohne Macker durchzukauen (wohl weil frau nicht „stark" genug ist, MANN's genug ist, das mit den Chauvis gemeinsam zu machen ...?); erkennen, – und das finde ich wahnsinnig schwierig – , wo sich Männer-Macht-Strukturen auch unter uns Frauen eingeschlichen haben!

Der zweite Schritt wäre die Entwicklung einer Alternative!

Wenn Frauen es schaffen, die Frauenunterdrückung durch Genossen greifbar zu machen und zu analysieren – das könnte eine Kulturrevolution sein! Der Schritt zu Gegenstrategien ist dann nicht mehr weit, aber wie sollen/wollen wir linke Frauenstandpunkte z.B. in der Antimil-Arbeit entwickeln, wenn wir das Wesen der Frauenarbeit gar nicht begreifen: Das ist doch nicht ein Aufguß der Männerpolitik – weder formal, noch inhaltlich! Sondern wir müssen versuchen, 'ne Verbindung herzustel-

tion sein! Der Schritt zu Gegenstrategien ist dann nicht mehr weit, aber wie sollen/wollen wir linke Frauenstandpunkte z.B. in der Antimil-Arbeit entwickeln, wenn wir das Wesen der Frauenarbeit gar nicht begreifen: Das ist doch nicht ein Aufguß der Männerpolitik – weder formal, noch inhaltlich! Sondern wir müssen versuchen, 'ne Verbindung herzustel-

len zwischen den Erkenntnissen des Feminismus (sowohl strukturell, z.B. männliche Redewixe, als auch inhaltlich, z.B. Zwangsheterosexualität) und offensichtlichen Lücken beim Marxismus; ich behaupte, daß gerade der schon wieder 10 Jahre währende linke Männlichkeitswahn eine ungeheuer große Rolle spielt in der Verweigerung von linken Frauen, sich zu organisieren, und die statt dessen (leider nicht zusätzlich) versuchen, innerhalb der autonomen Frauenbewegung linke, feministische Arbeit zu leisten.

Ul. bemängelt, daß die „konkreten Erfahrungen" der Genossinnen gefehlt hätten. Wenn über den Sprachstil der Kerle räsonniert wird, geschieht das doch auf konkreten Grundlagen (schade, allerdings auch typisch, daß frau nicht mehr von den Inhalten dieser Frauen AG erfährt...); auch bezweifle ich die Ernsthaftigkeit dieser Forderung; wo es doch einerseits unheimlich schwer ist, in solch großen Gruppen über Chauvi-Verhalten der eigenen Genossen auszupacken (wo fängt da im KB z.B. ein Bruch der sogenannten Organisationsdisziplin an??). Und andererseits scheinen selbst intern im KB solche Erfahrungen nicht mehr erwünscht: auf der nationalen Frauen-VV vom 4.4.81 vertrat z.B. a.(Hamburg), im Frauenstatut stände nichts Neues drin; die dort verankerten Rechte seien schon '75 praktiziert worden, also das Statut sei nur Ausdruck unserer bisherigen Praxis. Als hier beispielhaft Widerspruch kam, wurde versucht, das als „Geschichtchen" und „niveaulos" abzutun. Nur an diesem einen Beispiel möchte ich klar machen, daß ich die Forderung nach „konkreten Erfahrungen" scheinheilig finde, da es in Wirklichkeit um inhaltliche Differenzen bezüglich der Vorstellung über die Arbeit der Frauen–AG auf der SK geht.

Das oben angerissene Unverständnis den 4 - 500 Frauen gegenüber, neue Wege zu suchen, macht sich auch besonders peinlich in folgendem Zitat Luft: *„Stattdessen hat frau versucht, einen 'Schuldigen' für die eigene Unzulänglichkeit – heute eine Frauenpolitik zu entwickeln – gesucht und gefunden. Insofern habe ich die Diskussion auch als unpolitisch und unzulänglich empfunden."* (Ul., AK 197). Die Schwierigkeit, eine Frauenpolitik zu entwickeln, als „eigene Unzulänglichkeiten" zu bezeichnen, ist schon ein starker Tobak! Nicht nur ahistorisch und undialektisch (d.h. ohne Berücksichtigung der Frage der Wechselwirkung) finde ich das, sondern auch eine gute Portion Frauenfeindlichkeit nach dem Motto „selber schuld" schimmert da durch! Die Ursache für diese enge Sicht ist sicherlich im Frauenpolitik-Verständnis und 'Feminismus-Verhältnis' der Autorin zu suchen.

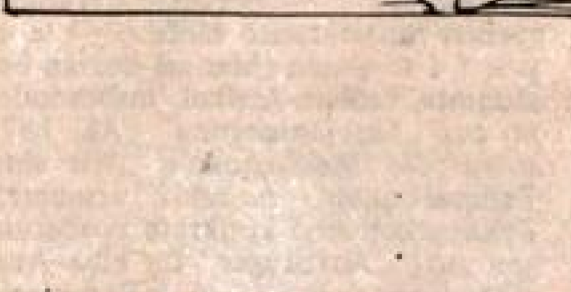
Warnung aus dem marxistischen Hinterland: „Bauchfrauen" gefährden die sozialistische Frauenkonferenz !

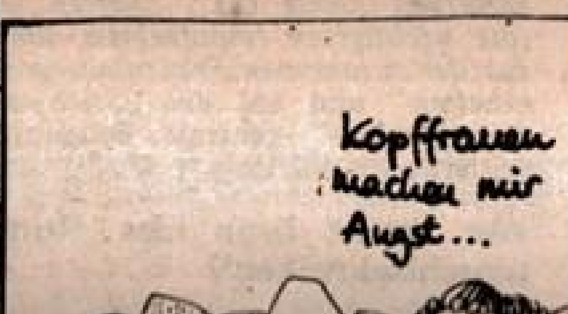
Ähnliches Unverständnis wie bei Ul. ist auch bei Pa. (AK 198) zu finden: Sie schreibt: *„Die anfängliche Einmütigkeit über den inhaltlichen Ablauf der Konferenz war jedoch trügerisch. Während des Abschlußplenums äußerten viele Frauen ihren Unmut über die Fülle der Themen und befürchteten, daß das Frauentreffen ähnlich abgehoben wie die SK verlaufen wird."*

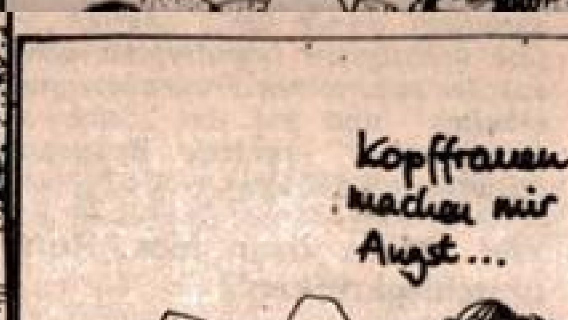
Dies ist/war m.M.n. eine völlig begründete Angst, haben doch am ersten Tag die organisierten und die Kopffrauen voll dominiert! Hierbei kam und kommt die 2. (gleichberechtigte) Zielsetzung einer SFK (neben der von Pa. aufgeführten) zu kurz, nämlich: Die Stärkung von linken Frau-













en in der Frauenbewegung und in linken Organisationen, mit dem Versuch, die frauenfeindlichen Strukturen nicht wiederzukäuen, einen Selbstfindungsprozeß von unterschiedlich links organisierten Frauen zu fördern,(z.B. zu untersuchen, was uns über Organisationsgrenzen hinweg verbindet).

Auch Pa. befürchtet durch diese Stoßrichtung eine Bedrohung einer „Sozialistischen" Konferenz; ich hingegen finde eine SFK sinnlos und lediglich funktional ohne diese Inhalte!

Folgende Vorschläge würde auch ich als eine Infragestellung einer SFK ansehen: Da schlugen Frauen am 2. Tag vor (das waren die, die logischerweise vom 1.Tag genervt waren!), die Berührungsängste zwischen Feministinnen und Sozialistinnen durch eine Ein- und Beschränkung auf Erfahrungsaustausch ohne Themenvorgabe aufzubrechen; dadurch wollten sie unserem Leistungsdruck entgegenarbeiten und erreichen, daß Frauen ohne Vorkenntnisse teilnehmen können, keine Frauen „abgeschreckt" werden. In dieser Einseitigkeit war das allerdings eine klare Minderheitsmeinung (1 von 4 AG'en); das allerdings sollten wir zum Anlaß nehmen (anstatt zu unken), uns mal selbstkritisch zu überlegen, inwieweit wir mit unseren (organisierten) Strukturen anderen anwesenden Frauen den Atem genommen haben und nehmen, Frauen, die z.B. nicht 7 Stunden am Stück diskutieren können. Inwieweit wir selber durch unser Verhalten bestimmte Opposition fördern! Einer Infragestellung unseres Verhaltens (ich schließe mich da durchaus mit ein!) sollten wir nicht gleich mit Entpolitisierungs-Unkenrufen begegnen!

Der erste Tag – lange und stressig – hatte noch die folgende, sehr ernst zu nehmende Infragestellung am zweiten Tag zur Folge:

Viele Frauen fallen bei solchen Marathonsitzungen raus, die jetzt nicht einfach akzeptabel sind, weil's von Frauen gemacht ist. Deshalb brauchen wir in Zukunft mehr Zeit, dürfen uns von der SK nicht unter Druck setzen lassen, müssen kleinere AGs einrichten (am besten ist die Zahl sechs bis zehn!), und vor allen Dingen müssen wir organisierten Frauen lernen (wenn wir wirklich Massenarbeit machen wollen!), Bedürfnisdiskussionen als politische anzusehen und zu integrieren. (Das fällt uns ja schon auf KB-Frauenterminen aufgrund von Arbeits- und Zeitdruck schwer, wieviel schwerer ist das dann erst in so einer heterogenen AG.)

Reaktion der „Bauch"-Frauen: Die Theoriefreaks würden ihnen Angst einjagen, außerdem fänden sie den Verständigungsprozeß unter linken Frauen wichtiger als die Konferenz.

Reaktion der „Kopf"-Frauen: Wozu dann noch die SFK, dazu gibt es doch die Sommeruni ...

Hier haben wir uns in klassischer Weise wieder zu alten Schubladen hochgeschaukelt, wo doch schon das Treffen selber die Überfälligkeit alter Thesen „hier die ML-Frauen, dort die Femis" ad absurdum führt. (Ganz abgesehen davon kann es nur als Ausdruck großer Unwissenheit gewertet werden, wenn hier demagogisch versucht wird, die Sommeruni zum Selbsterfahrungstreffen von 5.000 Frauen runterzumachen!)

Da stimmt doch was nicht: Gerade wir KB-Frauen, die wir mit unseren Frauenstrukturen weiter sind als jede andere BRD-Organisation, fallen anderen linken Frauen in den Rücken oder rennen mit erhobenem, warnenden Zeigefinger rum, wenn nun andere Frauen auch damit anfangen. Anstatt daß wir unsere Erfahrungen einbringen, sehen wir die SFK „gefährdet".

Frauen sprengen Organisationsgrenzen!

Anstatt den ungeheuren Fortschritt so einer Zusammenarbeit zu sehen, anstatt diese ersten Gehversuche von linken Frauen und linken Feministinnen, neue feministische politische Inhalte, neue Formen der politischen Arbeit gemeinsam über Organisationsgrenzen hinweg zu unterstützen, wird sich mehr abgegrenzt, anstatt das Verbindende zu sehen.

In meiner AG waren z.B. zwei (Noch-)DKPistinnen, zwei KB(-Femis), eine SBlerin und Unorganisierte. Wir stellten fest, daß wir zwangsläufig aufgrund unserer unterschiedlichen Politikverständnisse und Vergangenheit unterschiedliche Bedürfnisse und auch Wahrnehmungen haben, aber spürten gleichzeitig einen großen Drang zur Vereinheitlichung und Verbindung, wobei uns klar war, daß wir noch viel Zeit für unseren Verständigungsprozeß brauchen.

Besonders wir Politfrauen müssen lernen, bestimmtes Verhalten und Strukturen, die wir in unserer Organisation gelernt haben, zu hinterfragen; Verhalten, was anderen (nicht organisierten Frauen) die Mitarbeit überflüssigerweise erschwert, Verhalten, welches auch unser eigenes politisches Blickfeld einschränkt (d.h. z.B. objektive Aufgaben werden vor subjektive Möglichkeiten gestellt!). Wir Organisierten müssen eine Bereitschaft entwickeln, von denen, die nicht so durch patriarchalische Strukturen verdorben sind, zu lernen, und Diskussionen um Strukturen (z.B.) als politisch zu begreifen.

Es wurde nie mehrheitlich vertreten, daß persönliche Betroffenheit der primäre Schwerpunkt der SFK sein solle. Es ist doch symptomatisch für die Abgrenzerinnen vom Feminismus (bzw. allem, was danach riecht), das sie bei 'ner Betroffenheitsdebatte sofort die SFK in Gefahr sehen, und daß sie die Notwendigkeit dieser Debatte unterschätzen! Dabei ist doch die persönliche Betroffenheit überhaupt der Auslöser für die SFK gewesen!

Ich habe nichts gegen Kritik, aber wir müssen mehr beide Seiten sehen, also hier die Situation der meisten linken Frauen in der BRD, die nicht der Situation der KB-Frauen entspricht. Deshalb müssen wir lernen, Genossinnen für eine neue Standortfindung, für die Entwicklung alternativer Strukturen und Inhalte Zeit zuzugestehen. Unser Fahrplan muß und kann nicht der Zeitplan der SK sein! sein!

Kurz noch einige Thesen/Themen der Vorbereitungs-SFK, die ich interessant und wichtig finde:
- Was bringt Marx uns konkret in Hinblick auf eine Untersuchung der (weiblichen) Sexualität?
- Welche Strategien entwickelt die Linke gegen die Familienideologie? (z.B. Zwangsheterosexualität!)
- Wie sieht das Emanzipationsverständnis der linken Männer aus?
- Wo heben sie das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern auf?
- Können Frauen eine kulturrevolutionäre Strategie entwickeln, indem sie ideologische Zuschreibungen (von bürgerlicher und linker Seite!) aufbrechen?
- Haben Frauen ein anderes Verhältnis zur Macht, bzw. unterstützt die Militarisierung die patriarchalische Entwicklung, den Männlichkeitswahn?
- Was bedeutet die Abschaffung des Privateigentums für die Befreiung der Frau?
- Untersuchung des Politikverständnisses von Frauenarbeit bei den Linken. Wird sie funktional betrachtet?

Frauen, bildet örtliche und regionale AG's, vielleicht erreichen wir es mal, daß Linke und (große Teile der) Frauenbewegung gemeinsam rufen:
Ohne Feminismus kein Sozialismus!

der Frau?
- Untersuchung des Politikverständnisses von Frauenarbeit bei den Linken. Wird sie funktional betrachtet?

Frauen, bildet örtliche und regionale AG's, vielleicht erreichen wir es mal, daß Linke und (große Teile der) Frauenbewegung gemeinsam rufen:
Ohne Feminismus kein Sozialismus!

Ohne Sozialismus kein Feminismus!
(Nächstes nationales Treffen: 30./31. Mai in Köln, Unterlagen anfordern bei: Ellen Diedrich, SB, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach)

bx., KB Münster

Richtigstellung zu diesem Artikel

Da Bx. einen Beitrag von mir auf der Frauen-VV als „Beweis" für ihre Behauptung anführt, im KB seien Erfahrungsberichte über Chauvi-Verhalten nicht mehr erwünscht, möchte ich dazu doch kurz die Fakten richtigstellen, ohne weiter auf die "Beweisführung" an sich einzugehen.

Ich habe in meinem Beitrag gesagt, daß das Frauen-Statut im Grunde genommen schon seit Jahren existierende Praxis im Umgang mit den innerorganisatorischen Rechten und Pflichten der Frauen im KB festschreibt. Diese Rechte hatten die KB-Frauen allerdings schon seit 1975 (mit Beginn der Frauenarbeit), wenn auch nicht im Statut verbrieft. Sicherlich war die Anwendung dieser Rechte im Laufe der Zeit einigen (auch örtlichen) Schwankungen unterworfen. Die Praktizierung z.B. von Frauen-VVs am Ort oder das entschiedene Vorgehen gegenüber schlagenden Männern hing stark davon ab, wie entwickelt die Frauenarbeit selbst vor Ort war. Für solche KB-Gruppen, die schon seit mehreren Jahren Frauenarbeit machen, ist in diesem Sinne die Festschreibung dieser Rechte im Statut tatsächlich nichts Neues. Zumindest innerhalb des KB sind die Inhalte des Statuts nicht das erste Mal im Gespräch.

Im übrigen bin ich nach wie vor der Meinung, daß Chauvis inner- wie ausserhalb des KB (auch öffentlich) bis aufs Messer bekämpft werden müssen ...

a., AG Frauen Hamburg

Aus alten Fehlern lernen – was spricht eigentlich dagegen?

Jener Artikel in AK 193 hat inzwischen viel Staub aufgewirbelt: Angefangen mit der (Gegen)„Erklärung" von *„11 Genossinnen der Frauenleitung und der AG Frauen Hamburg (draunter auch die für die Frauenseiten verantwortlichen Genossinnen)"* gefolgt von der Stellungnahme von a. und Ul. (in AK 194) bis hin zur Distanzierung einer der beiden Autorinnen (AK 195). Wird Zeit, daß ich – die zweite (und wie Ihr zu Recht vermutet) „unverbesserliche" Schreiberin einige Anmerkungen mache zu diesem unerfreulichen Clinch ... „unerfreulich" deshalb, weil bisher leider kaum über die Inhalte vielmehr über bloße Interpretationen jenes Artikels gestritten wird.

Zur Vorgeschichte des Artikels

Daß zu verschiedenen Punkten unserer Frauenpolitik – insbesondere was die Jahre 76/77 betrifft – selbst unter den Genossinnen sehr unterschiedliche Meinungen bestehen, ist spätestens seit unserer ersten KB-Frauen-VV bekannt. Doch während die Auseinandersetzung hierüber das Stadium periodisch aufflackernder Diskussionen (bzw. vereinzelter „Insider"-Papiere) nicht überschritt, wurden die fraglichen Artikel gleichzeitig weiter verbreitet: Als wesentlicher Bestandteil des „Schulungsheftes Frauenpolitik" bekamen sie eine herausragende Bedeutung für die Darstellung unserer Positionen nach innen und außen – wenn KB-Interessent(inn)en sich informieren oder eine Sympathisant(inn)engruppe die Frauenfrage schulen will ... was läge näher, als zu jener lila Broschüre zu greifen? Die entsprechende Diskussion unter (möglichst) allen Genossinnen ist also längst überfällig; sie hätte im Grunde schon bei der Konzipierung solch eines „Schulungsheftes" stattfinden müssen!

Je länger eine Auseinandersetzung verschleppt wird, desto schwieriger wird es natürlich, diese Gewohnheit endlich zu durchbrechen; so bedurfte es eines aktuellen Anlasses, bis wir, die Schreiberinnen, uns schließlich an diese Aufarbeitung machten: Dies war eine längere Kontroverse um die Frage, inwieweit es heute nötig bzw. möglich ist, (auch) innerhalb der Frauenbewegung „offen" als Kommunistin aufzutreten. Seitens der Skeptikerinnen wurden dabei immer wieder Horror-Erlebnisse von 76/77 zitiert (Rausschmisse aus Frauenzentren u.ä.); etliche Genossinnen haben deshalb nie wieder versucht, ihre gleichberechtigte Mitarbeit als KB-Frau durchzusetzen. Wo dies (in den letzten zwei Jahren) trotz allem versucht wurde, waren die Erfahrungen überraschend gut; auch wir (die Autorinnen) haben uns möglichst offensiv mit den Ängsten der Bewegungsfrauen vor „den Organisierten" auseinandergesetzt – mit Erfolg!

Dies brachte uns auf die Idee, daß ein Zusammenhang bestehen müsse zwischen unserem Selbstbewußtsein als Kommunistinnen und unserer Bereitschaft zur Selbstkritik bzgl. früherer (punktueller) Fehler. Was unser Verhältnis zur („autonomen") Frauenbewegung betrifft, wurde lange Zeit ausschließlich die Gegenseite kritisiert (z.B. in den Artikeln „Antikommunismus in der Frauenbewegung – auf Adenauers Spuren", AK 107, Juni 77). Erst im Rechenschaftsbericht der AGF (zum 1. KB-Kongreß) wird dieses Verhältnis zum ersten Mal als zweiseitiges dargestellt und einige (bündnispolitische!) Fehler unsererseits benannt. Damit ist ein Anfang gemacht, doch die Aufarbeitung unserer Politik natürlich nicht abgeschlossen (und auch nicht mit unserem/meinem Artikel).

Ensprechend dem Ausgangspunkt – „offen auftreten" – beschränkte/n wir/ich uns/mich auf solche Punkte, die (zumindest, was den Anfang unserer Positions-Findung betrifft) in engem Zusammenhang mit der (autonomen) Frauenbewegung stehen und zu denen wir (m.E.) inzwischen „weiter" sind. Es geht also u.a. darum, weitere (punktuelle) Fehler unsererseits aufzuzeigen, welche damals einer Isolierung der Genossinnen (in FZn o.ä.) Vorschub leisten mußten (die Ursache für Antikommunismus bzw. Entpolitisierung lagen selbstredend in der Frauenbewegung selbst!). Sich hierüber Klarheit zu verschaffen ist wichtig, um differenzierter an Frauen herantreten zu können, die uns gegenüber erstmal skeptisch sind. (Wenn eine wenig politisierte Frau z.B. weiß oder gehört hat, wie wir früher um gemischte „Frauen"feste zum 8.3. gekämpft haben – worin soll sie dann den dicken Unterschied z.B. zur DFI sehen, die heute oft das gleiche macht?) Darüber hinaus wächst mit solch einer selbstkritischen Aufarbeitung unser Selbstbewußtsein als Kommunistin/KB-Frau – und damit (zumindest bei mir) das Bedürfnis, anderen mehr (und möglichst eindeutige) Positionen des KB nahezubringen.

Alle entsprechenden Kritikpunkte sind AK 193 jeweils konkret benannt anhand entsprechender Zitate – zur Erinnerung:
- bestimmte Passagen in den Artikeln gegen Alice Schwarzer bzw. Verena Stefan
- die prinzipielle Absage an Selbsthilfe, wie sie in der Abrechnung mit „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern" vorgenommen wurde
- die Boykott-Erklärung zur Walpurgisnacht 77 (AK 103), infolgedessen das „gerechte Anliegen" der Aktivistinnen schematisch der (reaktionären) „Intention der Initiatorinnen" untergeordnet wurde.

Außer diesen einzelnen Punkten (denen wir/ich abschließend die entsprechenden aktuellen Positionen gegenüberstellte/n) habe/n wir/ich versucht, der Ursache solcher Fehler (unserer (?) „Weiterentwicklung") auf die Spur zu kommen:

Die Kritikpunkte beziehen sich offensichtlich auf einen ganz bestimmten Sektor unserer Frauenpolitik, nämlich auf die direkte Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Patriarchats; wie aus dem Rechenschaftsbericht der AGF hervorgeht, hat dieser Bereich für die Entwicklung unserer praktischen Politik lange Zeit kaum eine Rolle gespielt und auch in unserer Propaganda (= AK-Artikel!) wurden zunächst fast ausschließlich bürgerliche Männer angegriffen, die linken weitgehend geschont: Die kritisierten Punkte stehen also in einer bestimmten Tradition, nicht nur des KB, sondern der Linken insgesamt. Genau für diesen Bereich *„geben die Klassiker/innen .. bekanntlich wenig her"*, *„hatten wir (die wichtigsten Impulse) bis dahin aus der autonomen Frauenbewegung erhalten"* und hat das *„Stichwort Betroffenheit"* zentrale Bedeutung (zitiert nach AK 193).

Wer macht denn hier ‚Rundumschlagkritiken'?

Mit (gelinde ausgedrückt) „großem Erstaunen" las ich in der „Erklärung" in AK 193, daß wir/ich *„große Teile unsere Frauenarbeit insgesamt von Grund auf* (etwas doppelt gemoppelt...) *revidieren"* wollte/n; in die gleiche Kerbe hauen auch die Überschriften der folgenden Entgegnungen: *„Für die Entwicklung einer „Linie" in der KB-Frauenpolitik"* bzw. *„Für die kollektive Entwicklung einer kommunistischen Frauenpolitik"*. Beide Artikel unterstellen zu unrecht, daß
- die Aufzählung von früheren Fehlern bzs. unseren (diesbezüglichen) Lernerfolgen von heute einer Generaleinschätzung unserer Politik in der jeweiligen Phase gleichkäme – nach dem Motto „bis 78 alles Scheiße – „Feminisierung" ist die kommunistische Frauenpolitik".
- Mit unserem/meinem Artikel die *„entscheidende Schlacht (gegen die AGF"* (AK 195) bzw. eine Neuauflage des Z(L)-Clinches *„nur mit genau umgekehrten Vorzeichen"* (AK 194) eingeleitet werden solle.

Tatsächlich habe/n wir/ich in AK 193 darauf verzichtet, das „kleine ABC" einer KB-Genossin heunterzubeten, wir/ich habe/n einfach vorausgesetzt, daß

+ das ‚Hauptkettenglied' immer noch die aus dem Kapitalverhältnis resultierenden Widersprüche sind
+ eine entsprechende Politik in Betrieb und Gewerkschaft, gegen § 218, gegen AKWs und Kriegsgefahr internationalistische Prinzipien usw. usf. unverzichtbarer Bestandteil jeder „kommunistischen Frauenpolitik" sein muß
+ diese nicht allein aus der „persönlichen Betroffenheit" zu entwicklen ist
+ die von mir/uns (positiv hervorgehobene) „Feminisierung" notwendig aber nicht hinreichend ist etcetera pepe.

Sollte frau derartige Selbstverständlichkeiten wirklich nicht mehr voraussetzen dürfen? Das würde allerdings mein Vertrauen in unsere Zeitung bzw. Organisation (die sich ja immer noch (?) „kommunistisch" nennt!) allerdings stark erschüttern!

Wie meine Interpretatorinnen zu den oben skizzierten „Einschätzungen" gekommen sind, sollten sie selbst erklären. Ich kann und will darauf nur insoweit eingehen, als der Artikel selbst Ansatzpunkte hierfür liefert; und dies beschränkt sich im wesentlichen auf zwei Stellen:

„Keine wirkliche Vorstellung von Frauenpolitik"?

Zunächst die Passage zu den Ursachen des Niedergangs unserer Frauenpolitik, wo ich schreibe, daß *„wir selbst keine wirkliche Vorstellung von Frauenpolitik"* gehabt hätten, wir *„die wichtigsten Impulse für unsere ... Politik ... aus der autonomen Frauenbewegung erhalten"* hätten. Dies ist leider so unsauber formuliert, daß es jede Spekulation zuläßt – isoliert betrachtet könnte frau mir sogar unterstellen, ich wolle behaupten, daß irgendwelche Frauenzentren uns zu wichtigen allgemeinpolitischen Ereignissen verholfen hätten. Da dies offensichtlich Blödsinn ist, können diese Sätze nur im Kontext der konkreten Kritik verstanden werden.

Korrekt müßte es also heißen: daß wir keine umfassende Vorstellung von Frauenpolitik gehabt und die wichtigsten Impulse für den Teil unserer Politik, der sich mit unserer Betroffenheit von bestimmten Erscheiungsformen des Patriarchats auseinandersetzt, bis dahin von den Autonomen erhalten hätten.

Wichtiger sind allerdings zwei falsche Sätze zum Schluß des Artikels:

Die Geschichte mit den „zwei Linien"

Was a. und Ul. für die *„vielleicht wichtigste Zwischenüberschrift"* halten, wurde – mitsamt des folgenden Abschnitts – erst in letzter Minute von mir ergänzt: Ich fragte mich einfach, warum gerade dieser Artikel *„die hoffentlich folgende Auseinandersetzung"* (zit. daselbst) auslösen sollte, nachdem ich in letzter Zeit schon wiederholt die Erfahrung machen mußte, daß inhaltliche Herausforderungen meiner-/unsererseits einfach verpufft waren (hier sei nur an bestimmte Lesben-Artikel, insbesondere zur „Lesbianisierung" (AK 187) sowie die Stellungname „Wir sind Feministinnen – na und?" erinnert). Bekanntlich sind konkrete Forderungen gute „Aufhänger" für eine Auseinandersetzung – so polemisierte ich *„gegen die friedliche Koexistenz"* zweier Broschüren. Ich stellte mir dafür die KB-Interessent(inn)en vor, wie sie sich anhand der beiden lila Broschüren (das „Schulungsheft" und die Nachdrucke von Statut und Drumherum) über unsere Frauenpolitik zu informieren versuchen... *„Warum befaßt sich der KB mit „Bettgeflüster" und Verhütungs-Clinchen, wenn er doch gleichzeitig meint, daß es 'niemandem mehr nützt als dem Kapitalismus, wenn die Menschen nur mit Hin und Her ums Bumsen beschäftigt' sind"* (ersteres ist Teil der Statut-Broschüre, letzteres ein Zitat aus dem Schulungsheft, S. 47). Als ich mir diese und ähnliche Fragen vorstellte, kam ich auf die (selbstironisch gemeinte) Überschrift *„Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien"*. Dieses Gedankenspiel verselbständigte sich dann leider derart, daß ich im folgenden Satz tatsächlich von einer *„Widerspiegelung gegensätzlicher Konzeptionen"* spreche. Stattdessen hätte es heißen müssen: *„In den zwei Broschüren scheinen sich gegensätzliche Konzeptionen ... widerzuspiegeln"* – ein 'nicht geringfügiger „kleiner Unterschied"'. das ist klar. (Hinweis der Säzzerin: leider müssen ab hier die fettgedruckten Passagen in normaler Type gesetzt werden, weil der entsprechende Kugelkopf auf dieser Maschine hakt und ich keine Defekte riskieren will. Sorry)

Trotzdem legitimiert dieser Fehler nicht die entsprechenden Einschätzungen in AK 194 bzw. 195. Denn keine der beiden fraglichen Broschüren repräsentiert eine „politische Linie" in dem Sinne, wie meine Interpretatorinnen dies unterstellen: Wie wir/ich in AK 193 ausdrücklich festgestellt habe/n, schrieb die AGF (im fraglichen Zeitraum) *„auch andere Sachen, etwa die ‚feministische' Abrechnung mit dem eindimensionalen Politikverständnis der „konkret" "*. Dieser Artikel ist auch Teil jenes „Schulungsheftes" – eine Tatsache, die offensichtlich im Widerspruch seteht zu jener Fiktion von der „ML-Linie". Genauso finden sich auch in der Statut-Broschüre mehrere Beiträge, die – wenn frau so will – in die „ML"- statt in die „Femi"-Schublade einzuordnen wären (so z.B. die AG-Berichte zu Betrieb und Gewerkschaft oder der Artikel zum § 218 Tribunal). Darüber hinaus wird an anderer Stelle festgestellt, daß die (Überreste) der „ML-Traditionslinie" in der KB-Frauenpolitik schon 78 endgültig abgerissen sei. Da die falsche Aussage des letzten Absatzes also im Widerspruch zu den anderen Passagen des Artikels steht, hätte hierauf mit Fragen statt mit Rundumschlag-„Einschätzungen" reagiert werden müssen.

Symptomatisch für das Klima, in dem die derzeitige „Auseinandersetzung" stattfindet, scheint mir die Distanzierung meiner Mit-Autorin zu sein: Nach entsprechenden Diskussionen bedauert sie, sich an einem Artikel beteiligt zu haben, dessen wesentlicher Inhalt ihr plötzlich als eine Art Dolchstoßlegende gegen die AGF erscheint. Dies, obwohl wir uns vorher ausdrücklich geeinigt hatten, daß wir auch die Verdienste der AGF (im Sinne unseres „Feminismus" – anderes hätte nicht in diesen Beitrag gehört) explizit aufführen wollten, um einer falschen Personalisierung vorzuubeugen...

Und gerade was die (zentrale) AGF betrifft, ist der Artikel wirklich sehr ausgewogen: der Kritik an bestimmten „MLigen" Eingriffen im Rahmen der Ausrichtungskampagnen von 76 folgt eine relativ positive Abgrenzung anhand der Walpurgisnach-Statements von 77 und schließlich ein wahres Loblied unter der Zwischenüberschrift *„Die Wende kam mit dem „Deutschen Herbst" "*. Es geht eben um Veränderungen unserer Politik. Derartige Lernprozesse finde ich grundsätzlich positiv – wie sonst könnte ich darauf kommen, ausgerechnet das Aachener „Abschreckungsbeispiel" so auszuwalzen?!

Worüber wir uns weiter auseinandersetzen sollten

Nach wie vor ist die kritische Aufarbeitung jenes „Schulungsheftes" aktuell! Was Alice Schwarzers Thesen betrifft, liegt die Kontroverse auf dem Tisch; dagegen ist mir leider schleierhaft, wie a. und Ul. zu der Behauptung kommen, daß es bei der Auseinandersetzung um das Buch „Hexen, Hebammen, Krankenschwestern" *„nicht um die Verurteilung der Selbsthilfe an sich"* gegangen sei. Und meint Ihr wirklich, meine Kritik am Walpurgisnacht-Boykott mit dem Hinweis abtun zu können, ich würdeddas Aachener Beispiel *„unzulässig verallgemeinern"*? Erstens haben wir diese „ML-Politik" nicht im Alleingang gemacht und zweitens geht es darum, den falschen Schematismus zu demonstrieren.

Außerdem wäre es nützlich, wenn weitere Genossinnen ihre Politik der Ära 76/77 kritisch unter die Lupe nehmen würden (so, wie wir es ansatzweise in Aachen gemacht haben). Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang allerdings die Ursachen für die damaligen Fehler (was „unsere" Walpurgisnacht betrifft, ist ganz klar: Es fehlte der Bezug zum „Thema" – wir (die Genossinnen) fühlten uns von Vergewaltigung einfach nicht betroffen).

Abgesehen von der Stellungnahme zu Alice Schwarzer haben a. und Ul. sich bisher kaum konkret zu unserer damaligen Politik geäußert; schade, daß sie ihren eigenen Grundsatz, *„sich in Gefahr begeben ... und damit auch in Kauf nehmen, Fehler zu machen"* nicht (auch) anwenden auf die kritische Aufarbeitung der Jahre 76/77. Für eine entsprechende breite und solidarische Debatte unter (möglichst) allen Genossinnen müssen allerdings erst noch die Bedingungen geschaffen werden:

Schluß mit der Stimmungsmache gegen kritische Genossinnen!

a. und Ul. plädieren in ihrer Stellungnahme für eine *„streitbare Koexistenz"*, fahren dann aber weiter fort: *„In dem Sinne, wie die Genossinnen (d.h. die Autorinnen des umstrittenen Artikels) jedoch ihre Forderungen stellen, scheint* (Hervorhebg. von mir) *eher das Gegenteil gemeint, wird die Koexistenz kontroverser Auffassungen an sich und nicht etwa bloß ihre Friedlichkeit in Frage gestellt. Dies hatte vor einem Jahr tatsächlich die damalige ZL-Fraktion versucht..."* Das ist astreine Stimmungsmache: Vergleiche mit der „Z"(L) sind bekanntlich das Schlimmste, was man/frau einer Frauenaktivistin im KB „anhängen" kann. In Ermangelung eines Anknüpfungspunktes für diesen hochkarätigen Vorwurf begnügen sich a. und Ul. deshalb mit dem bloßen Anschein ihrer subjektiven Vermutung.

Genausowenig belegt heißt es später: *„Im Gegensatz zu den Autorinnen und Unterstützerinnen des Artikels „Aus alten Fehlern lernen" jedoch kritisieren wir gerade die ... fehlende Auseinandersetzung..."* Nun läßt sich auch hierzu aus jenem Artikel höchstens das Gegenteil herauslesen: So bezeichnen wir die Kritik am „kleinen Unterschied" als eine *„in vielen Punkten korrekte Auseinandersetzung mit Alicens theoretischer Abhandlung"*; entsprechendes gilt auch für das *„pseudo-poetische Machwerk"* (ebenda) „Häutungen". Auch hier bestätigen wir vorab die Gesamteinschätzung der AGF („ein Weg in die Sackgasse"). Mittels eines Zitates aus der Präambel des Frauenstatuts (*„umfassende Aufarbeitung und ggf. Kritik der Geschichte und der Theorie der Frauenbewegung und der theoretischen Grundlagen der Klassiker/innen"*) sprechen wir uns sogar – wenn frau so will – explizit für „Auseinandersetzung" aus.

Besonders abstrus wird Eure Behauptung dadurch, daß wir/ich in unserem/meinem Artikel nicht dabei stehenbleiben, die „allgemeine Notwendigkeit" zu konstatieren, vielmehr – an einem Punkt – in die konkrete Auseinandersetzung einsteigen. So muß die unvorbelastete Leserin zu der Vermutung kommen, Ihr hättet entsprechende Anhaltspunkte aus der Kenntnis unserer/meiner politischen Praxis. Und weil dies nur zu gut zum allgemeinen (KB)Bild „der Feministinnen" paßt, sehe ich mich (leider?) gezwungen, dies sehr konkret zu dementieren:
- Als vor wenigen Monaten vier Genossinnen (u.a. ich) es wagten, die derzeitige Qualität der AK-Frauenseiten als „nicht optimal" zu bezeichnen (wir forderten insbesondere mehr grundsätzliche Artikel), wurde diese Kritik noch schroff zurückgewiesen ... dies besonders vom „Hamburger Koordinationstreffen".
- *„Wäre es nicht gerade unsere Aufgabe, angesichts der Gefahr eines neuen Weltkrieges ... die Auseinandersetzung ... mit pazifistischen, feministischen und militanten Positionen (zu führen), um das ‚bewußte Element' zu stärken?"*

Diese Diskussion wird nicht nur schon lange von mir gefordert (AK 189). Auch meine Kritik am Frauen-Anti-Mil-Flugblatt des KB (könnte von der DFI sein), meine Forderung nach einer Anti-Mil-Frauenschulung, sowie die Forderung nach Behandlung der Kriegsfrage als Tagesordnungspunkt bei der Frauen-VV sind bekannt (da müßte die Frauen-VV eben mal 2 Tage dauern).
- *„Notwendig wäre überhaupt eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Feminismus-Begriffes in all seinen Schattierungen"*. Nun kann man/frau mit Ansprüchen nach „Allseitigkeit" und „Wissenschaftlichkeit" natürlich jede Initiative als ungenügend abtun. Trotzdem behaupte ich, daß meine Stellungnahme „Wir sind Feministinnen – na und" mehr für die (zu Recht) geforderte Aufarbeitung bringt (zum Nachlesen: AK 185) als die asbach-uralte Frage von a. und Ul. *„ist Feminismus nicht ein Gegensatz zum Marxismus?"*

„Fehlende Auseinandersetzung" diagnostizieren a. und Ul. auch für die Lesbenseiten ... doch von wem

Fortsetzung auf S. 31

Fortsetzung von S. 30

werden die denn gelesen? Leider müssen wir (noch) davon ausgehen, daß der AK zu ca. 95% von Hetero-Frauen (bzw. Männern) gekauft wird; folglich hat die Anklage des He-Terrors im allgemeinen bzw. der Lesbenfeindlichkeit der Frauenbewegung im besonderen einen zentralen Stellenwert gerade im Sinne der vielbeschworenen „Auseinandersetzung". Hierzu haben wir wirklich genug vorgelegt – jetzt ist es Sache der Hetero/a/s, auf unsere Herausforderung (inhaltlich!) einzugehen!

„Ohne die Streitbarkeit sind wir zur Sprachlosigkeit gezwungen, unsere Teilnahme am Frauenkampf sinkt zur Nachtrabpolitik und die KB-Frauenpolitik damit zur Bedeutungslosigkeit herab". Doch woher droht uns denn die größte Gefahr bzgl. der (auch von mir) befürchteten „Sprachlosigkeit"? Mal angenommen, wir hätten schon zu vielen Punkten eigenständige KB-Positionen entwickelt – so hätten wir davon doch nur einen sehr eingeschränkten Nutzen, solange noch (wie zur Zeit) viel zu viele Genossinnen in der Bewegung „untertauchen", also selten oder nie als KB-Frau auftreten. Selbst wenn sie unsere spezifischen Positionen vertreten, weiß doch keinefrau, wo diese herkommen. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß die betreffenden Genossinnen (gerade bei wesentlichen Kontroversen) auch inhaltliche Selbstzensur üben, da sie sich ansonsten der Gefahr aussetzen würden, als „bewußtes Element" (in Unterwanderstiefeln) „enttarnt" zu werden. „Merkwürdigerweise" treten ausgerechnet die „spinnerten Femis" der KB-Lesbengruppe (zitiert nach KB-Gerüchteküche) in der Bewegung normalerweise (d.h. sofern nicht besondere Gründe dagegen sprechen) offen als Kommunistinnen auf – sei es in örtlichen Lesbengruppen, beim „Lesbenstich" oder der Vorbereitung zum Lesben-Tribunal...

Krise in der Krisen-Debatte

„... Ich selbst habe des öfteren gemerkt, daß ich Angst hatte, meine Position, wenn sie nicht der KB-Meinung entsprach, zu vertreten, weil ich Angst hatte, angemacht zu werden..." Diese Äußerung stammt aus einem Bericht von vor 2 1/2 Jahren (bezieht sich also nicht direkt auf unsere heutige Debatte) – doch damals war man/frau immerhin so weit, „hochoffiziell" (seitens eines AK-Redakteurs im abschließenden Beitrag des UW extra (1) zur Krise) festzustellen: *„ ... das ist keine vereinzelte Erscheinung. ... Ohne freimütige Diskussion können wir den Laden dicht machen!"* Dieser *„Grundvoraussetzung gemeinsamen Handelns"* stünde allerdings *„noch manch Widerstand entgegen".* So wird im folgenden *„Konsumverhalten und Trägheit bei vielen Genossen"*, das allgemein unzureichende politische Niveau (Stichworte: sozialdemokratische Aufnahmepolitik, fehlende Schulung und Qualifizierung, Vernachlässigung der Lektüre des AK und der „Klassiker") sowie das „Verplempern" von Zeit durch Diskussion um „irgendwelche Details" genannt.

Alle diese Komponenten spielen bei unserer derzeitigen Debatte eine Rolle – insbesondere allerdings folgendes:

– *„Ein Problem ist tatsächlich eine weitverbreitete Anpassung 'nach oben'. ... (Diese) zeigt sich auch darin, daß viele Genoss(inn)en eigene Standpunkte hinunterschlucken, sobald eine „Autorität" sich geäußert hat. Der Grund dafür ist zum einen autoritäres Verhalten von Anleitern (ich fürchte, keiner uns ist davon ganz frei), andererseits aber auch eine Mentalität, die sich weniger aus den Strukturen des KB als vielmehr aus der kapitalistischen Umwelt ergibt...*

– Zu den Erscheinungsformen der „Anpassung nach oben" gehört im Grunde auch das häufig zu beobachtende Umkippen von Standpunkten. Da vertritt z.B. eine Einheit mehrheitlich eine bestimmte Position. Dann gibt es eine Diskussion mit einem anleitenden Genossen. Und am Ende nehmen die Genossen der Einheit vielleicht mehrheitlich genau den entgegengesetzten Standpunkt ein wie vorher, d.h. über treiben jetzt in die andere Richtung. Ursache: man(frau) will es jetzt auf jeden Fall „richtig" machen und zeigen, daß man(frau) seinen (ihren) früheren Fehler begriffen und korrigiert hat ..." (UW extra, S. 33f).

Das Problem ist also lange bekannt. Und weil ich auch meinen Kontrahentinnen unterstelle, daß auch sie prinzipiell für eine „freimütige Diskussion" sind, müssen die Unterstützerinnen jener „Erklärung" (AK 193) bzw. a. und Ul. sich einige Fragen gefallen lassen, nämlich:

– inwiefern sie die „Zwangsfraktionierung" einer (mutmaßlichen!) Minderheit durch eine gewisse Mehrheit (ca. 15:1-2) vor der entsprechenden Auseinandersetzung für geeignet halten, um eine möglichst breite Debatte zu initiieren (Anmerkung zu a. und Ul.: es geht natürlich nicht um die Bewertung von Fraktionen an sich, vielmehr um die Umstände, unter denen dieses „wichtige Instrument" Eingang in die jetzige Diskussion gefunden hat)

– worauf a. und Ul. ihre Behauptung stützen, die „Autorinnen und Unterstützerinnen" des Artikels 'Aus alten Fehlern lernen' seien gegen Auseinandersetzung (mit der Frauenbewegung inner- und außerhalb des KB)

– seit wann dient insbesondere der (gelinde ausgedrückt) „lockere" Umgang mit „Z"(L)-Vergleichen der „freimütigen Diskussion"?!

Zur Erinnerung:

„Ernsthaft Selbstkritik üben – das ist ein weiteres markantes Merkmal, das uns von anderen Parteien unterscheidet. Man muß die Stube ständig auskehren, sonst wird sich Staub ablagern; man muß das Gesicht regelmäßig waschen, sonst wird das Gesicht schmutzig. Auch in den Köpfen unserer Genossen und in der Arbeit unserer Partei kann sich Staub ablagern, auch hier muß man fegen, und waschen... Was uns betrifft, so besteht das einzige wirksame Mittel, um die Köpfe unserer Genossen und den Leib unserer Partei gegen jegliche politische Verunreinigung und allerlei Mikroben zu immunisieren, darin, beständig unsere Arbeit zu überprüfen und dabei den demokratischen Arbeitsstil zu fördern, keine Angst vor Kritik und Selbstkritik zu haben, die nützlichen Maximen des chinesischen Volkes zu befolgen: 'Weißt du etwas, so sprich; sprichst du, so sage alles. Dem Sprecher nicht zum Tadel, dem Zuhörer zur Lehre'; hast du Fehler gemacht, korrigiere sie; hast du keine gemacht, sei noch mehr auf der Hut' " („Über die Koalitionsregierung", 24.4.1945, Mao-Werke, Band 3).

Ul./Ac. und Lesbengruppe



Presseerklärung: Tribunal gegen Lesbendiskriminierung

Vom 20. - 22. Februar fand in Hannover das erste Vorbereitungstreffen für ein nationales Lesbentribunal statt.

Es kamen etwa 60 Lesben aus Berlin, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Hamburg, Hannover, Göttingen, Hameln, Paderborn, Münster, Essen, Mühlheim, Bochum, Köln, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Frankfurt, Kassel und München.

Mit diesem Tribunal wollen wir uns wehren gegen Lesbendiskriminierung, die uns täglich begegnet, von der subtilsten Form bis hin zum offenen He-Terror. Gleichzeitig wollen wir Ansätze unserer Gegenkultur vorstellen.

Wir wollen unsere Öffentlichkeit herstellen, denn Zwangsheterosexualität bestimmt die ganze Gesellschaft, in allen Bereichen. Dazu haben sich auf dem Treffen folgende Arbeitsgruppen gebildet:

– Erziehung:
Gesschlechtsspezifische Erziehung in Familie, Kindergarten, Schule etc. dient der Vorbereitung auf heterosexuelle Frauenrollen; gleiche Erfahrungen machen wir mit Jugendberatungsstellen und -zeitschriften.
Kontakt: Doris Groth, Felix-Klein-Str. 5, 34 Göttingen (0551-7068116)

– Medizin u. Psychologie
Auf lesbisch-sein wird in Definitionen, Behandlungen und Therapien lediglich als „heilbare Krankheit" eingegangen. Ähnlich reagieren Beratungsstellen, Telefonseelsorge etc.
Die Folgen der Zwangsheterosexualität äußern sich in Drogen und Alkoholproblemen, Eß- und Magersucht, Selbstmord.
Welche Parrallelen finden sich zu Lesben im 3. Reich und im KZ?
Kontakt: Carmen Ley, Wernigeroder Weg 33, 3 Hannover 21, (0511-7638528)

– Kirche
Auch die Kirche nimmt großen Einfluß auf die Erziehung, z.B. durch die Lehrpläne in Religion, Verurteilung der Homosexualität, Propagierung der Familienideologie. Welche Erfahrungen gibt es mit Pfarrern, kirchlichen Gruppen, (Erziehungs-) Beratungsstellen etc.
Kontakt: Christiane Quadflieg, In Bachele 72-74, 53 Bonn 2, (0228-312964)

– Jusiz und Knast
Wie sieht die Knastsituation von Lesben aus? Welche Diskriminierung gibt es im BGB etc., welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es überhaupt für Lesben und welche sind unbedingt anzustreben (Sorgerecht für lesbische Mütter, Generalvollmacht für Freundin).
Kontakt: Frauenbuchladen Bochum, Schmidtstr. 12, 463 Bochum (0234-19194)

– Medien
Zwangsheterosexualität bestimmt die bürgerlichen und „alternativen" Medien. Meist werden wir einfach totgeschwiegen, Ausnahmen sind Hetzartikel und Filme in voyeuristischer Aufmachung.
Welche Beispiele aus TV, Radio, Film, Zeitungen sind uns bekannt?
Kontakt: Elke Nordmann, Gr. Johannisstr. 221, 28 Bremen 1 (0421-505546)

– Betrieb und Gewerkschaft
Aus Angst vor Schikanen und Entlassungen müssen sich viele Lesben tarnen und sich selbst verleugnen. Interessenvertretung durch den DGB gibt es ebensowenig wie offene Gewerkschaftslesben.
Kontakt: Gabriele Kessemeier, Wittekindstr. 4a, 3 Hannover 91, (0511-443610)

– Kultur - Theater, Musik, Sport
Kontakt Petra, Birkenhof, 2405 Ahrensböck

– Lesben und Frauenbewegung
Die Lesbendiskriminierung hört auch in der Frauenbewegung nicht auf. Lesben tragen 218, Frauenhäuser und Notrufe – inwieweit solidarisieren sich Heterofrauen mit uns Lesben...
Kontakt: Angela Scheffler, Berliner Platz 1a, 2850 Bremerhaven (0471-21387)

– Kleinstadt
Gerade durch die Isolation in der Kleinstadt und auf dem Lande wird das Tarnen des Lesbischseins zur Existenzfrage. Wie können wir unsere Isolation durchbrechen? Welche Erfahrungen gibt es?
Kontakt: Marion Marski, Fürstenweg 10, 479 Paderborn (05251-269329)

– Fragebogen
Die LAZ-Frauen haben einen Fragebogen zur Diskriminierung von Lesben gemacht. Anzufordern über: LAZ (Lesbisches Aktionszentrum), Katzler Str. 9, 1 Berlin 61

Frauen, die Informationen, Materialien, etc. haben: bitte wendet euch an die Kontaktadressen.

Außerdem brauchen wir jede Menge Spenden, damit das Tribunal überhaupt stattfinden kann: Sonderkonto Tribunal, Sparkasse der Stadt Berlin-W. BLZ 100 500 00. K.Nr. 0790148978

Die Idee des Tribunals wird bisher von autonomen und politisch organisierten Lesben getragen. Umstritten ist allerdings, ob bzw. in welcher Form künftig die politisch organisierten Gruppen in unserer Öffentlichkeitsarbeit genannt werden sollen.

Diese Frage muß auf dem nächsten Treffen weiterdiskutiert werden.

Das nächste Treffen findet vom 30.4. - 3.5. in Köln, FZ Eifelstraße 33, statt (Beginn 16.00). Geplant ist grosser Lesbenblock zur Walpurgisnacht, bzw. zum 1. Mai.

Anmeldung (Schlafplätze etc.): Köln (0221-764469) (02247-3970)

Frauen, die Informationen (Protokolle, Berichte aus den AG's etc.) vom 1. Treffen haben wollen: Kontakt: Angela Scheffler, Berliner Platz 1a, 285 Bremerhaven (0471-21387).

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Nationale Schwulen- und Lesbendemo in Paris

Am 4. April demonstrierten ca. 12.000 Schwule und Lesben in Paris für „Freiheit und Rechte" der Homosexuellen.

Ausgehend von der „Mutualité" endete diese sehr farbenfrohe Demo mit einer Kundgebung am „Beaubourg", dem Platz vor dem „Centre Pompidou". Organisiert worden war sie vom C.U.A.R.H. (Comité d'Urgence Anti-Repression Homosexuelle) bzw. dessen 7. nationale Coordination im November '80 in La Baule, wo ca. 60 Personen Lesben- und gemischte Gruppen aus 15 Städten vertraten.

Die Hauptforderung dieser Demonstration, die eine der größten (die größte?) bisher war, war die Abschaffung des § 331, Artikel 3, des „code pénal" (ähnlich dem § 175 StGB), der homosexuelle Beziehungen unter 18 Jahren verbietet (heterosexuelle Beziehungen sind in Frankreich ab dem 15. Lebensjahr erlaubt). Daneben wand sie sich gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen am Arbeitsplatz, in der Medizin, bei der Wohnungssuche, als geschiedene Eltern, sowie gegen Rosa Listen bzw. gegen die Existenz von „Gruppen zur Kontrolle von Homosexuellen" innerhalb der Polizei.

Außerdem wurde - die Präsidentschaftswahlen stehen bevor! - heftige Kritik an der rassistischen und homosexuellenfeindlichen Politik der HERRschenden geübt, u.a. mittels eines offenen Briefes an alle Kandidat/inn/en.

Bis auf einen Zwischenfall verlief die Demo sehr friedlich: Am Beaubourg ging ein Transparent in Flammen auf...

Am Abend fand in dem „Palais de la Mutualité" ein Gala-Abend mit vielen bekannten französischen Künstler/inn/en statt, u.a. mit Juliette Greco. Die hatte übrigens, wie man/frau erfuhr, vorher einige Anrufe bekommen, wo ihr vorgeworfen wurde, für Homosexuelle zu singen, und sie aufgefordert wurde, ihre Zusage zurückzunehmen. Sie kam trotzdem!

Vive la lutte pédée et lesbienne!

Frankfurt: Kinderhaus eröffnet

Am 14.3. feierte das KINDERHAUS von „KITA im EXIL" in Frankfurt sein Eröffnungsfest. Nach über einem Jahr mühsamer Anstrengungen, Geldbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit, Auseinandersetzungen mit den Behörden usw. usf. war auch die vorerst letzte Hürde geschafft worden: Im Februar erfolgte die Anerkennung durch das Landesjugendamt.

Ungefähr 1000 Leute beteiligten sich bis zum Abend am Fest im KH, wo ein Riesenprogramm mit Theater, Musik, Filmen, Spielen u.a.m. geboten wurde. Am Abend fand eine Rockfete in der ASH (Arbeiter-Selbsthilfe) mit ca. 2000 Besuchern statt.

Die „offizielle" Eröffnung des Kinderhauses ist ein Riesenerfolg für die Kinderhaus-Leute und wird umso bedeutsamer, wenn man bedenkt, daß so mancher Frankfurter Kommunalpolitiker gehofft hatte, das KH würde schon an seinen Anfangsschwierigkeiten zugrunde gehen. Diese Schwierigkeiten waren wirklich nicht gerade klein: Das Haus in der Vogtstraße sollte 750.000 DM kosten; mieten konnten es die KITA-Leute nicht (es war das einzige vernünftige Objekt, das sich seit der KITA-Schließung im Frühjahr '78 fand). Der Eigenanteil, der aufgebracht werden mußte, betrug 200.000 DM. Das war nur möglich durch die breite Unterstützung vieler KH-Freunde: Musiker, die für's KH spielten, Grafiker, deren Zeichnungen verkauft werden konnten, Journalisten, die sich engagierten, große und kleine Spender und Förderer.

Es war aber nicht nur Geld zu beschaffen: Umbau und Renovierungsarbeiten erforderten viel Zeit und Energie.

Warum ein KINDERHAUS in Frankfurt?

Im Fühjahr 1978 setzte die CDU die Schließung bzw. Umwandlung von 20 Kindertagesstätten (KITAS) gegen den Willen von tausenden Eltern Kindern und Erziehern durch. Der CDU ging es darum, den materiell und personell besser ausgestatteten KITAS, in denen oft eine kinderfreundlichere und weit weniger bürokratische Arbeit als in den übrigen Kindertagesstätten geleistet wurde, rigoros ein Ende zu setzen. Anpassung an die „herkömmliche Erziehung" – ein Lieblingswort aus dem Stadtschulamt – war und bleibt das Ziel der CDU. Als absehbar war, daß es nicht gelingen würde, den KITA-Betrieb aufrecht zu erhalten, und als deutlich wurde, welche Konsequenzen die „Umwandlung" mit sich bringen würde (Kündigungen und 'Umsetzungen' von weit über 100 Betreuern), entstand die Idee, ein selbstverwaltetes Kinderhaus zu gründen. Zwar sind nun seit damals 3 Jahre vergangen, aber an der Notwendigkeit eines Kinderhauses in Frankfurt hat sich nichts geändert.

Der erste wesentliche Grund, warum das KH eine wirkliche Alternative zu den städtischen Kindertagesstätten ist, ist die schlechte Erzieher/Kinder-Relation, die in der Regel dort existiert. In offiziellen Statistiken wird zwar immer wieder behauptet, daß die Gruppengröße bei 10,4 Kindern pro Erzieher liege, in der Realität sieht das jedoch anders aus. Nach Verlautbarungen der ÖTV und selbst der CDU sind z w a n z i g Kinder eher die Regel als die Ausnahme. Auch wenn die CDU immer wieder betont, ihr Ziel sei eine Gruppenstärke von 15 Kindern, so tut sie doch in der Praxis nichts, um dies zu verwirklichen: Noch immer fast 100 freie Stellen in den Kindertagesstätten; und von den für 1981 versprochenen 46 Neueinstellungen wurden 36 aus finanziellen Gründen wieder abgelehnt. Bewerberinnen wurden abgelehnt, weil sie früher in den KITAS gearbeitet hatten.

Unter diesen Bedingungen ist eine individuelle Betreuung, die an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet ist, auch beim besten Willen der Erzieher nicht möglich. Hinzu kommt, daß die Erzieher in den Kindertagesstätten der direkten Verantwortlichkeit des überaus konservativen Stadtschulamtes/Abt. Kindertagesstätten unterstehen und von dort aus Druck und Anweisung bekommen. Welche Erziehungsvorstellungen dort existieren, ist noch aus den Zeiten des KITA-Kampfes bekannt. Frau von Hessert, Chefin aller Frankfurter Kindertagesstätten, sieht die Aufgabe von Kindergärten in erster Linie darin, daß dort *„alle Techniken, die ein Kind in einer normalen Familie unter vielen Kindern bis zum Schulantritt gelernt haben muß, wie z.B. Schleifenbinden, sich alleine an- und ausziehen"*, vermittelt werden.

„Sie (die Kinder) müssen gute Tischmanieren haben, denn es will ja später keiner einen Erwachsenen neben sich haben, der unmöglich ißt." Und für Herrn Mihm, Chef des Stadtschulamtes, gibt es drei wichtige Erziehungsziele: Ehrfurcht, Demut, Duldsamkeit.

Die Kinder im KH aber sollen sich austoben können – nicht nur dann, wenn die übliche halbe Stunde Luftschnappen auf dem Plan steht. Sie sollen selbstständig entscheiden, was sie spielen oder arbeiten wollen, und z.B. nicht vom Stadtschulamt das Selbstzubereiten des Frühstücks verboten bekommen – wie vor wenigen Wochen in einer Kindertagesstätte passiert!

Wesentlich ist, daß sich die Betreuer im KH auf die Bedürfnisse der Kinder konzentrieren, daß die Kinder nicht eingeengt werden, wie das in den Kindertagesstätten üblich oder aufgrund der Bedingungen gar nicht anders machbar ist.

Für die Kinderhaus-Leute sind folgende Ziele wichtig:

– möglichst kleine Gruppen. Im KH ist die Relation augenblicklich 1 : 8, wobei dieses Verhältnis bei den Krabblern etwas niedriger ist, bei den Schülern etwas höher.

– Arbeit der Erzieher im Team.

– Die Erzieher werden nach BAT bezahlt. Das Kinderhaus ist also auch für Erzieher eine alternative Arbeit, die sinnvoll ist und Spaß macht, aber nicht schlechter bezahlt wird als in städtischen Einrichtungen. Vorbereitung, Teamsitzungen und Elternabende sind Arbeitszeit.

– Die Elternbeiträge werden nach Einkommen gestaffelt, damit es auch Kindern aus weniger gut verdienenden Familien ermöglicht werden soll, ins KH zu kommen.

– Das Kinderhaus bietet eine Öffnungszeit bis 17 Uhr an, zumindest für Kinder, die z.B. aufgrund der langen Arbeitszeit des Vaters oder der Mutter so lange untergebracht werden müssen.

Seit Februar hat das KH die Anerkennung durch das Landesjugendamt. Das bedeutet, daß die Stadt Zuschüsse für die Kinder zahlt.

Die monatlichen Kosten belaufen sich auf ca. 32.000 DM – und zwar ohne Spielzeug, ohne Essen, ohne Geld für Neuanschaffungen oder Ausbauarbeiten (das gilt für ungefähr 60 Kinder). Diese Kosten sind schon äußerst knapp bemessen; sie können auch nicht verringert werden, sonst müßten wesentliche Ziele (kleinere Gruppen, Bezahlung der Betreuer nach BAT usw.) wieder aufgegeben werden.

Seit Anfang 1981 gibt es ein neues Modell der Bezuschussung von Freien Trägern durch die Stadt Frankfurt. Dem liegen zwei Magistratsbeschlüsse zugrunde. Beschluß 1 besagt, daß die Eltern, die ihre Kinder in Einrichtungen Freier Träger schicken, in die gleiche Lage versetzt werden sollen wie die Eltern in den städtischen Einrichtungen, die inzwischen einen einheitlichen Betrag von 70 DM zahlen. Der 2. Beschluß führt für die Freien Träger die sog. Drittelregelung ein: Ein Drittel der Kosten zahlt die Stadt, ein Drittel der Träger und ein Drittel die Eltern (bis zu einer Höhe von DM 70, den Rest zahlt die Stadt). Wahnwitzigerweise geht die Stadt davon aus, daß ein Platz in einer Einrichtung eines Feien Trägers 250 DM (!!) pro Monat kostet. Die tatsächlichen Kosten liegen aber mehr als doppelt so hoch.

Hier liegen schon für jeden sichtbar die nächsten Konflikte mit der Stadt auf dem Tisch. Daß es nicht leicht sein wird, das KH am Leben zu erhalten und auszubauen, darüber machen sich die Kinderhäusler keine Illusionen.

Wer diesen Kampf unterstützen will, sollte dies vor allem in Form von Fördermitgliedschaften im KH tun.

Konto: KINDERHAUS Kita im Exil e.V., Bank für Gemeinwirtschaft, Kto. 1701668600.
Wer Informationen will:
Kinderhaus, Vogtstraße 41,
6000 Frankfurt 1

KB / Gruppe Frankfurt

Gedenkfeier für die Kinder am Bullenhuser Damm ...

Am 22. April findet um 17 Uhr dieses Jahr in der Janusz-Korczak-Schule am Bullenhuser Damm die diesjährige Gedenkfeier für die am 20. April 1945 ermordeten 20 jüdischen Kinder, 24 russischen Kriegsgefangenen sowie der zwei Pfleger der Kinder statt. Die Kinder, Pfleger und Kriegsgefangenen wurden im Heizungskeller der Schule am Bullenhuser Damm an den Heizungsrohren u.a. von SS-Lagerkommandant Strippel erhängt.



GEDENKFEIER

Für die Kinder vom Bullenhuser Damm

Ginge es nach dem Hamburger Senat, so wären die Verbrechen an den Kindern und Erwachsenen längst der Vergangenheit anheimgefallen. Dank einiger Antifaschisten, ehemaligen KZ-Häftlingen, den Angehörigen der Kinder und dem 1979 von ihnen gegründeten Verein, dem „Verein der Kinder vom Bullenhuser Damm" (Schanzenstraße 117, 2000 Hamburg 6, Spendenkonto Haspa 1005/211444) ging diese Rechnung nicht auf. Jahr für Jahr trafen sich immer weniger Leute zum Gedenktag der Kinder an der Schule. Die Forderungen nach einer Gedenktafel außerhalb der Schule, des Umbaus des Heizungskellers in eine separat zugängliche Gedenkstätte, in der eine Ausstellung an die Morde erinnern sollte, wurden vom Senat und den Behörden immer wieder abgetan! Selbst eine so einfache Sache wie die Benennung eines Platzes, einer Straße, am besten des Platzes, an dem die Schule liegt, wurde mit den absurdesten Argumenten abgelehnt: Es sei nicht möglich, einer Straße oder einem Platz aus postalischen Gründen einen so langen Namen zu geben. Dieses Argument ist auch insofern kurios, als an dem Platz, an dem die Schule liegt, überhaupt keine Anwohner und Anlieger vorhanden sind.

Es brauchte lange Zeit, bis überhaupt i n der Schule eine Gedenktafel angebracht wurde. Auf dieser Tafel steht aber nicht, daß es 20 j ü d i s c h e Kinder waren; die ermordeten russischen Kriegsgefangenen sind mit keiner Silbe erwähnt!

Aufgrund eines in allen Sprachen der ermordeten Kinder herausgegebenen Plakates trafen sich die Angehörigen der Kinder im Jahre 1979 zum ersten Mal. Zu verdanken sind diese Aktivitäten im wesentlichen G. Schwarberg, dem Autor des Buches „Der SS-Arzt und die Kinder" sowie dem VVN, der sein gesamtes Archivmaterial zur Verfügung stellte, und ehemaligen Häftlingen des KZ-Neuengamme.

Der Verein hat sich neben der persönlichen Kontaktpflege und Unterstützung als erstes Ziel gesetzt, das Andenken der ermordeten Kinder aufrecht zu erhalten. Weiterhin will der Verein eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, in der Bevölkerung, in Schulen, um deutlich zu machen, was damals in der Schule am Bullenhuser Damm geschah, und dafür zu sorgen, daß Faschismus und Neofaschismus nie wieder Fuß in diesem Lande fassen. Mit in die Vereinsziele ist die Forderung nach der Strafverfolgung des SS-Lagerkommandanten aller Hamburger Außenlager, Arnold Strippel, eingegangen. Strippel, dessen blutige Spur sich durch viele KZs zieht, läuft bisher immer noch als wohlhabender Bürger herum, und wurde bisher noch nicht für diese Verbrechen verurteilt, dank der schützenden Hand bundesdeutscher Justiz.

Weitere Forderungen:

- **Anbringen einer Tafel außerhalb der Schule;**
- **Benennung eines Platzes, einer Straße nach den Kindern, Errichtung eines Dokumentationszentrums in der Schule;**
- **Finanzierung einer Tageskraft, die die Gedenk- und Dokumentationsstätte verwaltet und pflegt;**
- **den Platz vor der Schule entsprechend dem Anliegen des Vereines herzurichten.**

Die Arbeit des Vereins war bisher erfolgreich: Hinterbliebene wurden gefunden, die ermordeten Kinder identifiziert, Voraussetzung für ein Entschädigungsverfahren – das e r s t e amtliche Dokument, das den Hinterbliebenen den Tod ihrer Kinder bescheinigt.

Der Verein hat jetzt ca. 50 Mitglieder, die Aktivitäten werden ausschließlich durch Spenden finanziert. Die SPD und die anderen Parteien, die sich ja immer so sehr als „Vergangenheitsbewältiger" anpreisen, tun sich mit echter Hilfe schwer. Der Hamburger Bürgermeister Klose zog es 1980 trotz Einladung des Vereins vor, seinen Urlaub auf Sylt zu verbringen.

Die einzige Initiative, die der Hamburger Senat bisher entfaltete, war – anläßlich der Gedenkfeier 1980 – die Umbenennung der Schule in Janusz-Korczak-Schule. Der Verein unterstützt diese Initiative bei gleichzeitiger Nichtbenennung eines Platzes oder einer Straße nach den ermordeten Kindern nicht, weil dies ein geschichtliches Ereignis der Stadt Hamburg war. Die Schule hätte, so der Verein, auch nach einem der ermordeten Ärzte oder Pfleger benannt werden können.

Wie ernst es dem Hamburger Senat mit der Aufklärung der Kindermorde und der Strafverfolgung von Strippel auch heute noch ist, macht die Antwort von SPD-Bürgermeister Klose, anläßlich einer Strafanzeige seitens der Hinterbliebenen und des Vereins deutlich: Die Auffassung des Vereins, man könne A. Strippel bereits jetzt anklagen, könne die Behörde nicht teilen, denn die Protokolle aus dem ehemaligen Curio-Haus-Prozeß reichten nicht aus, Strippel aufgrund hinreichenden Tatverdachtes anzuklagen. Und damals sei ja von den britischen Militärgerichten Trzebinski als Hauptverantwortlicher am Kindermord zum Tode verurteilt worden. Die Vollstreckung dieses Urteils beweise ja auch, daß Strippel eben nicht einwandfrei als mitschuldig an der Ermordung der Kinder verurteilt werden könne. Aber die Staatsanwaltschaft befände sich gegenwärtig noch in ergänzenden Ermittlungen! Was, so fragen die Hinterbliebenen berechtigt, soll denn da noch ergänzend ermittelt werden? Die Fakten liegen auf dem Tisch.

Es sieht eher so aus, daß der Fall Strippel seitens der Staatsanwaltschaft „zu Tode verwaltet" werden soll, vielleicht bis Strippel eines natürlichen Todes gestorben, oder bis er als „verhandlungsunfähig" ein weiteres Mal der Verurteilung seiner Verbrechen entkommt?!?

Viel, so sagen Hinterbliebene und Verein, wird bei den Ermittlungen mit Sicherheit nicht herauskommen. Sorgen wir dafür, daß das nicht so bleibt!

Kinderkommission
KB/Hamburg

Kinderfaust

Parlamentswahlen im Mai in den Niederlanden. Und die Kinder? Haben die nichts damit zu tun?

„Kindervuist", eine Aktionsgruppe von Kindern, die für ihre Rechte eintreten, meinte doch. Und organisierte für den 21.3. in Utrecht unter dem Motto *„Laß deine Stimme hören – sag es den Politikern"* einen Kindertag „Kind und Politik".

„Kindervuist" will, daß die Dritte Welt mehr Geld bekommt, vor allem dafür, daß die Leute dort lernen, was sie brauchen, selbst herzustellen, damit sie nicht alles im Ausland kaufen müssen. Will, daß für die ausländischen Kinder in den Niederlanden mehr getan wird, daß sie alle Unterricht in der eigenen Sprache bekommen, und zwar in der Schulzeit, nicht in der freien Zeit, wie es jetzt geschieht. „Kindervuist" ist auch gegen Atomernergie und Atomwaffen, denn, sagt Sandra: *„Auch Kinder haben das Recht, alt zu werden!"*

Zum Kindertag waren auch Politiker eingeladen von den Sozialdemokraten, den Radikaldemokraten (PPR), den Pazifisten-Sozialisten und der (revisionistischen) KP. Sie sollten den Kindern Auskunft geben, was sie für die Kinder im eignen Land und in den armen Ländern tun wollen. Marcel von „Kindervuist" sah das schon vorher ziemlich illusionslos: *„Sie werden alles versprechen und dann passiert doch nichts. Aber dann schreiben wir es auf und sie müssen ihre Unterschrift daruntersetzen. Sie werden wohl sagen: Kinder und Politik, das geht doch nicht. Aber wenn die alles schiefgehen lassen, dann machen wir Aktionen. Schulen besetzen zum Beispiel."*

Gut 200 Kinder waren zum Aktionstag gekommen, etliche Kindertheatergruppen und Musikgruppen, u.a. eine Formation aus Zimbabwe.

Eines der Ergebnisse ihrer Beratung *„Was müssen wir Kinder tun, damit nicht nur geredet wird, sondern auch wirklich etwas geschieht?"* war die Forderung, daß in jeder Gemeinde ein Kinderrat eingerichtet wird, damit die Kinder gleich über die sie betreffenden Sachen mitreden können.

(„de Volkskrant", 14. u. 23.3.81)

Niederlande-Kommission

Demo für Fahrdienst auch in Hamburg

50 bis 60 Rollstuhlfahrer formierten sich mit ihren Unterstützern zu einem Demonstrationszug, um ihre Forderungen für einen verbesserten Fahrdienst dem Hamburger Sozialsenator Ehlers deutlich zu machen. Denn was dereinst als Modell bejubelt wurde, liegt heute im Chaos am Boden.

Seit 1974 ist im Bundessozialhilfegesetz der Staat dazu verpflichtet, dem Behinderten die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Daraufhin beauftragte der Hamburger Senat das Deutsche Rote Kreuz (DRK), einen Spezialbeförderungsdienst für Schwerstbehinderte einzurichten. Seit 1976 besteht dieser Fahrdienst in allen Hamburger Stadtteilen. Doch wie sieht dieser 'Service' aus?

Derzeit stehen sechs Spezialfahrzeuge zur Verfügung, 32 Zivildienstleistende fahren in mehreren Schichten. Mehr ist laut DRK nicht drin, da der Senat in diesem Jahr nur 533000 DM für den Fahrdienst abzweigt. Ergebnis: Schon jetzt müssen die 1100 Rollstuhlfahrer/innen auf ihre Fahrt vier bis fünf Wochen warten! Wer in einem Monat spazierenrollen will, muß dies heute anmelden, wer heute einkaufen will, ist auf fremde Hilfe angewiesen, wer abends schnell zu Freund oder Freundin will, muß isoliert im Zimmer hocken bleiben. Spontanes, selbständiges Handeln wird von vornherein ausgeschlossen.

Das freche Lösungsangebot des Sozialsenators: Damit den Fahrdienst mehr Behinderte in Anspruch nehmen können, will er die Ansprüche der Rollstuhlfahrer kürzen. Dem einzelnen sollen nicht mehr wöchentlich vier Einzelfahrten – d.h. Hin;- und Rückfahrten, also eigentlich nur zwei Fahrten – zustehen, sondern nur noch zwei Einzelfahrten. Damit wird der Ausschluß von Krüppeln aus der Öffentlichkeit festgeschrieben.

Das Argument, es fehle an Geld, ist auch hier hinfällig. Denn der Senat bezahlt jährlich dem HVV (Hamburger Verkehrsverbund) 16 Millionen (!) DM für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten. Es gibt jedoch keinen einzigen rollstuhlgerechten Bus im HVV, die meisten U- und S-Bahnhöfe sind für Rollstuhlfahrer unerreichbar.

Mit derlei Fakten und Buh-Rufen konfrontiert, gab Ehlers erst zu: *„Ja, es ist ein Armutszeugnis."*; schränkte dann ein, *„der Anspruch stände nur auf dem Papier, der konnte nicht realisiert werden"*, sprach zur Fahrdienstkürzung von einer *„sinnvollen Begrenzung des Leistungsangebotes"*, zog es dann vor, sich in seine Büroräume zurückzuziehen.

Die Forderungen der Krüppel bleiben bestehen:

- **Sofortige Ausweitung des Fahrdienstes auf 15 Fahrzeuge und 75 Fahrer!**
- **Einbeziehung anderer caritativer Verbände, des HVV und der Taxiunternehmen in den Fahrdienst!**
- **Sofortige Erstellung von Plänen zur behindertengerechten Erstellung der HVV-Verkehrsmittel und zum schrittweisen Umbau der S- und U-Bahnhöfe!**
- **Berechtigung auf eine unbegrenzte Anzahl von Fahrten für alle Schwerbehinderten!**

Die Empörung unter den kalt abgewiesenen Krüppeln war groß. Deshalb wird der Ruf einer Rollstuhlfahrerin *„Wir werden weiterkämpfen!"* nicht ohne Folgen bleiben.

Behinderten-Kommission



Krüppelbewegung + Frauenbewegung — Jacke wie Hose?

Wenn es um den Widerspruch zwischen Nichtbehinderten (NB) und Krüppeln geht, wird die Frauenbewegung als beliebter Vergleich herangezogen. Dieser Vergleich hat natürlich seine Berechtigung, da die Unterdrükkung von Frauen in oftmals den gleichen Bereichen stattfindet, in denen auch Krüppelunterdrückung zum Ausdruck kommt, z.B. Sexualität oder Beruf.

Meine Emanzipation als Krüppelin ist beispielsweise erst ins Rollen gekommen, nachdem ich angefangen hatte, mich mit meiner Rolle als Frau auseinanderzusetzen. Dabei will ich nicht behaupten, daß die o.g. Reihenfolge der Emanzipationsprozesse eine notwendige ist, allerdings aber besteht für mich ein notwendiger Zusammenhang, d.h., ich kann meine Frauenemanzipation nicht von meiner Krüppelemanzipation trennen und umgekehrt. Dennoch meine ich, daß der Vergleich zwischen der Situation der Krüppel und der Frau nicht zu leichtfertig zu ziehen ist. Allein die Tatsache, daß es in letzter Zeit häufig männliche Krüppel sind, die die Frauenbewegung ohne mit der Wimper zu zucken als Vergleich heranziehen, macht mich stutzig und leistet der Vermutung Vorschub, daß hier die Frauenbewegung funktionalisiert werden soll. Um dies zu verhindern, versuche ich hier den Vergleich Frauenbewegung — Krüppelbewegung genauer unter die Lupe zu nehmen.

Zunächst einmal der Bereich Sexualität: Krüppeln wird allgemein ein Recht auf Sexualität abgesprochen, Frauen wird ebenfalls das Recht auf i h r e eigene Sexualität verweigert. Dennoch: auch unter Krüppeln findet ein Geschlechterkampf statt, und er muß dies tun. Einige Krüppel, die die Krüppelbewegung gerne mit der Frauenbewegung vergleichen, behaupten andererseits, daß sie als Krüppel keine Chauvis sein könnten (s. AK 177). Hier wird m.E. klar, wozu die Frauenbewegung herhalten soll: Allein dazu, die Forderung nach autonomen Krüppelgruppen zu legitimieren, nicht aber für eine inhaltliche Auseinandersetzung. Hätte die Frauenbewegung nicht ihre heutige Stärke, dann...

Wir werden nicht in erster Linie als Nichtbehinderte bzw. Krüppel erzogen, sondern zu Mann bzw. Frau, d.h., daß auch ein Krüppel ein Chauvi ist, auch ein Krüppel ist ein potentieller Vergewaltiger. Schließlich trifft die Weisheit: „Ein Mann hat keine Angst,

ist, auch ein Krüppel ist ein potentieller Vergewaltiger. Schließlich trifft die Weisheit: „Ein Mann hat keine Angst,

außer der Angst, kein Mann zu sein" natürlich besonders auf Krüppel zu.

Mit einem Krüppel verbinden mich im Bereich Sexualität ganz andere Sachen als mit Frauen: Die Erfahrung, daß nichtbehinderte Sexualpartner Angst und Hemmung vor unseren Körpern haben, oder daß viele Nichtbehinderte uns gar nicht erst als Sexualpartner akzeptieren.

In dieser Hinsicht kann ein Krüppel ein sensiblerer Sexualpartner sein als ein nichtbehinderter Mann. Aber das heißt noch lange nicht, daß ich für einen Krüppel kein Sexualobjekt bin, das heißt auch nicht, daß ich von einem Krüppel automatisch meine Frauensexualität zugesprochen bekomme.

Unterdrückung durch Nichtbehinderte läuft im Bereich Sexualität also ganz anders als durch Männer ab. Krüppel sein heißt, wie U. aus Hamburg schon im AK 197 schreibt: „Ständig und überall durch die Reaktion der Umwelt (NB, Anm. ich) auf das eigene ‚Manko' hingewiesen werden."

Das heißt aber nicht, sich nachts nicht allein auf die Straße zu trauen, weil dort NB hinter einem Krüppel herlaufen. Ein Krüppel braucht auch keine Angst zu haben, von einem NB vergewaltigt zu werden, weil er/sie nichtbehindert ist.

Bei Vergewaltigung spielt es für das Opfer keine Rolle, ob der Vergewaltiger NB oder behindert ist, ein Vergewaltiger vergewaltigt, weil er sich dazu das Recht als Mann herausnimmt. Hier wird klar, daß die Bedrohung der Frauen durch Männer wesentlich existenzieller ist, als die Bedrohung der Behinderten durch Nichtbehinderte.

Es geht mir hier nicht darum, die beiden verschiedenen Unterdrückungen gegeneinander auszuspielen oder aufzuwiegen. Ich kann auch Gerlef aus Hamburg im AK 196 nicht zustimmen, der einen Vergleich zur Frauenbewegung mit folgender Begründung ablehnt: *„Die Frauen erleiden neben der Unterdrückung durch den Kapitalismus eine zweite besondere Unterdrükkung als Geschlecht ..."*, da ich denke, daß auch Krüppel eine besondere Unterdrückung neben der kapitalistischen Unterdrückung erfahren. Ich kann allerdings auch nicht akzeptieren, wenn U. aus Hamburg (AK 197) die Forderung nach einer autonomen Krüppelbewegung unter anderem mit folgendem Vergleich zur Frauenbewegung begründet: *„Wenn Frauen sich gegen ihre jahrtausendealte Unterdrückung organisieren, ist es für Krüppel* e r s t r e c h t (Hervorhebung von mir) *notwendig. Denn sie werden nicht nur abqualifiziert, sondern zudem noch ausgesondert und vernichtet."*

Auch wenn nicht beabsichtigt, so riecht es mir an dieser Stelle zu sehr nach Funktionalisierung der Frauenbewegung und dann muß ich U.s Verhältnis zur Frauenbewegung hinterfragen.

Beim Vergleich von Frauen- mit Krüppelbewegung ist bisher einer anderen Tatsache kaum Beachtung geschenkt worden: Jeder NB kann morgen bereits ein Krüppel sein, aber kaum ein Mann kann morgen (und schon gar nicht durch einen Unfall) zur Frau werden. Das heißt natürlich nicht, daß ein Nichtbehinderter eher in der Lage wäre, die Krüppelrealität nachzuvollziehen als ein Mann die Frauenrealität. Ein/e NB wird niemals erfahren, was es heißt, Krüppel/in zu sein, solange sie/er nicht selbst eine/r ist. Von daher wage ich es nun, die These aufzustellen, daß Nichtbehinderte eher bereit sein können, sich mit dem Widerspruch NB : B auseinanderzusetzen und damit auch mit der Rolle, die sie in diesem Widerspruch spielen, als dies zwischen Frau und Mann der Fall ist. Freilich gehe ich nicht davon aus, daß NB sich von sich aus mit ihrer Unterdrückerrolle auseinandersetzen. Dies geschieht erst dann, wenn wir Krüppel Druck ausüben und uns gegen die Rolle des Musterkrüppelchens wehren. Dabei habe ich in der Auseinandersetzung mit NB natürlich auch wieder unterschiedliche Erfahrungen mit Männern bzw. Frauen gemacht. Bei der Bereitschaft, sich (eher) mit der Unterdrückerrolle als NB auseinanderzusetzen spielt es wahrscheinlich auch eine Rolle, daß wir Krüppel nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen, während Frauen ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft sind (wobei noch zu klären wäre, inwieweit sich heute die Funktion von Krüppeln angesichts des wachsenden Reha-Marktes und Sozialapparates verändert und an Bedeutung zugenommen hat).

gesichts des wachsenden Reha-Marktes und Sozialapparates verändert und an Bedeutung zugenommen hat).

Für Nichtbehinderte bedeutet dies zunächst einmal, daß die Emanzipation von Krüppeln sie nicht so unmittelbar existenziell betrifft, wie die Emanzipation von Frauen Männer betrifft, es sei denn, sie arbeiten beruflich mit Krüppeln, denn dann kann deren Emanzipation sie in ihrer Helferrolle bedrohen. Für das Gros der NB allerdings gilt, daß sie selten bis gar nicht mit Krüppeln konfrontiert werden, daß Krüppel nicht notwendigerweise zu ihrem Lebensbereich gehören. Frauen allerdings machen über die Hälfte der Bevölkerung aus und ihnen werden notwendige Funktionen, wie Reproduktionskraft, Reservearmee, Gebärmaschine, Sexualobjet und Besitztum zugeordnet. Daher stellt die Emanzipation der Frauen auch eine viel größere Bedrohung für das kapitalistische und patriarchalische System dar.

Als ein wesentlicher Unterschied zwischen Frauen- und Krüppelbewegung erscheint mir auch noch die Tatsache, daß außer dem Klassenunterschied (den es auch in der Krüppelbewegung gibt) in der Frauenbewegung kein so gravierender Unterschied zwischen den einzelnen Frauen besteht, wie es innerhalb der Krüppelbewegung der Fall ist. Es gibt keine unterschiedlichen „Frauenarten", wohl aber gibt es verschiedene Behinderungsarten, Frauen haben daher eine viel größere Basis für gemeinsame Erfahrungen. Krüppelrealität spiegelt sich in den verschiedensten Formen wieder und es gibt nur eins, was wir alle gemeinsam haben: Unser „Manko", unsere Anormalität, auf Grund deren wir sonderbehandelt werden.

Bei der Frage der Abhängigkeit von NB bzw. der Abhängigkeit von Männern spielt diese Differenziertheit der Krüppelrealität m.E. eine gravierende Rolle. Während das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Frau und Mann ein willkürlich gesetztes ist und einzig und allein der Machtausübung der Männer und der Erhaltung des Patriarchats dient, bestimmt sich das Abhängigkeitsverhältnis zu NB erst

Fortsetzung nächste Seite

Vorbereitungstreffen für das Krüppeltribunal

Vorbereitungstreffen für das Krüppeltribunal

Am 4./5. April fand in Dortmund das zweite Vorbereitungstreffen für das Krüppeltribunal statt (vgl. auch Bericht in AK Nr. 197). Beschlossen wurde von den ca. 30 Anwesenden aus 8 Städten, das Tribunal als öffentliche Anklage durchzuführen ohne „Gerichtsverhandlung" mit abschließendem Urteil. Zum einen ist dies mit den gegenwärtigen Kräften der Behindertenbewegung leichter zu organisieren und zum anderen soll diese Anklage unsere subjektive Sichtweise unserer eigenen Situation darstellen.

Die einzelnen Anklagepunkte (dazu im einzelnen weiter unten) sollen sowohl anhand von Einzelbeispielen als auch durch allgemeine „Referate" dargestellt werden. Den Verantwortlichen für die Krüppelunterdrückung soll die Möglichkeit genommen werden, mit Hinweis auf „bedauerliche Einzelfälle" dem Tribunal die Spitze zu nehmen. Vielmehr soll das gesamte S y s t e m der Aussonderung, Unterdrückung und Folterung von Behinderten dargestellt werden. Andererseits dürfen natürlich Heimleiter, Therapeuten, Bürokraten etc. nicht durch Darstellung der Strukturen aus ihrer ganz persönlichen Verantwortung entlassen werden.

Auf dem Krüppel-Tribunal sollen Menschenrechtsverletzungen an Behinderten dargestellt werden. Als Menschenrechtsverletzung verstehen wir dabei die ständige Entmündigung, Aussonderung und teilweise organisierte Armut von Behinderten, die durch das ganze System der Sondereinrichtungen etc. zum Objekt von nichtbehinderten Fachleuten gemacht werden und denen ein Selbstbestimmungsrecht vollkommen abgesprochen wird.

Die einzelnen Anklagepunkte sollen jeweils von Gruppen in einzelnen Städten verantwortlich vorbereitet werden. D.h. jede einzelne Gruppe sammelt „vor Ort" Informationen und leitet sie dann an die verantwortliche Stelle weiter, die sie für eine Darstellung auf dem Tribunal aufbereitet und zusammenfaßt.

Als nächstes wurden die einzelnen Anklagepunkte durchgesprochen.

1. Heime als Menschenrechtsverletzungen
Zum einen ist es notwendig, die nicht selten katastrophalen Verhältnisse in den Heimen darzustellen, wo teilweise sogar Prügel und jede Art von Quälerei und Folterung zur Tagesordnung gehört; wo der Tagesablauf völlig reglementiert wird und die Insassen kein besseres Leben haben als die Leute im Knast.

Es geht uns dabei nicht nur um eine Verbesserung der Heimsituation, sondern um den Nachweis, daß allein die Existenz von Heimen eine eklatante Menschenrechtsverletzung darstellt. Eine „Verbesserung" von 4-Bett-Zimmern auf 3-Bett-Zimmer ist für uns alles andere als ein Fortschritt. Verantwortlich für den Punkt „Heime" ist die Münchener Gruppe.

2. Behördenwillkür gegen Gruppen
Diesen Punkt hat die SSK aus Köln übernommen, weil sie selbst als Gruppe bereits zahlreichen Angriffen durch die Bürokratie ausgesetzt war und ist.

3. Behördenwillkür gegen Einzelne
Den ständigen Hindernislauf durch die Ämter und Instanzen, die oft jede menschliche Regung entbehrende Behandlung durch Behörden und einzelne Sachbearbeiter aufzuarbeiten, haben die Dortmunder übernommen.

4. Berufssituation
Die Situation arbeitsloser Behinderter und die der behinderten Mitarbeiter in Werkstätten für Behinderte werden in Marburg bearbeitet. Wesentlich ist dabei die Darstellung der Entwicklung der Werkstätten zum Sonderarbeitsmarkt für Behinderte, in dem sie völlig rechtlos der verschärften Ausbeutung ausgesetzt sind.

5. Behinderte in Medien
Auch die Darstellung des lieben, bedauernswerten Behinderten oder die des ausgeflippten, brutalen hinterhältigen Krüppels aus dem Gruselkabinett ist menschenrechtsverletzend. Seit der Aktion der Bühnenbesetzung bei der Eröffnungsveranstaltung zum Jahr der Behinderten in Dortmund haben FAZ, Welt und ähnliche Blätter diesem traditionellen Behinderten-Bild ein weiteres hinzugefügt: das des von „linken Ideologen" verführten, der — da behindert — natürlich seine Sache nicht selbst in die Hand nehmen, sondern nur benutzt werden kann. Die Mitarbeiter der Zeitung „Luftpumpe" beschäftigen sich hiermit.

6. Bauliche und technische Hindernisse werden von Hamburg dargestellt.

7. Zur Situation behinderter Frauen soll eine überregionale Arbeitsgruppe gebildet werden mit behinderten Frauen aus Hamburg, Frankfurt, München, Mainz und wer sonst noch Lust hat.

8. Die Lage der Menschen in der Psychiatrie soll vom SSK dargestellt werden.

9. Schließlich sollen *die z.T. gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch die Pharmaindustrie und die Ärzte* (vor allem in ihrer Rolle als Gutachter) von den Frankfurtern aufgearbeitet werden.

Nach diesem Vorbereitungstreffen werden die einzelnen örtlichen Gruppen direkt mit der Arbeit beginnen. Das nächste Treffen wurde für den 16./17. Mai in Hannover verabredet.

Wer Informationen oder sonstige Unterstützung zu irgendeinem der genannten Themenkomplexe zu liefern hat, wende sich an die jeweils nächstgelegene Unterstützergruppe oder an die zentrale Adresse:

Hannelore Wittkofski
Fettstraße 22
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/432886

Wer das Krüppeltribunal durch Spenden unterstützen möchte (schließlich kostet das ganze eine Menge Geld) sollte sich folgende Kontonummer merken:

Kto.-Nr. 339 10 800 bei der „Sparkasse 1822" in Frankfurt/Main, Stichwort: Krüppeltribunal

Ein Genosse der Behinderten-Kommission

Behindertenkommission »wiederbelebt«

Ende letzten Jahres hat sich die Behinderten-Kommission des KB neu konstituiert. Beteiligt sind behinderte und nichtbehinderte KB-Mitglieder und -Sympathisanten aus mehreren Städten. Als „Selbstverständnis" der Kommission wurde folgendes, hiermit der inner- und außerorganisatorischen Öffentlichkeit vorgestelltes Konzept diskutiert und zur vorläufigen Grundlage der Arbeit gemacht:

Konsens besteht darüber, daß die Kommission in ihrer Mehrzahl aus Behinderten besteht und bestehen bleiben soll. Auch Behinderte müssen die Politik ihrer Befreiung selbst entwickeln. Nichtbehinderte sind aufgerufen, uns dabei im Rahmen des möglichen zu unterstützen. Alle Kommissionsmitglieder sind an den einzelnen Orten ebenso wie auf regionaler und nationaler Ebene in der sich in jüngster Zeit stärker entwickelnden Behindertenbewegung aktiv. Die Arbeit in der KB-Behinderten-Kommission bedeutet für uns, unseren Kampf für den Sozialismus mit dem Kampf für die Krüppelbefreiung zu verbinden. Die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen bedeutet ebenso die Befreiung der Krüppel von der Unterdrückung und Entrechtung durch Nichtbehinderte. Ebenso sind wir davon überzeugt, daß die Krüppelbefreiung ohne Sozialismus nicht wirklich und dauerhaft erreicht werden kann.

In der Praxis bedeutet das für uns, daß wir zum einen die in der Behindertenbewegung diskutierten Inhalte verstärkt in die Kommission und in die gesamte Organisation tragen werden. Den AK werden wir — wie in der letzten Zeit bereits verstärkt praktiziert — als Diskussions- und Publikationsform zu nutzen versuchen.

Zum anderen werden wir auch die von uns erarbeiteten Inhalte und unsere Erfahrungen als Mitglieder oder Sympathisanten einer kommunistischen Organisation in die Behindertenbewegung einbringen.

Die KB-Mitglieder in der Kommission verbinden mit ihrer Arbeit den Anspruch, einen Teil der Politik des KB mitzuentwickeln, mindestens soweit er sich auf die Lage der Behinderten bezieht. Die KB-Sympathisanten werden vorläufig ihre Arbeit auf die Kommission selbst beschränken.

Widersprüche innerhalb der Kommission bestehen in bezug auf Krüppelarbeit insgesamt und auf die Rolle der Nichtbehinderten in der Behindertenbewegung im besonderen. Diese Widersprüche, die sich auch in Diskussionen im AK widerspiegeln, verhindern aber nicht die gemeinsame Zusammenarbeit und werden kommende Diskussionen weiter befruchten.

Um eine umfassende Kommissionsarbeit leisten zu können, rufen wir alle Krüppel, die im KB sind oder mit ihm sympathisieren, dazu auf, sich bei uns zu melden und in der Kommission mitzuarbeiten. Ebenso fordern wir alle nichtbehinderten Genoss(inn)en, die Kontakte zu Behinderten haben, auf, diese verstärkt für unsere Kommission zu agitieren.

Nichtbehinderte Genoss(inn)en, die in irgendeiner Form im Behindertensektor arbeiten (Heim, Therapeut(in), Sonderschule etc.) sollten möglichst in Kontakt zu uns treten, damit Infos und Erfahrungen ausgetauscht werden können. Besondere Unterstützung erwarten wir von diesen Genoss(inn)en in bezug auf unsere Beteiligung am Krüppeltribunal, indem sie z.B. Material über Menschenrechtsverletzungen in ihren Einrichtungen an uns weiterleiten.

Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, daß sich diese Genoss(inn)en in nächster Zeit verstärkt mit ihrer Rolle als „Helfer und Betreuer" auseinandersetzen, d.h. für uns aber nicht, daß sie Mitglieder in der Behinderten-Kommission werden sollten. Zum einen ist unsere Arbeit nicht zu verwechseln mit Eintreten z.B. für bessere Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Reha-Einrichtungen, zum anderen wollen wir das Verhältnis von Behinderten und Nichtbehinderten in der Kommission nicht zu ungunsten der Behinderten verschieben.

Wir haben uns vorgenommen, in der nächsten Zeit folgende Punkte zu diskutieren und anzupacken:

— Disskussion über die Frage, ob Behindertsein notwendigerweise, also letztlich auch im Sozialismus, im weitesten Sinne negative Folgen für den Betroffenen hat — Behindertsein ist nicht schön, oder vielleicht doch??
— Klärung unserer Position zu den diversen in der BRD existierenden Behindertengruppen und -organisationen
— Weiterdiskussion der bisher aufgetauchten Widersprüche
— Mitarbeit am Krüppeltribunal (dies jedoch nur eingeschränkt, weil ein Teil der Kommission die Beteiligung auch von Nichtbehinderten nicht mittragen kann)
— schließlich werden wir auch weiterhin die aktuelle Berichterstattung im AK fortsetzen.

Behinderten-Kommission

Fortsetzung von Seite 33

einmal dadurch, daß es auf einer objektiven Abhängigkeit beruht, deren Ausmaß durch Grad und Art der Behinderung bestimmt ist. Dieses Abhängigkeitsverhältnis dient an sich nicht der Machtausübung der NB, kann und wird allerdings häufig dazu mißbraucht. Hier geht es dann um Normvorstellungen und normentsprechendes Verhalten, denen der Emanzipationsprozeß von Krüppeln entgegen wirken muß. Die objektive Abhängigkeit von NB muß nicht notwendigerweise zur Unterdrückung von Krüppeln führen, wohl aber die von NB verursachte, d.h. nicht-objektive Abhängigkeit, von der wir Krüppel uns befreien müssen. In diesem Sinne stimme ich U. zu, der schreibt: *„Um zu verhindern, ständig dem Ziel der nie zu erreichenden Normalität nachzulaufen, muß ein Weg gefunden werden, der ständig neu kritisch geprüft werden muß..."*

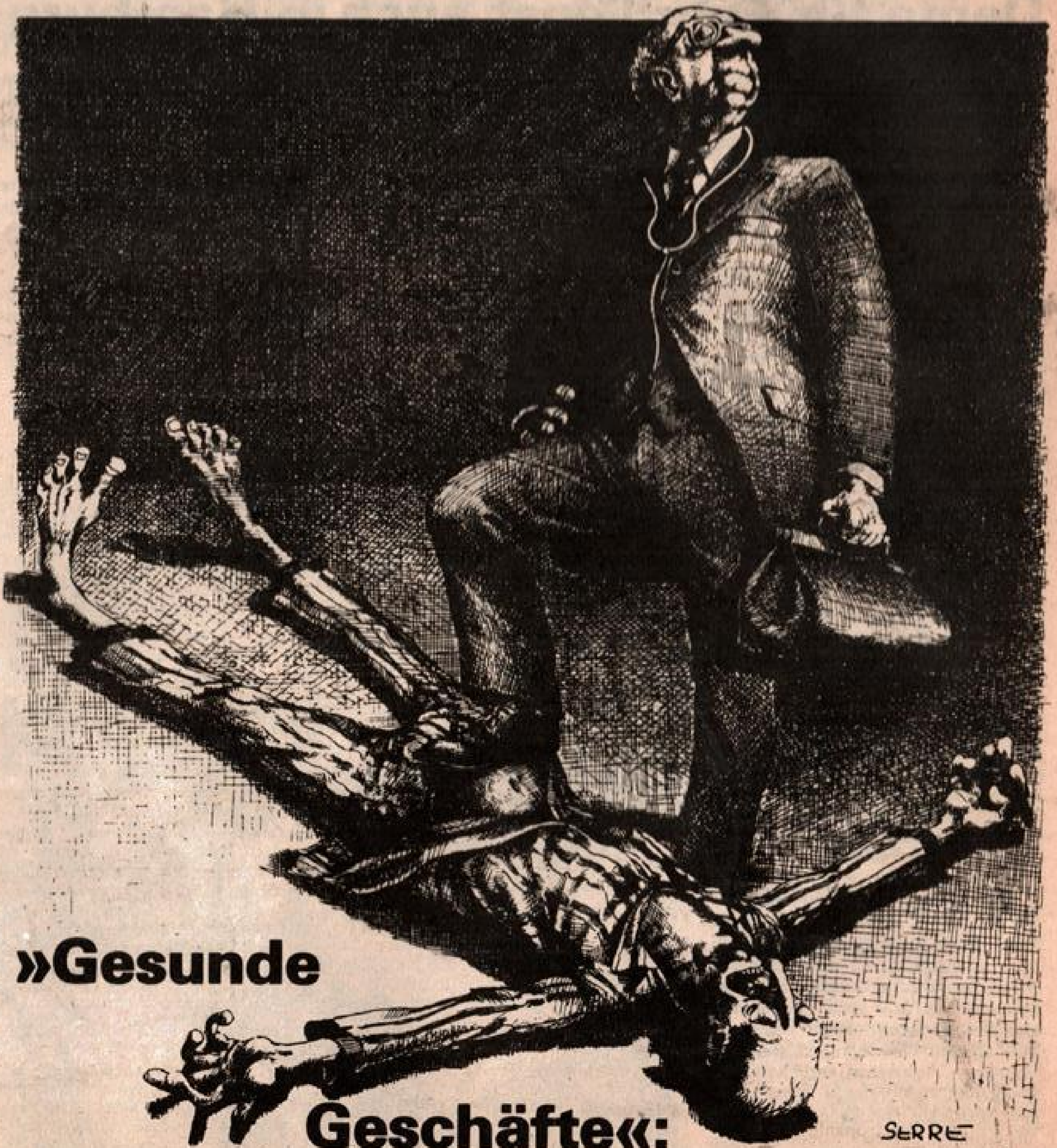
Zum Schluß möchte ich noch kurz anschneiden, welche Ziele ich beim Kampf gegen das Patriarchat bzw. beim Kampf gegen die NB-Welt verfolge. Als Feministin möchte ich auch im Sozialismus keinen „gleichberechtigten" (?) Platz im Patriarchat einnehmen, wohl aber will ich in der NB-Welt leben können. Das Patriarchat gehört abgeschafft, die NB-Welt gehört umgestellt. Frau sein bedeutet nicht per se, ein „Manko" zu haben und es kann niemals für mich erstrebenswert sein, ein Mann zu werden. Krüppel sein bedeutet allerdings, durch einen Schaden eingeschränkt zu sein, der niemals ganz behoben werden kann. Auch im Kommunismus möchte ich nicht unbedingt behindert sein, freilich möchte ich unter Bedingungen leben, die es mir ermöglichen, mit meiner Behinderung umzugehen und gleichberechtigt zu leben.

Bei der bisherigen Debatte um die Krüppelbewegung wurde die Frauenbewegung immer nur dann als Vergleich herangezogen, wenn es darum ging, NB auszuschließen. Dieser Vergleich ist mir zu platt, da hier die Unterschiede zwischen Krüppelbewegung und Frauenbewegung und damit auch der Geschlechterkampf unter den Tisch fallen.

Der Vergleich findet seine Berechtigung nur dann, wenn die Diskussion inhaltlich und umfassend geführt wird, d.h. auch in bezug auf die Unterschiede. Nur dann kann die Krüppelbewegung von der Frauenbewegung wirklich lernen. Speziell für männliche Krüppel bedeutet dies, sich verstärkt mit den Inhalten der Frauenbewegung auseinanderzusetzen. Autonome Krüppelgruppen werden nicht dadurch legitimiert, daß es auch autonome Frauengruppen gibt.

Wir brauchen autonome Krüppelgruppen, weil wir uns durch sie ein Sein verschaffen, durch das sich unser Krüppelbewußtsein entwickeln kann.

Eine Genossin aus der Behinderten-Kommission



»Gesunde Geschäfte«: Arzneimittelkonzerne bestechen Mediziner

— Buchvorstellung —

Dr. Hans Weiss, Kurt Langbein, Hans-Peter Martin und Roland Werner enthüllen in ihrem jüngst erschienenen Buch die illegalen Geschäftspraktiken der Pharma-Konzerne. Was sie da erzählen, ist nicht neu, genausowenig wie die Praktiken der BILD-Zeitung erst seit dem Wallraff-Buch „Der Aufmacher" bekannt sind. Doch so ein Bericht „aus dem Hinterland" dient doch immer wieder recht gut zur Veranschaulichung der skrupellosen Profitsucht unseres Klassenfeindes, diesmal am Beispiel der Pharma-Industrie. Daß es ausgerechnet den Bayer-Konzern erwischt hat, ist belanglos. Der Name ist beliebig austauschbar; wie wär's z.B. mit Hoechst, Boehringer oder Schering?

Nach Wallraff-Manier bewarb sich der 30jährige Medizinsoziologe Weiss aus Wien bei Bayer/Österreich als Pharma-Referent. In firmeninternen Seminaren wird man als solcher in die Verkaufsstrategien der Heilmittelproduzenten eingewiesen. Zu seinen Aufgaben gehört es, den persönlichen Kontakt zu den Ärzten seines Bezirks zu pflegen und sämtliche für Bayer maßgebliche Daten und Informationen über sie zu archivieren. Ständiger Begleiter ist das sogenannte Bayer-Einstandspaket, in dem er Ärztemuster und kleine Präsente mit sich führt.

Doch dieses Bonbönchen ist es sicher nicht, was jeden zweiten der konsultierten Ärzte dazu bewegt, nunmehr fast ausschließlich Bayer-Präparate zu verschreiben. Da müssen schon saftigere Köder aufgefahren werden. Angefangen bei teuren Fachbüchern, Digital-Uhren und Kaffee-Services über Angelgeräte oder Laborstühle für die Praxis bis hin zu mehrtägigen Flugreisen nach Rhodos für 700 Ärzte, oder darf's vielleicht Kreta oder Dubrovnik sein? Mit Gemahlin, natürlich! „Sämtliche Spesen gehen selbstverständlich zu unseren (?) Lasten". Das ganze wird dann als „Symposium" über ein bestimmtes Arzneimittel deklariert, dessen Umsatz in den folgenden Monaten ganz plötzlich in die Millionen geht.

... zu unseren Lasten

Zahlen darf das alles selbstverständlich nicht Bayer, sondern wir, die Verbraucher, entweder am Ladentisch oder über den Krankenkassenbeitrag. Die Beträge der Werbeetats der Pharma-Konzerne gehen in die Milliarden und liegen doppelt so hoch wie ihre Forschungsmittel („Neue", 31.10.80).

Viel forschen brauchen sie nun wirklich nicht, wenn man bedenkt, daß nur 1,7 % der neu auf den Markt kommenden Präperate einen neuen Wirkstoff enthalten. Die meisten unterscheiden sich allein durch Werbung, Preis, Verpackung und Farbe. Um diese „neuen" Produkte trotzdem mit einem einwandfreien wissenschaftlichen Flaire auf den Markt bringen zu können, werden sogenannte „Meinungsmacher" angeheuert, gegen Honorar, versteht sich.

Gefährliche Menschenversuche

Meinungsbildner, das sind anerkannte Fachärzte, die im Auftrag des Pharma-Konzerns einige Prüffälle, sprich Menschenversuche, durchzuführen haben. Die Prämie schwankt je nach Risiko zwischen vier- und fünfstelligen DM-Werten. Fällt das Ergebnis nicht ganz wunschgemäß aus, werden halt einfach die für Bayer vorteilhaftesten Fälle herausgegriffen.

Ermittlungen in Göttingen

Das solche Methoden in dieser Branche gang und gäbe sind, wurde schon im Juni vergangenen Jahres in einem Ermittlungsverfahren gegen zwanzig Pharmaziefirmen festgestellt. Die beschuldigten Unternehmen hatten zwecks Umsatzsteigerung Sachleistungen und Schmiergelder an die Bediensteten des Göttinger Universitätsklinikums vergeben. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen des Verdachts auf Bestechung und Vorteilsgewährung. Bei Erhärtung des Verdachts sollte das Verfahren aus Gründen der Prozeß-Ökonomie jedoch nicht in öffentlichen Strafprozessen, sondern eventuell nur mit Strafbefehlen abgeschlossen werden (nach „FR", 13.6.80).

Es waren wohl eher Gründe der Vertuschungsstrategie, die die Staatsanwaltschaft dazu veranlaßten, diese peinlichen Geschichten unter Ausschluß der Öffentlichkeit in gütlicher Einigung zu behandeln. Aber Korruption gibt es natürlich nur im Orient!

An dem Buch „Gesunde Geschäfte" kann jedenfalls erstmal niemand mehr vorbei, und es ist wohl, ähnlich wie beim „Aufmacher", damit zu rechnen, daß die „Gesunde-Geschäfte-Macher" diese öffentliche Schmach nicht auf sich sitzen lassen werden. (Inform. aus „stern", 5.3.81).

„Gesunde Geschäfte" von Dr. H. Weiss, K. Langbein, H.P. Martin, R. Werner; erschienen bei Kiepenheuer und Witsch.

Eine Genossin aus Nürnberg

Kunstfehlerprozeß geht in zweite Instanz

Das Klageverfahren auf Schadenersatz und eine lebenslange Rente für die schwer geburtsgeschädigte Sabine B. geht in die II. Instanz. Die Eltern laden alle Interessierten und Freunde ein: Kommt am 27.4.81, 9 Uhr ins OLG Hamm, Heßlerstr. 53 zum Prozeß!

In der I. Instanz hatte das Landgericht Dortmund die Geburtsschädigung als Folge ärztlicher Behandlungsfehler angesehen und die Stadt als Frauenklinikträger und den Assistenzarzt zu Schadensersatz verurteilt. Beide legten Berufung ein.

Das von der Staatsanwaltschaft geforderte Gutachten eines Sachverständigen zeigt die Ursachen der Hirnschädigung. Es *„liefert erschütternde Beweise für schwere ärztliche Behandlungsfehler und menschenunwürdige Organisation in der Geburtshilfe der Frauenklinik. Der Gutachter belegt, daß Sabines Hirnschädigung mit allen ihren Folgen [spastisch, geistige Behinderung, Epilepsie — lebt in einem Heim] weder tragisches Schicksal noch unvermeidbar war"*, was von den Beklagten ständig behauptet wird. Den Eltern gegenüber wurden Behandlungsfehler nicht nur vertuscht, ihnen wurde sogar ‚schlechtes Erbgut' angedichtet.

Die Eltern wollen mit dem Prozeß dazu beitragen, *„daß*
— ärztliche Behandlungsfehler = ‚Kunst'fehler
— vorhandene unmenschliche Versorgungsbedingungen für Patienten
— schlechte Arbeitsbedingungen für das Personal im Krankenhaus
— die Frauenfeindlichkeit der programmierten Geburt und ihre Gefahren für das Kind
in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Anderen Eltern und Kindern muß ein ähnliches ‚Schicksal' erspart bleiben!"
(Zitate aus Pressemitteilung der Eltern).

Behinderten-Kommission

Spanien:
Folgt ein zweiter Putsch?

Einsatz von Militär im Kampf gegen den „Terrorismus" im Baskenland und Massenverhaftungen, Gesetzesvorlagen, die den Ausnahme- bzw. Belagerungszustand gesetzlich absichern sollen, ein Maulkorbgesetz für die Presse (genannt „Gesetz zum Schutz der Verfassung"), weitere Abstriche am Scheidungsgesetz, eine Vollbremsung in der Autonomiefrage, beschleunigter Eintritt in die NATO – das sind nur einige der sichtbarsten Folgen des mißglückten Putschversuchs vom 23. Februar. Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Militär seit diesem Tag verstärkt mitregiert.

Obwohl die Parteien, insbesondere PSOE (Sozialdemokraten) und PCE (Eurorevisionisten) ihren Mitgliedern und Wählern gegenüber dem Putsch vom 23. Februar als unwiederholbares Ergebnis darstellen und, statt die antifaschistische Wachsamkeit zu schärfen, die Menschen in Zuversicht und parlamentarischen Dämmerschlaf hüllen (und selbst den Militäreinsatz im Baskenland gutgeheißen haben), fragt sich doch ein erheblicher Teil der Linken, was sie, was dies Land noch zu erwarten hat.

Wird das Militär sich mit dem bisher erreichten Einfluß auf die Politik des Landes zufrieden geben (hat es also trotz augenscheinlichen Scheiterns des Putsches auf „weichem Weg" sein Ziel erreicht) oder müssen wir in absehbarer Zeit mit dem zweiten und dann wohl besser geplanten und möglicherweise erfolgreichen Staatsstreich rechnen?

Zu diesem Fragenkomplex hat ein leitendes Mitglied von MC (Movimiento Comunista) in der Zeitung seiner Organisation kürzlich Stellung genommen. Wir veröffentlichen die Hauptpassagen aus diesem Interview.
Der Genosse führt aus, daß die politischen Freiheiten in Spanien von Anfang an mit einer Zeitzünderbombe geboren wurden, weil es keine wirkliche Säuberung des faschistischen Staatsapparates gegeben hat.

„Und diese Bombe ist nun explodiert ..."
„Nein, noch nicht. Einige Ladungen sind in die Luft gegangen. Die Ladung vom 23. Februar war zweifellos wichtig. Aber die eigentliche Ladung ist noch nicht explodiert. Man könnte jedoch sagen, daß die Zündschnur schon brennt".

„Die Situation ist also ernst?"
„Wir sind fest überzeugt, daß sie sehr ernst ist. Und wir sind nicht aus spekulativen Gründen zu dieser Überzeugung gekommen. Wir beziehen uns auf beweisbare und bewiesene Tatsachen. Die allgemeine Stimmung, die heute innerhalb der Streitkräfte herrscht, die der Angelpunkt der
die heute innerhalb der Streitkräfte herrscht, die der Angelpunkt der
ganzen Lage sind, ist eindeutig putschistisch. Und das gilt nicht nur für die am meisten fanatisierten Elemente, die besonders häufig auf der mittleren Befehlsebene anzutreffen sind, sondern auch auf die sog. nachdenkende hierarchische Spitze".

Der Genosse führt dann aus, daß die derzeitigen Bekundungen von Verfassungstreue seitens der führenden Militärs nur von politisch Naiven wörtlich genommen werden können. Auch Franco habe vor 1936 keine Hemmungen gehabt, der Republik und deren Verfassung Treue zu schwören.

„Dann meinst du also, daß die Möglichkeit für einen weiteren Putsch sehr groß sind?"
„Ja, sie sind sehr groß. Natürlich könnten diese Möglichkeiten verringert werden. Antifaschistische Massenaktionen könnten die Regierung zwingen, ernsthafte Maßnahmen gegen die Putschisten einzuleiten und deren Spielraum einzuengen. Gegenwärtig jedoch wächst der Putschismus. Da er bei dem ersten Versuch keine entsprechende Antwort weder auf dem Gebiet der juristischen Verfolgung noch auf dem spezifisch politischen Gebiet bekommen hat. Trotz des Scheiterns am 23. hat der Putschismus an Kraft und Initiative gewonnen. Um sie ihm zu nehmen, haben die Gesamtheit der demokratischen Kräfte und die Linke keine andere Möglichkeit, als die Massen zu mobilisieren. Wir haben immer wieder auf diese Notwendigkeit aufmerksam gemacht. Allerdings ist nach den Mobilisierungen vom 27. Februar (die von der Teilnahme der Menschen her bedeutend waren, bezüglich der Ziele jedoch sehr bescheiden) nichts weiter geschehen. Und das ist sehr schlimm, weil es gleichbedeutend damit ist, die einzige Waffe der Demokratie gegen den Putschismus nicht zu benutzen".



Die Putschisten bei der Generalprobe am 23. Februar im spanischen Parlament...

Die Putschisten bei der Generalprobe am 23. Februar im spanischen Parlament...

„Und die Monarchie? Die Haltung des Königs, ist sie nicht eine Bremse für den Putschismus?"
„Die Autorität der Krone innerhalb der Streitkräfte hat erheblich abgenommen. Das weiß der König selbst. Außerdem sollte man nicht vergessen, was er bei seiner Rede vor der Militärakademie in Zaragoza deutlich hat durchklingen lassen: daß sich seine Ablehnung des Staatsstreichs lediglich auf die Methode bezog und in keiner Weise auf das Programm, auf die Absichten. Mir scheint sehr klar, daß die Monarchie vor allem den einen Wunsch hat: sich selbst zu retten. In den letzten Wochen ist das deutlich geworden. Wenn die Mehrheit der Streitkräfte eine bestimmte Haltung einnimmt, wird es nicht die Monarchie sein, die sie bremsen wird. Ich glaube nicht einmal, daß sie es versuchen wird, wenn die Militäraktion ausreichend erfolgversprechend erscheint".

„Trotzdem befinden sich die Putschisten doch in einer schwierigen Situation, sogar innerhalb der eigenen Reihen, um es mal so zu sagen. Offenbar ist die Großbourgeoisie nicht begeistert von einem Staatsstreich ..."
„Gut, allgemein gesprochen ist es richtig, daß die Großbourgeoisie einem Staatsstreich nicht besonders zugeneigt ist. Aber über dies Thema ist oft zuviel philosophiert worden. Weil es eine Sache ist, nicht geneigt zu sein, und eine andere, dagegen zu sein. Eine weitere Sache wäre, etwas nicht einordnen zu können. Momentan, glaube ich, hat das große Kapital zwar keine übertriebene Begeisterung für die Perspektive eines Putsches, ist jedoch auch nicht bereit, eine putschfeindliche Haltung anzunehmen. Zu diesem Thema ist es vielleicht angebracht, ein paar ‚theoretische' Ausführungen zu machen. Es gibt Leute, die glauben, daß der Marxismus darin besteht, eine ökonomische Erklärung für alle Erscheinungen zu suchen. Und wenn man keine ökonomische Klassenbasis für den Putschismus findet, leugnet man ihn einfach. ‚Die Großbourgeoisie ist am Putsch nicht interessiert', fertig. Das ist kein Marxismus; das ist ein vereinfachender Mißbrauch der marxistischen Theorie. Der Marxismus vertritt, daß die historische Evolution in großen Linien und in letzter Instanz von ökonomischen Bedingungen abhängt. Aber der wirkliche Marxismus von Marx selbst hat immer die Bedeutung und manchmal entscheidende Bedeutung anderer Faktoren berücksichtigt.

Allgemein gesprochen ist die Armee der bürgerlichen Staaten die bewaffnete Macht d e r Bourgeoisie. Das ist eine allgemeine Regel. Aber dies Gesetz kann nicht automatisch angewandt werden, ungeachtet von Raum, Zeit und Bedingungen. Die Armeen haben ihren bürgerlichen Klassen gegenüber sowohl eine Beziehung der Abhängigkeit als auch eine Beziehung der Autonomie. Sie haben ihre eigenen Interessen, ihren eigenen ideologischen Ballast, ihre Traditionen, ihr besonderes Beharrungsvermögen. Sie sind also keine passiven Instrumente in den Händen der Bourgeoisie. In bestimmten historischen Situationen kann ihre Aktionslinie sehr unterschiedlich sein und sogar entgegengesetzt. Man könnte hier zahlreiche historische Beispiele zitieren. Hier zwei neuere, ohne in die Feinheiten einzusteigen: das Beispiel Bolivien und das Beispiel Portugal. In Bolivien hat das Militär einen Staatsstreich gemacht, der nicht mit den Wünschen der Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit übereinstimmte. Diese wurde dann auf dem Weg, den die Armee geöffnet hatte, zum Weitergehen gebracht. Im Fall Portugal haben wir 1974 eine Armee, die einen Prozeß in die Wege leitet, die sog. ‚Revolution der Nelken', die anfänglich viel weiter geht, als die Bourgeoisie es gewünscht hatte. Und in der Tat haben die Widersprüche zwischen dem MFA und der portugiesischen Bourgeoisie die Entwicklung im Nachbarland während mehrerer Jahre beeinflußt ...".



...und einer der Anführer (General Milans del Bosch, l.) bei einer „Feldmahlzeit mit König Juan Carlos

„Aber die Armee kann nicht die Wirklichkeit um sich herum ignorieren. Sie muß die internationalen Zusammenhänge im Auge behalten ...".
„Sicherlich. Sie wissen, welche Grenzen sie auf diesem Gebiet haben. Aber man muß hier sehr realistisch sein. Auf die Ehrlichkeit solcher Erklärungen zu vertrauen wie die ‚unbedingte Unterstützung' der jungen spanischen Demokratie' wäre ein großer Irrtum. Denn da der Staatsstreich vom 23. nun mal gescheitert war, was sollten sie anderes sagen? Mit scheinen die Schweigestunden und Zweideutigkeiten der Nacht des 23. wichtiger zu sein. Meiner Meinung nach ist die sog. ‚freie Welt' ganz schön schwach auf der Brust beim Thema Staatsstreich in Spanien. Der kürzliche Fall des türkischen Putsches ist bedeutsam: Einige formale Proteste, eine Handvoll Stellungnahmen und in der Praxis Kollaboration und Unterstützung. Die amerikanische Außenpolitik zeichnet sich derzeit nicht gerade durch ihre enthusiastische Verteidigung demokratischer Freiheiten aus. Was derzeit im Vordergrund steht, sind internationale Kriegsinteressen, und diese Interessen erfordern politische Stabilität auf der Iberischen Halbinsel. Ich glaube, daß die USA keine Abneigung gegen eine Militärregierung in Madrid hätten, wenn diese Regierung die genügende Stabilität hätte und ausreichend dienstfertig ihnen gegenüber wäre (...) In wenigen Worten gesagt: Ich habe keine großen Hoffnungen, daß die westlichen Bourgeoisien Druck gegen einen Putsch in Spanien ausüben würden".

„Trotzdem, so wie die Sachen stehen, könnte es einen anderen Umstand geben, der einen Putsch verhindert. Wir meinen die Möglichkeit, daß dieser unnötig würde; einfach weil die derzeitige Zivilregierung selber die Ziele durchsetzt, die sich die Putschisten gesetzt haben".
„Es stimmt, daß die politische Lage sich im allgemeinen schon stark nach rechts entwickelt hat und droht, es noch viel mehr zu tun. Das befindet sich auf der Linie dessen, was man den ‚weißen Putsch' oder der ‚grauen Putsch' genannt hat. Es geht dabei um ein Phänomen, das man nicht aus den Augen verlieren sollte, weil man sonst Gefahr läuft, alles als positiv zu betrachten, was nicht der Staatsstreich selber ist, alles als „kleineres Übel" zu sehen, was nicht von den Kanonenrohren vorangetrieben wird. So kann man dahin gelangen, zu akzeptieren, daß die arbeitende Bevölkerung unter einer ständigen Erpressung lebt, daß sie keinen Gebrauch von ihren Freiheiten mehr macht, damit sie ihr nicht gewaltsam genommen werden.

Es ist beschämend, gewisse Politiker der Linken derzeit auf diesem Weg daherstürmen zu sehen, wie sie sich für ihren Vorwitz in Autonomiefragen selbst kritisieren, lautstark ‚Viva Espana' rufen, die Militärs und die Polizei schamlos umschmeicheln und verzweifelt versuchen, die Massenkämpfe zu bremsen ... Es ist, als wollten sie sagen ‚Meine Herren, bemühen Sie sich nicht selbst; wir werden das schon übernehmen, wir, die Parlamentsparteien ...'

Aber das Beschämendste, das am meisten Groteske ist, daß diese Dienstfertigkeit in keiner Weise eine Garantie gegen einen Militärputsch darstellt. Denn soviel sie auch tun, und sie tun in der Tat viel, so haben sie doch ihre Grenzen: sie müssen sich an gewisse Zeitspannen halten, sie müssen gewisse Kräfteverhältnisse im Parlament beachten, sie müssen ihr Image vor ihren Wählern behalten ... So kann es leicht passieren, daß sie sich zwischen den Stuhl des Putschismus und den Stuhl der Freiheiten setzen; und sich zwischen zwei Stühle zu setzen, ist ein gutes System, um auf den Rücken zu fallen. In den Streitkräften gibt es heute zuviel Eile, zuviel Nervosität und Überheblichkeit, und die Zugeständnisse, die man ihnen macht, sind nicht gerade geeignet, ihren Interventionismus abzubauen. Eher verstärken sie ihn. Es ist unglaublich, daß gewisse Leute sich weigern, aus den vielfältigen historischen Beispielen zu lernen. Sie alle beweisen, daß Zugeständnisse niemals den Putschismus gebremst haben. Insofern kann ich also nicht sagen, daß der ‚weiße Putsch' den Militärputsch überflüssig machen würde. Unter gewissen Bedingungen kann er sogar seine Durchführung erleichtern (...).

„Aber es gibt Putsche und Putsche. Es ist schwer vorstellbar, daß es in Europa ein Land geben könnte nach dem Modell Tejeros, also eins mit dem härtesten und offensten Faschismus ..."
„Die Geschichte verläuft nicht nach vorgefertigten Schemata. Die Pläne stoßen auf die Wirklichkeit und bedingen sich gegenseitig ... Mal sehen, ob ich das genauer ausdrücken kann, weil es ziemlich kompliziert ist und man leicht in schematisches Denken verfallen kann, was eine umsichtige Orientierung erschwert. Eine Sache ist der Putsch selbst (also die ge-
Orientierung erschwert. Eine Sache ist der Putsch selbst (also die ge-
waltsame Ergreifung der Staatsmacht), und eine andere Sache ist das Regime, das danach kommt. Was den Putsch selbst angeht, darf man die Kräfte, die ihn durchführen, nicht vergessen. Ein Putsch hätte hier unter seinen Stoßtruppen das reaktionärste Offizierskorps, die frankistische Polizei, die Banden der Ultrarechten ... In Kenntnis dieses Panoramas wäre es sehr naiv, an eine gemäßigte Handlungsweise zu glauben. Ich will keine Gespenster an die Wand malen, ich versuche, die Realität zu erfassen. Diese Leute hätten, zumindest im ersten Moment, einen äußerst breiten Handlungsspielraum. Es gibt Daten und Informationen, daß sie tatsächlich darauf vorbereitet sind, voll durchzugreifen. Ich sage nicht, daß das im Fall eines Putsches unbedingt geschehen wird; ich sage allerdings, daß das eine sehr konkrete Möglichkeit ist, und das darf nicht übersehen werden aufgrund von Annahmen, was Europa heute ist oder nicht ist.

Also, der Putsch kann zu Beginn hart, sehr hart sein. Nach einer bestimmten Zeit, und zwecks Stabilisierung des Regimes, könnten gewisse Veränderungen vorgenommen werden, die Knute der Repression etwas zurückgenommen werden, gewisse Kompromisse mit den parlamentarischen Resten des derzeitigen Regimes eingegangen werden, mit den ‚vernünftigsten' Parteien. Das alles ist auch möglich. Aber die Leute müssen klar im Kopf haben, daß es um zwei unterschiedliche Dinge geht, und nicht einfach sagen: ‚Heute ist nicht 1939', oder: ‚Spanien ist nicht die Dritte Welt'. Wir stehen vor mächtigen Kräften, die es hier und jetzt gibt". (...)
(aus „Servir al Pueblo", 19.3. - 1.4.).

Spanien-Kommission

Die spanische Spur ...

Nach dem Putschversuch einiger Militärs (siehe AK 196, 197) hat die spanische Regierung beschlossen, die Repression zu verstärken. Insbesondere ist die Armee damit beauftragt worden, das heißt im Klartext: die Faschisten selber.

Wir haben im folgenden ein Papier der spanischen revolutionären Organisation MC (Movimiento Comunista) über die faschistischen Organisationen Spaniens übersetzt.

Die spanischen Faschisten sind wahrscheinlich die stärkste und bestorganisierte rechtsextreme Szene in Europa. Sie operieren auch außerhalb Spaniens: Im Zusammenhang mit dem Mordanschlag auf die Synagoge in der Pariser Rue Copernic (3.10.80) enthüllte die KPF-Zeitung „L'Humanité" am 11.11.80: Polizisten aus Barcelona würden einen spanischen Faschisten, Ernesto Mila Rodriguez, der Mittäterschaft am Attentat in der Rue Copernic verdächtigen.

Dies stieß auf keinerlei Interesse bei den französischen „Ermittlungs"-Behörden.

In ihrer Ausgabe vom 20.1.81 fügte „L'Humanité" eine weitere Information hinzu: Ernesto Emila Rodriguez ist der Kontaktmann der französischen FANE (Chef: Marc Frederiksen) in Spanien gewesen und arbeitete an deren Zeitschrift „Notre Europa" mit.

Die „Association Henri Curiel", eine antifaschistische Organisation in Frankreich, die sich als Aufgabe gesetzt hat, die gesamte Wahrheit über die Ermordung des Genossen Curiel (4.5.78 in Paris) ans Tageslicht zu befördern, ist der Meinung, daß es zwischen verschiedenen politischen Attentaten in Frankreich Verbindungen gibt, die allesamt auf eine spanische Spur hinweisen. Anders ausgedrückt: Es gibt Hinweise auf ein spanisches Zentrum der schwarzen Internationale.

Erinnern wir:

1. Laid Sebai, algerischer Linker, am 2.12.77 in Paris ermordet;
2. François Duprat, am 18.3.78 ermordet;
3. Henri Curiel, am 4.5.78 ermordet;
4. Jean François Lin, am 10.7.78 in Paris ermordet;
5. Agurztane Arregui, Flüchtling aus dem Baskenland, Frau von Juan José Echave (der bei diesem Attentat verletzt wurde), ermordet in Saint Jean de Luz am 2.7.78;
6. Ezzedine Kalak, Vertreter der PLO in Frankreich, ermordet in Paris am 3.8.78;
7. José Miguel Benaran, baskischer Flüchtling, in Anglet am 11.3.79 ermordet;
8. Larragana, baskischer Flüchtling, in Bayonne am 11.3.79 ermordet;
9. José Miguel Pagoaga, baskischer Flüchtling, in Bayonne am 11.3.79 ermordet;
10. Enrique Gomez Alvarez, baskischer Flüchtling, in Bayonne am 25.6.79 ermordet;
11. Francisco Martin Izaguierre, baskischer Flüchtling, in Paris am 28.6.79 ermordet;
12. Aurelio Fernandez Carlo, baskischer Flüchtling, in Choisy-le-Roi am 29.6.79 ermordet;
13. Zouheir Mohsen, Palästinenser, in Cannes am 25.7.79 ermordet;
14. Juan Lopategui Carrasco, baskischer Flüchtling, in Anglet am 3.8.79 ermordet;
15. Justo Elizaran, baskischer Flüchtling, in Biarritz am 13.9.79 ermordet;
16. Pierre Goldmann, am 20.9.79 ermordet.

Am 21.3.81 scheiterte ein neuer Mordplan gegen drei weitere baskische Flüchtlinge im französischen Saint-Jean-de-Luz.

Im Zusammenhang mit der Ermordung von Justo Elizaran fand im Dezember 1980 ein Prozeß gegen vier Mitglieder der Unterwelt von Bordeaux statt. Anläßlich des Prozesses kamen einzelne, höchst interessante Fakten ans Licht:

- Die Mittäterschaft dieser vier sogenannten „Mafiosi" an weiteren Ermordungen von baskischen Genossen in Frankreich.
- Der Chef dieses Vierer-Kommandos, ein Maxime Szonek, behauptete, er arbeite (wie seine Kumpane auch) für „bekannte französische Sicherheitsdienste".
- Szonek gab an, er und seine Freunde hätten auch im Auftrag von spanischen Sicherheitsdiensten gehandelt — nach seinen Behauptungen in „voller Kenntnis seitens der französischen Dienste". Vorher soll er für die Rechnung israelischer Dienste gearbeitet haben. Szonek behauptete, er habe zuletzt für alle drei Dienste im Rahmen einer „antiterroristischen Internationale" gearbeitet. Merkwürdig ist die geringe Neugier des Gerichts gewesen, das keinerlei Nachfragen stellte ...

Ein weiteres Mitglied dieses Kommandos ist Joseph Zurita, ehemals aktives Mitglied der französischen OAS, beim Ben Barka-Prozeß 1966 als Zeuge vorgeladen aufgrund seiner guten Beziehungen zu marokkanischen „Größen". Nach Informationen einer spanischen Tageszeitung, „El Periodico", soll Zurita zusammen mit zwei Franzosen, ehemalige Gefangene in Spanien, den Befehl zur Ermordung des baskischen Flüchtlingsehepaares Echave (s.o.) direkt von einem General der „Guardia Civil" erhalten haben ...

Am 23.11.80 überfiel ein mit Maschinengewehren bewaffnetes Kommando ein Lokal in Hendaye, wobei zwei Menschen ermordet wurden. Dieses Dreier-Kommando flüchtete nach der Aktion sofort über die spanische Grenze, wo sie von der Polizei nur kurz festgenommen wurden.

Der spanische Innenminister, Juan José Roson, erklärte am 3.12.80 vor dem Parlament: „Es gibt ein bescheidenes Informationsnetz im französischen Baskenland, dessen Aufgabe darin besteht, Informationen an die spanische Polizei weiterzugeben über Aktivitäten von ETA-Militanten in Frankreich."

Am 30.12.80 wurde wieder ein baskischer Genosse, José Martin Sagardia, in Biarritz ermordet. „El Pais" (30.12.80) veröffentlichte einen Artikel, wonach Ex-OAS-Mitglieder heute in Anti-ETA-Kommandos zu finden sind.



Spanische Faschisten

Diese Kommandos sollen ca. 20 Mann stark sein und an der spanischen Mittelmeerküste ihren Standort haben, ohne allerdings in Spanien selber Aktionen zu initiieren. Auch nach „El Pais" sollen die Anti-ETA-Aktionen in Südfrankreich vor vier Jahren von der spanischen Polizei selber geplant worden sein.

Schließlich zwei letzte Hinweise: Die französische (gewöhnlich sehr gut informierte) Wochenzeitschrift „Canard Enchainé" schrieb am 10.10.79: Es wäre eine durchaus ernstzunehmende Hypothese, daß Pierre Goldmann ein französisches Netz zugunsten der ETA aufbauen wollte. Er habe seine Pläne Angehörigen der sog. „Unterwelt" anvertraut; diese hätten es dem derzeitigen „Paten" des Milieus in Marseille anvertraut — den sie für einen einfachen Waffenlieferanten der ETA hielten. Dieser Waffenhändler arbeitete allerdings sowohl für die spanischen als auch für die französischen Geheimdienste, zwecks Infiltrierung der ETA. Goldmann habe irgendwie Wind davon bekommen.

Der „Canard Enchainé" fragte auch anläßlich der Ermordung von Henri Curiel: „*Stimmt es, was Eingeweihte behaupten, daß ein spanisches Kommando mit aktiver Billigung durch den SDECE* (frz. Geheimdienst) *auf der Grundlage südafrikanischer Berichte Henri Curiel erschossen hat?*"

Zu keinem einzigen Fakt haben die französischen zuständigen Behörden bislang Stellung bezogen ...

Frankreich-Kommission

Movimiento Comunista (MC):

Der Faschismus im spanischen Staat

1. Allgemeine Betrachtungen

A. Die organisatorisch-politische Stärke des Faschismus innerhalb des spanischen Staates hängt mit den Konsequenzen der Reform von 1975 zusammen, die ohne Bruch mit dem Franco-Regime eingeführt wurde. Seit dem Tod des Diktators genießen die Faschisten eine besonders günstige Situation; sie konnten eine Reihe politischer Vorteile erreichen, indem sie sich als Regime-Opposition darstellen; sie besetzen privilegierte Positionen innerhalb der politischen, administrativen und militärischen Institutionen.

Gleichzeitig Opposition und Bestandteil des Regimes, konnte der Faschismus bequem seine Organisationen, seine Programme und seine illegalen Kommando-Truppen wieder aufbauen.

B. Die verschiedenen Rechtsregierungen seit 1976 waren von extremer Toleranz gegenüber den faschistischen Aktivitäten, wenn sie nicht sogar Komplizen waren.

Repression erfuhren die Extrem-Rechten nur in seltenen Fällen: dann, wenn die Stabilität der Regierung oder wenn Abkommen mit der reformistischen Linken gefährdet waren.

Diese Repression hatte allerdings nur symbolischen Charakter. Sie hat nie die reale Gefahr des faschistischen "Phänomens" herausgearbeitet, noch besaß sie als Ziel die Auflösung seiner Organisationen und seiner Kommandotruppen.

Im Gegenteil: die aufeinander folgenden Erklärungen der Innenminister beinhalteten tendenziell alle: "Es gibt keine gewalttätige Organisation der extremen Rechten, es gibt nur vereinzelte Taten von einigen Individuen".

C. Das Verhalten der rechten Regierungen sowie die Passivität der reformistischen Linken haben eine schnelle Reorganisierung der Faschisten zum Ergebnis gehabt. Innerhalb von 5 Jahren konnten die Faschisten lernen, auf sehr unterschiedlichen Terrains zu arbeiten, ohne den Hauptaspekt ihres Tuns abzuschwächen.

Der Faschismus hat seine Position innerhalb der militärischen und politischen Institutionen konsolidiert und hält wichtige Positionen innerhalb des Verwaltungsapparats aufrecht.

Es gelang ihm, aus der Armee ein Instrument der faschistischen Druckausübung zu machen, trotz aller militärischen Reformversuche. Organisatorisch betrachtet ist der Faschismus vom Stadium der zahlreichen kleinen Gruppen (1975) zu demjenigen von zwei bis drei mächtigeren Organisationen übergegangen, die auf der Ebene von Wahlen und Massenpolitik eine Einheitspolitik verfolgen ("Fuerza Nueva", "Fejons", "Carlisten").

Was die Wahlebene betrifft (die Faschisten haben einen Abgeordneten im Parlament und ihr Wahleinfluß geht nicht zurück, wenn man sich das soziale Klima und die Aufmärsche vom 20.11. ansieht), haben sie es gelernt, die Legalität und den institutionellen Kampf mit dem illegalen, bewaffneten Untergrundkampf zu kombinieren. Dazu haben sie zunächst ihre paramilitärischen Gruppen und zahlreiche Kommandos der ersten Reihe aufgebaut. Diese haben angeblich keine Verbindungen untereinander; in der Realität sind sie aber, sowohl was die Zielsetzungen als auch was die Praxis betrifft, vereint.

D. Die Perfektionierung des faschistischen Apparates, die wachsende Zahl gewalttätiger Aktionen und das steigende Massenecho sind ein Phänomen, das mit der generellen politischen Situation sowohl auf internationaler wie auf der Ebene des spanischen Staates zusammenhängt. Die rechten Regierungen antworten auf die politische und wirtschaftliche Krise mit einer globalen Strategie der vorbeugenden Konterrevolution.

Daraus ergibt sich eine Serie von Phänomenen, die ein günstiges soziales Terrain für die Faschisten bereiten: autoritäre Gesetze, wachsende Bedeutung der Armee und des Militarismus, Verstärkung der Repressionskräfte, Verschärfung der reaktionären Ideologie im gesamtgesellschaftlichen Leben.

Auf der anderen Seite existiert eine soziale Unzufriedenheit, der die Linke zumindest kurzfristig keine Lösung weisen kann. Dieses internationale Phänomen hat als Folge die Regruppierung der Faschisten auf europäischer Ebene mit unmittelbaren Konsequenzen (Paris, Bologna, München..).

2. Organisationen mit falangistischem, francistischem, neofaschistischem Charakter

Folgende Organisationen sind heute (oder waren früher) bei „FUERZA NUEVA":

G.N.: Nueva generacion („Neue Generation");
H.A.P.: (?);
H.N.E.C.: Hermanidad nacional de los ex-combatentes („Nationale Brüderschaft der ehemaligen Kämpfer"); H.N.L.: Hermanidad nacional de los legionatios („Nationale Brüderschaft der Legionäre");
F.J.: Fuerza Joven („Junge Kraft");
G.L.: Gentilhombres legionarios („Edelmänner der Legionäre");
D.U.: Defensa universitaria („Universitätsverteidigung");
F.N.: Falange Negra („Schwarze Falange")
F.N.T.: Fuerza nacional del trabaja („Nationale Kraft der Arbeit");
A.N.G.F.: Allianza nacional de la guardia de Franco („Nationale Allianz der Garde Francos");
H.S.E.: Hermanidad sacerdotal espanola („Bruderschaft der spanischen Priesterschaft").

„Fuerza Nueva" (FN) verfolgt das Ziel, alle faschistischen Gruppen unter ihrer Fahne zu vereinigen, sie ist die stärkste faschistische Organisation. FN war auch die erste faschistische Organisation, die ihre politische Taktik differenziert hat, um sie der neuen Situation anzupassen. Sie ist zudem die faschistische Organisation mit dem größten Einfluß innerhalb des Staatsapparates. Ihre Kundschaft ist verschiedenartig: sowohl Mitglieder der Großbourgeoisie, hohe und mittlere Funktionäre, Militärs, reaktionäre Priester wie auch zahlreiche Jugendliche aus diesen Schichten und in kleinerer Anzahl aus weniger privilegierten Schichten des Volkes.

Das Lager der extremen Rechten und der Reaktion ist ideologisch breit gefächert: francistische Sektoren der Landbevölkerung, traditionalistische katholisch-nationale Sektoren, „reine" Faschisten, Anhänger von Jose Antonio, radikalisierte reaktionäre Mittelschichten, Nazis, Neonazis ... Wie schon oben erwähnt, ist die FN die Organisation, die am schnellsten und am besten ihre Taktik der Situation angepaßt hat. Sie stützt sich auf eine parlamentarische Vertretung und vermied es zum Zeitpunkt der letzten Wahlen, sich auf ihren öffentlichen Veranstaltungen allzu gewalttätig zu zeigen (Bei den Versammlungen vom 20. November gab sie die Anweisung, jede Störung der öffentlichen Ordnung zu vermeiden).

Die legale Aktivität der FN besteht darin, einerseits Nutzen aus ihrer Situation als Oppositionspartei zu ziehen, um der Rechten und dem Zentrum Stimmen zu nehmen, andererseits die Widersprüche zwischen Armee und Regierung zu verschärfen. Auf dem Terrain der Illegalität benutzt FN eine Untergrundorganisation und die FJ, die Falange-Jugend.

Die FJ und die „Sektion C" organisieren die Konfrontationen mit den Linken, die illegalen Aktionen und die Terrorakte auf Massenebene. Für schwerwiegendere Aktionen, wie bewaffnete Attentate oder Ermordungen von linken Militanten, wendet FN eine doppelte Strategie an: Benutzung von „Geisternamen", die die Urheber der jeweiligen Attentate verbergen sollen, die Beteiligung ihrer militärisch qualifizierteren Mitglieder an den stabilen militärischen Organisationen der extremen Rechten (wie G.C.R., B.V.E., A.A.A., A.T.E. etc.).

Schließlich führt FN eine Agitations- und Organisationsarbeit innerhalb der Armee durch. Während der letzten zwei Jahre ist man von den verbalradikalen, plumpen Reden zur Agitation auf höchster Ebene der Hierarchie übergegangen, wobei das Maximum an Aktivitäten und Initiativen den Streitkräften selber überlassen wird.

Viele Chefs innerhalb der Armee und zahlreiche Offiziere sind aktive Mitglieder bzw. Sympathisanten von FN. Am zahlreichsten vertreten sind sie unter den Generälen und anderen führenden Kräften, doch zählt FN auch einige Militante unter den Offizieren und Unteroffizieren. Der Einfluß von FN ist stärker innerhalb der Polizei und der Guardia Civil. Mit beiden kollaboriert sie aktiv bei der Erledigung illegaler Repressionsaufgaben (B.V.E. etc).

Institutionelle Aktivität

Gemeinsam mit FEJONS organisierte FN eine Kampagne anläßlich der letzten Wahlen. Unter den „repräsentativsten" Mitgliedern von FN findet man: Gonzales del Yerro, Campano Lopez, Milans del Bosch (führend beteiligt am Putschversuch vom 23.2.81 – Anm. AK), Blas Pinar (Abgeordneter und Präsident von Fuerza Nueva).

Massenaktivität

FN organisiert die reaktionären Kampagnen gegen das Baskenland (Euskadi), gegen die Scheidung, usw.usf. Die Aufmärsche zum 20. November werden immer besser besucht, letztes Jahr umfaßten sie eine Viertelmillion Faschisten.

Untergrundaktionen

27.9.76: Jahrestag der Hinrichtung des vorigen Jahres. Während einer Demonstration in Madrid wurde der Student Carlos Gonzales durch einen Schuß von einem Faschisten ermordet.
23.1.77: Während einer Demonstration in Madrid für Amnestie wird Arturo Ruiz erschossen. Die Schüsse kamen von Militanten der extremen Rechten, darunter Jose Ignacio, Fernandez Guaza, Jorge Cesarsky und Fernandez Cerra. Mariano Sanchez Govisa, Führer der „Christ-Königs-Kämpfer", hat gegenüber der DGS (?) einen Schwur abgeleistet, der mutmaßliche Mörder, Fernandez Guaza, sei Leibwächter von Blas Pinar gewesen.
24.1.77: Schießerei in der Atocha-Straße in Madrid. 5 Menschen werden ermordet durch Albaladejo, Garcia Julia und Fernandez Cerra, die in enger Verbindung zur Fuerza Nueva stehen.
20.9.77: Attentat in Barcelona, bei dem ein Mensch den Tod findet. Verantwortung hierfür übernimmt die AAA. Bekannte katalanische Faschisten werden festgenommen.
26.1.79: Jugendliche der „Frente nacional de la juventud" (Nationale Jugendfront) überfallen die Jura-Fakultät in Madrid, drei Studenten werden durch Schüsse verwundet.
26.4.79: Der junge Andreas Garcia wird in Madrid in der Goya-Straße ermordet. Täter: Jose Luis Martinez, 16 Jahre alt, Mitglied der „Nationalen Jugendfront".
31.8.79: Ein ausgeschlossenes Mitglied von Fuerza Nueva, Luis Miguel Martin Jimenez, erschießt Jose Prudencio Garcia in Madrid.
14.9.79: Im „El Retiro" in Madrid wird der Jugendliche Jose Luis Alcaza durch Faschisten ermordet. Festgenommen werden: Eduardo Limillana, Gabriel Rodriguez, Fernando Pita, Miguel Cebrian, Emeterio Iglesias, Luis Nieto Garcia und Jose Miguel Fernandez Marin: alle Mitglieder der Jugendsektion von Fuerza Nueva.
19.1.80: Im Viertel Malsana von Madrid, Sitz von Fuerza Nueva, wird der Jugendliche Jose Fernandez Daza schwer verletzt.
2.2.80: Das „Spanische baskische Bataillon" übernimmt die Verantwortung für die Ermordung von zwei linken Jugendlichen: Jesus Maria Zubicaray in Eibar und Yolanda Gonzales Martin in Madrid. Später gab Fuerza Nueva zu, die Mörder seien Mitglieder bei ihr. Emilio Hellin und Ignacio Abad geben ihre Tat zu.
10.2.80: Ein Faschist erschießt den Jugendlichen Vincente Cuervo.

Die „Sektion Z" von Fuerza Nueva – Fuerza Joven

Die „Sektion Z" wurde im März 1978 gegründet. Sie hat die gleiche Funktion und die gleichen Strukturen wie die „Sektion C". Sie arbeitet allerdings konspirativer als diese. Am Anfang handelte es sich um einen einfachen Trupp von sechs Mitgliedern und einem Chef: Jose Gutierrez alias „el Guti", Pablo Diamnate, Luis Perez Salido, Nacho Leonardi und Armando Regueiro – kommandiert von Javier Fuentes.

Heute ist sie gewachsen. Unter den neuen Mitgliedern findet man Antonio Lesada und Eduardo Rivera. Ihre aktuellen Chefs sind: Javier Fuentes (Linienchef), Luis Perez Salido, Antonio Lesada (Kommandochefs) – der Letztgenannte ist auch Chef einer Artillerie-Sektion, gemeinsam mit Nacho Leonardi.

Organisationsschema der „Sektion C" von Fuerza Joven:

Basisorganisation ist der Trupp, bestehend aus 7 Mitgliedern mit einem Chef und einem Unterchef. Um Mitglied eines Trupps zu werden, müssen die Kandidaten einen mehrwöchigen Indoktrinationskursus absolvieren (3 Tage pro Woche). Danach legen sie eine Prüfung ab. Die Instrukteure dieser Kurse sind zum Beispiel Jose de las Heras, Juan Antonio Munez Perea und Carlos Aribba gewesen; die beiden ersten sind heute bei der „Nationalen Jugendfront". Der dritte ist der Schatzmeister von Fuerza Joven.

Die Truppmitglieder haben als Aufgabe, Propagandastände zu organisieren. Allgemein bekommen sie keine militärischen Instruktionen. Die Trupps sind zonen- bzw. stadtteilmäßig organisiert. 2 Trupps bilden ein Kommando (14 Mitglieder), 2 Kommandos bilden eine Sektion (28 Mitglieder). 2 Sektionen bilden eine Linie (56 Mitglieder), 2 Linien bilden eine Hundertschaft (112 Miglieder, 128 mit den Chefs zusammen), mehrere Hundertschaften bilden eine Einheit. Zum Beispiel: Erste Einheit, Hundertschaft A (A 20, A 21, A 22, A 23); Zweite Einheit, Hundertschaft B (B 20, B 21, B 22, B 23).

Innerhalb der Hundertschaften existieren Spezialisierungen. Die Artillerie-Hundertschaft produziert Sprengkörper. Sie ist mit Attentaten gegen Buchläden in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen (GAS, CR etc.) beauftragt. Die Nachrichtenübertragungs-Hundertschaft ist mit dem Kommunikations- und Verkehrswesen für Veranstaltungen, Demos etc. beauftragt. Diese spezialisierten Hundertschaften sind in Kommandos organisiert. Zwei solche Hundertschaften bilden eine Kommandoeinheit. Die Kommandos dieser Einheit sind ebenfalls mit der Repression bei Veranstaltungen und anderen Aktionen beauftragt.

Für härtere Aktionen ist das Kommando der „Sektion C" geschaffen worden, bestehend aus ausgesuchten Mitgliedern auf der Basis verschiedener Kriterien wie gute physische Verfassung, militärische Ausbildung etc. ... Diese Mitglieder versammeln sich geheim und erhalten Befehle nur von einem einzigen Chef.

Dieses Kommando ist von Ignacio Leonardi und Juan Ignacio Gonzales gegründet worden. J. Ignacio Gonzales, der auch mal Chef der „Sektion Z" gewesen ist, ist heute Befehlshaber der „Fuerze Joven" in Madrid. Diese beiden Individuen wurden bei der Gründung der „Nationalen Jugendfront" ausgeschlossen.

Die Mitglieder der „Sektion C" dienen als Leibwache für die Führer der extremen Rechten, u.a. für Fraga, Silva Munoz, Femandez de la Mora, Raimundo Fernandez Cuenta und Giron Sixto de Burbon.

Die Mehrheit der Mitglieder der „Sektion C" wurde schnell öffentlich bekannt – dies hat die Gründung der „Sektion Z" veranlaßt.

Die „Sektion C" ist die sogenannte „Choc-Organisation". Sie funktioniert militärisch, nach außen und nach innen. Ihre Mitglieder arbeiten konspirativ. Sie ist mit der Planung und Durchführung von Attentaten und mit dem Schutz faschistischer Führer beauftragt. Die Mitglieder der konspirativen Kommandos wie GCR oder BVE kommen aus der „Sektion Z". Die „Sektion Z" verfügt sowohl über leichte als auch über schwere Waffen, die auf dem internationalen faschistischen Markt erworben werden oder aus der Armee kommen. Ihre Attentate sind unzählig. Hier sollen nur einige der schwersten benannt werden:

- Ermordung von Yolanda Gonzales, Emilio Hellin, Martinez Loza,
- Schießerei von Atocha
- Ermordung von Arturo Pajuelo,
- Überfall Bar „San Bao".

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 36

– Überfall auf die juristische Hochschule von Madrid 1979,
– Ermordung von Vicente Cuervo,
– Inbrandsetzung des Madrider Büros von MC (zwei Tote).

Insgesamt gab es über 300 solche Attentate während der letzten Jahre.

3. Militante Nazigruppen

Die drei wichtigsten Gruppen sind: CEDADE, PENS und ON.
(CEDADE: Spanischer Kreis der Freunde Europas; PENS: Spanische nationalsyndikalistische Partei; ON: Neue Ordnung).
Alle verfügen über wichtige internationale Verbindungen mit ihren amerikanischen und europäischen Gesinnungsfreunden.
Weiterhin gibt es unter dieser Rubrik:
CI (Iberisches Kreuz), GAS (Gruppen syndikalistischer Aktion), JNR (Nationalrevolutionäre Jugend), MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung), FJ (Falange-Jugend), JV (Wiking-Jugend).

FJ ist eine Gruppe mit klarer Nazi-Ideologie, die unabhängig von FN ist. Sie zählt heute ca. 400 Mitglieder. Es ist eine schwer bewaffnete Gruppe, die Beziehungen zu den Geheimdiensten hat. Ihr Sekretär, der kürzlich erschossen wurde, hatte z.B. an der Infiltrierung der linken Organisationen FRAP und GRAPO mitgearbeitet.

Ein weiterer Führer, Lavandeira, arbeitet direkt für den Verfassungsschutz. Es ist eine relativ neue Gruppe – dennoch verbucht sie schon heute eine reiche Anzahl bewaffneter Aktionen auf ihr Konto. Unter anderem soll FJ für die Explosion bei der Cafeteria „California", Madrid, verantwortlich sein.

Die Wiking-Jugend beheimatet auch ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, das sich „Walter" nennen läßt.

4. Traditionalistische Organisationen

Nach Fuerza Nueva und Fenjons sind es diejenigen, die über den größten Einfluß innerhalb des Staatsapparates verfügen.

Es handelt sich hierbei um sogenannte „kulturelle Gesellschaften" wie die „Gesellschaft Covadonga", aber auch um militante Gruppen (wie die „Christ-Königs-Krieger", „Tercios Requetes" u.a.) und um legalisierte politische Organisationen („Vereinigung traditionalistischer Studenten", „Traditionalistische Kommunion"). Ihre Mitglieder sind nicht so aktiv wie diejenigen anderer Organisationen, was mit dem Charakter ihrer Kundschaft zusammenhängt. Dennoch ist ihre Mittäterschaft bei diversen Nazi-Attentaten erwiesen. Ihre eigenen Kommandos arbeiten Seite an Seite mit Fuerza Nueva, Fajons u.a. Auch sie waren beim Überfall auf die juristische Hochschule in Madrid dabei.

5. Bewaffnete Untergrundorganisationen

Die Organisationsnamen, die diese oder

5. Bewaffnete Untergrundorganisationen

Die Organisationsnamen, die diese oder jene bewaffnete Aktion unterzeichnen, sind zahlreich. AAA (Apostolische Antikommunistische Allianz) setzt sich aus Mitgliedern verschiedener faschistischer Organisationen sowie aus Angehörigen der Polizei und der diversen Staatsschutzdienste zusammen. Insbesondere setzt sie sich aus Mitgliedern der folgenden Gruppen zusammen, die alle wiederum mit „ON" (Neue Ordnung) verbunden sind: BVE (Spanisches baskisches Bataillon), ATE (Antiterrorismus-Gruppe), Kommando Delta Süd, Nationale Befreiungsarmee, Iberische Antikommunistische Assoziation, Junges Bataillon von Navarra, Katalanisches spanisches Bataillon, Sechstes Kommando Adolf Hitler, Kommando Francisco Franco, Kommando Benito Mussolini. Alle diese Gruppen lösen sich heute tendenziell auf unter dem Abzeichen des „Spanischen baskischen Bataillon" (BVE).

Die BVE zeichnet verantwortlich für die Attentate gegen die ETA und gegen linke Organisationen. Es ist die stabilste und am besten strukturierte Gruppe. Hinter der BVE stehen die „Informationsdienste der Guardia Civil", insbesondere die G 8. Dies ist eine Spezialtruppe, die seinerzeit von dem berüchtigten Kapitän Acedo und von Kapitän Herrera geführt wurde.

Die G 8 wurde direkt von General Hermosilla angeleitet, der die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Faschisten koordinierte. Im Mordfall der Genossin Yolanda Gonzales wurde diese Zusammenarbeit auch bewiesen.

Aktionen der BVE

24. 5. 78: Ermordung eines Taxifahrers in Irun.
28. 6. 79: Javier Martin Izaguierre, ein Gründungsmitglied der OMLE, und Aurelio Fernandez Cario, Verantwortlicher der Grapo, werden in Paris ermordet.
2. 8. 79: Maschinengewehreinsatz gegen zwei baskische Flüchtlinge in Anglet: Angel Izurbe Abasolo wird verletzt, Juan Jose Lopategui Carrasco stirbt.
17. 8. 79: Sprengstoffanschlag gegen den Sitz des baskischen Generalrats in San Sebastian.
1.11. 79: Überfall auf die Bar „Gurugu" in Algarta (Biscaya).
8.12. 79: Morddrohungen gegen verschiedene Mitglieder des Baskischen Generalrates.
25.12.79: Juan Luis Zabaleta wird in Hernani durch Maschinengewehrfeuer ermordet.
16. 1. 80: Sprengstoffanschlag gegen den „Club der Freunde der Basken" in Madrid, zwei Verletzte.
2. 2. 80: Ermordung von Jesus Maria Zubicaray, Sympathisant von „Euskadi Enkerra".

Liste der faschistischen Organisationen im spanischen Staat (75-80)

AAA:	Apostolische Antikommunistische Allianz, gegr.1975
AAI:	Iberische Antikommunistische Assoziation, gegr.1975
AC:	Katholische Aktion
ACC:	Kulturelle Assoziation von Codavanga
ACM:	Gruppe des 4. März
ADT:	Allianz der Arbeit
AEA:	Spanische Antikommunistische Allianz
AET:	Vereinigung der traditionalistischen Studenten, gegründet 1977
AJA:	Vereinigung der Aurora-Jugend
AJC:	Vereinigung der Jugend-Kompagnien
AJO:	Vereinigung der Oktober-Jugend
ANGF:	Nationale Allianz der Franco-Garde
ATE:	Gegen den Terrorismus der ETA, 1974 gegründet
AUN:	Nationale Universitäre-Assoziation, 1970 gegründet
BC:	Kastillianische Fahne
BF:	Falange;Fahne
BNE:	Nationaler Studentenblock
BRN:	Schwarz-rote Fahne
BVE:	Spanisches Baskisches Bataillon
CAN:	Kommando der nationalen Aktion
CDJ:	Kommando des 18. Juli
CDJA:	Doktrinäre Zirkel Jose Antonio, 1979 mit Fuerza Nueva und Fejons fusioniert
CDRA:	Doktrinäre Zirkel Ruiz de Alda
CEDADE:	Spanischer Zirkel der Freunde Europas, gegr. '65
CEDO:	Zirkel Eugenio d'Ors
CI:	Iberisches Kreuz, gegr. '73
CNE:	Konföderation der ehemaligen Kämpfer
CL:	Edelmänner-Legionäre
CNF:	Schwarzes Falange-Kommando
CONS:	National-syndikalistische Arbeiterzentrale
CT:	Traditionalistische Kommunion
DA:	Blaue Division
CU:	Universitäre Verteidigung, 1960 gegründet
FEI:	Unabhängige Spanische Falange (Jose Cabanas, Sigfrido Millers, José Mata)
FEJONS:	Spanische Falange der Junta der nationalsyndikalistischen Offensive
FENS:	Nationalsyndikalistische Studentenfront, gegr. 1973
FES:	Syndikalistische Studentenfront, gegründet 1963
FFR:	Revolutionäre Falange Front
FJ:	Falange-Jugend
FJ:	Jugendfront
FJ:	Junge Kraft
FN:	Schwarze Falange
FN:	Neue Kraft (Fuerza Nueva)
FNT:	Nationale Arbeitsfront
FSR:	Revolutionäre Sozialistische Falange
FSU:	Vereinigte Syndikalistische Front
GAC:	Gruppen der carlistischen Aktion
GAS:	Gruppen zur syndikalistischen Akiton
GCR:	Christ-Königs-Krieger
GN:	Neue Generation
GUDE:	Große Spanische Einheit
HGF:	Brüderschaft der Franco-Garde
HNL:	Nationale Brüderschaft der Legionäre
HNM:	Nationale Brüderschaft der Magistrate, 1969 gegründet
HSE:	Spanische Prieserbrüderschaft
JC:	Junges Europa
JE:	Kommandanten-Junta
JET:	Junta der traditionalistischen Studenten, gegründet 1974
JNR:	Nationalrevolutionäre Jugend
JV:	Wiking-Jugend
JVN:	Junges Bataillon von Navarra
MAE:	Antimarxistische Spanische Miliz, 1976 gegründet
MNR:	Nationalrevolutionäre Bewegung, 1972 gegründet
MVEC:	Ehemalige Gefangene und freiwillige Marinesoldaten
OAS:	Anti-ETA-Organisation
ON:	Neue Ordnung
PAN:	Partei der Nationalen Behauptung
PENS:	Nationalsyndikalistische Partei Spaniens, gegr. 1970
R.:	Wiedereroberung, gegr. '73
SCAH:	Sechstes Kommando Adolf Hitler
SCC:	Kulturelle Gesellschaft Covadonga
TR:	Carlistische Freiwillige
UF:	Unifalange
UNT:	Nationale Arbeiterunion
UT:	Traditionalistische Union
VGF:	Alte Francogarde
VN:	20. November

FES: Syndikalistische Studentenfront, gegründet 1963
FFR: Revolutionäre Falange Front
FJ: Falange-Jugend
FJ: Jugendfront

Urteil zu dem Massaker an der Piazza Fontana (1969)

Freispruch für die Faschisten Freda, Ventura, Giannettini

Mit Freisprüchen für die Faschisten Freda, Ventura und Giannettini endete am 21. März der Prozeß um den Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana in Mailand, bei dem am 12. Dezember 1969 sechzehn Menschen ums Leben gekommen waren. Damit bleibt diese Mordtat, damals sofort den Anarchisten in die Schuhe geschoben, deren Untersuchung aber im weiteren Verlauf die tiefe Verstrickung hoher Regierungsstellen, Militärs, des Geheimdienstes und der Faschisten offenbarte, ungesühnt. Die Etappen, die diesem Skandalurteil vorangehen, lesen sich wie ein schlechter Krimi, spiegeln aber die italienische Wirklichkeit bis zum heutigen Tag recht gut wider. Bekanntlich sind seit dem faschistischen Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna, bei dem über 80 Menschen ihr Leben lassen mußten, gerade erst sechs Monate vergangen.

1. Kapitel: Die Bombe

Am 12. Dezember 1969 melden die Nachrichtenagenturen: „Bombenanschlag auf der Mailänder Piazza Fontana richtet Blutbad an". 16 Menschen sterben sofort oder in den nächsten Tagen, 80 werden verletzt. Etwa gleichzeitig explodieren in Rom drei weitere Bomben, die allerdings nur Sachschaden anrichten. Hintergrund dieses Szenarios sind die mächtigen Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse, Streiks, Fabrikbesetzungen, Schaffung von Betriebsräten, Demontage von Fließbändern ...

2. Kapitel: Präsentation von „Schuldigen"

Wenige Stunden nach dem Anschlag sitzt bereits ein Anarchist beim Verhör im Polizeikommissariat: der Eisenbahner Pino Pinelli. Schon hat der Präfekt von Mailand dem römischen Ministerpräsidenten telegrafiert, „anarchistische Kreise" seien für die Tat verantwortlich. Am 15. Dezember wird der Anarchist Pietro Valpreda verhaftet, nur „belastet" durch Aussagen des

präsidenten telegrafiert, „anarchistische Kreise" seien für die Tat verantwortlich. Am 15. Dezember wird der Anarchist Pietro Valpreda verhaftet, nur „belastet" durch Aussagen des

Taxifahrers Rolandi, der Valpreda an den Tatort gefahren haben will. Valpreda ist Künstler, die kommunistische „Unità" spricht von einem „zwiespältigen anarchistischen Tänzer". Für die Öffentlichkeit scheint alles klar, es sind nur noch einige kleinere Dinge zu erledigen.

3. Kapitel: Nebenarbeiten

Nach dreitägigem Verhör wird der Angeklagte Pinelli aus dem vierten Stock des Polizeikommissariats auf die Straße geworfen, offiziell heißt es „Selbstmord". Der verhörende Kriminalkommissar Calabresi fällt dagegen nach oben und wird zum Hauptkommissar befördert (bis auch er einige Jahre später umgebracht wird). Der Taxifahrer Rolandi, dessen windige Zeugenschaft („Man zeigte mir ein Foto und sagte mir, daß dies der Mann sei, den ich identifizieren müsse") sich nicht lange hätte durchhalten lassen, stirbt ein halbes Jahr nach seiner Aussage unter mysteriösen Umständen. Der Staat spart 300.000 DM, die als Prämie für nützliche Hinweise ausgesetzt waren. Das wichtigste Beweisstück, das die Polizei besaß – eine nicht explodierte fünfte Bombe – wurde „in der Panik", wie es offiziell hieß, zur Explosion gebracht (nach „taz", 23.3. 81).

4. Kapitel: Lästige Gegenöffentlichkeit

Angesichts dieser Ungereimtheiten beginnen die revolutionäre Linke und demokratische Journalisten und Anwälte mit eigenen Untersuchungen. Vor allem „Lotta continua" deckt Spuren auf, nach denen in Wahrheit Faschisten die Bombenleger gewesen waren, die ihre Auftraggeber in der Polizei, Armee und bei den Geheimdiensten hatten. Diese politische Taktik bekommt schnell den Namen „Strage di stato" – „Staatsmassaker". Das bedeutet, daß Terroranschläge ausgeführt und den Linken in die Schuhe geschoben werden, um eine Faschisierung voranzutreiben oder gar einen rechten Staatsstreich zu ermöglichen. Am 10. April 1971 werden endlich die Faschisten Ventura, Freda und Rauti verhaftet. Ventura belastet einen Komplizen, Giannettini, und einige Querverbindungen werden deutlich: Rauti war Verbindungsmann zwischen italienischen Militärs und den griechischen Obristen, die 1967 geputscht hatten; Giannettini, selbst Agent des Geheimdienstes SID, hielt die Verbindung zwischen Faschisten und Geheimdienst, dessen Chef Miceli auch in das Komplott verwickelt war. Gleiches gilt unter anderem für die christ- bzw. sozialdemokratischen Minister Rumor, Tanassi (Lockheed!) und Andreotti, die zumindest informiert gewesen sein müssen und die Verantwortlichen deckten („taz", s.o.).

5. Kapitel: Gerichtsort als Vorentscheidung

5. Kapitel: Gerichtsort als Vorentscheidung

Gleich nach dem Anschlag vom 12. Dezember hatten römische Gerichte die Strafverfolgung an sich gezogen. Womöglich hätten die Mailänder Richter ihre Rolle in diesem ganzen undurchsichtigen Intrigenspiel nicht gut genug gespielt. Nach Protesten Mailänder Justizbehörden wurde dann der Prozeß nach Mailand vergeben; nun befang aber der römische Generalstaatsanwalt De Peppo, in Mailand könne der Druck der Bevölkerung Einfluß auf eine gerechte, sachgemäße Urteilsfindung nehmen, und als endgültiger Prozeßort wurde die mittelgroße süditalienische Stadt Cantanzaro ausgewählt, in der freilich erst ein passender Gerichtsraum gebaut werden mußte. Prozeßeröffnung: 18. März 1974, viereinhalb Jahre nach dem Attentat.

Zwischenstand: Die schnelle Aburteilung von Anarchisten war gescheitert. Jetzt bestand die Gefahr, daß eine sensibilisierte Öffentlichkeit restlose Aufklärung über die Machenschaften der Hintermänner fordern würde. Außerdem mußte Valpreda, der drei Jahre ohne jeden stichhaltigen Schuldvorwurf im Gefängnis gehalten worden war, Ende 1972 freigelassen werden. (Die U-Haft darf maximal drei Jahre betragen, sofern bis dahin kein Prozeß eröffnet worden ist.)

6. Kapitel: Die Verzögerung

Schon wenige Tage nach seinem Beginn wird der Prozeß gegen die Faschisten in Cantanzaro bereits unterbrochen: Nun soll auch der Anarchist Valpreda wieder mit auf die Anklagebank, neben Freda und Ventura! Der zweite Prozeß, begonnen am 27. Januar 1975, wird am 1. Februar wieder unterbrochen: Es müßten noch mehr Zeugen gehört werden, darunter auch Minister. 1976 werden Freda, der inzwischen hinreichend verdächtigt war, den Zeitzünder für das Attentat in Mailand besorgt zu haben, und Ventura, der gegenüber Bekannten geprahlt hatte, er sei an dem Anschlag beteiligt gewesen, aufgrund des erwähnten U-Haft-Gesetzes, freigelassen. Sie erhalten die Auflage, sich auf der kleinen toskanischen Insel Isola del Giglio aufzuhalten. Dort werden sie aber von der empörten Bevölkerung nicht an Land gelassen. Im vierten Anlauf wird der Prozeß 1979 zu einem ersten Ende geführt: Valpreda wird „mangels Beweisen" freigesprochen; Giannetti, Freda und Ventura werden zu „lebenslänglich" verurteilt. Freda ist allerdings mittlerweile nach Costa Rica getürmt und Ventura nach Argentinien! Die Anwälte der Faschisten legen Berufung ein. Auch Valpredas Anwalt drängt auf Neuverhandlung und endgültigen Freispruch seines Mandanten wegen „erwiesener Unschuld".

7. Kapitel: Das Urteil

In der Berufungsverhandlung fordern die Ankläger nun völlig überraschend auch „lebenslänglich" für Valpreda. Es wird ein letzter Versuch gemacht,

In der Berufungsverhandlung fordern die Ankläger nun völlig überraschend auch „lebenslänglich" für Valpreda. Es wird ein letzter Versuch gemacht, ihn mit den Faschisten auf eine Stufe zu stellen – offensichtlich mit dem Ziel, die Faschisten vor einer Verurteilung zu bewahren. Denn: am 21. März 1981, über elf Jahre nach dem Massaker, lautet das endgültige Urteil: Alle Angeklagten werden „mangels Beweisen" freigesprochen! Giannettini wird sofort aus dem Gefängnis entlassen. Freda, der vor einem Jahr in Costa Rica verhaftet und nach Italien abgeschoben worden war, hat nur noch eine kurze Reststrafe wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" abzusitzen und wird in kürzester Zeit entlassen. Ventura ist immer noch in Argentinien.

Nach Bekanntgabe des Urteils erhebt sich in Italien ein Sturm der Entrüstung. 20.000 Menschen demonstrieren in Mailand. Auch in vielen anderen größeren und mittleren Städten kommt es zu Protestkundgebungen, die in den meisten Fällen von breiten Aktionseinheiten getragen werden, wie Italien sie in letzter Zeit nicht mehr gesehen hat. „Ihr habt die Wahrheit begraben" oder „Die Opfer sind zum zweiten Mal getötet worden" sind häufig wiederkehrende Parolen. Dennoch wird sich an diesem Urteil in absehbarer Zeit nichts ändern: Zuviel Angriffe hat die italienische Bevölkerung derzeit abzuwehren (Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe in Süditalien, 20 %ige Inflationsrate, Rationalisierung der italienischen Industrie (FIAT!) usw.), als daß sie sich auf den Kampf gegen dieses Urteil konzentrieren könnte. Dazu kommt die organisatorische Schwäche der revolutionären Linken, die zur Zeit einen großen Teil ihrer Kraft in Referendumskampagnen gesteckt hat. Doch das Urteil wird nicht ohne Wirkung auf die Innenpolitik bleiben: Wieder einmal sieht sich ein großer Teil des italienischen Volkes, der sich von dem Prozeß endlich einmal die Bestrafung der Faschisten und ihrer Hintermänner in höchsten Militär- und Regierungsposten versprochen hatte, von seinen selbsternannten „Repräsentanten" enttäuscht. Wie können da diese „Repräsentanten" erwarten, daß das Volk im Sinne eines höheren „gesamtwirtschaftlichen Allgemeinwohls" zum derzeitigen wirtschaftlichen Raubbau der Regierung auch noch begeistert Ja sagt?



Selbst in mittleren und kleineren Städten – wie hier in Verona – demonstrieren die Menschen mit Versammlungen, Aufmärschen, Kranzniederlegungen an Mahnmalen für die Opfer des Faschismus ihre Empörung zum Skandalurteil in Catanzaro.

Italien-Kommission

Erneuter Hungerstreik im KZ Long Kesh

Ein Informationsgespräch mit Vertretern des nationalen „H-Block-Comitee"

Seit Ende März befinden sich mit den irischen Genossen Maureen Gibson und Kieran O'Hagan 2 bekannte ehemalige Gefangene aus der republikanischen Bewegung auf einer Informationsrundreise durch die BRD. Als Ausrichter fungiert das in Frankfurt ansässige ‚Anti-H-Block Komitee Westdeutschland', in Zusammenarbeit mit dem irischen ‚National-H-Block Commitee'.

Aktueller Anlaß der Rundreise ist der erneute Hungerstreik irisch-republikanischer Gefangener im britischen KZ „Long Kesh". Es handelt sich dabei um die Genossen Bobby Sands, Frankie Hughes, Ray McCreesh und Patsy O'Hara.

Ein neuerlicher Hungerstreik war notwendig geworden, nachdem evident war, daß die britische Regierung ihre verbale Zustimmung zu den 5 Forderungen der Gefangenen, die einem politischen Status gleichkommen, nicht in die Praxis umsetzen würde. In Frankfurt hatten wir die Gelegenheit, Maureen und Kieran zur aktuellen Lage in Irland zu befragen. Ein ausführlicher Bericht zur Rundreise, sowie ein gesondertes Interview mit Maureen zur Situation der Frauen in Irland allgemein und in der republikanischen Bewegung im Besonderen, werden im nächsten AK folgen.

KB Gruppe Frankfurt



Long Kesh: Ähnlichkeiten mit dem KZ-Ausschwitz sind nicht zufällig

AK: Könnt ihr eingangs kurz die Situation skizzieren, die zur Aufnahme des erneuten Hungerstreikes von Gefangenen der republikanischen Bewegung in den 'H-Blocks' führte?

Antwort: Der letzte Hungerstreik begann am 26. Oktober 1980. Ursprünglich waren sieben Männer im Hungerstreik, später noch drei Frauen und im letzten Stadium schlossen sich noch weitere Gefangene an.

Am 18. Dezember trat die britische Regierung an die Gefangenen heran, namentlich an Bobby Sands, den ‚Officer' der Gefangenen in den 'H-Blocks', den die Briten dann auch als Sprecher der Gefangenen anerkannten. Sie offerierten den Hungerstreikenden ein Dokument, daß die Briten zu erfüllen versprachen, sobald die Gefangenen den ‚No-Wash' Protest (die Weigerung, sich zu waschen, Anm. AK) abbrechen würden. Den Gefangenen wurde auch zugesichert, ihre Familien könnten in einem solchen Fall auch die eigene Kleidung wieder bringen.

Daraufhin entschlossen sich die Hungerstreikenden zum Abbruch ihrer Aktion und wenige Wochen später wurde auch der ‚No-Wash' Protest beendet. Die britische Regierung sollte keinen Vorwand erhalten, in der Öffentlichkeit mit der Behauptung hausieren zu gehen, die Gefangenen seien nicht zur Kooperation bereit.

Der Regierung sollte Zeit gegeben werden, ihre Versprechen einzulösen. Die Gefangenen warten immer noch auf die schon vor Monaten verspro- Die Gefangenen warten immer noch auf die schon vor Monaten versprochene Kleidung. Um erneut Kooperationsbereitschaft zu demonstrieren, rasierten und wuschen sich 27 Gefangene – dennoch wurde weiterhin die eigene Kleidung verweigert. Auf einem Treffen mit dem Gefängnisdirektor fragte Bobby Sands, warum die Kleidung nun immer noch verweigert würde. Daraufhin erklärte der Direktor: „Ihr kriegt eure eigene Kleidung nicht eher, als bis ihr euch der ‚Kriminalisierung' unterworfen habt " (also Aufgabe der Forderung nach Anerkennung des politischen Status für die Häftlinge). In Armagh ist die Kleiderfrage kein Problem, weil sie dort ihre eigenen Sachen haben dürfen.

Die britische Regierung hat ihr Versprechen also wieder einmal völlig revidiert und die Gefangenen praktisch betrogen. Den Gefangenen praktisch betrogen. Den Gefangenen wurde klar, daß die ganzen „Anstrengungen" der britischen Regierung, die erfüllten Forderungen auf dem Stück Papier lediglich dazu gedient hatten , in der Öffentlichkeit Verwirrung zu stiften. Deshalb begannen sie erneut mit einem Hungerstreik, der am 1. März 81 von Bobby Sands begonnen wurde.

Ein bis zwei Wochen später schlossen sich Frankie Hughes, Ray Mc Creesh und Patsy O'Hara an.

Der nächste Schritt der Gefangenen ist die Initiierung einer großen Kampagne – einer Wahlkampagne für den 9. April. Frank McGuire, Westminster (Mitglied im Parlament) starb vor zwei Wochen. Damit ist jetzt ein Sitz im Parlament frei geworden in diesem Bezirk.

Bernadette McAliskey hat ihre Kandidatur zugunsten von Bobby Sands zurückgezogen. Damit gibt es also nur noch drei Kandidaten für den Sitz. Bobby Sands, einer der Unionist Party und einer der SDLP. Das 'H-Block Commitee' hält es für sehr wahrscheinlich, daß Bobby Sands gewählt werden wird. Er wird nicht in der Lage sein, ins Unterhaus einzuziehen, weil er ja im Gefängnis sitzt. Seine Wahl würde bedeuten, daß es für einige Tage einen Abgeordneten gibt, der sich hungerstreikend im Gefängnis befindet – ein politischer Gefangener, was sie dann kaum noch leugnen können! Wenn Sands jetzt kandidiert, dann sind wir eigentlich sehr optimistisch, daß er tatsächlich auch ins Unterhaus in Westminster gewählt werden wird. Die Bevölkerung der Gegend ist sehr nationalistisch und republikanisch eingestellt. Frank McGuire, der verstorbene Abgeordnete, unterstützte voll und ganz die Ziele der Gefangenen. Die ganze Zeit, die er im Westminster saß, trat er immer nur dann in Erscheinung, wenn es um die Interessen der Gefangenen ging.

Die Leute, die Frank McGuire und seine Prinzipien unterstützten, sollten jetzt auch Bobby Sands wählen. Bobby Sands kann sich unserer Meinung nach auf die selben Wählerschichten stützen. Wenn er gewählt wird, hat die Bewegung natürlich eine phänomenale Öffentlichkeit. Das könnte ein sehr wichtiger Schritt sein, um dem Ziel der Erlangung des politischen Status näher zu kommen.

AK: Werden sich noch weitere Gefangene dem Hungerstreik anschließen?

Auf jeden Fall, wenn befürchtet werden muß, daß einer oder gar alle Vier sterben. Ob sich jemand unabhängig von einer solchen Entwicklung anschließen wird, wissen wir gegenwärtig nicht. Jedenfalls werden sie den Hungerstreik nicht abbrechen, bevor tatsächlich sichtbar ist. sie den Hungerstreik nicht abbrechen, bevor tatsächlich sichtbar ist, daß die britische Regierung die fünf Forderungen der Gefangenen erfüllen wird. Diesmal werden sie sich nicht mit bloßen Versprechungen begnügen.

AK: Was ist mit den Frauen in Armagh?

Für eine Frau ist es, wie du dir sicher vorstellen kannst, im Knast viel schlimmer als für Männer. Sie leben unter den selben mieserablen Bedingungen wie wir Männer in Long Kesh, aber sie müssen viel mehr darunter gelitten haben als wir. Sie haben z.B. lange Zeit keine Monatsbinden bekommen, was die Gefahr von Infektionen stark erhöht hat.

Maureen sagt, daß die drei Frauen die sich am letzten Hungerstreik beteiligt haben, zum Zeitpunkt des Beginns ihres Hungerstreikes schon in der selben schlechten Verfassung waren wie die Männer nach 20 Tagen Hungerstreik. Es ist unwahrscheinlich, daß sich diesmal Frauen aus Armagh beteiligen werden. Die republikanische Bewegung war dagegen, daß sich die Frauen beteiligen.

Sie wußte, wie es um die Frauen stand. Sie ist auch diesmal dagegen, aus dem selben Grund.

AK: Wie ist der Ausgang des letzten Hungerstreikes in der irischen Öffentlichkeit aufgenommen und bewertet worden?

Ich glaube, die große Mehrheit der irischen Bevölkerung betrachtet ihn als erfolgreich. Ihr müßt sehen, daß viele Iren wußten, daß wenn die britische Regierung überhaupt Zugeständnisse machen würde, sie die dann nicht gegenüber der Öffentlichkeit zugeben würde. Sie würden höchstens klammheimlich hinter verschlossenen Türen innerhalb des Gefängnisses auf die Forderungen eingehen, ohne daß das Eingang in die Presse haben würde. Viele hielten es lediglich für eine Taktik der britischen Regierung, aber andere haben auch angenommen, die Regierung werde doch noch die Forderungen erfüllen. Die meisten Leute aus meiner Gegend, Derry, waren mißtrauisch und haben damit gerechnet, daß die Briten die Gefangenen ein weiteres mal über's Ohr hauen werden. Das ist wohl auch der Grund, weshalb die 'H-Block-Commitees' sich erst mal nicht auflösten. Sie waren sich nicht sicher und wollten erst mal abwarten. Der erste Hungerstreik begann nach einem 'No-Wash' – und 'Blanket' – Protest, der immerhin schon vier Jahre durchgehalten worden war. Die Regierung beantwortete die Proteste mit brutaler Härte. Es kam zu zahlreichen Übergriffen auf die Gefangenen, bei denen Wärter über sie herfielen und sie zusammenschlugen etc. Die Mobilisierung der irischen Bevölkerung war schon auf dem Höhepunkt, als der erste Hungerstreik begann und es brauchte nicht mehr viel, bis die Bevölkerung auf die Straße ging. Nach Beendigung des Hungerstreikes erreichte die Bewegung erst mal einen Tiefpunkt. Um die Leute erneut auf die Straße zu bringen, mußten wir erheblich mehr arbeiten. Es brauchte viel Zeit bis der Öffentlichkeit klar war, daß ein neuer Hungerstreik begonnen hatte.

Wir waren dabei allein auf unsere publizistischen Mittel angewiesen, weil die britische Presse das verschwiegen hat. Diese Anfangsschwierigkeiten waren, wie wir vor unserer Abreise noch erleben konnten, jetzt überwunden. Als wir Irland verließen, war die Mobilisierung im vollen Gang.

Letzte Meldung

Bei den Nachwahlen zum britischen Unterhaus gewann Bobby Sands mit 33 000 Stimmen vor seinem Gegenkandidaten, dem ehemaligen Nordirlandminister. Wie lange will die englische Regierung jetzt noch die Lüge aufrechterhalten, die IRA hätte keine Unterstützung in der Bevölkerung? Oder folgt sie jetzt den westdeutschen Nachrichtensprechern, die behaupteten, dieser Erfolg sei auf die Einschüchterung der Menschen durch die IRA zurückzuführen?

AK: Wie war die Stimmung in den Commitees, als absehbar wurde, daß die Briten nicht daran dachten, ihre Versprechen auch einzulösen? Herrschte Resignation? Gab es nicht auch von daher Schwierigkeiten, eine solche Massenmobilisierung wie beim letzten mal einzuleiten?

Nein, eigentlich nicht. Wie Kieran schon sagte, ist sich der Großteil der Iren schon im Klaren, was von britischen Versprechungen zu halten ist. Wir haben das jahrelange erfahren müssen, wie wir von den Briten verarscht werden. Eben darum blieben die Commitees auch zusammen. Sie waren stabilisiert, als der aktuelle Hungerstreik begann. Das Hauptproblem bestand also wirklich darin, die Leute wieder auf die Straße zu kriegen. Und wenn sie dann auf die Straße kamen, also (lokale) Demonstrationen in Stadtteilen von Belfast z.B., dann waren da mindest doppelt so viel britische Soldaten und RUC's in der Gegend, um die Leute einzuschüchtern. Kürzlich wurden vier Mitglieder eines 'H-Block Commitee' von SAS-Kommandos erschossen – mit solchem Terror wollen sie uns an der Organisierung der Proteste hindern und die Leute einschüchtern. Außerdem gab es einen Mordversuch an Bernadette McAliskey und ihrem Mann. Auf sie wurde mehrfach geschossen.

Ein gutes Beispiel für das Ausmaß der Unterstützungsbewegung ist die Existenz von über 200 'H-Block-Commitees', denen sich darüberhinaus eigenständig organisierte Jugendgruppen angeschlossen haben. Ähnlich wie auch die Studentenvertretungen gegen die 'H-Blocks' arbeiten. Die Mehrzahl dieser Jugendlichen ist zwischen 14 und 20 Jahre alt. Für die Briten ist das eine Bedrohung, weil sie wissen, daß sie den Kampf weiter führen werden. Die Jugendgruppen organisieren sich, wegen der allseitigen Unterdrückung, der sie unterworfen sind, eigenständig. Sie verstehen, wie das System funktioniert: du brauchst überhaupt nichts dazuzutun – irgendwann landest du mit Sicherheit im Knast.

Sie werden fortwährend von der Armee belästigt, so daß ihnen bewußt ist, daß die Zerschlagung der 'H-Blocks' für viele von ihnen den zur Zeit unausweichlichen Knastaufenthalt verhindern würde. Viele von ihnen haben schon Erfahrungen mit dem Knast oder mit den RUC-Stationen, wo ihnen unter Folter 'Geständnisse' abgepreßt werden.

Wenn wir heute die Solidaritätskampagnen gegen die 'H-Blocks' organisieren, dann kämpfen wir auch um eine sichere Zukunft der nächsten Generation. Dann brauchen sie nicht mitzumachen, was wir selbst um eine sichere Zukunft der nächsten Generation. Dann brauchen sie nicht mitzumachen, was wir selbst jetzt in den Knästen mitmachen mußten und müssen.

(Maureen wurde im Alter von 14 bis 20 Jahren 150 mal verhaftet, Anm. AK)

AK: Die Frauen in Armagh wuchsen in der Zeit von 68/69 auf und machten Erfahrungen, die ihr ganzes Leben bestimmten. Das ist, nach ihren eigenen Aussagen, der Grund, weshalb sie der Folter widerstanden. Ist das jetzt mit der Jugendbewegung ähnlich?

Die meisten Frauen und Männer in den Blocks wurden sehr frühzeitig mit allem konfrontiert. Ein Mann fing mit 16 mit dem Blanket-Protest an, eine Frau aus Armagh begann mit 17. Sie kamen aus der Bürgerrechtsbewegung und haben da mitbekommen, was Diskriminierung und Repression bedeutet, ihnen wurde schon als Jugendlichen beigeprügelt, daß das gesamte System im Norden nur ihrer Unterdrückung dient.

AK: Wir haben erfahren, daß die Mobilisierung in den südlichen Counties beim letzten Hungerstreik vergleichsweise schwächer ausfiel als in den nördlichen Bezirken. Welche Gründe seht ihr dafür?

Der Unterschied besteht darin, daß im Norden die Leute seit 10 Jahren auf der Straße sind, weil sie Tag für Tag selbst die Betroffenen sind. Das ist im Süden nicht so. Die Leute im Süden wissen erst mal nicht von den Verhältnissen im Norden und wir müssen jedesmal die ganze Informationsarbeit organisieren. Im Süden gibt es Gesetze, die verhindern, daß z.B. Sinn Fein Mitglieder oder ehemalige Gefangene im Radio bzw. Fernsehen auftreten dürfen. Das bedeutet für uns viel 'Fuß'-arbeit! Das letzte Mal, daß in Dublin viele Leute demonstrierten, war nach dem 'Bloody Sunday', da kamen 35.000 Menschen. Aber es ist erstmal der Norden, der die tägliche Unterdrückung erfährt. Die Verfassung der südirischen Regierung erkennt zwar die Grenze nicht an, aber es muß dennoch gesagt werden, daß sie mit der britischen Regierung kollaboriert, auch wenn wir (Kieran und Maureen) aus dem Norden irische Pässe kriegen können, weil sie offiziell die Grenze nicht anerkennen.

AK: Ein wichtiger Bestandteil des Kampfes im Norden ist die Forderung nach Verbersserung der sozialen Verhältnisse. Wie sieht es diesbezüglich im Süden aus – sind da die Probleme nicht ähnlich?

Ja, auch im Süden gibt es Arbeitslosigkeit, aber ein ganz wichtiger Unterschied ist, daß die Menschen im Süden nicht unter einer monarchistischen Diktatur leben müssen. Dort werden die Häuser nicht um 6 Uhr früh durchwühlt, ständig Leute verhaftet etc. Aber alle Iren sind gegen die Briten, weil sie die 800jährige Unterdrückung nicht vergessen werden.

In den letzten 10 Jahren sind über 10.000 Menschen durch die Knäste gegangen. Noch eine wichtige Sache zu der Frage des politischen Status, der einem Teil der Gefangenen verweigert wird: 400 Yards von den 'H-Blocks' entfernt sitzen über 400 republikanische Gefangene, die als Mitglieder der gleichen politischen Organisationen wegen ähnlicher Delikte angeklagt und verurteilt wurden wie ihre angeblich kriminellen Genossen. Die sind einzig und allein deshalb als politische Gefangene anerkannt, weil sie vor dem 1. März 1976 verhaftet worden sind!

Es ist einzig die britische Willkür, die alle nach dem 1.3.76 Verhaftete zu 'gewöhnlichen Kriminellen' stempelt. Angeblich gibt es, will man den die alle nach dem 1.3.76 Verhaftete zu 'gewöhnlichen Kriminellen' stempelt. Angeblich gibt es, will man den Briten glauben, keinen Unterschied zwischen diesen politischen Gefangenen und 'normalen' Gefangenen. Aber das ist total heuchlerisch, denn schon die Gesetzgebung ist danach gemacht, Leute aus der Bewegung besonders abzuurteilen. Wenn du wegen Autodiebstahl oder Klauen erwischt wirst, hast du z.B. das Recht auf ein Wiederaufnahmeverfahren, aber wenn du wegen Mitgliedschaft ('in einer Kriminellen Vereinigung' heißt die Floskel in der BRD, d.Verf.) oder Waffenbesitz angeklagt bist, wird dir dieses Recht automatisch verweigert. Es gibt also ganz offensichtlich zweierlei Recht. Eben eins extra für die Politischen. Das Schwierigste für uns ist hier immer, den Leuten klar zu machen, daß es in Nordirland sowas wie Demokratie nicht gibt. Das ist deshalb so schwer, weil für viele England immer noch den Inbegriff des demokratischen Landes darstellt. Aber was Irland anbelangt – da bröckelt die Fassade!

Überall in der Welt wird das Bild vom demokratischen England hochgehalten, dabei ist es durch und durch ein Unterdrückerstaat.

AK: Könntet ihr uns etwas zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen 'H-Block Kommitee' und Sinn Fein einerseits und den Gefangenen andererseits bezüglich des neuen Hungerstreiks sagen?

Die Commitees und Sinn Fein waren immer gegen Hungerstreiks, weil sie davon ausgehen, daß die britische Regierung sich nicht scheut, die Leute sterben zu lassen. Aber letztlich ist jede Entscheidung, die die Situation in den Knästen betrifft, die Entscheidung der Gefangenen selbst. Obwohl die Bewegung draussen also gegen Hungerstreiks ist, stehen sie doch voll und ganz hinter den Gefangenen. Sie sind gegen Hungerstreiks, weil schon viele Menschen gestorben sind dabei. Die einzige Differenz besteht also darin, daß Zweifel

Fortsetzung nächste Seite

Solidaritätsaktionen für El Salvador

Zum Jahrestag der Ermordung des Erzbischofs Romero am 23.3. fanden in vielen Orten Demonstrationen, Veranstaltungen, Kundgebungen statt. Hier eine (sicher und hoffentlich) unvollständige Übersicht:

In Hannover wurde am 23.3. für mehrere Stunden das Amerikahaus besetzt. In der Presseerklärung der Besetzer heißt es unter anderem:

Es ist nun an der SPD/FDP-Regierung, hier eindeutig Stellung zu beziehen. Die Bundesregierung darf hier nicht die gleiche Haltung einnehmen wie zur türkischen Militärregierung, wo sie ein Regime, das foltert und mordet, zum einzig möglichen Garanten für Sicherheit und Ordnung erklärt. Wenn die Bundesregierung meint, in diesem Konflikt neutral bleiben zu können, unterstützt sie damit den Völkermord in El Salvador.

Durch die demonstrative, gewaltfreie Besetzung des Amerikahauses wollen wir folgenden Forderungen an die Bundesregierung Nachdruck verleihen:

Einstellung jeglicher Unterstützung für die Junta und Abbruch der diplomatischen Beziehungen

Anerkennung der FDR als legitime Vertretung des salvadoreanischen Volkes

Einwirkung auf die USA, um eine weitere Intervention zu verhindern

Beteiligt an der Aktion waren Mitglieder unterschiedlichster Organisationen, Falken, Grüne, ESG, Katholische Basisgruppe, Gewaltfreie Aktion, KB und natürlich das El Salvador-Komitee. Das Amerikahaus wurde nicht geräumt. Nach mehrstündigen Diskussionen und recht breiter Resonanz in Öffentlichkeit und Presse verließen die Besetzer freiwillig das Gebäude („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 24.3.81 und Flugblatt/Presseerklärung der Besetzer).

In Hamburg gab es am 23.3. einen Schweigemarsch durch die Innenstadt und am 3. April eine gutbesuchte Veranstaltung im Audi Max. Das „finanzielle" Ergebnis aus Spenden (ohne Eintritt) beläuft sich auf rund 3000,- DM. Das El Salvador-Komitee ruft zu einer Kaffeekampagne für Ende Mai auf. Dabei soll vor allen Kaffeeläden, die Kaffee aus El Salvador beziehen und verkaufen (vor allem Tschibo und Eduscho), zum Boykott aufgerufen und über die Situation des Volkes in El Salvador informiert werden. Für diese Kampagne werden noch viele Leute gebraucht, das nächste Vorbereitungstreffen ist am 23.4 um 19.oo Uhr im bol. Generalkonsulat im Widerstand.

* * *

In Nürnberg wurde die Frauenkirche besetzt. Damit sollte vor allem gegen die Militärhilfe für die Junta von Seiten der USA protestiert werden und gleichzeitig *„der Abscheu vor der Politik der BRD-Regierung"* zum Ausdruck gebracht werden („Nürnberger Nachrichten", 25.3.81 und Besetzer-Flugblatt).

* * *

In München gab es eine von DKP, MSB und SdAJ getragene Veranstaltung mit einem FDR-Vertreter und dem Sänger Jose Amijo. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies persönlich war angereist und betonte u.a.: *„Sag uns wie Du zum Kampf der demokratischen Rechte in El Salvador stehst und ich sage Dir, wo Du in der Auseinandersetzung um Freiheit oder Unterdrückung, sozialen Fortschritt oder Reaktion... Frieden oder Krieg stehst – in der Welt in Europa und auch hier in der BRD"* („UZ", 30.3. 81).



Hannover: Aus Solidarität mit El Salvador wurde das Amerikahaus besetzt

Die Solidaritätsbewegung ist immerhin so stark und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes in El Salvador so eindeutig, daß auch die DKP voll einsteigen mußte (die DKP, die noch vor kurzem die Guerilla in Argentinien, Chile, Uruguay als kleinbürgerliches Abenteurertum verurteilte).

* * *

In Bonn demonstrierte die „Christliche Initiative El Salvador", in der Studenten beider Konfessionen arbeiten, mit einem „symbolischen Sterben" vor der US-Botschaft. Die Demonstranten legten sich vor die Einfahrt und spritzten symbolisch eigenes Blut an die Mauer der Botschaft. In einer Erklärung, die in der Botschaft überreicht wurde, wurde die US-Regierung der „Beihilfe zum Völkermord" angeklagt. Diese Aktion überschritt offensichtlich den Rahmen der Meinungsfreiheit, denn die Polizei verhaftete die Demonstranten, ließ sie aber nach Feststellung der Personalien wieder frei („NN", 25.3.81).

* * *

In Dänemark wurde in Kopenhagen eine ganze Nacht lang vor der US-Botschaft demonstriert. In Aarhus wurde der Turm der Kathedrale besetzt und mit einem Transparent geschmückt: „USA raus aus El Salvador".

* * *

Die US-amerikanischen Bischöfe hatten schon in einer Erklärung vom 2. März die US-Regierung aufgefordert, jegliche Hilfe für die Junta zu stoppen. Diesem Aufruf schlossen sich die katholischen Bischöfe von England und Wales an.

* * *

Die El Salvador-Komitees Oberschwaben berichten von verschiedenen erfolgreichen Film- und Diskussionsveranstaltungen und Infoständen in mehreren Orten der Region. Die Komitees fordern auf zur „Aktion 1 %". Diese Aktion bedeutet, daß man monatlich 1 % des Einkommens für El Salvador entweder für das Waffenkonto der „Taz" oder für medizinische Hilfe über Medico International spendet.

Für alle, die's vergessen haben, nochmal die Konten

„Waffen für El Salvador"
Postscheckamt Berlin
Kto-Nr. 28 859-107

Medico International
(für medizinische Hilfe)

Sonderkonto: 232
Stadtsparkasse Frankfurt
Stichwort: „Salvador"

Die Unterstützung der Bauern- und Landarbeiterorganisation FECCAS-UTC in El Salvador fordert der Arbeitskreis Junger Landwirte in der Februar-Ausgabe ihrer Zeitung „Bauernblatt".

Die FECCAS (Christliche Föderation Salvadorensischer Bauern) ist eine – trotz Verbots – seit 1967 existierende Landarbeitergewerkschaft, die als wichtigster Organisationsfaktor der Landbevölkerung an Bedeutung gewann. 1975 vereinigte sie sich mit der „Union der Landarbeiter" UTC in der Widerstandsbewegung „Revolutionärer Volksblock" BPR.

Die heute ca. 300.000 Mitglieder zählende Bauern- und Landarbeiterorganisation hat nun einen Spendenaufruf „Radios und Handlampen für FECCAS-UTC" an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet. Sie sollen der Förderung der abendlichen Gewerkschafts- und politischen Organisationsarbeit dienen (83 % der Haushalte auf dem Land haben kein elektrisches Licht), der Isolation der Bauern und Landarbeiter entgegenwirken und angesichts der hohen Analphabetenrate den politischen und kulturellen Informationsgrad erhöhen.

Spenden: Konto Ph. Hamer
Postscheckkonto München
180 769-802
„Radios und Handlampen für FECCAS-UTC"
(nach „Bauernblatt", Febr. 1981)

Fortsetzung von Seite 38

am Erfolg solcher Aktionen bestehen. Die Haltung vieler Gefangener ist, viele haben ja Haftstrafen von

sentanten aus Kirche und Staat. Solche Treffen gab es auch mit den Bischöfen Edward Daly aus Derry und Humphrey Atkins. Cardinal O'Fiach bemühte sich um eine Lö-

Christdemokraten unterstützen die 5 Forderungen. Weltweit. Langsam bekommen wir aber auch in Westdeutschland die für uns so notwendigen Kontakte: Morgen haben wir z.B.

„Waffen für El Salvador"
Postscheckamt Berlin
Kto-Nr. 28 859-107

Medico International
(für medizinische Hilfe)

Spenden: Konto Ph. Hamer
Postscheckkonto München
180 769-802
„Radios und Handlampen für FECCAS-UTC"
(nach „Bauernblatt", Febr. 1981)

Fortsetzung von Seite 38

am Erfolg solcher Aktionen bestehen. Die Haltung vieler Gefangener ist, viele haben ja Haftstrafen von 20 Jahren bis Lebenslang bekommen, lieber zu sterben, als unter diesen Haftbedingungen leben zu müssen, als auf die legitime Forderung nach dem politischen Status zu verzichten. Wenn jetzt einer der Gefangenen während des Hungerstreikes sterben sollte, wird ein anderer den Streik aufnehmen – bis zur Erfüllung der fünf Forderungen.

AK: Wie reagiert die britische Regierung auf den neuerlichen Hungerstreik? Gibt es aktuelle Erklärungen o.ä.?

Sie haben erklärt, daß sie auf keinen Fall auf die Forderungen der Gefangenen eingehen werden. Das, obwohl sie ja zumindest auf dem Papier schon einmal nachgegeben haben! Aber jetzt erklären sie, daß die Gefangenen Kriminelle seien und sie nicht verhandeln würden. Wenn sie einen Hungerstreik machten, werde man sie sterben lassen.

AK: Und die Regierung Haughey im Süden?

Soweit ich weiß, hat die Regierung im Süden keine Erklärung, weder für noch gegen die Gefangenen, abgegeben. Im Süden sind politische Gefangene als solche anerkannt. Eine Reihe einzelner Politiker und Parlamentsabgeordneter haben sich für die Gefangenen eingesetzt, aber nicht die Regierung insgesamt.

AK: Wie verhalten sich Gewerkschaften und Kirchen, die ja über einen sehr großen Einfluß in der irischen Gesellschaft verfügen, gegenüber den Forderungen der Hungerstreikenden?

Die Gewerkschaften unterstützen diese Forderungen. Praktisch alle Kreisverbände haben Solidaritätsresolutionen verfaßt. Was die Kirchen angeht, gab es vor dem ersten Hungerstreik mehrere Treffen zwischen Thomas O'Fiach, dem katholischen Kirchenoberhaupt Irlands und Repräsentanten aus Kirche und Staat. Solche Treffen gab es auch mit den Bischöfen Edward Daly aus Derry und Humphrey Atkins. Cardinal O'Fiach bemühte sich um eine Lösung dahingehend, den Beginn des Hungerstreikes überflüssig zu machen. Sie verlangten einen Sonderstatus für die Gefangenen. Bischof Daly meinte beispielsweise: Die Gefangenen würden schließlich wegen spezieller Anklagepunkte verhaftet und im Gefängnis auch einer besonderen Behandlung unterworfen. Desweiteren verwies er auf die Existenz von Sondergerichten.

AK: Fordern die Kirchen den politischen Status oder eher einen Sonderstatus für die Gefangenen der republikanischen Bewegung?

Eher einen speziellen Status. Cardinal O'Fiach hat 1978 eine Erklärung abgegeben, wo er davon sprach, daß die britische Regierung nicht bereit sei, die lange Tradition des irischen Nationalismus anzuerkennen. Er selbst trat für die Gefangenen als Repblikaner und Nationalisten ein. Zu den Blocks sagte er, die Bedingungen dort seien schlimmer als alles was er in den Slums von Kalkutta gesehen hätte. Er glaubte nach Gesprächen mit den Briten, daß diese jetzt endlich was für die Gefangenen unternehmen würden. Als dann der Hungerstreik begann, empörte er sich darüber, daß die Briten ihn benutzt hätten, um die Lage zu entschärfen, umd nach außen ihre tatsächliche Untätigkeit zu vertuschen.

Wir haben darüber hinaus aus dem Ausland sehr viel solidarische Unterstützung bekommen: Die portugiesische Regierung, 9 Millionen italienische Gewerkschafter, Pax Christi, Parlamentarier aus Australien, den USA, fortschrittlichen Abgeordneten der Labour-Party.

In Westdeutschland tun sich vergleichbare politische Kräfte mit einer Solidarisierung am Schwersten. Aus den verschiedensten Ländern kriegen wir Solidaritätserklärungen der unterschiedlichsten politischen Richtungen: Sozialisten, Kommunisten, Christdemokraten unterstützen die 5 Forderungen. Weltweit. Langsam bekommen wir aber auch in Westdeutschland die für uns so notwendigen Kontakte: Morgen haben wir z.B. eine Veranstaltung von Gewerkschaftern (Veranstaltung des DGB, die von 100 Leuten besucht wurde, d. Interv.).

Zwei Sektionen der Gewerkschaft aus Frankfurt haben uns Resolutionen übergeben. In Frankreich spielt die Solidaritätsarbeit der CGT eine große Rolle. Sie hat nicht nur Resolutionen verfaßt, sondern die Solidarität zu einem Bestandteil ihrer Politik gemacht: Zu mehreren Anläßen veranstalteten sie Märsche zur britischen Botschaft und forderten eine Antwort darauf, weshalb die Gefangenen immer noch im Hungerstreik sind. Auch VS aus Dänemark unterstützt aktiv die Gefangenen. Es gibt eine Frauensektion, die Frauen in Armagh „adoptiert" haben: Sie veranstalten Demonstrationen und Versammlungen zur Solidarität. Die Irland-Politik der britischen Regierung wird von deren Außenministerium bestimmt und das ist u.a. von der billigenden Zustimmung des Auslandes abhängig. Jeder Beitrag, der diese Zustimmung erschüttern hilft, bringt uns einen Schritt weiter im Kampf um die Erfüllung der fünf Forderungen. Deswegen legen wir so großen Wert auf die internationale Solidarität, deshalb sind wir hier.

Während des letzten Hungerstreikes organisierten Gewerkschfter am 4.12. einen halbtägigen Streik. Die ganze Innenstadt von Derry, alle nationalistischen Gebiete schlossen ihre Läden. In Nordirland lief den ganzen Tag nichts, auch im Süden fand der Streik große Beachtung. In den großen Städten kamen die Arbeiter aus den Fabriken um zu demonstrieren. Die Belfaster Werften traten in den Streik und amerikanische Hafenarbeiter versicherten, kein britisches Schiff zu be- und entladen, sollte auch nur ein Gefangener wegen der Unnachgiebigkeit der britischen Regierung sterben.

Waffen für El Salvador

Wapens voor het VERZET in El Salvador.

GIRO 4230700, t.n.v. El Salvador Vrij, Postbus 27079, Amsterdam.

„Wat van Reagan via Cuba en Nicaragua niet mag, moet nu maar via Nederland"

„Waffen für den Widerstand in El Salvador – ‚Was wegen Reagan über Cuba und Nicaragua nicht darf, muß jetzt über die Niederlande'". Diese Anzeige war nur von „Vrij Nederland" und einigen anderen Wochenzeitungen gebracht worden. Die Tageszeitungen „Trouw" (christlich), „NRC Handelsblad" (konservativ) und „de Volkskrant" (sozialdemokratisch orientiert) hatten den Abdruck verweigert, obwohl die von drei Journalisten ausgehende Initiative von einer Reihe namhafter Schriftsteller, Publizisten, Fernsehleute, Wissenschaftler und Journalisten unterstützt worden war.

Immerhin war „de Volkskrant" noch fair (oder sarkastisch?) genug, sich selbst wegen dieser Zensur auf die Schippe zu nehmen: Eine Karikatur zeigt den Anzeigenschalter von *„Trouw – de Volkskrant – NRC"*, dahinter drei Angestellte mit dem Gesicht Reagans, die die Anzeige zurückweisen.

Ebenfalls wurde den Initiatoren des Aufrufs „Waffen für den Widerstand" in der „Volkskrant" Raum gegeben, den Text ihrer Anzeige zu begründen (womit eigentlich mehr erreicht war, als mit dem schlichten kurzen Text...).

Ihre längere Darlegung, insbesondere über die Verantwortlichkeit der USA für die Eskalation der Gewalt in El Salvador, beschließen die Initiatoren des Aufrufs mit der Hoffnung, *„daß der bewaffnete Widerstand, die FMLN, das Geld dem politischen Arm des Widerstandes, der FDR, übergeben kann zum Kauf von Diplomatenkoffern. Aber solange die Morde in El Salvador weitergehen, wird man, will man die Konsequenzen aus seiner Solidarität mit der Bevölkerung ziehen, dem Widerstand öffentlich sagen müssen: Ihr könnt für das Geld auch Waffen kaufen"* („de Volkskrant", 20.3.81).

Niederlande-Kommission

Wir sind keine Missionare in den Hinterhöfen der USA

SPD-Politik gegenüber El Salvador

Die diplomatische und politische Offensive der neuen US-Regierung zum El Salvador-Konflikt blieb bei den westeuropäischen Regierungen und vor allem „unsrer" SPD nicht folgenlos. Die immerhin zeitweise vorhandene Neigung zu mindestens verbaler Parteinahme für die Opposition ist inzwischen der Formel von der „politischen Lösung" vom „Dialog" und Unterstützung der „Demokraten auf beiden Seiten" gewichen. Zwar bleiben Differenzen zur drastischen Linie der US-Regierung, aber die prinzipielle Übereinstimmung nicht beeinträchtigen.

Wie Willy Brand formulierte: „Wir sind keine Missionare in den Hinterhöfen der USA" („FAZ", 18.2.81).

Reagans neue Außenpolitik – und die BRD

Die Strategen im Weißen Haus hatten sich El Salvador ausgesucht, um daran ihre neue drastische Außenpolitik zu demonstrieren. Hier ließ sich ein deutlicher Bruch zu Carters sogenannter Menschenrechtspolitik vollziehen. Es ließ sich zeigen, daß die (Nord) Amerikaner wieder Flagge zeigen und nicht zulassen, daß in ihrem Einflußgebiet die weltkommunistische Verschwörung weiter um sich greift. Die Stoßrichtung gegen den Drahtzieher Sowjetunion wurde unverbrämt und ungetrübt von Entspannungsgerede demonstriert. Gleichzeitig sollte die Bereitschaft der Bündnispartner bei diesem Kurs mitzuziehen ausgetestet bzw. durch diplomatischen Druck auch vorangetrieben werden.

Diese Demonstration Reaganscher Außenpolitik ausgerechnet am Beispiel El Salvador kam offensichtlich für die Bundesregierung einschließlich der SPD wenn nicht überraschend so doch etwas plötzlich. Immerhin ist der BRD-Botschafter seit einem Jahr aus El Salvador zurückberufen, Kredit- und Wirtschaftshilfe für die Junta sind eingefroren (jedenfalls soweit dies öffentlich bekannt ist). Als Mitglied der Sozialistischen Internationale hatte die SPD bislang relativ eindeutig für die Unterstützung der Oppositionsfront FDR votiert.

Wenn diese Positionen auch noch keine konkrete Solidarität oder mate-

Wenn diese Positionen auch noch keine konkrete Solidarität oder materielle Unterstützung der Opposition bedeuten, so stehen sie doch im Widerspruch zur Linie, die das Weiße Haus ausgab.

Eine Umorientierung wurde unvermeidlich. Aus der reaktionären Ecke (Robert F. Lamberg von der „NZZ") liest sich das so: *„Im Verlauf der letzten Wochen kam es ... zu peinlichen Momenten. Weltverbesserungsmaximen und an die führende Macht des Westens gerichtete Moralunterweisungen schlichen sich sogar in offizielle Erklärungen ein... Bonner Politiker beispielsweise fühlten sich berechtigt, dem amerikanischen Präsidenten politische Zensuren zu erteilen..."* („NZZ", 19.3.81). Inzwischen könne jedoch erleichtert festgestellt werden, daß die Bundesregierung nun – wenn auch reichlich spät – „einiges nachholt". *„Die deutschen Verantwortlichen werden, etwas spät, zur Zeit gewahr, daß es einen Vorrang der Bündnissolidarität gibt, der uns verbietet, im amerikanischen Hinterhof progressive deutsche Überseepolitik zu mimen . . ."* („FAZ"-Kommentar, 7.3.81). Das Problem ist, daß dieses „Mimen progressiver deutscher Übersee-Politik" einen wesentlichen Bestandteil der BRD-Außenpolitik ausmacht. „Dialög" und „Partnerschaft" sind gängige Floskeln, mit denen die SPD/FDP-Regierung sich Türen zur Einflußnahme in den Reihen der Dritte-Welt-Länder öffnen und in Abgrenzung vom ramponierten und blutigen Image der USA insbesondere in Lateinamerika politisch agieren will. Nicht umsonst wird bei jeder Gelegenheit die Rolle der Blockfreien Länder für einen *„friedlichen Interessenausgleich"*, für *„stabile internationale Beziehungen"* und ihre *„stabilisierende Funktion"* insgesamt betont (Genscher beim Treffen mit Costa Ricas Außenminister, „FAZ", 26.2.81). Nicht umsonst auch wurde Willy Brandt in die Nord-Süd-Kom-



Ein Jahr später (Karikatur von Opland, aus: „de Volkskrant", 24.3.81)

mission geschickt, und nicht umsonst bemüht sich die Sozialistische Inter-

mission geschickt, und nicht umsonst bemüht sich die Sozialistische Internationale seit einigen Jahren um eine deutliche Öffnung in Richtung „Dritte-Welt"-Länder, v.a. Lateinamerika. Vertreter des liberalen SPD-Flügels und der Friedrich-Ebert-Stiftung formulieren das Konzept innerer Reformen für die „Dritte-Welt" als besten Schutz gegen kommunistischen Einfluß und Umsturzgefahren. Nur Reformen und eine gerechtere Gesellschaftsordnung könnten eine *„dauerhafte Immunisierung"* der Länder gegen den Kommunismus bewirken („Zeit", 13.3.81).

Dieses Konzept schloß und schließt allerdings florierende Wirtschaftsbeziehungen und politische Unterstützung für die brutalsten Diktaturen der Welt in keiner Weise aus, es ist aber zunächst verdeckter und liegt weniger auf der Linie der offenen antisowjetischen Kriegspropaganda und der Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf die Dritte Welt.

Die US-Offensive kam zumindest Teilen der Sozialdemokratie auch aus einem innenpolitischen Aspekt ungelegen. Bei einem „Expertengespräch über Zentralamerika" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn wurde deutlich vor möglichen Protestbewegungen vor allem in der Jugend gewarnt, die *„gegen eine Verschärfung des Ost-West-Konfliktes kämpfe und schon jetzt ein ganz erstaunliches Interesse an Zentralamerika und vor allem El Salvador gezeigt habe. In Europa könne dann ein Antiamerikanismus eine Renaissance erleben, wie wir ihn seit 1o Jahren nicht mehr kennen"* („FAZ", 13.3.81). Das heißt einfach: man sollte eine Salvador-Solidaritätsbewegung mit deutlich antiamerikanischer (und anitmilitaristischer) Stoßrichtung nicht noch hochkochen, in einer Situation, wo uns gigantische Aufrüstung, Natonachrüstungsbeschlüsse, Raketenstationierung in Europa etc. verkauft werden müssen.

Ergebnisse der US-Offensive

Ergebnisse der US-Offensive

Unter diesen allgemeinen Bedingungen reiste der US-Beauftragte Eagleburger an, das Weiße Haus veröffentlichte die „Beweise" für die kommunistischen Waffenlieferungen nach El Salvador, und die Bündnispartner wurden zu klaren Stellungnahmen aufgefordert. Die Bundesregierung – bemüht, weder einen Konflikt mit den USA vom Zaun zu brechen noch ihre außenpolitische Imagepflege am Punkt El Salvador über den Haufen zu werfen – wiegelte ab, gab schwammige Erklärungen heraus und leitete eine „behutsame", möglichst unauffällige Rechtswende ein. Aber was läßt sich da noch verschleiern? Man entwickelte die These von den Demokraten in beiden Lagern, man äußerte Verständnis für die Sorge der USA („FAZ", 26.2.81), man verurteilte ganz allgemein sowjetische Waffenlieferungen-wohin auch immer, man fand heraus, daß Duarte kein Pinochet sei (Glotz in „FAZ", 5.3.), man betonte wieder das beliebte Rechts-Links Schema – die Gewalt von beiden Seiten sei zu verurteilen (Regierungserklärung, „FAZ", 26.2.81), und man einigte sich auf die Notwendigkeit von Verhandlungen und einer sogenannten politischen Lösung. Gut vorbereitet wurde diese „Wende" von der CDU und vor allem Geißler, der die Notwendigkeit der absoluten Unterstützung für die Junta propagierte und Duarte zum Widerstandskämpfer und Demokraten hochjubelte. Dagegen nimmt sich die „Unterstützung der Demokraten auf beiden Seiten" immer noch „harmloser" aus.

Im Ergebnis läuft die konkrete Politik in diesem Fall weiter nach dem Muster der verteilten Rollen. Der US-Imperialismus steckt deutlich und unverblümt seine Einflußgebiete ab und treibt die Kriegspropaganda voran. Der BRD-Imperialismus zieht im Kern mit, spielt aber seine spezialdemokratische Karte (bislang) weiterhin aus. Zum Beispiel Nicaragua: Obwohl die US-Regierung wegen der angeblichen Waffenlieferungen alle Hilfe für Nicaragua gestrichen hat (neben dem restlichen 15 Mio Dollar-Kredit auch rund 5o Mio Dollar für Weizenlieferungen aus den USA), hält die BRD an ihrer wirtschftlichen Unterstützung fest. Erklärtes Ziel dabei ist (ebenso wie das der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nicaragua), die „gemäßigten Kräfte" zu stärken und den Weg des Landes „in den Totalitarismus" zu versperren. In El Salvador setzen Bundesregierung und SPD (neben den „Demokraten der Regierungsseite") auf den Sozialdemokraten Ungo (Vorsitzender der FDR). Das Problem dabei ist, daß nach allen vorliegenden Informationen die radikale Linke in der FDR nach wie vor dominiert und Ungo über keine in den Massen verankerte Organisation verfügt. *„Bonn setzt auf die falschen Männer" . . . . .vor allem in der BRD ist immer wieder der Fehler gemacht worden, den Einfluß Ungos zu überschätzen. Ungos sozialdemokratische Partei MNR zählt nur ein paar hundert Mitglieder. Die breite Bevölkerung kennt den MNR-Chef nicht . . .",* so sorgte sich das „Hamburger Abendblatt" (28.2.81) sicher nicht zu Unrecht. Die portugiesischen Erfahrungen der SPD zeigen aber, daß die Massenbasis nicht unbedingte Voraussetzung für eine sozialdemokratische Lösung sein muß. Wichtig ist, daß der richtige Mann an die Macht kommt, dann ist mit wirtschaftlichen und politischem Druck bereits einiges zu erreichen. Allerdings sind die Chancen für einen sozialdemokratischen Weg in lateinamerikanischen Ländern sicher ungünstiger als in Europa, die Unterdrückung ist schärfer, die Rechte militanter und die Massen in einem Land wie El Salvador stark radikalisiert.

Soweit ist die Entwicklung aber noch längst nicht. Auch die Möglichkeiten einer – von der BRD favorisierten Verhandlungslösung sind derzeit noch gering. Die FDR lehnt Verhandlungen mit der Marionette Duarte ab, die US-Regierung ist nicht zu Verhandlungen bereit mit dem sinnigen Argument, dies sei eine Salvadorensische Angelegenheit, und Duarte will verhandeln, wenn die Guerilla die Waffen abliefert. Kein Wunder, daß Willy Brandt eher reserviert reagierte, als er vom Lateinamerika-Ausschuß der SI aufgefordert wurde, sich für das Zustandekommen von Verhandlungen einzusetzen. So

wies auch die Bundesregierung den Begriff „Vermittlung" als zu hoch gegriffen zurück, es gehe zunächst

wies auch die Bundesregierung den Begriff „Vermittlung" als zu hoch gegriffen zurück, es gehe zunächst überhaupt darum, einen Kontakt zwischen den Konfliktparteien herzustellen. Brandt soll sich schon im Dezember 198o in Washington um eine Kontaktaufnahme zu Ungo verwendet haben, allerdings ergebnislos („NZZ", 5.3.81). Es sieht so aus, daß das Konzept des „Dialogs" zunächst auf der Ebene der Absichtserklärungen steckenbleibt - auch hier keine deutliche Offensive in Richtung Washington. *„Offenbar stimmt man (beim Eagleburger-Besuch, AK) darin überein, daß es nützlicher sei, die generellen gemeinsamen Interessen in der El Salvador-Frage hervorzuheben, statt gewisse Bewertungsunterschiede übermäßig hochzuspielen"* („NZZ", 5.3.81).

Dies muß die Solidaritätsbewegung gerade bei der Zusammenarbeit mit dem linken SPD-Flügel und beim „Druck-Machen" auf die Regierungs-SPD im Auge behalten.

Zum Schluß eine kleine Meldung zu Kuba, die in den Rahmen paßt:

Kuba wird den Eurokredit in Höhe von 15o Mio Dollar Mark, den Kuba beantragt hatte, nicht erhalten. *„In Kreisen europäischer Bankleute wird vermutet, daß Druck der amerikanischen Regierung zur Kreditabsage geführt hat"* („SZ", 23.3.81).

Lateinamerika-Kommission

PS: Ganz interessant am Rande: Inzwischen haben nicht nur ehemalige CIA-Agenten wie unter anderem Philip Agee die „Beweise" der US-Regierung für kommunistische Waffenlieferungen nach El Salvador als absolute Fälschungen erklärt, sondern auch der CIA selber hat in einem Bericht Zweifel an Reagans „Beweisen" angemeldet. Vorhandene *„Erkenntnisse widersprächen eindeutig der von Präsident Reagan und Außenminister Haig geäußerten Ansicht, Moskau stecke hinter dem internationalen Terrorismus und den Waffenlieferungen an die Guerilleros"* („SZ", 3o.3.81).

Möglich, daß solche Widersprüche lediglich auf Kompetenz- und Machtgerangel zurückzuführen sind. Besondere Bedeutung haben sie wohl nicht. Reagan's Waffenlegende hat erst mal ihre Schuldigkeit getan und ihr Zweck war ja auch nicht, Wahrheiten zu verbreiten. . .

Die FDR-Vertretung in der BRD bittet um Unterstützung

Die BRD-Vertretung der FDR bittet in einem Brief um Spenden für die Solidaritätsarbeit in der BRD/Europa. Hier einige Auszüge aus dem Brief:

„.... Das verstärkte öffentliche Interesse erfordert auch vom Büro der FDR in der Bundesrepublik größere Anstrengungen, die unsere augenblicklichen finanziellen, räumlichen und personellen Möglichkeiten übersteigen. Wir arbeiten bisher in den Räumen der Informationsstelle Lateinamerika (ila), wo wir zwar keine Miete zahlen müssen und auch sonst vielerlei organisatorische und materielle Hilfe erhalten, aber da wird der Raum langsam viel zu eng. Deshalb werden wir wohl in ein eigenes Büro umziehen müssen. Auch personell ist die Arbeit mit nur einer Halbtagskraft nicht mehr zu schaffen, trotz der großen Hilfe einiger lateinamerikanischer Freunde sowie von Mitarbeitern des Bonner Komitees und der ila. Wir müssen also noch jemanden einstellen. Unsere Telefonkosten sind kaum noch zu bezahlen, da wir neben den vielen Inlandsgesprächen auch täglich mit dem europäischen Ausland und Mittelamerika telefonieren müssen. Wir haben momentan eine monatliche Rechnung von ca. 3.000 DM. Auch wenn wir hier sparen, bleibt das unbezahlbar...

Wir möchten Euch sehr herzlich bitten, uns hier etwas unter die Arme zu greifen. Es ist uns eine große Hilfe, wenn Ihr Euch für ein halbes oder ganzes Jahr verpflichten könntet, monatlich einen bestimmten, Euren Möglichkeiten angemessenen Betrag für die Arbeit der Deutschen FDR-Vertretung zur Verfügung zu stellen. Da mit der Anmietung und Einrichtung des neuen Büros ebenfalls erhebliche Kosten verbunden sind, wäre ein zusätzlicher Zuschuß dazu auch eine gute Sache.

Wir hoffen sehr, daß Ihr die Wichtigkeit dieser Angelegenheit so einschätzt wie wir und warten auf eine Antwort.

Brasilien:

Dreieinhalb Jahre Knast für »Lula«

Am 26. Februar verurteilte der Militärgerichtshof von Sao Paulo „Lula" zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen seiner direkten Beteiligung am Metallarbeiterstreik, der im vergangenen Frühjahr mit einer zeitweisen Mobilisierung von 200.000 Arbeitern 41 Tage lang durchgehalten werden konnte (vgl. AK 177).

Luis Ignacio Silva, von den Arbeitern „Lula" genannt, ist Führer der neuen autonomen brasilianischen Gewerkschaftsbewegung sowie Präsident der „Partei der Arbeiter" (PT). Zusammen mit 12 anderen Gewerkschaftsführern wurde er beschuldigt, das „Gesetz der nationalen Sicherheit" verletzt zu haben. Drei seiner Mitkämpfer bekamen ebenfalls dreieinhalb Jahre, fünf erhielten zweieinhalb Jahre und zwei Genossen erhielten zwei Jahre. Zwei Gewerkschafter müssen nicht in den Knast („El Pais", 27.2.81).

Das Urteil wurde in Abwesenheit der angeklagten Gewerkschafter ausgesprochen. Ausländischen Presseleuten und brasilianischen Politikern war der Zutritt verboten, und so entschieden sich auch die Anwälte der Gewerkschafter, der Urteilsverkündung fernzubleiben. Die Anklagepunkte im einzelnen nach den Artikeln 36 und 42 des „Gesetzes der nationalen Sicherheit" sind:

- Bedrohung der nationalen Sicherheit
- Verbreitung revolutionärer Ideen
- Aufstachelung zu zivilem Ungehorsam.



Der Streik betraf damals vor allem auch die multinationalen Konzerne VW do Brasil und Mercedes Benz. Aber die brasilianische Diktatur ließ die Multis nicht im Stich: Die bestreikten Betriebe wurden zum Gebiet der nationalen Sicherheit erklärt, womit formal die Grundlage geschaffen war, „Lula" aus den genannten Gründen vor ein Militärtribunal zu stellen.

„Lula" selbst erklärte hierzu Ende Januar: *„Die Forderungen, für die wir seit dem Streik im letzten April kämpfen, sind praktisch dieselben, wie die, für die sich heute die polnischen Arbeiter schlagen"* („Le Monde", 31.1.81).

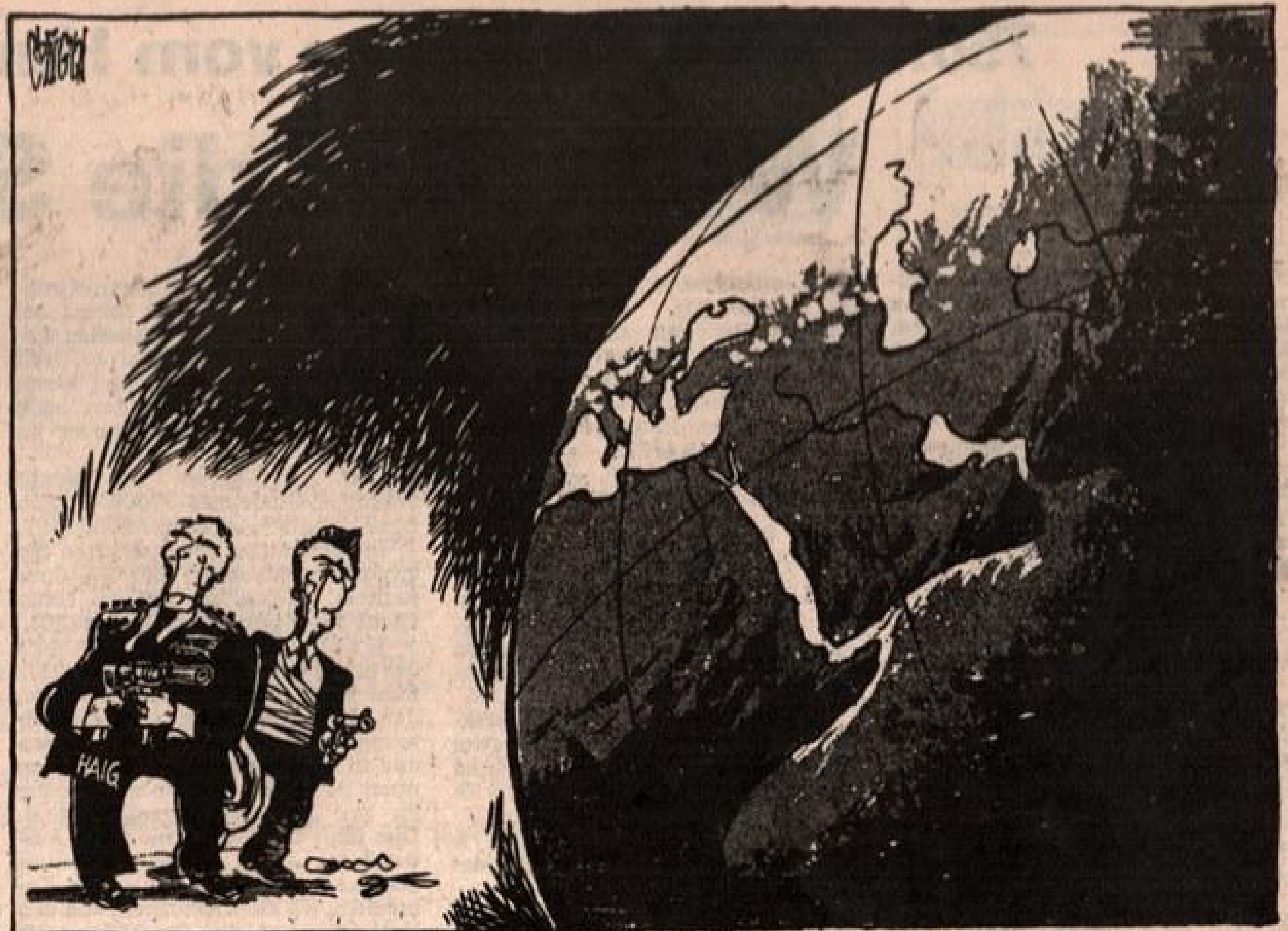
Brasilien ist jedoch nicht Polen und „Lula" ist im Gegensatz zu Lech Walesa auch kein Verehrer von Ronald Reagan. Brasilien ist zwar ökonomisch für den westdeutschen Imperialismus um ein vielfaches bedeutsamer als Polen, aber autonome Gewerkschafter passen hier leider nicht in die politische Konjunktur. Wie sonst ist das Desinteresse der westdeutschen Presse am Kampf der brasilianischen Arbeiter für soziale Verbesserungen und Gewerkschaftsautonomie zu verstehen?

Freiheit für „Lula" und alle verurteilten Gewerkschafter!

Lateinamerika-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

NATO-Drohungen gegen Sowjetunion und Kuba



(aus: „de Volkskrant“, 1.4.1981)

„Der Westen ist hilflos“

Um die Bedrohlichkeit der Lage zu illustrieren, wird nicht nur immer wieder neu das Märchen von der drückenden militärischen Überlegenheit der Sowjetunion nacherzählt; dem Westen wird zusätzlich noch hoffnungslose Zerstrittenheit und politische Hilflosigkeit angesichts wachsender Herausforderungen angedichtet. Symptomatisch für diese Argumentationslinie ist ein Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – „FAZ“ vom 5.12.80, in dem den zaudernden westeuropäischen Staatsmännern ebenso wie den „unrealistischen Deutschen“ (d. h. den naiven Entspannungs-Befürwortern) erklärt wird, was „für uns“ heute auf dem Spiel steht: *„Die Sowjetunion könnte auch ohne das Öl aus der Region des Persischen Golfs und ohne die Chrom- und Mangan-Erze aus dem südlichen Afrika weiterexistieren; wir könnten es nicht. Deshalb braucht der Westen so bald wie möglich eine gemeinsame Strategie zur Sicherung seiner Überlebensfähigkeit ...*

Afghanistan hat gezeigt, daß man vor dem Ausbruch der eigentlichen Krise tätig werden muß, wenn man etwas erreichen will“. Im folgenden wird in dem Kommentar eine lange Liste möglicher Ereignisse aufgezählt, für die unbedingt Gegenmaßnahmen abgesprochen werden müßten („für den Fall, daß Chomeini stirbt“; „wenn Sadat etwas zustößt“; „wenn in Saudi-Arabien das Königshaus gestürzt wird“ und ähnliches). *„Das Mindeste wäre doch“*, meint der „FAZ“-Kommentator, *„daß wenigstens einmal eine Liste möglicher Konflikte in Afrika, Asien und Lateinamerika aufgestellt würde und sich die Bündnispartner in groben Zügen darüber verständigten, was sie im Ernstfall unternehmen wollen und was unterbleiben soll“.*

Wenn man der „FAZ“ glauben will, gab es unter den Imperialisten lange Zeit noch nicht einmal Einigkeit darüber, der Sowjetunion für den Fall einer Intervention in Polen scharfe Sanktionen anzudrohen. Auf der NATO-Ratstagung im Dezember sei ein entsprechender Vorstoß der USA von den Europäern abgelehnt worden; die NATO sei folglich *„noch weit (davon) entfernt“*, *„ein System bereitliegender Sanktionen“* zu beschließen, *„deren bloße Existenz der Sowjetunion die Entschlußschwelle erhöht“* („FAZ“, 27.12.80). Pikanterweise äußerte sich US-General Rogers, NATO-Oberbefehlshaber in Europa, über eben diese, von der „FAZ“ als erfolglos bezeichnete NATO-Tagung, in einem Interview mit der „Welt“ (9.1.) sehr zufrieden: **„Ich habe dieses Treffen sehr zuversichtlich verlassen, denn es ist keine Frage offen geblieben“.**

Dieser Widerspruch hat weniger mit der Schlafmützigkeit der „FAZ“-Redakteure zu tun als vielmehr mit der bekannten Zweigleisigkeit imperialistischer Propaganda: je nach Bedarf werden die Akzente entweder mehr auf die Beschwörung der eigenen hoffnungslosen Unterlegenheit (um weitere Aufrüstung zu rechtfertigen) oder aber auf die Demonstration von Macht und Entschlossenheit gesetzt (um für „Wehrbereitschaft“ und kriegerische Stimmung zu sorgen).

„Schärfere Strafmaßnahmen“ als bei Afghanistan

Noch während der Amtszeit von Carter haben die USA einen Katalog von Sanktionen für den Fall eines militärischen Eingreifens der Sowjetunion in Polen bekanntgegeben:

- **Abbruch aller Abrüstungs-, Wirtschafts- und Finanzierungsverhandlungen;**
- **Einstellung politischer Kontakte auf hoher Ebene;**
- **Stopp mehrerer wirtschaftlicher Großprojekte;**
- **Aufkündigung der Schlußakte von Helsinki.**

Dieser Katalog ist von der NATO zwar formell nicht übernommen worden, und US-Kriegsminister Weinberger sprach noch Anfang April davon, daß Maßnahmen seitens der NATO erst e r a r b e i t e t würden. Mit Unstimmigkeiten zwischen den USA und den westeuropäischen Regierungen hat das aber wenig zu tun. Die Floskel von den „schärferen Sanktionen“ als beim sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ist unumstritten; daß Reagan, Haig, Weinberger und andere Sprecher der US-Regierung dabei die wildesten Drohungen gegenüber der Sowjetunion ausstoßen, liegt in der derzeitigen Rollenverteilung. Daß **„die ganze Welt Sache der NATO“** sein müsse (Haig), kann heute einfach kein Genscher öffentlich verkünden. Auch ein persönlicher Brief von Schmidt an Breschnew, in dem mit dem Ende aller Abrüstungsverhandlungen gedroht würde, ist gegenwärtig undenkbar. Bei Reagan geht das, wobei sein angegriffener Gesundheitszustand die Dramatik der Botschaft noch unterstreicht – dazu die „Bild“-Schlagzeile vom 7.4.: **„Kranker Reagan an Breschnew: Letzte Warnung – Hände weg von Polen“.**

Bei aller Theatralik, bei allen Warnungen, Drohungen und sorgenvoll vorgetragenen Erklärungen darf aber nicht übersehen werden, daß die Imperialisten kriegerische Auseinandersetzungen nicht nur herbeireden, sondern auch ganz praktisch vorbereiten:

- General Rogers hat schon im Dezember *„politische Richtlinien für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen“* erhalten (Interview mit der „Welt“, 9.1.). Rogers wurden darüberhinaus „außerordentliche Vollmachten“ erteilt, durch die *„die Reaktionszeit des Westens gegebenenfalls wesentlich verkürzt“* würde („Welt“, 15.12.80).
- Rogers' Vollmachten erstrecken sich auch auf *„überlegte Vorsichtsmaßnahmen ... und zwar Maßnahmen noch vor einer Intervention“* („Welt“-Interview, 9.1.), über die der General aber nicht reden möchte. Er nennt nur die ohnehin bekannte Überwachung sowjetischer Truppenbewegungen durch das AWACS-Frühwarnsystem; außerdem sei „der Zufluß der Geheimdienstberichte (also die Spionagetätigkeit; Anm. AK) verstärkt“ worden.
- Im Januar und Februar wurde in den USA **„die größte und umfassendste strategische Bereitschaftsübung, die jemals stattgefunden hat“** (ein Sprecher des Strategischen Luftwaffen-Kommandos, zitiert in der „Welt“ vom 28.1.) veranstaltet. Geprobt wurde die *„Möglichkeit eines Gegenschlages nach einem Nuklearangriff auf die USA“*. An der dreiwöchigen Übung nahmen mehr als 100.000 Mann und 800 Flugzeuge teil.
- Anfang Februar fand eine erneute NATO-Alarmübung statt (der letzte NATO-Alarm war erst Ende November ausgelöst worden). Diese Übung dauert gewöhnlich 6 bis 8 Stunden und wurde diesmal über mehr als zwei Tage (genau 51 Stunden) ausgedehnt. Dazu kommentiert die „taz“ (23.2.): *„Angesichts der Entwicklungen in Polen und entsprechender NATO-Warnungen an die Adresse der UdSSR sahen viele der beteiligten Soldaten in der Übung eine Drohgebärde gen Osten. Einige befürchteten sogar ein Eingreifen zur ‚Rettung' Polens“.*

Weitere „Strafmaßnahmen“ dürften zumindest im Planungsstadium sein, z.B. die von US-Kriegsminister Weinberger erwogenen Waffenlieferungen an China. Auch einige – eher im diplomatischen Bereich anzusiedelnde – Probleme der imperialistischen Nahost-Politik könnten beschleunigt angegangen werden, wenn zum Erhalt des „Gleichgewichts der Kräfte“ Sanktionen gegen die Sowjetunion geboten wären: im April nächsten Jahres muß Israel die Sinai-Halbinsel räumen (Camp-David-Abkommen) und einer „internationalen Friedenstruppe“ übergeben. Für diese „Friedenstruppe“ haben die USA schon 1000 Mann „angeboten“. Um allerdings *„Mißhelligkeiten mit den arabischen Staaten und eine neue Isolierung Ägyptens zu vermeiden“* („Hamburger Abendblatt“, 28. 3.), sollen europäische Soldaten das Hauptkontingent stellen. Eine Übernahme der beiden israelischen Luftstützpunkte im Sinai durch die USA – u.a. zur Stationierung der Eingreiftruppe „Rapid Deployment Force“ – wird bisher noch von Sadat abgelehnt: ein „Proteststurm in den arabischen Hauptstädten“ („HA“) wäre sonst zu erwarten. Auch in dieser Frage liegen „alle Hoffnungen bei den Europäern“...

Die USA alleingelassen? Von wegen!

Immer wieder versuchen die imperialistischen Propagandisten den Eindruck zu erwecken, als gäbe es zwischen den USA und ihren „gemäßigteren westeuropäischen Verbündeten ernsthafte Differenzen, die eine Einigung auf die von den USA geforderten „entschlossenen Maßnahmen“ nicht zustande kommen ließen. Immer wieder finden sich in der Presse aber auch Hinweise, daß das imperialistische „Sanktionsprogramm“ sehr wohl koordiniert und in internationaler Arbeitsteilung vorbereitet wird. Die „Welt“ schreibt dazu z.B. in einem Artikel unter der Überschrift „Amerika findet wieder Lob für die Franzosen“ (26.1.): *„Den USA gegenüber hat Paris in Überfülle Beweise seines guten Willens als zuverlässiger Verbündeter geliefert. Außenminister Francois-Poncet versicherte seinem Kollegen Haig, daß Frankreich jeder äußeren Einmischung in El Salvador ebenso energisch entgegentreten werde wie die USA. Daß es sich im Falle eines ‚sowjetischen Abenteuers' in Polen sofort auf seiten Amerikas bei Boykottmaßnahmen stellen wird. Daß es seine militärische Präsenz im Indischen Ozean aufrechterhält, in Afrika jeden Umsturzversuch vereitelt und seine atomare und konventionelle Rüstung so verstärkt, daß es auch ohne Rückkehr in die NATO und ohne Beteiligung am Streit über neue euro-strategische Waffen als guter und scharfer Festlandsdegen der USA in Europa gelten kann“.*

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sind auch kleinere Länder wie Schweden und Dänemark voll mit dabei. In Schweden wurden im Dezember demonstrative Bereitschaftsübungen von Wehrpflichtigen abgehalten; „gewisse Lücken“ bei der Kriegsmarine sollen aufgefüllt werden. In den dänischen Medien wurde gar über eine Bedrohung der Insel Bornholm durch einen Angriff der Sowjetunion lamentiert, um weitere „Verteidigungsanstrengungen“ zu fordern. Die sind allerdings nach Meinung von Stabschef Kristensen nicht nötig: im Falle einer Bedrohung Bornholms sei *„mit Unterstützung von seiten der deutschen Luft- und Seestreitkräfte zu rechnen“* („FAZ“, 5.12. 80).

Im Gegensatz zur Bundesregierung, die mit Drohgebärden vergleichsweise zurückhaltend ist und lieber insgeheim ihre Vorkehrungen trifft, benutzen die Vertreter der britischen Regierung auch in der Öffentlichkeit ähnlich starke Worte wie Reagan oder Haig – allen voran Maggie Thatcher und Außenminister Carrington, die immer wieder von „scharfen Sanktionen“ und dem Ende aller Abrüstungsverhandlungen reden.

Die Repräsentanten der VR China, demnächst vielleicht schon Großabnehmer amerikanischer Waffen, bemühen sich vor allem, die unter den Imperialisten ohnehin vereinheitlichte Regel „Sowjetische Intervention in Polen = Angriff auf die NATO“ zu unterstützen. Dazu Chinas Außenminister Huang Hua: *„Ein Eingreifen* (der SU in Polen; Anm. AK) *würde nicht nur das polnische Volk in eine Katastrophe stürzen, sondern für den Westen und den Weltfrieden Instabilität und eine neue Bedrohung bedeuten“* („Welt“, 3.4.).

Neue Blockade gegen Kuba?

Die imperialistischen Politiker und die ihre Reden kommentierenden Zeitungsredakteure zeichnen sich durch eine erstaunliche „geistige Beweglichkeit“ aus. Eben noch mit dem Thema Polen beschäftigt, streifen sie schon im nächsten Satz den „Expansionismus“ der Sowjetunion in Afrika, um sich dann der Lage in Mittelamerika zuzuwenden: die sowjetische Herausforderung erstreckt sich eben auf alle Erdteile. Besonderes Haßobjekt ist dabei Kuba, an dessen „Einmischung in Afrika“ – Kubas Hilfe bei der Befreiung Angolas – immer wieder erinnert wird. Die Revolution in El Salvador ist natürlich wiederum das Werk Kubas, das hier stellvertretend für die Sowjetunion als der eigentlichen Befehlszentrale und Finanzquelle des „internationalen Terrorismus“ agiert. Um diese „Analyse“ zu belegen, hat die CIA keine Mühen gescheut und ein Weißbuch zusammengestellt, dessen „Dokumente“ allerdings weitgehend selbstgemacht sind – wie von dem ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee nachgewiesen werden konnte (zur Arbeit von Agee vgl. Interview in AK 170, S. 3). Dennoch wird, gestützt auf die CIA-„Dokumentation“, die Kampagne gegen Kuba forgesetzt. Immer häufiger wird dabei mit einer Blockade gedroht, zu der die USA „gezwungen“ sein könnten, denn – „die Kommunisten wollen ganz Mittelamerika“ (Haig). Zur Zeit befinden sich nach Angaben der „Welt“ (25.2.) 41 US-Kriegsschiffe in der Karibik – „die größte Konzentration amerikanischer Kreuzer auf der Welt“.

750.000.000 Menschen vom Hungertod bedroht –

Wer trägt die Schuld?

Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO sind 2 Milliarden Menschen unterernährt. Im „Jahr des Kindes" verhungerten weltweit 15 Millionen Kinder (1). Im Jahr 1985 wird eine dreiviertel Milliarde kurz vor dem Hungertod stehen (2).

Die Weltöffentlichkeit nimmt von diesem Holocaust selten Notiz. Da muß sich schon eine Hungersnot politisch ausschlachten lassen – wie es die bürgerliche Presse im Fall Kampucheas skrupellos tat.

Zur Abwendung des Massensterbens appelieren internationale ‚Hilfs'-Organisationen an das Gewissen des Einzelnen:

„Es ist unser christliches Gebot, für die leidenden Menschen in Uganda einzutreten, um sie vor Hunger und Tod zu retten. Bitte beiliegende Überweisungsformulare benutzen" (3).

Auch Christenmensch Rudolf Bahro nimmt den „Wohlstandsbürger" in die Verantwortung:

„Wir können uns gegenüber den Völkern der Südhalbkugel nicht damit herausreden, daß ja alle Ausbeutung und Unterdrückung, alle Not und Hungerkatastrophen von unseren Kapitalisten ausgehen" (4).

Legendenbildung

Über die wahren Hintergründe des Welthungers herrscht vielfach völlige Unklarheit. Herbert Gruhl faselt beispielsweise von einer *„Bevölkerungslawine": Die Erde ist längst überfüllt, daß selbst bei sparsamstem Verbrauch die Menschen auch nicht mehr entfernt mit dem auskommen könnten, was auf natürliche Weise wächst"* (5).

Solche Mythen sind auf dem Boden der bürgerlichen Propaganda gewachsen, die uns schon jahrelang etwa mit folgenden Weisheiten berieselt: *„An Maßnahmen gegen den Hunger seien vor allem die Steigerung der Agrarproduktion in den ärmsten Ländern (...) und nicht zuletzt die Eindämmung der Bevölkerungsexplosion zu nennen"*, so aus einem Referat der „Deutschen Welthungerhilfe" (6).

Dem stehen die Fakten entgegen:

– Legt man die globale Getreideproduktion auf die Bevölkerungszahlen um, so kommt man auf eine Menge von 1 kg pro Person und Tag (7).

– 86% aller Menschen aus „unterentwickelten Gebieten" leben in Ländern, wo in den letzten 20 Jahren

(7).

– 86% aller Menschen aus „unterentwickelten Gebieten" leben in Ländern, wo in den letzten 20 Jahren

die Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum standhielt oder es sogar übertraf (8).

– In der VR China gibt es pro Kopf nur die Hälfte an landwirtschaftlichem Nutzland im Vergleich zu Indien. Trotzdem wüten in Indien jährlich Hungersnöte, in der VR China werden alle Menschen satt (9).

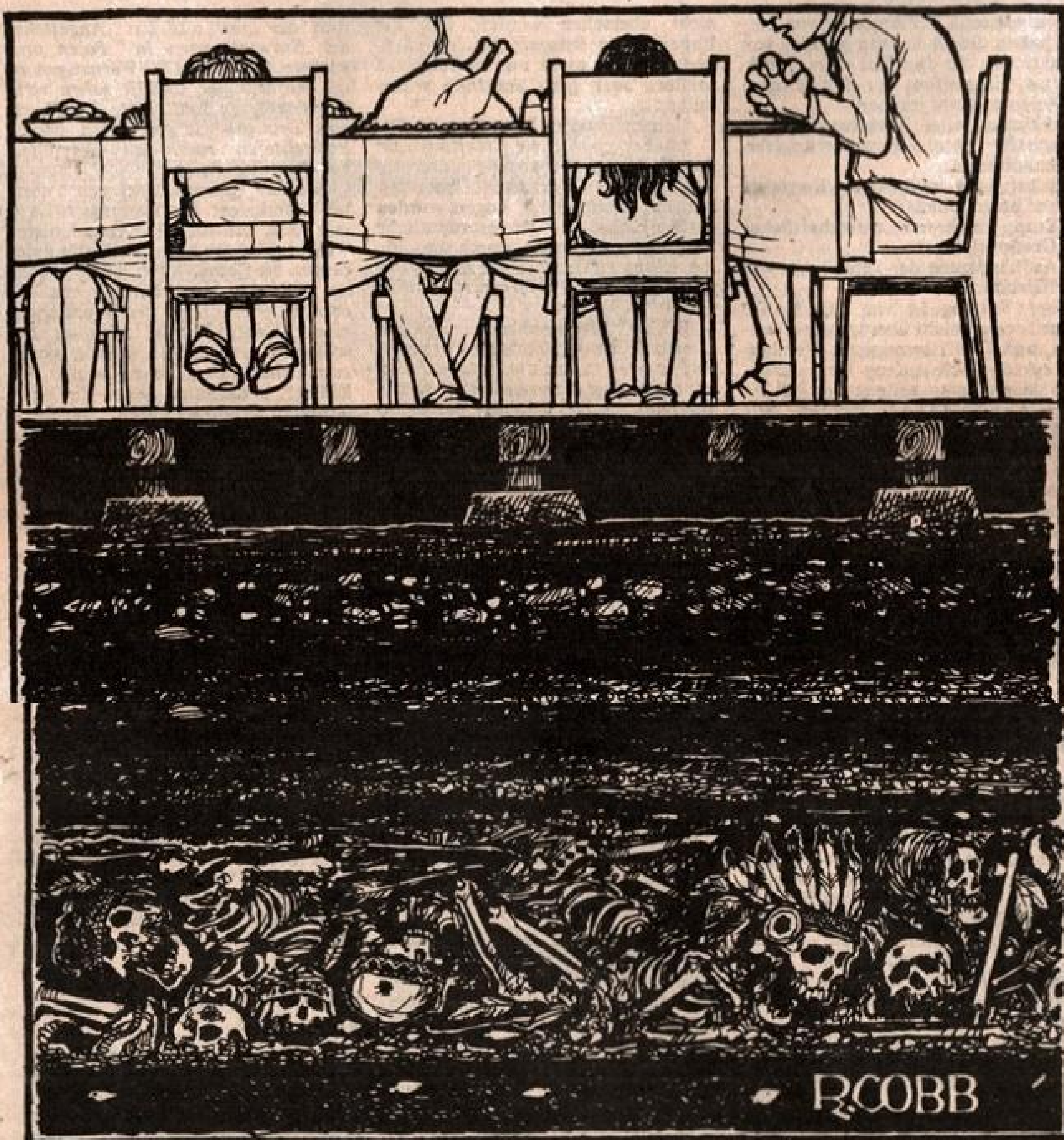
– Während der Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone s t i e g e n die Nahrungsmittelexporte aus diesem Gebiet, z.T. sogar in Rekordhöhe. Der Rinderexport erreichte 1971, dem ersten Jahr der vollen Trockenheit, über 200 Millionen Pfund – verglichen mit 1969 eine Steigerung von 41%. Die Exporte von Kühl- und Gefrierfleisch stiegen auf das Dreifache. Außerdem wurden aus diesem „Hungergebiet" allein 1971 56 Millionen Pfund Fisch und 32 Millionen Pfund Gemüse ausgeführt (10).

Gibt es zuviele Menschen und zuwenig Nahrung, um alle zu sättigen? Die angeführten Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Statt oberflächlicher Legendenbildung wollen wir nun das Problem von einer anderen, grundsätzlicheren Seite her angehen.

Die Entwicklung der Unterentwicklung

Durch den Kolonialismus wurde der teilweise geradezu kunstfertig betriebene Ackerbau in der 3. Welt, der die Bedürfnisse der dortigen Völker vollauf befriedigt hatte, total umgekrempelt und den Erfordernissen der Kolonialmächte angepaßt: *„Unsere westindischen Kolonien können nicht als Länder betrachtet werden ... Die Westindischen Inseln sind der Ort, wo England es p a s s e n d findet, die Erzeugung von Zucker, Kaffee und einigen anderen Tropenprodukten weiterzuführen"*, so der englische Wirtschaftswissenschaftler John Stuart Mill (11). In ihrem Streben nach dem „nächsten, unmittelbarsten Nutzeffekt" (Marx) war den Kolonialherren das Überleben der Völker egal. In Indien z.B. ließen die Engländer kunstvolle Bewässerungskanäle einfach verfallen. Sie *„entdecken jetzt endlich durch die regelmäßig wiederkehrenden Hungersnöte, daß sie die einzige Tätigkeit vernachlässigt haben, die ihre Herrschaft in Indien wenigstens ebenso rechtmäßig machen könnte, wie die ihrer Vorgänger"*, urteilte Friedrich Engels (12).



Die Welt im Privatbesitz

Heute sorgen himmelschreiende Eigentumsverhältnisse für die Fortsetzung des damals geschaffenen Übels.

– Im gerade aktuellen Fall El Salvador besitzt weniger als 1% der Farmer über die Hälfte des gesamten bebaubaren Bodens sowie allen hochwertigen Boden (13).

– Im benachbarten Honduras besitzen nur 667 Familien und zwei Bananengesellschaften – United Brands und Standard Fruits – 85% des bebauten Landes (14).

– In ganz Südamerika verfügen 17% der Grundeigentümer über 90% des Bodens (15)

– In Afrika haben 3/4 der Bevölkerung nur zu 4% des Bodens Zugang.

– W e l t w e i t verfügen ganze 2,5% der Grundbesitzer über nahezu 3/4 des gesamten Grund und Bodens – und davon die obersten 0,23% (!) über mehr als die Hälfte (16).

Von den Großgrundbesitzern wird nun nicht für die einheimische Bevölkerung produziert, sondern für die Märkte in den kapitalistischen Metropolen, weil da einfach die Provite höher sind.

„Weil die gesamte Agrarkonzernwirtschaft auf Rentabilität beruht, überrascht nicht, daß in Kolumbien ein Hektar, auf dem Nelken gezüchtet werden, 1 Million Pesos jährlich einbringt, während Weizen und Mais nur 12500 Pesos abwerfen. Infolgedessen muß Kolumbien wie die meisten anderen armen Länder Lateinamerikas knappe Devisen dafür einsetzen, Grundnahrungsmittel zu importieren" (17).

Dieses Bild bietet sich auf der ganzen Welt:

Afrika ist ein Nettoexporteur von Gerste, Bohnen, Erdnüssen, Frischgemüse und Rindern (abgesehen von Luxuserzeugnissen wie Kaffee und Kakao); dennoch gibt es bei Kleinkindern mehr Protein- und Kalorienunterernährung als auf jedem anderen Kontinent (18). Zur Sahel-Zone wurde oben einiges gesagt; auf den Philippinen werden 50%, auf Mauritius über 80% des bebaubaren Bodens für Exportproduktion verwendet. In Senegal nimmt allein die Erdnußproduktion 50% aller Anbauflächen in Anspruch (18).

Außerdem wird Land in Großgrundbesitz oft gar nicht bebaut, sei es, weil das nach kapitalistischer Logik nicht rentabel ist, sei es, weil ausländische Konzerne große Flächen brach liegen lassen, um dort nach Bodenschätzen zu suchen oder zu schürfen.

– Der Agrarkonzern Del Monte besitzt in Guatemala 57000 Morgen Land, genutzt werden nur 9000 (19).

– In Kolumbien bewirtschaften die größten Landbesitzer nur 6% ihres Besitzes, obwohl sie 70% der Nutzfläche des Staates kontrollieren (20).

– W e l t w e i t werden nur 44% des bebaubaren Bodens genutzt (21).

Eine Folge davon ist beispielsweise, daß die armen Bauern mit immer weniger Land auskommen müssen und in ihrer Verzweiflung oft Böden unter den Pflug nehmen müssen, die für den Ackerbau ungeeignet sind. Dies führt zu einer Erosion und Auswaschung dieser Flächen – so zu beobachten im oben erwähnten Kolumbien, wo die Kleinbauern von den Haciendas auf die Berghänge, mit Steigungen bis zu 45%, vertrieben wurden (22).

Drahtzieher und Nutznießer: die Multis

Imperialistische Konzerne machen im Geschäft mit Nahrung und Hunger den größten Reibach:

– Als Besitzer der Böden. So wird z.Z. der brasilianische Amazonas unter die Multis aufgeteilt. Ein deutscher Multi (VW) brannte 1 Million Morgen Tropenland nieder, um dort eine Rinderfarm zu errichten (23).

– Wichtiger als das formale Besitzrecht, das oft an die Bourgeoisie oder Strohmänner in der 3. Welt abgegeben wurde, ist die Kontrolle der Verarbeitung und des Handels:

Durch den Kolonialismus wurden die Länder in der 3. Welt zu „Bananenrepubliken" gemacht, d.h. ihre Wirtschaft wurde auf ein oder zwei Exportgüter getrimmt. Da solche Waren (im Unterschied z.B. zum Erdöl) leicht verderblich sind, können diese Staaten nicht lange um günstige Verkaufspreise pokern, sondern müssen unmittelbar nach der Ernte an den Zwischenhandel verkaufen. Und im Unterschied zu den Staaten der 3. Welt, die sich oft gegenseitig Konkurrenz machen, ist der Zwischenhandel sehr straff und monopolistisch organisiert (24):

– der Kakaomarkt wird zu 40% von einem Konzern beherrscht;
– der Palmölmarkt zu 80%;
– der Kaffeemarkt zu 30-40% von Nestle und General Foods;
– der Bananenmarkt von United Brands (ehemals United Fruits –35%), Castel and Cook (Dole – 25%) und Del Monte (10%).

Versuche zur Kartellbildung ähnlich der OPEC waren unter diesen Voraussetzungen bisher hoffnungslos. Umgekehrt konnten die Multis durch ihre beherrschende Marktstellung nicht nur den Erzeugerstaaten, sondern auch den Konsumenten (in den Industriestaaten) beliebig die Preise diktieren – und so doppelt abkassieren.

Blutiger Weizen

Die imperialistischen Staaten könnten heute mit ihren Nahrungsmittelüberschüssen sofort Millionen von Menschen vor dem drohenden Hungertod retten. Stattdessen ließen sich die USA z.B. bei der Hungerkatastrophe im Sahel-Gebiet Anfang der 70er Jahre gerade dazu herab, den 25 Millionen Verhungernden mit Viehfutter zu „helfen" (25). Statt uneigennütziger Hilfe haben die USA mit ihren Weizenüberschüssen ganz andere Absichten:

„Ich habe gehört, daß Leute von unseren Nahrungsmitteln abhängig werden können. Ich weiß, daß das als schlechte Nachricht galt. Für mich war das eine gute Nachricht, denn bevor jemand irgendetwas unternehmen kann, muß er erst einmal essen. Und wenn wir nach einem Weg suchen, wie man andere dazu bringen kann, sich an uns anzulehnen, von uns abhängig zu werden im Sinne einer Zusammenarbeit mit uns, dann scheint mir Abhängigkeit von Nahrungsmitteln ausgezeichnet zu sein" (der spätere US-Vizepräsident H. Humphrey, 1957) (26).

Oder: *„In unterentwickelten Gegenden – wo die Nationen gerade erst lernen, Nationen zu sein – können Nahrungsmittelprobleme Unruhen und Revolutionen auslösen. (....) Daher können amerikanische Lebensmittel ein stabilisierendes Element sein, in dem demokratische Reformen wachsen können."* (Der US-Landwirtschaftsminister O.L. Freeman, 1963) (26).

„Stabilisierende Elemente" waren z.B.:

– die Lebensmittellieferungen als Publicity für bürgerliche Regierungen in Frankreich und Italien direkt nach 1945, um Wahlsiege der Kommunisten zu verhindern;
– günstige Weizenlieferungen an das Chile Pinochets;
– Lebensmittellieferungen an die Tschiang Kai-tschek Clique in China;
– Lieferungen an die früheren antikommunistischen Regime in Südvietnam und Kambodscha, die das Getreide auf dem Binnenmarkt weiterverkauften und mit dem so erwirtschafteten Geld die Kriegsrüstung gegen die Befreiungskräfte ankurbelten (27);
– riesige Weizenlieferungen an Ägypten, um das Sinai-Abkommen durch eine Unterstützung des Sadat-Regimes zu sichern (26).

Länder, die keinen wichtigen Stellenwert in der US-Globalstrategie haben, wurden demgegenüber ihrem Schicksal überlassen, wie z.B. die oben erwähnte Sahel-Region Anfang der 70er Jahre oder auch Indien in den 40er Jahren, wo über 4 Millionen Menschen verreckten.

Gegen die Volksfront-Regierung in Chile wurden sogar Weizen-Lieferungen zu normalen kommerziellen Bedingungen verboten. Zur Zeit weigert sich die Reagan-Administration, an das antiimperialistische Nicaragua bereits zugesagte Weizen-Lieferungen zu tätigen (28).

Diese Maßnahmen können auch flankiert werden durch Aktionen, die die eigenständige Nahrungsmittelerzeugung unliebsamer Staaten zerstören. Darunter fallen:

– **Wetterwaffen.** In Vietnam wurde zwischen 1967 und 1972 versucht, durch das Besprühen von Wolkenformationen mit Silber- und Bleijodid Wolkenbrüche auszulösen.
– **Chemische Waffen**, wie die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen in Nordvietnam durch „Agent Orange".
– **Biologische Waffen**, wie die künstliche Verbreitung von Unkraut, Viren, Pilzen, Ratten etc. in fremden Ländern.

Schon Mitte der 70iger Jahre urteilte eine interne CIA-Studie, daß durch das Getreide *„den USA bereits in naher Zukunft eine Macht in die Hände gegeben wird, wie sie sie noch nie besessen hat – selbst direkt nach dem Zweiten Weltkrieg nicht"* (29).

Atomare Erstschlags-Potenz und Hungerwaffe – die Eindämmungspolitik der Reagan-Ära geht über Millionen, wenn nicht Milliarden Leichen !

Sozialdemokratisches Krisenmanagement

Sozialdemokratisches Krisenmanagement

Bei der Beratung der sich zuspitzenden Widersprüche zwischen Imperialismus und 3. Welt nimmt auch der Punkt „Hunger und Ernährung" einen wichtigen Platz ein – so z.B. bei den Vorschlägen der „Nord-Süd-Kommission". Diese Institution, 1977 unter dem Vorsitz des ehemaligen US-Kriegsministers und Weltbankpräsidenten McNamara gegründet, arbeitet z.Z. zur Pflege eines besseren Images unter der Regie von „Friedesengel" Willy Brandt (30).

Um „den Hunger (zu) beenden" schlägt diese Kommission für die Südhalbkugel u.a. folgendes vor: *„Die Anwendung von Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln muß gefördert werden, und die Bauern brauchen Traktoren und Zugtiere.(.....) Und ob die Entwicklung und Einführung neuer Pflanzensorten weitergeht, hängt davon ab, daß die Forschungsarbei (...) fortgeführt wird. (Hier) sollte viel mehr getan werden"* (31).

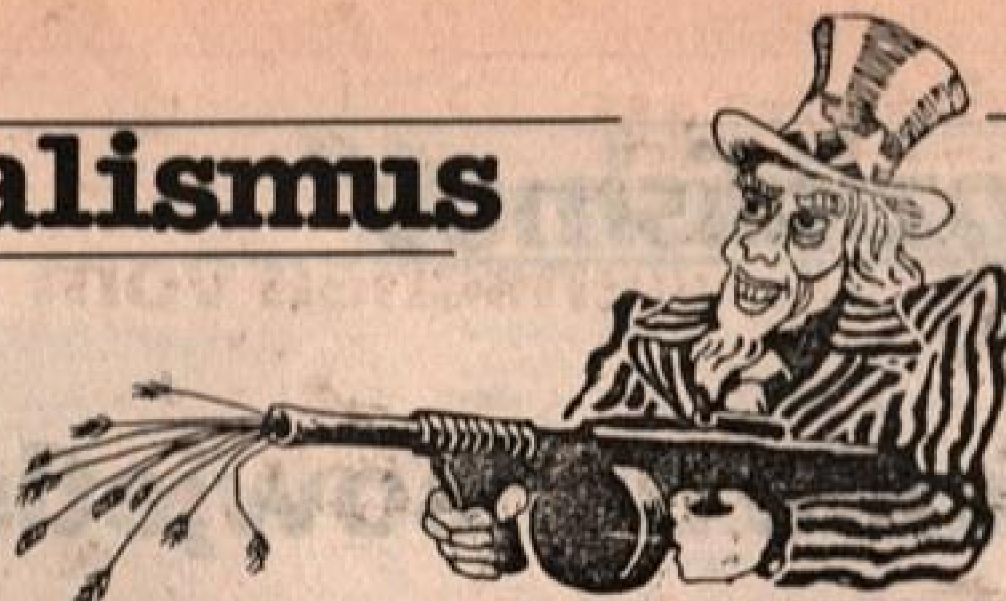
Diese Maßnahmen sind nötig, weil *„die Nahrungsmittelerzeugung der Welt nicht angemessen wächst"* (32). Zu dieser Fehlanalyse wurde eingangs ja schon das Notwendige gesagt. **Ist es aber trotzallem nicht sinnvoll, die vorgeschlagenen Maßnahmen** zur Mechanisierung der Landwirtschaft („Grüne Revolution") zu unterstützen ? Das Grundproblem ist: Alle diese Modernisierungsmaßnahmen sind für die armen Bauern unerschwinglich. In Lateinamerika z.B. haben nur die oberen 15% von denen, die Landwirtschaft betreiben, Zugang zu Krediten, in Afrika sind es nur 5% (33).

Neu entwickeltes Saatgut wird an arme Pächter oft nicht einmal dann abgegeben, wenn sie es bezahlen könnten. Eine Studie über die Philippinen aus dem Jahre 1966 zeigt auf, daß dort nur Reisbauern mit mehr als 25 Morgen Land neues Saatgut erhielten (34).

Da die Mechanisierung die Produktivität pro Arbeiter (nicht unbedingt pro ha) erhöht, kann der reiche

Fortsetzung nächste Seite

Imperialismus



Fortsetzung von Seite 42

Bauer seine Waren jetzt noch billiger anbieten. So wird der Kleinbauer aus dem Geschäft gedrängt, er muß sein Land schließlich verkaufen. Der Kreis schließt sich, wenn der Großgrundbesitzer dieses Land aufkauft und der Weg für noch stärkere Modernisierung auf noch größeren Besitzungen frei wird. Auf diese Art vergrößerten die bessergestellten Kaffeeanbauer in einer Provinz in Kolumbien zwischen 1963 und 1970 ihre Güter um durchschnittlich 76% (35).

Der dadurch landlos gewordene Kleinbauer sucht nun als Landarbeiter eine Anstellung – und findet keine, denn die Maschinen, die maschinenfreundlichen neuen Pflanzen- und Dünge(mittel)methoden sind billiger als seine Arbeitskraft. In Lateinamerika sind schon 2,5 Millionen Arbeiter durch Traktoren verdrängt worden – weniger als 1/3 von ihnen darf auf neue Beschäftigung in der Landwirtschaft hoffen (36).

Man kann sich leicht vorstellen, daß die von der Nord-Süd-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen keine anderen Auswirkungen haben werden, als die bei den eben geschilderten Beispielen der „Grünen Revolutionen".

Sind Willy Brandt und seine Expertengruppe also boshaft oder dumm, wenn sie solche Vorschläge machen? Nein, ihnen geht es nur um etwas ganz anderes: *„Die Industrialisierung der Entwicklungsländer (....) wird in zunehmendem Maße neue Möglichkeiten für den Welthandel eröffnen und muß nicht im Widerspruch zu den langfristigen Interessen der Industrieländer stehen"*(37).

Auf unserem Untersuchungsgebiet heißt das:

Der Agrarmaschinenriese John Deere steigerte Anfang der 70iger Jahre seine Überseeverkäufe von 16 auf 23% des Gesamtumsatzes: sein Branchenkonkurrent Massay-Ferguson aus Kanada wickelt jetzt gar 70% seines Handels außerhalb Nordamerikas ab (38).

Noch krasser bei den Düngemitteln: 1971 bezahlten die Länder der 3. Welt insgesamt 550 Millionen Dollar, 1976 schon 2,5 Milliarden Dollar – für die gleiche Menge! Da die Düngemittelnachfrage bei der „Grünen Revolution" weltweit rapide steigt, ist eine weitere Preistreiberei der Chemiekonzerne absehbar (39).

Wie sagte doch die Brandt-Kommission: „.......neue Möglichkeiten für den Welthandel.....".

Sozialismus.........

Andere Empfehlungen legt uns Rudolf Bahro ans Herz: *„Wir müssen alle Fragen der inneren und äußeren Politik unter dem Gesichtspunkt des Überlebens stellen und (zum Beispiel) nicht mehr im Sinne des unbedingten Sieges der eigenen* **Klasse**, *des eigenen* **Landes**, *des eigenen* **Systems**" (40).

Seltsamerweise haben die Frage des „Überlebens" und des Sieges gegen den Hungertod aber genau die Völker gelöst, die die herrschende „Klasse" stürzten, das eigene „Land" von ausländischer Abhänigkeit befreiten und ein antiimperialistisches „System" aufbauten (ohne unbedingt auf Anhieb einen erstklassigen Sozialismus zu praktizieren):

– Musterbeispiel ist hier immer noch die VR China, die im Gegensatz zu Indien (das von den Startbedingungen her vergleichbar ist) bis Ende der 50iger Jahre die Hungersnöte besiegte, die vorher jedes Jahr mindestens einige Hunderttausend Tote (41) gefordert hatten. Interessanterweise häufen sich – nach zwanzig „satten" Jahren – seit kurzer Zeit wieder die Nachrichten über Hungergefahren in China. Konkret wurde im Januar 1981 von einer Delegation des Katastrophenhilfswerkes der UNO auf die Provinzen Hubei und Hebei verwiesen (42). Dies dürfte die Quittung für den kapitalistischen Wirtschaftskurs der neuen Pekinger Führung sein, die durch die Förderung freier Märkte und privater Kapitalanlage sowie durch Importe ausländischer Technologie am Bedarf der Massen vorbeiarbeitet.

– Kuba ist ein Beispiel dafür, daß die Mechanisierung und Modernisierung unter den Bedingungen einer demokratischen Volkswirtschaft nicht zum Massenelend führen muß. Obwohl auf der Karibik-Insel die höchste Traktorendichte ganz Südamerikas ist, obwohl 75%-90% der Reisanbaufläche mit neuentwickelten Spezial-Saatgut bepflanzt wird, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Es geht den Menschen hier so gut wie sonst nirgendwo im „Hinterhof der USA". Das ist auch nicht verwunderlich, denn nicht reiche Großgrundbesitzer sind die Nutznießer dieser Neuerungen, sondern die Kollektive und Kommunen (43).

– Selbst das vom Krieg und dem Terror Pol Pots grausam zerstörte und desorganisierte Kampuchea kann sich in diesem Jahr schon wieder selber ernähren. Noch 1980 hatten Schreiberlinge in der großbürgerlichen „FAZ" gemutmaßt: *„Kambodcha unter der vietnamesischen Besatzung ist weder politisch noch wirtschaftlich lebensfähig"* („FAZ", 22.11.80) (44).

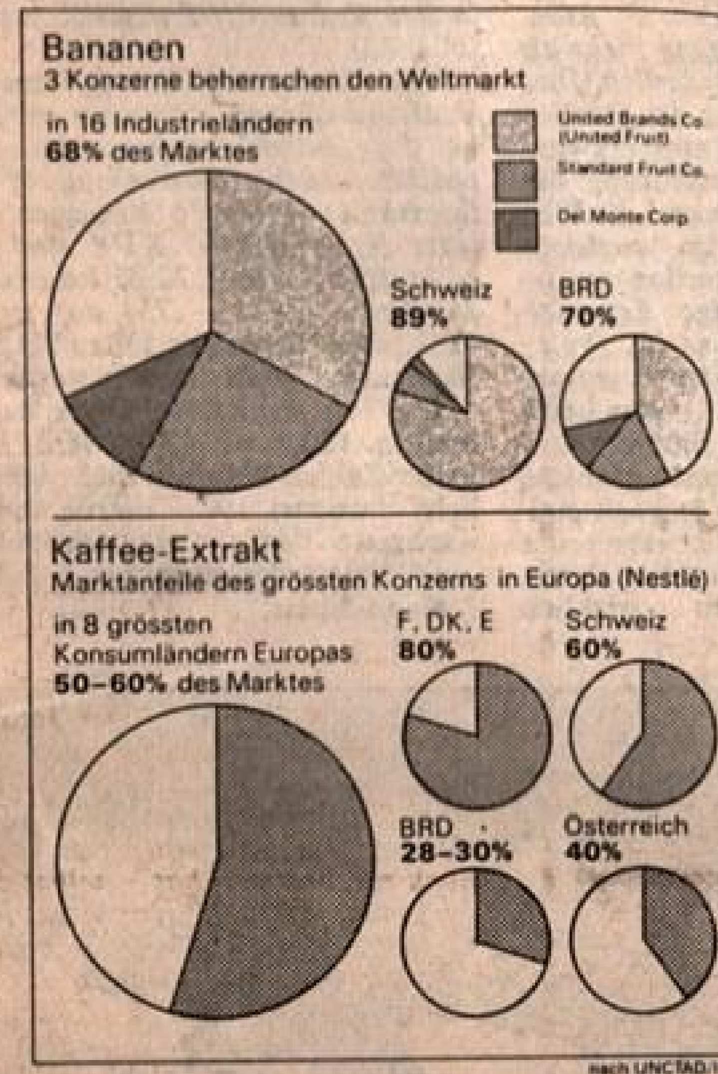
.........oder Barbarei !

Wo die Suche nach einem „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus" diese Fakten nicht zur Kenntnis nehmen will, können wir ganz erstaunliche Lösungsvorschläge für die Hungerproblematik bewundern. Herbert Gruhl landet z.B. bei folgender Weisheit: *„Was ist also christlicher: In diesem Jahr eine Million vor dem Hungertod bewahren, um dann in den nächsten 3-4 Jahren vielleicht 3 oder 4 Millionen nicht mehr retten zu können oder wie es ein wirklich nachdenklicher Mann einmal ausgedrückt hat – Indien seinem Schicksal zu überlassen? Wenn man das täte, so würden im Laufe der nächsten fünf oder zehn Jahre viele Millionen weniger Menschen einem unausweichlichen Schicksal überantwortet werden"*(45).

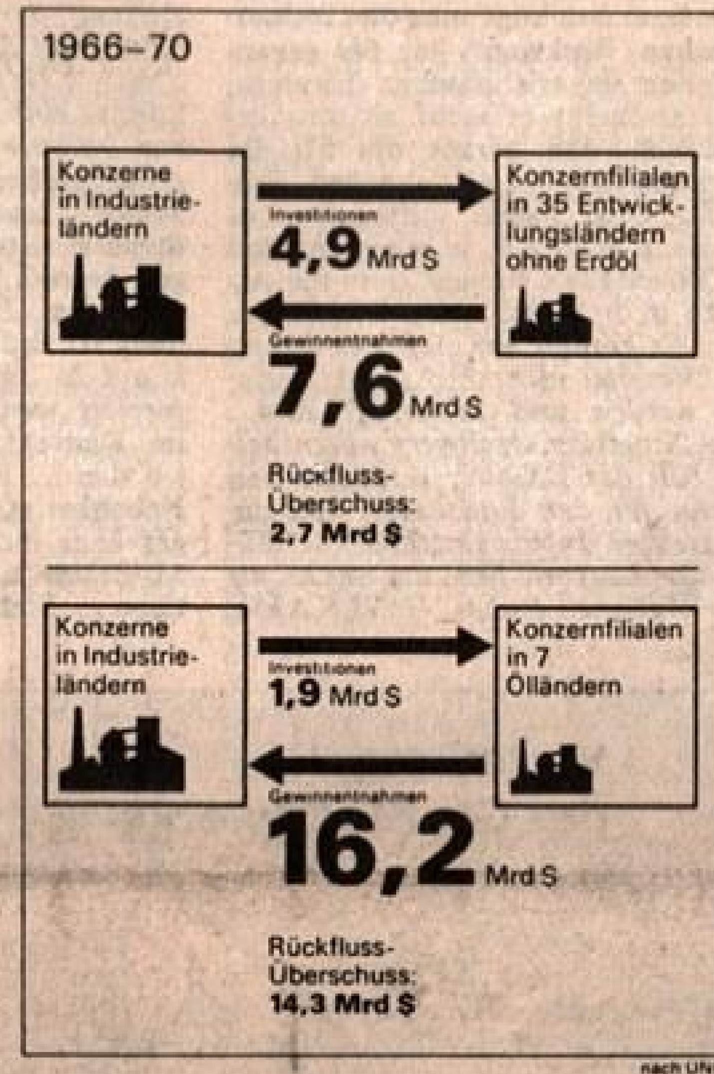
Mit dieser Unbarmherzigkeit sind die Verfechter des „dritten Weges" von der Menschenfeindlichkeit der Imperialisten nicht mehr zu unterscheiden: Die BRD ließ durch ihren Botschafter in Obervolta bezüglich des Massensterbens in der Sahel-Zone verlauten, *„daß emotionale Reaktionen (....) das Problem nicht lösen, sondern im Gegenteil verewigen, vor allem wenn weiterhin Nahrungsmittel geliefert werden."* Empfohlen wird *„völliges Absehen von Eingriffen in die Natur dieser Region (....). Das hieße ferner, daß sich der Viehbestand und die Bevölkerung verringern müßten (...). Dies könnte durch weitere Katastrophen (Krankheit, Unterernährung) oder durch Abwanderung an andere Stellen geschehen"* (46). Deutlicher kann man es nicht sagen.

Jü./AK Ökologie
KB-Gruppe Freiburg

Wenige Konzerne beherrschen einzelne Warenmärkte



Gewinnentnahmen multinationaler Konzerne sind grösser als Investitionen



Kaufkraftverluste für die Entwicklungsländer



Unterernährung ist ein Verteilproblem auch innerhalb der Länder



Anmerkungen:

1 Peter Krieg, Materialmappe zum Film „Septemberweizen", Kapitel VII
2 Deutsche Welthungerhilfe, Faltblatt „Grundbedürfnisse"
3 Internationaler Hilfsfond, Faltblatt „Helfen Sie – oder Uganda stirbt"
4 Rudolf Bahro, Elemente einer neuen Politik, Verlag Olle & Wolter 1980, S. 90
5 Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, S. 90
6 Deutsche Welthungerhilfe, „Welternährung", Infoheft April 1980
7 FAO-Statistiken, zitiert nach: „Erklärung von Bern", Zürich & Aktion Dritte Welt, Freiburg: „10 Legenden um den Hunger in der Welt", S. 36
8 zitiert ebenda, S. 36
9 zitiert ebenda, S. 38
10 Collins/Lappé, Vom Mythos des Hungers, Fischer alternativ 1980, S. 126 (im folgenden abgekürzt: Mythos)
11 Mythos, S. 100
12 Marx/Engels, Droht der gemeinsame Untergang, buntbuch 1980, S. 14
13 Eine Dissertation der University of California von 1969 – z.n. Mythos, S. 51
14 Mythos, S. 418
15 Susan George, Wie die anderen sterben, Rotbuch Verlag 1980, S. 23 (im folgenden abgekürzt: Wie die anderen ...)
16 FAO-Bericht von 1969; seither hat die Konzentration weiter zugenommen – z.n. Wie die anderen ..., S. 42
17 Wie die anderen ... , S. 128
18 Mythos, S. 27
19 Mythos, S. 105
20 Mythos, S. 28
21 US-Regierungsstudie von 1967, z.n. Mythos, S. 28
22 Studie der Weltbank, z.n. 10 Legenden um den Hunger in der Welt, S. 50
23 Mythos, S. 61
24 Mythos, S. 228 – 230
25 Bericht der US-Entwicklungsbehörde AID, z.n. Weissmann, Das trojanische Pferd – die Auslandshilfe der USA
26 z.n. Peter Krieg, Arbeitsmappe zu „Septemberweizen", Kapitel VI
27 Mythos, S. 372
28 S. AK 196
29 z.n. Süddeutsche Zeitung, 26.3.75
30 Nord-Süd-Kommission, Das Überleben sichern, Kiepenheuer & Witsch 1980 (im folgenden abgekürzt: Überleben sichern ...)
31 Überleben sichern ... , S. 121/122
32 Überleben sichern ... , S. 117
33 Nach Berichten der Weltbank, z.n. Wie die anderen ... , S. 212
34 Mythos, S. 141
35 Mythos, S. 153
36 Studie der Weltarbeitsorganisation ILO, z.n. Mythos, S. 48
37 Überleben sichern, S. 357
38 Mythos, S. 181
39 Wie die anderen ... , S. 194
40 Rudolf Bahro, Elemente einer neuen Politik, S. 112
41 S. beispielsweise Rotkreuz-Berichte, z.n. Mythos, S. 119
42 Badische Zeitung, 7./8.2.1981
43 Mythos, S. 147 und 183
44 s. ausführlich AK 195
45 Herbert Gruhl. Ein Planet wird geplündert. S. 176
46 z.n. SPIEGEL, 26.1.1981

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Hintergründe der sowjetischen Energiepolitik

Die Sowjetunion verfügt über bedeutende Resourcen an Erdöl, Erdgas und Kohle, die es ihr erlauben, als Energie-Nettoexporteur aufzutreten, d.h. daß der Energieimport der SU geringer ist als die (positive) Differenz zwischen Produktion und Verbrauch. Neben der Abdeckung des eigenen Bedarfs hält die SU einen hohen Anteil an den Energieimporten der anderen RGW-Länder und exportiert darüber hinaus nach Westeuropa.

Wie in den kapitalistischen Staaten, so hat auch in der SU seit den 50er Jahren eine Umorientierung von der Kohle zum Erdöl stattgefunden: 1950 setzte sich die sowjetische Energieproduktion aus 66,1 % Kohle, 17,4 % Erdöl und 2,3 % Erdgas zusammen; 1960 aus 56 % Kohle, 31 % Erdöl und 8 % Erdgas; 1970 aus 39,5 % Kohle, 41 % Erdöl und 19,4% Erdgas (VIII und II, S. 987). Zwischen 1950 und 1970 hat sich also das Verhältnis von Kohle zu Erdöl/Erdgas in der Energieproduktion umgekehrt. Dazu kann man in sowjetischen Quellen lesen: *„Das schnelle* (weltweite – Anm. Kom.) *Wachstum des Verbrauchs von Primärenergiequellen in den 50er und 60er Jahren war in beträchtlichem Maße bedingt durch die niedrigen Preise für den wichtigsten Energiebrennstoff, das Erdöl ..."* (V, S. 3). Diese Tendenz bestimmte noch deutlich den IX. Fünfjahrplan (1971-75), der *„das Energieaufkommen um ein weiteres Drittel (erhöhen sollte). Besonders starke Steigerungen sind bei den in der UdSSR billigsten Energien vorgesehen, bei Erdöl und Erdgas"* (II, S. 987). Allerdings verlagerte sich das Schwergewicht etwas zum Erdgas: *„Die stärkste Ausweitung ist auf dem*

der UdSSR billigsten Energien vorgesehen, bei Erdöl und Erdgas" (II, S. 987). Allerdings verlagerte sich das Schwergewicht etwas zum Erdgas: *„Die stärkste Ausweitung ist auf dem*

Gebiet der Erdgasgewinnung vorgesehen. Diese Maßnahme wird von der 'Prawda' (22.7.72) damit begründet, daß die Gasindustrie auf 1000 Rubel Kapitalinvestitionen viermal mehr Brennstoff ... liefere als der Kohlebergbau oder die Erdölindustrie" (ebenda, Seite 988).

Der Umschwung wurde erst im X. Fünfjahrplan (1976-80) festgeschrieben. In dem Bericht A.N. Kossygins an den 25. Parteitag der KPdSU hieß es nun, die Perspektive **„in der Energiewirtschaft (sei): die beschleunigte Entwicklung der Kernenergiewirtschaft, der Bau von Wasserkraftwerken (...) und von hochleistungsfähigen Wärmekraftwerken, die mit billiger Kohle betrieben werden ..."** (VII, S. 26/27). *„Was Erdöl und Erdgas betrifft, so wird der Produktionszuwachs in immer stärkeren Maße für technologische Zwecke Verwendung finden"* (ebenda, S. 43).

Die Umorientierung der Energiepolitik und das Bestreben, **„Erdöl und Erdgas als Energieträger vollständig auszuschließen"** (IX, S. 10), hat handfeste ökonomische Ursachen. Anders als in den 50er und 60er Jahren ist es heute für die Wirtschaftplaner der SU nicht mehr möglich, auf das mit geringen Förder- und Transportkosten verwertbare Öl im europäischen Teil der SU zu bauen. Die Förderung aller Primärenergieträger der SU verschiebt sich nach Osten, und daraus ergeben sich bedeutend höhere Förder und Transportkosten.

Der Anteil der östlichen Gebiete der Sowjetunion bei der Erdöl-, -gas und Kohleförderung stieg rasch an:

	1960	1970	1975
Erdöl	7,2	18	37 %
Erdgas	2,4	30	49 %
Kohle	36,0	43	49 %

(nach II, Seite 988).

darüber hinaus setzte sich bei den sowjetischen Planbehörden die Einsicht durch, daß Erdöl eigentlich „zu schade zum Verbrennen" sei; denn erstens ist Erdöl ein wichtiger Rohstoff der Chemie-Industrie und zweitens spielen Erdöl und Erdgas eine außerordentlich wichtige Rolle für die sowjetische Exportpolitik. Parallel zur Umorientierung in der Energiepolitik setzte die SU einen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Chemieindustrie. Der X. Fünfjahrplan setzte eine 50- bis 60-prozentige Erhöhung der „Produktion der Hauptarten von Ausrüstungen" für den Chemie- und Erdölanlagenbau fest; entsprechende Steigerungen erhoffte man sich in der Produktion diverser Kunststoffe (VII, S. 27, 40 und 43).

Die Energieproduktion spielt in der sowjetischen Wirtschaftsplanung eine zentrale Rolle, denn von ihr hängt ab, ob die Ziele bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und bei der Materialeinsparung in der Produktion realisierbar sind, was wiederum entscheidendes Kriterium für die Konkurrenzfähigkeit der SU auf dem Weltmarkt ist. Mit der Automation, d.h. der Ersetzung von Arbeitskraft durch modernste Technologie, ist ein erheblicher Anstieg des Energiebedarfs verbunden (sowohl zur Herstellung als auch zum Betrieb der Technologien). Konkret faßte der X. Fünfjahrplan ein Anwachsen der Arbeitsproduktivität von rund 27 % gegenüber 23 % 1971 bis 1975 ins Auge. *„Das kommt einer Einsparung der Arbeit von 26 Millionen Werktätigen gleich"* (VII, S. 28). Ebenso wichtig ist die Frage materialsparender Produktionsmethoden in den Augen der sowjetischen Planer. Beispielsweise führt das Vorherrschen veralteter Produktionsmethoden in der Metallindustrie statt der neueren Methode des Stanzens und Pressens zu jährlich zu 8 Mio. t Spanabfällen („Handelsblatt", 10.4.80 und IX).

Auch von diesem Übel gedenken sich die Experten mit Hilfe der Atomkraft zu befreien: *„Schon heute würde die Verbindung der Wasserstoffproduktion in einem Kernkraftwerk mit metallurgischen Prozessen bei der direkten Reduktion von oxydierten Erzen effektiv sein ... Ein umfassender Einsatz der Pulvertechnologie* (Pressen – Anm. Kom') *kommt einer mehrfachen Vergrößerung des Produktionsvolumens im Maschinenbau gleich ... Die Atomenergetik kann für die Entwicklung der Sintermetallurgie förderlich sein"* (IX, S. 8). Atomkraft macht's möglich.

Einschätzung der Energiesituation durch sowjetische Experten

Einschätzung der Energiesituation durch sowjetische Experten

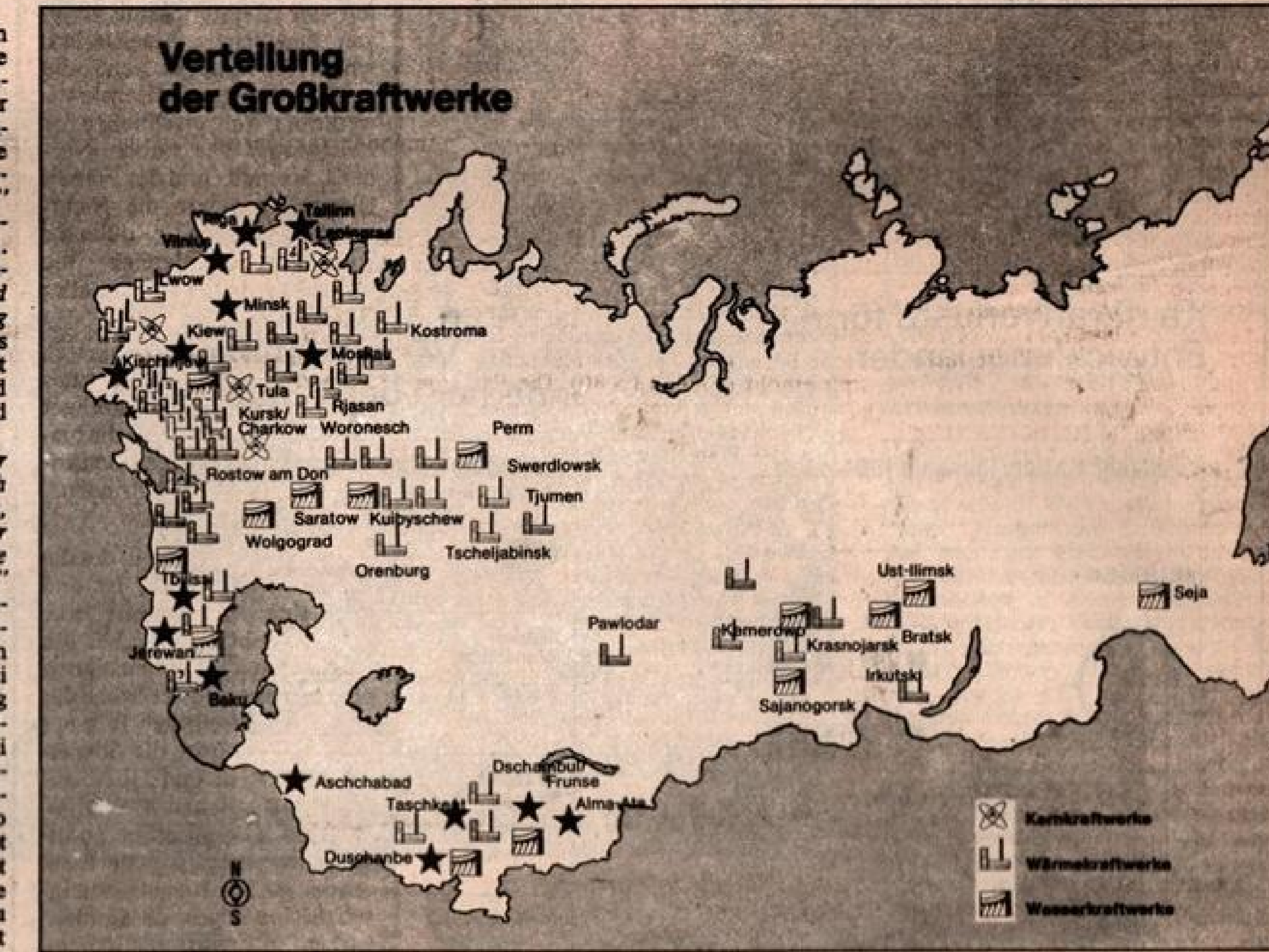
Die sowjetischen Fachleute gehen davon aus, daß sich die Nachfrage nach Brennstoffen und Energieträgern gegenüber 1977 bis zum Jahr 2000 weltweit auf das 2,5- bis 3,5fache steigern wird (X,S.16). Diese Steigerung und *„das nahende Versiegen der Erdöl- und Gasvorkommen"* (IX) würden zunehmend zum ökonomischen und politischen Problem. Für die Sowjetunion ergibt sich daraus die Konsequenz, *„Erdöl und Erdgas als Energieträger vollständig auszuschließen"* (IX, S.10). Daraus wiederum wird die Notwendigkeit der Orientierung auf AKWs und mittelfristig auf ‚Schnelle Brüter' und Fusionsanlagen abgeleitet:

„Die umfassende Entwicklung der Atomenergetik aller Arten, die sich selbst mit Kernbrennstoff versorgt, sowie die breitere Anwendung der Kohle sind der einzige vernünftige Weg, die Energiekrise zu verhindern" (IX, S.7). Da jedoch 94,1 % der potentiellen Kohlevorräte der SU östlich des Urals liegen (Schätzung von 1970) und die Transportkosten bei Kohle mit steigender Entfernung noch schneller wachsen als beim Erdöl, zieht die Sowjetunion die bei ihrer Argumentation logische Konsequenz: **Kernenergie im dicht besiedelten europäischen Teil der SU, wo rund 75 % der Energie verbraucht werden, und Kohleenergie möglichst dicht an den Förderfeldern, um die Transportkosten möglichst gering zu halten.** Zu diesem Programm gehört die Verlagerung energieintensiver Industrien an die Kohlefelder („Großbaustelle Sibirien"). Da auch die Sowjetunion davon ausgeht, daß das Uran nicht viel länger hält als das Erdöl, wenn es in konventionellen AKWs „verheizt" wird, war die Orientierung auf ‚Schnelle Brüter' und Fusionsreaktoren eine fast zwingende Folge der Entscheidung für Atomenergie.

Die SU begann bereits 1949 mit Überlegungen für ein Programm zur Entwicklung schneller Reaktoren. Der XX. Parteitag 1956 beschloß ein Programm zur Entwicklung von Reaktortypen, nachdem 1954 in der SU das erste kommerzielle AKW der Welt in Betrieb ging (III). In dieser Konsequenz liegt nun allerdings der ökonomisch (von der Ökologie gar nicht zu reden) größte Pferdefuß der sowjetischen Planung: die Prognosen über die Inbetriebnahme serienfähiger Brüter und erst recht der Fusionsanlagen schweifen periodisch in die Zukunft. Die Probleme dieser Technologien wurden in den offiziellen Stellungnahmen verharmlost bis negiert. Hinter Formulierungen wie: *„Die umfassende Realisierung dieses Prozesses stößt jedoch auf g e w i s s e Schwierigkeiten"* (Alexandrow), steht die Tatsache, daß sowohl Verwendbarkeit als auch Rentabilität der Brüter-Technologien mittlerweile arg umstritten sind: *„Der bisher weltweit am besten funktionierende Schnelle Brüter, die 233 MW Strom liefernde französische Kleinanlage Phenix, würde mindestens vierzig Jahre benötigen, um den Brennstoff für ein gleichgroßes zusätzliches Kernkraftwerk zu erbrüten, bei einer ‚Lebenserwartung' des Brüters von vielleicht zwanzig Jahren"* (H. Strohm, zit. n. III).

Diese Tatsachen werden in der BRD immerhin so ernst genommen, daß das Bundeswirtschaftsministerium jüngst eine Risikobürgschaft, die die Elektrizitätswirtschaft für die Entwicklung des Schnellen Brüter fordert, ablehnte („Frankfurter Allgemeine"/FAZ, 23.3.81). In der SU sind bislang zwei Schnelle Brüter mehr oder weniger in Betrieb: seit 1973 eine 350-MW-Anlage bei Schewtschenko (der erste Brüter der Welt) und seit 1974 eine 600 MW-Anlage bei Belojarsk, der BN-600 (III). Berücksichtigt man den technologischen Rückstand der SU gegenüber den imperialistischen Ländern, dann erscheint es mehr als unwahrscheinlich, daß gerade die SU die Probleme mit dem Schnellen Brüter im Griff haben sollte. So läßt sich dann auch z.B. in einem Artikel der ‚Sovetskaya Rossija' über die Arbeiten in Belojarsk lesen (November '78): *„Es kommt vor, daß Ausrüstung und Material nicht rechtzeitig verladen werden und fehlerhaft sind... Diese Situation erschwert wesentlich den Bau des BN-600, verzögert den Termin für den Endausbau und die rechtzeitige Inbetriebnahme, verteuert das Bauvorhaben um mehr als zehn Millionen Rubel..."* (VI,S.A35).

rechtzeitige Inbetriebnahme, verteuert das Bauvorhaben um mehr als zehn Millionen Rubel..." (VI,S.A35).



Der für 1974 geplante Brüter war also offenkundig 1978 immer noch nicht in Betrieb. In dem besagten Artikel wird übrigens auf die Notwendigkeit der Betriebssicherheit mit dem Hinweis eingegangen: *„Denn bestimmte Ausrüstungselemente sind spezialgefertigt und keine Standardproduktion, und es werden dafür keine Ersatzteile hergestellt"* (ebd. A 36). Wie groß die tatsächlichen Schwierigkeiten der SU mit der Kerntechnologie sind, läßt sich anhand der Exportpraxis zumindest erahnen. **„So wurde das nach Finnland gelieferte Kernkraftwerk mit westlicher Steuerungs- und Regeltechnik ausgestattet. Nur so war es der UdSSR möglich, Anschlußanträge aus der Türkei und Lybien herauszuholen"** („Süddeutsche" 30.8.79). **Kein Wunder also, wenn die SU ausgesprochen mißmutig konstatiert:** *„In einer Reihe von Ländern indessen werden diese Programme* (Schnelle Brüter – Anm.Kom.) *in der letzten Zeit abgeblockt oder sogar beiseite gelegt"* (V,S.8). Brüter-Programme gibt es neben der SU nur in den USA, BRD, Frankreich, England und Japan, d.h. in den imperialistischen Metropolen. Konkret heißt das also, daß sich die SU z.B. darüber beschwert, daß Kalkar nicht zügig genug durchgezogen wird. Aus der Sicht der SU ist diese Beschwerde ganz verständlich, denn die Verzögerung der Programme schmälert für sie natürlich die Möglichkeit des Know-how-Imports, was ihre eigenen Programme nicht gerade beschleunigt (siehe oben). Die Widersprüche gegenüber der Atomtechnologie im Westen erklärt sich die SU – zumindest in öffentlichen Statements – recht einfach: „Die Entwicklung von leistungsfähigen KKWs gefährdet die Profite der Erdölmonopolisten" (IX und VI). Da wundert es uns dann auch nicht, daß es in der Sowjetunion keine Anti-AKW-Bewegung gibt; schließlich gibt es im Sozialismus keine Erdölmonopolisten. Die Argumentation dieser Experten verschlägt selbst an hiesige Propaganda-Dummheiten Gewöhnten schlicht den Atem: *„Nach einer Reihe von Schätzungen sind selbst bei einer kontinuierlichen, aktiven Einführung der Brüter allein für die USA bis zur Umstellung der AES* (AKWs – Anm. Kom.) *auf Selbstversorgung mehr als 3 Mio. t Natururan erforderlich. Dies könnte eine Erschöpfung der Quellen von billigem Uran und eine erzwungene,* großangelegte Einführung der Brüter – noch bevor sie und die Wiederaufbereitungswerke im langfristigen Betrieb überprüft worden sind – *bedeuten. Eine derartige Entscheidung ist äußerst unerwünscht. D e s h a l b muß das Brüterprogramm forciert werden"* (V, S.8). Das heißt im Klartext, daß die Brüter a u f j e d e n F a l l kommen werden. Nebenbei sagt das Zitat ja auch einiges über momentane Sicherheit der SU-Brüter aus... Man weiß bei derartigen Stellungsnahmen wirklich

ges über momentane Sicherheit der SU-Brüter aus... Man weiß bei derartigen Stellungsnahmen wirklich

kaum, was man mehr bewundern soll: den grenzenlosen Optimismus bezüglich der eignen Technik oder den bodenlosen Zynismus.

Das sowjetische Atomprogramm

Das Ziel des Atomprogramms heißt mit einem Satz, *„daß bei Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen das auf der Nutzung von Brütern basierende Energiesystem der fernen Zukunft bei ihrer wirtschaftlich optimalen Verbindung mit anderen Energiequellen ausreichend ungefährlich, für eine überschaubare Perspektive energiegesichert und nicht zu teuer"* (V) werde. (Bezüglich der Sicherheit von Atomanlagen im RGW siehe Buntbuch „Harrisburg war nur der Anfang" (1979) und III). Die Sowjetunion geht eindeutig davon aus, daß Atomkraft die rentabelste Energie ist oder zumindest wird. Ein Argument dabei ist die erwartete Reduzierung der Transportkosten: *„Bekanntlich gibt ein Kilogramm spaltbares Uran ebensoviel Wärme ab, wie sie beim Verbrennen von etwa drei Millionen Kilogramm bester Steinkohle entsteht"* (X). Außerdem wird mit den Baukosten argumentiert: *„Auch in Zukunft wird es bei einer Verteuerung des Erdöls kaum zu einer Verteuerung der AES* (AKW – Anm. Kom) *kommen, eher ist eine Senkung der Baukosten (zu festen Preisen) von typisierten AES – hauptsächlich aufgrund der Standardisierung der Ausrüstungen – zu erwarten"* (V, S. 4). Dabei behauptet die SU bereits Erfolge: *„Im KKW Nowoworonesch betrugen die Selbstkosten 1971 0,948 Kopeken je Kilowattstunde, 1972 waren es 0,752, 1974 bereits 0,66 und 1975 0,6 Kopeken ... Und je mehr sich die Kapazität eines Reaktors der 1000 - Mega - Watt - Grenze nähert, umso konkurrenzfähiger wird das Kernkraftwerk"* (X,S.62). Glaubt man den SU-Experten, so gibt es allerdings ohnehin keine sinnvolle Alternative, denn der Verzicht auf Kerntechnik bedeute entweder Reduzierung des Wirtschaftswachstums oder aber *„untragbare Investitionen in den Brennstoff-Energie-Komplex"* (ebenda).

Die konkrete Planung des 10. Fünfjahresplanes sah daher vor, daß bei der *„Inbetriebnaheme neuer Kapazitäten der Stromerzeugung von insgesamt 67 bis 70 Millionen Kilowatt der Anteil der Kern- und Wasserkraftwerke von 22 % im neunten Jahrfünft (1971 - 75) auf nahezu 40%* bis 1980 steigen solle (VII,S.43) Bei einem geplanten Zuwachs von 302 - 342 Mrd. KWh wären das immerhin 120,8 bis 136,8 Mrd. KWh. Diese Zahlen konnten nicht verwirklicht werden; 1979 betrug die Zuwachsrate der Energieproduktion ‚nur' 3 statt der geplanten 5 Prozent („Handelsblatt", 29.5.80). Zwar

wachsrate der Energieproduktion ‚nur' 3 statt der geplanten 5 Prozent („Handelsblatt", 29.5.80). Zwar

p l a n t der RGW einen Anteil der Atomenergie bis 1990 von rund 25%, erreicht waren davon jedoch 1979 erst 3 % (SZ, 30.8.79, und „Neue", 20.6.80). Ganz so unproblematisch, wie die Statements vorgaukeln, verläuft die Anwendung der Atomtechnologie also auch im Heimatland der „wissenschaftlich-technischen Revolution" nicht (obwohl Ketzer behaupten, dies sei die einzige Revolution, die in der SU wenigstens halbwegs klappt...). Betrachtet man die Tatsache, daß noch 1975 ganze 96,9 % der sowjetischen Energieproduktion auf Kohle, Erdöl und -gas basierten (sowj. Quelle, nach II, S.987), so wird das Ausmaß der sowjetischen Atomplanung deutlich. Die Angaben über den Stand der sowjetischen Atomenergie schwanken recht stark. Während das SOK für 1977 24 fertige und 28 AKW im Bau angibt (III), gibt das „Osteuropa-Archiv" für 1980 12 fertige AKWs mit insgesamt 13 500 MW an (VI). Dieses Schwanken erklärt sich vermutlich daraus, daß die SU mehrere Blöcke nebeneinander setzt. So hat das Gigant-AKW Nowoworonesch mittlerweile 5 Blöcke, das AKW Belojarsk zwei Blöcke und einen Brüter.

Fortsetzung nächste Seite

"Realer Sozialismus"

Fortsetzung von Seite 44

Auch wenn mittlerweile in den SU-Publikationen etwas gedämpftere Töne angeschlagen werden, wird insgesamt doch an dem Atomprogramm festgehalten. Probleme werden einmal in den steigenden Kosten für AKWs gesehen und zweitens bei der Brüter-Technologie: **„Im Ergebnis dürfen wir jetzt mit dem Bau leistungsstarker und wirtschaftlicher KKWs mit Schnellen Reaktoren nicht mehr wie ursprünglich Anfang der 80er Jahre, sondern erst Ende dieses Jahrhunderts rechnen“** (XI, S.31). Das Eingestehen von Schwierigkeiten hat aber nicht zu Abstrichen am Plan geführt:

„Dem Entwurf zufolge soll die Stromerzeugung 1985 auf 1,55 bis 1,6 Billionen Kilowattstunden gesteigert werden, darunter in den Kernkraftwerken auf 220 bis 225 Milliarden Kilowattstunden“, d.h. 22,5 Prozent (I, S.13). Bis 1990 soll die AKW-Kapazität 110 000 MW betragen (VI). Dieses Programm soll durch Konzentration der Anlagen erreicht werden:

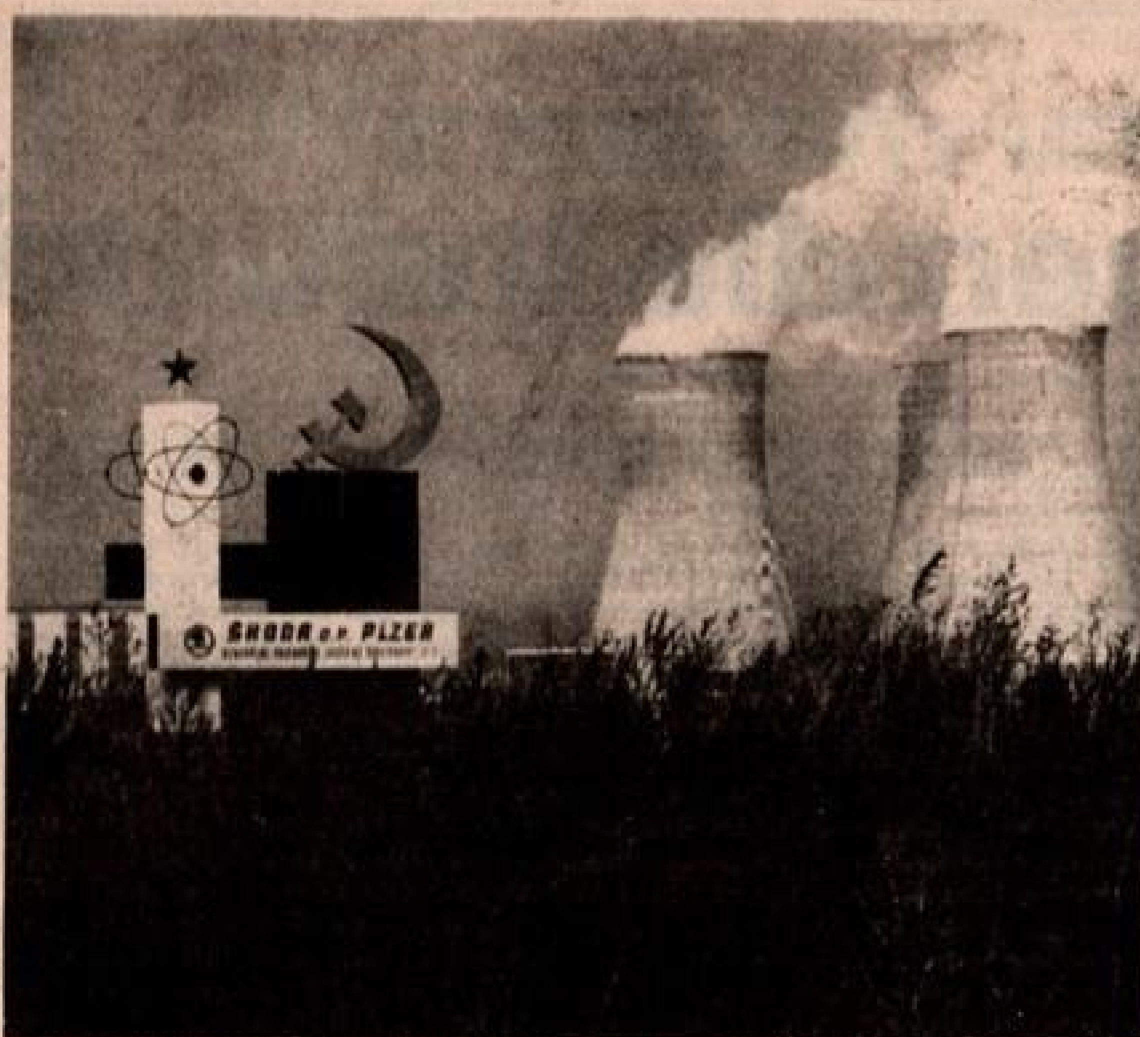
„In solchen Energiekomplexen, die in einer bestimmten Entfernung von dicht bevölkerten Gebieten zu errichten sind, wäre es möglich, am selben Ort nicht nur eine KKW-Gruppe mit einer Leistung von einigen Dutzend Millionen Kilowatt, sondern auch Betriebe und Einrichtungen des äußeren Brennstoffkreislaufs unterzubringen, beispielsweise für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, für die Behandlung und Endlagerung, möglicherweise auch Nutzung radioaktiver Abfälle, für die Kernbrennstoffproduktion“ (XI, S. 33).

Das Atomprogramm erstreckt sich nicht nur auf die Elektrizitätserzeugung: **„Im vergangenen Jahr (1978) haben wir gemeinsam mit den Konstrukteuren einen Reaktortyp für die städtische Wärmeversorgung entwickelt. Solche Reaktoren kann man unmittelbar in Wohnbereichen aufbauen, so ungefährlich sind sie. Man hat mit dem Bau solcher Atomheizkraftwerke bereits begonnen“** (IX, S.8).

Die Atomplaner in der Sowjetunion sind ganz offenkundig durch Erfahrungen mit Harrisburg, La Hague etc.pp. nicht um ein Jota von ihrem Vorhaben abzubringen. Daß die sowjetischen AKWs sicherer sind
Hague etc.pp. nicht um ein Jota von ihrem Vorhaben abzubringen. Daß die sowjetischen AKWs sicherer sind
als kapitalistische, wie die DKP nicht müde wird zu behaupten, ist schlicht eine Lüge. Über den Umgang mit radioaktiven Abfallstoffen gab der Chefingenieur des AKW Nowoworonesch, Witali Sedow bekannt:

„Heute geht man mit dem überwiegenden Teil des radioaktiven Kernkraftwerksmüll recht einfach um, denn seine Radioaktivität ist nicht hoch und stellt keine große Gefahr dar: Er zerfällt sehr schnell sogar in Spezialbehältern unter einer Wasserschicht“ (XII, S.41). Dies Zitat ist von 1979. 1977 konnte man von Petrossjanz, dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Nutzung der Atomenergetik, lesen:

„Sie zerfallen rasch selbst in e i n f a c h e n Behältern unter einer Wasserschicht“ (X, S.62).



Ein Gemeinschaftsprojekt der CSSR und der Sowjetunion: Ein Kernkraftwerk in der CSSR

Sowjetunion vor einer Erdölknappheit?

Mit Ausnahme Rumäniens kommen rund dreiviertel der Primärenergieträger-Importe der RGW-Staaten aus der SU. Der steigende Bedarf insbesondere an Erdöl und Erdgas der RGW-Staaten und der Export dieser Energieträger nach Westeuropa sind eine wichtige Einnahmequelle der UdSSR. Der Energie(träger-)Export deckt ca. 60 Prozent der sowjetischen Deviseneinnahmen (IV, S.24). Bei Erdgas beispielsweise stieg der sowjetische Export in den RGW von 1970 bis 1976 von 2,3 Mrd. m^3 auf 13,4 Mrd. m^3; nach Westeuropa stieg der Export 1970-76 von 1 Mrd. m^3 auf 12,3 m^3 (Sowj. Quelle nach IV). Diese Exportsteigerung ist nicht allein dem Wachstum an Förderung zuzuschreiben: die UdSSR importierte 1976 stolze 11 Milliarden m^3 Erdgas aus dem Iran und aus Afghanistan (ebd. S.26). Auch Erdöl wird von der Su trotz eigener Vorkommen importiert. Mit Lybien, Algerien, dem Irak und Syrien unterhält die Su Wirtschaftsbeziehungen. *„Die technische Hilfe der Sowjetunion und ein Teil der Lieferungen von Ausrüstungen für die Erdölindustrie erfolgen aufgrund langfristiger Kredite, die durch Lieferung traditioneller Exportwaren, Erdöl, Erdgas und andere Rohstoffarten und Produkten der entstehenden nationalen Industrie gedeckt werden“* („Die Wirtschaft“, DDR, Nr.4/1980, S.30).

In einigen ‚Studien' und Artikeln der bürgerlichen Presse wird ab und zu eine drohende Erdölknappheit der SU prophezeit, verursacht durch den steigenden Bedarf des RGW und die fallenden Steigerungsraten der sowjetischen Erdölförderung. (Eine dieser Studien stammt – wie gewöhnlich – vom CIA). Diese These wird dann munter dahingehend weiter gesponnen, daß die SU mit ihrer Intervention in Afghanistan sich auf dem Marsch zu den Ölfeldern befinde. Diese Einschätzungen sind allesamt nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurden.

* Eine Studie der „PetroStudies“ (Schweden) geht davon aus, daß die SU „Netto-Ölexporteur bleiben“ wird (FAZ 13.5.80);
* *„Tatsächlich verfügt die UdSSR mit dem Feld ‚Salym', dessen hohe Bedeutung schon wiederholt hervorgehoben wurde, über eine Art Dornröschen-Schatz“* („Handelsblatt“, 21.8.80);
* *„Sowjetische Geologen entdeckten neue Vorkommen in Westsibirien, in der Autonomen Republik der Komi und in anderen Teilen des Landes. Eine große, noch nicht genutzte Reserve stellen die Vorkommen im*
rien, in der Autonomen Republik der Komi und in anderen Teilen des Landes. Eine große, noch nicht genutzte Reserve stellen die Vorkommen im
Festlandsockel der Meere, von denen die Sowjetunion umgeben ist, sowie in Ostsibirien und Kasachstan dar“ („Sowjetunion heute“, 11/1979).

Von einer drohenden Erdölknappheit in der SU kann wohl keine Rede sein, zumal die SU durch Preiserhöhungen dafür sorgt, die rentabel förderbaren Mengen zu vergrößern. So wurde im letzten Jahr der innere Ölpreis erhöht (FAZ, 13.5.80). Die Erhöhungen der sowjetischen Ölpreise im Außenhandel belasten hauptsächlich die kleineren RGW-Länder.

„Beginnend mit dem Jahre 1975 wurden die Vertragspreise für Öl (im RGW) daher revidiert. Man näherte sie etappenweise an die neuen Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt an. Man ging von der festen Fünfjahrplan-Preisbasis auf eine ‚gleitende Basis' über“ („Handelsblatt“, 28.4.80). Solange die SU relativ billig fördern kann, bedeutet es schlicht eine Auffüllung der sowjetischen Kassen auf Kosten der „Bruderländer“, wenn die sowjetischen Preise sich nicht an der Entwicklung der Förderkosten in der SU, sondern am Weltmarkt orientieren. Außerdem versucht die SU im RGW eine neue Regelung der Transportkosten-Frage durchzusetzen: Statt der Lieferung frei Grenze, hätte sie gern eine Berücksichtigung der Transportkosten bei der Preisbildung im RGW (ebd.), was ebenfalls zu Lasten der kleineren RGW-Länder gehen würde. Die Orientierung am Weltmarkt hat es in sich: Die SU importiert hauptsächlich Maschinen und exportiert hauptsächlich Rohstoffe. Steigen also die Weltmarktpreise für Rohstoffe schneller als die für Maschinen, so kommt das wiederum den Kassen der SU zugute.

Beim Uran sieht es ähnlich aus: die SU exportiert in alle Welt. Der A-
für Maschinen, so kommt das wiederum den Kassen der SU zugute. Beim Uran sieht es ähnlich aus: die SU exportiert in alle Welt. Der A-
tomboom kam ihr nicht ungelegen:

„In diesem Zusammenhang weist das Institut (DIW) darauf hin, daß die OECD-Länder im Jahre 1977 ihre Einfuhren von chemischen Erzeugnissen aus der Sowjetunion sprunghaft um 82 Prozent erhöht hätten. Diese Zunahme auf 710 Mio. Dollar sei fast vollständig die Folge der Erhöhung der Bezüge von angereichertem Uran um 180 Prozent...“ (FAZ, 18.10.79).

Einige Schlußfolgerungen

Die Energiepolitik der SU ist weder am ‚Wohl des sozialistischen Menschen' noch an ökologischer Verantwortlichkeit orientiert. Ihre im- und Exportpolitik auf diesem Sektor ist modernem Neokolonialismus verwandter als einem wie auch immer gearteten ‚proletarischen Internationalismus'. Das wichtigste Kriterium ihrer Planung ist die Rentabilität der eigenen Industrie. In der Atomfrage setzt sich dieses Motiv ungehemmt durch, weil es in der SU keine Anti-AKW-Bewegung gibt.

Die SU ist keineswegs durch drohende Energieknappheit zur Atomkraft „gezwungen“, sondern sie benutzt diese, um das Erdöl für andere Zwecke zu gebrauchen. Mit Ökologie hat das nichts zu tun (Etwa Schutz der Erdölfelder oder was immer die DKP erfinden mag). Erdöl und Erdgas sollen zum einen als Rohstoff für die chemische Industrie, zum anderen zum Ausgleich der Außenhandelsbilanzen dienen. Davon erhofft sich die SU nicht zuletzt den finanziellen Ausgleich des massiven Technologie-Imports aus Ost und West, wobei sie wenig kümmert, ob sie damit die heißgeliebten „Bruderländer“ beutelt oder nicht. (Eine Untersuchung des Einflusses sowjetischer Rohstoff-Politik auf die polnische Wirtschaftskrise wäre sicher ergiebig). Im Gegenteil zeigt die Preispolitik der SU im RGW, daß die SU bestrebt ist, Extraprofite aus den „Bruderländern“ herauszuholen. Die Preise für sowjetische Erdöllieferungen im RGW stiegen 1976 um 9,9%, 1977 um 22,7%, 1978 um 23,5 % und 1979 um 16,7% (NZZ, 6.12. 79). Daß diese Steigerungsraten wenig mit den Förderkosten zu tun haben, läßt sich schon daran ablesen, daß die Preise für Polen höher lagen als für Italien. Zum Vergleich:

Durchschnittliche Ausfuhrpreise (fob) der UdSSR für Erdöl (US-Dollar/t)

	Polen	Italien
1955	19,7	14,2
1957	23,8	19,6
1959	23,8	12,8
1966	16,3	8,8

(Altmann/Keck/Keese: Wirtschaft der Tscheslovakei und Polens, 1968, S. 123).

Kein Wunder also, daß die Sowjetunion das Erdöl lieber exportiert als „verbrennt“. Die steigenden Erdölpreise auf dem Weltmarkt führen dazu, daß die Atomenergie selbst bei steigenden Baukosten für AKWs der SU rentabel erscheint.

Ebenso wie in den kapitalistischen Staaten ist das Atomprogramm in der SU keine Frage der Resourcenverknappung, sondern eine Frage der von Rentabilitätsprinzip beherrschten Ökonomie. Ebenso wie in den kapitalistischen Staaten steht Rentabilität in den sowjetischen Überlegungen weit vor allen Sicherheitsmaßnahmen. Ebenso wenig wie die kapitalistischen Staaten hat die SU die Gefahren der Atomtechnologie ‚im Griff'. Ebenso wie das der kapitalistischen Staaten lehnen wir das Atomprogramm der SU ab.
ATOMNAJA ENERGIJA ?
SPAZIBO NJET !

J., RGW-Kommission

Anmerkungen:

I : Sowjetunion heute Nr.1/1981,S.13
II : R.Fritz: Die Energiewirtschaft der UdSSR im 9. Fünfjahrplan von 1971 bis 1975, in: ‚Glückauf', Zeitschrift für Technik und Wirtschaft des Bergbaus, 108.Jg. (1972)
III : SOK-Sonderinfo, Kernkraftwerke in Osteuropa (Mai 1978)
IV : Friedemann Müller: Die Situation des Energiesektors in der Sowjetunion mit Blick auf die 80er Jahre, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1/1979
V : M.A. Styrikovic, Energeticeskoe polozenie v mire (EKO 11/1979); übersetzt und herausgegeben vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1/1980
VI : Osteuropa, Zt. der Dt. Gesellschaft für Osteuropakunde Nr. 11/1980 und 1/1981
VII: A.N.Kossygin: Die Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1976-1980 (XXV. Parteitag der KPdSU), Berlin 1976
IIX: Institut für Marktforschung
IX : Sowjetunion, (Moskau), Nr. 354 (9/1979) Der Artikel stammt von dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Alexandrow.
X : Sowjetunion heute, Nr. 1/2-1977: Der Platz der Kernkraftwerke im Energieprogramm der UdSSR, S.16
XI : Dolleschal/Korjakin: KKW-Fortschritte und Probleme, in: SU heute 1/1980
XII: Die Sowjetunion heute und morgen: UMWELTSCHUTZ, Novosti 1979

China: Sinkende Produktion

Wie im AK 198 dargestellt, hat die chinesische Regierung eine „Regulierung der Volkswirtschaft“ angeordnet. Insbesondere sind darunter zu verstehen:

– **Allmählicher Abbau des Defizits im Staatshaushalt, vor allem durch Reduzierung der Ausgaben.**
– **Generelle und massive Streichung bzw. Kürzung von Investitionen.**
– **Förderung der Leichtindustrie und der Landwirtschaft zugunsten der Schwerindustrie.**

Im Sinne der „Regulierung“ wurden Anfang dieses Jahres zudem die gerade erst im Herbst 1980 festgelegten Planziele für die Produktion/Förderung von Kohle, Öl und Stahl heruntergesetzt.

Eine offizielle Bilanz der ersten beiden Monate dieses Jahres (verglichen mit dem gleichen Zeitraum 1980) zeigt die Auswirkungen dieser „Regulierung“ der neuen chinesischen Wirtschaftspolitik allgemein:

Brutto-Produktionswert:	- 1,5 %
Leichtindustrie:	+ 7,3 %
Schwerindustrie:	- 9,0 %
Kohle:	- 10,5 %
Erdöl:	- 6,1 %
Erdgas:	- 9,7 %
Bergbauausrüstungen:	- 38,2 %
Kraftwerksinstallationen:	- 82,2 %
Transportmittel, u.a.	
Traktoren:	- 29,7 %
Güterwagen:	- 62,4 %.

Aus diesen Zahlen ist abzulesen, daß gerade für extreme Schwachpunkte der chinesischen Wirtschaft (Energiemangel, unzureichende Transportkapazitäten) zukünftig sogar noch weitere Verschlechterungen vorprogrammiert sind (überdurchschnittlicher Rückgang z.B. bei Bergbauausrüstungen und Transportmitteln/Güterwagen).

Der starke Produktionsrückgang bei den Transportmitteln, einschließlich T r a k t o r e n, zeigt – ebenso wie der Rückgang der Produktion von Kunstdünger um 9,4 % – daß auch für die Landwirtschaft schlechte Vorzeichen gesetzt sind, obwohl diese eigentlich laut Plan außerordentlich gefördert werden soll.

Zudem sind, auch wenn die Leichtindustrie insgesamt Produktionssteigerungen meldet, sogar bei einer Reihe von Konsumgütern Produktionsrückgänge in den ersten zwei Monaten dieses Jahres zu melden:

Baumwollgarne:	- 1,3 %
Papier und Karton:	- 6,9 %
Waschmittel:	- 15,5 %
Glühbirnen:	- 5,8 %.

Insgesamt weisen von 100 Produkten, die in der offiziellen chinesischen Statistik als „wichtig“ bezeichnet werden, nur 27 einen Zuwachs, 73 hingegen einen Rückgang auf.
(offizielle chinesische Angaben, nach NfA, 7.4.81)

Anzeige **Neu!**

Kampf gegen die Industrie?

„Kulturrevolution statt Machterwerb" – dieses Thema hatte Bahro auf der sozialistischen Konferenz in Marburg für diejenige Arbeitsgruppe vorgesehen, in der er selbst mitarbeiten wollte. Später, in der Plenardiskussion, rechtfertigte er seinen Vorstoß, zusätzliche Arbeitsgruppen ad hoc auf der SK einzurichten, mit der Debatte just in dieser AG, die seiner Meinung nach außerordentlich wertvoll gewesen sein soll.„Ich und Jürgen Bischof (von den Sozialistischen Studiengruppen / SOST – Anm. AK) haben beinahe den Punkt andiskutiert", meinte Rudolf bescheiden.

Des Meisters Name hatte, wie in der deutschen Linken üblich, für rege Beteiligung an der AG gesorgt. Neben dem grau-grünen Fanclub Bahros – bekannt seit Offenbach, Karlsruhe, Kassel usw. – waren zahlreiche Mittelklasse-Theoretiker der Linken wie auch die Phrasenkämpfer der MG erschienen. Wer sich jedoch Auseinandersetzungen über „Kulturrevolutionäres", und sei es auch nur im weitesten Sinne des Begriffs, erhofft hatte, war anscheinend in der falschen AG gelandet. Der Untertitel des Spektakels lautete übrigens: *„Soll sich der Mensch erst nach Erwerb der Macht ändern, oder soll mit der Veränderung schon jetzt begonnen werden?"* Aber auch darüber wurde nicht diskutiert.

Bahro faßte seine (atemberaubend neuen) Thesen folgendermaßen zusammen:

1. Es müsse ein anderer Begriff von „Produktivkräften" gefunden werden. Bislang habe der Kampf der Marxisten der kapitalistischen Industriegesellschaft (mit der Betonung auf „kapitalistisch") gegolten, zukünftig müsse er der kapitalistischen Industriegesellschaft gelten (mit der Betonung auf „Industrie"). Bahro erläuterte, daß der Kampf insofern weiter gegen den Kapitalismus gehe, als die heutige Industriegesellschaft eben kapitalistisch sei. Denn auch die „sozialistischen Industriegesellschaften" seien wesentlich vom Kapitalismus geprägt, d.h. in ihrer Form von diesem „aufgezwungen". Bahros Alternative scheint noch nicht ganz ausgereift zu sein. Er schwankte zwischen den Formulierungen „keine Industriegesellschaft" und „eine andere Industriegesellschaft". Seine Vorliebe gilt – das entwickelt sich immer deutlicher – der zuerst genannten Variante.

2. Die Organisierung von Lohninteressen der Arbeiter sei „nicht der entscheidende Punkt, um den Hebel an das System zu setzen". Kämpfe um eine „Teilhabe am Wirtschaftswachstum" würden die Bindung der Arbeiter an das System nur noch weiter festigen. Stattdessen solle man bestimmte Interessen in jedem Individuum gegen andere (konträre) Interessen in denselben Individuen „organisieren". Würde ein Arbeiter z.B. unter Verzicht auf einen Teil seines Lohns (zeitlich) weniger arbeiten, um mehr Freizeit zur Verfügung zu haben, so wäre das „ein guter Ansatzpunkt, um aus dem System rauszukommen".

Einige Diskutanten, insbesondere Stamokap-Jusos und SOST, hielten Bahro entgegen, man dürfe die Arbeiter in ihrem Existenzkampf um die Arbeitsplätze „nicht allein lassen". Dieser Kampf weise auch tendenziell über Betriebsborniertheit hinaus und erhalte eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, wenn die Linke Alternativen zur Rüstungs- und umweltschädlichen Produktion aufzeige. Der 'Meister' gestand ihnen zu, er habe nicht sagen wollen, daß sich Sozialisten um Löhne und Arbeitsplätze nicht mehr zu kümmern hätten. Gewiß sei diese „Front" auch notwendig, nur sei sie eben nicht entscheidend. Der Schwerpunkt der Anstrengungen müsse darauf konzentriert werden, das Wachstum zu stoppen.

Das war's denn (im wesentlichen) auch schon. „Der Punkt" war haarscharf andiskutiert worden. Zurück blieb der untrügliche Eindruck, wieder einmal eine Vorstellung des Bildungsnotstands in diesem Land miterlebt zu haben.

Um aber den schalen Beigeschmack von Langeweile, wie er sich nach Bahros Konferenz-Auftritten inzwischen einzustellen pflegt, ein bißchen wegzuspülen, seien hier noch einige ketzerische Anmerkungen gemacht, die in der beschriebenen AG zweifellos fehl am Platze gewesen wären.

Die aus marxistischer Sicht sicher grundlegendste Frage, die Bahro aufwirft, ist die der Produktivkräfte. Konkret Faßbares führte er dazu leider nicht aus. Stattdessen gab es vage Andeutungen: Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte sei „infragezustellen"; vielleicht sei an eine „Umgruppierung" derselben zu denken...? Klar ist aber, daß letztlich ein „Stop" und eine „Rückentwicklung" der Produktivkräfte angestrebt wird, wie es in avantgardistischen Zirkeln bereits heute diskutiert wird. Wer dies als Fortschritt in eine menschlichere Gesellschaft zu verkaufen sucht, hat freilich nicht den marxistischen, sondern bestenfalls den revisionistisch verkleisterten Produktivkraft-Begriff des „real existierenden Sozialismus" vor Augen, der da lautet: Den Plan erfüllen und übererfüllen – 5% mehr Autos, 10% mehr Waschmaschinen und 15% mehr Fernseher. Eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte wird umstandslos gleichgesetzt mit noch stärkerem Rohstoffverbrauch, noch größerem Energiebedarf, noch stärkerer Umweltbelastung und noch schwereren Störungen der natürlichen Kreisläufe. Muß das eigentlich so sein?

Zunächst eine Vorbemerkung: Ein revolutionäres Verständnis des Produktivkraftbegriffes meint in erster Linie: Freisetzung der schöpferischen Begabung der Menschen in einer humanen und gerechten Gesellschaft. Doch lassen wir uns einmal auf die eingeengte Sichtweise ein und stellen wir die Frage, ob jeder denkbare technische und industrielle Fortschritt über den erreichten Stand hinaus notwendigerweise „destruktiv" sein muß. Beginnen wir mit einem einfachen Beispiel. Früher war ein Radio oder ein Fernsehgerät ein großes Monstrum. Je mehr es leistete, desto größer war es und desto mehr Energie verbrauchte es. Jetzt werden Radios wie auch Fernsehgeräte immer kleiner, verbrauchen weniger Strom und leisten trotzdem erheblich mehr. Komplizierte elektrische Schaltungen, zu denen man früher ganze Apparate mit vielen Einzelteilen samt dazugehörenden Verbindungsstücken, Halterungen etc. benötigte, finden heute in integrierten Elementen statt, die kleiner als ein Stecknadelkopf sind, und in denen winzige elektrische Ströme dieselben Funktionen erfüllen. **Auf diesem Gebiet hat der technisch-industrielle Fortschritt also zu einem geringeren Rohstoff- und Energiebedarf geführt.**

Schon möglich, könnte dagegen eingewandt werden, doch dies gilt nur pro hergestelltem Gerät. Da jedoch insgesamt sehr viel mehr Radio- und Fernsehgeräte produziert werden, ist dieser Gewinn wieder wettgemacht, und es gibt letztlich doch einen steigenden Rohstoff- und Energieverbrauch.

Auch dies ist keine eherne, dem Industriesystem schlechthin innewohnende Notwendigkeit. Eine Lösung bestünde z.B. darin, daß die Lebensdauer der hergestellten Produkte, ihre Haltbarkeit und Reparierbarkeit gesteigert wird. Dem steht prinzipiell überhaupt nichts im Wege ... – außer das kapitalistische Interesse an einem hohen Verschleiß. Ein immenser Spareffekt würde sich überdies ergeben, wenn auf die Produktion zahlloser Varianten gleichartiger Produkte, die sich nur in belanglosen Details voneinander unterscheiden, verzichtet werden würde – ein größtenteils sinnloser Luxus, den wir der kapitalistischen Konkurrenz verdanken.

Abschließend sei hierzu bemerkt, daß die Mikroelektronik weit hinter den „Fähigkeiten der Natur" zurückbleibt. Auch die modernsten Schaltsysteme reichen nicht an das heran, was etwa das menschliche Nervensystem zu leisten imstande ist.

Chemie = Giftproduktion?

Ein anderes Beispiel, an dem einige Grundsatzfragen erörtert werden können, ist das der chemischen Industrie. Diese erzeugt bekanntermaßen zu einem Großteil Unnützes, Schädliches und Giftiges und hat zudem noch den Nachteil, daß die entstehenden Endprodukte von der Natur nicht oder nur schwer wieder aufgenommen werden können. Also Schluß damit – typischer Fall von „zu weit entwickelten und in der Wirkung letztlich destruktiven" Produktivkräften??

So wird es von den Grünen vertreten. Ein beliebtes Schlagwort ihrer Wahlkämpfe lautet beispielsweise, wenn die Menschheit in der Produktion „künstlicher Stoffe" fortfahre, werde sie sich „an der Chemie selbst vergiften". Die chemische Industrie müsse daher mindestens erheblich reduziert werden; ein entsprechender Verlust von Arbeitsplätzen sei in Kauf zu nehmen. „Natürliche" Stoffe müßten die „künstlichen" wieder ersetzen, womit ohne Zweifel eine Rückentwicklung von Produktivkräften intendiert ist.

Unbestreitbar müssen auf die Fragen, was, wie und wofür in der chemischen Industrie produziert wird, im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand grundlegend andere Antworten gefunden werden. Hier geht es jedoch darum, ob auf diesen Typ industrieller Produktion gänzlich verzichtet werden muß.

Zunächst einmal kommt es darauf an, die Sache zu entmythologisieren („natürlich" = gut; „künstlich" = „unnatürlich" = schlecht) und auf ihren realen Kern zurückzuführen. Künstlich sind die chemischen Produkte nur insofern, als sie in einem vom Menschen ungestörten Stoffwechsel der Natur nicht oder in erheblich geringerer Menge vorkommen. Denn die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich in den in der Natur stattfindenden Prozessen ohne ein bewußtes menschliches Einwirken bilden, ist zu gering. Alles andere an diesen Produkten ist keineswegs „unnatürlich" – sie setzen sich aus denselben Elementen zusammen und gehorchen denselben Naturgesetzen wie alle Formen der Materie.

Die Fähigkeit, solche Produkte künstlich zu erzeugen, beruht auf der prinzipiellen Kenntnis bestimmter Eigenschaften der Materie. Die chemischen Eigenschaften eines Stoffes beinhalten die Frage, ob dieser fähig (oder unfähig) ist, mit anderen Stoffen eine Verbindung zu einem qualitativ neuen Stoff einzugehen. Bei einer solchen Verbindung werden die Atome mehrerer Elemente zu einer genau definierten neuen Struktur (Molekül) zusammengefügt.

Dabei verschmelzen die Atomkerne aber nicht zu einem neuen Kern, sondern behalten ihre alte Struktur und wahren einen gewissen Mindestabstand voneinander. Die Verbindung wird allein hergestellt über die Elektronenhüllen der Atome, deren alte Struktur zugunsten einer neuen, gemeinsamen Elektronenhülle aufgelöst wird.

Bei diesen Prozessen tritt ausschließlich ein Typus von Kräften auf, nämlich elektromagnetische. Im Unterschied etwa zu den Gravitationskräften, den Kräften innerhalb der Atomkerne und den Kräften zwischen den Elementarteilchen (subatomare Teilchen) ist die elektromagnetische Wechselwirkung zu einem relativ hohen Grad erforscht und bekannt. Es ist daher in den sog. „hochentwickelten Ländern" heute möglich, in einem relativ breiten Umfang chemische Reaktionen verschiedener Stoffe zu analysieren und daraus, zunächst im Labor und dann auf industrieller Basis, künstliche Produkte herzustellen. Diese Möglichkeit nutzt das Kapital zur profitablen Produktion von Stoffen mit den verschiedensten Gebrauchswerten: Medikamente, Farben, Baustoffe, Kunstdünger, Reinigungsmittel usw. Wie Marx und Engels jedoch völlig richtig bemerkten, interessiert sich das Kapital ausschließlich für die Absatzmöglichkeiten dieser Produkte auf dem Markt, nicht jedoch für die oft erst langfristig erkennbaren Folgen der chemischen Produktion.

Selbst wenn sich herausstellt, daß für die Gesellschaft der Schaden einer solchen Produktion den kurzfristigen Nutzen des Gebrauchs dieser Güter übersteigt, hält das Kapital daran fest, denn nicht das Kapital muß für die Beseitigung der negativen Folgewirkungen aufkommen, sondern die unterdrückten Klassen.

In diesem Fall handelt es sich darum, daß Stoffe, die im Stoffwechsel der Natur nicht spontan entstehen, zu einem Großteil auch nicht (oder nur sehr langsam) wieder in „natürliche" Stoffe zerfallen. Dies bedeutet, daß die Atmosphäre, der Boden und das Wasser mit Fremdstoffen angereichert werden, und daß dieser Prozeß, wenn er ein bestimmtes Ausmaß erreicht hat, den Stoffwechsel der Natur, das ökologische Gleichgewicht und damit die Voraussetzungen des Lebens beeinträchtigt.

Offenkundig sind wir damit jedoch nicht am Ende der menschlichen Weisheit angelangt (in dem Sinne, daß wir die chemische Produktion an sich verwerfen müßten), sondern eher am Anfang derselben. Hier ist der zweite, übrigens sehr alte Mythos zu beseitigen. Er lautet, daß der Mensch (z.B. mit der Produktion künstlicher Stoffe) seine „Überlegenheit gegenüber der Natur" demonstrieren wolle, daß er sich zum „Beherrscher der Natur" aufschwinge. Dies jedoch – so dieser religiöse Glauben – könne niemand ungestraft tun, die Natur räche sich auf ihre Weise. Man solle sich daher auf die Nutzung natürlicher Stoffe beschränken.

Diese Argumentation übersieht, daß es nicht die Kompliziertheit der vom Menschen geschaffenen „künstlichen" Stoffe ist, die den Kummer mit der Ökologie bewirkt, sondern ihre Primitivität. Um einmal ein drastisches Beispiel zu nennen: Wer heute als Ökologe dafür eintritt, in der Landwirtschaft natürlichen statt künstlichen Dünger zu verwenden, und dies mit einem Kampf gegen den „verheerenden Fortschritt" verbindet, für den ist ein Haufen Scheiße eben etwas „Einfaches", weil vom täglichen Umgang Vertrautes, und Kunstdünger etwas „Kompliziertes", das in einem hochtechnisierten Prozeß erzeugt wird und unbekannte Gefahren mit sich bringt.

In Wirklichkeit ist es umgekehrt! Vom Aufbau der Materie her gesehen ist ein Haufen Scheiße ein recht komplizierter, Kunstdünger hingegen ein recht einfacher Stoff. Dies ist auch die Erklärung dafür, weshalb es der chemischen Industrie zwar gelingt, hunderte von verschiedenen Kunstdüngersorten herzustellen. Ein „simpler" Haufen Scheiße (der eben in Wahrheit keineswegs so „simpel" ist!) kann jedoch nicht künstlich hergestellt werden.

Ein anderes Beispiel: Die Fähigkeit, alle möglichen Sorten von Plastik und anderen Kunststoffen zu produzieren, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht einmal in den modernsten Labors ein Stück Holz (geschweige denn ein Baum) künstlich hergestellt werden kann. Denn auch ein Stück Holz ist weitaus komplizierter aufgebaut als alle diese Kunststoffe. Die Erklärung dafür ist einfach: Ein Stoff, der in hunderten von Millionen Jahren durch Materie-Prozesse entstanden ist, kann nicht in der vergleichsweise winzigen Zeitspanne, in der es eine chemische Produktion von Menschen gibt, ,nachgebildet' werden.

Setzt man diesen Maßstab an, so zeigen sich die künstlich geschaffenen Produkte den natürlichen in vielerlei Hinsicht „unterlegen", und der Mensch täte gut daran, seine Fähigkeiten zur „Beherrschung der Natur" zu verbessern in dem Sinne, daß die Produktion künstlicher Stoffe sich in den Stoffwechsel der Natur einfügt bzw. diesen nicht beeinträchtigt. Diese These kann auf einer naturwissenschaftlichen Ebene verifiziert werden. Tatsächlich ist die chemische Industrie heute zu nicht mehr in der Lage, als aus den zur Verfügung stehenden Grundstoffen relativ einfache Kombinationen von neuen (künstlichen) Stoffen herzustellen. Die Moleküle, aus denen sich diese Stoffe zusammensetzen, bestehen vielleicht aus zehn oder zwanzig Atomen. Die Moleküle, die in der organischen (d.h. ,lebendigen', also pflanzlichen oder tierischen) Natur vorkommen, setzen sich aus erheblich mehr Atomen (50, 100 und mehr) zusammen. Die dazugehörende Elektronenhülle setzt sich aus hunderten oder gar über tausend Elektronen zusammen, die eine dermaßen komplizierte Struktur bilden, daß es heute noch unmöglich ist, dies zu berechnen. Von einer künstlichen Herstellung derartiger Großmoleküle, erst recht auf industrieller Basis, kann schon gar keine Rede sein.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier geht es nicht darum, die Produktion von Babys aus der Retorte zu fordern. Vielmehr soll gezeigt werden, daß das destruktive Element der chemischen Produktion sehr nüchtern zu erklären ist, und keineswegs mit einer „Vervollkommung" der technologischen Entwicklung auf diesem Gebiet zu tun hat in dem Sinne, daß jegliche denkbare Weiterentwicklung nur noch zerstörerischere Wirkungen hervorrufen könnte. Umgekehrt sind die künstlichen Stoffe in ihrer Struktur im Vergleich zur Natur immer noch so „grobschlächtig", daß sie gewissermaßen nicht „verdaut" werden, sondern als bleibende Anhäufung von Fremdstoffen („Müll") Gefährdungen verursachen.

Solange Kunststoffe aufgrund des niedrigen Stands der Produktivkräfte nicht in ihrer Struktur dem Stoffwechsel der Natur „angepaßt" werden können, müßten sie, wenn sie ihren Gebrauchswert verloren haben, in einem ebenso künstlichen industriellen Prozeß wieder zerlegt werden wie sie ursprünglich produziert worden sind. Warum wird mit dem Begriff recycling heute lediglich die Wiederverwertung von Altpapier und -glas sowie Metallschrott verbunden? Weil sich in den genannten Beispielen auf einfache Weise wieder Profite realisieren lassen. In einer nicht profitorientierten Wirtschaft könnte mit recycling-Methoden hingegen das gesamte Abfall-Problem der chemischen Produktion gelöst werden – ohne daß es dabei unüberwindliche technologische Probleme gäbe. Schon um die derzeitigen, aufsummierten Abfallprobleme zu bewältigen, bedarf es der chemischen Industrie und ihrer Produktionsmethoden.

Aber das kümmert einen Bahro bei seiner Predigt gegen die Industriegesellschaft wenig.

Möglich auch, daß es bei dieser Heilslehre gar nicht in erster Linie um „künstlich" oder „natürlich" geht, sondern vielmehr darum, die hehre Tugend des Verzichts gegen das schnöde Laster des Konsums durchzusetzen. Müßten wir nämlich rundum auf die Produkte der chemischen Industrie verzichten, so gäbe es in der Tat keine Wahl mehr zwischen diesen beiden Alternativen...

Teufels Werk?

Es bietet sich an, einige Ausführungen zur industriellen Energiegewinnung durch Kernprozesse (Spaltung und Fusion) anzufügen. Auch hier meinen die dunkelgrünen Prediger, der Mensch habe den „Fortschritt" übertrieben. Drastisch, aber sehr klar, war diese Denkweise auf einem Transparent enthalten, das auf der ersten Großdemonstration in Brokdorf (Oktober 1976) mitgebracht worden war: *„Atomkraftwerk ist Teufels Werk"*. Wenn dies wahr ist, hat der Teufel bei der Entstehung der Welt eine maßgebliche Rolle gespielt. Schlimmer noch: Die lebensspendende Sonnenwärme wäre „Teufels Werk". Denn sie entsteht bekanntlich in gewaltigen Kernverschmelzungsprozessen (Fusion). Kernprozesse und Radioaktivität sind mithin überaus „natürliche Vorgänge", obwohl sie das Leben vernichten, wenn sie sich in seiner unmittelbaren Umgebung abspielen. Der Versuch, Kernspaltung oder -fusion zur Energiegewinnung zu nutzen, ist daher nichts anderes als ein Versuch, spontane natürliche Prozesse nachzuahmen und sie in einer kontrollierten Form ablaufen zu lassen. Kapitalistische wie auch „real-sozialistische" Kernkraft-Apologeten rechtfertigen diesen Versuch mit der nahezu gleichlautenden Argumentation, in ihren jeweiligen Gesellschaftssystemen sei die Entwicklung der Produktivkräfte soweit vorangeschritten, daß das Unternehmen gefahrlos sei. Wer also gegen Atomanlagen sei, sei „fortschritts- und technikfeindlich", also reaktionär. Die Grünen ziehen sich den Schuh geschwind an: Nichts zeige den destruktiven Charakter einer zu hohen Produktivkraftentwicklung klarer als die Atomtechnologie. Deswegen seien sie auch nicht nur gegen AKWs, sondern gegen das Industriesystem insgesamt, dessen prägnantester Ausdruck eben die nukleare Technologie sei.

Tatsächlich scheint diese Art der Energiegewinnung einen sehr hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte zu signalisieren, vergleicht man die heutige Situation mit der zu Beginn unseres Jahrhunderts. Mißt man das Unternehmen Kernenergie dagegen an den ungelösten Problemen, die sich dabei ergeben haben, so wird man von diesem Standpunkt aus einen relativ niedrigen Stand der Entwicklung feststellen müssen. Dies beginnt schon bei den wissenschaftli-

chen Grundlagen. Bereits der Typus von Kräften, der bei Kernprozessen wirksam wird, ist weitgehend unbekannt. Anders als bei den elektromagnetischen Kräften, die die chemischen Prozesse steuern (s.o.), gibt es z.B. keine mathematische Formel, mit der sich die Kernkräfte beschreiben ließen. Über die Kernspaltung kennt man im Grunde nicht viel mehr als den Energiebetrag, der dabei frei wird, und die Endprodukte, die übrig bleiben. Was sich jedoch in dem winzigen Atomkern in weniger als einer Millionstel Sekunde im einzelnen abspielt, wie sich die Protonen und Neutronen als Kernbausteine im Zustand „höchster Erregung" zueinander verhalten, um schließlich (erstaunlicherweise) zwei genau definierte Gruppen zu bilden und entsprechend in zwei (und nur diese zwei) neue Atomkerne zu zerfallen, dies läßt sich nur anhand sehr vager Modelle veranschaulichen. Weitere, heute unlösbare Probleme ergeben sich auf der technischen Ebene. Jede Kernspaltung (auch Fusion) ist mit dem Auftreten eines Überschusses an Neutronen (elektrisch neutrale Kernbausteine) notwendigerweise verbunden. Diese müssen als eine sehr rabiate Strahlung (Neutronenbombe) wieder eingefangen oder gestoppt werden. Es gibt jedoch keinen bekannten Werkstoff, der dem Dauerbeschuß von Neutronen standhalten könnte. Daher ist es unvermeidlich, daß in allen Atomkraftwerken nach einer gewissen Zeitspanne Rohre, Ventile, Schrauben, Pumpen brüchig werden, Reaktorgefäße kleine Risse erhalten usw. Diese Materialschäden sind Ursache der Unfallgefahr. Daher kann es z.B. gar kein „unfallsicheres" AKW geben, jedenfalls nicht auf Dauer. Unvermeidlich ist ebenso, daß stark radioaktive Endprodukte entstehen, deren Strahlungsdauer unbeeinflußbar ist, sich also nicht künstlich verkürzen läßt, wodurch das sog.

einflußbar ist, sich also nicht künstlich verkürzen läßt, wodurch das sog.

„Entsorgungsproblem" entsteht. Von „Naturbeherrschung" kann also kaum die Rede sein.

Sicher ist, daß eine industrielle Energiegewinnung aus Kernkraft angesichts dieser Schwierigkeiten unverantwortlich ist. Kernspaltung und -fusion gehören daher ins Labor und nicht in industrielle Großanlagen. Unsicher und der Spekulation jedes einzelnen überlassen bleibt die Frage, ob diese Probleme prinzipiell gelöst werden können, oder ob sich die Kernenergie umso mehr als gefährliche Sackgasse herausstellen wird, je mehr wir über ihr Wesen erfahren. **Doch schon die Tatsache, daß diese Frage heute nicht mit wünschenswerter Klarheit beantwortet werden kann, sondern im Grunde nur mit Glaubensbekenntnissen, zeigt, daß von einem relativ niedrigen, nicht jedoch von einem zu hohen Stand der Produktivkräfte auf diesem Gebiet ausgegangen werden muß.**

Alles, was in diesem Artikel zur Produktivkraftentwicklung geschrieben worden ist, geht von Bedingungen aus, wie sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen herrschen. Behandelt sind nur Produktionsformen und Technologien, wie sie sich das Kapital für seine Bedürfnisse geschaffen hat. Marx sieht hingegen eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte weniger unter dem Aspekt der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik, sondern vor allem als Befreiung von diesem Zwang. Eine freie Assoziation von Produzenten wird auf Energie-, Rohstoff- und Umweltprobleme ganz andere Antworten suchen und finden, als zwischen den absurden „Alternativen" zu wählen, die die „Sachzwänge" des Kapitals diktieren: Atomkraftwerke oder Öl, Umweltschutz oder Arbeitsplätze, Lebensstandard oder Lebensqualität, Aufrüstung oder Krieg... Andererseits kann eine sozialistische Produktionsweise nicht bei der Steinzeit neu anfangen, sondern sie wird natürlich stark von dem geprägt sein, was ihr der Kapitalismus hinterläßt.

Schade nur, daß man solche Fragen mit Bahro kaum wird diskutieren können. In einem Papier zur II. Sozialistischen Konferenz („taz", 10.2.) entdeckt er den „*Exterminismus*" („Drang zur Massenvernichtung") des Industriesystems „*in den Waffen wie in den Kraftwerken, im Explosionsmotor wie im Stahlbeton, im Krebs wie in der Kriminalität*". Weit ist er davongeeilt. Denn daß der Explosionsmotor ein ähnlich schlimmes Ding wie eine Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbombe sein soll, weil da halt auch irgendwie was „explodiert", ist auf rationaler Ebene nicht mehr nachvollziehbar. Bahro scheint die von ihm propagierte „*Kritik der menschlichen Natur*" bereits insofern umzusetzen, daß er sich ganz auf emotionale Eingebungen, Stimmungen (Stimmen?) und dumpfe Gefühlsanwandlungen verläßt.

de.

Wir trauern um einen Genossen

Rede anläßlich der Trauerfeier

In unserer Trauer um Maggis Tod mischt sich der Zweifel, ob von medizinischer Seite her wirklich alles in der Macht der Ärzte stehende getan wurde, um seinen Tod zu verhindern.

Wie erfindungsreich ist die Wissenschaft, wenn es darum geht, Menschenleben zu vernichten! Wieso wird sich nicht mit der gleichen Intensität, dem gleichen Aufwand und dem gleichen Eifer, dafür eingesetzt, Menschenleben zu erhalten? Die Neutronenbombe wird erfunden, aber die Ärzte schaffen es nicht, ein Anfallsleiden, so gering wie es bei Maggi am Anfang schien, in Griff zu bekommen. Die neueste, sensationelle Erfindung ist die künstliche Schaffung von Leben. Sollten sich die Wissenschaftler nicht erst einmal mit der Rettung des natürlichen Lebens beschäftigen?

Uns allen, auch Maggi selbst, war nicht bewußt, wie gefährlich seine Krankheit war. Hätten wir doch bloß nicht so sehr auf die Aussagen der Ärzte vertraut, die nie deutlich gemacht haben, in welcher Gefahr er sich befand.

Maggi ist nicht einmal 25 geworden und er hatte doch noch so viel vor.

Maggi wir alle werden dich sehr vermissen.

Dich, auf den wir uns immer verlassen konnten, der immer da war, wenn wir ihn brauchten, der sich immer und überall für andere Menschen eingesetzt hat, auf unsere Kinder aufgepaßt hat, sich als Schulsprecher engagiert hat, sich für die Kollegen im Betrieb eingesetzt hat.

Dich, der du dich bemüht hast, immer das zu sagen, was du denkst, der du aufrecht deinen Standpunkt vertreten hast, der du für deine Anschauung und für die Interessen deiner Mitmenschen auch Nachteile in Kauf genommen hast.

Dich der du dich überall gegen Fremdbestimmung durch irgendwelche Allwisser eingesetzt hast und dafür, daß in jedem Fall allein die Betroffenen entscheiden.

Wir werden dich sehr vermissen. Du hast immer versucht, anders, bewußter zu leben, du hast nicht nur für die Veränderung der Gesellschaft gekämpft, du hast auch an deiner eigenen Veränderung gearbeitet. Du hast immer gewußt, was du tatest und überlegt und unnachgiebig deine Ziele verfolgt. Und hast dich darum bemüht, daß auch wir bewußt und überlegt handeln. Du hast dich in Frage gestellt, hast keine anderen Menschen untergebuttert, hast Frauen als vollwertige Menschen akzeptiert, hast deine Strümpfe selbst gestopft und warst immer zu Gesprächen über dein Verhalten bereit. Du hast oft gesagt, wir alle sollten mehr miteinander reden.

Maggi, wir alle werden sich sehr vermissen.

Doch außer der grenzenlosen Trauer über den Verlust, außer der Erinnerung, an das, was wir in der Vergangenheit mit dir erlebt haben, bleibt uns noch mehr. Bleibt uns noch das, was du uns gegeben hast.. Bleibt uns die Gewißheit, daß man anders leben kann, bleibt uns die Stärke, die du uns gegeben hast, bleibt uns das, was du uns vorgelebt hast, bleibt uns letztendlich – trotz der Unfaßbarkeit deines Todes – auch die Freude am Leben, die du auf uns ausgestrahlt hast. Du bist lebendig in uns, mit allen deinen Schwächen und Stärken lebt ein Teil von dir in uns weiter. Und das bleibt.

Maggi, du hast sicher nicht gewollt, daß ein großes Brimborium um dein Begräbnis gemacht wird. In diesem Sinne zum Abschluß ein Gedicht von Berthold Brecht:

Ich benötige keinen Grabstein, aber
Wenn ihr einen für mich benötigt,
Wünschte ich, es stünde darauf:
Er hat Vorschläge gemacht. Wir
haben sie angenommen.
Durch eine solche Inschrift wären
Wir alle geehrt

In der Nacht vom 27. zum 28. März starb völlig unerwartet unser Freund und Genosse

Peter Margraf

Maggi starb vermutlich in Folge seines Anfalleidens. Am 11. April wäre **Maggi** 25 Jahre alt geworden. Mit **Maggis** Tod verlieren wir einen Menschen, der sich immer und überall für seine Mitmenschen und für ein besseres Leben eingesetzt hat.

In uns bleibt die Erinnerung an das, was er uns gegeben hat.

Im Namen aller seiner Freunde
Margit Marquardt
Carmen Lange
Heike Schmidt
Thomas Kramp
Ulrich Heyden

Margit Marquardt, Behringstraße 57, 2000 Hamburg 50

Trauerfeier am Montag, dem 13. April 1981, um 13.45 Uhr im Krematorium Ohlsdorf, Halle C.

In **Maggis** Sinne wird an Stelle von Blumen und Kränzen eine Spende für das Kinderhaus Heinrichstraße, Konto-Nr. 124 444 61 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, erbeten.

Für die praktische Entfaltung einer

Für die praktische Entfaltung einer materialistischen Psychologie und Therapie

Ein wichtiger Aspekt der Krise der westdeutschen Linken ist m. E. im AK bisher recht wenig behandelt worden. Nämlich die – ich schreib das mal so platt – kaputte Psyche; soweit ich das nämlich mitgekriegt habe, gibt es sehr viele Linke, die wegen Angstzuständen, Depressionen oder Selbstmordversuchen Therapie machen. Dieses massive Leiden, dieses nicht mehr mit sich selbst und der Umwelt Klarkommen, dürfte seinen Auslöser darin haben, daß zu der erfahrenen Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems das Gefühl der Sinnlosigkeit von Widerstand hinzukommt.

Das heißt nun nicht, daß sich das nun gradlinig bemerkbar macht, Depressionen und Ängste sich auf diesen Punkt konzentrieren. Vielmehr kommen all die psychischen Verletzungen wieder zum Vorschein, die so tiefgreifend sind, daß sie ein „normales" (Anm. 1) Leben verunmöglichen. So ähnlich erging es mir. Das endgültige Ende des Ansatzes organisierter KB-Arbeit in Düsseldorf Ende 78 führte zusammen mit einer Menge persönlicher Frustrationen dazu, daß ich keinerlei Perspektive mehr sah, außer der, abzuhauen.

Februar 79 zog ich nach Hamburg, mit einem Haufen Illusionen im Kopf. Daß es in Hamburg möglich sei, „richtig" KB-Politik zu machen, denn die Hamburger AK-Verkäufer/innen waren immer sehr ML-ig aufgetreten, was meiner eigenen (politischen) Mentalität sehr entgegenkam. Allerdings gelang es mir in den 15 Monaten, die ich in Hamburg lebte, nicht, politisch und persönlich eine Perspektive zu gewinnen. Das führte neben immer wieder auftretenden Depressionen schließlich dazu, daß ich vollkommen ausklinkte.

April '80 bekam ich massive Angstzustände. Diese wirkten sich so aus, daß ich allen mir bekannten Menschen entgehen wollte, mich um nichts mehr kümmerte, etc. 14 Tage lang verließ ich morgens die Wohngemeinschaft und irrte kreuz und quer durch Hamburg. Erst spät in der Nacht traute ich mich wieder zum Schlafen in die WG.

Mir war klar, daß es so nicht weitergeht; ich wußte aber nicht, wie da rauskommen. In der Nacht zum 1. Mai schaffte ich es, in die Uni-Klinik zu gehen und mit einem Arzt über meinen Zustand zu sprechen. Ich wurde in der Uni-Psychiatrie aufgenommen, wo ich 5 Wochen lang blieb. Dort kam ich – glücklicherweise ohne Medikamente – allmählich wieder zur Ruhe. In dieser Zeit versuchte ich mir darüber klarzuwerden, welche Perspektiven ich nun eigentlich habe. Ein zentraler Punkt war der, daß der des öfteren aufgetauchte Gedanke, wieder nach Düsseldorf zu gehen, richtig sei.

Ende Juni '80 war ich dann umgezogen, hatte mir mit sehr viel Energie eine Wohnung und Arbeit besorgt. Vorschlägen verschiedener Genoss/innen und Freund/inn/en, aufgrund der vorhergegangenen Erfahrungen doch eine Therapie zu machen, stand ich sehr ablehnend gegenüber. Ich war der Ansicht, nicht therapiebedürftig zu sein.

Daß ich doch nicht so ohne weiteres klarkam, daß mit dem Umzug nicht alle Probleme gelöst waren, zeigte sich im September. Ich hatte die Arbeitsstelle gewechselt, wurde aber nach einer Woche schon wieder gekündigt. Zu dieser Zeit setzten dann wieder massive Angstzustände ein.

Immerhin war ich nun schon soweit, daß es mir möglich war, statt total hilflos auszuklinken, mich um einen Therapieplatz in der Tagesklinik des Landeskrankenhauses zu kümmern. Nun, kurz vor Ende der halbjährigen Therapie, sehe ich etwas klarer, welche Ängste der Verlust der politischen Perspektive bei mir hat wieder hochkommen lassen.

Schon sehr früh hatte ich als Kind das Vertrauen in meine Eltern verloren, da sie meine Schwester und mich beständig prügelten. Insbesondere mein Vater tat sich als brutaler und sadistischer Schläger hervor.

Das zerstörte mein Vertrauen in meine Eltern so sehr, daß ich mit acht Jahren glaubte, sie wollten mich ermorden. Als ich eine Flasche Limonade öffnete und aus ihr trank, hatte diese einen merkwürdigen Geschmack. Die Erklärung meiner Mutter, es sei nichts mit der Limonade, und ihre gleichzeitige Weigerung, davon zu trinken, ließ mich glauben, meine Eltern wollten mich vergiften, um mich loszusein. Am nächsten Tag stellte sich heraus, daß sich auf dem Boden der Flasche Schimmel gebildet hatte. Trotzdem blieb das Mißtrauen gegenüber meinen Eltern.

Das Mißtrauen und die Angst steigerte sich noch, als mein Vater anfing, mir Sprüche wie: „Sowas wie Du müßte vergast werden!" oder „So einer wie Du gehört in's KZ!" an den Kopf zu knallen. Diese Erfahrungen ließen mich gegenüber anderen Menschen sehr zurückhaltend werden; ebenso, wie ich schon sehr früh anfing, mein Leben und meine Gefühle gegenüber meinen Eltern total abzuschirmen, machte/mache ich es anderen Menschen gegenüber. Diese kurze, knappe Darstellung soll hier reichen.

Konkret fand das Nicht-Vertrauen und Verschließen gegenüber anderen Menschen seinen Ausdruck in einem harten und rigiden Auftreten in der politischen Arbeit und im „Privatleben".

Der (vorübergehende) Verlust der politischen Perspektive brach dies auf, brachte mir zunächst unverständliche Ängste zum Vorschein. Erst durch die Therapie gelang es mir, an die Ursachen dieser Ängste ranzukommen und sie ansatzweise zu verarbeiten. Die Therapie war notwendig, da es nicht ausreichte, daß ich wieder Ansätze für eine befriedigende KB-Arbeit entwickelt habe (Artikel-Arbeit für den AK).

Nun ist es ja so, daß es etlichen Genoss(inn)en ähnlich ergangen ist bzw. ergeht. Und es erscheint mir als notwendig, auch dies intensiver in die „Keimform"-Debatte mit einzubeziehen. Zum einen sicherlich eine Auseinandersetzung über Möglichkeiten der Unterstützung. Aber Unterstützung reicht häufig bei weitem nicht, oftmals ist eine Therapie notwendig.

Und hier stellt sich m.E. angesichts des Psycho-Booms die Aufgabe, eine Auseinandersetzung mit der „klassischen" Psychiatrie und den neueren Therapien, wie Gestalt-, Urschrei-, Bio-Energetik-Therapie, sowie den Scharlatanen und Geschäftemachern wie Herrn Bagwhan und sein Poona zu führen. Denn es gibt Erfahrungen, daß viele, die Therapie machen, anstatt gestärkt wieder den Kampf aufzunehmen, sich immer mehr auf ihre Gefühle konzentrieren und in's „Privatleben" zurückziehen.

In aller Regel sind die Therapien auf individuelles Erleben und individuelle Ursachen des Leidens ausgerichtet; gesellschaftliche Ursachen werden nicht miteinbezogen, bzw. werden als unerheblich erachtet. Eine derartige Betrachtungs- und Herangehensweise ist nicht gerade geeignet, zum Widerstand gegen das krankmachende und unmenschliche System zu ermutigen: „*Therapien kann der Verdienst zukommen, einzelnen zu erleichtern, das Schicksal, das ihnen die Gesellschaft auferlegt, zu meistern; aber indem sie das leisten, erschweren sie notwendig zugleich kollektive Emanzipationsprozesse. Therapien bieten einzelnen privatistische Bewältigungsstrategien für Übel an, die, (...), als klassenspezifisch zu begreifen sind und deshalb letztendlich nur durch politisches Handeln aus der Welt zu schaffen sind. Die Emanzipationsprozesse von einzelnen, die Therapien unter Umständen zu fördern vermögen, können auch deren Fähigkeit zu rationalem politischem Handeln verbessern; aber sie arbeiten diesem zugleich entgegen, weil sie mit ihren Erfolgen notwendig gewollt oder ungewollt individualistische Lösungsstrategien zur Bewältigung sozialer Probleme propagieren, die nur durch kollektives solidarisches Handeln zu lösen sind*" (Anm. 2).

Um zu verhindern, daß viele Genoss/inn/en, die Therapie mach(t)en, zu individualistischen Lösungsstrategien greifen, um ihnen den Schritt hin zum kollektiven, solidarischen Handeln (wieder) zu eröffnen, muß in der „Keimform"-Debatte auch die Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis der bürgerlichen Therapien geführt werden.

Gegenüber dem Boom von Therapien, die insbesondere aus den USA kommen und die die bei Freud und anderen Pionieren der Psychologie vorhandene Kulturkritik vollkommen zugunsten eines totalen Individualismus negieren, stehen die theoretische und erst recht die praktische Entfaltung einer materialistischen Psychologie und Therapie erst am Anfang.

Detlef/Düsseldorf

Anmerkungen:

Anm. 1: Mit dem Begriff des „Normalen" hat es seine Schwierigkeiten. Im Kapitalismus (aber auch im „real existierenden Sozialismus") sind aufgrund der Entfremdung der Menschen von allen Bereichen ihres Lebens viele Dinge „normal", die in ihrer Zuspitzung bei psychischen Erkrankungen erst deutlich als unmenschlich erkennbar werden.

Und bei Linken kann man/frau eigentlich nicht mehr davon reden, daß sie ein „normales" Leben führen, da sie durch ihren Widerstand zumindest ein kleines Stück selbstbestimmtes, weniger entfremdetes Leben erobert haben.

Anm. 2: Gerhard Vinnai: „Die Misere des Kleinbürgers und ihr Niederschlag in therapeutischen Prozeduren" in H. Nagel/M. Seifert (Hg): „Inflation der Therapieformen", S. 91, rororo-sachbuch, Reinbeck, 1979.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 16; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Flensburg:

Biedermann und die Brandstifter

Im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Brokdorf-Demo am 28.2. erlebte die Flensburger Linke einen nervenaufreibenden Clinch – wie schon lange nicht mehr. Der Grund für dieses neue politische Klima in Flensburg: Gruppe "Z", oder wie einige Spontis neuerdings sagen "Z"-eddybären. Nun, der Reihe nach:

Bekannt sind die Schwierigkeiten der "Z" mit dem spontanen Aufschwung der Massenbewegung, häufig als "neue Jugendbewegung" tituliert. Die "Z" hat dies bekanntlich als "Erfindung des KB" abgetan und selbiges Phänomen u.a. als *"sich gelegentlich mit der Polizei balgende HSV-Fans"* tituliert (siehe "Z" Nr.8). Bekannt sind zudem die Neigungen der "Z", sich gegenüber rechteren Kräften eher "moderat"/"flexibel" – sprich opportunistisch – zu präsentieren und indessen nach links regelmäßig mit dem "Brecheisen" zu arbeiten.

In Flensburg sah das so aus:

1. Teile der Linken haben im Flensburger "Brokdorf-Plenum" Vorschläge unterbreitet, die darauf abzielten, die Demo möglichst sicher und bis nach Brokdorf zu führen. Daher wurde propagiert, sich in Neumünster dem geplanten Nord-Zug anzuschließen. Einmal, weil es für die Bullen risikoreicher ist, einen großen, einheitlichen Zug zu attackieren und aufzuhalten; zum anderen, weil so die Möglichkeit bestünde, evtl. in anderen Städten kämpferische Aktionen durchzuführen, falls die Bullen uns absolut nicht durchlassen würden.

Die Vertreter(innen) der "Z" wußten es besser: Während sie anfänglich noch gegen die angebliche "Zeitverzögerung" durch den Neumünsteraner Treff argumentierten, ließen sie schon auf dem 1. Plenum ihr eigentliches Anliegen durchblikken: "Wenn ihr meint, mit solcher Randale-Politik"... "Was sollen denn solche 'Guerilla-Kampf-Spiele' "... "Wenn ihr nur Putz-machen im Kopf habt...."

2. Auf dem zweiten „Brokdorf-Plenum" wurde die „Z" noch deutlicher: Von Zeitverzögerung war nicht mehr die Rede – den „Randale-Machern" wurden die Leviten in Sachen Bündnispolitik gelesen: „Wenn solche Dinge wie in Hamburg passieren" (Stichwort war: die Beschädigung des ‚Golf' des kleinen Mannes durch Demonstranten, u.ä.). dann würde die „Z" weiterhin gegen Neumünster votieren; schließlich würde die Bewegung sich isolieren, wenn Steine in die „Sparkasse von Heiligenstedten" (ein Städtchen auf dem Weg von Itzehoe nach Wilster) fliegen oder der „Golf des kleinen Mannes" attackiert werden würde – weil „nämlich so 'ne Sparkasse auf dem Dorf was anderes für die Leute ist als 'ne Bank in der City", wußte die „Z" zu berichten.

Mit solch miesen Geschichten und derartiger Stimmungsmache (nach dem Motto: erstmal 'ne Story erfinden, sie der blöden/sektiererischen Linken in die Schuhe schieben und schließlich stundenlang darauf rumhacken) – mit solcher Spaltungspolitik wurde nicht nur in Flensburg, sondern auch in anderen Städten Schleswig - Holsteins von Seiten der "Z" gearbeitet.

3. Welche Blüten diese Hetze treibt, dazu nur ein Beispiel: **In einer linken Flensburger Kneipe wird eine Genossin von einer "Z"lerin zur Rede gestellt: „Sag mal...was hälst Du denn von der Parole ‚Brennt alle Städte nieder!'?". Auf die verwirrte Frage, was das denn solle, folgt die Haßtirade: „Ja, das gibt der KB jetzt in Hamburg als Parole für den 28.2. aus...".**

Stoltenberg hat mit seinen Lügenmärchen wie "Bauernhöfe abbrennen – Bauern als Geiseln nehmen" versucht, den Protest einzuschüchtern. Frage: Wo eigentlich liegt hier noch der Unterschied?

Alle Politiker und staatlichen Funktionsträger sehen es angesichts des Anschwellens des Massenprotestes als ihre z e n t r a l e Aufgabe an, die „Entmischung" von militanten und "gemäßigten" Teilen der Bewegung zu betreiben.

Die gesamte Politik der "Z" vor und nach Brokdorf ist von A bis Z darauf angelegt, die Isolierung und Ausgrenzung des von ihr häufig als "Sponti- und ML-Schrotts" bezeichneten Teils der radikalen Linken zu erreichen.

Auf den Auswertungstreffen bekam die Spalter-Politik der "Z" die ihr gebührende Abfuhr, sogar Orden bekam sie von einigen Spontis gemäß guter alter Karnevalssitte. In der Diskussion hob die „Z" vollends ab: „Wer hat denn außer uns überhaupt für die Demo mobilisiert?", oder: „Wenn wir hier als Sündenböcke für das Scheitern der großmäuligen Politik einiger Spontis herhalten müssen ..." – oder: „...muß man sich doch mal vor Augen halten, daß ihr tatsächlich politisch abgetreten seid".

Gegenwärtig erlebt Flensburg eine Blüte verschiedenster Basisaktivitäten, ein Ende ist noch nicht abzusehen – getragen wird diese Arbeit im wesentlichen von einer Vielzahl unterschiedlichster linker Menschen. Die „Z" hat damit tatsächlich nichts zu tun. Und wenn sie so weitermacht, wird sich daran auch nichts ändern.

Ein KB-Genosse aus Flensburg

Belegschaft hat noch nicht aufgegeben
Das wird eine schwierige Geburt
Neue Fahndung
Woran wir uns nie gewöhnen dürfen
Ein Relikt aus besseren Zeiten wird beseitigt
Was wird neu beim Lernen aus alten Fehlern?
Neuorientierung oder weitere Anpassung?
Statt Recht nur Almosen
Für die kollektive Entwicklung
»Jetzt ist Schluß damit!«
Wer wird der nächste
Hamburg: Nichts neues

Die letzte Kraftprobe?

Ein Aufruf der AK-Technik

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde des AK in Hamburg und Umgebung!

Bei der technischen Erstellung des AK ist in allen Bereichen (Layout, Satz, Repro und Korrektur) der Genosse „Personalmangel" ein ständiger Dauergast geworden, an den wir uns schon langsam gewöhnt haben. Wenn wir jedoch an den kommenden Sommer und seine Urlaubsausfälle denken, wird der oben erwähnte Genosse mehrere Kollegen mitbringen – eine Perspektive, die das Erscheinen des Ak im gewohnten Umfang ernstlich gefährden dürfte. Deshalb dieser Aufruf. Aber vorweg noch ein paar erläuternde Worte.

Zwei Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit haben bei den Produktionsengpässen für erhebliche Entspannung gesorgt: die Vorverlegung einiger Redaktionsabgabetermine und die radikale Umfangreduzierung auf 48 Seiten. Leider haben uns auch in der letzten Zeit so pö a pö einige Helferinnen und Helfer wieder verlassen, andere angekündigte Kräfte schauten mal kurz herein, verschwanden dann aber wieder ... Es gab auch einige „Aussteiger" oder solche, die sich anderen wichtigen Aufgaben zuwenden mußten.

Der besonders spürbare Personalmangel im Composer-Bereich hat dazu geführt, daß in ständig wachsendem Maße die Tageskräfte die Lücken füllen mußten und müssen. Heute sind wir nahezu eine Woche des 14tägigen Rythmus mit der AK-Produktion beschäftigt, ein Umstand, der uns bei anderen Aufgaben (Buchprojekte, lukrative Aufträge)stark einschränkt. Zudem steht uns die Woche n a c h dem AK auch nicht voll zur Verfügung, da wir uns montags von der Nachtschicht erholen wollen und am Dienstag den Großputz über die Bühne bringen.

Neben diesen „normalen" Widrigkeiten wird uns besonders Angst und Bange angesichts des auf uns zukommenden Sommers mit den üblichen Urlaubsausfällen. Wir können beim jetzigen Personalstand mit optimistischer Prognose allenfalls einen 32seitigen AK „garantieren", wenn wir die Urlaubsgewohnheiten der letzten Jahre zugrunde legen (d.h. jede/r nur ein oder zwei Erstellungen fehlt).

Zentrum braucht Hilfe!
Es ist wirklich zum Fürchten

Unsere dringende Bitte: Meldet Euch zuhauf und massenhaft und schnell für die Bereiche: (und meldet euch auch, wenn ihr nur vorübergehend aushilfsweise etwas machen könnt – besonders natürlich in den Sommermonaten Juni bis August!)
– Satz (Composer, Fotosatz, 10-Finger-Schreiben erwünscht aber nicht Bedingung);
– Reprografie (Ausbildung bei uns);
– Layout und
– Korrekturlesen.
(Einzelheiten über Umfang, Zeitpunkt und Ausbildung bitte im Gespräch mit uns – Telefon 43 42 06, Lindenallee 4, 2 HH 19).

Die Technik

Heute nicht und auch nicht im Sozialismus!
Manche lernen's nie
Arbeitsplatzklau
Für eine Belebung